

Diskussion

Gabriele Diewald*

Zur Diskussion: Geschlechtergerechte Sprache als Thema der germanistischen Linguistik – exemplarisch exerziert am Streit um das sogenannte generische Maskulinum

On the Discussion: Gender Equitable Language as a Topic of German Linguistics – Exercised Exemplarily in the Dispute about the so-called Generic Masculine

<https://doi.org/10.1515/zgl-2018-0016>

- 1 Einstieg
 - 2 Das sogenannte generische Maskulinum
 - 3 Behauptungen und linguistische Argumente
 - 3.1 Semantische Oppositionen bei Personenbezeichnungen
 - 3.2 Substantivableitung auf *-er* und Femininmovierung auf *-in*: einige sprachhistorische Notizen
 - 3.3 Empirische Stereotypenforschung
 - 3.4 Zwischenfazit
 - 4 Ausblick – was wir alles nicht brauchen und was wir dringend brauchen
- Literatur

1 Einstieg

Soll die germanistische Linguistik sich um geschlechtergerechten Sprachgebrauch kümmern? Soll sie sich einmischen in die Diskussion darum, welche

Kontaktperson: Prof. Dr. Gabriele Diewald: Deutsches Seminar, Germanistische und Angewandte Linguistik, Leibniz Universität Hannover, Königsworther Platz 1, D-30167 Hannover, E-Mail: gabrielediewald@germanistik.uni-hannover.de

sprachlichen Formen für die Bezeichnung bestimmter Personengruppen geeignet sind und welche eher gemieden werden sollten, da sie den Sachverhalt inadäquat darstellen oder diskriminierend wirken? Soll die germanistische Linguistik gar Vorschläge machen, Empfehlungen aussprechen, sachlich fundierten Rat geben? Und schließlich: Soll sie den aktuell stattfindenden Sprachwandel im Bereich der Personenbezeichnungen im Deutschen als Forschungsthema zur Kenntnis nehmen und bearbeiten?

Die Verfasserin dieses Beitrags beantwortet all diese Fragen mit einem eindeutigen „Ja“. Dieser Beitrag ist ein Plädoyer dafür, den Themenbereich der geschlechtergerechten Sprache und seine vielfältigen Rückkopplungen in Sprachgebrauch und Sprachstruktur wahrzunehmen als das, was er ist: ein aktuelles, weitreichendes Sprachwandelphänomen, verbunden mit sich wandelnden Einstellungen zu tradierten Gebrauchsmustern, mit Veränderungen des Normbewusstseins, mit intensivierter gesellschaftlicher Reflexion über Sprache und Denken und mit Aushandlungsprozessen über die Darstellungsansprüche unterschiedlicher Gruppen.

Die Notwendigkeit für ein solches Plädoyer ergibt sich aus dem Umstand, dass in der germanistischen Linguistik das Thema kaum ernst genommen wurde.¹ Im Gegenteil: Lange Zeit hat man sich darin geübt, seine Relevanz für die Sprachwissenschaft herunterzuspielen, einschlägige Fragestellungen als unwissenschaftlich abzutun und die Linguistinnen und Linguisten, die sich des Themas annehmen, zu diskreditieren, u. a. mit der merkwürdigen Ansicht, bereits die linguistische Beschäftigung mit geschlechtergerechtem Sprachgebrauch sei inhärent manipulativ. Zum Beispiel wird bereits die (mit linguistischer Argumentation vorgetragene) Kritik an der Einschätzung des sogenannten generischen Maskulinums als „geschlechtsneutrale“ Sprachform und die aus dieser Kritik entwickelte Empfehlung, wenn möglich andere Darstellungsoptionen zu wählen, in manchen eher konservativ orientierten Medien skandalisiert und als unzulässig bezeichnet. Dennoch konnten die Forderungen nach der Verwendung geschlechtergerechter Sprache und insbesondere die nicht abreißende Kritik an der Gebrauchskonvention des sogenannten generischen Maskulinums nicht unterdrückt werden.

Die Diskussion um geschlechtergerechte Sprache steht im Zusammenhang mit Gleichstellungsbemühungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und mit entsprechenden gesetzgeberischen Tätigkeiten. Sie steht seit den 70er Jahren mit wechselnder Dringlichkeit auf der Agenda vieler gesellschaftlicher Gruppen (vgl.

¹ Abgesehen von einigen Ausnahmen wie z. B. Schoenthal 1989, Doleschal 2002, Becker 2009, Nübling 2017.

Diewald 2018). In jüngster Zeit hat das Thema durch mehrere Entwicklungen neue Brisanz erhalten. Zu diesen gehören die massiven Angriffe rechter Gruppierungen gegen alle Arten moderner Gleichstellungspolitik, die parallel dazu verstärkt geführte Diskussion um „politische Korrektheit“ in der Sprache (s. Stefanowitsch 2018) und eine wachsende Zahl juristischer Auseinandersetzung zur Definition und Repräsentation von Geschlecht und Genderrollen im öffentlichen Sprachgebrauch. Der jüngste prominente Fall ist die vor dem BGH verhandelte Klage gegen den ausschließlichen Gebrauch maskuliner Sprachformen in Formularen einer Bank. Wie bekannt, wurde diese Klage abgewiesen. Während die juristischen Argumente für diese Entscheidung hier nicht zur Diskussion stehen, ist der Teil der Urteilsbegründung des Gerichts, in dem auf die sprachlichen Sachverhalte eingegangen wird, von einigem Interesse: Er spiegelt die geläufigen Ressentiments gegen Veränderungen des Sprachgebrauchs im Allgemeinen und wiederholt öffentlich kursierende, sachlich verkürzte und z. T. unzutreffende Ansichten über bestimmte sprachliche Strukturen.²

Es ist an der Zeit, dieses Thema in der germanistischen Linguistik zu diskutieren – und zwar als Forschungsthema, das zugleich die Chance bietet, öffentlich sichtbar zu machen, dass die Sprachwissenschaft mehr zu leisten im Stande ist, als sich in präskriptiver und restaurativer Manier der Verteidigung überholter, sachlich nicht zu begründender Normen zu verschreiben und damit ihr eigenes Verständnis von Sprache als einem sich stetig wandelnden System zu konterkarieren. Die Sprachwissenschaft ist in der Lage, Sprachwandelprozesse zu erklären und zu begleiten, die Bedingungen des Zusammenspiels zwischen

2 Die Veröffentlichung des Urteils findet sich in BGH VI ZR 143/17. Die Zusammenfassung auf Seite 1 lautet: „Es besteht kein gesetzlicher Anspruch darauf, in Vordrucken und Formularen nicht mit Personenbezeichnungen erfasst zu werden, deren grammatisches Geschlecht vom eigenen natürlichen Geschlecht abweicht. Nach dem allgemein üblichen Sprachgebrauch und Sprachverständnis kann der Bedeutungsgehalt einer grammatisch männlichen Personenbezeichnung jedes natürliche Geschlecht umfassen („generisches Maskulinum“).“ Zwar wird in der weiteren Begründung eingeräumt, dass diese Auffassung nicht unwidersprochen ist, wie folgendes Zitat von Seite 14 zeigt: „Dabei verkennt der Senat nicht, dass grammatisch maskuline Personenbezeichnungen, die sich auf jedes natürliche Geschlecht beziehen, vor dem Hintergrund der seit den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts diskutierten Frage der Benachteiligung von Frauen durch Sprachsystem sowie Sprachgebrauch als benachteiligend kritisiert und teilweise nicht mehr so selbstverständlich als verallgemeinernd empfunden werden, wie dies noch in der Vergangenheit der Fall gewesen sein mag (vgl. dazu Götze/Hess-Lüttich, Wahrig Grammatik der deutschen Sprache 3. Aufl., S. 191; Duden, Band 4 Die Grammatik, 8. Aufl., Rn. 236; Meinunger/Baumann [Hrsg.], Die Teufelin steckt im Detail [2017]; Diewald/Steinhauer, Duden Richtig genders [2017], S. 26 ff., 116 ff.).“ Doch wird diesem Faktum offensichtlich keine Relevanz für das Urteil zugemessen, dessen Essenz man – ironisch – wie folgt zusammenfassen könnte: „Alles soll bleiben, wie es war, weil es bisher so war.“

Sprachgebrauch und Sprachsystem offenzulegen und auf dieser Grundlage auch Empfehlungen zu geben, in welcher Weise bestimmte Absichten sprachlich am besten zum Ausdruck zu bringen sind. Das Beispiel, anhand dessen die Auseinandersetzung zwischen traditioneller Auffassung und linguistischer Erforschung hier exemplarisch illustriert werden soll, ist der Streit um den Status des sogenannten generischen Maskulinums.

2 Das sogenannte generische Maskulinum

Mit dem Ausdruck „generisches Maskulinum“ wird eine Gebrauchskonvention des Deutschen bezeichnet, die im 20. Jahrhundert als üblich akzeptiert wurde, und die im Wesentlichen darin besteht, grammatisch maskuline Personenbezeichnungen (im Singular oder Plural, z. B. *der Kunde/die Kunden*) zur Bezeichnung „gemischter Gruppen“ oder zum Ausdruck allgemeiner, d. h. geschlechtsunspezifischer Referenz auf Personen zu verwenden (vgl. Duden, Grammatik 2016: 160 f.).³

Die Befürworter und Befürworterinnen der uneingeschränkten Weiterverwendung dieser Form weisen oft darauf hin, dass sie „schon immer“ so verwendet wurde und dass außer einigen durch feministische Überinterpretation fehlgeleiteten Intellektuellen (vorwiegend „w.“, aber auch „m.“) niemand an dieser schönen Tradition Anstoß nehme oder die hässlichen alternativen Bezeichnungsoptionen für Personen gebrauche. Über das „schon immer“ wird später noch zu reden sein. Was den allgemeinen Gebrauch von Alternativen betrifft, so genügt ein kurzer Test, um die angebliche Ubiquität des sogenannten generischen Maskulinums zu widerlegen. Angesichts des zitierten BGH-Urteils bietet sich der Blick auf Webseiten von Bankinstituten an mit der Frage: Wie werden dort Privatpersonen angesprochen, die als Kundschaft relevant sind? Folgt man dem traditionalistischen Credo, dann sollte nur das sogenannte generische Maskulinum anzutreffen sein. Dem ist nicht so. Es findet sich eine große Breite an Formen und Lösungen. Hier drei Beispiele, die die Skala der gewählten Optionen andeuten [Unterstrichungen in den Beispielen jeweils GD]:

3 Da aus der Perspektive geschlechtergerechter Sprache vorrangig Formen mit Personenreferenz relevant sind, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen darauf. Fälle wie die Bildung von Komposita mit maskulinem Determinans (*Bürgersteig*, *Fleischermesser*) oder Fragen der Interpretation fester Wendungen (*Mädchen für alles*, *Depp vom Dienst*) usw. werden hier nicht besprochen.

- Die „traditionelle“ Lösung, das sogenannte generische Maskulinum, findet sich auf dem Sparkassen-Finanzportal GmbH unter der Adresse <https://www.sparkasse.de/unsere-loesungen/privatkunden.html> (Abruf 4. April 2018). Dort heißt eine Überschrift „Privatkunden“ und weiter unten im Text lesen wir: „Kunde werden. Es hat viele Vorteile, Kunde bei der Sparkasse zu sein“.
- Die Doppelnennung und damit die am häufigsten empfohlene Variante für geschlechtergerechte Personenbezeichnung findet sich auf den Seiten der Wir-Bank, Genossenschaft/KMU-Support unter <https://www.wir.ch/gemeinschaft/private/genossenschaftkmu-support/> (Abruf 4. April 2018) in folgender Form: „Als Privatkundin und Privatkunde profitieren Sie von guten Konditionen und stärken gleichzeitig die Schweizer KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft.“
- Auch avantgardistische, z. T. umstrittene Lösungen werden gewählt, wie das Beispiel der GLS Gemeinschaftsbank e. g. zeigt. Unter <https://www.gls.de/privatkunden/> (Abruf 4. April 2018) findet sich ein Pulldown-Menü mit der Beschriftung: „Ich bin: Privatkunde*in“.

Weitere Stichproben und Überprüfungen, die von allen Interessierten nach Bedarf vorgenommen werden können, werden diesen Eindruck verstärken: Das sogenannte generische Maskulinum ist keineswegs die einzige seriöse Sprachform zur geschlechtsneutralen Benennung von Personen im öffentlichen Sprachgebrauch. Im Jahr 2018 zeigt sich bei vielen verschiedenen Textsorten (nicht nur bei juristisch regulierten Texten) eine große Varianz bei der Auswahl der als geschlechtsneutral zu verstehenden Personenbezeichnungen. Die angeblich unangefochtene allgemeine Akzeptanz und Verbreitung des sogenannten generischen Maskulinums ist Fiktion (manchmal vielleicht auch Wunschvorstellung). Offensichtlich ist in der Sprachgemeinschaft die Auffassung weit verbreitet, dass geschlechtergerechte Sprache im öffentlichen Umgang sinnvoll ist und dass das sogenannte generische Maskulinum diese Funktion nicht erfüllt. Daher werden auf breiter Front kreative Lösungen im Sprachgebrauch gesucht und gefunden (Diewald & Steinhauer 2017, zur Differenzierung in der Gestaltung von Leitfäden vgl. auch Wetschanow 2017, kritisch zu einigen avantgardistischen Vorschlägen siehe Kotthoff 2017).

3 Behauptungen und linguistische Argumente

Wie schon erwähnt, wird hier der Disput um das sogenannte generische Maskulinum als Argument für die Notwendigkeit der Befassung mit geschlechtergerech-

ter Sprache in der germanistischen Linguistik verwendet. In öffentlichen Debatten werden zur Begründung für die Unantastbarkeit der Gebrauchsgewohnheit des generischen Maskulinums regelmäßig die folgenden beiden Behauptungen geltend gemacht:

- i. Es wird behauptet, die Gebrauchskonvention des generischen Maskulinums sei systemlinguistisch verankert, also z. B. eine grammatische Regel. Daher sei eine andere, abweichende Verwendung maskuliner und femininer Personenbezeichnungen grammatisch inkorrekt, vulgo „falsch“.
- ii. Es wird behauptet, maskuline Formen vom Typ *der Kunde/die Kunden* seien an sich semantisch geschlechtsneutral.

Beide Punkte werden im Folgenden anhand linguistischer Fakten widerlegt. Darüber hinaus kommen Motive und Intentionen zur Sprache, die nicht mehr rein linguistisch begründet sind.

Zunächst ist festzuhalten, dass die BefürworterInnen des „generischen Maskulinums“ immer wieder die Behauptung aufstellen, die GegnerInnen dieser Form hätten einfach noch nicht begriffen, dass das grammatische Genus mit dem biologischen Geschlecht (Sexus) nichts zu tun habe. Sobald man dies begreife, könne man nichts mehr gegen das „generische Maskulinum“ haben. Wir erinnern uns: Genus ist diejenige grammatische Kategorie im Deutschen, die u. a. Substantive einer der drei Formklassen Maskulinum, Femininum und Neutrum zuweist (*der Sessel, die Bank, das Sofa*). Es handelt sich um eine innersprachliche Unterteilung. Sexus hingegen ist eine Kategorisierung, die Außersprachliches meint. Sie betrifft die Unterscheidung von Menschen (und anderen Lebewesen) nach biologisch definierten Geschlechtsmerkmalen. Die Erkenntnis der Verschiedenheit von Genus und Sexus ist nun keineswegs neu, insbesondere ist sie allen, die sich mit geschlechtergerechter Sprache befassen, vertraut. So widmet sich im Dudenratgeber „Richtig gendern“ ein ganzer Abschnitt dieser Differenzierung (Diewald & Steinhauer 2017: 14–25); und auf Seite 19 wird in einem Merkkasten festgehalten: „Genus ist nicht gleich Sexus“.

Wieso aber wird dann immer wieder mit der lautstark geäußerten Binsenweisheit „Genus ist nicht gleich Sexus“ zum einen die angebliche Ignoranz der GegnerInnen des „generischen Maskulinums“ angeprangert und zum andern das Ende der Debatte gefordert?

Weil versucht wird, über diesen Unterschied – den Unterschied zwischen Genus und Sexus – die Einordnung des sogenannten generischen Maskulinums als Bestandteil des *Sprachsystems* zu begründen. Genau dies kann jedoch nicht gelingen. Mit der Opposition zwischen Genus und Sexus kann man das sogenannte generische Maskulinum weder begründen noch ablehnen. Die Problematik des „generischen Maskulinum“ hat mit der semantischen Unterscheidung

‚männlich‘ und ‚weiblich‘ bei den beteiligten Lexemen, also mit dem lexikalischen Inhalt der Substantive, zu tun. Das semantische Merkmal ‚weiblich‘ ist Bestandteil der Bedeutung von Substantiven wie *Frau*, *Weib*, *Großmutter*, *Malerin*, *Professorin*, das semantische Merkmal ‚männlich‘ ist Bestandteil der Bedeutung von Substantiven wie *Mann*, *Männchen*, *Großvater*, *Maler*, *Professor*. Das grammatische Genus ist dabei nicht entscheidend: *Frau* weist das Genus Femininum auf, *Weib* hingegen das Genus Neutrum; *Mann* das Genus Maskulinum, *Männchen* das Genus Neutrum.⁴

Der semantische Gehalt eines nominalen Ausdrucks ist entscheidend für die Frage, auf welche Personen er angewendet werden kann. Es geht somit um den Gebrauch der betreffenden Ausdrücke, darum, wie jeweils die Bezugnahme auf außersprachliche Entitäten (Personenreferenz) erfolgt. Wer ist gemeint mit einer bestimmten Personenbezeichnung in einem bestimmten sprachlichen und kommunikativen Kontext? Wie deutlich bringt die Personenbezeichnung ihren außersprachlichen Bezug zum Ausdruck? Wer ist explizit angesprochen? Wer ist vielleicht mitgemeint, vielleicht aber auch ausgeschlossen?

Welche Bedeutung haben also die Personenbezeichnungen, die von einer gemeinsamen Basis abgeleitet sind, wie z. B. *Maler/Malerin*, *Diplomat/Diplomatin*, *Kanzler/Kanzlerin*, *Lehrer/Lehrerin*, *Terrorist/Terroristin*? Von BefürworterInnen des „generischen Maskulinums“ wird die Behauptung aufgestellt, dass die jeweiligen grammatisch maskulinen Formen semantisch nicht ‚männlich‘, sondern ‚neutral‘ seien und daher das „generische Maskulinum“ nicht als diskriminierend oder sexistisch zu beanstanden sei (siehe oben Behauptung ii.). Da diese Interpretation nicht unwidersprochen ist (siehe die gesamte Diskussion in der feministischen Linguistik seit den 70er Jahren), stellt sich als zentrale linguistische Frage:

Wie ermittelt man die Bedeutung sprachlicher Ausdrücke?

Man kann erstens eine semantische Analyse der betroffenen Sprachzeichen im aktuellen Sprachsystem betreiben. Man kann zweitens sprachgeschichtliche Fakten zur weiteren Klärung heranziehen. Und man kann drittens empirische Methoden anwenden, die den Sprachgebrauch, die Einschätzungen der Sprachgemeinschaft und kognitive Verarbeitungsvorgänge untersuchen. Was also lässt sich aus der linguistischen Forschung in diesen drei Gebieten zur Frage der semantischen Neutralität des generischen Maskulinums festhalten?

⁴ Zu komplexen Interdependenzen zwischen Genus und Gender, die jedoch jenseits der hier verhandelten Fragen liegen, siehe Nübling 2017.

3.1 Semantische Oppositionen bei Personenbezeichnungen

Die semantische Analyse anhand von Minimalpaaren zeigt, dass die paarigen Personenbezeichnungen sich in ihrer Bedeutung durch die Opposition zwischen ‚männlich‘ und ‚weiblich‘ unterscheiden. Eine Personenbezeichnung wie *Mann*, *Redner*, *Bäcker* oder *Diplomat* verbindet sich problemlos mit einem Subjektsausdruck mit einem männlichen Referenten: *Kurt ist ein kluger Mann/ein eloquenter Redner/ein geschäftstüchtiger Bäcker/ein echter Diplomat*. Ein Subjektsausdruck mit weiblicher Referenz (hier *Anna*) erzeugt hingegen semantisch abweichende Sätze wie: **Anna ist ein kluger Mann/ein eloquenter Redner/ein geschäftstüchtiger Bäcker ein echter Diplomat*. Ausdrücke wie *Mann*, *Redner* und *Diplomat* sind somit semantisch geschlechtsspezifisch, und zwar ‚männlich‘; analog hierzu sind die Substantive *Frau*, *Rednerin*, *Bäckerin* und *Diplomatin* semantisch geschlechtsspezifisch, und zwar ‚weiblich‘.

Daneben gibt es Personenbezeichnungen, die geschlechtsunspezifisch sind, also weder das semantische Merkmal ‚männlich‘, noch das semantische Merkmal ‚weiblich‘ enthalten (auch geschlechtsindifferente oder epizöne Substantive genannt). Sie sind in jedem der drei grammatischen Genera anzutreffen: *die Person*, *die Waise*, *der Mensch*, *der Star*, *das Kind*, *das Genie*. Geschlechtsunspezifische Personenbezeichnungen können erwartungsgemäß zur Bezeichnung von Personen mit beliebigem biologischem Geschlecht verwendet werden. Das zeigt sich in der Austauschbarkeit der Subjektsausdrücke *Anna* und *Kurt* in Beispielen wie diesem: *Anna/Kurt ist eine kluge Person/ein unbestrittener Star/ein fröhliches Kind*.

Diese beiden Gruppen von Nomina zur Bezeichnung von Personen bzw. höherrangigen Tieren sind strikt voneinander zu trennen. Sie weisen unterschiedliche semantische Merkmalsstrukturen auf. Geschlechtsunspezifische Personen- bzw. Tierbezeichnungen stellen Oberbegriffe dar, zu denen lexikalisch unterschiedlich gebildete Unterbegriffe existieren. So fungiert das geschlechtsunspezifische Nomen *Kind*, als Oberbegriff für die Opposition *Junge/Mädchen*, das geschlechtsunspezifische Nomen *Pferd* als Oberbegriff für die Opposition *Hengst/Stute*, das geschlechtsunspezifische Nomen *Person* fungiert als Oberbegriff für *Frau/Mann*. Auch ein Nomen wie *Fachkraft* dient in dieser Weise als Oberbegriff für *Fachmann* versus *Fachfrau*. Kurz: geschlechtsunspezifische Nomina sind mit anderen relativ merkmalsarmen Nomina vergleichbar, die ebenfalls als Oberbegriffe zu merkmalsreicheren Nomina gelten können: Zum Beispiel fungiert *Baum* als Oberbegriff für *Nadelbaum/Laubbaum* usw.

Geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen hingegen treten paarweise in direkterer Opposition zueinander auf. Es handelt sich, wie oben schon dar-

gelegt, um semantische Minimalpaare. Diese Opposition wird entweder durch zwei etymologisch voneinander unabhängige Lexeme gebildet (*Frau – Mann, Hengst – Stute* usw.) oder durch zwei Lexeme, die bei Stammgleichheit durch Wortbildungsprozesse miteinander verbunden sind (Konversion bei Partizipien und Adjektiven wie *der/die Studierende, der/die Schlaue*; Ableitungen mit *-er, -in* usw.). Die folgende Tabelle verdeutlicht dies:

Oberbegriffe und Unterbegriffe (nach Diewald & Steinhauer 2017: 33)

Semantische Domäne	Personenbezeichnung/Tierbezeichnung	
Oberbegriff: geschlechtsindifferent	1. Person 2. Kind 3. Fachkraft 4. Studierende (Plural) 5. Pferd 6. Huhn	
Unterbegriffe: geschlechtsspezifisch	1.a. Frau 2.a. Mädchen 3.a. Fachfrau 4.a. Studierende, Studentin 5.a. Stute 6.a. Henne	1.b. Mann 2.b. Junge 3.b. Fachmann 4.b. Studierender, Student 5.b. Hengst 6.b. Hahn
Merkmalsopposition der Unterbegriffe	a. ‚weiblich‘	b. ‚männlich‘

Entscheidend ist Folgendes: Geschlechtsunspezifische Nomina treten *per definitionem* NICHT paarig im Sinne der Opposition ‚weiblich‘/‚männlich‘ auf – weder als eigenständige Lexeme, noch als Ableitungen. Geschlechtsspezifische Personenbezeichnungen (und Tierbezeichnungen) hingegen verhalten sich – ebenfalls *per definitionem* – genau gegenteilig: Sie treten paarig auf, wobei jedes der beiden Elemente des Paares ein spezifisches semantisches Merkmal hat.

Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung, die im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt, zumindest verwunderlich. Es geht in dieser Passage um die Frage der Berechtigung und sprachlichen Korrektheit von Beidnennungen wie

Bäcker und Bäckerin (oder auch *Arzt und Ärztin*) anstelle des sogenannten generischen Maskulinums:

Das [*Bäcker und Bäckerin*, GD] ist eine Redeweise, die ist grammatisch vollkommen in Ordnung. Sie ist von der Bedeutung her nicht vollkommen in Ordnung, weil die Frauen hier zweimal auftauchen. Mit Bäcker ist ja das Handwerk gemeint und alle Mitglieder des Handwerks. Da sind natürlich Männer und Frauen gemeint. [...] Aber der Bäcker hat, was das natürliche Geschlecht betrifft, keine spezielle Bedeutung. Er ist in der Beziehung neutral, genauso wie etwa Person eine neutrale Bedeutung hat und sich nicht nur auf Frauen bezieht. Deswegen haben wir bei Bäcker und Bäckerin Frauen besonders sichtbar ... (Eisenberg, Interview Deutschlandfunk, 8. März 2017, Hervorhebung GD).

In diesem Zitat wird behauptet, dass in Beidnennungen wie *Bäcker und Bäckerin* (oder *Arzt und Ärztin*) Frauen jeweils zweimal genannt würden: nämlich nicht nur in der Femininform (also *Bäckerin, Ärztin*), sondern auch in der Maskulinform (also *Bäcker, Arzt*), da letztere ja als „generisches Maskulinum“ Frauen ohnehin immer mitmeine.

Weiter wird behauptet, dass ein Maskulinum wie *Bäcker* an sich keine geschlechtsspezifische Bedeutung aufweise und den gleichen semantischen Abstraktionsgrad wie das Nomen *Person* habe und somit wie letzteres ein geschlechtsunspezifischer Ausdruck sei.

Nun zeichnen sich aber, wie ausgeführt, geschlechtsunspezifische Nomina dadurch aus, dass sie eine zweite (feminine oder maskuline Form) grundsätzlich nicht bilden können, da das semantische Merkmal des Geschlechts bei ihnen nicht vorhanden ist. Zum Substantiv *Person* existiert keine zweite, abgeleitete Form, die das „andere Geschlecht“ bezeichnen könnte (weder **der Personer* noch **die Personin*), zum Substantiv *Pferd* existiert keine zweite geschlechtsspezifische Formen (weder **der Pferder* noch **die Pferdin*). Geschlechtsunspezifische Nomina – wie *Person* – bringen das Geschlecht einfach nicht zum Ausdruck.

Bei Nomina mit zwei Formen – wie *Bäcker* – liegt der Fall völlig anders. *Bäcker* ist KEIN geschlechtsindifferentes Substantiv wie z. B. *Person*. Hier stehen zwei durch Wortbildungsprozesse verbundene Lexeme zur Verfügung: ein Lexem mit dem Genus Maskulinum, das semantisch das Merkmal ‚männlich‘ enthält (*der Bäcker, der Hexer*) und ein Lexem mit dem Genus Femininum, das semantisch das Merkmal ‚weiblich‘ enthält (*die Bäckerin, die Hexe*). Die Maskulinformen in Paaren der Art *Bäcker/Bäckerin* sind nicht geschlechtsindifferent wie *Person*, sondern geschlechtsspezifisch ‚männlich‘.

Kurz zusammengefasst: Das deutsche Sprachsystem bietet parallel zwei verschiedene Typen von Personenbezeichnungen: Personenbezeichnungen, die geschlechtsunspezifisch sind, und Personenbezeichnungen, die geschlechtsspezifisch sind. Wenn nun die Maskulinformen letzterer (*Redner, Diplomat* usw.) zur

Bezeichnung gemischter Gruppen oder zur allgemeinen unspezifischen Referenz verwendet werden – das ist es, was mit dem Ausdruck „generisches Maskulinum“ gemeint ist –, handelt es sich um eine Gebrauchskonvention dieser Formen, die deren lexikalischen Gehalt nicht ändert. Die Formen selbst werden dadurch nicht „geschlechtsneutral“. Das kann durch die beiden anderen Untersuchungsfelder – die Sprachgeschichte und die empirische Stereotypenforschung – erhärtet werden.

3.2 Substantivableitung auf *-er* und Femininmovierung auf *-in*: einige sprachhistorische Notizen

Das Ableitungssuffix *-er* ist das wichtigste und produktivste Mittel, um Substantive zur Bezeichnung von Personen zu erzeugen, weshalb wir uns darauf konzentrieren. Diese Form ist in althochdeutscher Zeit als lateinisches Lehnsuffix *-arius* in unsere Sprache gekommen. Von Anfang an hat es, wie seine lateinische Quelle, selbstverständlich das semantische Merkmal ‚männlich‘. Es erzeugt Substantive, die männliche Personen benennen, die eine bestimmte Funktion, einen Beruf, eine Tätigkeit ausüben: *Bauer*, *Müller*, *Bürger*, *Kläger*. Über die Details der historischen Entwicklung gibt Doleschal 1992 und 2002 ausführlich und kenntnisreich Auskunft. Die spezifisch männliche Semantik der mit *-er* gebildeten Ableitung wird nicht nur aus den objektsprachlichen Quellen selbst, sondern auch aus den metasprachlichen Kommentaren der Sprachbetrachtung und Grammatikschreibung der jeweiligen Epoche offenkundig.

Die Ableitungsbasis von Personenbezeichnungen mit *-er* ist oft ein Verb, gelegentlich aber ist es eine weibliche Personenbezeichnung: So wird zur *Hexe* ein *Hexer* gebildet, zur *Witwe* ein *Witwer*, zur *Hure* ein *Hurer*. Gerade diese Ableitungen von einer weiblichen Basis erweisen die spezifisch männliche Bedeutung des Suffixes *-er*.

Die diachrone Entwicklung zeigt deutlich, dass die Behauptung, Personenbezeichnungen auf *-er* wie *Bäcker* etc. hätten eine genuin geschlechtsneutrale Bedeutung, indem sie nur die „abstrakte Funktion“ bezeichnen würden, unzutreffend ist. Sie bezeichnen vom Beginn der diachronen Zeugnisse an und durch die Geschichte hindurch männliche Personen, die eine bestimmte Funktion ausführen.

Die Frage, ob bei der Verwendung einer *-er*-Form Frauen mitgemeint sein könnten, stellte sich lange nicht: Die patriarchale Gesellschaftsordnung wies Frauen keine Funktion im öffentlichen Leben zu, die mit Beruf, Status oder offizieller Tätigkeit zu tun hatte. Konsequenterweise benennt das Ableitungssuffix *-in*, das sekundär auch an Ableitungen mit *-er* angehängt wird (*Müller*, *Müllerin*),

zunächst die Funktion als Ehefrau des Betreffenden und nicht die eigenständige Funktion einer Frau.⁵

Die ersten Dokumente, die darüber sprechen, dass Personenbezeichnungen wie *Bürger* oder *Müller* in verallgemeinernder Weise für „alle“ stehen können und sollen, berufen sich gerade nicht auf eine angebliche „Geschlechtsneutralität“ dieser Formen, sondern ganz explizit darauf, dass sie geschlechtsspezifisch „männlich“ sind. Die Argumentation ist dabei offen sexistisch: Da Männer das erste, privilegierte und würdigere Geschlecht sind, muss bei verallgemeinernder Bedeutung die männliche Sprachform (semantisch männlich, grammatisch Maskulinum) gewählt werden. Frauen sind an sich sekundär und bedeutungslos, daher müssen sie nicht explizit erwähnt werden (ausführlich hierzu siehe Irmen & Steiger 2005). Diese Festlegung auf die geschlechtsspezifisch männliche Personenbezeichnung für allgemeine Referenzkontexte kann nur als bewusste Festigung der patriarchalen Vormachtstellung der Männer verstanden werden. Frauen konnten mitgemeint sein. Sie konnten aber jederzeit ausgeschlossen werden. Noch zu Beginn des 20. Jhs. gibt es dokumentierte Fälle offener Diskriminierung (z. B. die Versagung der Zulassung als Anwältin für eine promovierte Juristin), die sich explizit darauf berufen, dass eine angeblich „generisch maskuline“ Form (z. B. *Anwalt*, *Landrat*) im entscheidenden Text sich spezifisch und ausschließlich auf Männer beziehe (vgl. Schoenthal 1989, Grabrucker 2017).

Schon diese wenigen Bemerkungen zeigen, dass es unangemessen ist, historisch von der Geschlechtsneutralität der Formen des sogenannten generischen Maskulinums auszugehen. Die entsprechenden grammatisch maskulinen Formen waren in der Geschichte immer und bewusst semantisch spezifisch männlich. Die Behauptung (bzw. die Festlegung in juristischen Kontexten), sie seien geschlechtsneutral und könnten gleichermaßen und in gerechter Weise zur Bezeichnung von Männern und Frauen verwendet werden, findet sich erst im 20. Jahrhundert (Doleschal 2002, Grabrucker 2017). Wie bekannt, wurde diese Einschätzung von der neuen Frauenbewegung zurückgewiesen und das „generische Maskulinum“ als sexistischer Sprachgebrauch erkannt. Diese Einsicht liegt auch der seit Beginn der 1980er umgesetzten Vorgabe zugrunde, dass Berufsbe-

5 Für eine differenzierte und reich belegte Darstellung sei auf Doleschal 2002 verwiesen. Die dort nachgezeichneten komplexen Bedingungen und Verzweigungen der historischen Entwicklungen können hier nicht wiedergegeben werden; sie bekräftigen jedoch in allen Punkten die hier getroffenen Aussagen. Zum Beispiel dokumentiert Doleschal (2002: 65) mit Verweis auf Grabrucker 1993, dass für eine kurze Spanne im Hoch- und Spätmittelalter, in der Frauen eine bessere Rechtsstellung hatten, in Rechtstexten wie z. B. Stadtordnungen konsequent die Beidenennung von Männern und Frauen bei Berufsbezeichnungen (z. B. *koufeler* ‚Händler‘ und *koufelerin* ‚Händlerin‘) erfolgt. Auch hier wird die spezifisch männliche Bedeutung der Ableitungen auf -er evident.

zeichnungen im Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe grundsätzlich in der männlichen und weiblichen Form genannt werden müssen (vgl. Irmen & Steiger 2005: 227). Das Vertrauen in die angebliche Geschlechtsneutralität eines „generischen Maskulinums“ ist also nicht nur in feministischen Kreisen äußerst gering.

3.3 Empirische Stereotypenforschung

Abschließend sei kurz auf die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen aus Linguistik, Kognitionspsychologie, Psycholinguistik, Erziehungswissenschaft, Medien- und Textwissenschaft verwiesen, deren Zahl inzwischen in die Dutzende geht (z. B. Stahlberg & Sczesny 2001, Rothmund & Scheele 2004, Braun et al. 2007, Gygax et al. 2008).⁶

Die Studien, die mit den unterschiedlichsten Methoden durchgeführt wurden (z. B. Messungen von Reaktionszeiten, Augenbewegungen, Lesegeschwindigkeiten; textlinguistische Analysen, Befragungen, Interviews, korpuslinguistische Auswertungen usw.), gelangen alle zu ähnlichen Ergebnissen.

Durch die Verwendung des sogenannten generischen Maskulinums werden Frauen mental nicht oder nicht adäquat repräsentiert. Männer erscheinen in der mentalen Repräsentation als prototypische Exemplare der jeweiligen Inhalte der Personenbezeichnung. Zum Beispiel werden bei einer Frage wie „Welchen Politiker können Sie sich als Außenminister vorstellen?“ in aller Regel Männer vorgeschlagen, während geschlechtergerechte Formulierungen auch zur Nennung von Frauen führen. Kurz: Die Vorstellung von Frauen als relevanten Personen im besprochenen Sachverhalt wird durch das „generische Maskulinum“ erschwert. Diese Gebrauchsnorm benachteiligt Frauen.

3.4 Fazit

Alle Forschungen aus den drei Teilbereichen kommen zu konvergenten Ergebnissen bezüglich der Bewertung des sogenannten generischen Maskulinums. Den zu Beginn von Abschnitt 3 zitierten gängigen Behauptungen bzw. Meinungskundgaben können also folgende durch entsprechende Forschungen bekräftigte Positionen entgegengehalten werden:

⁶ Kusterle 2011 erfasst und kommentiert eine Vielzahl einschlägiger Arbeiten.

Ergebnis I:

Das sogenannte generische Maskulinum ist eine Konvention des Sprachgebrauchs (noch dazu eine historisch sehr junge und keineswegs durchgängig stabile). Es stellt keine strukturelle Unterscheidung des Sprachsystems, keine grammatische Kategorie oder dergleichen, dar. Das sogenannte generische Maskulinum nicht zu verwenden, verletzt keine Regel des Sprachsystems.

Ergebnis II:

Das sogenannte generische Maskulinum ist keine semantisch geschlechtsneutrale Form. Es ist in seiner Grundbedeutung spezifisch männlich. Dies führt in vielen Fällen zu Ambiguität und referentieller Unklarheit, die sich für alle nicht-männlichen Personen nachteilig auswirkt.

Obwohl in den letzten Jahrzehnten in der Erforschung von Sprache und Gender und in der Theorie und Anwendung geschlechtergerechter Sprache Fortschritte gemacht wurden, sind große Bereiche noch völlig unerforscht. Die germanistische Linguistik sollte sich dringend diesem Themenbereich widmen und die ausgesprochen spannende Interaktion von gesellschaftlichem und sprachlichem Wandel beobachten und (auch interdisziplinär) erforschen.

4 Ausblick – was wir alles nicht brauchen und was wir dringend brauchen

Abschließend sei ein Blick auf allerlei Ängste geworfen, die im Kontext der Bemühungen um geschlechtergerechten Sprachgebrauch regelmäßig in den Medien auftauchen. Zweck dieser Übung ist es, angesichts des übertriebenen Pathos und der Irrationalität, die in dieser Art Äußerungen stecken, die Notwendigkeit einer intensiven wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema zu untermauern. Exemplarisch – und deshalb hier als Illustrationsobjekt genutzt – ist der mediale Aufruhr, den die Entscheidung des Senats der Universität Leipzig im Jahr 2013 auslöste, die für die Grundordnung als geschlechtsneutrale Form nicht das übliche „generische Maskulinum“, sondern das „generische Femininum“ festlegt. In besagtem Dokument finden sich somit als allgemeine Personenbezeichnungen nur Formen wie *Studentin* für alle Studierenden, *Dozentinnen* für alle Dozierenden (außerdem *Professorin*, *Wissenschaftlerin*, *Rektorin* usw.). Männer sind, wie folgende Fußnote mitteilt, immer mitgemeint:

In dieser Ordnung gelten grammatisch feminine Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen männlichen und weiblichen Geschlechts. Männer können die Amts- und Funktionsbezeichnungen dieser Ordnung in grammatisch maskuliner Form führen. (Grundordnung in der Fassung vom 6. August 2013).

Es handelt sich also um eine einfache spiegelbildliche Umkehrung der sonstigen Praxis, bei der sich Frauen im Bedarf mitgemeint fühlen sollen.

Diese Entscheidung kann sicher nicht als die beste Lösung für mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Sprache gelten, die medialen Reaktionen darauf sind jedoch über den konkreten Anlass hinaus aufschlussreich. Sie verraten viel über bewusste und (möglicherweise) unbewusste Haltungen zum Sprachwandel im Allgemeinen und zu den Forderungen nach geschlechtergerechtem Sprachgebrauch im Besonderen.

Ein ergiebiges Beispiel ist das mit rhetorischer Wucht entworfene Schreckensszenario von Alexander Kissler, erschienen unter dem Titel „Herr Professorin‘ – Genderwahn auf dem Vormarsch“ in: Cicero online, 11. Juni 2013. Wir konzentrieren uns auf folgende Passage:

Man kann sich aber angesichts der realen Leipziger Entscheidung auch fragen: Woher kommt die Lust an der Gewalt? Dass die Gleichstellungseuphoriker der Sprache, dem Sinn, dem Verstand Gewalt antun und dass niemand jenseits dieser akademischen Elite den brutalen Sprachmissbrauch gutheißt, niemand ihm folgen wird, steht außer Frage. Woher also kommt die Gewalt der Begriffsverbieger – und woher der Selbsthass der männlichen Befürworter im erweiterten Senat der Universität Leipzig, die mehrheitlich zustimmen? Beide zusammen erst, die entmannten Männer und die zum Sinnbruch entschlossenen Amazonen, machten die Begriffskatastrophe perfekt. Sprache war, nach dem Wort Heideggers, einmal das „Haus des Seins“. Nun ist sie, zumindest in Leipzig, das „Haus des Scheins“ – des Scheins von Fortschritt, der finsterste Reaktion bemäntelt. Sprache ist dort kein einendes Band, nicht einmal Mittel der Verständigung, sondern radikalfeministisches Herrschaftsinstrument zum Austrieb des Männlichen. (Kissler, Cicero online, 11. Juni 2013)

Hier vereinen sich viele der gängigen „Argumente“ gegen geschlechtergerechte Sprache (vgl. die Sammlung in Vergoossen 2017). Das vermeintliche Anliegen, das angeblich wesentliche Motiv der Zurückweisung jeder Bemühung um geschlechtergerechte Sprachformen ist die Sorge um die deutsche Sprache, ihren Bestand und ihre Schutzbedürftigkeit, ihre Reinheit und Ausdrucksfähigkeit, ihre Wahrheit (*brutaler Sprachmissbrauch, Begriffskatastrophe, Haus des Scheins*).

Die gewiefte Linguistin und der gewiefte Linguist zucken hier ungerührt die Schultern: Sprachverfallsängste diesen Kalibers sind diachron, diatopisch, diastratisch usw. weitverbreitet und nicht-therapierbar (vgl. Keller 1990). Interessanter ist, was an emotiven und affektiven Beweggründen hinter der vordergründigen Sprach- und Kulturverfallsangst zum Vorschein kommt. Allerlei reich

bebilderte Ängste und Aversionen, die an dieser Stelle nicht analysiert werden sollen, brechen sich ihre Bahn.

„Was geht uns das an?“ könnten wir sagen, „Was interessieren uns die Blüten des Feuilleton?“

Nun, all dies wird verhandelt unter dem Stichwort der Sorge um die deutsche Sprache. Das sollte uns etwas angehen. Wir brauchen sachliche und wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung mit unserer Sprache in ihren gesellschaftlichen Verwicklungen. Es ist sinnvoll und legitim, dass sich die germanistische Linguistik inhaltlich mit dem Problemfeld der geschlechtergerechten Sprache befasst. Und wenn man hier zu neuen Antworten kommt, die bisherige Gebrauchsoptionen in Frage stellen, ist dies aus wissenschaftlicher Perspektive keineswegs ein Fehler.

Literatur

- Becker, Thomas. 2009. Zum generischen Maskulinum: Bedeutung und Gebrauch der nicht movierten Personenbezeichnungen im Deutschen. In: *Linguistische Berichte* 213, 65–75.
- Braun, Friederike, Oelkers, Susanne, Rogalski, Karin, Bosak, Janine & Sczesny, Sabine. 2007. ‚Aus Gründen der Verständlichkeit ...‘ Der Einfluss generisch maskuliner und alternativer Personenbezeichnungen auf die kognitive Verarbeitung von Texten. In: *Psychologische Rundschau* 58, 183–189.
- Bundesgerichtshof Urteil VI ZR 143/17, verkündet am 13. März 2018.
- Diewald, Gabriele. 2018. Linguistische Kriterien und Argumente für geschlechtergerechten Sprachgebrauch. In: *Rechtshandbuch für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte*. Hg. Sabine Berghahn und Ulrike Schultz. Hamburg: Dashöfer, 66_1.3.
- Diewald, Gabriele, Anja Steinhauer & Dudenredaktion. 2017. *Richtig Gendern. Wie Sie angemessen und verständlich schreiben*. Berlin: Dudenverlag.
- Doleschal, Ursula. 1992. *Movierung im Deutschen. Eine Darstellung der Bildung und Verwendung weiblicher Personenbezeichnungen*. Unterschleißheim/München: Lincom Europa.
- Doleschal, Ursula. 2002. Das generische Maskulinum im Deutschen. Ein historischer Spaziergang durch die deutsche Grammatikschreibung von der Renaissance bis zur Postmoderne. In: *Linguistik online* 11, 2 / 02.
- Duden. Die Grammatik*. 2016. Der Duden in zwölf Bänden, Bd. 4. 9. Vollständig überarbeitete Auflage.
- Eisenberg, Peter. 2017. Interview des Deutschlandfunks mit Britta Fecke vom 8. März 2017. http://www.deutschlandfunk.de/linguist-kritisiert-geschlechtergerechte-sprache-ein.691.de.html?dram:article_id=380828 (4. Januar 2018).
- Grabrucker, Marianne. 1993. *Vater Staat hat keine Muttersprache*. Frankfurt a. M.: Fischer.

- Grabrucker, Marianne. 2017. „Verfassungsrecht und geschlechtergerechte Sprache! – Umsetzung im Recht und in der Realität.“ Vortrag am 30. November 2017 im Rahmen des Workshops „Geschlechtergerechte Sprache in Theorie und Praxis“, Leibniz Universität Hannover.
- Gygax, Pascal, Ute Gabriel, Alan Garnham, Jane Oakhill & Oraine Sarrasin. 2008. Generically intended, but specifically interpreted: When beauticians, musicians, and mechanics are all men. In: *Language and Cognitive Processes* 23, Nr. 3, 464–485.
- Irmén, Lisa & Vera Steiger. 2005. Zur Geschichte des Generischen Maskulinums: Sprachwissenschaftliche, sprachphilosophische und psychologische Aspekte im historischen Diskurs. In: *ZGL*, 33, 212–235.
- Keller, Rudi. 1990. Sprachwandel: Von der unsichtbaren Hand in der Sprache. Tübingen: Francke (UTB 1567).
- Kissler, Alexander. 2013. „Herr Professorin“ – Genderwahn auf dem Vormarsch. In: Cicero online, 11. Juni 2013.
- Kotthoff, Helga. 2017. Von Syrx, Sternchen, großem I und bedeutungsschweren Strichen. Über geschlechtergerechte Personenbezeichnungen in Texten und die Kreation eines schrägen Registers.“ In: *Obst* 90, 91–116.
- Kusterle, Karin. 2011. *Die Macht von Sprachformen. Der Zusammenhang von Sprache, Denken und Genderwahrnehmung*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Nübling, Damaris. 2017. Funktionen neutraler Genuszuweisung bei Personennamen und Personenbezeichnungen im germanischen Vergleich. In: *LB, Sonderheft* 23, 173–211.
- Rothmund, Jutta & Scheele, Brigitte. 2004. Personenbezeichnungsmodelle auf dem Prüfstand. Lösungsmöglichkeiten für das Genus-Sexus-Problem auf Textebene. In: *Zeitschrift für Psychologie* 212, 40–54.
- Schoenthal, Gisela. 1989. Personenbezeichnungen im Deutschen als Gegenstand feministischer Sprachkritik. In: *ZGL* 17, 296–314.
- Stahlberg, Dagmar & Sczesny, Sabine. 2001. Effekte des generischen Maskulinums und alternativer Sprachformen auf den gedanklichen Einbezug von Frauen. In: *Psychologische Rundschau* 52, 3, 131–140.
- Stefanowitsch, Anatol. 2018. *Eine Frage der Moral: Warum wir politisch korrekte Sprache brauchen*. Berlin: Duden.
- Vergoossen, Hellen. 2017. “Contemporary arguments against gender-neutral pronouns in Swedish.” Vortrag am 01. Dezember 2017 im Rahmen des Workshops „Geschlechtergerechte Sprache in Theorie und Praxis“, Leibniz Universität Hannover.
- Wetschanow, Karin. 2017. Von nicht-sexistischem Sprachgebrauch zu fairen W_ortungen – Ein Streifzug durch die Welt der Leitfäden zu sprachlicher Gleichbehandlung. In: *Obst* 90, 33–35.



Patronymica Romanica 14

Publiés par Dieter Kremer

en collaboration avec

Maria Giovanna Arcamone, Antoni M. Badia i Margarit,
Ivo Castro, Marianne Mulon, Jean-Marie Pierret et Marius Sala

Onomastik

*Akten des 18. Internationalen Kongresses
für Namenforschung
Trier, 12.–17. April 1993*

Band I

Chronik

Namenetymologie und Namengeschichte
Forschungsprojekte

In Zusammenarbeit mit Maria Giovanna Arcamone
herausgegeben von Dieter Kremer

Max Niemeyer Verlag
Tübingen 2002



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Onomastik / [Akten des 18. Internationalen Kongresses für Namenforschung, Trier, 12. – 17. April 1993]. – Tübingen : Niemeyer

Bd. 1. Chronik, Namenerymologie und Namengeschichte / in Zusammenarb. mit Maria Giovanna Arcamone. – 2000
(Patronymica romanica; 14)

ISBN 3-484-55514-9 (Band 1) ISSN 0938-3387

ISBN 3-484-50268-1 (Gesamtwerk)

© Max Niemeyer Verlag GmbH, Tübingen 2002

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.
Printed in Germany.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier

Druck: AZ Druck und Datentechnik Kempten

Einband: Industriebuchbinderei Nägele, Nehren

Das Gedächtnis der Stadt. Neue Perspektiven der Straßennamenforschung

Das gesellschaftliche Renommee der Geisteswissenschaften kann nicht aus dem Ertrag abgeleitet werden, «den sie in Form von Forschungsleistungen erbracht haben und deren soziale Brauchbarkeit oft in Frage gestellt wird». Auf welche Disziplin dürfte dieses Diktum von Peter J. Brenner¹ wohl mehr zutreffen als auf die Namenforschung? Man kann in ihrem Fall sogar verschärfend hinzufügen: Gesellschaftliches Renommee hat sie auch nicht.

Nun hat die Namenforschung in den letzten beiden Jahrzehnten schon eine Richtungskorrektur vorgenommen. Früher verbündet mit weltabgewandten Fragestellungen (Orts- und Rufnamenforschung in grauer Vorzeit) oder sogar mit politisch dubiosen Denkweisen (volkstümelnde Beschwörung des deutschen Wesens und deutschen Lebensraumanspruchs im Orts- und Personennamengut), ist sie heute textlinguistischen, psycho- und sozioonomastischen Fragestellungen näher gerückt. Gleichwohl spielt sie weder im öffentlichen Bewußtsein noch in den dominanten wissenschaftlichen Diskursen eine Rolle – zu *Unrecht*. Das ist meine These, und ich will sie beweisen, indem ich I. einige Gründe für eine intensive Straßennamenforschung nenne, II. diese Forschungsrichtung in einen dominanten wissenschaftlichen Diskurs einpasse, III. ein Forschungsinstrumentarium für die so als wichtig erkannte Richtung vorschlage und schließlich IV. einige – in meinen Forschungsseminaren erarbeitete – Ergebnisse vorlege.

1. Die Dringlichkeit von Straßennamenforschung

1. Die Welt ist ohne *Toponyme* kaum zu bewältigen. Das klingt übertrieben. Indes, der Beweis ist schnell erbracht. Man schaue auf eine umfassende Karte eines Landes und lösche dann mit einem Schläge sämtliche Orts- und Flurnamen. Die Verfremdung und Desorientierung wäre geradezu beängstigend. Dasselbe Ergebnis erbrächte ein Stadtplan, auf dem schlagartig sämtliche Straßennamen getilgt sind. Dem Zusammenleben und allemal modernem Wirtschaften mit Handel und Wandel wäre der Boden entzogen. Auf technischem Gebiet können nun alle lebenermöglichenden Werkzeuge mit Achtung rechnen. Nicht geringerer Respekt gebührt den gleicherweise notwendigen *verbalen* Hilfsmitteln. Stehen sie dazu noch im Ruf, Deutungspotential zu bergen, wie der Mensch sich Beheimatung verschafft hat, dann kann ein komplettes Korpus von Toponymen getrost «Schatz» heißen. Ihn anzulegen und zu sichten ist ein unbezweifelbarer Wert.

2. Aber Straßennamen haben nicht nur lebenswichtige Orientierungsfunktion. Sie sind auch – um zunächst eine Formulierung von Gerhard Koß zu gebrauchen – ein «verstecktes Politikum»². Nun ist dies «Versteckte» seit geraumer Zeit auf scharfe, fast

¹ Peter J. Brenner 1993: «Das Verschwinden des Eigensinns. Der Strukturwandel der Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft», in: ders. (Hg.): *Geist, Geld und Wissenschaft*, Frankfurt/M. (stm 2118.), S. 21-65, hier S. 21.

² Koß, Gerhard 1990: *Namenforschung. Eine Einführung in die Onomastik*, Tübingen (Germanistische Arbeitshefte 34.), S. 90

monströse Weise in den Vordergrund getreten, so grell, daß allgemeine Folgerungen gezogen werden können. Es verging in den letzten drei Jahren kaum ein Tag ohne Meldungen der Massenmedien über die Umwandlung der marxistisch-staatsbürokratisch geformten (Straßen-)Namenwelt der neuen Bundesländer, der alten Ostblockstaaten überhaupt, Nachrichten von Abstimmungen über die Selbstbezeichnung ganzer Städte (*Karl-Marxstadt – Chemnitz; Leningrad – St. Petersburg*), Meldungen vom Kampf ganzer Völkerschaften um ihre alten Familiennamen (türkische Rumänen) oder, um den jüngsten Fall zu nehmen (SZ v. 27.9.1993): den energischen Protest zahlreicher Minderheiten gegen das neue Namenrecht in der (Identität suchenden) Slowakei: «-ova», die slovenische Endung, muß jede Frau zwingend führen. Und speziell die StrN: Endlose Debatten in Gremien, welche Namen denn wieder tragbar seien – einfach die alten wilhelminischen vielleicht, also an Stelle der «*Otto-Grotewohl-Straße*» nicht die an Aussicht genommene «*Toleranzstraße*», sondern wieder die «*Wilhelm Straße*» mit ihren unausweichlichen Assoziationen an Preußen-Deutschlands Gloria im alten Regierungsviertel? Durch solche Auseinandersetzungen hellhörig geworden, sieht man dann auch in den alten Bundesländern Ernsthaftes in Auseinandersetzungen, die man vor einigen Jahren noch eher unter Kuriosa eingeordnet hätte: die Suche nach, ja den Kampf um reputierliche und dennoch umwandlungsfähige Straßen, als Willy Brandt gestorben war; nicht alle, die in Frage kamen, wollten dem Friedensnobelpreisträger platzmachen; in Köln z.B. kam es in Ratssitzungen, in Presse, Funk und Fernsehen zu einem ebenso lang andauernden wie dramatischen Ringen, als der eigentlich nicht sonderlich beachtete *Breslauer Platz* zur Disposition gestellt wurde. Die – fast schon tot geglaubten – Landsmannschaften erhoben sich: es drohe der Verlust eines letzten Stückchens Heimat! Dieser Begriff führt zu Wesentlichem: Nicht nur ein oberflächliches oder gar verstecktes Politikum sind Namen. Als besonders attraktive Zentralpunkte für eine «*symbolische Ortsbezogenheit*»³ aggregieren in ihnen offensichtlich umfassende historische Formationen, wesentliche Züge der Gesamtgeschichte einer Stadt. Was im Stadtnamen/Personennamen (*Köln/Konrad Adenauer*) als ungeschiedene Gesamtheit beschlossen ist, scheint – auseinandergelegt – in den Straßennamen zum großen Teil wiederzukehren.

3. Die in StrN festgeschriebenen (historischen) Formationen sind offensichtlich ein wesentlicher Teil von dem, was dem Einwohner in der Stadt «Heimat»⁴ gibt und der Stadt «Physiognomie». Beiden ist damit eine Struktur gegeben, die man, weil vom Menschen geformt und lebensnotwendig: «*Identität*» nennen kann. Straßennamen ge-

³ Nicht nur dieser Zentralbegriff der Stadtsoziologen (z.B. bei F. Lenz-Romeiß 1970: *Die Stadt – Heimat oder Durchgangsstation*, München 1970, S. 79) wird bei künftigen Straßennamenforschungen eine wichtige Rolle spielen. Interpretationshilfen für Kämpfe um Straßennamen bieten auch Äußerungen dieser Art: «Wesentlich für das psychische Sicherheitsgefühl eines Menschen in der Stadt ist die Orientierungsmöglichkeit nicht nur an Straßenschildern und Hausnummern, sondern auch an Formen, Farben, Proportionen der Plätze und Straßenfolgen [...] Mehr oder weniger ausgeprägt sind die Wahrnehmungsinhalte der städtischen Umwelt Quellen psychischer Sicherheit oder Unsicherheit» (M. Trieb 1974: *Stadtgestaltung. Theorie und Praxis*, Düsseldorf, S. 123). K. Lynch (1992: *Das Bild der Stadt*, Braunschweig, 2. Aufl., S. 97) führt eigens den (nah am Namen stehenden) Begriff «*Merkmale*» ein, um diesen eine wichtige Funktion beim Zurechtfinden und beim Aufbau des geistigen Bildes einer Stadt zuzusprechen.

⁴ Sonderegger, Stefan 1985: «Namengeschichte als Bestandteil der deutschen Sprachgeschichte», in: Besch, W./ Reichmann, O. /ders.: *Sprachgeschichte. Ein Handbuch (...)*, Berlin-New York, Bd. 2, S. 2040.

ben der Stadt also je eigene Individualität – dies in großem Maßstab, denn jeder kennt die *Via Veneto*, den *Kudamm*, die *Fifth Avenue*, den *Picadilly Circuit* u.ä. – und so auch im kleinen, ja im ganz kleinen Maßstab des «Viertels», denn da kennt man eben «seine» Straßen. Und konservieren⁵ die Städte um der eigenen Vitalität willen die Straßennamen erster Art, weil sie ihre weltweite, deutschlandweite oder – als Mittelzentrum – auch nur provinzielle Reputation sichern helfen, so schützen sie die scheinbar nebensächlichen des Stadtteilmilieus, um wohlbeheimatete Bürger zu haben, die sich zuhause fühlen.

Straßennamen sind also ein wesentliches *Mittel der Selbstdarstellung*, ja Selbstvergewisserung, denn – wir haben ja gesehen: – auf die Namenschilder kommen wesentliche Teile dessen, was die Stadt geschichtlich gewesen ist und wem sie sich künftig verpflichtet fühlen will. Für diese Art der Selbstkonstituierung in Vergangenheit und Zukunft gibt es einen zentralen Begriff: «kulturelles Gedächtnis» – eine Kategorie, die im Zentrum eines vieldiskutierten wissenschaftlichen Diskurses steht. Es wird darauf unter Punkt 5. genauer eingegangen und hier nur noch betont: Wem diese Art Plädoyer für die essentielle Wichtigkeit von Straßennamen zu unwegig, ja abwegig erscheint, der möge in den Stadtverwaltungen oder gleich bei den wirtschaftstragenden Firmen anfragen, welche Bemühungen sie auf sich genommen haben, um eine reputierliche «Adresse» zu erhalten oder zu verteidigen, kurz: Schon der Straßename als Wirtschaftsfaktor genügt, um die Triftigkeit unserer neuen Forschungsrichtung zu beweisen.

4. Liegen die Dinge so, dann könnte so etwas wie eine *historische Identitätsforschung* über die Analyse von Straßennamen eingeleitet werden. Denn die Orientierung im Raum, die Selbstkonstitution nach innen und -präsentation nach außen wird im Laufe der verschiedenen Epochen wohl nach sich ändernden Prinzipien erfolgen. Man hätte auf folgende Weise methodisch zuzugreifen: Es wäre ein Analyseraster zu entwickeln, das die wesentlichen Dimensionen der Straßennamengebung faßt. Dies Instrumentarium müßte auf verschiedene historische Zustände des Straßennamenskorpus angesetzt werden. Diese synchronen Schnitte sollten genau zu jenen Zeiten gezogen werden, die, nach guter Hypothesenentwicklung, am ehesten einen historischen Schub, einen signifikanten Umbruch erwarten lassen. Die synchronen Schnitte würden alsdann hintereinandergestellt und zeigten so die diachrone Entwicklung. Diese nämlich müßte sich auf den angesetzten Parametern als deutliche Veränderungen ablesen lassen. Erste Ergebnisse eines synchronen Schnitts und einer diachronen Verlaufsstruktur sind von Klaus Großsteinbeck und Dietz Bering vorgelegt worden⁶. Diese Publikationen arbeiten freilich noch mit ad hoc konstruierten Analyserastern, und es stellte sich gerade bei ihrer Bearbeitung heraus, daß ein vorgegebenes, gleichbleibendes Raster der nächste – eben hier vorgestellte – Forschungsschritt sein müsse.

5. Gesetzt, man erarbeitet auf diese Weise die «onomastische Physiognomie» mehrerer Städte, so könnte ein Vergleich der Profile zu einer «kontrastiven Identitätsfor-

⁵ Die Mustersatzung des Deutschen Städtetages «Über die Benennung von Straßen [...]», referiert bei Koß, Gerh. 1990, S. 91-93 (Anm. 2), schreibt eigens vor: Namenänderung nur aus «Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung». Viele Städte haben dieses Gebot in ihre je eigenen Grundsätze für StrN aufgenommen.

⁶ Synchron: Klaus Großsteinbeck/Dietz Bering 1994: «Unger Krönzele» oder: «Nennen Sie doch die Kammachergasser Hohenzollernstraße!». Kölner Straßennamen in der Zeit der Weimarer Republik, im Druck in: Jahrbuch des Kölner Geschichtsvereins; diachron: Dietz Bering/Klaus Großsteinbeck 1994: Kulturgeschichte der Straßennamen. Neue Perspektiven auf altem Terrain – das Beispiel Köln, im Druck in: Muttersprache 1994.

schung» führen, eine zentrale Kategorie; denn, Identität lebt von Grenze und Differenz. Diese Kategorien vor Augen, müßte man die zu untersuchenden Städte wählen und bemüht sein, eine gleitende Skala zu konstruieren: von der kleinsten Verschiedenheit zum größten Kontrast. D.h. konkret: Städte aus gleichem Raum und mit sehr ähnlicher (Sozial-)Geschichte müßten gegen solche gestellt werden, die ganz andere Lebensvoraussetzungen hatten. Es ist zu vermuten, daß auch noch bei den stark kontrastierenden strukturell eine gemeinsame Basis bliebe; eben diese Tiefenstruktur wäre dann der Fond, dem es zu danken ist, nicht jede Stadt mit vollkommenem Fremdheitsgefühl zu betreten, sondern die *Bahnhofsstraße*, die *Berliner-*, die *Linden-*, die *Bäcker-*, die *Beethoven-*, die *Adenauerstraße*, ja den *Zeisigweg* als etwas Wohlvertrautes, geradezu Erwartbares zu empfinden.

Hätte man ein hinreichend breites Panorama deutscher Städte ausgekundschaftet, könnte man zu interkulturellen Vergleichen übergehen. Es entstünde ein Panorama nationaler Ausdifferenzierungen und – womöglich – ein gemeinsamer Grundbestand, der für das Zeugnis ablegen könnte, was man gemeineuropäische Kultur oder gar «menschliche Kultur» zwar nennt, aber nie so genau bezeichnen kann, wie es bei solchen Verfahren eben klar vor Augen treten würde. Rechnet man nun hinzu, daß es vier qualitative Sprünge in der Menschheitsgeschichte gegeben hat: 1. die Seßhaftwerdung, 2. die Verstädterung, 3. die Industrialisierung und 4. die Computerisierung, dann dürften Auskünfte über die zweite Phase (Verstädterung), deren Andauern immer noch die Existenzvoraussetzung der dritten und vierten ist, nicht zu den unwesentlichen wissenschaftlichen Errungenschaften gezählt werden.

Erkenntnischancen von solcher Breite und Tiefe können nicht durch bloße, noch so plausibel klingende Ankündigungen als wirklich gegeben dargetan werden. Es müßten weitere Beweise hinzukommen, daß man so Schwerwiegendes nun ausgerechnet aus einem Filtrat der Straßennamen gewinnen könne. Nur mit den bisherigen Beschreibungsweisen von Namen gerüstet, könnte man so Weitreichendes wohl kaum plausibel machen. Es wird nun aber seit geraumer Zeit an einem Denkraum gearbeitet, der, wenngleich es noch nicht erkannt worden ist, dem Straßennamen eine derartige Zentralstellung und damit solches Gewicht gibt, daß das Angekündigte sich nicht mehr wie pure Überhebung ausnimmt.

II. Der Straßename – ein unentdecktes Element in der Gedächtnistheorie

Der selbstverständlich scheinenden Vorstellung von einer kontinuierlich in immer gleicher Geschwindigkeit dahinfließenden Zeit und dem Gedanken, daß Erinnerung sich ziemlich gleichmäßig an diesem Fluße rückwärts vortaste, sind im letzten Jahrzehnt ganz andere Konzepte entgegengesetzt worden. Anregungen des französischen Soziologen Maurice Halbwachs über das «kollektive Gedächtnis» ausbauend, haben vor allem Jan und Aleida Assmann eine Kulturtheorie inauguriert, die zwei verschiedene Modi der Erinnerung behauptet und erkundet⁷. Das «kommunikative (Alltags-) Ge-

⁷ Aus der Masse der Publikationen einige wichtige Titel: Halbwachs, Maurice 1985: *Das kollektive Gedächtnis*, Frankfurt; Jan Assmann/Tonio Hölscher (Hg.) 1988: *Kultur und Gedächtnis*, Frankfurt a.M.; Jan Assmann 1992: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1992 (mit umfassender Bibliographie). Aleida Assmann/Dietrich Harth (Hg.) 1991: *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt a.M. 1991. Assmann, Aleida 1993: *Arbeit am nationalen Gedächtnis. Eine kurze Geschichte der deutschen Bildungsidee*, Frank-

dächtnis» steht gegen ein ganz anders strukturiertes: gegen das «kulturelle Gedächtnis». Das erste meint die Erinnerung der Menschen, die durch alltagsorientierte und alltagsgeborene «oral history» zustandekommt. Ganz unorganisiert, ohne besondere Formung, wird das Wissen von gerade drei Generationen im Alltag wachgehalten. So teilt sich die Vergangenheit hier in zwei Areale: *innerhalb* der Spanne des kommunikativen Gedächtnisses oder *außerhalb* (= keine «natürliche» Erinnerung, unerreichbar von der «oral history»). Der Grenzpunkt, der beides trennt, wandert also in jenem Abstand von circa drei Generationen kontinuierlich mit. Wie kommt es nun, daß kaum einer von dem Großvater seines Großvaters Geschichten und Lebensumstände erzählen kann, aber durchaus nicht wenige vom Sturm auf die Bastille berichten können, ja sogar vom Zug der Juden aus Ägypten, der doch weit vor der Zeitenwende lag?

Es gibt ein zweites Areal von Erinnerung, das «kulturelle Gedächtnis». Das ist ein «Sammelbegriff für alles Wissen, das im spezifischen Interaktionsrahmen einer Gesellschaft Handeln und Erleben steuert und von Generation zu Generation zur wiederholten Einübung und Einweisung ansteht»⁸ – für alle demokratisch organisierten Sozietäten also wohl der Triumph der neuen Zeit am 14. Juli 1789 in Paris, für alle Juden (und Christen) jene Rettung und Heimführung ins Gelobte Land als Zukunftsversprechen für jede Knechtschaft des Volkes Israel. Warum steht solche Erinnerung «zur wiederholten Einübung an»? Weil es für das Jetzt fundierenden, richtunggebenden Charakter hat. Auch dieses Gedächtnisareal erzeugt also eine Zweiteilung der Zeit, geradezu eine Zweizeitigkeit: Das Kulturelle Gedächtnis stellt neben das «Jetzt» der täglichen Lebensvollzüge die sinnstiftende Erinnerung des «Früher».

Schon dieser ganz rudimentäre Aufriß läßt ahnen, daß Straßennamen etwas mit dem Vorgetragenen zu tun haben. Es tritt deutlicher hervor, wenn wir mitteilen, welche Seinsmodi jenem «kulturellen Gedächtnisses» zugewiesen werden:

1. Die «Erinnerungsfiguren» (Bastille, Zug aus Ägypten) des kulturellen Gedächtnisses sind raum- und zeitbezogen, d.h.: sie bekommen erst dann bannende, handlungsprägende Kraft, wenn sie nicht diffus bleiben, sondern, symbolfähig, an konkreten Stellen verortet werden (Bastille, Palästina).

Was das Haus für die Familie ist, sind Dorf und Tal für die bäuerliche, Städte für bürgerliche, die Landschaft für landsmannschaftliche Gemeinschaften: räumliche Erinnerungsrahmen, die die Erinnerung auch noch und gerade in absentia als «Heimat» festhält.⁹

Wir erinnern nur an den *Breslauer Platz*, ehe wir den zweiten Punkt nennen:

2. Das «kulturelle Gedächtnis» ist nie allgemein, sondern immer – «identitätskonkret» und damit Identität stiftend – auf eine Gruppe bezogen. Die Gruppe bildet so «ein Bewußtsein ihrer Identität durch die Zeit hindurch».

furt-New York [lesenswert besonders die S. 47-66 mit der offensichtlichen, aber nicht gezogenen Parallele zwischen Denkmälern und Straßennamen]. Wir verzichten auf detaillierte Einzelnachweise und folgen in unserem Gedankengang vor allem J. Assmann 1992 als der umfassendsten Darstellung des gesamten Problemfeldes (mit ausgedehnter Bibliographie) und dem kurzen Abriß ders. 1988: «Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität», in: J. Assmann/T. Hölscher (Hg.), S. 9-19.

⁸ Dies die Definition von J. Assmann, 1988 (Anm.6), S. 9.

⁹ J. Assmann, 1992 (Anm. 6), S. 38f.

Da aber jede Gruppe nach Dauer strebt, tendiert sie dazu, Wandlungen nach Möglichkeit auszublenden und Geschichte als veränderungslose Dauer wahrzunehmen.¹⁰

Man vergegenwärtige sich kurz die Tatsache, daß Namen fast generell, StrN auf jeden Fall für immer gegeben werden. So kommt es zu dem erstaunlichen (genau den erwünschten Schein der Dauer erzeugenden) Phänomen, daß ungeachtet aller baulichen (Radikal-)Veränderungen die *Franfurter Zeil*, der Berliner *Kudamm* usw. eben immer noch die *Franfurter Zeil* und der *Kudamm* sind.

Nennt man nun den dritten Punkt, dann staunt man noch mehr, daß die Straßennamen, obzwar vollkommen passend, bisher noch nicht als wesentliche Elemente¹¹ in diese Theorie aufgenommen sind, die eben davon ausgeht, daß

3. dem kulturellen Gedächtnis «Rekonstruktivität» eignet¹². Die Geschichte ist nicht, sie *kann* nicht als ganze präsent sein und schon gar nicht als Verpflichtungen fundierende. Die Sozietäten wählen gezielt aus, was besonders erinnert und was vergessen werden kann/soll. Sie «erkonstruieren» damit ein Bild ihrer selbst.

Die Vergangenheit vermag sich in ihm [sc. dem Gedächtnis] nicht als solche zu bewahren. Sie wird fortwährend von den sich wandelnden Bezugsrahmen der fortschreitenden Gegenwart her reorganisiert¹³

– also *Willy Brand Platz*, nicht mehr *Breslauer Platz*.

Wir folgen weiter der Frage, warum Straßennamen ein so wichtiger Faktor im Bewußtsein der Menschen sind, und warum sie ein so fruchtbares Forschungsfeld bieten, daß man sich ihnen in der Hoffnung nähern kann, in ihnen umfassende historische Bewußtseinsinformationen nachzuzeichnen. Ohne Zweifel: Sie scheinen ein wesentliches Element im kulturellen Gedächtnis, denn sie, z.B. die *Straße des 17. Juni*, die *Sedanstr.*, ermöglichen ja «Raum- und Zeitbezug»; denn sie existieren aufgrund von Gruppenbezug, sei es die große Gruppe des Staates (die obligate *Adenauerstraße*, *Berliner Straße*) oder die kleine der jeweiligen Stadt mit ihren Lokalgrößen (die *Landoisstraße* in Münster, benannt nach jenem Zoobegründer und stadtbekanntem Original, oder der Platz jenes Willy Ostermann, ohne dessen Lieder Köln doch nicht richtig Köln wäre); und sie danken ihre Existenz rekonstruktiven Prozeduren, denn die langtagenden Straßennamen-Benennungsgremien in den neuen Bundesländern, – sie sind ja geradezu professionell mit dieser Rekonstruktion befaßt.

Nun scheint es bis jetzt so, als gehörten die Namen essentiell zum «kulturellen Gedächtnis» und hätten Fernstellung zum «kommunikativ-alltäglichen». Es zeigt sich aber schnell, daß bestimmte Wesenszüge des StrNs durchaus in gerade dieses zweite Gedächtnisareal ragen. Die eminente Wichtigkeit des Namens wäre dann aus eben dieser eigentümlichen Doppelstellung zu erklären.

Das sei erläutert.

¹⁰ J. Assmann 1992, S. 40.

¹¹ Einzige mir bekannte Ausnahme ist die Nebenbeibemerkung des Cambridger Kulturhistorikers Peter Burke in seinem Aufsatz über Geschichte als soziales Gedächtnis, daß nämlich «zahlreiche revolutionäre und konterrevolutionäre Regierungen [...] den Bruch mit der Vergangenheit in der Umbenennung von Straßennamen» symbolisieren (in: A. Assmann/Dietrich Harth (Hg.) (Anm. 6), S. 300).

¹² J. Assmann 1988 (Anm.6), S. 13; ders. 1992, S.40-42.

¹³ J. Assmann 1992, S. 41f.

4. Das «kulturelle Gedächtnis» hat Nahstellung um Sakralen. In bestimmten Ritualen festgeschrieben, werden die Erinnerungsfiguren gemeinhin in mythischen Begehungen (Prozessionen, Stiftungsprozeduren), in Haupt- und Staatsaktionen (Messgang, Verfassungsfeier usw.) zumindest in festförmiger Weise begangen, eingeübt und damit bekräftigt (Erinnerungstage usw.). Die sakralen Formen sorgen dafür, daß ins hic et nunc jene zweite erinnerte Zeit eindringen kann. Das *einzeitige* «kommunikative Alltagsgedächtnis», ungeformt und diffus seinem Wesen nach, wird genutzt bei der Abwicklung der kruden Alltagsgeschäfte; bei ihnen würde eine *Zweizeitigkeit* als unnötig, ja hinderlich empfunden. Was ist nun unspektakulärer als Adressenschreiben, was alltäglicher als geschäftig durch die Straßen zu eilen oder zu flanieren; was wäre mühevoller und absorbierender als mit dem Straßenplan in der Hand langwierige Zielfahrten in der Stadt zu unternehmen? Hier scheinen die Straßennamen also eher in die Sphäre des immer wieder zu bewältigenden Alltags zu gehören – und das ist der Punkt: Der Straßename braucht nicht auf seinen festgeschriebenen Moment feierlicher Erinnerung zu warten; er ist im Alltag jederzeit präsent und in den Straßenschildern geradezu allgegenwärtig. Das macht seine hohe Strahlkraft aus, die also Feierliches (Verhandlungen über ihren Namen, Taufe der Straße, bedeutsam-denkwürdiger Inhalt) und Triviales umspannt. Daher auch der zunächst unverständliche Kampf um dermaßen potente Symbole.

An anderer Stelle soll exhaustiv über die große Anzahl weiterer Gesichtspunkte gehandelt werden, die den Straßennamen in der Nähe des einen oder anderer Gedächtnisses verorten. Hier kam es nur darauf an zu zeigen, daß – unbezweifelbar – der Name eine bisher nicht erkannte zentrale Rolle in einem der aktuellsten und wichtigsten wissenschaftlichen Diskurse hat. Das dürfte jetzt so feststehen wie es auch nunmehr klar ist, daß und warum man eine synchrone, diachrone und interkulturelle Identitätsforschung über die Straßennamen in Gang setzen kann. Voraussetzung ist aber jenes allgemeine Kategorienraster, das, sinnvoll auf StrN abgestimmt, die wesentlichen Dimensionen des Korpus abtastet.

III. Das Kategorienraster, ein Forschungsprogramm und Forschungsinstrumentarium

Ich biete jetzt in der Tabelle I ein computergeeignetes Kategorienschema. Es ist in meinen Forschungsseminaren mehrfach diskutiert worden und hat demnach mehrere Väter¹⁴. Ich werde zuerst den groben Aufbau erklären und dann einige Kategorien explizieren, die wichtig sind und sich vielleicht doch nicht ganz von selbst verstehen.

Sieht man das Raster als ganzes, so kann man zunächst Gruppen bilden:

- Die Punkte 2.-14. analysieren vornehmlich die aus Personennamen gebildeten Straßennamen,
- 15. faßt die von Abstrakta abgeleiteten,
- 16.-20. sind toponomastisch orientiert,
- 21.-22. sind personen-, institutionen-, aber z.B. auch gebäudeorientiert,
- 23.-24. fassen Städtebauliches,
- 25.-26. bieten eine Formanalyse der Straßennamen.

Was, in solche Kategorien gedrängt, zuerst übersichtlich aussieht, wirft aber sehr schnell Probleme auf, z.B. die «Politische Orientierung» (Kategorie 3). Sicherlich ist es für die Selbstdarbietung einer Stadt wichtig, ob sie die durch Straßennamen (zwin-

¹⁴ Vor allem haben sich Wolfgang Glaeser und Christian Kassung durch selbständige Beiträge verdient gemacht und das System inzwischen erheblich verbessert.

gend) verordnete Erinnerung an Personen so lenkt, daß eine «Richtung» dominiert oder daß man von einer gemischten Erinnerungskultur sprechen kann. Man kann progressiv und konservativ gerichtete Profile unterscheiden und versuchen, Personen in dieses Schema einzuordnen (also: 3.01 oder 3.02). Es fällt dann bald auf, daß man CDU nicht schlicht mit «konservativ» (vgl. die Arbeitsminister Katzer und Blüm), die SPD hingegen umstandslos mit progressiv gleichsetzen kann (vgl. die konservative «Kanalarbeiterriege» der eher progressiven SPD). Nur eine weitere Differenzierung kann erhebliche Perspektivenverzerrung verhindern. Daher die Spaltung in a) die verschiedenen Parteien und b) innerhalb dieser dann eine Zuordnung in progressiv/vorwärtsdrängend und konservativ/retardierend. Sicherlich bleibt die Zuordnung in nicht wenigen Fällen problematisch. Aber viele Städte haben in ihren Namengebungsvorschriften die Auflage, abgeklärt müsse das Geschichtsbild sein, ehe jemand Namenspathe werden könne¹⁵. Bedenkt man also, daß da *auch* so etwas wie Eindeutigkeit vorausgesetzt wird, dann dürften die Daten aus Kategorie 3 schließlich doch eine Gesamttendenz der Städte in eine eher vorwärtsdrängende oder eher retardierende Richtung ermöglichen. Dabei ist der prima facie-Indikator der eindeutigen Parteienzuordnung (CDU, SPD usw.) sicherlich ein gewichtiges Argument.

Solchen problematischen Kategorien stehen unbezweifelbar eindeutige zur Seite, z.B. der Kirchliche Bezug (Kategorie 5). Es dürfte einen Unterschied machen, ob sich eine Stadt darbietet als stark in den christlichen Traditionen verankert oder, von alten Bindungen ziemlich frei, einer freiheitlich-modern(istisch)en industriellen Entwicklung verschrieben. Als Beispiel schon an dieser Stelle ein signifikantes Ergebnis. Die Kernstadt von Düsseldorf und Köln erreichen hier sehr unterschiedliche Werte: jene Stadt, die sich so gern als «Schreibtisch» des Ruhrgebiets darbietet, die die größte japanische Kolonie – eben alles hat, was als fein, teuer und zukunftsorientiert gilt, sie erreicht beim «Kirchlichen Bezug» gerade 8,09% aller Straßennamen, während im «hilligen» (etwas schmutzelig-rückständigen, dafür aber herzlichen) Köln fast ein Viertel (23,3%) der Namen für die kirchliche Grundierung kölscher Mentalität zeugen. Ähnlich die Kategorie «Kunst/Kultur», Nr. 8). Und nun als Kontrast dazu ein gerade umgekehrt gelagerter Fall: Gibt es sie tatsächlich – die vielberufene Kunststadt Düsseldorf, die ihr Selbstbewußtsein auf die Kunsthochschule gründete, weil ihr eine Universität so lange vorenthalten war? In der Tat: In der Kernstadt Düsseldorf ist 1991 der Anteil der Straßennamen nach Malern 6,15% +(Kunst und Kultur total 18,12%), während die Kernstadt Kölns da nur 1,2% (bzw. total 7,1%) aufzuweisen hat. Von solchen Ergebnissen ausgehend, kommen weitere Fragen auf den kulturanalytisch interessierten Sprachwissenschaftler fast automatisch zu: Bei solch geringer Zahl bildender Künstler in Köln -figurieren diese wenigen auch auf der Düsseldorfer Liste, potenzieren sich also die beiden «Gedächtnisse» geradezu zu einem verpflichtenden Kanon oder zeigen sie Zersplitterung und hohe Divergenz?

Man braucht nicht zu rätseln, wie die Werte auf den Parametern 9 und 10 («Präsenz der Naturwissenschaftler, der Geisteswissenschaftler») wohl auszulegen seien. Erklärungsbedürftig ist eher die Kategorie 11: «Wirkungsbereich».

¹⁵ Z.B. Düsseldorf «Grundsätze für die Benennung von Straßen» § 1.5; Köln, Grundsätze für die Straßenneu- und Umbenennung» v. 20.11.1980, § 3.1.4; andere Städte spezifizieren aus demselben Grunde den allgemeinen Grundsatz «keine Benennung nach lebenden Personen», indem sie zwischen Tod und Namengebung 2 (Kiel) oder gar 5 Jahresfrist (Berlin, Dortmund) setzen.

Tabelle I. Kategorienraster zur Analyse von Straßennamen

1. <i>Straßenzahl</i>	6. <i>Medien</i>	3. <i>überregional</i>
2. <i>Personennamen</i>	7. <i>Sport</i>	4. <i>national</i>
1. <i>Vollname</i>	8. <i>N. aus Dichtung</i>	18. <i>Geogr. Verweis</i>
2. <i>FamN</i>	9. <i>Naturwissenschaft</i>	1. <i>örtlich</i>
3. <i>VorN</i>	1. <i>Chemiker</i>	2. <i>regional</i>
3. <i>Polit. Orientierung</i>	2. <i>Physiker</i>	3. <i>national-BRD</i>
01 <i>progressiv</i>	3. <i>Mathematiker</i>	4. <i>national-DDR</i>
02 <i>konservativ</i>	4. <i>Atomphysiker</i>	5. <i>Österreich</i>
10 <i>CDU</i>	5. <i>Mediziner</i>	6. <i>Euro-Ost</i>
11 <i>CDU-progressiv</i>	6. <i>Ingenieure</i>	7. <i>euro-West</i>
12 <i>CDU-konservativ</i>	7. <i>Naturkundler</i>	8. <i>Euro-Süd</i>
20 <i>SPD</i>	10. <i>Geisteswissenschaft</i>	9. <i>Euro-Nord</i>
21 <i>SPD-progressiv</i>	1. <i>Germanisten</i>	10. <i>Afrika</i>
22 <i>SPD-konservativ</i>	2. <i>Angl./Roman.</i>	11. <i>Asien</i>
30 <i>FDP</i>	3. <i>Philosophen</i>	12. <i>Nordamerika</i>
31 <i>FDP-progressiv</i>	4. <i>Altphilologen</i>	13. <i>Südamerika</i>
32 <i>FDP-konservativ</i>	5. <i>Pädagogen</i>	14. <i>Australien</i>
40 <i>Zentrum</i>	6. <i>Kunstwissen.ler</i>	15. <i>ehemals Deutsch</i>
41 <i>Zentrum-konservativ</i>	7. <i>Historiker</i>	19. <i>Flurnamen</i>
42 <i>Zentrum-progressiv</i>	11. <i>Wirkungsbereich</i>	1. <i>Nutzung</i>
4. <i>Politische Funktion</i>	1. <i>örtlich</i>	2. <i>Besitz</i>
1 <i>Parteivorsitz</i>	2. <i>regional</i>	3. <i>Erhebung</i>
2 <i>Minister</i>	3. <i>national</i>	4. <i>Senkung</i>
3 <i>Kanzler/Präsident</i>	4. <i>international</i>	20. <i>Naturnamen</i>
4 <i>König/Kaiser/Prinz</i>	- <i>Ausländer</i>	1. <i>Tier</i>
5 <i>Wirtschaft</i>	12. <i>Histor. Tiefe</i>	2. <i>Pflanzen</i>
6 <i>Bürgermeister</i>	1. <i>Antike</i>	3. <i>Berge</i>
7 <i>Kommunalpolitiker</i>	2. <i>Mittelalter</i>	4. <i>Täler</i>
8 <i>Abgeordneter</i>	3. <i>Reformation</i>	5. <i>Flüsse/Bäche</i>
9 <i>Widerstand</i>	4. <i>Aufklärung</i>	6. <i>stehende Gewässer</i>
5. <i>Kirchl. Bezug</i>	5. <i>1815-1870</i>	21. <i>Gesellschaftl. Organ</i>
1. <i>Allgemein</i>	6. <i>1871-1914</i>	1. <i>Gruppen</i>
2. <i>Heiliger</i>	7. <i>1914-1933</i>	2. <i>Organisationen</i>
3. <i>Abt</i>	8. <i>1933-1985</i>	3. <i>Verwaltung</i>
4. <i>Bischof</i>	9. <i>1945-</i>	22. <i>Konfession</i>
5. <i>Papst</i>	13. <i>Geschlecht</i>	1. <i>Kathol.</i>
6. <i>Pfarrer</i>	1. <i>männl.</i>	2. <i>Evangel.</i>
7. <i>Kirche</i>	2. <i>weibl.</i>	3. <i>Jüdisch</i>
8. <i>religiöse Gruppe</i>	14. <i>Benennungsgrund</i>	23. <i>Siedlungscluster</i>
6. <i>Militär. Bezug</i>	1. <i>Ehre</i>	1. <i>Siedlung</i>
1. <i>Allgemein</i>	2. <i>Histor. Erinnerung</i>	2. <i>Cluster</i>
2. <i>General</i>	3. <i>Polit. Erinnerung</i>	24. <i>Benennungsjahr</i>
3. <i>Schlachten</i>	4. <i>Besitzverhältnisse</i>	25. <i>Grundwort</i>
4. <i>Verteidigungsanl.</i>	5. <i>Partnerstadt</i>	1. <i>Straße</i>
7. <i>Ökonom. Bezug</i>	6. <i>Anschlußbenennung</i>	2. <i>Weg</i>
1. <i>Handel/Verkehr</i>	7. <i>Anwohner</i>	3. <i>Gasse</i>
2. <i>Landwirtschaft</i>	15. <i>Abstrakta</i>	4. <i>Steg</i>
3. <i>Bergbau</i>	16. <i>Verortungen</i>	5. <i>Ring</i>
4. <i>Chemie</i>	1. <i>Kirchen/Klöster</i>	6. <i>Allee/Chaussee</i>
5. <i>Maschinenbau</i>	2. <i>Fabriken/Industrie</i>	7. <i>Platz</i>
6. <i>Handwerk</i>	3. <i>Türme/militär.Anl.</i>	8. <i>Diverse</i>
7. <i>Markt</i>	4. <i>Bürgerhäuser</i>	26. <i>Präposition</i>
8. <i>Ernährung</i>	5. <i>Landwirt. Bauten</i>	1. <i>an</i>
9. <i>lokalspez. Wirtsch.</i>	6. <i>Öffentl. Bauten</i>	2. <i>auf</i>
8. <i>Kunst/Kultur</i>	7. <i>Verkehrsanl.</i>	3. <i>in</i>
1. <i>Malerei</i>	8. <i>Herrensitze</i>	4. <i>vor</i>
2. <i>Musik</i>	9. <i>Diverse</i>	5. <i>hinter</i>
3. <i>Dichtung</i>	17. <i>Ortsverweis hinführend</i>	6. <i>unter</i>
4. <i>Plastik</i>	1. <i>innerstädtisch</i>	7. <i>diverse</i>
5. <i>Kunstgewerbe</i>	2. <i>regional</i>	

Man stelle sich vor: eine Stadt mit einem Straßennamenkorpus ausschließlich hergeleitet von Personen wie Goethe, Schiller, Beethoven, Vermeer, Leonardo, Caesar, Bismarck usw. und daneben eine, die sich an folgende Namen hält: Karl Berbuer, Arnöldchen, Dompropst Ketzler, Weinsberg usw. Da realisieren sich offensichtlich verschiedene Mentalitäten im Namenkorpus – die erste Stadt ist auf Verankerung in nationalen Größen und auf eine gewisse, nach außen gerichtete Gebärde der Grandiosität aus, während die zweite, die sich ganz an stadtbekannte (in diesem Falle «urkölsche») Originale hält, zunächst einmal Innenstabilität und Heimatwärme sucht – mittels eines nach außen abschirmenden Mantels sozusagen.

Es braucht in einem Forschungsbericht, der zunächst nur neue Zugriffsweisen schildern will, nicht genauer bewiesen zu werden, welche wichtige Kategorie mit der Nr. 12 «Historische Tiefe» ins Spiel kommt. Wo versucht ein Gemeinwesen Wurzeln zu schlagen, zu erhalten – oder gar, wo will es welche kappen? In der Antike, dem Mittelalter, der Reformation, in der Wilhelminischen Ära oder im Heute oder gar in der Zukunft? Eher schon könnten die Kategorien der Epochenaufteilung problematisch (weil zu grob) und es daher ratsam sein, einfach das Sterbejahr der Namenspaten als Datengrundlage zu nehmen, die dann auf einer gleitenden Zeitskala abgebildet werden; dann ließen sich die Spikes problemlos ablesen.

Die Kategorie 14 «Benennungsgrund» ist ebenso wichtig wie unausweichlich problematisch. Die Zuordnung in die – ergänzungsfähigen – Kategorien ist nicht in jedem Falle leicht: Ein beliebiger Bürgermeister dürfte eher um der allgemeinen Kategorie 1 Ehre willen, die *Valmy-* und die *Fuggerstr.* eher um der historischen Erinnerung 2 und die *Straße des 17. Juni* der politischen Erinnerung 3 installiert worden sein. Eine grundsätzliche Entscheidung wäre dann, ob man Doppelqualifikationen zuläßt und nach positiver Entscheidung dieser Frage dann die *Adenauer Straße* sowohl unter 1. als auch unter 2. und 3. einträgt.

Es dürfte einsichtig sein, daß die Mehrzahl der bisher angesprochenen Kategorien die Straßennamen vor allem in Bezug auf ihre Erinnerungspotenz einregistrieren – besonders stark natürlich die Kategorie 15. «Abstrakta» (*Freiheitsplatz*, *Eintrachtstraße* u.a.). Bei den toponymisch motivierten (Nr. 16-20) tritt die Orientierungsfunktion in den Vordergrund, sehr deutlich z.B. bei der Nr. 16 «Verortungen». Was soll dieser Begriff besagen? Man denke sich folgende idealtypisch gedachten Fälle: Es fährt ein Besucher auf eine Stadt zu, sieht durch das Fenster ihre wohlausegebildete Silhouette: den Dom, später dann die *Domstraße*, das Rathaus, später die *Rathausstr.* und so auch die *Erlöserkirche/-straße*, den Rhein/*Rheinstr./Rheinuferstr.*, den *Stadtwald/-straße*, den *Turm/-straße* usw. – und alle Straßen ausschließlich nach diesem Bildungstyp. Der Besucher einer anderen Stadt sieht, in ähnlicher Situation, wiederum eine deutliche, wenngleich anders benannte Silhouette – aber er findet nur die *Beethovenstr.*, die *Alte Str.*, die *Hohe Str.*, die *Steinstr.*, die *Kuhgasse* usw. und auch in diesem doch ganz anderen Fall: das gesamte Korpus nur aus derartigem Material gebaut.

Der Unterschied ist eklatant und gerade für moderne Großstädte wichtig: Im ersten Fall liegen nur «Verortungen» vor, indem jede Straße sich an einen von außen sichtbaren markanten Ort anlehnt. Der erste Betrachter könnte sich also in der Stadt ganz gut zurechtfinden, während der zweite keinerlei Hinweis bekommt und sich durchfragen muß. Kurzum: Die eine Raumordnung hat eine reale Basis, ist daher übersichtlich und ableitbar, die andere zeigt kaum Anhaltspunkte und muß einfach gelernt werden. Die Orientierungspotenz des ersten Modells ist hoch, die des zweiten gering. Es bedarf – innerhalb unseres (Forschungsdimensionen erst einmal nur aufzuweisenden) Denkra-

mens – keiner genaueren Ausdeutungen, denn das Wesentliche springt klar ins Auge: Das sind zwei sehr unterschiedliche Weisen onomastischen Zugriffs. Nicht anders folgendes: Es wird beim Punkt 16 ausdrücklich unterschieden, ob der Anhaltspunkt zur Verortung noch da, also sichtbar oder ob er schon verschwunden ist. Im ersten Falle liest man das Straßenschild: *Am Dom* und sieht diesen auch, sieht an der *Rathausstraße* das Rathaus, *Im Tal* das Tal usw. und in dem anderen Falle liest man die Schilder, aber der Anknüpfungspunkt ist verschwunden: die *Kanalstraße* ohne Kanal, die *Klosterstr.* ohne Kloster, die *Brückenstr.* ohne Brücke usw. Zwei sehr unterschiedliche Welten entstehen da: die eine in Worten und Fakten, die zweite bloß in Worten. Und die bloß noch imaginative unbedingt zu erhalten – oder unbedingt die Realität und die Namen wieder ins 1:1-Verhältnis zu bringen, das sind dann ganz verschiedene Arten und Willen, Gedächtnis auszuformen. Natürlich ist hier zunächst von Idealtypen die Rede, die realiter nur in bestimmten Mischungsverhältnissen vorkommen. Aber es ist eben interessant, daß man mit Namen so etwas machen kann und nicht weniger interessant, inwieweit welche Sozietät von welcher Möglichkeit Gebrauch macht.

Ein oft genutztes, ja vielerorts sogar vorgeschriebenes¹⁶ Mittel, Ordnung zu schaffen, sind die «Siedlungscluster» (Nr. 23): Namenfamilien werden gebildet (Dichter-, Bäume-, Blumenviertel usw.) – sei es in Zonen mit Mischbebauung (= 22.2. [Cluster]), sei es in Siedlungen, die als ganze auf dem Reißbrett entstanden sind (= 22.1. [Siedlung]). Bei den letzteren potenzieren sich also die Einheitlichkeit der Namen und die der Häuser, was Anlaß gibt, sich für einen Moment eine fast gedächtnislose Stadt vorzustellen, die allein Straßennamen dieser Art darbietet.

Die *Formanalyse* scheint zunächst unwichtig. Aber es sagt doch etwas aus, ob eine Stadt eine hohe Variation von Grundworten hat oder ob bestimmte in ihr gar nicht vorkommen, daß z.B. die Industriestadt Wolfsburg weit weniger als 1% Gassen hat. Auch Bildweisen mit Präpositionen haben Signalwirkung: Eine veritable Ortsangabe kommt jetzt! Und es dürfte einiges sagen, daß viele, vor eine Wahl gestellt, lieber *Am Acker* wohnen als auf der *Ackerstraße* –, zu welchem Unterschied man Ausführungen bei Klaus Großsteinbeck/Dietz Bering 1994 findet.

Natürlich können in einem so kurzen Abriß nicht alle Probleme genannt, geschweige denn gelöst werden. Aufgaben für Detailarbeit wären z.B.:

1. Welche der Kategorien sind eher der Gedächtnisfunktion (z.B. Nr. 3., 8., 9., 10.) und welche der Orientierungsfunktion (z.B. Nr. 16., 17., 18.) gewidmet? Arbeitsanweisung: Die Areale sind zu addieren und dann als umfassender Quotient für die Erinnerungsorientiertheit, bzw. Orientierungspotenz von Städten zu verwenden.

2. Welche Kategorien müßten zusammengefaßt werden, wenn man die Gedächtnis- und topologischen Elemente, die sich a) auf die Stadt selbst beziehen, trennen will von jenen, die sich b) auf außerhalb der Stadt Liegendes richten und diese beiden wiederum scheiden will von c) den Elementen, die vielleicht überhaupt keinen sonderlichen Erinnerungswert haben (Bäume-, Vornamencluster usw.)? Solche Hochrechnungen (s.u. S. 220 u. 221) ergäben vielleicht so etwas wie einen a) innengeleiteten, b) außengeleiteten und einen eher c) technokratischen, auf pure Verkehrssteuerung fixierten Stadtyp.

¹⁶ Die schon im Mustererlaß (Anm. 2) angeregte Verfahrensweise ist aufgenommen worden z.B. von Düsseldorf, «Grundsätze...» 1.4; andere verordnen, daß bei angefangenem Cluster sich die weiteren Namen zwingend anzuschließen hätten, z.B. Kaiserlautern.

3. Sollte man Mehrfachzuordnungen zulassen? Obwohl das die klare Quantifizierbarkeit stören könnte, weil bei der einen Stadt 100 Namen genau 100 x zugeordnet, im Falle der Mehrfachzuordnungen andere mit derselben Zahl erheblich mehr Werte zugesprochen bekämen. Da Ziel der Forschung aber die Gesamtaura der onomastischen Selbstpräsentation ist, dürfte man dazu neigen, sogar auf besonders großzügige Weise Mehrfachqualifikationen zuzusprechen: bei der *Matthäusstraße* also zumindest 5. kirchlicher Bezug, 16. Verortung, weil an der Matthäuskirche gelegen, 22. Konfession.

4. Welche Grundkategorien müssen noch weitere Untergruppen erhalten? – und andere Fragen mehr.

Im ganzen: Es kann kein Zweifel sein, daß jede Kategorie noch gründlich bearbeitet und ihr Verhältnis zueinander erkundet werden muß, ehe man von einem endgültig ausgereiften Raster sprechen kann. Interessanter als unvollkommene Versuche in dieser Richtung dürfte jetzt die Darbietung erster umfassender Ergebnisse sein. Es wird sich da zeigen müssen, wie wichtig, fruchtbar und aussagekräftig die angesetzten Kategorien sind. Eingeräumt sei, daß die Datenbasen noch nicht vollkommen fest sind, die Darbietung also eher noch einem Pre-Test gleichkommt, der beweisen soll: Die angekündigten wichtigen Ergebnisse sind tatsächlich erreichbar.

IV. Erste Ergebnisse: innengeleitete und außengeleitete Städte

Aus dem Vorgetragenen läßt sich sofort ersehen, daß konkrete Forschung nach den vorgegebenen Richtlinien sehr arbeitsaufwendig ist. Nimmt man die diachrone und synchrone Darstellung der Daten und deren Interpretation zusammen, erhält man sehr umfangreiche Abhandlungen. Hier muß ich mich auf knappe Umrisse beschränken. Ich biete Ergebnisse, für die in meinen Forschungsseminaren vor allem von Christoph Oldewemme¹⁷ die Grundlagen erarbeitet hat: 1. eine synchrone, 2. eine diachrone Analyse des Straßennamenskorpus von a) Lingen an der Ems und schließlich b) einen Vergleich dieser Stadt mit Celle.

(a) Lingen an der Ems

1. Da es ja nicht nur darum geht, das (historische) Gedächtnis einer Stadt zu verstehen, sondern auch den Rekonstruktionsvorgang vor Augen zu führen, ist eine gute Kenntnis der objektiven Geschichtsabläufe (histoire) unerlässlich. Die können hier nur rudimentär vorgeführt werden.

Die Kernfakten für die Emsstadt Lingen: Gegründet schon im frühen Mittelalter, erlebte die Stadt seit dem 16. Jahrhundert einen häufigen Wechsel der politischen Zugehörigkeit (Spanien, Oranien, Grafschaft Tecklenburg, Eroberung durch den münsterschen Fürstbischof Christoph Bernhard von Galen (1672), durch Erbgang an Preußen (1702), 1810 zu Frankreich, 1815 zu Hannover, dann mit Hannover an Preußen). Im 17./18. Jhd. war die Stadt mit ihrer universitätsähnlichen Hohen Schule, ihren Webereien, Färbereien, Mühlen und Tabakpflanzungen durchaus ein wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt des norddeutschen Raumes. Mit einem Wort: Lingen hat eine Geschichte, die durchaus Gewicht beanspruchen kann. Früh wurde es im 19. Jhd. an wichtige Verkehrsadern angeschlossen (Dortmund-Ems Kanal mit stadt-

¹⁷ Für die Aussagen über Celle stützte er sich auf Daten, die Christiane Betke gesammelt hat.

zugehörigem Hafen, Eisenbahnstrecke mit einem eigenen Eisenbahn-Ausbesserungswerk). Obzwar schon in den dreißiger Jahren Erdölvorkommen entdeckt wurden, kam es erst seit Ende der sechziger und in den 70er Jahren durch Ansiedlung einer Vielzahl von Handels- und Industriebetrieben (Atomkraftwerk) zu einem sprunghaften Aufstieg. Er ließ Lingen zu einem modern gestalteten, weltoffenen Mittelzentrum werden, das für einen weiten Landstrich Metropolenfunktion hat.

Schaut man jetzt auf die Werte die Lingen – synchron – 1991 erreicht (vgl. Tab. I., auf S. 17f.), so könnte man nun die Kategorien einzeln vor Augen rücken: z.B. ad 3. 29,2% StrN (fast ein Drittel also) sind Personen gewidmet, 6,2% von ihnen haben eine politische Funktion gehabt, nur 1,4% aller Straßen haben einen militärischen Bezug (ad 7.) usw. Auffällig für eine so alte Stadt könnte einem scheinen, daß nur 0,6% Namen mit Handwerks-Bezug anzutreffen sind (8.6). Sicherlich, so einfach aufgezählt, treten unbezweifelbare Fakten hervor, aber sie sagen nicht eben viel. Bildet man aber jetzt allein für die Personennamen die oben (S. 13 unter 2.) angegebenen Gruppen, so erhält man schon aussagekräftigere Werte: insgesamt 146 Namen teilen sich auf in:

a) örtlich/regional verhaftet:	38,35%
b) national/international verhaftet:	38,35%
c) ohne erinnerung- und bindungstiftende Funktion (z.B. Vornamen)	23,28%.

Erstaunlich dürfte sein, daß sich die Konzentration auf die Außenwelt und die auf den eigenen, städtischen Lebensraum die Waage halten, hingegen die StrN ohne jeden identifikatorischen Anhaltspunkt fast ein Viertel ausmachen. Diese Tendenz befestigt sich, wenn man nicht nur die PN, sondern alle Namen in diese Rechnung eingehen läßt. Nimmt man jetzt hinzu, daß es kaum StrN gibt, die auf die wechselvolle Geschichte Lingens Bezug nehmen, die einst blühenden Wirtschafts- und Handwerkszweige fast ausgeblendet sind, nichts an die zentrale Marktstellung im 19. Jhd. erinnert, dann kann man – tentativ – für den synchronen Zustand des Straßennamenprofil 1991 folgende Linien in Aussicht nehmen: Das Straßennamenkorpus gravitiert nicht so sehr auf die eigene Stadt, sondern es ist eher nach außen gerichtet. Außenbezüge scheinen wichtiger als die Geschichte des eigenen Gemeinwesens. Dessen Physiognomie tritt um so weniger hervor, als ein ins Gewicht fallender Teil der StrN geradezu neutral, fast gesichtslos, dominant auf die Orientierungsfunktion festgelegt ist.

Tabelle II. *Synchrones Kategorienraster für die Stadt Lingen in vier diachronen Schnitten: 1925, 1955, 1970 und 1991*

	1925	1955	1970	1991		1925	1955	1970	1991	
1. <i>Straßen</i>	88	(+78)	(+209)	(+125)	5 Wirtschaft	-	-	-	-	
	88	166	375	500	6 Bürgerm.	1,13	1,80	1,59	1,2	
					7 Kommunalp.	2,27	3,01	1,86	1,6	
2. <i>Personenname</i>	26,13	25,90	28,79	29,2	8 Abgeordneter	-	-	-	-	
	1 Voll	1,13	4,81	3,19	3,0	9 Widerstand	-	0,60	1,86	2,4
	2 FamN	9,09	12,65	17,86	19,4	10 Fürsten	-	-	-	-
	3 VorN	15,90	8,43	7,73	6,8	5. <i>kirchl. Bezug</i>	2,27	2,40	5,60	4,6
4. <i>polit. Funktion</i>	7,95	7,22	6,39	6,2	1 Allgemein	-	-	0,23	0,2	
	1 Parteivorsitz	-	-	-	-	2 Heilige	-	-	0,52	0,4
	2 Minister	1,13	0,60	0,26	0,2	3 Abt	-	-	0,26	0,2
	3 Kanz./Präs.	-	-	0,26	0,4	4 Bischof/Kardinal	-	-	1,06	0,8
	4 König/Kaiser	3,40	1,20	0,53	0,4	5 Papst	-	-	-	-

6 Pfarrer	1,13	1,80	2,66	2,2	13. <i>Geschlecht</i>	23,86	24,09	26,66	27,6
7 Kirche	1,13	0,60	0,53	0,6	1 männlich	15,90	19,27	23,19	24,4
8 relig. Gruppe	-	-	0,26	0,2	2 weiblich	7,95	4,81	3,46	3,2
6. <i>militär. Bezug</i>	4,54	2,40	1,06	1,4	14. <i>Benennungsgrund</i>	44,31	39,15	39,19	41,6
1 Allgemein	3,40	1,80	0,79	0,6	1 Ehre	7,95	13,25	15,19	17,0
2 General/Offizier	-	-	-	0,4	2 histor. Erinnerung	31,81	19,27	14,39	15,0
3 Schlachten	-	-	-	-	3 polit. Erinnerung	2,27	3,61	5,33	5,2
4 Verteidigungsanl.	1,13	0,60	0,26	0,4	4 Besitzverh.	1,13	1,80	3,46	3,4
7. <i>ökonom. Bezug</i>	11,36	6,62	1,33	4,8	5 Partnerstadt	-	-	-	-
1 Handel/Bank/Vers.	2,27	1,20	0,53	0,4	6 Anschlußben.	-	-	-	-
2 Landwirtsch.	3,40	2,40	1,86	1,8	7 Anwohner	1,13	1,20	0,79	1,0
3 Bergbau	-	-	-	-	15. <i>Abstrakta</i>	2,27	1,80	1,86	1,0
4 Chemie	-	-	-	-	16. <i>Verortungen</i>	21,59	14,45	15,73	14,6
5 Maschinenbau	-	-	-	1,0	1 Kirchen/Klöster	1,13	0,60	1,06	0,8
6 Handwerk	2,27	1,80	0,79	0,6	2 Fabriken/Ind.	3,40	2,40	1,06	1,0
7 Markt	2,27	0,60	1,26	0,2	3 Türme/milit. Anl.	2,27	1,20	0,79	1,0
8 Ernährung	1,13	0,60	0,79	0,8	4 Bürgerhäuser	1,13	0,60	0,53	0,4
9 lok. Wi.form	-	-	-	-	5 Landw. Bauten	-	1,20	1,59	1,8
8. <i>Kunst/Kultur</i>	-	2,40	5,06	5,4	6 Diverse	6,81	6,02	6,65	5,6
1 Malerei	-	-	1,33	1,2	7 öffentl. Bauten	3,40	2,40	1,86	1,4
2 Musik	-	-	0,53	1,6	8 Verkehrsanl.	3,40	1,20	2,13	2,8
3 Dichtung	-	1,80	2,39	2,0	9 Herrensitze	-	-	-	-
4 Plastik	-	-	-	-	17. <i>Ortsverw. Hinf.</i>	9,09	4,81	4,53	4,6
5 Kunstgew.	-	-	-	-	1 innerstädtisch	4,54	2,40	2,13	2,0
6 Medien	-	-	0,26	0,2	2 regional	4,54	2,40	1,59	1,8
7 Sport	-	0,60	0,26	0,4	3 überregional	-	-	0,26	0,4
8 N. a. Dichtung	-	-	-	-	4 national	-	-	0,53	0,4
9 Architekten	-	-	-	-	18. <i>geogr. Verw.</i>	1,13	5,42	10,13	10,0
9. <i>Naturwiss.</i>	-	-	-	1,0	1 örtlich	-	-	-	-
1 Chemiker	-	-	-	0,2	2 regional/überreg.	1,13	0,60	1,59	1,8
2 Physiker	-	-	-	-	3 Nat. BRD	-	-	4,53	5,2
3 Mathematiker	-	-	-	-	4 nat. DDR	-	-	0,53	0,4
4 Atomphysiker	-	-	-	-	5 Österr.	-	-	-	-
5 Mediziner	-	-	-	0,8	6 Euro Ost	-	-	-	-
6 Ingenieure	-	-	-	-	7 Euro West	-	-	-	0,2
10. <i>Geisteswiss.</i>	-	0,60	1,59	1,6	8 Euro Süd	-	-	0,26	-
1 Germanisten	-	-	0,26	0,2	15 ehem. Deutsch	-	4,81	3,19	2,4
2 Anglisten	-	-	-	-	19. <i>Flurnamen</i>	5,68	6,62	7,99	8,6
3 Philosophen	-	-	-	0,2	20. <i>Naturnamen</i>	15,90	31,92	28,26	27,4
4 Pädagogen	-	0,60	1,33	1,2	1 Tiere	3,40	10,24	7,99	8,2
5 Kunstwiss.	-	-	-	-	2 Pflanzen	5,68	16,26	13,33	12,8
7 Historiker	-	-	-	-	3 Berge	3,40	2,40	2,66	2,6
8 Juristen	-	-	-	-	4 Täler	-	-	-	0,6
11. <i>Wirkungsbereich</i>	15,90	19,27	21,86	23,2	5 Flüsse/Bäche	2,27	1,80	3,46	2,6
1 örtlich	11,36	13,25	11,46	9,4	6 stehende Gew.	1,13	1,20	0,79	0,6
2 regional	-	1,00	2,39	1,8	20a. <i>Diverse</i>	5,68	3,01	5,06	5,6
3 national	4,54	3,61	6,66	9,4	21. <i>gesell. Org.</i>	4,54	1,80	1,06	0,8
4 intern.	-	0,60	1,33	2,6	1 Gruppen	4,54	1,80	0,79	0,6
12. <i>hist. Tiefe</i>	20,45	23,49	27,19	29,2	2 Organisationen	-	-	0,26	0,2
1 Antike	-	-	-	-	3 Verwaltung	-	-	-	-
2 Mittelalter	-	-	1,33	1,2	22. <i>Konfession</i>	2,27	2,40	5,33	4,8
3 Reformation	1,13	0,60	1,59	1,4	1 kath.	1,13	1,80	3,99	3,2
4 Aufklärung	-	0,60	1,59	1,6	2 evangel.	1,13	0,60	1,33	1,4
5 1815-1870	10,22	7,22	7,19	8,0	3 jüdisch	-	-	-	0,2
6 1871-1918	7,95	6,62	4,79	6,0	23. <i>Cluster</i>	15,90	33,13	41,33	42,0
7 1919-1932	1,13	5,42	4,79	4,2					
8 1933-1945	-	2,40	3,99	4,8					
9 1945ff.	-	0,60	1,86	2,0					

25. Grundwort	79,54	85,54	78,66	78,8	26. Präposition	15,90	10,84	18,13	16,6
1 Straße	68,18	62,04	55,99	54,5	1 Am/An	11,36	7,83	13,06	12,2
2 Weg	6,81	19,27	18,39	17,8	2 Auf	-	-	0,79	0,8
3 Gasse	1,13	0,60	0,26	0,2	3 Im/in	4,54	2,40	2,66	2,0
4 Steg	2,27	1,20	0,53	0,4	4 Vor	-	-	-	-
5 Ring	-	-	0,53	0,6	5 Hinter	-	-	-	-
6 Allee/Chaussee	-	0,60	0,53	0,4	6 Unter	-	-	-	-
7 Platz	1,13	1,20	0,79	0,8	7 Diverse	-	0,60	1,59	1,6
8 Diverse	-	0,60	1,59	4,2					

2. Solche Folgerungen scheinen etwas kühn, und sie wären tatsächlich als überzogen einzuschätzen, bewiesen nicht die beiden noch ausstehende Punkte, daß das Richtige getroffen worden ist. Nimmt man nämlich die *diachrone Dimension* hinzu, dann tritt hervor, daß die nachgezeichnete Struktur nicht immer bestanden hat. Rechnet man allein die Personennamen, dann zeigt die Tabelle II., daß der örtlich, regionale, also der Eigenbezug 1925 noch in 47,8% Namen vorhanden war, 1955 sogar noch in 59,09% und erst von da ab kontinuierlich gesunken ist (1991: 38,35%). Warum gesunken? Weil der national/international also stadt-abgewandte Anteil in dieser Zeit von 8,26% (1925) auf 38,35% gestiegen ist. Hingegen ist der ebenfalls stadtneutrale Anteil der nicht identitätstiftenden, pur der Orientierung dienenden ab 1955 fast gleichgeblieben (von 24,99% auf 23,28%).

PN	1925	1955	1965	1970	1978	1991
Straßen gesamt	23	(+20) 43	(+38) 81	(+23) 104	(+39) 143	(+3) 146
örtl./ regional	(11) 47,8%	(+15) 59,09%	(+19) 55,55%	(+7) 49,99%	(+4) 39,16%	(+0) 38,35%
national/ intern	(2) 8,69%	(+4) 13,63%	(+8) 17,28%	(+14) 26,92%	(+25) 37,06%	(+3) 38,35%
ohne Bedeutung	(10) 43,47%	(+1) 24,99%	(+11) 27,16%	(+2) 23,07%	(+10) 23,77%	(+0) 23,28%

Tabelle III. *Diachrone Entwicklung der Personennamen der Stadt Lingen*

Diese Blickwendung von der Eigen- zur Außenperspektive läßt sich deutlich verfolgen, wenn man sich die wechselnden Ränge der Kategorien vor Augen führt (vgl. Tab. III. S. 19). Grob gesehen: 1955 fällt von den 1925 vorhandenen Kategorien die auf «gesellschaftlichen Organisationen» (Rang 7, Kat. 21) der Stadt bezogenen heraus. 1970 fehlen dann schon die «ökonomischen Bezüge» (1925 Rang 4) der Stadt bei den 8 höchsten Werten und auch die «militärischen» (Rang 8). In die Spitzengruppe aufgerückt sind 1955 die «geographischen Verweise» (Rang 6), die 1970 sogar noch auf den 4. Platz rücken (wo 1925 noch die «ökonomischen Bezüge» standen). Fügt man hinzu, daß von diesen geographischen Bezügen keiner innerstädtisch gerichtet ist, und kontrastiert damit, daß fast dreimal so viel Fernbezüge gegeben sind zu Orten in der Bundesrepublik (einschließlich ehemaliger DDR) wie zu regionalen im Nahbereich, also eher heimatlichen Orten (absolut: 5,06% zu 1,59%), dann kann man die Drehung des Blicks nach außen gut mitverfolgen. Und diese Veränderung sieht man auch, wenn man auf den Neuling «Kunst/Kultur» (Rang 8) in der Spitzengruppe

von 1970 schaut. Freilich tritt sein spezifischer Beitrag erst ganz deutlich hervor, wenn man hinzufügt, daß der Wirkungsbereich (Punkt 12.) aller eingesetzten Personen 1925 zu 11,36% örtlich war und zu 4,54% national, hingegen 1991 der örtlich/regionale Bezug gegenüber dem national/internationalen schon im Hintertreffen lag (11,2 gegen 12%). Das heißt also: Jene oben diagnostizierte Blickrichtung bei der Konstruktion des Gedächtnisses: eher gleichgültig gegen die eigene Geschichte und gegen die eigenen soziale Strukturen, andererseits zunehmend fixiert auf die Außenwelt (bei gleichzeitigem hohen Anteil nichtssagender Elemente mit reiner Orientierungsfunktion) – diese «geistige Selbstinterpretation» ist ein Produkt der Phase der 60er, 70er und 80er Jahre.

1925		1955		1970	
1. PN	26%	3.	31%	1.	29%
2. Verortungen	21%	1.	26%	3.	29%
3. NaturN	16%	2.	14%	2.	15%
4. ökonom. Bez.	11%	6.	7%	geogr. Verw.	10%
5. hinf.Ortsv.	9%	4.	7%	6.	8%
6. FlurN	6%	geogr. Verw.	5%	Kirchl. Bez.	6%
7. ges. Organis.	5%	5.	5%	Kunst/Kultur	5%
8. milit.Bez.	5%	8.	2%	5.	5%

Tabelle IV: *Diachrone Dominanzen der Kategorien am Beispiel der Stadt Lingen*

(b) Celle – eine kontrastive onomastische Physiognomie

Haben wir nun vielleicht mit Lingen eine bloß typische Linie nachgezeichnet, so daß wir nichts Städtisches, sondern einen allgemeinen Trend vor uns haben? Ein kurzer Blick auf die kontrastierenden Werte von Celle treibt die Eigenarten der Emstadt nur noch deutlicher hervor. Das beweist: Es muß mit je hochspezifizierten Namenkorpora gerechnet werden muß.

Celle also, jene butzenscheibenhafte Stadt nördlich von Hannover, – : wie die Fachwerkarchitektur des Stadtkerns so scheint auch ihre Geschichte fast aus einem Guß: immer hochbedeutsam als Residenz des Fürstentums Lüneburg, im 19. Jhd. sogar zweite Residenz des Königshauses Hannover, seit dem 18. Jhd. mit einem Oberappellationsgericht/Oberlandesgericht ausgestattet, diese bewundernswerte auch äußerlich schon «historisch» anmutende Stadt – sie kannte kaum politischen Brüche, sondern stand fest und kontinuierlich in einer kulturellen, politischen, städtebaulichen Tradition. Hier dominiert anderes als in Lingen. Personennamen – also Individuelles – treten deutlicher in den Vordergrund: 38,8% gegen 29,2% im Emsland. Viele Bürgermeister der Stadt Celle haben ihren Platz im Straßennamenkorpus (4,5% gegen 1,2% in Lingen), und nicht nur die Spitzen der sozialen Skala, auch bekannte Handwerksmeister sind Paten für ihre Wohnstraße geworden (auch daher der Unterschied im ökonomischen Bezug: insgesamt 4,8% in Lingen, aber 12,2% in Celle; das Handwerk allein 0,6% gegen 4,1%). Auch der Punkt 12 «Wirkungsbereich» deutet in dieselbe Richtung: in Celle 20,3% mit örtlichem Wirkungsbereich und nur 5,1 mit nationalem!

Wie bei den Personen so auch bei den Orten: Alle Ortsverweise zusammengerechnet, scheinen die beiden Städte mit 10% bzw. 11,7% ungefähr gleichauf zu liegen. Aber: in Lingen kein Verweis ins unmittelbare Umland (1,8% überregional), dafür aber 5,2% Linien in die Bundesrepublik (+ 0,4% ehemalige DDR, zusammen = 5,6%); die Celler hingegen bleiben auf sich konzentriert: 5,4% der Ortsverweise spielen auf Regionales an und nur 1,3% auf die Bundesrepublik (+ 0,9% ehemalige DDR, zusammen 2,2%).

Führt man allein bei den Personennamen eine Parallelrechnung zu den Lingener Werten (s.o. S.15) durch, treten die sich abzeichnenden Konturen noch kontrastreicher hervor. In Celle:

a) örtlich/regional verhaftet:	69,7% vs. 38,35% (Lingen)
b) national/international verhaftet:	30,2% vs. 38,35%
c) ohne erinnerung- und bindung- stiftende Funktion (z.B. VorN) -	vs. 23,28%.

Kurzum: Die Celler modellieren ein ganz anderes Gedächtnis. Es geht vornehmlich um die Selbststabilisierung aus der eigenen Geschichte; bei den Lingenern ist der Drang nach der Nutzung der «mnemischen Energie»¹⁸ eines Korpus viel geringer, und sie knüpfen auch an anderen Bewußtseinsinhalten an.

Will man dies Gegeneinander der beiden Städte in einem etwas gewagten, aber plastischen Bilde fassen, so plazierte man ihre Einwohner jeweils an derselben Stelle, nämlich rund um die Stadt an der Peripherie. Fragt man sie nun nach dem, was für die Straßennamen und das Gedächtnis der Stadt besonders wichtig ist, so werden die Emslandbewohner ihren Blick eher nach draußen ins Freie wenden, ihrer Stadt also den Rücken kehren. Alles was sie in dieser Stellung sehen, zählt bei ihnen vorzüglich als namenswert. Die Celler aber werden, an strukturidentischer Stellen stehend, ihren Blick – umgekehrt – eher auf die Mitte ihrer Stadt richten und alles, was dann in ihrem Gesichtskreis auftaucht, für vornehmlich namengeeignet und erinnerenswert halten.

Will man eine Schlußbeurteilung einer solchen kulturanalytischen Straßennamenforschung wagen, so darf man mit einigem Recht sagen: Einer Forschungsweise, die derart verschiedene Grundpositionen herauszuarbeiten in der Lage ist, kann man einiges Vertrauen entgegenbringen. Und was unter diesen Gesichtspunkten mit dem bislang nicht sonderlich beachteten Phänomen «Straßenname»? Es rückt vor auf einen ganz anderen Rang.

¹⁸ Zum Begriff vgl. Dietz Bering/Klaus Großsteinbeck 1994 (Anm.6).

**Germanistische
Arbeitshefte 34**

Herausgegeben von Gerd Fritz und Franz Hundsnurscher

Gerhard Koß

Namenforschung

Eine Einführung in die Onomastik

3., aktualisierte Auflage

Max Niemeyer Verlag
Tübingen 2002



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Koß, Gerhard:

Namenforschung : eine Einführung in die Onomastik / Gerhard Koß. – 3., aktualisierte Aufl..

– Tübingen : Niemeyer, 2002

(Germanistische Arbeitshefte ; 34)

ISBN 3-484-25134-4 ISSN 0344-6697

© Max Niemeyer Verlag GmbH, Tübingen 2002

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Printed in Germany.

Satz: Oli Heimburger, Kirchentellinsfurt

Druck: Gulde-Druck GmbH, Tübingen

Einband: Industriebuchbinderei Nädele, Nehren

9. Haus-, Straßen-, Viertels- und Flurnamen: die Mikrotoponymie

Die früher übliche Bezeichnung für Sackgasse war (pardon!) – *Arschkerbe*. Daß aus dieser Bezeichnung StraßenN wie *Aschgräberstraße*, *Harzkehre* oder gar *Arztkarrengasse* und *Oskarstraße* wurden, bleibt einem zwar rätselhaft, aber STORFER (o.J., 408 ff.) führt diese Beispiele neben einer Reihe von anderen Namen auf, wo offensichtlich die ursprüngliche Form aus Gründen der Schicklichkeit im Laufe der Zeit gewandelt wurde (zur Prestigegeladenheit solcher Namen, auch sog. „Ekelnamen“, vgl. WEINACHT 1985, 328; KUNZE 2000a, 169). Es leuchtet einem natürlich ein, daß sich *Oskarstraße* besser anhört als **Arschkerbenstraße* für eine Sackgasse. Als 1812 in Köln der letzte Rektor der von den Franzosen aufgehobenen Kölner Universität, der Theologe, Naturwissenschaftler und Kunstsammler Ferdinand Franz Wallraf (1748–1824), im Auftrage der Verwaltung daran ging, amtliche StraßenN einzuführen, „reinigte“ er gleich einige anstößige StraßenN mit: Beispielsweise wurde die *Pißgasse* zum *Börsengäßchen* (BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER 1999, 151, A. 72). Aber nicht nur aus Schicklichkeitsgründen wurden StraßenN im Laufe der Zeit umgewandelt. Neben bewußten Änderungen aus politischen Gründen treten solche Fälle, bei denen man die ursprüngliche Bedeutung nicht mehr verstand. So wurde in Kiel aus der *Gneisenaustraße* im Volksmund eine *Gneisenaauer Straße* (BICHEL 1981, 23).

Zwar werden die ersten StraßenN in geschlossenen Ortschaften seit dem 12. Jh. überliefert, doch kommen Straßenschilder erst seit dem Ausgang des 18. Jh. auf (FUCHSHUBER-WEISS 1996a, 1469). Heute sind übrigens Straßenschilder Verkehrszeichen, sie und die Art ihrer Anbringung sind in der Straßenverkehrsordnung festgelegt (Zeichen 437; § 45 Abs. 3 Satz 1 StVO; KODAL/KRÄMER 1995, 288 Rn 16). Straßenverzeichnisse als amtliche Übersichten über den Bestand und die Rechtsverhältnisse öffentlicher Straßen gibt es seit dem 19. Jh. (KODAL/KRÄMER 1995, 282, Rn 1 f.). In ländlichen Gegenden war der Hof- bzw. HausN ohnehin wichtiger. Die HofN bezeichneten sowohl das Anwesen als auch die dazugehörigen Personen. Es gab Kinder wie den Marburger Germanisten Ludwig Erich SCHMITT (1908–1994; HausN *Förschters Lud* nach dem Beruf des Großvaters), die erst bei Schuleintritt erfuhren, daß sie sich anders „schrieben“, d.h. einen „anderen FN“ hatten. In einigen Gegenden (Westfalen, LK Kulmbach/Oberfranken, Oberpfalz u.a.) sind die Haus- und HofN noch gang und gäbe. Meist werden sie mündlich tradiert, gelegentlich erscheinen sie in den Heimatzeitungen in Berichten oder Familienanzeigen (Todesanzeige für *Frau Barbara Scheuyerl geb. Kraus (Brosi Babett)*, DnT, Nr. 175, 2.8.1999). Anderenorts sind sie verschwunden, wie beispielsweise in der ersten Hälfte des 20. Jh. in Neuhausen (heute einer der wichtigsten Stadtteile von München), als die Landwirtschaft aufgegeben wurde (BAUER 1999, 22). Erhalten sind sie noch im Markt Meeder (LK Coburg): Der Altbürgermeister Gustav Lorenz war der *Matthesen Gustav* (wohl nach dem VN *Matthias* eines Vorfahren). Söhne und Tochter bekamen die Namen *Matthesen Helmut*, *M. Herbert* und *M. Ilse*. Die „hinausheiratenden“ Töchter nehmen den HausN mit, wie die *Wirts-Erna* (Vater war Inhaber des Gemeindegasthauses; FN *Meyer*), verheiratete *Luthardt*. Schwiegersöhne, die nicht aus Meeder stammen, behalten ihren FN. Ein umgekehrtes Verfahren berichtet STELLMACHER (1996, 1729) aus einem Ort im LK Wittenberg (Sachsen-

Anhalt), wo die einheiratenden Schwiegersöhne ihre FN *Richter* und *Lehmann* ablegten und den HofN *Kühnagl* annahmen. In Untersteinach (LK Kulmbach) sind zwar die HausN noch rezent, doch sind die Träger differenziert. Folgt man der Einteilung des Soziologen HERRENKNECHT (1992, 13) mit seinen vier soziologischen Identitätsgruppen (Alddörfler; Wohnstandort- und Wohnstandard-Dörfler; emanzipierte Dörfler; Neuc Dorf-Randgruppe) sind es nämlich die Alddörfler, die die ererbten HausN oder HofN tragen. Die Angehörigen der anderen Gruppen verwenden für die Alddörfler die HausN, begründen aber selbst keine eigenen. Da im bäuerlichen Bereich die HofN gegenüber den amtlichen FN die größere Rolle spielen, werden sie in Österreich als sog. Vulgo-Namen geführt, wie z. B. *Peter Pichler v. [vulgo] Moorhofbauer* in Kirchsschlag/Niederösterreich. Für amtliche Dokumente (Reisepaß, Personalausweis) sind sie allerdings nicht eingetragenfähig.

Die HausN gehören zu den Nebennamen bei den Anthroponymen (KUNZE 2000a, 10). Zur Markierung des Besitzes wurden Hausmarken und Hausschilder benutzt. Die runenähnlichen Hausmarken werden heute noch auf der Insel Hiddensee verwendet und finden sich neben der amtlichen Hausnummer an der Hauswand. Vermutlich ist dieser Brauch um 1200 von westfälischen oder friesischen Einwanderern auf die Insel gekommen (BLASE 1994, 54 ff.). Sie bezeichnen stets Haus und Hof, konnten aber auch auf Hölzern für die Auslösung bei Gemeinschaftsarbeiten zu Namenszeichen werden. Seit dem 12. Jh. werden in Städten solche Besitzmarken durch Hauszeichen (Blumen, Tiere, Gegenstände) abgelöst, aus denen sich die Häusernamen (in Basel Haus *zum rothen Widder* 1360, Haus *Zum Lorbeerkrantz* 1327 – 1784) entwickelten. Hauszeichen oder Hausschilder waren oft Abbildungen des HausN oder des im Hause ausgeübten Gewerbes, die an einem Gestänge aufgehängt waren und in die Straße hineinragten. Hauszeichen und Hausschilder erfüllten bis zur Einführung der Hausnummern Ende des 18. Jh. deren Funktion. Heute erinnern noch die Schilder bei Wirtshäusern, Apotheken, manchmal bei Bäckereien und Metzgereien, daran. Neuerdings werden Hauszeichen restauriert und gepflegt (*Zum Blauen Hecht* in Leipzig, *Zum Roten Ochsen* und Haus *Hohe Lilie* in Erfurt). Das Krustentier prangt auch über der Türe des *Hauses zum Krebs* am Pfahlplatz in Bamberg, wo der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) während seiner dortigen Zeit 1807/08 seine „Phänomenologie des Geistes“ abschloß. Aus HäuserN entwickelten sich auch FN (eingehend KUNZE 2000a, 105), was allerdings auch für Hausnamen gilt. So wird um 1397 in Mainz im Hofe zum Gutenberg dem Friele Gensfleisch ein Sohn Johannes geboren. Diesem wird der HausN zum FN, unter dem er als Erfinder des Buchdrucks mit beweglichen Lettern zu Weltruhm gelangte (Gutenberg-Information G.1.1.1, Zeittafel zu Gutenbergs Leben und Werk, von M. K. WUSTRACK, Gutenberg-Museum Mainz 1981).

HäuserN gehören, wie DIEDERICHSEN (1993, 346) bemerkt, der Sache nach zu den Toponymen, da die Ortsbezeichnung primär ist. Dies gilt zum Beispiel für jüdische GebäudeN wie *Judenhöflein* oder *Juden-Himmelreich* (WEINACHT 2000, 289) ebenso wie für das „Goethe-Haus“ in Frankfurt am Main oder für Gerhart Hauptmanns Haus „Seedorn“ in Kloster auf Hiddensee. Das Haus wurde 1930 von Gerhart Hauptmann (1862–1946) als Sommervilla gekauft. Der Dichter übernahm den vom Vorbesitzer gegebenen Namen, der auf die ehemals das Haus umgebenden Büsche des Bocksdorns verweist (ALBRECHT 1997, 377). BACH (II 1954, § 545) erinnert daran, daß in Badeorten „der alte Brauch, den Häusern Namen zu geben“, weiterhin erhalten blieb. Durch die Zunahme des Fremdenverkehrs findet sich der Brauch heute in vielen Urlaubsgebieten. Dabei gibt es verschiedene Benennungsmöglichkeiten wie „Haus Seeblick“, „Alpenrose“ oder „Haus Verena“ (nach der Ehefrau des Besitzers; Reith i. Alpbachtal, Tirol). Die Namen von Hotels, Pensionen und Gasthöfen dienen sowohl der Orientie-

rung als auch der Werbung. Bei WirtshausN sind die Anleihen beim Tierreich beachtlich. *Adler, Löwe, Ochse, Hirsch und Roß* machen rund 80 Prozent der TierN bei Wirtshäusern aus (JEHLE 1996, 1601). In den Namen wird oft Kulturgeschichtliches bewahrt, wie beim *Roten Ochsen*, der an eine einst besonders in den Mittelgebirgen als Milch- und Fleischlieferant sowie als Zugtier weit verbreitete Rinderrasse erinnert. Das Rotvieh wurde, so der Landwirtschaftsdirektor Lothar WIESNER (mündl.), Experte für die Rinderzucht in der Oberpfalz, durch Rassen ersetzt, bei denen Fleisch- und Milcherträge höher liegen. Symbolische TierN (*Adler, Löwe, Hirsch, Einhorn*) werden u.a bei ApothekenN bezeugt (HELLFRITZSCH 1996, 1591). Beziehungen zur Sozialgeschichte ergeben sich bei den ApothekenN wie *Hof-apotheke* in Bamberg und Coburg, *Ratsapotheke* in Bretten (LK Karlsruhe). Geradezu als Spiegelbild der politischen Geschichte präsentiert sich die *Herzogliche Staatsapotheke* (1913) = *Thüringische Staatsapotheke* (1920) = *Ost Apotheke* (1950, privat) = *Gustav-Freytag-Apotheke* (1952, staatlich) in Gotha (HELLFRITZSCH ebd.). 1997 wurde die Apotheke aufgelöst. Die Namengebung bei Hunderten von Apotheken-Neugründungen in den östlichen Bundesländern nach 1989 vollzieht sich im Rahmen vorgegebener Muster (HELLFRITZSCH 1995a). In den Städten tragen heute außer den Gasthäusern und Apotheken nur „Theater, Konzertsäle, Kinos, Schulen, Krankenhäuser, Museen und andere öffentliche Gebäude einen Namen“, schreibt BACH (II 1954, § 545). Die Namengebung für die öffentlichen Gebäude hat meist den Zweck eines ehrenden Memorials (KOSS 1999c), und sie ist auch im Bildungsbereich verbreitet (LÖTSCHER 1996). Die 1891 eingeweihte, 1945 teilweise zerstörte und seit 1990 im Wiederaufbau befindliche Leipziger Universitätsbibliothek *Albertina* ist nach dem während der Bauzeit regierenden König Albert von Sachsen (1828–1873–1902) benannt. Gebäudeteile der Technischen Hochschule Chemnitz tragen Namen von bedeutenden Hochschullehrern (vgl. Vorlesungsverzeichnis). So erinnern der *Weinhold-Bau* an Adolf Ferdinand WEINHOLD, der 1882 die Elektrotechnik als Lehrgebiet in die Ingenieurausbildung einführte, und der *Rühlmann-Bau* an Christian Moritz RÜHLMANN, der sich für Praxisnähe und Anschaulichkeit beim theoretischen Studium der Technikwissenschaften einsetzte. Ehrende Namengebung erstreckt sich nicht nur auf Hörsäle (*Emil-Warburg-Hörsaal* in Bayreuth, nach dem Physiker, oder *Bert-Brecht-Hörsaal* in Augsburg, nach dem 1898 in Augsburg geborenen Schriftsteller) oder Institute (*Hahn-Meitner-Institut* an der Freien Universität Berlin, nach dem Physiker Otto HAHN und der Physikerin Lise MEITNER), sondern viele Universitäten tragen Namen. Oft sind es die Stifter und Gründer wie die *Karls-Universität* in Prag (1348; nach Kaiser Karl IV.), die *Otto-Friedrich-Universität* in Bamberg (1972 Gesamthochschule, 1979 Universität, Tradition bis ins 16. Jh.; nach dem einstigen Erstgründer Fürstbischof Melchior Otto Voit von Salzburg und dem späteren Förderer Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn) und die erste evangelische Universität, die *Philipps-Universität* in Marburg an der Lahn (1527; nach dem Landgrafen Philipp I. von Hessen). Die *Schiller-Universität* in Jena und die *Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* haben ihre berühmten Professoren im Namen. Die Universität Leipzig, 1409 unter diesem Namen gegründet, erhielt 1953 den Zusatz *Karl-Marx-Universität* oktroyiert. 1991 wurde der alte Name wiederhergestellt (GLÄSER 1993, 117 f.).

Die Numerierung anstelle der HäuserN kommt im 18. Jh. nach französischem Vorbild auf (BACH II, § 545). Dabei wurde zunächst einfach durchnummeriert. In Köln wurde dies gleich 1794 nach der französischen Besetzung durchgeführt, wobei die Haus-Nr. 4711 zum heutigen FirmenN avancierte (KRAMER 1985, 10). Die Administrationen der von 1801 bis 1814 an Frankreich abgetretenen linksrheinischen Städte verwendeten im amtlichen Schriftverkehr die durchnummerierten Haus-Nummern, später auch die Nummernfolge nach StraßenN, wie sie

seit 1811 in Köln üblich sind (KRAMER ebd.). Durchnumerierung der Haus-Nr. war bei uns meist in kleineren dörflichen Siedlungen noch bis weit nach 1945 die Regel. In diesen Fällen kann man den Nummern einen EN-Charakter zuschreiben. Als die Gemeinden expandierten und neue Baugebiete erschlossen wurden, ging man dazu über, Straßen einzuführen. So entschloß sich 1966 der Gemeinderat von Untersteinach (LK Kulmbach) für die Einführung von Straßennamen. Mit der Durchführung wurde ein oberbayrisches Planungsbüro („Spezialist für Straßenbenennung u. Hausnumerierung“) beauftragt. Aber, es gibt sie noch, die Gemeinden, die auf Straßennamen verzichten. In Bayern sind es besonders Orts- und Stadtteile, die durch die Gemeindereform 1972 durch Zusammenlegungen und Eingemeindungen entstanden sind. So verzichteten beispielsweise die Stadtteile *Lempertshausen* und *Roßfeld* von Bad Rodach auf Straßennamen. Wo sonst Straßennamenschilder stehen, weisen in Ehenfeld (Stadt Hirschau, LK Amberg-Sulzbach) Schilder mit Nummernfolgen auf die Häuser hin. Durch Neuerschließungen geht die Zahl bereits über 300 Hausnummern. Auf diese Weise wird postalisch der alte Gemeindegemeinschaft erhalten (Beispiel: An NN, Ehenfeld Nr. ZZ, 92242 Hirschau). Ähnlich wie bei Ehenfeld führte man in Wildenreuth (Stadt Erbdorf, LK Neustadt a. d. Waldnaab) keine Straßennamen ein. Die Orientierung erfolgt durch Großbuchstabe + Hausnummer. Im Personalstand der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (48. Ausgabe 1998) findet man folgende Anschrift für das dortige Pfarramt: *Wildenreuth Nr. G 8, 92681 Erbdorf*.

Mit Recht weisen BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER (1999, 135) bei den Straßen auf die „zielklare, oft lebensrettende Lenkung von Feuerwehr, Krankenwagen und Post“ hin. Deshalb wird von juristischer Seite auch die „Sicherstellung ausreichender Orientierungsmöglichkeiten“ (KODAL/KRÄMER 1995, 287, Rn 13.2) durch die Hausnumerierung in Verbindung mit der Straßenbenennung betont. Ebenso wie die Benennung der dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege, Plätze und Brücken (RGBl, Jg. 1939, Teil I, Nr. 64 vom 3.4.1939) gehört die Numerierung zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden. Die Grundstückseigentümer sind nach § 126 (3) des Baugesetzbuches nicht nur verpflichtet, die von der Gemeinde festgesetzte Nummer an ihren Grundstücken anzubringen, sondern die Gemeinden schreiben im Regelfall per Satzung u.a. Größe, Grundfarbe und Beschriftung der Nummernschilder vor. Andere Ausführungen müssen genehmigt werden. Vom Straßenrecht her kann auch an die Stelle der Straßenbenennung ein anderes Orientierungssystem treten, wie zum Beispiel eine Unterscheidung der Wohnblocks mit Buchstaben und/oder Zahlen (KODAL/KRÄMER ebd.). Für die Verwendung eines solchen Systems steht als Paradebeispiel die Stadt Mannheim. 1606 von Kurfürst Friedrich IV. von der Pfalz gegründet, als Planstadt errichtet und wiederholt zerstört, bietet sich heute die Altstadt als ein Blocksystem dar, dessen „Quadrate“ genannten, meist rechteckigen Blöcke statt mit Straßennamen durch Großbuchstaben und arabische Ziffern für die Häuser gekennzeichnet werden. Als Beispiele seien aus dem Telefonbuch 1999/2000 folgende Anschriften aufgeführt: Institut für Deutsche Sprache R 5,6; Uni-Club e.V. L 4,11; UNICEF – Zw.St. P 7,10. Die heutige Einteilung geht auf das Jahr 1832 zurück (vorher gab es durchaus auch einmal nur Straßen in der Altstadt), sie wurde nach 1945 beim Wiederaufbau erneut übernommen. Eine eingehende Analyse des „Fallbeispiels Mannheim“ hat mit globalen Bezügen STEGER (1996, 1509 ff.) vorgelegt, wobei auch den ideengeschichtlichen Hintergründen nachgegangen wird. Demnach wirkten seit Gründung über 220 Jahre ein rationalistisches Block- und ein rationalistisches Straßensystem mit ideologischer Komponente „integrativ“ als kombiniertes innerörtliches Orientierungssystem zusammen. Für den umgekehrten Vorgang steht die Trabantenstadt Halle-Neustadt von Halle a. d. Saale. Hier wurden für die Blockbezeichnungen nach 1989 Straßen eingeführt (hierzu Kap. 9.2).

9.1 Straßennamen als „verstecktes Politikum“

„Kaiserstraße, Hauptstraße, mitten durch die Stadt von Süden nach Norden ziehend, hatte in alten Zeiten keinen besonderen Namen, sondern hieß im Allgemeinen bloß ‚die große Gaß‘ oder ‚die Hauptgasse‘“, so steht es in der Chronik von Freiburg im Breisgau (POINSIGNON 1891, 104). Erst im Juli 1777 erhielt sie den Namen *Kaiserstraße*, als Joseph II. auf der Rückreise von Frankreich einige Tage in Freiburg im Gasthof „Zum Storchen“ Quartier nahm. Übrigens wurde dieser auch gleich zu Ehren Josephs in „Römischer Kaiser“ umbenannt (ebd.). Das Beispiel zeigt auch, daß ursprünglich allgemeine Bezeichnungen genügten, wie einst *die Lang Gass* in Bamberg oder der *steenweg uppe der oldenstadt* (1402) in Lüneburg (heute *Auf der Altstadt*; REINECKE 1956, 9). Straßen, so schreibt KETTNER (1998, 101) in seiner Betrachtung über die Marburger Straßen, wurden nicht benannt, „sondern ihr Name entstand im Laufe der Zeit aus ihrer Beschreibung in der alltäglichen Kommunikation über die Straße“. Mit zunehmendem Wachstum eines Ortes, aber auch mit zunehmendem Interesse des Staates an der Namengebung änderte sich das. An die Stelle der „volkstümlichen“ oder „gewachsenen“ Namen (FUCHSHUBER-WEISS 1996a, 1470) treten ab dem 18. Jh. die administrativ vergebenen Namen. Am Beispiel der ehemaligen fränkischen Universitätsstadt Altdorf bei Nürnberg hat FUCHSHUBER-WEISS (1984, 44, 49 f.) nachgewiesen, wie zunächst die Straßen im überschaubaren Rahmen eine identifizierende, spezifizierende und differenzierende Funktion hatten, z.B. *Schloßgasse*, *Kollegiengasse* (Kollegium = Universität), *Säumarkt* usw. Bewahrung und Erinnerung (*Silbergasse* nach einem eingegangenen *Wirtshaus zur silbernen Ente*) waren wichtiger als Orientierung. Diese Funktion tritt dann an die erste Stelle, als der moderne, zentralistische Staat – vertreten durch die ortsfremde Katasterbehörde – ab 1831 die Straßenumgebung bestimmte. „Individuelle, lokale Züge werden den allgemeinen, überlokalen Interessen und Zwecken“ untergeordnet, schreibt FUCHSHUBER-WEISS (1984, 50). Zu diesen Zwecken zählt sicherlich auch die Tatsache, daß mit der Straßenpflasterung an die Stelle des Erdwegebau ein „technisch hochwertiger Straßenbau“ trat, der auch Konsequenzen in der Entwicklung des Straßenrechts hatte (KODAL/KRÄMER 1995, 8, Rn 5 ff.). Bezeichnend ist hierfür der Begriff der „öffentlichen Straßen“, die dem „öffentlichen Verkehr“ gewidmet sind (KODAL/KRÄMER 1995, 115, Rn 1; zum Begriff der *Widmung* als Bestimmung einer Sache für einen öffentlichen Zweck 197, Rn 1).

Als 1812 der schon erwähnte Prof. Ferdinand Franz Wallraf in Köln daran ging, die amtlichen Straßen einzuführen, sollten diese „sozusagen für das Volk ein Geschichtsbuch ersetzen“, das an die mit Frankreich gemeinsame römische und fränkische Vergangenheit erinnerte (KRÄMER 1985, 15 f.). Neu war, daß Straßen „in großem Stil“ umbenannt wurden und daß diese der „Propagierung politischer Ideen nach einem vorher festgelegten Gesamtkonzept“ dienten (KRÄMER 1985, 17). Nachdem 1815 Köln zu Preußen gekommen war, setzten die Hohenzollern offensichtlich dieses Mittel erneut ein. So gleicht die Benennung der Ringstraßen einem „Gang durch die deutsche Geschichte“ (Vortrag BERING u.a. 1999). Beginnend mit dem *Ubierring*, geht es über die *Sachsenkaiser*, *Salierkaiser* usw. bis zum *Hohenzollernring* und *Kaiser-Wilhelm-Ring* weiter. Die *Hohenzollernbrücke* von 1859 (Neubau 1911) war die erste feste Brücke über den Rhein seit der Römerzeit. Auf Wunsch König Wilhelms IV. wurde sie in die verlängerte Achse des Doms gelegt, auf den die Reiterstatuen von ihm und den Kaisern Friedrich III. und Wilhelm II. „zuritten“. So kommt der „Biograph“ des Rheins und ehemalige Direktor der Kölner Stadtbücherei TÜMMERS (1999, 274) zu dem Ergebnis: „Die Brücke wurde zur *Via triumphalis* der Hohenzollern.“ Ein Blick auf den heutigen Stadtplan

zeigt als nächste „Nachbarn“ (alle mit Namen) flußabwärts die *Zoobrücke* und flußaufwärts die *Deubzer Brücke*, die *Severinbrücke* und die *Südbrücke*. Die eminente Bedeutung von Brücken zeigt sich darin, daß sie nicht nur Namen haben, sondern eine besondere rechtliche Stellung einnehmen konnten. Die *Steinerne Brücke* (1135–1146) in Regensburg war nicht nur ein architektonisches Meisterwerk „mittelalterlicher Bau- und Ingenieurskunst“, sondern sie war – wie ihr „Biograph“ DÜNNINGER (1996, 5) schreibt – „eine eigene Rechtspersönlichkeit“. Durch ein Privileg hatte nämlich Kaiser Friedrich I. Barbarossa 1182 „der Brücke“ Freiheitsrechte zugesichert. Ihr Brückensiegel von 1307 bildete für die 1962 gegründete Universität Regensburg die Grundlage des *SIGILLUM UNIVERSITATIS RATISBONENSIS*.

Nach 1989 wurden bei Brücken und Uferstraßen in den östlichen Bundesländern die Namen ausgewechselt. In Dresden kamen die wettinischen Könige wieder zu Ehren: *Albert-Brücke* statt *Brücke der Einheit* (gemeint war die Vereinigung von SPD und KPD 1946 zur SED), *Augustusbrücke* (nach August dem Starken) statt *Georgi-Dimitroff-Brücke* (nach dem bulgar. Politiker). Übrigens waren auch andere Dynastien als die Hohenzollern ebenfalls an solchen Straßen-„Denkmälern“ interessiert. Schon der oben genannte Gründer Mannheims, Kurfürst Friedrich IV., „stiftete“ eine *Friedrichsgasse*, die sich ideologisch als „Rückgrat“ der ganzen Stadt interpretieren läßt (STEGE 1996, 1510). In München gibt es kaum einen Wittelsbacher, nach dem nicht eine Straße benannt worden ist. „Die bayerische Hauptstadt wurde so zu der mit gekrönten Häuptern in ihren Straßennamen am dichtesten besetzten Stadt der Welt“, schreibt BAUER (1986, 85).

Überhaupt zeigt sich, daß seit der Französischen Revolution im 19. und 20. Jh. eine „weitgehende Politisierung des Namenschatzes“ (BACH II 1954, § 548) stattfindet, die sich auch bei den Straßen niederschlägt und neue Typen wie *Friedensplatz*, *Freiheitsstraße* bringt (ebd.; ferner DEBUS [1968] 1989, 43). Dabei können Straßen als ein „verstecktes Politikum“ wirken (FUCHSHUBER-WEISS 1983, 22). Eine *Sedanstraße* oder eine *Eupenstraße* hatten nicht nur orientierende Funktion. Auf den ersten Blick sind die Kölner Straßen *Ittisstraße*, *Lansstraße*, *Takuplatz* recht unverfänglich. Wie jedoch bei BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER (1999, 155, Anm. 87) nachzulesen ist, haben alle drei Namen mit der Niederschlagung des chinesischen Boxeraufstandes 1900 zu tun (Kanonenboot „Ittis“, Marine-Befehlshaber Kapitän Wilhelm von Lans und das eingenommene „Takufort“). Die Benennung nach Personen oder NS-Gliederungen zwischen 1933 und 1945 (*Adolf-Hitler-Straße* oder *Straße der SA*) war auch ein Akt der politischen Gleichschaltung und Eliminierung. In Coburg wurden aus der *Judengasse* die *Marktgasse* und aus dem *Judenberg* die *Saarlandstraße*. Als am 5.3.1935 Hans Schemm (geb. 1891), Gründer und Gauleiter des NS-Gaues *Bayerische Ostmark* und „Reichswalter“ des NS-Lehrerbundes in Bayreuth tödlich verunglückte, trat fünf Tage später der Coburger Stadtrat zu einer Trauerkundgebung zusammen (StadtA Coburg A/6389). Der Vorsitzende beantragte, den *Steinweg* (einst Teil der alten Handelsstraße Nürnberg-Leipzig/Erfurt) in *Hans-Schemm-Straße* umzubenennen. Das Protokoll vermerkt, daß der Vorsitzende nach der einstimmigen Annahme erklärte, „dass der Steinweg für alle Zeiten den Namen unseres heldenhaften Vorkämpfers tragen wird...“. 1945 bekam der *Steinweg* seinen alten Namen wieder. Auch in dem weiter entfernten Grimma gab es von 1936–1945 ebenfalls eine *Hans-Schemm-Straße* (heute *Theodor-Körner-Straße*; NAUMANN 1997, 62). Es ist möglich, daß der oft politisch motivierte Wechsel von Straßenbezeichnungen zu einer „indifferenten Haltung des ‚Mannes von der Straße‘“ gegenüber Straßen (FUCHSHUBER-WEISS 1983, 22) mit bedingt ist. So wechselten beispielsweise bei verschiedenen Anwesen in Altdorf die Straßen seit 1926 bis zu viermal (FUCHSHUBER-WEISS 1983, 34)! Ein Ausweichen auf „zeitlosere“ Namen

nach Bäumen und Blumen nach 1945 wird daher verständlich (Beispiele bei FUCHSHUBER-WEISS [1985] 1996b, 764 f.).

9.2 „Marx und Thälmann sind geblieben“ – Straßennamen als Denkmale

Politisch motivierte Straßennamen werden bewußt gegeben, sie wirken im Unterbewußtsein der Benutzer weiter. Straßennamen sind wohl nach den Vornamen die Onyme, die stark in die emotionale Sphäre reichen. Es läßt sich immer wieder eine Sensibilisierung gegenüber den Straßennamen beobachten. Da geht es um Buchstaben. So meldete der Bayerische Rundfunk am 8.7.1999, daß endlich der Straßennamen *Münchener Freiheit* (zum Gedenken an den Widerstand gegen die NS-Diktatur; DOLLINGER 1995, 205) in die geläufigere *Münchner Freiheit* umbenannt worden sei. Der „Münchner Merkur“ (Nr. 155, 9.7.1999, 13) berichtete über eine „Aktion gegen martialische Namen“, bei der ein Münchner gegen 19 Straßennamen im ehemaligen Kasernenviertel München-Neuhausen zu Felde zieht, die nach „Generälen, Kriegsministern oder Landsknechtsführern“ benannt sind. Heftige Debatten hat in Regensburg die Umbenennungs-Diskussion um die *Florian-Seidl-Straße* ausgelöst, die nach einem Dichter benannt ist, dessen Verhalten in der NS-Zeit kritisch beurteilt wird (HOCHHOLZER 1999). Inzwischen ist „Florian Seidl endgültig zu den Akten gelegt“, so die Überschrift einer Zeitungsmeldung (DnT, Nr. 284, 8.12.1999). Die Straße wurde in *Johann-Hösl-Straße* umbenannt, nach einem Seelsorger, der wiederholt während der NS-Herrschaft in „Schutzhaft“ genommen worden war.

Unter der Überschrift „Marx und Thälmann sind geblieben. Viele SED-Denkmäler stehen in Ostdeutschland weiter an ihrem Platz“ verbreitete die Deutsche Presse-Agentur einen Bericht über stehengebliebene Denkmäler in den östlichen Bundesländern. Zur Illustration gab es ein Foto vom Marx-Engel-Standbild nahe des Berliner Roten Rathauses, das heute „zu den meistfotografierten Sehenswürdigkeiten von Touristen in der deutschen Hauptstadt“ gehört (DnT, Nr. 183, 11.8.1999). Das POSTLEITZAHLENBUCH (Stand 1993, 294) führt für Berlin die *Karl-Marx-Allee*, *Karl-Marx-Straße* und den *Karl-Marx-Platz* auf. Trier, die Geburtsstadt des Philosophen und Nationalökonoms (1818–1883), besitzt ebenfalls eine *Karl-Marx-Straße*. Auch Bayreuth erhielt 1945 eine solche Straße. Die *Wilhelmstraße* mußte umbenannt werden (der *Wilhelmsplatz* am Ende durfte bleiben), und den „Ersatz des Kaisers durch *Karl Marx* beanstandete der amerikanische Stadtkommandant nicht“, bemerkt ROWLEY (1994, 22). Die sog. Wende 1989 brachte für die Straßennamen tiefgreifende und teilweise von langen Diskussionen begleitete Veränderungen wie in Mecklenburg-Vorpommern (SOMMERFELDT 1992) oder in Sachsen-Anhalt. Am Beispiel von Halle an der Saale wird dies ganz deutlich (KÜHN 1993b). Die ideologisch motivierte Benennung zu DDR-Zeiten nahm weder Rücksicht auf orthographische und orthophonische Grundsätze (nach der „antifaschistischen Widerstandskämpferin“ *Martha-Brautzsch-Straße* oder den sowjetischen Führern *S.-M.-Kirow-Straße* [Sergej Mironowitsch], *F.-E.-Dzierzynski-Straße* [Feliks Edmundowitsch] benannte Straßennamen), noch war sie um Vermeidung von Einförmigkeit bemüht (Genitivbildungen wie *Straße der Revolution*, *Straße der Jungen Pioniere*, *Straße des 30. Jahrestages der DDR*, *Straße des Roten Oktober* usw.; KÜHN 1993c, 323 ff.). Wie anderenorts auch, beschäftigte sich mit den Straßennamen in Halle eine eigens gebildete Arbeitsgruppe des Magistrats, die von Germanistikstudenten der Martin-Luther-Universität unterstützt wurde. Dabei blieben entweder alte Benennungen erhalten, die auch schon vor 1945 bestanden (*Liebenauer Straße* oder *Victor-Scheffel-Straße*), oder es kam zur Rückbenennungen wie *Riebeckplatz* (vorher *Thälmannplatz*), *Merseburger*

Straße und Magdeburger Straße (Leninallee). Nachdem 1990 Halle-Neustadt, die Wohnstadt der Beschäftigten der chemischen Industrie in Leuna und Schkopau eingegliedert worden war, beantragte eine Bürgerinitiative die Ablösung der bisherigen Blocknumerierung (Beispiel: 714/3/24 = Block 714, Haus 3, Wohnung 24) durch Straßenn (KÜHN 1993b, 326 f.). Die Wahl fiel u.a. auf Namen von Wissenschaftlern (*Otto-Hahn-Straße, Robert-Bunsen-Weg*), Blumen (*Azaleenstraße, Hyazinthenweg*) oder Komponisten (*Mendelssohn-Bartholdy-Straße, Edvard-Grieg-Weg*), was an die orthographische Sicherheit einige Ansprüche stellt (ebd.). Zum genitivischen Bildungsmuster ist noch anzumerken, daß es im „Westen“ auch nicht unbekannt (*Straße des 17. Juni* in Berlin) und auch keine Neuerung nach 1945 war (*Straße des 18. Oktober* in Leipzig seit 1909, benannt nach dem Tag des Sieges über Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813; KLANK/GRIEBSCH 1995, 204). Straßennamen haben eben auch „Erinnerungsfunktion“ (FUCHSHUBER-WEISS 1996, 1469), sie sind Denk-male!

„Hamburgs Straßennamen erzählen Geschichte“, so überschreibt Christian HANKE (1997) sein Lexikon. Dies gilt nicht nur für den politisch motivierten Wechsel. In alte Zeiten führt die *Wahlengasse* (1138 *inter Latinos*) in Regensburg zurück, die nach SCHWARZ (1960, 48; ferner BAUER 1986, 84) an den ehemals romanischen Bevölkerungsanteil erinnert (zu ahd. *wal(a)h* ‚Romane‘; SCHÜTZEICHEL 1995, 307). Nach anderer Lesart sollen in der *Wahlengasse* (heute *Wahlenstraße*) ausländische, insbesondere italienische Kaufleute ihr Quartier gehabt haben (FREITAG 1997, 133). In Emden erinnern die *Okko-tom-Brook-Straße* und die *Fokko-Ukena-Straße* an die ostfriesischen Häuptlinge Okko tom Brook (ca. 1325–1389) und Fokko Ukena (gest. 1436), die in der Geschichte des Landes eine Rolle spielten (HUMMERICH 1987, 14, 28). Straßennamen mit Berufsangaben wie *Gerbergasse, Töpfergasse* oder *Metzgergasse* lassen die frühere Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Städte durchscheinen. Namen nach den Nachbarorten, die heute in der Stadt liegen, kennzeichnen die ehemalige Peripherie mit den Ausfallstraßen und das Wachstum von Städten, wie z.B. die *Potsdamer* oder die *Oranienburger Straße* in Berlin.

9.3 Fünfundzwanzig Zeichen, inclusive Zwischenräume

Die Auswahl der Namen für Straßen, Plätze usw. ist ins Ermessen der Gemeinde gestellt, sie wird begrenzt u. a. durch Sitte und Anstand (z. B. keine die demokratische Ordnung herabsetzenden Bezeichnungen). Die Namen lebender Personen dürfen nur mit Zustimmung des Namensträgers gegeben werden (KODAL/KRÄMER 1995, 288, Rn 15). Ein Problem sind die gleichlautenden Straßennamen bei Gemeindereformen. So bestimmt seit 1998 die novellierte Sächsische Gemeindeordnung: „Die Benennung der Gemeindeteile sowie der innerhalb der bebauten Gemeindeteile dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege, Plätze und Brücken ist Angelegenheit der Gemeinde. Gleichlautende Benennungen innerhalb desselben Gemeindeteils sind unzulässig“ (§ 5 Abs. 4). Als eine Arbeitshilfe für die Gemeinden beim Erlaß von Verwaltungsvorschriften hat schon 1981 der Deutsche Städtetag eine Mustersatzung „Über die Benennung von Straßen und das Anbringen von Straßennamenschildern“ (Mitteilungsdienst vom 22. Dezember 1981 = MittDST) vorgelegt, die eine Reihe von Grundsätzen enthält. Dabei werden u.a. folgende Gesichtspunkte vorgeschlagen:

1. Die Zahl der StraßenN ist „möglichst gering zu halten. Jeder Straßename darf nur einmal vorkommen“.

Der hier angesprochene Unikats-Charakter stellte die Gemeinden vor allem bei der Gebietsreform vor Probleme. Alle sechs Orte, die 1972 nach Erlangen eingegliedert wurden, hatten eine *Karlsbader Straße*; 106 StraßenN waren doppelt (FUCHSHUBER-WEISS [1985] 1996, 762). Zusammen mit den anderen Neu- und Umbenennungen seit 1945 brachte es Erlangen bis 1976 auf 565 neue StraßenN (FUCHSHUBER-WEISS [1985] 1996, 764 Anm. 32). Besonders in Großstädten ist die Empfehlung des Städtetags schwierig durchzuführen. So stehen bei Berlin im PLZB (1993, 288) folgende gleichnamigen Straßen: *Frankenstr. (Altglienicke)*, *Frankenstr. (Blankenburg)*, *Frankenstr. (Schöneberg)*. Immerhin wird durch die Angabe der Bezirksnamen eine Differenzierung erreicht.

2. StraßenN sollen „möglichst klar und einprägsam sein. Gleichklingende Namen sind zu vermeiden“. Inclusive Zwischenräume sollen StraßenN aus EDV-technischen Gründen nicht mehr als 25 Zeichen umfassen.

Bei StraßenN spielt die Merkmbarkeit eine große Rolle (FUCHSHUBER-WEISS [1985] 1996, 762; Koss 1981a, 15). Gleichklingende StraßenN können leicht zu Interferenzstörungen führen.

3. Neben allgemeinen Grundwörtern (*Straße, Platz*) sollen auch andere Bezeichnungen (*Ring, Damm, Allee, Weg, Markt, Au*) je „nach der Bedeutung, der Lage und dem Charakter der Straße“ Verwendung finden.

Auch hier sind wieder lernpsychologische Gründe mit im Spiele, indem die GW bei der Orientierung entweder erste Informationen liefern oder als bekannte Elemente den Lernvorgang begünstigen. Allerdings stehen Diachronie und Synchronie oft nicht im Einklang, wie jeder Berliner Fremdenführer am Beispiel des *Ku'damms* zu berichten weiß – der einstige Knüppeldamm avancierte zur eleganten Geschäftsstraße *Kurfürstendamm*. Auch muß sich jeder neue Wien-Besucher an das dort häufige GW *-gasse* gewöhnen, wenn er auch eine „ausgewachsene“ Straße vorfindet. Immerhin brachten es die *Gassen* durch Heimito von Doderers Roman „Die Strudelhofstiege oder Melzer und die Tiefe der Jahre“ (München 1969) auch zu literarischer Berühmtheit. Mit Recht rühmt Henner LÖFFLER in seinem „DODERER-ABC. Ein Lexikon für Heimitisten“ (München 2000, 372) die titelgebende Treppenanlage als „ein architektonisches Kunstwerk von außerordentlicher Klarheit und Ruhe“.

Auch die Grundwörter sind Zeugnisse der Geschichte: *Straße* (mhd. *strāze*, ahd. *strāza*, altsächsisch *strāta*) geht auf lat. *via strāta* zurück und meint den ‚gepflasterten Weg‘ der Heeresstraße. Synonym dazu erscheint das dem Griech. *plateia* entlehnte spätlat. *platea* (zu den GW auch FUCHSHUBER-WEISS 1996a, 470; BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER 1999, 156). So wird im Stadtbuch von Kiel (gegründet 1242) ein *Marquardi de Ostenvelde* durch den Zusatz *in platea Kettiggorum* (heute *Kehdenstraße*, im 19. Jh. wohl *Kettenstraße*; zum Kehdinger Land) näher bezeichnet (DEBUS 1996b, 362). Als „Straßename“ fungiert in Weiden i.d.OPf. der geschlossene Wohnblock *Karl-Heilmann-Block* mit dem Namen des Oberbürgermeisters, der den Block errichten ließ. Ein anderes, vor allem in Norddeutschland verwendetes GW ist *-kamp* (mittelniederdt. *kamp*, entlehnt aus lat. *campus* ‚Feld‘). So wurden neue Straßen in Lüneburg mit *Knotterkamp* und *Krötenkamp*, in Nordhorn mit *Am Rakers Kamp* und *Brökers Kamp* benannt (PLZD 1997, 160 f.).

4. FlurN sollen erhalten bleiben.

FlurN als StraßenN weiterleben zu lassen, das empfiehlt auch das bayerische Innenministerium. In Weiden i.d. OPf. nahm man sich diese Empfehlung zu Herzen und benannte 1996 gleich drei Straßen (*Zum Strassweiher, Steinige Äcker, Im Pfarrweiher*) mit FlurN in einem Neubaugebiet. FlurN werden in zunehmendem Maße für StraßenN herangezogen. Übrigens ist die Empfehlung alt, sie wurde schon 1905 von den bayerischen Denkmalpflegern ausgesprochen und im „Amtsblatt der K. Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern und des Innern“ (Nr. 27, 12.12.1905, 570) veröffentlicht (Abdruck bei FUCHSHUBER-WEISS 1996a, 1474; BAUER 1986, 86).

5. „Zusammenhängende Baugebiete sollen nach einheitlichen Gesichtspunkten benannt werden (z.B. Malerviertel).“

Für solche Motivgruppen (HARTIG/LAUR 1978, 21) oder hodonymische Felder (FUCHSHUBER-WEISS [1985] 1996b, 762) sprechen sowohl lernpsychologische Momente (Mnemo-technik) als auch beabsichtigte Orientierungshilfe: „Wer z.B. in einer Stadt zur *Schillerstraße* will, wird meist mit Recht vermuten, auf dem richtigen Wege zu sein, wenn er die *Klopstock-* oder *Goethestraße* passiert hat“, meint LAUR (HARTIG/LAUR 1978, 22). Für Schleswig nennt er u.a. die Vogelnamen (*Drosselweg, Amselstraße*), Wildtiere (*Dachsbau, Igelweg*), Städte aus den ehemaligen Ostgebieten (*Königsberger Straße, Breslauer Straße*) als typisch, wobei sich auch zeitliche Schichten ergeben und bei den letztgenannten StraßenN wiederum politische Motive ausschlaggebend waren. In anderen Städten gibt es noch Maler- und Komponistenviertel. Viel Steine gibt's in Berlin, Neu-Buckow: *Quarz-, Tropfstein-, Grünstein-, Feldspat- und Schieferweg*. Außer diesem Neubaugebiet in der Nähe der ehemaligen BUGA (Bundesgartenschau) hat Berlin schon lange sein „Bayern-Viertel“ im Stadtteil Tiergarten: Augsburg, Würzburg, Nürnberg, Passau, Ansbach, Bamberg sind hier u.a. Namensspender. In Moabit dominiert Nordrhein-Westfalen: *Elberfeld, Essen, Dortmund, Bochum*. Man revanchiert sich gegenseitig: Ehrensache, daß die Münchner einen *Berliner Platz* und die Berliner einen *Münchner Platz* haben. Auch die Nachbarschaft wurde vor 1989 nicht vergessen, wie beispielsweise in Coburg und Göttingen mit den „Thüringer Vierteln“ (*Eisenacher -, Erfurter -, Weimarer Straße*).

Ein Gang durch die Straßen rund um den *Grünen Hügel* – auf ihm steht das Festspielhaus – gleicht in Bayreuth einem Vademekum durch Richard Wagners Opern: *Parsifal, Tannhäuser, Tristan* und aus dem „Ring“ *Siegfried, Hunding, Sieglinde, Fricka* und *Krimhilde* sind hier die Namensspender. Die Straßen liegen in der *Gartenstadt*, so der Name des in den dreißiger Jahren entstandenen Stadtviertels (bis 1945 *Hans-Schemm-Gartenstadt* nach dem schon oben genannten Gaulciter). Die Bezeichnungen für Stadtviertel in Bayreuth laufen auf verschiedenen Ebenen. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden die ViertelsN verwendet, die auf alte Gemarkungsbezeichnungen, FlurN oder auf die Namen eingemeindeter Ortsteile (u. a. 1939 *Comdorf, St. Johannis*, 1976 *Seulbitz, Thiergarten*) zurückgehen. „Ich wohne im *Kreuz!*“, sagt in Bayreuth ein Bewohner des Viertels *Kreuz*, das seinen Namen nach einer Kapelle zum Heiligen Kreuz hat. Diese bestand bis zur Reformation (ROWLEY 1994,14). Für die amtliche Einteilung werden Buchstaben verwendet, so z. B. *Stadtbezirk R* für die drei Viertel *Roter Hügel, Kreuz, Herzoghöhe*. Zu ihm gehören sieben Wahlbezirke. Außerdem ist das Stadtgebiet in 39 Distrikte mit jeweils einem Vorsteher eingeteilt. Dieser kümmert sich um die Belange der Anwohner. Amtliche Bezirkseinteilungen gibt es vor allem in Großstädten wie in Wien (23 Gemeindebezirke) und Zürich (12 Kreise). Doch halten sich auch hier nicht-

amtliche Bezeichnungen wie beim 4. Bezirk in Wien, wo man *auf da Wiedn* wohnt (*die Wieden*, zu mhd. *wideme* ‚Widum‘, Ausstattungsgut; HORNING 1998, 720). In anderen Großstädten gibt es auch die „Quartiernamen“. So bekommt zum Beispiel jeder Zuziehende in Zürich-Wiedikon vom dortigen Meldeamt einen „Quartier-Plan Wiedikon. Mit Quartierteilen Friesenberg und Heuried“ mit Stadtplanausschnitt, Straßenverzeichnis und Werbeanzeigen dortiger Geschäfte. Quartierfeste gibt es auch, sie sind wie anderenorts die Straßenfeste Ausdruck einer eigenen Identität. Wie stark das Interesse daran ist, erlebte die Stadt Leipzig, als sie im Jahre 2000 per Wettbewerb „Ein Viertel sucht einen Namen“ ein ehemaliges Kasernenviertel neu benennen wollte. Rund 300 Vorschläge wurden eingesandt, das Rennen machte der Name „Schönauer Viertel“, der die Erinnerung an das vormalige, nach Leipzig eingemeindete Dorf Schönau wachhalten wird. Berlin wurde 1920 in 20 Bezirke eingeteilt, als es mit den umliegenden Städten und Dörfern zu „Groß-Berlin“ gemacht wurde. Nun sind durch Fusionen zwölf neue Großbezirke entstanden. Sie haben, so Susanne LEIMSTOLL im „Tagesspiegel“ (Nr. 17290, 14.1.2001, 14) wenigstens ein Gutes: „Einwohner entdecken ihre Verbundenheit mit dem Kiez neu.“

Ob der Stadtrat von San Diego die Chance hat, „Geschichte zu schreiben“, wie Antonie BAUER in ihrem Bericht „Auf dem Weg nach Qualcomm City. Der Trend zum Sponsoring in den USA könnte zur Folge haben, dass bald ganze Städte nach Firmen benannt werden“ (in: SZ, Nr. 4, 5./6.1.2002, 21) meint, ist noch nicht ausgemacht. Die Pläne der Stadtväter, das Viertel rund um ein neues Sportstadion nach einem finanzkräftigen Sponsor zu benennen, stoßen auf Widerstand bei vielen Bürgern.

6. Für die Straßen nach Persönlichkeiten ist ein ganzer Katalog aufgestellt:

„Grundsätzlich sind Straßen nur nach bereits verstorbenen Persönlichkeiten zu benennen.

Persönlichkeiten der neueren Geschichte sollen nur dann verwendet werden, wenn ihr Geschichtsbild abgeklärt ist.

Sollen Verdienste verstorbener Personen aus neuer Zeit durch eine Straßenbenennung gewürdigt werden, so sind noch lebende Angehörige vorher möglichst zu hören.

Bei der Auswahl der Straße ist darauf zu achten, daß die Straßenbenennung auch tatsächlich eine Ehrung darstellt.“

BACH (II 1954, § 544) berichtet, daß die Ehrung von Persönlichkeiten durch Straßen in Berlin unter Friedrich Wilhelm IV. aufgekommen sein soll. Sicher wird der Bedarf an neuen Straßen in einer expandierenden Stadt nicht der einzige Grund gewesen sein. Das Motiv der Ehrung findet sich häufig. In der DDR gab es fast keinen Ort, in dem es nicht eine nach Karl Marx oder Ernst Thälmann benannte Straße gab. Tennis-Fans taufen die *Rote-Becker-Straße* in Dortmund inoffiziell in eine *Boris-Becker-Straße* um (DnT, 8. Juli 1985). Auch die Ismaninger bei München hielten sich nicht an die Grundsätze des Deutschen Städtetages: Sie ehrten einen Lebenden, nämlich den Nobelpreisträger *Klaus von Klitzing* (geb. 1943; Naturmaß für den elektrischen Widerstand: „Von-Klitzing-Effekt“) mit Ehrenbürgerschaft und Straßennamen (SZ, Nr.15, 20. 1.1986). Während 1897 der Gemeinderat von Lüdenscheid paritätisch männl. und weibl. Namen vergab (WIPF 1994), steht es mit der Benennung von Straßen nach Frauen nicht zum besten. Zum Internationalen Frauentag 2000 untersuchte Dominik WICHMANN (in: SZ-Magazin, Nr. 9, 3.3.2000, 24–27) die Straßen von 15 Großstädten in Deutschland. Die „weiblichste Stadt Deutschlands“ war Bremen (4662 Straßen, 186 weiblich = 3,98 Prozent), als „Macho-Hauptstadt Deutschlands“ wurde Hannover ausgemacht (3320 Straßen, 73 weiblich = 2,19 Prozent). Da sticht schon der Berliner Bezirk Mitte hervor, dessen

Bezirksamt auf einen Schlag fünf Straßen nach Künstlerinnen um- oder neubenannt hat (Der Tagesspiegel, Nr. 17195, 8.10.2000, 15).

7. *Straßenumbenennungen sollen nur aus „Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ erfolgen.*

Daß sich dagegen die alten Bezeichnungen noch lange halten, belegt die *Allee* in Weiden i.d.OPf. (so immer noch der „Volksmund“), obwohl sie offiziell *Bürgermeister-Prechtl-Straße* heißt. Ein international bekanntes Beispiel ist der *Stachus* in München (nach der ehemaligen Gastwirtschaft *Stachus-Garten* des *Eustachius Föderl*). 1794 noch *Neuhausertorplatz*, verewigte Kurfürst Karl Theodor (1724–1799) seinen Namen 1797 in der offiziellen Bezeichnung *Karlsplatz* (DOLLINGER 1995, 152). Vorsichtshalber führen die Münchner Verkehrsbetriebe beide Bezeichnungen an den Leitschildern auf. Kurz und prägnant mögen's die Hannoveraner: Der *Ägidienplatz* ist der *Ägi*.

Bei Umbenennungen empfiehlt der Deutsche Städtetag, das alte Schild – rot durchstrichen – ein Jahr lang neben dem neuen zu belassen. Dazu ein Beispiel aus dem oben genannten Berliner Neu-Buckow: 1985 prangte das Schild *Sangerhausenstraße* neben dem rot durchstrichenen *Straße 605*. Das PLZ-Buch vermerkt nunmehr sowohl einen *Sangerhauser Weg* als auch eine *Straße 605* (1993, 304, 308). An Bezeichnungen ‚Straße + Nummer‘, ‚Straße + Nr. + Buchstabe‘, ‚Straße + Buchstabe‘ oder ‚Weg + Buchstabe‘ ist in Berlin kein Mangel, sie füllen viele Spalten im PLZ-Buch.

9.4 Straßennamen – das „Gedächtnis einer Stadt“

Im allgemeinen Sprachgebrauch versteht man unter „Straßennamen“ die Verkehrswege innerhalb von Siedlungen, aber auch „Straßen außerhalb der Siedlungen haben Namen“, schreibt KETTNER (1998, 101). Als Beispiele führt er u. a. die „alten Namen“ wie *Hellweg* (in Westfalen), *Judenstraße* (Nürnberg – Leipzig; eingehend KAPFHAMMER [1990] 1996), die Marburger *Weinstraße* (= ‚Wagenstraße‘; RAMGE 1998, 80) und „moderne Namen“ wie *B 3*, *A 7* und *K 48*, die *Sauerlandlinie* oder auch Touristikstraßen wie *Deutsche Weinstraße* (seit 1935 die älteste Straße dieser Art) und *Schwäbische Barockstraße* an. Straßen, so sieht es der Jurist, haben Erschließungsfunktion und Verbindungsfunktion. Das heißt, daß sie „den innerhalb der menschlichen Lebensräume oder zwischen ihnen sich entfaltenden Verkehr“ aufnehmen und damit Räume erschließen (KODAL/KRÄMER 1995, 242, Rn 14.1). Je nach Art des Verkehrs (z. B. „weiträumiger Verkehr“ oder „Ortsverkehr“) gibt es verschiedene Straßengruppen: Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen wie *A 7*, Bundesstraßen wie *B 3*), Staats- oder Landesstraßen (in Bayern mit *St* + Nummer), Kreisstraßen (in Bayern mit Landkreiskennzeichen + Nummer; z. B. *NEW 1* [= LK Neustadt a. d. Waldnaab]) und eben die Straßen des örtlichen Verkehrs. Die Einstufung in die verschiedenen Straßengruppen hat außerdem die Konsequenz, daß für die Kosten verschiedene Träger aufkommen. Dem Bundesverkehrsminister bleibt es übrigens vorbehalten, für eine Bundesfernstraße neben der Nummer auch eine besondere Bezeichnung festzulegen (KODAL/KRÄMER 1995, 286 f., Rn 11). Verwaltungsmäßig und in der Öffentlichkeit haben sich aber bestimmte Namen eingebürgert wie *Ruhrschnellweg*, *Hansalinie* und *Sauerlandlinie*. Die *Ostmarkstraße*, wie die *B 22* von Bayreuth bis Cham in der Oberpfalz heißt, ist im „Gesetz über den Ausbauplan für die Bundesfernstraßen“ vom 27.7.1957 (BGBl I, 1957, Nr. 45, 1189 ff.) auch unter diesem Namen bei den auszubauenden Fremdenverkehrsstraßen aufgeführt.

Bei den StraßenN erweist es sich, daß Straßen nicht nur technische Einrichtungen und eine Kostenfrage sind, sie sind eben auch für die Anwohner ein Teil ihres Lebensraumes. Die Anwohner wollen sich mit „ihrer“ Straße identifizieren. Sie feiern Straßenfeste, und es kommt sicherlich nicht von ungefähr, daß eine der beliebtesten Fernsehserien *Lindenstraße* heißt. Zeitungsartikel, -serien (tz München, *Bayerische Rundschau* Kulmbach) und Ausstellungen (Stadtarchiv Coburg) über StraßenN zeugen von einem wachsenden Interesse an den StraßenN, wobei manchmal auch alte und heutige Straßenansichten gegenübergestellt werden (Serie in der *Landeszeitung für die Lüneburger Heide* Lüneburg). Einen „aufschlussreichen Spaziergang“ wünschten in Zürich vom 8.11.1999 bis 31.8.2000 Strassenbenennungskommission, Baugeschichtliches Archiv und Stadtarchiv den Besuchern ihrer gemeinsamen Ausstellung: „Kämbelgasse – Königsallee. Ein kleiner Bildungsspaziergang durch die Strassennamen Zürichs“. Aus der Handreichung „Ausstellungstexte“ erfuhren die Besucher, daß im StraßenN ein HausN *Zum Kämbel* [,Kamel'] steckt. Informationen gab es u.a. zu den Themen „Eine Stadt kommt selten allein – Strassennamen nach geografischen Bezeichnungen“ oder „In der Stadt krecht's und fleucht's und grünt's und blüht's – Strassennamen aus Zoologie und Botanik“. Für die Schüler gab es nicht nur einen Wettbewerb, sondern alle konnten das Thema spielerisch angehen – mit Hilfe der bunten Karten eines „Strassennamen-Quartetts“. Stadtgeschichte im Spiegel der StraßenN zum Anfassen! Überdies erschien noch dazu die 3. Aufl. der Zürcher StraßenN (GUYER/SALADIN/LENDEMANN 1999).

Von Identitätsbewahrung zeugen auch die „fremdsprachigen“ StraßenN in der Bundesrepublik. Im Gebiet der Sorben gibt es zweisprachige Straßennamenschilder, wie z. B. die *Wendische Straße/Serbska hasa* in Bautzen. In Cottbus/Chósebuz weist die *Bautzener Straße/Budyšin kašdroga* auf Bautzen hin (das „sächsische Nürnberg“, Bernd WURLITZER im „Marco Polo“-Führer Spreewald/Lausitz, Ostfildern 1997, 60, wie die Stadt wegen der mittelalterlichen Bauwerke genannt wird). Straßen mit dem friesischen GW bewahren die Identität der friesischen Sprache. So gelangt man in Keitum auf Sylt auf dem *Pröstwai* („Pastorenweg“) folgerichtig zum Amt des evang.-luth. Pastors. Während in Erlangen noch eine Reihe von franz. FN an die einst hier angesiedelten Hugenotten erinnert, ist von den franz. StraßenN und PlatzN in der „Neustadt“ nichts mehr geblieben. Beim Verlauf der heutigen *Hauptstraße* schimmert am ehesten noch die *principale Rue* durch, doch der ehemalige *Grande Place* ist heute in Schloß- und Marktplatz aufgeteilt. Die *grande Rue* ist nun einem Großen gewidmet und heißt *Goethestraße*, ihr rechtwinkliger Abschluß nach Norden entspricht in der Straßenführung noch dem alten Planstadt-Grundriß (JAKOB 1986, 38). Ad fontes führt die Wiederbelebung historischer Straßen. So wurde der *Jakobsweg* von Heilsbronn über Nürnberg bis zur deutsch-tschechischen Grenze von Wandervereinen markiert, und er soll seine Fortsetzung in der Tschechischen Republik bis nach Prag finden. Historische Reminiszenzen werden in Prospekten für die *Goldene Straße* (Nürnberg-Prag) ebenso geweckt, wie in einem Arbeitsblatt des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig für Schüler der 5.-8. Klassen, die auf einem Stadtplanauszug Verlauf und Kreuzungspunkt der alten Fernhandelsstraßen *via imperii* (die Reichstraße) und *via regia* (die Königstraße) markieren sollen. So wie *Weimar* und *Potsdam* in den USA liegen (Koss 1999a, 436), so gibt es in Deutschland amerikanische Straßennamen. Der von den US-Streitkräften genutzte Teil des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr in der Oberpfalz wird wie eine kleine Stadt von der *Saratoga Avenue*, *Merrell Street*, *Hastings Avenue*, *Lexington Avenue* und der *Gettysburg Road* durchzogen. Letztere erinnert z. B. an eine Schlacht des amerikanischen Sezessionskrieges (1861–1865).

StraßenN, BezirksN bzw. ViertelsN und FlurN gehören zur Mikrotoponymie. Der Terminus ist noch relativ jung, und Mikrotoponyme bezeichnen kleinere Objekte, im Gegensatz zu Makrotoponymen (WITKOWSKI 1995, 292), zu denen außer den ON auch die LandschaftsN und BergN zählen. Für die StraßenN hat sich der Terminus Hodonyme (zu griech. *hodos* ‚Weg‘) eingebürgert. Die Bandbreite von den Namen der alten Heeres- und Fernstraßen bis zu den modernen StraßenN und Ziffernbezeichnungen ist natürlich groß. ZGUSTA (1996, 1887) bemerkt, daß in diesem Fall das griech. Morphem „is too broad for a terminological precision“. Nimmt man „den Verkehr“ und somit die Raumbfunktion als gemeinsamen Nenner, so ergibt sich mit *Hodonym* ein praktikabler Begriff. In der StraßenN-Gebung der Gegenwart spielt natürlich der „Kommunikations- oder Gebrauchswert der Namen“ eine große Rolle, so daß außer der Orientierungsfunktion noch die folgenden, von FUCHSHUBER-WEISS (1996a, 1474) aufgeführten Motive wichtig sind: das euphonische Prinzip, Kürze und Einfachheit der Namensschreibung, Singularität der Namen, Übereinstimmung von Namen-Grundwort und Beschaffenheit der benannten Straße, Merkbarkeit und Memorierbarkeit.

StraßenN sind das Gedächtnis einer Stadt. Unter dieser Prämisse haben der Kölner Germanist Dietz BERING und sein Team in einem Projekt seit dem WS 90/91 begonnen, die Kölner StraßenN vom Mittelalter bis heute systematisch zu erforschen (eingehend bei BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER 1999, 144 ff.; GLASNER 1999). Es geht ihnen darum, außer der synchronen und diachronen Erforschung der Kölner StraßenN einen interdisziplinären Forschungsansatz (mit Stadttheorie, Kulturwissenschaft, Mentalitätsforschung, Durchleuchtung der kollektiven Gedächtnisformationen) aufzustellen. Dazu entwickelten sie ein feinmaschiges Raster, das eine Analyse der StraßenN auf folgenden vier Ebenen erlaubt (in Klammern die Zuordnung der linguistischen Begriffe): Basisinformationen (nichtlinguistische Daten), Formanalyse (morphologisch-syntaktische Struktur), Bezugsanalyse (konnotatives Potential), Bedeutungsanalyse (denotative Aspekte). So lassen sich beispielsweise bei der *Heinestraße* u.a. auch „das *ideologische* Wirkungspotential“ Heines „im öffentlichen Gedächtnis“ erfassen und der religiöse und kulturelle Bezug herstellen (BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER 1999, 147). Die 1997 für ihre Arbeiten über die Kölner StraßenN mit dem Köln-Preis ausgezeichnete Projektgruppe hat inzwischen beachtliche erste Ergebnisse vorgelegt (BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER 1999, mit Literatur). Letztendlich konnten sie mit dem Kriterienraster ein methodisches Instrumentarium für die Analyse von StraßenN-Korpora entwickeln, das über die Ansätze beispielsweise von SCHOHUSEN (1977) für die Stadt Oldenburg oder von ROOM (1992) für die englischen StraßenN hinausgeht, so verdienstvoll wie diese auch sind. Da die StraßenN-Gebung immer auch eine „Außenwirkung“ hat, sind die Anwohner immer „Betroffene“ (KODAL/KRÄMER 1995, 288 f., Rn 17.1 ff.). Das zeigt sich besonders bei Umbenennungen, was für die Sozioonomastik (zum Teilbereich LÖFFLER 1994, 190 f.; DEBUS 1999) ein interessanter Aspekt ist. Die von der Kölner Projektgruppe aufgeworfene Frage nach dem Zusammenhang von StraßenN und soziodemographischem Profil einer Straße (BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER 1999, 163) ist natürlich nur in Zusammenarbeit mit Stadtsoziologen zu lösen und derzeit noch Zukunftsmusik. Aber immerhin weist das der StraßenN-Forschung neue Wege, und dies ist umso erfreulicher, da die systematische Erforschung bislang „ein Aschenputteldasein“ fristete (BERING/GROSSSTEINBECK/WERNER 1999, 144 A. 54), obwohl die StraßenN nach den PN und ON der „drittgrößte Komplex“ in der Onomastik (HARTIG/LAUR 1978, 21) überhaupt sind.

9.5 „Flurnamen sollen nicht untergehen“

Neuere Benennungen lassen erkennen, daß man sich tatsächlich bemüht, alte FlurN in StraßenN weiterleben zu lassen, wie dies auch der Deutsche Städtetag empfiehlt. WEINACHT (1985, 329) ist einmal dem Fortleben von FlurN in StraßenN und Viertelbezeichnungen in ländlichen Neusiedelgebieten am Rande des Ballungsraumes Nürnberg-Fürth-Erlangen nachgegangen. Er hat gezeigt, wie „Namengebung und Namenverwendung einen bisher vernachlässigten Indikator für Integration und Akzeptanz, für die kollektive wie subjektive Feststellung der Erlebnisdimensionen und Einstellungen zu Wohnarealen einschließlich der Erlebnisresonanz darzustellen vermag“ (ebd.). In dieselbe Richtung weist der Bericht von Hermann UNTERSTÖGER (SZ, Nr.21, 27.1.1988) über ein Kolloquium, das im Januar 1988 die Leitung des „Hauses der Bayerischen Geschichte“ zusammen mit dem Verband für Orts- und Flurnamenforschung in München veranstaltete. Das Kolloquium, das ähnlich wie 1984 das Gießener Flurnamen-Kolloquium (1985) Experten aus fast allen deutschsprachigen Ländern vereinte, bildete den Auftakt für eine großangelegte Sammlung von rund drei Millionen FlurN in Bayern. Leider mußte die Publikation der Flurnamenbücher inzwischen eingestellt werden. In seinem SZ-Bericht mit der Überschrift „Flurnamen sollen nicht untergehen“ bescheinigte UNTERSTÖGER (ebd.) den bayerischen Gemeinderäten, daß diese nunmehr „ihrer langjährigen Einfallslosigkeit müde, zu überraschenden Lösungen gelangen. Neue Straßen heißen plötzlich Am Buchet, An der Leiten, Osterfeld, Auf dem Point oder Am Schopperfeld. Der Nutzen ist zwifach: Die Bürger fühlen sich geschmeichelt – Auf dem Kyberg wohnt es sich entschieden anders als am Kastanienweg –, und auch den alten Flurnamen widerfährt späte Ehre“. Zu bedenken bleibt freilich, daß die FlurN ursprünglich mündlich tradiert wurden und daß die Mundart das dafür verwendete Medium war. Die löbliche Absicht der Stadtväter von Burgkunstadt (LK Lichtenfels), für ihr neues Wohnbaugebiet „Lerchenbühl“ bei den StraßenN alte FlurN heranzuziehen (Bayer. Rundschau 19.8.1999), wird sie wohl vor die Frage gestellt haben, wie der *Messla Groum* ‚Mösslein Graben‘ in die Schriftsprache zu transkribieren ist. Da bei den FlurN-Sammlungen nicht nur ausgebildete Sprachwissenschaftler beteiligt sind, werden in den Anweisungen von DEBUS ([1964] 1997) bis RUOFF (1993), SCHEUERMANN (1995) und immer wieder SCHNETZ (1997) Hilfen für die Aufnahme und Umsetzung gegeben. Das Problem hatten ja auch einst die Katasterbeamten und Geometer bei der Aufnahme der Gemarkungen vom Ende des 18. bis zur ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Daß dabei Verballhornungen nicht ausbleiben konnten, dafür steht in Marburg-Wehrda der nach einem FlurN gebildete StraßenN *Unter dem Gedankenspiel* (RAMGE 1998, 86). Die mündliche Form *Dankersbühl* läßt erkennen, daß hier ein ‚Bühl [= Hügel, Berg] eines Dankhard‘ vorliegt. Im großen und ganzen haben die Landgeometer sorgfältig gearbeitet, und sie haben eine Ehrenrettung verdient (RAMGE ebd.). Die Feldhandrisse, die vor Ort aufgenommen wurden und die die Grundlage für die Flurkarten bildeten, zeugen von Präzisionsarbeit und sind oft kleine Kunstwerke. Die Computerisierung ist auch bei den Vermessungsämtern (einst auch Messungs-Commissionen genannt) eingezogen. Digitale Flurkarten und Automatisches Liegenschaftsbuch (ALB) ersetzen inzwischen die alten Flurbücher und -karten.

Für die wissenschaftliche FlurN-Forschung markieren die Kolloquien von Gießen und München zwei markante Punkte der im 20. Jh. einsetzenden umfassenden Forschung (Überblick für den oberdt. Raum bei SONDEREGGER 1997/98, 13 ff.). Eine herausragende Stellung nimmt dabei der von HANS RAMGE edierte Hessische Flurnamenatlas (1987) ein, da bei diesem zum ersten Mal bei einem Namenatlas computativ gearbeitet wurde (dazu HÄNDLER 1985;

ferner RAMGE 1985, 661). Der in dieser Art auch erstmals großräumig angelegte Atlas gibt die Verbreitung rezenter FlurN in Hessen wieder, wobei die phonologischen, morphologischen und lexikalischen Eigenschaften von FlurN und FlurN-Typen durch komplexe Symbole in ihrer räumlichen Verteilung repräsentiert werden. Rund 300.000 Datensätze, die z.T. vom Hessischen Flurnamenarchiv in Gießen von 1980 bis 1983 neu aufgenommen wurden, bilden die Datenbasis für die 193 Karten. Die Erhebung schloß auch die Mundartformen und Angaben über Bodenart, Kulturart und relative Lage ein. Ebenfalls auf computativer Grundlage haben die Arbeiten für ein Niederösterreichisches Flurnamenbuch begonnen, für das 1992 der „Verein für österreichische Flurnamenforschung“ gegründet wurde (HORNUNG 1994). Großes Interesse fand inzwischen die Ausstellung „Ein weites Feld“ im Niederösterreichischen Landesarchiv (Katalog vom Margarete PLATT).

Das verstärkte wissenschaftliche Interesse an den FlurN hat mehrere Gründe. Zum einen sind es – so die Leiter des bayerischen Projektes, Wolf-Armin Frhr. von REITZENSTEIN und Michael HENKER – die „fortschreitende Zersiedelung der Landschaft sowie die Flurbereinigung“ (SZ, Nr.21, 27.1.1988), die den FlurN-Bestand dezimieren (vgl. auch BAUER [1981] 1996b). Zum anderen bedeuten die FlurN in einzigartiger Weise „als versteinerte Geschichtsdokumente ein Arsenal historischer Erinnerungen“ (KLEIBER 1985, 2133). Dies erklärt auch das Interesse verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen an den Flurnamen. Es sind besonders die FlurN, die die „vielfältigsten menschlichen Lebens- und Erfahrungsbereiche“ widerspiegeln, so daß die Mikrotoponomastik eine „Schlüsselfunktion als Brückenwissenschaft“ (KLEIBER 1985, 2130) einnimmt. Deshalb sind es vor allem die historischen Teildisziplinen, die aus den Ergebnissen der FlurN-Forschung Nutzen ziehen können. Hier ist z.B. die Siedlungsgeschichte zu nennen, geben die FlurN doch Aufschluß über den Gang des Landesausbaues. Reminiszenzen an vor- und frühgeschichtliche Zeit mit ehemaligen Befestigungsanlagen wie *Burgstall*, *Kastel* oder aus dem Bereich der Hodonyme die Altstraßen mit *Hellweg*, *Hochgestraß* (Beispiele nach KLEIBER 1985, 2138) sind in FlurN ebenso enthalten wie Zeugnisse für die spätmittelalterliche Rodungstätigkeit in Namen wie oberdeutsch *Rüti*, *Reut*, *Ruit*; mitteldt. *Rod*, *Rad*, *Seifen*; ostmitteldt. *Grün* (KLEIBER ebd.; BACH II 1954, § 615 ff.).

Mit der Besiedlung eines Raumes ist ja dessen Wirtschafts- und Sozialgeschichte eng verknüpft, was auch in den FlurN zum Ausdruck kommt. In den von HINRICHSSEN (1984, 181) untersuchten Kirchspielen in Schleswig waren fast ausschließlich die landsässigen Bauern die Namengeber, abgesehen von wenigen Kolonistennamen oder von den Bildungen eines Pastors mit FlurN wie *Elend*, *Trübsal* oder *Kummerfeld*. Alte Agrarverfassungen wie die Zwei- oder Dreifelderwirtschaft leben in FlurN ebenso fort, wie sie auch Sonderkulturen ausweisen, z.B. Weinbau mit *Wingert*, *Weingarten*, *Weinberg* oder Obstkulturen. Da die Parzellen von Weinbergen intensiv genutzt werden, sind die FlurN hier sehr dicht (SONDEREGGER 1997/98, 22). Ein markantes Beispiel hierfür ist die 54 Riedbenennungen umfassende „Riedübersicht“ der Katastralgemeinde Mörbisch am See im Burgenland (Vermessungsamt Eisenstadt, Nr. 30012). Die *Ried* ist in Ostösterreich die Flur, besonders die Weingartenflur (ÖSTERR. WB 1997, 521). Treffenderweise heißt die Ried mit der besten Weinlage *Goldberg*. Der Neusiedler See spielt naturgemäß eine große Rolle: Die Ried *Obere Wasser* geht in Richtung Rust, die *Untere Wasser* ist die Zeile zum See hin. Durch Verlandung ist die Ried *Untere Seeäcker* aus dem See entstanden. Manche Weinlagen haben überregionale Bekanntheit gefunden, wobei ihre Namen zu Fehldeutungen führen können wie die Rheingauer Weine *Aßmannshäuser Höllenberg* (= ‚Berg mit einer Halde/einem Hang‘) oder *Oestricher Lenchen* (nach dem Deminutiv der ‚Berglehne‘; RAMGE 1998, 85). Selbst Tourismus und Kurbetrieb schlagen sich

in den FlurN der Kurorte und Ausflugsgebiete nieder (z.B. *Idylle, Kurpark, Kaiserfelsen, Ludwigsruh, Ludwigsbrunnen, Waldeinsamkeit*), wobei oft Wander- und Verschönerungsvereine die treibenden Kräfte bei der Namengebung waren (BACH II 1954, § 547; KLEIBER 1985, 2134). Bis in die Gegenwart hinein lassen sich an FlurN die einzelnen Entwicklungsschritte des Tourismus in der Schweizer Bergwelt ablesen (SONDEREGGER 1997/98, 9): Nach dem naturwissenschaftlichen Interesse im 18. Jh. kamen im 19. Jh. das bergtouristische (Namen für Kletterwände und Bergkamme) und im 20. Jh. das ski- und wintertouristische Interesse (Namen für Skipisten) hinzu.

Auch im Bereich der Kirchengeschichte beweisen die FlurN ihren konservierenden Charakter. So werden die Besitzverhältnisse des ehemaligen Klosters Fritzlär noch heute in einem evangelischen Gebiet in FlurN wie *Heiligenland, Klosterland, Mönchsacker* und *Pfaffenberg* (Heimarshaußen, LK Fritzlär) faßbar (DEBUS [1968] 1989, 46 f.). Bei der Verbindung von FlurN und Volkskunde ist der Niederschlag des Volksbrauches (*Maibrunnen, Pfingsthölzer*), des Volksglaubens (*Heiligenbrunnen, Hexenberg, Teufelskanzel*) und der Volkssagen interessant (Beispiele nach KLEIBER 1985, 2139). Hier sind auch Namenssagen für unheimliche Gegenden zu nennen (ebd.). Überhaupt spielen „Geschichten (im weitesten Sinne)“, bei denen „Örtlichkeit und Namen selbst thematisiert werden“ (RAMGE 1985, 673), für die Tradierung eine Rolle, weil dadurch die meist mündliche Überlieferung der FlurN lernpsychologisch gesichert wurde (ebd.).

Auf dem Gebiete anderer Sachfächer wie Botanik und Zoologie bezeugen die FlurN ebenfalls ihren bewahrenden Charakter, indem sie an die Namen selten gewordener oder ausgestorbener Pflanzen, Bäume und Tiere erinnern (Beispiele nach KLEIBER 1985, 2139): Wacholder, Eibe, Ulme; Wölfe (*Wolfskehle, Wolfsgrube*), Bären (*Bärental*), Biber (*Biberau*), Elche (*Elchbach*). Wie aktuell diese konservierenden FlurN sind, läßt die Bemerkung von KLEIBER (ebd.) erkennen: „Das gewandelte Bewußtsein des Menschen, seine veränderte Einstellung zur Natur sprechen aus diesem Namen. Aus der den Menschen bedrohenden ist die vom Menschen bedrohte Natur geworden.“

9.6 Räumliche Orientierung als Funktion

FlurN sind wie ON ein weites Feld, sie sind – um aus dem Titel von RUOFF (2000) zu zitieren – „Tummelplatz, Forschungsplatz, Kampfplatz, Festplatz“. Aber: „Bei ‚Flurnamen‘ denken manche erst einmal an den Hausflur“, antwortete RAMGE (1998, 80 f.) auf die Frage „Was ist ein Flurname?“. Die pointierte Antwort umschreibt treffend die Problematik von Abgrenzungen und Definition. So gibt es Forschungsansätze, bei denen die GewässerN und WegeN in die FlurN einbezogen werden. Bei ihrem Diskussionsvorschlag für eine Gliederung der Toponyme werden von DEBUS/SEIBICKE (Vorwort Reader III.1, 1996, XII ff.) zwar ‚Fluren und Gemarkungen‘ als eine eigene Untergruppe der ‚geopolitischen Topoi‘ geführt, doch werden die Namen von Ortsteilen, Straßen und Gebäuden (Oikonyme) bei den Namen von Siedlungen subsumiert. Für die Eigenständigkeit der GewässerN (Hydronyme) und WegeN (Hodonyme) als eigene Namengruppen gibt es gute Gründe (Diskussion bei RAMGE 1998, 80 f.). Bei den FlurN sind die Grenzen oft schwer zu ziehen. Geht man mit RAMGE (ebd.) davon aus, daß sich FlurN auf Landflächen beziehen, gehören die Namen von See- und Flußufern ebenso zu den Flurnamen. Die sog. ‚Wasserflurnamen‘ sind dann als Sonderfälle anzusehen.

Zu ihnen gehören die ‚Fischerflurnamen‘, mit denen die Fischer ihre Fanggründe bezeichnen (eingehend bei DEBUS 1996a).

Die Funktion der FlurN ist es, die räumliche Orientierung zu ermöglichen. Deshalb stellt auch RAMGE (1998, 83) die namengebende und namenverwendende Kommunikationsgemeinschaft in den Vordergrund, und er gelangt zu folgender Definition:

„Unter einem Flurnamen verstehen wir einen Namen, der sich auf ein begrenztes Territorium bezieht und über dessen Bestehen und Einheitlichkeit sich die maßgeblichen Kommunikationsgemeinschaften mit Hilfe eines namengebenden Motivs verständigt haben, der deshalb der Verständigung und Orientierung im Raum für deren Angehörige dienen kann.“

Unter diesem Aspekt ist zu bedenken, ob die traditionelle Einteilung in primäre und sekundäre FlurN noch aufrecht erhalten werden kann (Bedenken auch bei WITKOWSKI 1995, 292). Als primäre FlurN wurden Namen wie *Bornwald* oder *Münchfeld* angesehen und die von ihnen abgeleiteten präpositionalen FlurN *Am Bornwald*, *Vor dem Münchfeld* als sekundäre FlurN bezeichnet. Letztere wurden als eine schichtenspezifische Namengebung durch eine Oberschicht angesehen, was jedoch schon von BACH (1954, § 699) zurückgewiesen wurde: „Es liegt im Wesen der Namengebung, daß zunächst nur das Wichtige und Auffallende benannt wird und daß andere Örtlichkeiten sekundär nach ihrer Lage zu jenem bezeichnet werden.“

Morphologisch dominieren bei den FlurN die Komposita, nachmittelalterlich mit einer Tendenz zu Zwei- und Mehrwortkomposita (sog. Dekomposita; KLEIBER 1985, 2134, mit Lit.). Dabei liegen allen FlurN ehemalige oder noch gebräuchliche App zugrunde (TYROLLER 1996a, 1430), die wohl erst in einem sich manchmal über Generationen hinziehenden „Prozeß der Flurnamengenesse“ (RAMGE 1985, 669) zu EN wurden. Im Gegensatz zu PN fehlt überwiegend ein institutionalisierter Namengebungsakt (HINRICHSSEN 1984, 177; RAMGE 1985, 665). Auch sind sie weniger arbiträr gebildet, da sie meist an „pragmatische Invarianten“ wie Lage, Größe, Form und Bewuchs gebunden sind (HINRICHSSEN 1984, 179). Bei der Benennungsmotivation wird in der Forschung zwischen Kulturnamen (z.B. *Wingert*, *Weingarten*, *Dinkelacker*) und Naturnamen (z.B. *Bruch*, *Wald*) unterschieden, je „nachdem, ob sich das Benennungsmotiv auf die kultivierende und zivilisatorische Tätigkeit des Menschen oder auf die natürliche, ökologische Situation bezieht“ (KLEIBER 1985, 2130; zur Typologie ferner TYROLLER 1996b). Da bei allgemein üblichen FlurN wie *Kreuzberg* ‚Berg mit einem Kreuz‘ oder *Steingewann* die Kompositionsglieder sowohl aus dem Naturbereich als auch aus dem Kulturbereich kommen, weist RAMGE (1998, 92 f.) darauf hin, daß die Einteilung nach Kultur- und Naturnamen nur Annäherungswert besitzt.

FlurN, besonders in ihrer geographischen Verteilung, haben einen hohen Aussagewert für die Siedlungs-, Kultur- und Sprachgeschichte (RAMGE 1996). Von FlurN hat in den letzten Jahrzehnten die Erforschung der LehnwortN und ReliktN profitieren können. Dabei geht es um die römisch-germanische Kontinuität „von der Mosel über Mittel-, Ober- und Hochrhein bis in den Donaauraum und nach Salzburg“ sowie ins Alpengebiet (SONDEREGGER 1997/98, 22). Die Forschungen von KLEIBER/PFISTER (1992) machen zum Beispiel die „Fortexistenz von Galloromanen im mittleren Schwarzwald immer wahrscheinlicher“ (KUNZE 1996, 1066). KLEIBER (1996, 1707) faßt unter der Sammelbezeichnung „Romania submersa“ die „Zone toponymischer und appellativischer Reflexe der römerzeitlichen und galloromanischen Substrate im heute germanisch-deutschsprachigen Bereich zusammen“. Für die Meißnische Sprachlandschaft hatte schon NAUMANN (1974, 9) Slavica wie *Krutzschke*, *Lauke*, *Rietzschke*, *Collm* festgestellt. Ähnliche Aufschlüsse sind für die „Slavia submersa“ oder „Slavia teutonica“ (KLEIBER 1996, 1710 f.) von der weiteren Erforschung der slawischen Namen-

relikte im Obermaingebiet in Nordbayern zu erwarten, von denen SCHWARZ (1960, 384 ff.) einen Überblick über die slawischen FlurN im westlichen Oberfranken vorgelegt hat (zum Stand allgemein EICHLER/GREULE/JANKA/SCHUH 2001, 46 f.). Nunmehr werden auch zweisprachige FlurN wie *Meierhof – Majerov dvor* (Kremnica/Kremnitz) in der Mittelslowakei gesammelt (ŽILOVÁ 1999). Dies ist insofern von großer Bedeutung, da die FlurN in Vergessenheit geraten. Das gilt gerade auch für die deutschen Sprachinseln (HORNUNG 1998).

Wie schon ausgeführt, werden die Namen von Gebäuden oder HäuserN (Oikonyme) zu den SiedlungsN oder Toponymen, HausN zu den Anthroponymen gestellt. Geht man von der Orientierung bei kleinen räumlichen Einheiten aus, so erhebt sich die Frage, ob nicht auch die Namen von Gebäuden und deren Einheiten zur Mikrotoponymie zu zählen sind. Dies betrifft z. B. die Namen von Gasthöfen und Hotels. Der Orientierung dienen auch deren Untereinheiten, wie beispielsweise in einem Augsburger Hotel der *Berthold-Brecht-Raum* (Tagungsraum). Eine mikrotoponymische Besonderheit sind in Bayreuth die Namen von Wohngemeinschaften wie *Berak im Arus* oder *800 Jahre Einsamkeit*, die KOHLHEIM (1999) erforscht hat.

Aufgabe 9.1:

Die Universitätsstadt Erlangen ehrt ihre akademischen Lehrer und prominente ehemalige Studenten mit der Benennung von Straßen, so z. B. Walter FLEX (1887–1917), Karl Georg von RAUMER (1783–1865), Friedrich RÜCKERT (1788–1866), Franz SARAN (1866–1931), Karl Ludwig SAND (1795–1820), Wilhelm Heinrich WACKENRODER (1773–1798).

Welche Namen sagen Ihnen etwas, welche nichts? Wo sind Sie sich unsicher?

Aufgabe 9.2:

Die Namengebung bei Erlanger Hotels, Gasthöfen und Gaststätten läßt verschiedene Schichten erkennen. Dazu eine Auswahl nach „Das Telefonbuch. Für den Bereich Ansbach, Erlangen [u.a.] 2000/2001“:

Alter Simpl, Altmann's Stube, American Subs, Bacchus Keller, Bahnhof-Hotel, Brandenburger Adler, Broadway Diner, Delphi, Drei Linden, El Dorado, Alimentari Napoli, Erlanger Gärtla, Fränkischer Hof, Goethe-Pension, Goldene Harfe, Goldener Löwe, Goldener Schwan, Graf Moltke, Heinzelmännla, Hexenkessel, House of India, Kaiser Wilhelm, König Otto, Lotus, Luise, Mein lieber Schwan, Plapperstorch, Rocky-Mountain, Roter Adler, Schwarzer Adler, The Fat Lady Sings, Schwarzer Bär, Torwache, Weißes Lamm, Zum Schwan, Zum Tapferen Bayern, Zur Schützenstube

a) Versuchen Sie, die Namen nach bestimmten Gesichtspunkten, wie zeitliche Schichtung, Stadttopographie und -historie, zu gliedern.

b) Welche Motivationen in der Namengebung lassen sich vermuten?

c) Stellen Sie in Ihrem Örtlichen Telefonbuch fest, welche Sachbezeichnung die einzelnen gastronomischen Betriebe tragen und was die Gründe hierfür sind.

13.11.2018, Beschluss der 144. StAGN-Sitzung

Empfehlungen zur Benennung von Verkehrsflächen in Deutschland¹

Der Ständige Ausschuss für geographische Namen (StAGN) ist in Deutschland das für Standardisierung geographischer Namen zuständige Expertengremium. Mit Hinweisen auf Resolution VIII/2 (Handhabung von Gedenknamen) der 8. Konferenz der Vereinten Nationen zur Standardisierung geographischer Namen (Berlin 2002), sind bei der Benennung von Verkehrsflächen die folgenden Kriterien zu beachten:

- (1) Namen von Verkehrsflächen sollen in erster Linie der räumlichen Orientierung dienen.
- (2) Gut eingeführte Namen sollen nicht ohne wichtigen Grund geändert werden.
- (3) Bei Umbenennungen ist das Nachwirken des alten Namens im praktischen Gebrauch zu bedenken.
- (4) Gleiche oder mit bestehenden leicht verwechselbare Namen innerhalb einer Gemeinde sind zu vermeiden.
- (5) Bei Neubenennungen sind Flurnamen oder andere lokal gebräuchliche Namen zu bevorzugen.
- (6) Wenn doch Gedenknamen, d. h. Namen, die an Personen und Ereignisse erinnern, verwendet werden, soll dies mit Vorsicht und Zurückhaltung geschehen.
 - (a) Kommerzielle Namen, d.h. Namen von Firmen und ihren Produkten, sind zu vermeiden.
 - (b) Benennungen nach noch lebenden Personen sind zu vermeiden. Eine Wartezeit von fünf Jahren bis nach dem Tod der Person, nach der benannt wird, wird empfohlen.
 - (c) Die Person, nach der eine Verkehrsfläche benannt wird, sollte zu diesem Ort Bezug oder für ihn Bedeutung gehabt haben (z. B. Geburtsort, Wirkungsstätte).
 - (d) Wenn eine Verkehrsfläche nach einer Person benannt wird, sollen grundsätzlich Vor- und Familienname verwendet werden, um eine eindeutige Identifikation der Person zu ermöglichen (z. B. Marion-Dönhoff-Platz). Von diesem Prinzip kann abgewichen werden, wenn der Name andernfalls zu lang würde. Die Verwendung von Titeln (*Ing.*, *Dr.*, *Prof.* etc.) ist zu vermeiden.
 - (e) In Anbetracht der Asymmetrie von Benennungen nach Personen - beispielsweise hinsichtlich Geschlecht und Herkunft - wird empfohlen, Angehörige bislang benachteiligter Gruppen bei Neubenennungen in besonderer Weise in Betracht zu ziehen.

¹ Erstellt auf der Grundlage der Empfehlungen zur Benennung von Verkehrsflächen der Arbeitsgemeinschaft für Kartographische Ortsnamenkunde (AKO), Wien, 4. Mai 2017, <http://ortsnamen.at/wp-content/uploads/2018/02/AKO-Empfehlung-Verkehrsfl%C3%A4chen.pdf>

Abschluss bericht

**des Beirats zur Überprüfung Düsseldorfer
Straßen- und Platzbenennungen**

Inhaltsverzeichnis

- 1. Kurzversion und Ergebnisüberblick**
- 2. Politische Beschlusslage**
- 3. Rückblick auf die Arbeit und Vorgehensweise des
Beirats 2018/2019**
- 4. Ergebnisse des Verfahrens**

- 5. Anhang**
 - A: Kurzgutachten**
 - B: Prüflisten**
 - C: Liste der Personen, die nicht begutachtet wurden**
 - D: Liste alternativer Straßennamen (Vorschläge)**
 - E: Text für zukünftige Straßenbenennungen (Vorschlag)**

1. Kurzversion und Ergebnisüberblick

Der wissenschaftliche Beirat empfiehlt die Umbenennung folgender Straßen:

- Pfitznerstraße
- Lüderitzstraße
- Petersstraße
- Wissmannstraße
- Woermannstraße
- Leutweinstraße
- Porschestraße
- Münchhausenweg
- Schlieffenstraße
- Hans-Christoph-Seeböhm-Straße
- Wilhelm-Schmidtbonn-Straße
- Heinz-Ingenstau-Straße

2. Politische Beschlusslage

Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE unter der Vorlagennummer 41/77/2017 vom 30.05.2017 (*„Vorstellung des Freiburger Projekts zur Überprüfung von Straßennamen“*) wurde im Kulturausschuss am 22.06.2017 eingebracht. Der Antrag lautete: *„Die Verwaltung wird aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen des Kulturausschusses das Freiburger Projekt zur Überprüfung von Straßennamen vorzustellen.“* In der Sachdarstellung des Antrags hieß es:

„Im Oktober 2016 legte die ‚Kommission zur Überprüfung der Straßennamen in Freiburg/Breisgau‘ einen 96 Seiten umfassenden Bericht zur Überprüfung der rund 1.300 Freiburger Straßennamen vor. Damit ist Freiburg die erste deutsche Stadt, die eine derartige, vollumfängliche Untersuchung aller Straßennamen initiiert hat. Die vom Gemeinderat 2012 berufene Kommission aus Expertinnen und Experten (Universitätsprofessoren, Historiker, Archivare) untersuchte, welche Würdigungen von Personen und Ereignissen durch die Benennung einer Straße aus heutiger Sicht nicht mehr angemessen erscheinen. Die Kommission tagte insgesamt 18 Mal und legte 27 Einzelgutachten vor. Für zwölf Straßen empfahl die Kommission abschließend eine Umbenennung. Die Mehrheit des Gemeinderates folgte am 15.11.2016 der Empfehlung der Kommission.“

Der Kulturausschuss hat in seiner Sitzung am 22.06.2017 nach eingehender Diskussion unter der Vorlagennummer 41/77/2017 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird dazu aufgefordert, in einer der nächsten Sitzungen des Kulturausschusses ein eigenes Konzept vorzulegen, mit dem diejenigen Düsseldorfer Straßennamen überprüft werden könnten, die sich auf historische Persönlichkeiten beziehen. Dabei sollen insbesondere Personennamen im Fokus stehen, deren Träger/innen mit biografischen Belastungen verknüpft sind, etwa durch Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus (1933-1945) oder durch Verbrechen während der Kolonialzeit (1880-1918).

Konkret beauftragt werden mit der Erstellung dieses ersten Konzeptes die Mahn- und Gedenkstätte (Dr. Bastian Fleermann) und das Stadtarchiv (Dr. Benedikt Mauer).“

In seiner Sitzung am 08.03.2018 stimmte der Kulturausschuss unter der Vorlagennummer 41/127/2107 einstimmig folgendem Beschluss zu:

„Die Namen von Düsseldorfer Straßen, Plätzen und Wegen sind Ausdruck der wechselvollen Stadtgeschichte der vergangenen Jahrhunderte. Die Benennungen finden oder fanden immer in einem gesellschaftlich-historischen Kontext statt. Mentalitäten, politische Strömungen, zentrale Ereignisse (positiv wie negativ), große gesellschaftspolitische Themenfelder, ökonomische Konjunkturen sowie kulturelle, literarische oder künstlerische „hypes“ spielen und spielten hierbei entscheidende Rollen.

Im Falle von Personennamen werden Straßennamen unter folgendem Grundsatz verliehen: Die betreffende Person sollte Vorbildcharakter in einem positiven Bezugsrahmen haben; ihr Name soll moralisch-ethische Orientierung bieten und auf eine politische, soziale, kulturell-künstlerische oder ökonomische Leistung verweisen, die es rechtfertigt, die Person mit einer Straßenbenennung zu würdigen. Neben Auszeichnungen (Ehrenbürgerwürde, Jan-Wellem-Ring, Martinstaler usw.) stellen Straßenbenennungen für die kommunale Selbstverwaltung ein wichtiges Instrument der öffentlichen Würdigung dar, das alle demokratischen oder semi-/vordemokratischen Gremien der Stadt Düsseldorf (Magistrat, Stadtverordnetenversammlung, Stadtrat) genutzt haben. In den meisten Fällen wurden Straßennamen postum verliehen.

Wie viele Straßen(namen) gibt es in Düsseldorf?

Insgesamt 3.439 benannte Straßen, darunter auch Privatstraßen, gibt es auf dem Stadtgebiet. (Stand: 11.08.2016)

Der mit ca. 70% überwiegende Anteil der Straßen, Wege und Plätze in der Landeshauptstadt Düsseldorf ist personenunabhängig, beispielsweise nach historischen Ortsbezügen, Städten, Pflanzen, Baumarten etc., benannt. Dann folgen die Benennungen nach Männern mit einem Anteil von ca. 27% und danach die Namensgebungen nach Frauen mit ca. 3%.

Welche Straßennamen fallen aus der Prüfung heraus?

Personen, die vor 1870 gestorben sind (Beispiel: Fabriciusstraße, Heresbachstraße; Maximilian-Weye-Allee)

sowie vormoderne Herrscher/innen Beispiel: Merowingerstraße, Stephaniestraße, Kaiserstraße, Graf-Adolf-Platz, Carlsplatz

werden nicht überprüft, da hier die Bewertungskriterien einer parlamentarisch-demokratischen, aufgeklärten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts nicht angelegt werden können.

Selbstverständlich werden Funktionsnamen (etwa Marktplatz, Zollstraße), Tier- und Pflanzennamen (Fichtenstraße; Dachsweg), Topographie- und Flurnamen (Auf'm Hennekamp) nicht überprüft.

Toponyme (Ortsnamen wie Berliner Allee, Kölner Straße) werden ebenfalls i.d.R. nicht überprüft. Ausnahmen sind Bezeichnungen mit kolonialgeschichtlichen oder militärhistorischen Bezügen (Beispiel: Sedanstraße; Spichernplatz).

Welche Kriterien sollen bei einer kritischen Prüfung besondere Beachtung finden?

Im besonderen Fokus der Prüfung sollen historisch belastende Faktoren stehen, die eine Straßenbenennung problematisch machen. Hierzu zählen:

Verbrechen im Kontext des Kolonialismus, Verbindung der Personen mit Rassismus, Antisemitismus, Minderheitenverfolgung, Chauvinismus oder Militarismus sowie biografische Bezüge zur NS-Diktatur, zur NSDAP oder ihrer Gliederungen bzw. angeschlossenen Verbände. Zudem ist zu eruieren, welche zeitgenössischen Benennungen aus dem Nationalsozialismus nach wie vor gültig sind.

Wer ist an der Prüfung beteiligt?

Der Beschluss des Kulturausschusses geht davon aus, dass die städtischen Institute Stadtarchiv und Mahn- und Gedenkstätte die Prüfung durchführen. Vorgeschlagen wird zudem die Einberufung eines wissenschaftlichen Beirates, der den Prüfungsprozess konstruktiv begleitet und vier bis fünf Mal tagen sollte. Für die Zusammensetzung werden folgende Personen vorgeschlagen:

- *Dr. Bastian Fleermann (Mahn- und Gedenkstätte, alternierender Vorsitz)*
- *Dr. Benedikt Mauer (Stadtarchiv, alternierender Vorsitz)*
- *Prof. Dr. Volker Ackermann (Heinrich-Heine-Universität, Vorstandsvorsitzender des Düsseldorfer Geschichtsvereins)*
- *Dr. Peter Henkel (Mahn- und Gedenkstätte)*
- *Dr. Julia Lederle-Wintgens (Stadtarchiv)*
- *Sigrid Kleinbongartz M.A. (Stadtmuseum)*
- *Rajiv Strauß (Referent im Büro 01 für Kultur)*
- *sowie jeweils ein/e Vertreter/in der im Kulturausschuss vertretenen Ratsfraktionen als Beisitzer/innen (ohne Stimmrecht).*

Ablauf der Untersuchung

Jedes Beiratsmitglied ist berechtigt, Straßenüberprüfungen vorzuschlagen. Die Straßenbezeichnungen müssen mit mindestens einem der o.g. genannten Kriterien in Verbindung zu bringen sein. Ob eine Überprüfung durchgeführt werden soll, wird im Falle fehlender Einstimmigkeit per Mehrheitsbeschluss entschieden. Im Falle einer Stimmgleichheit zählt das Votum des Vorsitzenden doppelt.

Eine Werkvertragskraft (Mindestqualifikation: M.A. Geschichtswissenschaften/Neuere Geschichte) wird im nächsten Schritt damit beauftragt, zu den vom Beirat vorgeschlagenen „Problemstraßen“ Quellenmaterial und Literatur zusammenzustellen sowie ein Kurzgutachten im Umfang von i.d.R. einer Seite zu erarbeiten. Sollte der Beirat mehrheitlich die Vertiefung eines Kurzgutachtens verlangen, so kann er ein Kommissionsmitglied damit

beauftragen. Zudem ist jedes Kommissionsmitglied dazu berechtigt, ein Gegengutachten vorzulegen.

Es existiert kein Automatismus zur Umbenennung, falls eines oder auch mehrere der o.g. Kriterien zutreffen sollten. Die betreffende Person / Bezeichnung ist selbstverständlich in ihrem historischen Kontext zu sehen, eine einzelne Kategorien isoliert betrachtende Bewertung bzw. eine solche nach ausschließlich rezenten Moralvorstellungen wäre unwissenschaftlich und nicht angängig. Zudem findet ein Abwägungsprozess statt, der das Spannungsverhältnis von zeitgenössischer Ehrung und notwendiger, auch unbequemer, gegenwärtiger Erinnerung in den Blick zu nehmen hat. Eine einfache „Reinigung“ des städtischen Raums von vermeintlich unliebsamen Personen oder historischen Bezügen würde zu kurz greifen und auch die Stadtgeschichte in unzulässiger Weise simplifizieren. Der Beirat ist sich der Tatsache bewusst, dass auch seine eigene Arbeit eine zeitgebundene ist und dass die Bewertung den Kenntnisstand sowie moralische Maßstäbe unserer Gegenwart spiegelt. Im nächsten Schritt werden drei durch den Beirat bestimmte Beiratsmitglieder damit beauftragt, Vorschläge zur Kategorisierung zu machen. Dem „Freiburger Modell“ folgend, sollen die untersuchten Fälle drei Kategorien zugeordnet werden:

A: schwer belastet / nicht haltbar

B: diskussionswürdig, teilweise belastet, Abwägungsprozess notwendig (hier wären auch erläuternde Informationen im öffentlichen Raum denkbar)

C: unbelastet (unter C fallen sowohl völlig unbedenkliche Benennungen als auch solche, die heutzutage nicht mehr durchgeführt würden)

Diese Ergebnisse sind vom Beirat zu diskutieren. Abschließend stimmt der Beirat (Mehrheitsbeschluss) bei jeder der in den drei Kategorien genannten Fällen abschließend darüber ab, welcher Kategorie die jeweilige Bezeichnung tatsächlich zuzuordnen ist. Bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Vorsitzenden doppelt.

Wie soll es nach der Prüfung weitergehen?

Diese Vorschläge werden dem Kulturausschuss übermittelt, zudem wird die Öffentlichkeit im Rahmen einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Ergebnisse in Kenntnis gesetzt.

Wie transparent ist der Prozess?

Alle Sitzungen des Beirats werden protokolliert.

Wer entscheidet über eventuelle Umbenennungen?

Die abschließende Entscheidung über eine Umbenennung bleibt dem Stadtrat vorbehalten.

Die Frage nach der durch eine Umbenennung auf die Anwohner gegebenenfalls zukommenden Härten darf bei der wissenschaftlichen Beurteilung keine Rolle spielen; eine abschließende Entscheidung steht dem zu bildenden Beirat ohnehin nicht zu. [...]

3. Rückblick auf die Arbeit und Vorgehensweise des Beirats 2018/2019

Dem Beschluss des Kulturausschusses vom 08.03.2018 folgend, konstituierte sich der „Beirat zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen“ am 28.05.2019 im Stadtarchiv Düsseldorf. Grundlage seiner Arbeit war das durch den Kulturausschuss beschlossene „Konzept zur Überprüfung Düsseldorfer Straßen- und Platzbenennungen“.

Dem wissenschaftlichen Beirat gehörten – der eingebrachten und verabschiedeten Vorlage entsprechend – an:

- Dr. Bastian Fleermann (Mahn- und Gedenkstätte) und Dr. Benedikt Mauer (Stadtarchiv) → alternierender Vorsitz
- Prof. Dr. Volker Ackermann (Heinrich-Heine-Universität, Vorsitzender des Düsseldorfer Geschichtsvereins)
- Dr. Peter Henkel (Mahn- und Gedenkstätte, seit 1.11.2018 Projektgruppe Haus der Landesgeschichte NRW)
- Dr. Julia Lederle-Wintgens (Stadtarchiv)
- Sigrid Kleinbongartz M.A. (Stadtmuseum)
- Rajiv Strauß (Referent im Büro 01 für Kultur)
- sowie jeweils ein/e Vertreter/in der im Kulturausschuss vertretenen Ratsfraktionen als Beisitzer/innen (ohne Stimmrecht).

Die Beiratsmitglieder der Fraktionen wurden namentlich nicht bestimmt; sie konnten sich im Falle einer Verhinderung durch andere Personen vertreten lassen.

Die Beiratssitzungen fanden statt

am 28.05.2018,

am 02.09.2018,

am 05.02.2019,

am 05.06.2019 sowie

abschließend am 21.11.2019.

Zu sämtlichen Sitzungen wurde durch die beiden Vorsitzenden recht- und frühzeitig eingeladen. Sämtliche Sitzungen wurden protokolliert, die Niederschriften anschließend verschickt und bei der jeweils folgenden Sitzung geändert und/oder beschlossen.

Am 18.10.2018 haben die Vorsitzenden des Beirats auf Wunsch der Beiratsmitglieder das Konzept und die Vorgehensweise in einer Pressekonferenz gemeinsam mit Amt 13 vorgestellt und erläutert.

Gesamtliste (645 Straßen)

Zunächst wurden dem vom Kulturausschuss beschlossenen Konzept folgend alle Straßennamen identifiziert, deren Namensträger nach 1870 verstorben sind oder einen historischen Hintergrund besitzen. Die Zusammenstellung bildete die sogenannte „Gesamtliste“.

„Schnellcheck-Liste“ (47 Straßen)

Darüber hinaus wurde eine sogenannte „Schnellcheck-Liste“ generiert. Sie enthielt Namen jener Persönlichkeiten, die aufgrund ihrer Lebenszeit *möglicherweise* mit den oben genannten Überprüfungskriterien in Verbindung zu bringen wären. Es handelte sich dabei größtenteils um lokale Größen, zu denen wenig bzw. gar keine Literatur und kaum archivarische Quellen vorhanden waren. Bestätigten sich diese Bezüge, wurden sie in die „Prüfliste“ aufgenommen.

Der Beirat einigte sich letztendlich darauf, Militärs der Kaiserzeit, nach denen Straßen benannt wurden, nicht in die Untersuchung einzubeziehen, sofern eine fundierte Recherche mit einem unverhältnismäßig großen Zeitaufwand verbunden wäre. Allein die Teilnahme an Kriegen innerhalb Europas würde keine Umbenennung rechtfertigen. Dasselbe gilt für Personen mit Bezügen zum regionalen Kolonialismus, der wiederum Teil der Stadtgeschichte ist. Eine bloße Mitgliedschaft in Kolonialvereinen rechtfertigt keine Umbenennung. Zudem ist die Geschichte der regionalen Kolonialvereine bisher wissenschaftlich nur wenig erforscht.

Eine Liste der Personen, die aufgrund dieser Entscheidung nicht näher untersucht wurden, ist als Anlage C beigefügt.

Prüfliste (99 Straßen)

Im nächsten Schritt wurde untersucht, welche in den Listen aufgeführten Persönlichkeiten Verbindungen zu den festgelegten Überprüfungskriterien aufwiesen (Nationalsozialismus; Militarismus; Rassismus; Antisemitismus; Chauvinismus; Kolonialismus; Minderheitenverfolgung). Die Namen dieser Personen wurden in die sogenannte „Prüfliste“ aufgenommen. Zu jedem / jeder der dort Genannten wurde recherchiert und gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Beirat ein Gutachten angefertigt.

Begutachtung (79 Straßen)

Die „Prüfliste“ war zunächst eine reine Negativliste. Bezüge zu den o.g. kritischen Überprüfungskriterien führten unabhängig von der Prominenz oder dem „Ansehen“ einer Persönlichkeit automatisch zur Begutachtung. Hier war natürlich die Lebensleistung insgesamt in den Blick zu nehmen. Es war darzustellen, inwiefern eine Person sich persönlich schuldig gemacht hat – sei es als Täter im engeren oder als geistiger Vordenker im weiteren Sinne, als Mitglied in einer verbrecherischen Organisation -, ob es gleichzeitig widerständige Verhaltensweisen gab, eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie stattfand, ob ein Sinneswandel erkennbar war oder Unbelehrbarkeit vorlag etc.

Keine Rolle spielte der Zeitpunkt der Benennung – es geht immer nur um die entsprechende Persönlichkeit – und auch nicht die Lage oder Länge der zu überprüfenden Straße.

Bezüglich der Begutachtung wurde immer auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geachtet, was durch den Beirat mehrfach gut geheißen wurde. Konkret bedeutet dies, dass sich die Gutachten nicht zu umfangreichen wissenschaftlichen Biographien auswachsen sollten, sondern in knapper Form auf einen biographischen Abriss das Für und Wider einer Straßenbenennung folgte. Häufig konnte auf exzellente Forschungsarbeiten zurückgegriffen werden. Selbstverständlich wurde die hinter jedem Gutachten stehende, teils sehr umfangreiche Recherchearbeit inkl. zahlreicher Archivreisen dokumentiert. Zudem enthält

jedes Gutachten selbstredend ein Verzeichnis der benutzten Literatur sowie der ggf. eingesehenen Originalquellen.

Quellenrecherchen wurden schwerpunktmäßig im Stadtarchiv Düsseldorf, im Katasteramt Düsseldorf, im Landesarchiv NRW und im Bundesarchiv (Standorte Koblenz und Berlin) durchgeführt. Hinzu kamen in Einzelfällen Recherchen in weiteren Archiven im gesamten Bundesgebiet. Insgesamt wurden 21 Archive besucht oder angefragt.

Wertung / Kategorisierung

Der Beirat war sich in zahlreichen Fällen darin einig, dass eine schwarz-weiß-Kategorisierung nicht möglich war. Sehr oft waren die Personen in historischen „Grauzonen“ anzusiedeln. Zudem war sich der Beirat darin einig, Straßenbenennungen auch als Zeugnisse der Stadtgeschichte zu sehen. Folglich wäre es nicht angängig, in einem einfachen Verfahren allein heute gültige parlamentarisch-demokratische Maßstäbe anzulegen. Diese Wertung fand daher auch Eingang in die Kategorisierung:

A: schwer belastet / nicht haltbar

B: teilweise belastet / diskussionswürdig

C: unbelastet

Bei Kategorie C wurde allerdings ergänzt, dass auch zahlreiche unbelastete Persönlichkeiten heute nicht mehr für eine Straßenbenennung gewählt würden, weil sie den gegenwärtigen Anforderungen hinsichtlich eines Vorbildcharakters häufig nicht mehr entsprechen können.

Fertiggestellte Gutachten wurden dem Beirat ab der Sitzung vom 5.2.2019 ca. zwei Wochen vor einer jeden Beiratssitzung zugestellt. Jedes Gutachten wurde diskutiert.

Insgesamt wurden 79 Gutachten erstellt. Davon wurden durch die stimmberechtigten Mitglieder des Beirats 12 Straßen der Kategorie A zugewiesen, 25 der Kategorie B und 42 der Kategorie C.

Daraus folgt, dass der wissenschaftliche Beirat alle in die Kategorie A eingereichten Straßenbenennungen dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Umbenennung vorschlägt. Die Gesamtbiographie lässt sich in diesen Fällen mit einer Ehrung – und das ist eine Straßenbenennung - nicht vereinbaren.

Alle in die Kategorie B eingereichten Straßenbenennungen werden vom wissenschaftlichen Beirat nicht zur Umbenennung vorgeschlagen, obgleich die Lebensläufe dieser Persönlichkeiten Anlass zu Kritik geben und durchaus diskussionswürdig waren, sind und vermutlich bleiben werden. Hier allerdings sprach nach jetzigem Kenntnisstand die Gesamtlebensleistung für eine Beibehaltung des Straßennamens.

Alle in die Kategorie C eingereichten Straßenbenennungen werden vom wissenschaftlichen Beirat ebenfalls nicht zur Umbenennung vorgeschlagen. Entweder sind die dahinter stehenden Persönlichkeiten wenig belastet oder gar unbelastet. Gleichwohl gibt es auch in dieser Kategorie Straßenbenennungen, die heute keine Mehrheit mehr finden würden.

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ist bei Fragen der Umbenennung Herr des Verfahrens. Somit hat der Beirat nur Vorschläge zur Kategorisierung gemacht, denen der Rat folgen oder die er verwerfen kann.

4. Ergebnisse des Verfahrens

Der wissenschaftliche Beirat empfiehlt dem Rat der Landeshauptstadt folgendes:

1.

Der Beirat schlägt vor, bei allen in die Kategorie B eingereichten Straßenbezeichnungen erklärende Schilder / Texte anzubringen.

Ob dies bei einigen in C eingereichten Straßenbezeichnungen ebenfalls geschehen sollte, wäre durch die Bezirksvertretungen im Einzelfall zu regeln. Auf jeden Fall wäre eine Textquantität zu wählen, die deutlich von der gegenwärtig praktizierten, extrem knappen Erläuterung abweicht. Derzeit können auf den Zusatzschildern aus Platzgründen kaum mehr als der Name, die Lebensdaten und einige wenige Begriffe aufgeführt werden. Die Mahn- und Gedenkstätte und das Stadtarchiv könnten Textvorschläge erarbeiten.

2.

Weder die GO NRW, noch das Düsseldorfer Stadtrecht geben eine Handreichung dazu ab, welchen inhaltlichen Kriterien eine Straßenbenennung zu folgen hat. Die Mahn- und Gedenkstätte und das Stadtarchiv bieten daher an, eine entsprechende „Düsseldorfer Präambel“ zu erarbeiten, die ggfs. in die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Düsseldorf übernommen werden kann.

3.

Sollten Straßenumbenennungen erfolgen (Kategorisierung A), müssten neue Straßennamen gefunden werden. Die Mahn- und Gedenkstätte und das Stadtarchiv haben Vorschläge des wissenschaftlichen Beirats und solche aus der Bevölkerung gesammelt und stellen sie hiermit zur Diskussion (Anlage D)

4.

Auf Wunsch des Kulturausschusses könnte die Öffentlichkeit im Rahmen eines Pressegesprächs und/oder einer Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Ergebnisse informiert werden. Zudem sollten die Gutachten an geeigneter Stelle online gestellt werden.

5.

Nach Diskussion und Abwägung aller Gutachten und aller Argumente schlägt der Beirat dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf vor, folgende Straßennamen zu ändern:

- Pfitznerstraße
- Lüderitzstraße
- Petersstraße
- Wissmannstraße
- Woermannstraße
- Leutweinstraße
- Porschestraße
- Münchhausenweg
- Schlieffenstraße
- Hans-Christoph-Seebohm-Straße
- Wilhelm-Schmidtbonn-Straße
- Heinz-Ingenstau-Straße

Anhang

Anhang A: Kurzgutachten

Ludwig-Beck-Straße
Bergiusstraße
Robert-Bernardis-Straße
Joseph-Beuys-Ufer
Bismarckstraße / Bismarckweg / Kanzlerstraße
Paul-Bonatz-Straße
Rolf-Bongs-Straße
Boschstraße
Max-Clarenbach-Weg
Diedenhofener Straße
Wolfgang-Döring-Straße
Gerhard-Domagk-Straße
Eckenerstraße
Eitelstraße
Finschstraße
Freitagstraße
Kaiser-Friedrich-Ring/Kaiser-Friedrich-Straße/Kronprinzenstraße
Füsilierstraße
Ganghoferstraße
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße
Gravelottestraße
Gustaf-Gründgens-Platz
Gurlittstraße
Haberstraße
Albrecht-von-Hagen-Platz
Otto-Hahn-Straße
Max-Halbe-Straße
Paul-von-Hase-Straße
Gerhart-Hauptmann-Straße
Helmut-Hentrich-Platz
Erich-Hoepner-Straße
Hördtweg
Heinz-Ingenstau-Straße
Franz-Jürgens-Straße/Jürgensplatz
Arthur-Kampf-Straße
Klausingstraße
Jakob-Kneip-Straße
Wilhelm-Kreis-Straße
Kriegestraße
Robert-Lehr-Ufer
Heinrich-Lersch-Straße
Leutweinstraße
Lönsstraße
Lüderitzstraße
Lubarschstraße
Moltkestraße / Helmutstraße
Münchhausenweg
Nernstweg
Petersstraße
Otto-Petersen-Straße

Pfitznerstraße
Harry-Piel-Platz
Max-Planck-Straße
Ernst-Poensgen-Allee
Josef-Ponten-Straße
Porschestraße
Erwin-Rommel-Straße
Roseggerstraße
Schlieffenstraße
Wilhelm-Schmidtbonn-Straße
Sedanstraße
Hans-Christoph-Seebohm-
Straße
Speckmannweg
Oswald-Spengler-Straße
Spichernplatz/Spichernstraße
Sodenstraße
Solfstraße
Graf-von-Stauffenberg-Straße
Helmut-Stieff-Straße
Richard-Strauss-Platz
Wilhelm-Suter-Pfad
Ulanenstraße/An der
Ulanenkaserne
Virchowstraße
Wagnerstraße
Weißenburgstraße
Kaiser-Wilhelm-Ring
Wissmanstraße
Erwin-von-Witzleben-Straße
Woermannstraße

Straßen-/Platzname: Ludwig-Beck-Straße

Datum der Benennung: 01. 10. 1957

Begründung der Benennung

„Er bekämpfte, allerdings erfolglos, die Kriegspläne Hitlers und trat während der Sudetenkrise 1938 von seinem Posten zurück. Er wurde dann das Haupt der Widerstandsbewegung gegen Hitler und nahm sich nach deren Scheitern das Leben.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Ludwig August Theodor Beck (1880-1944), Generaloberst der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seinem Abitur trat Ludwig Beck als Fahnenjunker in die preußische Armee ein und wurde nach dem Besuch der Kriegsschule zum Leutnant befördert. Den Ersten Weltkrieg erlebte er als Generalstabsoffizier an der Westfront, bevor er 1918 in den Rang eines Majors aufstieg und unter anderem die Leitung der Generalstabsausbildung in Münster übernahm; 1931 und 1932 erfolgten die Beförderungen zum Generalmajor und Generalleutnant der Reichswehr. Im Dritten Reich wurde Beck zunächst Leiter des Truppenamtes, bevor er 1935 zum Generalstabschef des Heeres ernannt wurde. Angesichts der Kriegspläne Hitlers trat er 1938 von seinem Amt zurück und schloss sich dem militärisch-bürgerlichen Widerstand an; für den Fall eines erfolgreichen Umsturzes war er als provisorisches Staatsoberhaupt vorgesehen. Nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Ludwig Beck in Haft genommen und im Zuge eines misslungenen Selbstmordversuchs hingerichtet. Seit 2004 vergibt seine Geburtsstadt Wiesbaden den „Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage“.

Nationalsozialismus

Ludwig Beck gilt in der historischen Forschung als „zentrale Persönlichkeit des national-konservativen Widerstandes“ (Müller 2015, S. 9) im Dritten Reich. Während er als Mitglied der militärischen Führungselite das NS-Regime zunächst mittrug und in seiner Funktion als Leiter des Truppenamtes maßgeblich an dessen Aufrüstung beteiligt war, stellte er sich noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs gegen die Kriegspläne Adolf Hitlers und wurde nach seinem Rücktritt zum Mittelsmann zwischen ziviler und militärischer Opposition.

Wie viele Militaristen altpreußischer Tradition hatte auch Ludwig Beck die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 begrüßt, stimmte doch Hitlers „klares Bekenntnis zur Aufrüstung, zur Abschüttelung des Versailler Jochs und zur Wiederherstellung der deutschen Großmachtposition“ (Schmidt, S. 178) grundsätzlich mit seinen eigenen Vorstellungen überein. Dementsprechend widmete sich Beck intensiv den nationalsozialistischen Rüstungsbestrebungen und störte sich zunächst nicht an den gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Diktatur. Darüber hinaus unterstützte er sowohl die Ausbreitung des deutschen Lebensraums als auch den Einsatz militärischer Maßnahmen;

„Rücksichten auf die völkerrechtliche Souveränität kleiner Staaten waren ihm wohl fremd.“
(Heinemann, S. 112)

Dennoch lehnte Ludwig Beck die Angriffspläne Hitlers auf die Tschechoslowakei im Jahr 1938 als unverantwortlich ab, da er den Kriegseintritt Großbritanniens und in der Folge einen nicht zu gewinnenden globalen Konflikt mit den Westmächten befürchtete. Auch die innenpolitischen Zustände des Dritten Reiches missfielen ihm zunehmend; „im Zuge der Entwicklung verband sich die politische Kritik mit wachsendem moralischem Abscheu und ethischem Engagement.“ (Mommsen, S. 89) Seine Appelle an die Generalität der Wehrmacht blieben allerdings ungehört, sodass er im August 1938 aus dem aktiven Dienst ausschied.

Als Generaloberst im Ruhestand knüpfte Ludwig Beck den Kontakt zum konservativen Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler, hielt jedoch auch weiterhin die Verbindung zu regimekritisch eingestellten Wehrmichtsangehörigen und beteiligte sich nach dem Überfall auf Polen an Umsturz- und Attentatsplänen. Die von Beck mitverantworteten Verfassungsentwürfe für eine staatliche Neuordnung sahen unter anderem die unverzügliche Wiederherstellung der Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit sowie eine europäische Verständigung vor, unterstützten allerdings die Beibehaltung eines übergeordneten „Reichsführers“ und räumten der Volksvertretung nur eine marginale Position ein. „Unübersehbar waren nationalkonservative Sehnsüchte, die sich an dem von Bismarck geprägten Deutschen Kaiserreich orientierten.“ (Benz, S. 383) In den ausgearbeiteten Regierungslisten des Goerdeler-Kreises (Schattenkabinett Beck/Goerdeler) war der ehemalige Generalstabschef als ziviles Staatsoberhaupt („Reichsverweser“) für die politische Übergangszeit vorgesehen.

Als einer der Beteiligten am Unternehmen „Walküre“ wurde Ludwig Beck in den Abendstunden des 20. Juli 1944 im Bendlerblock verhaftet und nach dem Scheitern der von ihm erbetenen Selbsttötung hingerichtet. Sein oppositionelles Denken resultierte ursprünglich aus militärischen Vorbehalten, entwickelte sich allerdings konsequent weiter und führte ihn schließlich in den aktiven Widerstand. Angesichts seiner eigenen Verantwortung „brachte [Ludwig Beck] die sittliche Kraft, den Mut und die Selbstachtung auf, sein Gewissen und die Verpflichtung des Soldaten gegenüber höheren Werten nicht hinter der simplen Form von Befehl und Gehorsam zu verstecken.“ (Schmidt, S. 188)

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Benz, Wolfgang: Im Widerstand. Größe und Scheitern der Opposition gegen Hitler, München 2018.

Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Frankfurt am Main 2008.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Hoffmann, Peter: *Ludwig Beck – Oberhaupt der Verschwörer*. In: Klemperer, Klemens von/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hrsg.): „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt am Main 1994, S. 26-43.

Mommsen, Hans: *Ludwig Beck und Carl Goerdeler – Führer des zivilen Widerstandes gegen Hitler*. In: Brakelmann, Günter/Keller, Manfred (Hrsg.): Der 20. Juli und das Erbe des deutschen Widerstandes. Münster 2005, S. 89-102.

Müller, Klaus-Jürgen: *Generaloberst Ludwig Beck*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 9-19.

Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, Paderborn 2008.

Müller, Klaus-Jürgen: Generaloberst Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933-1938, Boppard am Rhein 1980.

Schmidt, Rainer F.: *Generaloberst Ludwig Beck. Wehrhaftmachung und Widerstand*, In: Stickler, Matthias (Hrsg.): Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands. Rahen 2005, S. 175-188.

Quellen

Beck, Ludwig/Goerdeler, Carl Friedrich/Schramm, Wilhelm Ritter von (Hrsg.): Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden, München 1965.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1940.0000 / Blatt 462

Straßen-/Platzname: Bergiusstraße

Datum der Benennung: 13. 11. 1958

Begründung der Benennung

„Er erfand das nach ihm benannte Verfahren zur Herstellung von flüssigen Kohlenwasserstoffen aus Kohle und erhielt 1931 gemeinsam mit C. Bosch den Nobelpreis für Chemie.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Friedrich Carl Rudolf Bergius (1884-1949), deutscher Chemiker und Unternehmer.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Abschluss des Studiums und der Promotion arbeitete Friedrich Bergius zunächst als Assistent unter den Chemikern Walther Nernst und Fritz Haber, bevor er sich mit einer Arbeit über Hochdruckreaktionen habilitierte. Als Privatdozent für Physikalische Chemie entwickelte er ein Verfahren zur direkten Kohlehydrierung, das später die Erzeugung von flüssigen Kohlewasserstoffen und die Herstellung von Treibstoffen ermöglichte (Bergius-Pier-Verfahren). Im Jahr 1913 trat er als wissenschaftlicher Leiter in das Chemieunternehmen Theodor Goldschmidt AG ein und stieg bis zum Vorstand auf, bevor er 1920 die Generaldirektion der Deutschen Bergin AG für Kohle und Erdölchemie in Heidelberg übernahm. 1931 erhielt er zusammen mit Carl Bosch den Nobelpreis für Chemie und widmete sich in den Folgejahren der Holzverzuckerung.

Nationalsozialismus

Als einer der Protagonisten der Hochdrucksynthese zählt Friedrich Bergius zu den herausragenden deutschen Chemikern; das von ihm entwickelte Verfahren zur Kohlehydrierung ermöglichte die industrielle Herstellung von Benzin und hatte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts einen entscheidenden Anteil an der zunehmenden Automobilisierung. Im Dritten Reich profitierte der Wissenschaftler von der Wirtschaftspolitik des NS-Regimes.

Nachdem Friedrich Bergius aufgrund finanzieller Schwierigkeiten im Jahr 1925 sämtliche Patentrechte für die Kohlehydrierung auf die Badische Anilin- & Soda-Fabrik (BASF) übertragen hatte, investierte er das neue Kapital in Versuchsanlagen in Mannheim-Rheinau, um seine Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Futtermittelherstellung durch Holzverzuckerung fortsetzen zu können. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise musste Bergius sein privates Vermögen einsetzen und geriet zu Beginn der 1930er Jahre erneut in finanzielle Nöte. Dementsprechend begrüßte der Chemiker die Autarkiebestrebungen der Nationalsozialisten, die „sofort die große Bedeutung der Bergius’schen Arbeiten für die Unabhängigmachung der Viehwirtschaft [...] erkannten“ (Beck, S. 31) und ihm Staatsgelder zur Verfügung stellten. Das im Jahr 1934 geschaffene „Gesetz zur Förderung der Viehwirtschaft und der inländischen Futtererzeugung“ ermöglichte die Bewilligung von 2 Millionen Reichsmark für den Ausbau der Mannheimer Anlagen.

Obwohl Friedrich Bergius an der synthetischen Herstellung von Benzin im Dritten Reich nicht mehr direkt beteiligt war, wurden auch „*seine Bemühungen um die Gewinnung des wichtigsten Rohstoffes [...] als patriotische Taten im hohem Sinne gewertet.*“ (Schmidt-Pauli, S. 148) In der Öffentlichkeit und in Parteikreisen galt der Chemiker als angesehener Wissenschaftler; er trat in die NSDAP ein und „lernte deren führende Repräsentanten persönlich kennen“. (Kipnis, S. 13) 1938 gehörte er zur deutschen Delegation beim X. Internationalen Kongress für Chemie in Rom. Angesichts seiner Einkünfte aus der internationalen Vergabe von Lizenzen wurde 1939 allerdings ein Ermittlungsverfahren „*wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und des Devisenverbrechens*“ gegen ihn eingeleitet, dessen Ausgang bisher nicht bekannt ist.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahm Friedrich Bergius die österreichische Staatsbürgerschaft an, bevor er als wissenschaftlicher Berater nach Argentinien ging und 1949 dort verstarb.

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Beck, Harald: Friedrich Bergius. Ein Erfinderschicksal, München 1982.

Haul, Robert: *Friedrich Bergius (1884–1949)*. In: Chemie in unserer Zeit, 19. Jg., Nr. 2, 1985, S. 59-67.

Kazemi, Marion: Nobelpreisträger in der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Berlin 2006.

Kipnis, Alexander: *Bergius, Friedrich Carl Rudolf*. In: Sepaintner, Fred L. (Hrsg.): Badische Biographien. Neue Folge, Band 5, 2005, S. 11-14.

Lessing, Hans-Erhard: Mannheimer Pioniere. Mannheim 2007.

Meinicke, Klaus-Peter/Krug, Klaus: *Friedrich Bergius (1884-1949)*. In: Buchheim, Gisela/Hartmann, Wolf D. (Hrsg.): Biographien bedeutender Unternehmer. Berlin 1991, S. 166-172.

Stoltzenberg, Dietrich: *Fritz Haber, Carl Bosch und Friedrich Bergius – Protagonisten der Hochdrucksynthese*. In: Chemie in unserer Zeit, 33. Jg., Nr. 6, 1999, S. 359-364.

Quellen

Schmidt-Pauli, Edgar von: Friedrich Bergius. Ein deutscher Erfinder kämpft gegen die englische Blockade, Berlin 1943.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.0000 / Blatt 512

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Bundesarchiv Berlin

BArch R 3 / 1572 / Blatt 114

BArch R 3101 / 15331

BArch R 8034-III / 31

Straßen-/Platzname: Robert-Bernardis-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Robert Bernardis gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Robert Bernardis (1908-1944), Oberstleutnant der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach der Ausbildung zum Bautechniker arbeitete Robert Bernardis zunächst als Maurer, bevor er in das österreichische Bundesheer eintrat und eine Offiziersakademie besuchte. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich nahm er zwischen 1938 und 1942 an den Feldzügen in Polen, Frankreich und der Sowjetunion teil; für seine Verdienste erhielt Bernardis das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse. Als Oberstleutnant im Generalstab schloss er sich 1943 der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an und übermittelte im Zuge der „Operation Walküre“ am 20. Juli 1944 Befehle an die Wehrkreiskommandos. Nach dem Scheitern des Attentats wurde Robert Bernardis vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Robert Bernardis gehört zu den ganz wenigen österreichischen Wehrmachtsangehörigen, die sich aktiv im Widerstand engagiert haben. Obwohl der Oberstleutnant „im Rahmen der Ereignisse des 20. Juli 1944 in einer Schlüsselstellung eine bedeutsame Rolle spielte“ (Jedlicka, S. 37), hat sein Einsatz sowohl in der einschlägigen Literatur als auch im öffentlichen Diskurs seiner Heimat bisher nur wenig Beachtung gefunden. Während Bernardis in Deutschland bereits kurz nach Kriegsende posthume Anerkennung erfuhr und in Düsseldorf mit einer Straßenbenennung geehrt wurde, wird seiner Person in Österreich erst seit den 1980er Jahren gedacht.

Als „typischer Vertreter des deutsch-nationalen bürgerlichen Spektrums der ausgehenden Habsburgermonarchie und der Zwischenkriegszeit“ (Trauner 2008, S. 81) ist Robert Bernardis politisch nur schwer einzuordnen. Obwohl er mit der sogenannten „Heimwehrbewegung“ sympathisierte, die nach dem Ersten Weltkrieg zum Schutz der Grenzen entstanden war und im Zuge ihrer Radikalisierung schließlich ein autoritäres Staatsverständnis propagierte, wird der spätere Widerstandskämpfer in der historischen Forschung eher dem österreichisch-konservativen Lager zugerechnet. Im austrofaschistischen Ständestaat (1933-1938) bekämpfte Bernardis in seiner Funktion als Leutnant des Bundesheeres sozialdemokratische Unruhen, war 1934 aber auch an der Niederschlagung des nationalsozialistischen „Juliputsches“ beteiligt.

Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Jahr 1938 wurde Bernardis in die Wehrmacht übernommen und an die Kriegsakademie nach Berlin versetzt. In welchem Umfang er sich in den folgenden Jahren der NS-Ideologie annäherte, bleibt unklar. Fest steht allerdings, dass er eine militärische Neuordnung Europas zur Sicherung des großdeutschen Lebensraums durchaus befürwortete. Bis 1941 nahm Bernardis als Hauptmann sowohl am Überfall auf Polen als auch an der „Westoffensive“ teil. Während seines Einsatzes in Russland wurde er Zeuge von Massakern an der Zivilbevölkerung und erkannte schließlich „an der Realität der Kriegsführung die Pervertierung des von ihm vertretenen Menschen- und v.a. [sic] Soldatenbildes.“ (Trauner 2008, S. 117)

Aufgrund einer Erkrankung erfolgte 1942 die Versetzung ins Allgemeine Heeresamt nach Berlin, wo Robert Bernardis bis zum Oberstleutnant aufstieg und auf Claus Schenk Graf von Stauffenberg trat, der ihn für den Widerstand gewinnen konnte. Spätestens ab Ende des Jahres 1943 plante der Wehrmachtsangehörige die militärische Durchführung der „Operation Walküre“ und entwarf entsprechende Befehle für verschiedene Wehrkreiskommandos, die er am 20. Juli 1944 selbst übermittelte. Nach dem Scheitern des Staatsstreichs wurde Robert Bernardis vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Dvorak, Helge: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker, Teilband 7: A-K, Heidelberg 2013.

Glaubauf, Karl: Robert Bernardis – Österreichs Stauffenberg. Wien 1994.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Jedlicka, Ludwig: Der 20. Juli 1944 in Österreich. Wien 1966.

Steinbach, Peter/ Tuchel, Johannes: Lexikon des Widerstands 1933-1945. München 1994.

Trauner, Karl-Reinhart: *Oberstleutnant I. G. Robert Bernardis und seine Zeit*. In: Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich. Band 124, 2008, S. 197-219.

Trauner, Karl-Reinhart: Mit Stauffenberg gegen Hitler. Oberstleutnant I.G. Robert Bernardis (1908-1944), Szentendre 2008.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Joseph-Beuys-Ufer

Datum der Benennung: 29. 11. 1997

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Joseph Heinrich Beuys, (1921-1986), deutscher Künstler.

Kurzbiographie / Verdienste

Joseph Beuys zeigte bereits während seiner Schulzeit künstlerisches Interesse, verpflichtete sich 1941 aber zunächst als Berufssoldat und wurde in der Luftwaffe zum Bordfunker und Bordschützen ausgebildet; kurz vor Kriegsende verunglückte er bei einem Flugzeugabsturz. Nach einem Studium der Bildhauerei an der Kunstakademie Düsseldorf bezog Beuys 1954 sein erstes eigenes Atelier und wurde 1961 an seine ehemalige Ausbildungsstätte zum Professor berufen. Ab 1964 war er mit seinen Werken, die sich mit humanistischen, sozialphilosophischen und anthroposophischen Themen auseinandersetzten, regelmäßig auf der Kunstausstellung „documenta“ vertreten. Darüber engagierte sich Joseph Beuys in den 1970er Jahren für die direkte Demokratie, veranstaltete als erster deutscher Nachkriegskünstler eine Ausstellung im New Yorker Guggenheim Museum und prägte zudem das Konzept des „Erweiterten Kunstbegriffs“.

Nationalsozialismus

Joseph Beuys zählt zu den bekanntesten Aktionskünstlern des 20. Jahrhunderts; seine zahlreichen Installationen, Skulpturen, Zeichnungen und Schriften repräsentierten „Erneuerungspulse der Moderne“ (Schneede, S. 237) und machten den Künstler international bekannt. Während sich eine nahezu unübersichtliche Anzahl an Publikationen weitestgehend unkritisch mit dem Leben und Werk von Joseph Beuys auseinandersetzt, wird ihm in einer jüngeren Studie eine vermeintliche Nähe zu ehemaligen Nationalsozialisten und völkischem Gedankengut vorgeworfen.

Die „Machtergreifung“ Adolf Hitlers im Jahr 1933 erlebte Joseph Beuys als Schüler eines Klever Gymnasiums. Über seine Erlebnisse in der „Hitlerjugend“ (HJ) und die Auswirkungen der nationalsozialistischen Ideologie auf den Schulalltag äußerte sich der Künstler später wenig kritisch: *„Skrupel dagegen gab es bei mir auch nicht, höchsten bei meinen Eltern. Man muss ja zugeben, dass – etwa im Gegensatz zu heute – damals die Situation für die Jugendlichen ideal war, um sich auszuleben.“*

Ohne das Abitur abgelegt zu haben meldete sich Beuys 1941 freiwillig zum Dienst in der Luftwaffe und verpflichtete sich für zwölf Jahre als Berufssoldat; seine flugpraktische Ausbildung zum Bordfunker, Navigator und Fliegerschützen erhielt er in Posen, Erfurt und Königgrätz. Die von zahlreichen Biographien übernommene Darstellung einer Kampfteilnahme an der deutsch-sowjetischen Front im Jahr 1942 konnte indes nicht nachgewiesen werden. Nach Stationierungen in Süditalien und Kroatien wurde Beuys ab 1943 als Mitglied eines Kampfgeschwaders an der Ostfront eingesetzt und stürzte im März

1944 während eines Einsatzes auf der Krim ab. Die Umstände dieses Ereignisses und seiner Bergung dienten dem Künstler nach Kriegsende als Stoff einer Legende, die „in der Beuys-Literatur eine ausgesprochene Eigendynamik entwickelte“ (Ermen, S. 20) und von der Forschung mittlerweile widerlegt werden konnte. Bevor er im Mai 1945 in britische Kriegsgefangenschaft geriet, wurde Beuys als Fallschirmjäger nach Frankreich abkommandiert. Noch in den 1970er Jahren besuchte der Künstler, der sich nie von seinem freiwilligen Einsatz in der Wehrmacht distanziert hat, Veteranentreffen seiner Einheit. Zudem umgab er sich später mit ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und der SS - darunter sein persönlicher Sekretär Karl Fastabend. Darüber hinaus kandidierte Beuys anlässlich der Bundestagswahl 1976 für die nationalistisch-neutralistische „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher“ (AUD), die „von Altnazis durchsetzt“ war (Riegel, Bd. 3, S. 390) und vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.

Während neueste Untersuchungen Joseph Beuys nicht als überzeugten Nationalsozialisten charakterisieren und ihm auch keine antisemitischen oder rassistischen Ressentiments zuschreiben, verweisen sie dennoch auf seine Begeisterung für die anthroposophischen Lehren Rudolf Steiners, die aufgrund ihrer völkischen Elemente nach wie vor kontrovers diskutiert werden. Fest steht, dass der Künstler „wie Steiner von einer deutschen Volksseele ausging“, eine Art „Blut-und-Boden-Philosophie“ vertrat (Famulla, S. 163f.) und sein vermeintlicher „Germanenkult“ in den 1960er Jahre Proteste an der Düsseldorfer Kunstakademie auslöste; in Anlehnung an Steiners Schriften forderte Beuys 1985 gar die spirituelle Erneuerung des deutschen Volkes: *„Das deutsche Volk, in ihm steckt, wie schon gesagt, die Auferstehungskraft, die selbstverständlich auch in anderen Völkern steckt, aber die unsere wird sich durch radikal erneuerte Grundlagen des Sozialen hindurch ereignen, muss sich so ereignen. Denn das wäre wohl zuerst unsere Pflicht und dann erst die der anderen Völker.“*

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich / historisch minderbelastet

Literatur

Adriani, Götz/Konnertz, Winfried/Thomas, Karin: Joseph Beuys. Köln 1973.

Ermen, Reinhard: Joseph Beuys. Hamburg 2007.

Famulla, Rolf: Joseph Beuys. Künstler, Krieger und Schamane, Gießen 2009.

Riegel, Hans: Beuys. Die Biographie, Band 1, Zürich 2017.

Riegel, Hans: Beuys. Die Biographie, Band 2, Zürich 2018.

Schneede, Uwe: Die Geschichte der Kunst im 20. Jahrhundert. Von den Avantgarden bis zur Gegenwart, München 2001.

Quellen

Riegel, Hans: Beuys. Die Biographie, Band 3, Dokumente, Zürich 2017.

Straßen-/Platznamen: Bismarckstraße / Bismarckweg / Kanzlerstraße

Datum der Benennungen: 10. 08. 1875 / unbekannt / 17. 08. 1909

Begründung der Benennungen: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Eduard Leopold Fürst von Bismarck (1815-1898), deutscher Politiker und Staatsmann; preußischer Ministerpräsident (1862-1890), Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes (1867-1871) und erster Reichskanzler des Deutschen Reiches (1871-1890).

Kurzbiographie/Verdienste

Nach seinem Eintritt in den Preußischen Landtag im Jahr 1847 machte der konservative Jurist im Revolutionsjahr 1848/49 als Verfechter der Monarchie auf sich aufmerksam und wurde unter anderem als Gesandter in Frankreich und Russland eingesetzt; 1862 folgte die Ernennung zum preußischen Ministerpräsidenten und Außenminister. In dieser Funktion initiierte Bismarck die Deutschen Einigungskriege und errichtete einen geeinten deutschen Staat unter preußischer Führung; die Reichsgründung erfolgte 1871. Als erster deutscher Reichskanzler führte er im Zuge der Sozialgesetzgebung die Kranken- und Unfallversicherung ein und schuf so die Grundlage des modernen Sozialstaats. Ferner etablierte er infolge des sogenannten „Kulturkampfes“ zwischen Kirche und Staat sowohl die Zivilehe als auch die staatliche Schulaufsicht.

Militarismus / Umgang mit Minderheiten / Kolonialismus

Otto von Bismarck zählt zu den besonders prägenden Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts. Die Diskussionen um sein Wirken und seine Person haben bereits zu seinen Lebzeiten eingesetzt und sind im 20. Jahrhundert politisch und ideologisch instrumentalisiert worden. Eine nahezu unüberschaubare Anzahl an wissenschaftlichen Publikationen hat zusätzlich dazu beigetragen, dass der „Eiserne Kanzler“ in der deutschen Erinnerungskultur lange Zeit polarisierte; Otto von Bismarck schwankte zwischen nationaler Kultsymbolik und radikaler Dämonisierung.

Diese Entwicklung resultierte nicht zuletzt aus den historischen Umbrüchen und Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Das Bild des „Reichsgründers“ wurde nach dessen Tod im Jahr 1898 zunehmend von rechten Kreisen vereinnahmt, die im Schatten des Ersten Weltkriegs und der scheiternden Weimarer Republik die Popularisierung des Führerprinzips vorantrieben; Otto von Bismarck avancierte „zur Leitfigur eines überhitzten Nationalismus, in welche die wilhelminische Generation ihre imperialistischen Sehnsüchte hineinprojizierte“ (Ullrich, S. 18). Nach 1945 setzte dann eine geschichtswissenschaftliche Distanzierung ein, die sich kritisch mit vermeintlichen Kontinuitätslinien zwischen Bismarck und Hitler auseinandersetzte und dem Reichskanzler eine politische Mitschuld am Aufstieg des Nationalsozialismus unterstellte.

Anders als von den nationalistischen Strömungen des frühen 20. Jahrhunderts propagiert, strebte Otto von Bismarck kein germanisches Weltreich an. Um sein Ziel einer Preußischen

Vorherrschaft in Europa zu realisieren, nutzte er politische Divergenzen und initiierte die sogenannten Einigungskriege. Nach der Reichsgründung im Jahr 1871 fokussierten sich seine außenpolitischen Ambitionen allerdings auf die Bewahrung des europäischen Friedens; zu diesem Zweck erklärte er den deutschen Nationalstaat für saturiert und band diesen in ein internationales Bündnissystem ein. Um Konfrontationen mit den Kolonialmächten zu vermeiden, stand Bismarck den Plänen zum Erwerb von deutschen Kolonien lange Zeit ablehnend gegenüber, beugte sich jedoch schließlich dem Druck der deutschen Kolonialbewegung und erwarb sogenannte „Schutzgebiete“ in Afrika und im Pazifik. Eine expansivere und auf Weltgeltung ausgelegte Kolonialpolitik setzte allerdings erst nach der Entlassung des Reichskanzlers ein.

Im Gegensatz zu seiner friedensorientierten Außenpolitik versuchte Otto von Bismarck, innenpolitische Konflikte mit autoritären Maßnahmen zu unterdrücken und ging rigoros gegen Andersdenkende und Minderheiten vor. In der als „Kulturkampf“ bekanntgewordenen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche führte er zahlreiche Gesetze ein (u.a. Verbot geistlicher Orden, staatliche Kontrolle der priesterlichen Ausbildung), um den Einfluss des Katholizismus und insbesondere der katholischen Zentrumspartei auf Politik und Gesellschaft zurückzudrängen. Als Anhänger der Monarchie empfand der Reichskanzler auch die aufkommende Arbeiterbewegung der 1870er Jahre als Bedrohung; mit der Verabschiedung des sogenannten „Sozialistengesetzes“ im Jahr 1878 wurden sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Aktivitäten (Parteien, Versammlungen, Schriften) verboten. Darüber hinaus wahrte Bismarck eine ambivalente Haltung gegenüber der antisemitischen Bewegung und nutzte diese je nach Bedarf für seine eigenen politischen Ziele.

Die in der Vergangenheit kontrovers diskutierte machtpolitische Verbindung zwischen dem Kaiserreich unter Bismarck und dem NS-Regime ist von der Forschung mittlerweile widerlegt worden. Jüngere Studien zur Biographie des Reichskanzlers regen eine unvoreingenommene Betrachtung seiner Person an und empfehlen eine „konsequente Historisierung“ (Kolb, S. 180) fernab jeglicher Polemik, um die Bedeutung der „Ära Bismarck“ für Deutschland und Europa untersuchen zu können.

Kategorie: C

Begründung: keiner Kategorie zuzuordnen

Literatur

Gerwarth, Robert: Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler, München 2007.

Kolb, Eberhard: Otto von Bismarck. Eine Biographie, München 2014.

Kraus, Hans-Christof: Bismarck. Größe – Grenzen – Leistungen, Stuttgart 2015.

Lappenküper, Ulrich: Das Bismarck-Problem in der Geschichtsschreibung. Biographische Perspektiven seit 1970, Paderborn 2017.

Mayer, Tilman: *Was bleibt von Bismarck?* In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 28-33.

Nonn, Christoph: Bismarck. Ein Preuße und sein Jahrhundert, München 2015.

Ullrich, Volker: *Der Mythos Bismarck und die Deutschen*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 15-22.

Wirsching, Andreas: *Bismarck und das Problem eines deutschen „Sonderwegs“*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 9-15.

Wyrwa, Ulrich: *Otto von Bismarck*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 1/2, Berlin 2009, S. 86-89.

Zimmerer, Jürgen: *Bismarck und der Kolonialismus*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 65. Jg., Nr. 13, 2015, S. 33-38.

Straßen-/Platzname: Paul-Bonatz-Straße

Datum der Benennung: 19. 07. 1961

Begründung der Benennung

Paul Bonatz gehörte zu den „Architekten, die in Düsseldorf bekannte und bedeutende Bauten erstellt haben.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Paul Michael Nikolaus Bonatz (1877-1956), deutscher Architekt und Hochschullehrer.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Architektur arbeitete der gebürtige Elsässer zunächst im Stadtbauamt München, bevor er an die Technische Hochschule in Stuttgart wechselte und dort 1908 eine Professur übernahm. Mit dem Entwurf des Stuttgarter Hauptbahnhofs erlangte der Architekt internationale Bekanntheit und verantwortete in den 1920er und 30er Jahren zahlreiche Brücken-, Monumental- und Großbauten (u.a. Kunstmuseum Basel, Verwaltungsgebäude des Stumm-Konzerns in Düsseldorf). 1943 ging Paul Bonatz in die Türkei, wo er als Berater des Kultusministeriums in Ankara und als Professor an der Technischen Universität Istanbul tätig war. Nach Kriegsende lieferte der Architekt Aufbaupläne für deutsche Städte und realisierte unter anderem den Wiederaufbau des Düsseldorfer Opernhauses.

Nationalsozialismus

Paul Bonatz zählt zu den bekanntesten Architekten Deutschlands und hat als einflussreicher Vertreter der traditionalistischen „Stuttgarter Schule“ zahlreiche Bauten im In- und Ausland entworfen. Da sich „sein Werk einer klaren Kategorisierung verweigert“ und „bis heute ein Problem für die Architekturgeschichtsschreibung darstellt“ (May 2011, S. 14), hat eine wissenschaftliche Beschäftigung mit seiner Person und seinem Wirken erst in jüngerer Zeit eingesetzt. In diesem Zusammenhang wird insbesondere seine Bautätigkeit im Dritten Reich kontrovers diskutiert.

Als Anhänger der Sozialdemokratie und kurzzeitiges Mitglied der SPD hatte Paul Bonatz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Etablierung einer parlamentarischen Ordnung begrüßt und sich aktiv für diese engagiert. Gleichzeitig stand er der Architektur-Avantgarde der Weimarer Republik kritisch gegenüber; 1928 gründete er zusammen mit anderen deutschen Architekten - darunter der spätere NSDAP-Reichstagsabgeordnete Paul Schultze-Naumburg - die konservative Vereinigung „Der Block“, die sich für den sogenannten „Heimatschutzstil“ einsetzte, verließ die Gruppierung angesichts rechter Radikalisierungstendenzen allerdings drei Jahre später.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten geriet Paul Bonatz aufgrund seiner sozialdemokratischen Vergangenheit, seiner demonstrativen Unterstützung für seinen jüdischen Assistenten sowie seiner Kritik an Hitlers „Lieblingsarchitekten“ Paul Ludwig Troost zunächst in „einen länger andauernden Zustand der Isolierung“ (Voigt, S. 26). Darüber hinaus

fürte eine abfällige Äußerung über die politische Lage zur Denunziation des Architekten, der die Vorwürfe im Verhör durch die Gestapo entkräften und so einen Gerichtsprozess abwenden konnte.

Dennoch arrangierte sich Paul Bonatz mit den politischen Rahmenbedingungen und wurde ab Mitte der 1930er Jahre als „Vertrauensarchitekt“ und künstlerischer Berater von Fritz Todt, dem Generalbauinspekteur für das deutsche Straßenwesen, mit Brückenentwürfen für die „Reichsautobahnen“ beauftragt. In dieser Funktion übernahm er die Aufsicht über mehrere Oberbaudirektionen und realisierte unter anderem in Köln-Rodenkirchen die größte Hängebrücke Europas. Im Zuge der nationalsozialistischen Umgestaltung deutscher „Führerstädte“ plante der Architekt zusammen mit Albert Speer zahlreiche Groß- und Monumentalbauten, darunter den neuen Hauptbahnhof in München sowie das Oberkommando der Kriegsmarine in Berlin. Außerdem publizierte Bonatz in führenden NS-Architekturzeitschriften und wurde 1942 für seine *„besonders hervorragende Leistung auf dem Gebiete der Technik und des Verkehrs sowie der Gemeinschaftsbauten“* mit der Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Ungeachtet seines zunehmend systemkonformen Verhaltens übernahm der Architekt allerdings zu keiner Zeit die antisemitische Rhetorik der Nationalsozialisten.

Angesichts des ausufernden architektonischen Größenwahns entschied sich Paul Bonatz 1943 zur *„Flucht vor diesem Wahnsinn“* und emigrierte in Zuge einer Arbeitsreise in die Türkei; erst Mitte der 1950er Jahre kehrte er nach Deutschland zurück. Obwohl sich der Architekt nach Ende des Zweiten Weltkriegs vom NS-Regime distanzierte, blieb eine Auseinandersetzung mit seiner persönlichen Verantwortung aus: *„Wenn einer ein guter Architekt ist, dann baut er vor, während und nach dem Dritten Reich gleich gut, und hat keine Ursache sich dessen zu schämen, was er während des 3. Reiches [sic] tat.“*

Kategorie: B

Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich

Literatur

Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900-1970, München 1992.

Höfchen, H.: *Paul Bonatz*. In: Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker, Band 12, München/Leipzig 1996, S. 475-476.

Kaldewei, Gerhard: *Paul Bonatz (1877-1956). Bauen und Leben in einem <Zeitalter der Übergänge>*, In: Kaldewei, Gerhard (Hrsg.): *Paul Bonatz. Bauten und Projekte im Norden*, Delmenhorst 2006, S. 11-39.

May, Roland: *Ordnung und Spannung. Paul Bonatz und die Stuttgarter Stadtplanung*, In: Jessen, Johannes/Philipp, Klaus Jan (Hrsg.): *Der Städtebau der Stuttgarter Schule*. Berlin 2015, S. 59-83.

May, Roland: *Pontifex maximus. der Architekt Paul Bonatz und die Brücken*, Münster 2011.

Nicolai, Bernd: *Paul Bonatz. Baumeister für Krieg und Frieden*, In: Kuder, Ulrich (Hrsg.): *Architektur und Ingenieurwesen zur Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-45*. Berlin 1997, S. 96-123.

Turtenwald, Claudia: „...straffer im Ausdruck (...), knapper in den Mitteln...“. *Bonatz und das NS-Projekt der Elbuferbebauung in Hamburg 1938*, In: Kaldewei, Gerhard (Hrsg.): *Paul Bonatz. Bauten und Projekte im Norden*, Delmenhorst 2006, S. 109-126.

Voigt, Wolfgang: *Paul Bonatz, Kosmopolit in den Unwettern der Zeit*. In: Voigt, Wolfgang/Bresan, Uwe (Hrsg.): *Paul Bonatz (1877-1956). Leben und Bauen zwischen Neckar und Bosphorus*, Tübingen 2010, S. 11-37.

Quellen

Bonatz, Paul: *Leben und Bauen*. Stuttgart 1950.

Böckler, Erich (Hrsg.): *Erich Böckler. Briefwechsel aus später Zeit*, Bad Homburg 1988.

Tamms, Friedrich (Hrsg.): *Paul Bonatz. Arbeiten aus den Jahren 1907 bis 1937*, Stuttgart 1937.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 6

0-1-7-1937.0000 / Blatt 537d

Bundesarchiv Berlin

BArch NS 15 / 109

Straßen-/Platzname: Rolf-Bongs-Straße

Datum der Benennung: 17. 05. 1997

Begründung der Benennung:

„Wegen seiner klaren Sprache rühmte man ihn als ‚begnadeten Lyriker‘“.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Düsseldorfer publizierte während seines Studiums der Germanistik und Kunstgeschichte seine ersten lyrischen Werke, die sich am Stil der „Neuen Sachlichkeit“ orientierten und sowohl naturalistische als auch antike griechische Motive aufgriffen; 1932 gehörte er zu den Mitbegründern des Verlags der „Marburger Flugblätter“. Im Dritten Reich war Rolf Bongs in unterschiedlichen Bereichen tätig und nahm als Kriegsberichterstatte der Waffen-SS am Zweiten Weltkrieg teil. Nach 1945 arbeitete er als Journalist und freier Schriftsteller in Düsseldorf; 1971 erhielt er eine Gastprofessur in den Vereinigten Staaten. In seinen Romanen, Erzählungen und Hörspielen setzte er sich unter anderem mit seinen Erfahrungen im Nationalsozialismus auseinander.

Nationalsozialismus

Der literarische Einfluss von Rolf Bongs blieb trotz einzelner überregionaler Veröffentlichungen Zeit seines Lebens auf den Raum Düsseldorf beschränkt; die Werke des Schriftstellers sind bisher lediglich im Zusammenhang mit seiner Rolle im Dritten Reich in den Blick der Forschung gerückt. Bongs Vergangenheit als Kriegsberichterstatte der Waffen-SS, die er verdrängt und verschwiegen hatte, führte in den 1970er Jahren zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen ihm und anderen Repräsentanten des Literaturbetriebs. Gleichzeitig gehörte er zu jenen Künstlern, die sich nach 1945 reflektierend mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzten.

Um seine schriftstellerische Tätigkeit nicht zu gefährden, trat Rolf Bongs bereits als Student im Jahr der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers sowohl in die „Sturmabteilung“ (SA) als auch in den „Reichsverband Deutscher Schriftsteller“ (RDS) ein, der später als Zwangsorganisation in die „Reichsschriftumskammer“ überführt wurde. Diese frühe Anpassung machte sich in den folgenden zwölf Jahren auch in seiner Literatur bemerkbar, in der er sich zwar nicht direkt zum NS-Regime bekannte, aber sprachsymbolisch anbot. Obwohl der Schriftsteller in dieser Zeit einige Werke veröffentlichte und sein klassisches Festspiel „Olympischer Frühling“ beispielsweise anlässlich der Olympischen Spiele 1936 als Reichssendung ausgestrahlt wurde, schränkte man ihn wiederholt in seiner Arbeit ein; so wurde sein Lyrikband „Gedichte“ 1935 auf eine Liste „*nicht zu empfehlender Bücher*“ gesetzt und später auch die Erscheinung seines Romans „Der Feuerkern“ unterbunden. Da sich Bongs nur schwer eine gesicherte Existenz aufbauen konnte, beantragte er 1937 eine Mitgliedschaft in der NSDAP und bat seinen ehemaligen Kommilitonen, den SS-Standartenführer Gunter d’Alquen, um Unterstützung; dieser verhalf dem Schriftsteller zu einem Schiller-Stipendium.

Im selben Zeitraum verfasste er auch sein einziges bekanntes politisch gefärbtes Werk, das den Versailler Vertrag als „Schande“ bezeichnete und die nationalsozialistische Bewegung symbolisch mit einem „Adler“ gleichsetzte, der „*seine Flügel ausbreitet*“. Auf Vermittlung seines Vaters nahm Bongs 1938 zusätzlich eine Tätigkeit beim „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) in Düsseldorf auf, der die Interessen der Auslandsdeutschen vertrat und Ende der 1930er Jahre durch einen geheimen Erlass der SS unterstellt wurde. „Für Rolf Bongs – wie für alle Mitarbeiter des VDA – bedeutete dies, dass er nun Angestellter einer SS-Organisation war, ohne davon zu wissen.“ (Rajewska-Perzynska 2009, S. 24)

Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs stellte sich Rolf Bongs für die Umsiedlung der Volksdeutschen in den besetzten polnischen Gebieten zur Verfügung, die von Einheiten der Waffen-SS durchgeführt wurde. Seine Eindrücke hielt der zum Ortsbevollmächtigten ernannte Schriftsteller in seinem 1942 veröffentlichten Tagebuch fest, das sowohl verherrlichende Passagen („*Dieser winterliche Zug wird eine Sage der Geschichte werden, ich fühle es.*“) als auch negative Darstellungen der polnischen Bevölkerung enthält („*ewig neugierige Menge zerlumpter Menschen*“), darüber hinaus aber keine rassenideologische Polemik aufweist. Dass er den eigentlichen Zweck seines Einsatzes erst spät durchschaute, zeigt ein Eintrag aus dem November 1940: „*Ich bin Kriegsberichter ,geworden‘ und wusste es nicht.*“

Nach seiner Rückkehr arbeitete Bongs bis 1942 in der Rheinischen Provinzialverwaltung, wo er sich um den Aufbau des „Rheinischen Dichterarchivs“ kümmerte. Im Herbst desselben Jahres wurde der Schriftsteller erneut als Kriegsberichterstatter zur Waffen-SS eingezogen und zunächst der „Leibstandarte Adolf Hitler“, ab 1943 der SS-Standarte „Kurt Eggers“ zugeteilt. Damit gehörte er zu einer Gruppe von Repräsentanten des kulturellen Lebens (Autoren, Maler, Journalisten, etc.), die „produzierte Heldengeschichten möglichst weit in den damaligen Medien verbreiten“ sollten. (Lehnhardt, S. 545) Neben den propagandistischen Aufgaben an West- und Ostfront nahm Bongs auch als Schütze an Abwehrkämpfen in der Normandie und den Ardennen teil, wofür er sowohl mit dem Verwundetenabzeichen als auch mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse und dem Panzersturmartabzeichen in Bronze ausgezeichnet wurde; 1944 erfolgte die Beförderung zum Unterscharführer. Ob und inwieweit der Schriftsteller in Kriegsverbrechen involviert war, ist nicht bekannt. Im Frühjahr 1945 geriet Rolf Bongs in amerikanische und britische Gefangenschaft, wurde allerdings wenige Monate später entlassen.

In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde Rolf Bongs trotz seiner Mitgliedschaften in verschiedenen NS-Organisationen vollständig entlastet (Kategorie V); zudem hatten sich zahlreiche Weggefährten für ihn eingesetzt. Es fällt auf, dass der Schriftsteller das Ende seiner Angehörigkeit zur NSDAP, zum VDA und zur „Reichsschrifttumskammer“ auf das Jahr seiner Einberufung zum Kriegsdienst datierte (1942); fest steht, dass er der Reichskulturkammer noch 1943 Auskunft über seine schriftstellerischen Einnahmen erteilte.

In den Nachkriegsjahren verarbeitete Rolf Bongs seine Erinnerungen an Diktatur und Krieg in literarischen Texten, die durchaus reflektierende und selbstkritische Komponenten aufweisen. Seine „aus taktischen Gründen erfolgte Anbiederung an die Nationalsozialisten

konnte in mehreren Werken der 1930er und 40er Jahre nachgewiesen werden; zugleich aber auch, dass er kein überzeugter Nationalsozialist war.“ (Rajewska-Perzynska 2009, S. 261)

Kategorie: B

Begründung: Mitgliedschaft in verbrecherischer Organisation

Literatur

Lehnhardt, Jochen: Die Waffen-SS. Geburt einer Legende, Himmlers Krieger in der NS-Propaganda, Paderborn 2017.

Meidinger-Geise, Inge: *Einzelgänger, Zeitgenosse*. In: Kirchhof, Peter K. (Hrsg.): Literarische Porträts. 163 Autoren aus Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1991, S. 84-87.

Rajewska-Perzynska, Agnieszka: Rolf Bongs. Dissoziation eines Schriftstellers im Spannungsfeld zwischen Selbststilisierung und Anpassung, Frankfurt am Main 2009.

Rajewska-Perzynska, Agnieszka: *Rolf Bongs als ein untypischer Vertreter der „inneren Emigration“ – sein Werdegang nach 1945*. In: Pelka, Artur (Hrsg.): Das Drama nach dem Drama. Verwandlungen dramatischer Formen in Deutschland seit 1945, Bielefeld 2011, S. 55-67.

Seidel, Ingo: Die SS-Standarte Kurt Eggers. Psychologische Kriegsführung 1943-45, Norderstedt 2012.

Quellen

Bongs, Rolf: Harte herrliche Straße nach Westen. Berlin 1942.

Bongs, Rolf: Rechenschaft. Drei Gedichte, Emsdetten 1964.

Bongs, Rolf: Monolog eines Betroffenen.

Bongs, Rolf: *Hymne von der Wende der Zeit*. In: Zeitschrift der Reichsfachschaft Mittelschule im Nationalsozialistischen Lehrerbund. 52. Jg., Ausgabe Nr. 11, März 1938.

Katasteramt Düsseldorf
Akte „Rolf-Bongs-Straße“

Landesarchiv NRW – Abteilung Westfalen
NW 1002-G / 63367

Bundesarchiv Berlin
R 55 / 20231a
R 9361-V / 4261

Heinrich-Heine-Institut
HHI.90.5023TG.238
HHI.90.5023TG.277
HHI.90.5023TG.20
HHI.90.5023TG.21
HHI.90.5023TG.2034
HHI.90.5023TG.1890
HHI.90.5023TG.487

Straßen-/Platzname: Boschstraße

Datum der Benennung: 13. 11. 1958

Begründung der Benennung

„Er erhielt für die technische Ausgestaltung der Ammoniak-Synthese und die Entwicklung der Kohlehydrierung 1931 zusammen mit F. Bergius den Nobelpreis für Chemie.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Carl Bosch (1874-1940), deutscher Chemiker und Industrieller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach Abschluss des Studiums und der Promotion arbeitete Carl Bosch zunächst als Chemiker bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) und entwickelte die von Fritz Haber entdeckte Ammoniaksynthese zu einem großtechnischen Verfahren weiter (Haber-Bosch-Verfahren). In diesem Zusammenhang schloss er 1914 als stellvertretender Direktor der BASF mit der Obersten Heeresleitung des Deutschen Reiches einen Vertrag zur synthetischen Herstellung von Salpeter („Salpetersversprechen“), um die Produktion von Sprengstoffen zu gewährleisten. 1925 wechselte Bosch als Vorstandsmitglied zur I.G. Farbenindustrie und saß später dem Aufsichtsrat vor; 1931 erhielt er den Nobelpreis für Chemie. Als Nachfolger von Max Planck wurde Carl Bosch 1937 zum Präsidenten der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ ernannt.

Militarismus / Nationalsozialismus

Carl Bosch hat als Vorstandsvorsitzender der BASF und der I.G. Farbenindustrie innovativen Neuerungen und Fortschritten den Weg geebnet und zählt deshalb zu den wichtigsten Förderern der deutschen Chemieindustrie. Obwohl eine umfassende aktuelle Studie seines Lebens nach wie vor aussteht, ist das Wirken des Industriellen im Ersten Weltkrieg und seine widersprüchliche Rolle im Dritten Reich wissenschaftlich gut dokumentiert.

Zum Ende des Jahres 1914 war es den Alliierten gelungen, das Deutsche Reich von der Versorgung mit natürlichem Salpeter abzuschneiden; das Nitrat wurde für die Herstellung von Sprengstoff und Schießpulver benötigt. Um die ausbleibenden Importe aus Chile zu kompensieren, beauftragte das Kriegsministerium die BASF mit der großtechnischen Durchführung der von Fritz Haber und Carl Bosch entwickelten industriellen Ammoniaksynthese zur künstlichen Gewinnung von Salpetersäure. Das von Bosch in seiner Funktion als Unternehmensdirektor abgegebene „Salpetersversprechen“ sah die monatliche Produktion von mehreren tausend Tonnen Natronsalpeter vor und etablierte die BASF als feste Größe in der Rüstungswirtschaft; unter der Leitung des Chemikers entstanden 1916 unter anderem die Leunawerke bei Merseburg. Für seine Verdienste erhielt er im selben Jahr das Eiserne Kreuz und wurde in den Vorstand des Konzerns berufen.

Nach Kriegsende setzte sich Carl Bosch mit seiner persönlichen Verantwortung auseinander und warf sich selbst vor, durch die Bereitstellung von Synthesestoffen zur Verlängerung des Konflikts beigetragen zu haben, stellte aber schließlich fest, dass „sich der

Fortschritt in Wissenschaft und Technik nicht aufhalten“ ließe. Bei den Friedensverhandlungen von Versailles, an denen der Industrielle als Sachverständiger teilnahm, avancierte er „zum Verhandlungsführer auf deutscher Seite“ (Kühlem, S. 214) und verhinderte mit Hilfe seines diplomatischen Geschicks die Zerschlagung der deutschen chemischen Industrie.

Dem Aufstieg der Nationalsozialisten zu Beginn der 1930er Jahre stand Bosch skeptisch gegenüber; als Vorstandsvorsitzender der Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG (I.G. Farben), die 1925 aus einem Zusammenschluss mehrerer Chemiefirmen hervorgegangen war, unterstützte er sowohl internationale Handelsbeziehungen als auch ein geeintes Europa und lehnte die von Hitler propagierte wirtschaftliche Autarkie strikt ab. Aufgrund von Fehlinvestitionen im Zusammenhang mit einem Großprojekt zur synthetischen Herstellung von Treibstoffen fürchtete Bosch allerdings um den Erhalt des Konzerns und entschied sich schließlich zur Kontaktaufnahme mit der NSDAP, die ihre finanzielle Unterstützung zusicherte. Infolgedessen gab der Chemiker seine Vorbehalte gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung zunächst auf und zeigte sich den Plänen zu Steuersenkungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegenüber aufgeschlossen; im Vorfeld der Reichstagswahlen 1933 segnete Carl Bosch im Namen der I.G. Farben eine Wahlspende von 400.000 Reichsmark an die NSDAP und die Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ab. Das Ende 1933 mit den neuen Machthabern geschlossene „Feder-Bosch-Abkommen“ über die Subvention von synthetischem Benzin ebnete schließlich den Aufstieg der I.G. Farben zum „Kriegskartell“.

Bis zu seinem Ausstieg aus dem Vorstand im Jahr 1935 förderte Carl Bosch als „Wehrwirtschaftsführer“ die Verbindungen zum Regime und unterstützte als Präsident der „Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung“ den Aufbau einer starken Luftwaffe, setzte sich gleichzeitig jedoch für jüdische Wissenschaftler und Mitarbeiter der I.G. Farben ein. In einem persönlichen Gespräch mit Adolf Hitler versuchte der Industrielle vergeblich, diesen mit wirtschaftspolitischen Argumenten von der Sinnlosigkeit der nationalsozialistischen Judenpolitik zu überzeugen; zur Gedächtnisfeier für den im Exil verstorbenen Fritz Haber erschien Bosch demonstrativ in Begleitung sämtlicher Direktoren des Konzerns.

Nach seinem Wechsel in den Aufsichtsrat gab Bosch das operative Geschäft auf und widmete sich als Präsident der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ vor allem dem internationalen wissenschaftlichen Austausch, verzweifelte angesichts der von der I.G. Farben mitgetragenen Aufrüstung jedoch zusehends. In einer skandalträchtigen Rede vor der Hauptversammlung des Deutschen Museums im Jahr 1939 übte er schließlich scharfe Kritik an der NS-Führung und zog sich daraufhin ins Privatleben zurück.

„Die Tragik der historischen Persönlichkeit Bosch liegt darin, dass er sich [lange] nicht zum Bruch mit den Nationalsozialisten entschließen konnte, da er ihnen ‚seine Firma‘ nicht überlassen wollte.“ (Kohl, S. 120)

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Diarmuid, Jeffreys: Weltkonzern und Kriegskartell . Das zerstörerische Werk der IG Farben, München 2011.

Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im <Dritten Reich>. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Band 1 und 2, Göttingen 2007.

Johnson, Jeffrey Allan: *Die Macht der Synthese (1900-1925)*. In: Abelshausen, Werner (Hrsg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002, S. 117-214.

Joseph Borkin: Die unheilige Allianz der I.G.-Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1990.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Kohl, Ulrike: Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus: Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht, Stuttgart 2002.

Kühlem, Kordula: *Carl Bosch (1874-1940). Zwischen Höhen und Tiefen*, In: Bormann, Patrick (Hrsg.): Unternehmer in der Weimarer Republik. Stuttgart 2016, S. 211-225.

Schmaltz, Florian: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2017.

Teltschik, Walter: Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluss in Staat und Gesellschaft, Weinheim 1992.

Quellen

Baumgärtner, Franz-Josef: *Ich war dabei! Eine Erinnerung an die C.-Bosch-Rede von 1939*, In: Kultur und Technik. 8. Jg. Heft 4, 1984, S. 270.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.0000 / Blatt 514

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Straßen-/Platzname: Max-Clarenbach-Weg

Datum der Benennung: 1977

Begründung der Benennung

Bereits im Jahr 1960 regte die Düsseldorfer Bürgerschaft an, eine Straße nach dem Maler Max Clarenbach zu benennen. Zum damaligen Zeitpunkt existierten im Stadtgebiet zwei Straßen, die den evangelischen Prediger Adolf Clarenbach ehrten: die „Adolf-Clarenbach-Straße“ in Holthausen und die „Clarenbach-Straße“ in Bilk. Letztere sollte dementsprechend umgewidmet werden, um die Doppelbenennung aufzuheben und Verwechslungen zu vermeiden.

Max Clarenbach *„ist eng mit der Geschichte der Landschaftsmalerei in Düsseldorf, wo er lange Zeit Professor der Kunstakademie war, verbunden.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Maximilien „Max“ Clarenbach (1880-1952), deutscher Landschaftsmaler; Landesleiter in der Reichskammer der bildenden Künste (1939).

Kurzbiographie / Verdienste

Der aus einfachen Verhältnissen stammende Max Clarenbach wurde aufgrund seines Talents bereits im Alter von 13 Jahren an der Kunstakademie Düsseldorf angenommen und wandte sich schon früh der Landschaftsmalerei zu. Nach dem Abschluss seines Studiums gelang ihm 1902 mit seiner Arbeit „Stiller Tag“ der Durchbruch; Winterlandschaften sowie die Darstellung des Niederrheins wurden zu zentralen Motiven seiner Arbeiten. 1909 gehörte Clarenbach zu den Gründungsmitgliedern des „Sonderbunds Westdeutscher Kunstfreunde und Künstler“ und übernahm 1917 als Nachfolger von Eugen Dücker eine Lehrtätigkeit an der Düsseldorfer Kunstakademie, die er bis 1945 ausübte. Im Dritten Reich wurde er 1939/40 zum Landesleiter in der Reichskammer der bildenden Künstler ernannt.

Nationalsozialismus

Max Clarenbach zählt zu den bekanntesten Vertretern der rheinischen Kunstszene im 20. Jahrhundert und hat mit seinem Engagement im Ausstellungsbetrieb wesentlich zur Förderung der modernen und internationalen Kunst beigetragen; er gilt „nicht nur als Künstler, sondern auch auf kunstpolitischem Gebiet als Vorkämpfer des Impressionismus in Düsseldorf.“ (Moeller, S. 61) Im Dritten Reich gehörte Clarenbach einerseits zu den gefragten Künstlern, wurde andererseits jedoch teilweise abgelehnt.

Im Zuge der Gleichschaltung der Düsseldorfer Kunstakademie war Max Clarenbach 1933 aufgrund *„charakterlicher Bedenken“* zunächst für eine Entlassung vorgeschlagen worden, konnte seine Lehrtätigkeit letztendlich aber ungehindert fortsetzen und trat im selben Jahr in die NSDAP ein. Ab 1937 war er regelmäßig auf den „Großen Deutschen Kunstausstellungen“ im Münchener Haus der Deutschen Kunst vertreten und fertigte im Auftrag des NS-Regimes Wandgemälde und Bildteppiche für die Wehrmacht und das

Reichsluftfahrtministerium an. 1938 erhielt Clarenbach als Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes das von Adolf Hitler gestiftete „Treuedienst-Ehrenabzeichen“ für seine 25jährige Arbeit; ein Jahr später übernahm der Künstler das Amt eines Landesleiters in der „Reichskammer der bildenden Künste“. Während seine *„auf dem Impressionismus fußenden“* Bilder von der Düsseldorfer Ausstellung „Schaffendes Volk“ ausgeschlossen wurden, präsentierte Clarenbach diese regelmäßig in der Städtischen Kunsthalle, so beispielsweise auf der von der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) im Jahr 1942 veranstalteten „Kunstaustellung für deutsche Soldaten“. 1944 erfolgte die Aufnahme in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ des Dritten Reiches.

Nach Kriegsende wurde Max Clarenbach im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens vollständig entlastet; die Kommission kam zu dem Schluss, dass er *„nur sein ganzes Leben der Malerei gewidmet“*, die Parteimitgliedschaft *„auf Anregung von Kollegen“* erworben und sich am politischen System des NS-Regimes nicht beteiligt habe; Zeugenaussagen von *„anerkannt nichtnationalsozialistischen Männern“* stützten diese Ansicht. Darüber hinaus entlastete ihn die Ehefrau eines jüdischen Rechtsanwalts, der sich angesichts der Entwicklungen im Dritten Reich das Leben genommen hatte.

„Wie so viele Künstler glaubte wohl auch Clarenbach, sich mit dem nationalsozialistischen Regime arrangieren zu können; in seiner Arbeit blieb er jedoch seiner künstlerischen Auffassung treu.“ (Weiß, S. 87)

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Clarenbach, Dietrich: *Max Clarenbach (1880-1952)*. In: Lebensbilder aus dem Kreis Neuss. Band 2, Neuss 1995, S. 94-110.

Hartwich, Viola: Max Clarenbach. Ein rheinischer Landschaftsmaler, 1880-1952, Münster 1992.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Moeller, Magdalena M.: Der Sonderbund. Seine Voraussetzungen und Anfänge in Düsseldorf, Köln 1984.

Paffrath, Hans (Hrsg.): Max Clarenbach. Neuss (1880) – Köln (1952), Düsseldorf 2001.

Rischer, Walter: Die nationalsozialistische Kulturpolitik in Düsseldorf 1933-1945. Düsseldorf 1972.

Roth, C.: *Clarenbach, Max*. In: Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker, Band 19, München/Leipzig 1998, S. 373-375.

Thoms, Robert: Große Deutsche Kunstausstellung München 1937-1944. Band 1: Maler und Graphiker, Berlin 2010.

Weiß, Siegfried: Max Clarenbach 1880-1952. Der Maler niederrheinischer Landschaften, Zeiten und Orte, Düsseldorf 2012.

Quellen

NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“: Kunstausstellung für deutsche Soldaten. Zeitgenössische Künstler stellen aus, Düsseldorf 1942.

Stadt Düsseldorf: Düsseldorfer Künstler im Haus der Deutschen Kunst 1943. Düsseldorf 1943.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 522

IV 18024 / Band 1

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1003-48 / 2266

Bundesarchiv Berlin

BArch R 4901 / 12248

Straßen-/Platzname: Diedenhofener Straße

Datum der Benennung: 27. 08. 1927

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Die französische Stadt Thionville (Diedenhofen) wurde im Deutsch-Französischen Krieg von preußischen Truppen eingenommen und 1871 im Zuge des „Frankfurter Friedens“ als Teil Elsass-Lothringens in das neu gegründete Deutsche Reich eingegliedert.

Militarismus

Mit dem Sieg der preußischen Truppen in der Schlacht von Sedan im September 1870 war der Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges zugunsten der Deutschen entschieden worden; nach der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. und der Ausrufung der Republik Frankreich folgte die Einschließung von Paris und die Kapitulation der französischen Rheinarmee. Dennoch leisteten Teile des französischen Militärs weiterhin Widerstand. Kleinere Festungen an der Grenze zu Luxemburg und Belgien „bildeten Stützpunkte für französische Truppensammlungen“ und „boten Freischärlern wertvolle Basen, von denen aus sie die deutschen Versorgungslinien immer wieder bedrohten.“ (Haselhorst, S. 115) Vor allem die an der Mosel gelegene Stadt Thionville galt als wichtiger Sperrpunkt für die Eisenbahnstrecken.

Aufgrund ihrer militärstrategischen Bedeutung hatte die Festung bereits seit August 1870 unter deutscher Beobachtung gestanden und wurde im Oktober von der 1. Kavallerie-Division sukzessive eingeschlossen. Mit dem Eintreffen der 14. Division erfolgte die vollständige Absperrung, sodass im November mit einer mehrtägigen Bombardierung Thionvilles begonnen werden konnte. Der Einsatz von Geschützen richtete erhebliche Schäden an: *„Rauchende Brandstätten und grosse [sic] Trümmerhaufen sperrten die Strassen [sic], die meisten Kasernen und öffentlichen Gebäude waren bis auf die Umfassungsmauern, manche bis auf die Grundmauern zerstört. [...] Ganz unverletzt war kein Haus in der Stadt geblieben.“* Während die Zivilbevölkerung laut eines Augenzeugenberichts keine Opfer zu beklagen hatte, waren mehrere hundert französische Soldaten verwundet worden und über ein Dutzend gefallen.

Nach der Besetzung der Festung durch die preußische Armee wurde Thionville im Friedensschluss von Frankfurt 1871 unter dem deutschen Namen Diedenhofen in das Deutsche Reich eingegliedert.

Kategorie: C

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*, Graz 2009, S. 83-120.

Geoffrey Wawro: *The Franco-Prussian War. The German conquest of France in 1870–1871*. New York 2003.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Quellen

Spohr, Peter: *Die Cernirung, Belagerung und Beschiessung von Thionville im deutsch-französischen Kriege 1870/71*. Berlin 1875.

Straßen-/Platzname: Wolfgang-Döring-Straße

Datum der Benennung: 04. 11. 1965

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wolfgang Rudolf Paul Döring (1919-1963), deutscher Politiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Leipziger diente im Zweiten Weltkrieg als Berufsoffizier in der Wehrmacht, bekleidete bis 1943 den Rang eines Panzer-Hauptmanns im deutschen Afrikakorps und wurde anschließend bei einer Grenadier-Division in Brandenburg eingesetzt. Nach 1945 leitete Wolfgang Döring einen britischen Reparaturbetrieb für Kraftfahrzeuge und trat dem FDP-Landesverband Nordrhein-Westfalen bei, dessen Geschäftsführung er 1950 übernahm; vier Jahre später zog er in den westfälischen Landtag ein. Ursprünglich dem rechtsnationalen Parteiflügel zugeneigt, unterstützte Döring nach den Ereignissen der sogenannten „Naumann-Affäre“ die Öffnung seiner Partei zur politischen Mitte. 1962 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP gewählt, kritisierte er im Zuge der sogenannten „Spiegel-Affäre“ die von der Regierung Adenauer angestrebten Eingriffe in die Pressefreiheit. Darüber hinaus engagierte sich Wolfgang Döring für eine aktive deutsche Wiedervereinigungspolitik.

Nationalsozialismus

Wolfgang Döring gehörte in der jungen Bundesrepublik zu den führenden Vertretern des Liberalismus, die sich nicht nur für die Demokratie und den Rechtsstaat einsetzten, sondern darüber hinaus auch entscheidend zur politischen Etablierung der Freien Demokraten beitrugen. Dennoch unterstützte der Politiker zu Beginn der 1950er Jahre rechtsnationale Sammlungsbewegungen innerhalb der FDP und geriet damit in den Dunstkreis ehemaliger NS-Funktionäre, die unter der Führung von Werner Naumann (letzter Staatssekretär von Joseph Goebbels) eine Unterwanderung des nordrhein-westfälischen Landesverbands anstrebten.

Nach ihrer Gründung im Jahr 1947 wandte sich die FDP in Nordrhein-Westfalen unter der Führung ihres Vorsitzenden Friedrich Middelhaue verstärkt nationalistischen Positionen zu, um jene „deklassierten Zielgruppen“ (Papke, S. 126) politisch zu integrieren, die sich angesichts der alliierten Entnazifizierungspraxis stigmatisiert und im parlamentarischen Spektrum der Nachkriegszeit nicht repräsentiert fühlten; zu diesem Zweck plädierte der Landesverband für eine Generalamnestie. Neben Repräsentanten des NS-Regimes zog die Partei auch ehemalige Wehrmattsangehörige wie Wolfgang Döring an, der nach wie vor mit Mitgliedern des „Deutschen Afrikakorps“ (DAK) in Verbindung stand und zur „*Pflege der Tradition des ehemaligen DAK*“ eine Düsseldorfer Ortskameradschaft gegründet hatte.

Nachdem Döring im Jahr 1950 die Geschäftsführung des FDP-Landesverbands übernommen hatte, etablierte er einen „hocheffizienten, zentralgesteuerten

Parteiapparat“ und baute die Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle zu einem „gewichtigen Machtfaktor“ auf. (Papke, S. 161) Gleichzeitig befürwortete er die von Friedrich Middelhaue entwickelte Strategie der „Nationalen Sammlung“ sowie die damit verbundene Aufnahme von nationalsozialistisch belasteten Personenkreisen, die zunehmend einflussreiche Positionen innerhalb der Partei besetzten; so sprach sich Döring beispielsweise dafür aus, den ehemaligen NS-Propagandisten Wolfgang Diewerge mit Rednerschulungen zu betrauen. Darüber hinaus verfasste er einen „Situationsbericht“, in dem er über die Zustimmung der anderen FDP-Landesverbände zur „Nationalen Sammlung“ informierte und eine mögliche Zusammenarbeit mit nationalen Gruppierungen im gesamten Bundesgebiet sondierte.

Bis 1952 vergrößerte sich auf diese Weise auch der Einfluss des Netzwerks von Werner Naumann, das „die Restauration eines autoritären völkischen Staates auf der Basis der nationalsozialistischen Ideologie“ anstrebte. (Lausberg, S. 245) Während für die Zeit bis Ende 1951 nur wenige Informationen über die Kontakte zwischen Naumann und Mitgliedern der FDP existieren, sind zumindest für das Jahr 1952 mehrere Zusammentreffen nachgewiesen, darunter auch mit Wolfgang Döring. Im Januar 1953 schritten schließlich die britischen Behörden ein und machten die Verschwörung öffentlich; Naumann und andere Beteiligte wurden in Untersuchungshaft genommen.

Im Zuge der innerparteilichen Aufarbeitung der „Naumann-Affäre“ stritt Wolfgang Döring trotz der von ihm mitgetragenen Personalpolitik jegliche Verantwortung ab und setzte sich gegen einen Parteiausschluss zur Wehr. Darüber hinaus belastete ihn die eidesstaatliche Erklärung einer Parteisekretärin, die ihm eine abfällige Äußerung über die jüdische Ehefrau des FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler vorwarf. Dennoch wurde der FDP-Politiker in einem abschließenden Untersuchungsbericht vollständig entlastet und rehabilitiert.

In der darauffolgenden Phase der Neuorientierung der FDP positionierte sich Wolfgang Döring zunehmend in der politischen Mitte und gehörte 1956 zu jenen treibenden Kräften, die in Nordrhein-Westfalen den Koalitionsbruch mit der Union zugunsten einer sozialliberalen Regierung durchsetzten.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / persönliche Entwicklung

Literatur

Baldow, Beate: Episode oder Gefahr? Die Naumannaffäre, Dissertation Freie Universität Berlin 2012.

Buchna, Kristian: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945-1953, München 2010.

Dorn, Wolfram, Wiedner, Wolfgang: Der Freiheit gehört die Zukunft. Wolfgang Döring, eine politische Biographie, Bonn 1974.

Lausberg, Michael: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1971, Aachen 2012.

Papke, Gerhard: Liberale Ordnungskraft, nationale Sammlungsbewegung oder Mittelstandspartei? Die FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946 – 1966, Düsseldorf 1998.

Papke, Gerhard: Unser Ziel ist die unabhängige FDP. Die Liberalen und der Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen 1956, Baden-Baden 1992.

Quellen

Archiv des Liberalismus

Nachlass Döring / N77-32

Nachlass Döring / N77-34

Nachlass Döring / N77-35

Nachlass Döring / N77-71

Straßen-/Platzname: Gerhard-Domagk-Straße

Datum der Benennung: 22. 01. 1970

Begründung der Benennung

Im Jahr 1966 wandte sich Staatssekretär Leo Brandt mit der Bitte an den Oberbürgermeister, eine Straßenbenennung nach dem „so bedeutenden Gelehrten“ Gerhard Domagk in Erwägung zu ziehen. Als Entdecker der Sulfonamide habe dieser einen herausragenden Beitrag zur Krebsforschung geleistet und auf diese Weise zahlreiche Menschenleben gerettet.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Gerhard Johannes Paul Domagk (1895-1964), deutscher Pathologe und Bakteriologe.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Medizin und der anschließenden Promotion arbeitete Gerhard Domagk zunächst in verschiedenen pathologischen Instituten und habilitierte sich über Abwehrmechanismen des menschlichen Zellsystems. 1927 übernahm er die Leitung der Abteilung für experimentelle Pathologie und Bakteriologie der I.G. Farbenindustrie in Wuppertal, bevor er ein Jahr später auch als Privatdozent an der Universität Münster tätig wurde. Für seine Verdienste auf dem Gebiet der Bekämpfung bakterieller Infektionskrankheiten erhielt Domagk 1939 den Nobelpreis für Medizin. Nach Kriegsende widmete er sich der Krebsforschung und entwickelte Tuberkulose-Mittel.

Nationalsozialismus

Gerhard Domagk hat mit seiner Forschung auf dem Gebiet der Sulfonamide Medizingeschichte geschrieben; er gilt bis heute als „Wegbereiter der modernen Chemotherapie“. (Bayer, S. 10) Wie viele deutsche Wissenschaftler arrangierte sich auch der Bakteriologe mit den politischen Rahmenbedingungen des Dritten Reiches und ließ sich vom NS-Regime zumindest instrumentalisieren.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 konnte Gerhard Domagk seine Arbeit als Leiter der Abteilung für experimentelle Pathologie und Bakteriologie im Stammwerk der Bayer AG innerhalb der I.G. Farbenindustrie ungehindert fortführen. Er untersuchte hauptsächlich Sulfonamid-Verbindungen auf ihre antibakterielle Wirksamkeit und entwickelte Arzneistoffe zur Behandlung von Infektionskrankheiten. Der Erfolg dieser Medikamente verhalf Domagk zu internationalem Ansehen, sodass er regelmäßig für Vorträge und Kongresse ins Ausland reiste und auch in der Heimat zahlreiche Auszeichnungen erhielt. So wurde der Mediziner beispielsweise 1943 zum Ehrensensator der Universität Greifswald ernannt und im selben Jahr mit einem Preis für seine Verdienste um die Verhütung der Säuglingssterblichkeit ausgezeichnet; der anschließende Empfang wurde von NSDAP-Gauleiter Ernst Koch ausgerichtet. In Parteikreisen galt Domagk als politisch unauffällig: „[...] ein immer national gesinnter Mann [...]. Er betätigt sich ausschließlich nur als Wissenschaftler.“ Im Zusammenhang mit der Verleihung des Nobelpreises wurde er 1939

von der Gestapo verhaftet und musste auf Druck des Regimes seinen Verzicht erklären; erst 1947 konnte Domagk die Auszeichnung entgegennehmen. Im Zweiten Weltkrieg war der Bakteriologe vom Wehrdienst befreit („Unabkömmlichstellung“) und widmete sich der Behandlung von Gasödemen, leistete jedoch kurzzeitig seinen Sanitätsdienst als Stabsarzt der Reserve in Münster und Köln. 1944 erhielt er das von der NS-Führung gestiftete „Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes“ und wurde in den wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen - Karl Brandt - berufen.

Im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens wurde Gerhard Domagk vollständig entlastet; die Kommission kam zu dem Schluss, dass er *„weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen angehört und den Nationalsozialismus in keiner Weise gefördert“* habe. Darüber hinaus erfuhr der Mediziner wohl erst nach Kriegsende von den Machenschaften seines Arbeitgebers: die I.G. Farbenindustrie hatte Sulfonamid-Präparate für grausame Experimente im Konzentrationslager Ravensbrück zur Verfügung gestellt. Die im Nürnberger Ärzteprozess angeklagten Verantwortlichen – darunter Domagks Vorgesetzter Heinrich Hörlein – wurden schließlich freigesprochen, weil sie die Präparat-Lieferungen bei Bekanntwerden der Verwendung unverzüglich eingestellt hatten. Bis heute gibt es keine Hinweise auf eine Mitwisserschaft oder gar Beteiligung Gerhard Domagks an Menschenversuchen.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Gerabek, Werner E.: *Domagk, Gerhard*. In: Gerabek, Werner E./Haage, Bernhard D./Keil, Gundolf/Wegner, Wolfgang (Hrsg.): *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Berlin/ New York 2005, S. 320-321.

Grundmann, Ekkehard: *Gerhard Domagk. Der erste Sieger über die Infektionskrankheiten*, Münster 2001.

Hulverscheidt, Marion: *Die klinische Prüfung des Sontochin. Arzneimittelforschung im Krieg*, In: Eschenbruch, Nicholas/Balz, Viola/Klöppel, Ulrike/Hulverscheidt, Marion (Hrsg.): *Arzneimittel des 20. Jahrhunderts. Historische Skizzen von Lebertran bis Contergan*, Bielefeld 2009, S. 143-166.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt 2007.

Neubauer, Alfred: *Bittere Nobelpreise*. Norderstedt 2005.

Quellen

Bayer AG, Geschäftsbereich Pharma: *Gerhard Domagk 1895–1964. Lebenserinnerungen in Bildern und Texten*, Köln 1995.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 43552

0-1-7-1942.0000 / Blatt 726

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1022-D / Nr. 8351

Bundesarchiv Berlin

BArch R 4901/ 13261

BArch R 9361-II / 175101

BArch R 9361-VI / 497

Universitätsarchiv Münster

UArch Münster / Bestand 10 / 1454

Straßen-/Platzname: Eckenerstraße

Datum der Benennung: 06. 11. 1961

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hugo Eckener (1868-1954), deutscher Unternehmer und Luftschiffpionier.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Psychologie, Volkswirtschaft und Geschichte sowie der anschließenden Promotion arbeitete Hugo Eckener zunächst als freier Schriftsteller und Zeitungskorrespondent. In dieser Funktion berichtete er wiederholt über die Luftschiffe des Unternehmers Ferdinand Graf von Zeppelin, der ihn 1906 als Mitarbeiter anstellte und zum Luftschiffkapitän ausbildete; in den folgenden Jahren stieg Eckener bis in den Vorstand der „Zeppelin-Gesellschaft“ auf und übernahm die Leitung der „Deutschen Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft“ (DELAG). Als Nachfolger des Grafen Zeppelin widmete er sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Weiterentwicklung der zivilen Luftschiffahrt und ließ zahlreiche interkontinentale Passagierfahrten durchführen. 1952 wurde Hugo Eckener mit dem großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Nationalsozialismus

Hugo Eckener zählt zu den bedeutenden Protagonisten der Luftfahrtgeschichte; die von ihm entwickelten Zeppeline gehörten zu den „spektakulärsten technischen und fliegerischen Errungenschaften ihrer Zeit“ (Botting, S. 12) und schufen die Grundlagen des interkontinentalen Luftverkehrs. Im Dritten Reich stellte sich der Unternehmer öffentlich gegen die Nationalsozialisten, die ihn unter Druck setzten und in seiner Arbeit einschränkten.

Als Anhänger des parlamentarischen Systems der Weimarer Republik und Repräsentant der politischen Mitte hatte Hugo Eckener die Propaganda der NSDAP zu Beginn der 1930er Jahre scharf kritisiert und sich für die Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning ausgesprochen; im Vorfeld der Reichstagswahlen 1933 war der Unternehmer gar als potentieller Gegenkandidat zu Adolf Hitler gehandelt worden. Obwohl er sich auch nach der „Machtergreifung“ abfällig über die NS-Führung äußerte und seine Abneigung offen zeigte, gehörte Eckener im Dritten Reich nur bedingt zu den verfolgten Personenkreisen. Während ihn anfangs noch die persönliche Verbindung zu Reichspräsident Paul von Hindenburg geschützt hatte, bewahrten ihn später sein internationales Ansehen und seine zahlreichen Auslandsaufenthalte vor der Verhaftung. Da das NS-Regime mit dem Entzug der staatlichen Mittel für den Luftschiffbau drohte, verfasste Eckener 1934 eine Rundfunkansprache, in der widerwillig die Wahl Hitlers zum Reichskanzler empfahl.

Darüber hinaus erkannten die Nationalsozialisten den propagandistischen Nutzen der Zeppeline und ließen diese mit entsprechender Symbolik ausstatten. Mit der Gründung der „Deutschen Zeppelin-Reederei“ (DZR) unter dem Vorsitz von Hermann Göring verlor Hugo

Eckener 1935 seinen Einfluss auf das aktive Geschäft und wurde als Aufsichtsratsvorsitzender „formal kaltgestellt“. (Braun, S. 632) Nachdem er den Missbrauch seiner Luftschiffe in Anwesenheit von Vertretern des Propagandaministeriums angeprangert hatte, wurde sein Name 1936 aus der medialen Berichterstattung verbannt; ferner rieten kulturpolitische Stellen davon ab, Eckener für Vortragstätigkeiten im Ausland einzusetzen: *„Er hat als Redner sehr enttäuscht, weil er sich von allen deutschen und besonders nationalsozialistischen Belangen distanziert hat [...].“* Ungeachtet seiner politischen Gegnerschaft wurde Hugo Eckener 1938 für eine Fachpublikation von der Mitgliedschaft in der „Reichsschrifttumskammer“ befreit und erhielt ein Jahr später den Titel eines „Wehrwirtschaftsführers“; anlässlich seines 75. Geburtstags wurde ihm 1943 der Professorentitel verliehen.

Nach der Explosion des Zeppelins „Hindenburg“ im Jahr 1937 und dem Verbot der Wasserstoffbetankung kam die zivile Verkehrsluftschiffahrt weitestgehend zum Erliegen. Angesichts der aggressiven deutschen Außenpolitik hatten die Vereinigten Staaten bereits zugesagte Heliumexporte eingestellt, sodass die Luftschiffe nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs außer Dienst gestellt und schließlich abgewrackt wurden. In seinem späteren Entnazifizierungsverfahren wurde Hugo Eckener zunächst als „belastet“ eingestuft und mit einer Geldstrafe sowie der fünfjährigen Aberkennung seiner bürgerlichen Rechte belegt, bevor die Militärregierung das Urteil nach öffentlichen Protesten 1949 aufhob.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Botting, Douglas: Der große Zeppelin. Hugo Eckener und die Geschichte des Luftschiffs, München 2002.

Braun, Helmut: Aufstieg und Niedergang der Luftschiffahrt. Eine wirtschaftshistorische Analyse, Regensburg 2007.

Ebner, Martin: Die Entnazifizierung von Zeppelin, Maybach, Dornier & Co. Wie Friedrichshafen „gesäubert“ wurde, Kindle Ausgabe 2013.

Italiaander, Rolf: Hugo Eckener – Ein moderner Columbus. Die Weltgeltung der Zeppelin-Luftfahrt in Bildern und Dokumenten, Konstanz 1979.

Italiaander, Rolf: Ein Deutscher namens Eckener. Luftfahrtpionier und Friedenspolitiker, Konstanz 1981.

Meyer, Henry Conrad: Airshipmen, Businessmen and Politics 1890-1940. Washington/London 1991.

Provan, John: Ferdinand Graf Zeppelin. Der Luftfahrtpionier und sein Konzern, Bielefeld 2009.

Quellen

Eckener, Hugo: Im Zeppelin über Länder und Meere. Flensburg 1949.

Italiaander, Rolf (Hrsg.): Hugo Eckener. Die Weltschau eines Luftschiffers, Husum 1980.

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-V / 4972

BArch NS 15 / 120

BArch NS 15 / 135

Straßen-/Platzname: Eitelstraße

Datum der Benennung: 17. 08. 1909

Begründung der Benennung: unbekannt

Die Evangelische Gemeinde Düsseldorf-Rath wandte sich 1951 mit der Bitte an die Stadtverordneten, die Eitelstraße umzubenennen. Als Gründe wurden neben der Verwechslungsgefahr mit der „Eifelstraße“ vor allem die fehlende Popularität des Namensgebers genannt: *„Auch alte Rather Bürger vermögen nicht anzugeben, nach wem die Straße ihren Namen eigentlich erhalten hat.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Eitel Friedrich Christian Karl von Preußen (1883-1942), preußischer Prinz.

Kurzbiographie / Verdienste

Der zweite Sohn Kaiser Wilhelms II. trat während seines Studiums in den Militärdienst ein und nahm als Generalmajor und Kommandeur des „Ersten Garde-Regiments zu Fuß“ am Ersten Weltkrieg teil; für seine Verdienste erhielt er das Eiserne Kreuz I. und II. Klasse sowie den höchsten Tapferkeitsorden „Pour le Mérite“. Nach Kriegsende engagierte sich Eitel Friedrich von Preußen im Wehrverband „Stahlhelm“ und wurde Mitglied im monarchistischen „Bund der Aufrechten“; bis 1926 war er Herrenmeister des Johanniterordens. 1931 gehörte der Prinz zu den Mitbegründern der „Harzburger Front“, einem Bündnis antidemokratischer Nationalisten und Rechtsextremisten.

Nationalismus / Militarismus

Als Mitglied des Hauses Hohenzollern und zweitältester Sohn des letzten deutschen Kaisers gehörte Eitel Friedrich von Preußen zu den wichtigsten Repräsentanten der Monarchie. Aufgrund seines Einsatzes an den vordersten Fronten des Ersten Weltkriegs galt der hochdekorierte Prinz in der Öffentlichkeit als zuverlässiger und pflichtbewusster Kommandeur; sein Engagement in nationalistischen und demokratiefeindlichen Organisationen rückte Eitel Friedrich schließlich in die Nähe der Nationalsozialisten, denen er allerdings ablehnend gegenüberstand.

Nach der Abdankung Kaiser Wilhelms II. und dem Thronverzicht des Kronprinzen im Jahr 1918 hatte Eitel Friedrich von Preußen auf den Gang ins Exil verzichtet und war als Stellvertreter der Familie in der Weimarer Republik verblieben. Der Prinz unterstützte Bestrebungen zur Restauration der Hohenzollern-Monarchie und „wusste sich eins mit den konservativen Kräften in Deutschland, die politisch bei der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und im ‚Stahlhelm‘ beheimatet waren.“ (Preußen, S. 360) Der paramilitärisch organisierte Wehrverband trat für die Interessen ehemaliger Kriegsteilnehmer ein und war „als Zugpferd des bürgerlichen Militarismus“ (Hoffstadt, S. 192) streng antiparlamentarisch und nationalistisch ausgerichtet. Im Oktober 1931 schloss sich der „Stahlhelm“ mit den Rechtsparteien und anderen demokratiefeindlichen Vereinigungen zur sogenannten

„Harzburger Front“ zusammen, um die Regierung unter Reichskanzler Heinrich Brüning zu stürzen. Ungeachtet seiner gesellschaftlichen Stellung bekleidete Eitel Friedrich von Preußen innerhalb dieser Allianz keine Führungsposition, sondern widmete sich der militärischen Traditionspflege und entwarf Pläne für die Neuorganisation der Reichswehr.

Ferner war der Prinz nach dem Ersten Weltkrieg dem sogenannten „Bund der Aufrechten“ beigetreten, der die Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie propagierte und zu diesem Zweck ebenfalls den Zusammenschluss mit rechten Kräften suchte. Dieses „vorwiegend aus gemeinsamem Radikalismus gespeiste Bündnis“ sollte „das völkische Gedankengut nach Möglichkeit mit dem Monarchismus aussöhnen.“ (Hofmann, S. 89)

Obwohl der Hohenzoller die Einheitsfront der nationalen Kräfte begrüßte, beobachtete er die zunehmende Machterweiterung der Nationalsozialisten mit Argwohn und lehnte die sukzessive Gleichschaltung seiner Verbände ab. Mit dem Verbot aller monarchistischen Vereinigungen und der Auflösung des „Stahlhelms“ im Jahr 1935 zog sich Eitel Friedrich von Preußen endgültig ins Privatleben zurück. Nach seinem Tod verweigerte ihm Adolf Hitler ein Begräbnis mit militärischen Ehren und untersagte Gästen der Trauerfeier das Erscheinen in Uniform.

Kategorie: B

Begründung: Mitgliedschaft in rechtsextremen Vereinigungen

Literatur

Hoffstadt, Anke: *Frontgemeinschaft? Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten und der Nationalsozialismus*, In: Krumeich, Gerd (Hrsg.): *Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg*. Essen 2010, S. 191-206.

Hofmann, Arne: „Wir sind das alte Deutschland, das Deutschland, wie es war ...“ Der „Bund der Aufrechten“ und der Monarchismus in der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1998.

Massenbach, Heinrich von: *Die Hohenzollern einst und jetzt. Die königliche Linie in Preußen, die fürstliche Linie in Hohenzollern*, Bonn 2004.

Preußen, Friedrich Wilhelm von: *Die Hohenzollern und der Nationalsozialismus*. München 1983.

Stribrny, Wolfgang: *Der Johanniterorden zwischen den zwei Weltkriegen*. In: Stribrny, Wolfgang.: *Der Johanniter-Orden und das Haus Hohenzollern*. Nieder-Weisel 2004, S.

Neumann, Kurt: *Was vor 75 Jahren geschah. Erinnerungen an die Harzburger Front*, In: Spurensuche Harzregion e.V. (Hrsg.): *Harzburger Front von 1931. Fanal zur Zerstörung einer demokratischen Republik*, Clausthal-Zellerfeld 2009, S. 9-18.

Kittel, Manfred: *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918-1933/36*, München 2000.

Quellen

Preußen, Eitel Friedrich: *Erstes Garde-Regiment zu Fuß. Nach den amtlichen Kriegstagebüchern und persönlichen Aufzeichnungen*, Oldenburg /Berlin 1922.

Das Manifest der Harzburger Front vom 11. Oktober 1931. In: Müller, Rainer A. (Hrsg.): *Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung. Nr. 9: Weimarer Republik und Drittes Reich 1918 – 1945*, Stuttgart 2007, S. 130-132.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 1

Bundesarchiv Berlin

BArch R 8034 / 108

Straßen-/Platzname: Finschstraße

Datum der Benennung: 14. 03. 1952

Begründung der Benennung

Otto Finsch „hat 1884 die Besitzergreifung der Kolonien Bismarckarchipel und Neuguinea vorbereitet. Nach ihm ist der Ort Finschhafen benannt.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Friedrich Hermann Finsch (1839-1917), deutscher Zoologe, Ethnologe und Forschungsreisender.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einer abgebrochenen Schulausbildung und ersten privaten Forschungsreisen durch Osteuropa arbeitete Otto Finsch als Assistent am Reichsmuseum für Naturgeschichte in Leiden, wo er sich der Ornithologie zuwandte. 1864 erhielt er eine Anstellung als Konservator der „Gesellschaft Museum“ in Bremen, bevor er die Leitung des städtischen Völkerkunde-Museums übernahm. In den 1880er Jahren unternahm Finsch Expeditionen im Südpazifik und bereitete im Auftrag der Berliner „Neuguinea-Kompagnie“ die Besitzergreifung jener Gebiete vor, die den Kern der späteren Kolonie Deutsch-Neuguinea bildeten; bis heute erinnert die Hafenstadt Finschhafen an der Nordküste von Papua-Neuguinea an den Forschungsreisenden. Darüber hinaus sind mehrere Papageienarten nach Otto Finsch benannt.

Kolonialismus / Rassismus

Obwohl Otto Finsch zu den „Kolonialpionieren“ des Kaiserreichs gehörte, galt sein Augenmerk weniger den deutschen Handelsinteressen als vielmehr der Erforschung des pazifischen Lebensraums. Der „Globetrotter- und Amateur-Wissenschaftler“ (Hiery, S. 98) befasste sich nicht nur mit der Vogelwelt der Südsee, sondern studierte auf seinen Reisen auch die indigene Bevölkerung und veröffentlichte seine Beobachtungen in zahlreichen Fachbeiträgen. Der persönliche Kontakt mit den Völkern des Westpazifiks korrigierte sein vorgefertigtes Bild einer unterentwickelten Zivilisation und führte in späteren Jahren zu einer teils kritischen Auseinandersetzung mit den Folgen des Kolonialismus.

1879 war Otto Finsch mit Unterstützung der Humboldt-Stiftung erstmals zu einer mehrjährigen Expeditionsreise in die Südsee aufgebrochen, auf der er sich neben seinen Studien auch der Sammlung zoologischer und ethnologischer Exponate für deutsche Museen widmete. Aufgrund seiner regionalen Kenntnisse und Erfahrungen wurde der Ornithologe 1884 von der Berliner „Neuguinea-Kompagnie“ mit der Erschließung von Territorien im Westpazifik beauftragt; seine Hauptaufgabe bestand darin, in Begleitung zweier Kriegsschiffe „natürliche Häfen auszumachen, Karten anzulegen und die Bewohner der Küsten möglichst günstig für fremden Besuch zu stimmen.“ (Minden, S. 70) Die durch Vertragsabschlüsse und Flaggenhissung gesicherten Inseln erhielten den Namen „Bismarck-Archipel“, der nordöstliche Teil Neuguineas wurde als „Kaiser-Wilhelms-Land“ unter Schutz gestellt. Nach

dem Abschluss der Auftragsreise war Otto Finsch noch zwei Jahre in beratender Funktion für die „Neuguinea-Kompagnie“ tätig, fühlte sich von der Handelsgesellschaft allerdings nicht hinreichend gewürdigt und lehnte ein Stellenangebot ab. In der Folgezeit konnte er zunächst nicht an seine frühere berufliche Laufbahn anknüpfen und kehrte erst 1897 als Abteilungsleiter an das Reichsmuseum in Leiden zurück.

Obwohl der Forschungsreisende den europäischen Kolonialismus durchaus befürwortete, bemängelte er dessen Herrschaftspraktiken und widerlegte die in Kolonialkreisen gängigen Vorurteile gegenüber den Völkern der Südsee; seine Expeditionsberichte und Fachbeiträge schwanken „zwischen Kolonialapologetik und -kritik, Dienstbarkeit und Dissidenz, Mitmachen und Melancholie.“ (Joch, S. 132) So bescheinigte Finsch den Indigenen beispielsweise eine „*musterhafte Wirtschaft*“ sowie eine moralische Integrität, die noch nicht durch negative europäische Einflüsse (Alkoholismus, Spielsucht) geprägt sei: „*Ich muss immer wieder über das Bedauern der civilisierten [sic] Welt lächeln, welche alle Menschen durch unsere Civilisation [sic] glücklich zu machen meint.*“ In diesem Zusammenhang kritisierte er den zum Teil rücksichtslosen Umgang der „Neuguinea-Kompagnie“ mit der indigenen Bevölkerung und forderte die Entmachtung des Unternehmens durch das Deutsche Reich. Darüber hinaus hatte der Zoologe im Hinblick auf die sogenannte „Rassenfrage“ bereits 1882 die Existenz wesentlicher Unterschiede zwischen Europäern und Nicht-Europäern angezweifelt: „*Ich muss auf Grund [sic] meiner Erfahrungen (ich will nicht Studien sagen) annehmen, dass es nur eine einzige Menschen-Species [sic] giebt [sic]!*“

Ungeachtet seines Einsatzes für die Völker des Westpazifiks begrüßte Otto Finsch dennoch die Einführung der deutschen Gerichtsbarkeit in den vom ihm erschlossenen Kolonialgebieten und sondierte wirtschaftlich verwertbare Landstriche.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / persönliche Entwicklung

Literatur

Abel, Herbert: *Finsch, Otto Friedrich Hermann*. In: Historische Gesellschaft Bremen, Staatsarchiv Bremen (Hrsg.): *Bremische Biographie 1912–1962*. Bremen 1969, S. 150-151.

Demhardt, Imre Josef: *Aufbruch ins Unbekannte. Legendäre Forschungsreisen von Humboldt bis Hedin*, Darmstadt 2011.

Hiery, Hermann: *Die deutschen Kolonien in der Südsee*. In: Gründer, Horst/Hiery, Hermann (Hrsg.): *Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick*, Berlin 2017, S. 89-122.

Howes, Hilary Susan: *The Race Question in Oceania. A. B. Meyer and Otto Finsch between metropolitan theory and field experience 1865–1914*, Frankfurt am Main 2013.

Joch, Markus: *Völkerkunde in Neuguinea. Herbst 1988 – Otto Finsch rettet die Ehre der Menschenfresser*, In: Honold, Arnold/Scherpe, Klaus R. (Hrsg.): *Mit Deutschland um die Welt. Eine Kulturgeschichte des Fremden in der Kolonialzeit*, Stuttgart 2004, S. 127-135.

Minden, Peter: *Die „zwei Seelen“ in der Brust des Ethnographen. Otto Finschs Reise nach Neuguinea 1884/85*, In: Harms, Volker (Hrsg.): *Andenken an den Kolonialismus*. Tübingen 1984, S. 66-81.

Quellen

Finsch, Otto: *Samoafahrten. Reisen in Kaiser Wilhelms-Land und Englisch-Neu-Guinea in den Jahren 1884 und 1885 an Bord des deutschen Dampfers "Samoa"*, Leipzig 1888.

Finsch, Otto: *Die Rassenfrage in Oceanien*. In: Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte (Hrsg.): *Zeitschrift für Ethnologie*. Band 14, 1882, S. 163-166.

Finsch, Otto: *Die Deutsche Kolonialausstellung. Zur Ethnologie unserer Südsee-Besitzungen*, In: *Deutsche Kolonialzeitung*, 9. Jg., 1896, Hefte 26-28.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054/ Band 1

Bundesarchiv Berlin

R 8023 / 823

Straßen-/Platzname: Freytagstraße

Datum der Benennung: 11. 08. 1903

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Gustav Freytag (1816-1895), deutscher Schriftsteller, Journalist und Kulturhistoriker.

Kurzbiographie/Verdienste

Der studierte Philologe arbeitete nach seiner Promotion und Habilitation zunächst als Privatdozent, bevor er sich hauptsächlich der schriftstellerischen Tätigkeit widmete. Als Herausgeber der nationalliberalen Zeitschrift „Die Grenzboten“ unterstützte er die Idee einer deutschen Einheit unter preußischer Führung und saß zwischenzeitlich als Abgeordneter der Nationalliberalen Partei im Reichstag; 1870/71 nahm er als Berichterstatter am Deutsch-Französischen Krieg teil. In seinen Dramen und Romanen (darunter das heute umstrittene Werk „Soll und Haben“) befasste sich Freytag mit den Werten der bürgerlichen Lebenswelt und avancierte so zu einem der bedeutendsten Schriftsteller des 19. Jahrhunderts.

Antisemitismus

Obwohl Gustav Freytag zu den populärsten Literaten seiner Zeit gehörte und im ausgehenden 19. Jahrhundert auf dem Lehrplan deutscher Gymnasien stand, hat ihn die Literaturwissenschaft des 20. Jahrhunderts weitestgehend vergessen. Diese Entwicklung basierte nicht zuletzt auf dem Vorwurf des Antisemitismus; Freytags einst gefeierter Roman <Soll und Haben> bediente die antijüdischen Klischees des damaligen Bildungsbürgertums und trug zur Verbreitung antisemitischer Stereotype bei.

Die Darstellung der jüdischen Figuren im 1855 erschienenen Werk fußt auf gängigen Vorurteilen, die sich auf Sprache, Auftreten und Verhaltensweise beziehen. So verkörpern der Händler Veitel Itzig („*keine auffallend schöne Erscheinung*“) und die Kaufmannsfamilie Ehrenthal („*das kriechende Wesen des Vaters*“) das Bild des hinterlistigen und habsüchtigen jüdischen Kapitals. Darüber hinaus werden diese in einen ständigen Kontrast zum deutschen Idealbild des Autors gesetzt; der Protagonist Anton Wolfahrt und die Kaufmannsfamilie Schröter repräsentieren die bürgerlichen Tugenden (Ordnung, Anstand, Leistungsbereitschaft) des 19. Jahrhunderts. Ferner greift Freytag in seinem Roman antipolnische Ressentiments auf, um eine moralische und wirtschaftliche Überlegenheit des deutschen Volkes zu demonstrieren.

Dass der Schriftsteller auch außerhalb der Literaturwelt antisemitische Vorurteile pflegte, beweist der von ihm verfasste Artikel „*Die Juden in Breslau*“ aus dem Jahr 1849, in dem er die deutsche Bürgerkultur bedroht sah: „*Die Lage Schlesiens an der Grenze von Posen, Polen und Galizien, begünstigt ein fortwährendes Eindringen der polnischen Schacherjuden in die Provinz [...]. Da hier die Destillation anfängt, bleibt auch der meiste Schmutz bei uns sitzen.*“

Allerdings betrachten jüngere Untersuchungen zu Gustav Freytags Biographie diesen ausdrücklich nicht als überzeugten Antisemiten und verweisen in diesem Zusammenhang auf dessen Unterstützung für die Judenemanzipation ab den 1860er Jahren. Anlässlich der Wiederveröffentlichung von Richard Wagners antisemitischer Schrift „Das Judentum in der Musik“ distanzierte sich der Schriftsteller: *„Wir halten aber gegenwärtig einen ernsten Angriff auf das jüdische Wesen unter uns nach keiner Richtung für zeitgemäß, nicht in Politik, nicht in Gesellschaft, nicht in Wissenschaft und Kunst.“* 1890 gehörte er zu den Unterzeichnern der sogenannten „Notabeln-Erklärung“, die sich gegen die antisemitische Bewegung aussprach; später trat er in den „Verband zur Abwehr des Antisemitismus“ ein. In einem Aufsatz, der 1893 in einer Wiener Zeitung veröffentlicht wurde, bezog Gustav Freytag abermals Stellung und griff die judenfeindlichen Propagandisten direkt an: *„Was jetzt mit aufgebauschtem Namen die "antisemitische Bewegung" genannt wird, ist in Wahrheit noch das alte Leiden, die Judenhetze [...]. Das Getöse ist so heftig, daß [sic] auch verständige Männer fragen, was daraus werden solle. Es giebt [sic] darauf nur eine runde Antwort: Nichts wird daraus. Für den Eifer und den Haß [sic] der Feindseligen durchaus nichts.“*

Kategorie: C

Begründung: persönliche Entwicklung

Literatur

Achinger, Christine: *Gespaltene Moderne. Gustav Freytags <Soll und Haben> – Nation, Geschlecht und Judenbild*, Würzburg 2007.

Burdekin, Hannah: *Kontinuität oder Veränderung? Freytags Judenbild vor und nach <Soll und Haben>*, In: Krobb, Florian (Hrsg.): *150 Jahre <Soll und Haben>. Studien zu Gustav Freytags kontroversen Roman*, Würzburg 2005, S. 269-284.

Gubser, Martin: *Literarischer Antisemitismus. Untersuchungen zu Gustav Freytag und anderen bürgerlichen Schriftstellern des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1998.

Hopp, Andrea: *„Gustav Freytag und die Juden“*, In: Hahn, Hans Werner/Oschmann, Dirk (Hrsg.): *Gustav Freytag (1816-1895). Literat, Publizist, Historiker*, Köln/Weimar/Wien 2016, S. 233-247.

Hubrich, Peter Heinz: *Gustav Freytags „Deutsche Ideologie“ in <Soll und Haben>*. Kronberg 1974.

Mühlen, Brent Ture von zur: *Gustav Freytag. Biographie*, Göttingen 2016.

Wyrwa, Ulrich: *Gustav Freytag*, In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 2, Berlin 2009, S. 253-255.

Quellen

Freytag, Gustav: *Soll und Haben*. München 1953.

Freytag, Gustav: *Die Juden in Breslau*, In: Elster, Ernst (Hrsg.): *Vermischte Aufsätze aus den Jahren 1848 bis 1894*, Band 2, Leipzig 1903, S. 339-347.

Freytag, Gustav: *Der Streit über das Judenthum in der Musik*. In: *Die Grenzboten*, Jg. 28, 1869, Nr. 22, S. 333–336.

Freytag, Gustav: *Über den Antisemitismus. Eine Pfingstbetrachtung*, In: *Neue Freie Presse*, 21. Mai 1893.

Straßen-/Platzname: Kaiser-Friedrich-Ring / Kaiser-Friedrich-Straße / Kronprinzenstraße

Datum der Benennung: vor 1909 / vor 1929 / 03. 07. 1854

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Friedrich III. / Friedrich Wilhelm Nikolaus Karl von Preußen (1831-1888), deutscher Kaiser und König von Preußen.

Kurzbiographie / Verdienste

Der älteste Sohn Kaiser Wilhelms I. erhielt eine militärische Ausbildung und absolvierte zusätzlich ein rechtswissenschaftliches Studium an der Universität Bonn; 1849 wurde er zum Generalgouverneur der Rheinprovinz ernannt. Als preußischer Kronprinz stellte sich Friedrich Wilhelm gegen die Innenpolitik Otto von Bismarcks und avancierte so zur Hoffungsfigur der Liberalen. In den sogenannten „Einigungskriegen“ führte er als General der Infanterie die II. und III. Armee an; 1870 erhielt er für seine Verdienste den Titel eines Generalfeldmarschalls. Nach der deutschen Reichsgründung förderte Friedrich Wilhelm die königlichen Museen und trat im März 1888 schließlich die Nachfolge seines Vaters an, erlag allerdings nur drei Monate später einem Krebsleiden. Aufgrund seiner kurzen Regentschaft ist Friedrich III. als „99-Tage-Kaiser“ in die Geschichte eingegangen.

Militarismus

Kaiser Friedrich III. gehörte seiner Zeit zu den beliebtesten und angesehensten Mitgliedern des Hauses Hohenzollern. Der frühe Tod des Monarchen nur knapp 100 Tage nach der Übernahme der Kaiserwürde bedeutete nicht nur machtpolitische Veränderungen, sondern begründete auch den Mythos des vermeintlich liberalen und aufgeklärten Regenten, der das Deutsche Reich vor den Katastrophen des 20. Jahrhunderts hätte bewahren können. Diese Auffassung wird von der historischen Forschung mittlerweile angezweifelt.

Der einzige Sohn Kaiser Wilhelms I. war bereits in Kindheit und Ausbildung mit freiheitlich-nationalen Strömungen in Kontakt gekommen, wurde in seiner politischen Willensbildung aber vor allem durch die familiäre Verbindung zum englischen Königshaus beeinflusst; 1858 hatte Friedrich Wilhelm eine Tochter Queen Victorias geheiratet, die aus ihren „am großen Vorbild Englands geschulten liberalen Überzeugungen“ (Kraus, S. 271) keinen Hehl machte. Dementsprechend vertrat er durchaus fortschrittliche Positionen und unterstützte beispielsweise die Forderung nach der Durchsetzung des Rechts- und Verfassungsstaats. Darüber hinaus engagierte sich der Hohenzoller gegen die aufkommende antisemitische Bewegung, kritisierte den gesellschaftlichen Einfluss der katholischen Kirche und missbilligte die Todesstrafe.

Ungeachtet seiner Sympathien für liberale Werte und Ideen war Friedrich Wilhelm dennoch ein überzeugter Monarchist und in der Tradition des Militärs verhaftet; als solcher lehnte er den Parlamentarismus und das allgemeine Wahlrecht ab. Obwohl er sich im Jahr

1863 öffentlich von der repressiven Pressepolitik Otto von Bismarcks distanziert hatte, unterstützte er 1878 die Verabschiedung des sogenannten „Sozialistengesetzes“, das sämtliche sozialdemokratische Aktivitäten untersagte. Angesichts dieser „Spannung zwischen den westeuropäisch-liberalen und den preußisch-autoritären Zügen [seines] Lebenskonzepts“ wird eine hypothetische Entwicklung Friedrichs III. zum „Bürger-Kaiser“ (Seier, S. 417) von Historikern angezweifelt.

Ferner gilt Friedrich Wilhelm als zögernd und wenig durchsetzungsfähig; Wilhelm I. misshagte die Einmischungen seines Sohnes in die Regierungsangelegenheiten, sodass der sich in den 1860er Jahren weitestgehend aus der Politik zurückzog und vermehrt repräsentativen Pflichten nachging. Durch seine Verdienste als Befehlshaber avancierte er im Zuge der deutschen „Einigungskriege“ in der Öffentlichkeit zum Nationalhelden, konnte sich bis zum Ableben seines Vaters politisch allerdings nicht behaupten. „Friedrich Wilhelm mag für die Zeit nach seiner Thronbesteigung Veränderungen geplant haben; [...] alles in allem war die direkte Wirkung des Kronprinzen und Kaisers auf seine Umwelt und den Gang der deutschen Geschichte [jedoch] ausgesprochen begrenzt.“ (Müller, S. 355)

Kategorie: C

Begründung: keiner Kategorie zuzuordnen

Literatur

Herre, Franz: Kaiser Friedrich III. Deutschlands liberale Hoffnung, Eine Biographie, Stuttgart 1987.

Kraus, Hans-Christof: *Friedrich III.* In: Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.): Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II., München 2000, S. 265-289.

Müller, Frank Lorenz: Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen – Prinz, Monarch, Mythos, München 2013.

Seier, Helmut: *Friedrich III. – Deutscher Kaiser 1888.* In: Schindling, Anton/Ziegler, Walter (Hrsg.): Die Kaiser der Neuzeit 1519-1918. Heiliges Römisches Reich – Österreich – Deutschland, München 1990, S. 410-418.

Treue, Wilhelm: *Kaiser Friedrich III.* In: Treue, Wilhelm (Hrsg.): Ploetz. Drei deutsche Kaiser, Wilhelm I. - Friedrich III. - Wilhelm II., Ihr Leben und ihre Zeit 1858 – 1918, Freiburg im Breisgau 2003, S. 81-140.

Quellen

Baumgart, Winfried (Hrsg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866 – 1888, Paderborn 2012.

Straßen-/Platzname: Füsilierstraße

Datum der Benennung: 30. 09. 1902

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 wurde im Jahr 1818 gegründet und nach der Teilnahme am Deutsch-Deutschen Krieg 1866 in Düsseldorf stationiert. Seine Mannschaften kämpften sowohl im Feldzug gegen Frankreich 1870/71 als auch im Ersten Weltkrieg, nach dessen Ende der Infanterieverband aufgelöst wurde. 1936 erfolgte im Rheinland die Reaktivierung des Regiments; von 1886-2005 bestand die „Kameradschaft ehemaliger 39er“. Während ein erstes im Jahr 1928 errichtete Ehrenmal von den Nationalsozialisten entfernt wurde, erinnert bis heute das im Jahr 1939 eingeweihte Kriegerdenkmal in Golzheim an die verschollenen und gefallenen Mitglieder.

Militarismus

Das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 nahm im 19. und frühen 20. Jahrhundert einen festen Platz in der militärischen Tradition Düsseldorfs ein und genoss in der ehemaligen Garnisonsstadt zu Friedens- und Kriegszeiten hohes Ansehen. Von König Friedrich Wilhelm III. im Jahr 1818 zur Belagerung von Festungen gegründet, wurde der Infanterieverband zunächst in Luxemburg, Mainz und Koblenz stationiert.

Im Deutsch-Deutschen Krieg war das Regiment 1866 sowohl an der Besetzung Kurhessens als auch an den Kämpfen gegen die hannoverschen und bayrischen Streitkräfte beteiligt. Nach Beendigung des Feldzugs bezogen die Bataillone ihr Quartier in Düsseldorf, wo sie *„von den Vertretern der Stadt begrüßt und unter freudiger Teilnahme der Einwohner durch die festlich erleuchteten Straßen nach der Kaserne geleitet“* wurden. Im Krieg gegen Frankreich kämpfte der Verband zunächst in den Schlachten von Spichern und Gravelotte, bevor er die Einschließung der französischen Festung Metz unterstützte und auch an der Belagerung kleinerer Städte mitwirkte. Bei der Rückkehr nach Düsseldorf wurden die Mannschaften mit *„Kränzen und Blumen überschüttet“* und *„mit fliegenden Fahnen“* begrüßt.

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs rückte das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 im Zusammenschluss mit weiteren Verbänden in das neutrale Belgien ein, wo es an der Einnahme der Festung Lüttich teilnahm. Auch im weiteren Verlauf des Konflikts blieben die Bataillone an der Westfront eingesetzt, so zum Beispiel in der Schlacht von Verdun, die angesichts des massiven Einsatzes von Geschützen hohe Verluste auf beiden Seiten forderte. Anlässlich der Entlassung Erich Ludendorffs aus dem Dienst der Obersten Heeresleitung erhielt das Regiment nach Kriegsende den Beinamen *„General Ludendorff“*, wurde im Jahr 1919 allerdings demobilisiert und aufgelöst.

Auf Initiative der seit 1886 bestehenden „Kameradschaft ehemaliger 39er“ war bereits nach dem Ende des Deutsch-Französischen Kriegs ein Denkmal im Aaper Wald errichtet worden. 1928 folgte die Einweihung eines zentralen Ehrenmals an der Düsseldorfer Tonhalle, das durchaus auch an die Schrecken des Krieges erinnern sollte; *„von Heldenmut,*

Todesverachtung, Opferbereitschaft war keine Rede.“ (Brandt, S. 258) Die Nationalsozialisten diffamierten das Monument und seine Gestaltung daraufhin als Produkt einer jüdischen Verschwörung und ließen es nach der „Machtergreifung“ 1933 entfernen; erst 1976 wurden die noch existierenden Fragmente an ihrem ursprünglichen Bestimmungsort wieder aufgestellt. Indem das NS-Regime das Niederrheinische Füsilier-Regiment Nr. 39 im Jahr 1936 reaktivierte, „knüpfte es ganz bewusst an die alte Garnisonstradition der Stadt an.“ (Looz-Corswarem, S. 63) Drei Jahre später wurde als Erinnerung an die verschollenen und gefallenen Regimentsmitglieder ein neues Kriegerdenkmal am Reeser Platz eingeweiht, dessen martialische und revancharische Symbolik nach wie vor kontrovers diskutiert wird.

Kategorie: C

Begründung: Teil der militärischen Stadtgeschichte

Literatur

Brandt, Susanne: *Trauer und fortgesetzter Krieg. Totengedenken zwischen Trauer und Kriegsverherrlichung in Düsseldorf nach dem Ersten Weltkrieg*, In: Dülffer, Jost/Krumeich, Gerd (Hrsg.): *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002, S. 243-260.

Krumeich, Gerd: *Denkmäler zwischen Mahnmal und Schande*. Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 219-230.

Looz-Corswarem, Clemens von: *Düsseldorf als Garnisonsstadt*. In: Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 35-88.

Moll, Jakob: *Geschichte der Kameradschaft ehemaliger 39er in Düsseldorf*. In: *100 Jahre Kameradschaft ehemaliger 39er (1886) Düsseldorf. Festschrift zum 12. Großen Wiedersehen aller ehemaligen 39er vom 12.-14.09.1986 in Düsseldorf*, Düsseldorf 1986. S. 19-36.

Quellen

Rintelen, W.: *Geschichte des Niederrheinischen Füsilier-Regiments Nr. 39*. Berlin 1911.

Rudorff, Franz von: *Das Füsilier-Regiment General Ludendorff (Niederrheinisches) Nr. 39 im Weltkrieg 1914–1918*. Berlin 1925.

Moll, Jakob: *Regimentsgeschichte des Infanterie-Füsilier-Regiment 39 für die Zeit von 1936 bis 1945*. Herzogenrath 1968.

Straßen-/Platzname: Ganghoferstraße

Datum der Benennung: 16. 10. 1936

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Ludwig Albert Ganghofer (1855-1920), deutscher Heimatschriftsteller.

Kurzbiographie/Verdienste

Nach einem Studium der Literaturgeschichte und Philosophie sowie der anschließenden Promotion arbeitete Ludwig Ganghofer als Dramaturg und Feuilletonredakteur, bevor er sich ganz der Schriftstellerei widmete. In seinen Heimatromanen (z.B. „Das Schweigen im Walde“), die größtenteils Geschichten und Sagen des Berchtesgadener Landes aufgreifen, stehen die Erlebnisse und Schicksale der einfachen Menschen im Vordergrund. Darüber hinaus thematisierte der Volksschriftsteller auch gesellschaftliche Konflikte – insbesondere in Bezug auf die konträren Lebensbedingungen der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Zwischen 1915 und 1917 betätigte sich Ganghofer als Kriegsberichterstatteur und veröffentlichte eine Vielzahl an Kriegsgedichten.

Militarismus

Von seinen zeitgenössischen Kritikern mitunter als „Heile-Welt-Schreiber“ charakterisiert, zählt Ludwig Ganghofer nach wie vor zu den bekanntesten deutschen Schriftstellern. Dieser Umstand resultiert nicht zuletzt aus den zahlreichen Verfilmungen seiner Werke, die insbesondere in der jungen Bundesrepublik das Bild der bayrischen Alpenidylle geprägt haben. Auch den Nationalsozialisten dienten Ganghofers unverfängliche Geschichten zur Unterhaltung. Dennoch ist der Schriftsteller von der Literaturwissenschaft des 20. Jahrhunderts weitestgehend ignoriert worden; eine ideologische Einordnung seiner Person erweist sich als schwierig und ist bisher nur vereinzelt versucht worden.

Anders als es seine Literatur vermuten lässt, beschäftigte sich Ludwig Ganghofer eingehend mit den gesellschaftspolitischen Themen seiner Zeit. Als Mitbegründer und Vorsitzender der „Literarischen Gesellschaft“ wehrte sich der kulturpolitisch eher liberal eingestellte Heimatschriftsteller gegen Zensurmaßnahmen und setzte sich für verfolgte Autoren ein; im Fall der für ihre satirischen Beiträge berüchtigten Wochenzeitschrift „Simplicissimus“ trat Ganghofer als Sachverständiger in Erscheinung, um die Einstellung der Gerichtsverfahren zu erreichen. Darüber hinaus weisen seine Werke keine antisemitischen Tendenzen auf, und auch privat äußerte sich der mit einer Frau jüdischer Abstammung verheiratete Literat in keiner Weise abwertend: *„Ich habe gefunden, daß [sic] in jüdischen Familien alle Wichtigkeiten der Menschwerdung [...] viel natürlicher und verständiger genommen und besprochen werden, als die verkrüppelte Sittlichkeit unserer „christlich-arischen Kultur“ das zuläßt [sic].“*

Allerdings stimmte auch Ludwig Ganghofer in die allgemeine Kriegsbegeisterung des Jahres 1914 ein. Da er als kriegsuntauglich eingestuft worden war, verfasste er zunächst

propagandistische Lyrik: „*Sie [die Soldaten] ziehen vorüber und sind verschwunden, ich sehe den Sieg, nicht Tod und Wunden, und sehe Tränen in jedem Blick – So weint nicht die Sorge, so weint das Glück.*“ Neben seiner Vaterlandsliebe dürfte auch die persönliche Beziehung zu Wilhelm II. Ganghofers Patriotismus verstärkt haben; der Kaiser schätzte die Heimatliteratur des Schriftstellers und sandte ihn 1915 als Berichterstatter an die Front. Seine in hoher Auflage publizierten „Kriegsbücher“ enthalten sowohl neutrale Beobachtungen als auch nationalistische und teils martialische Passagen: „*Wenn die Deutschen kommen, wird erst einmal Ordnung geschaffen. Singend, lachend, fröhlich und zufrieden befreien sie die Umwelt <vom üblichen französischen Schmutz>.*“ Angesichts der sich abzeichnenden deutschen Niederlage trat Ganghofer 1917 in die rechtsradikale „Deutsche Vaterlandspartei“ (DVLP) ein, die einen „Siegfrieden“ propagierte und sich für weitreichende Annexionen einsetzte; die Bewegung löste sich nach Kriegsende wieder auf.

Der in der Vergangenheit geäußerte Vorwurf, Ludwig Ganghofer habe mit seiner Kriegspropaganda „die Gesinnungs- und Gesundungsvorstellungen des Dritten Reiches geradezu vorweggenommen“ (Koch, Akzente S. 430), ist wissenschaftlich allerdings nicht haltbar; gleiches gilt für die Abwertung seiner Heimatliteratur als „terroristische Volksverbesserung“ (Schwerte, S. 208). Für die Nationalsozialisten gehörten Ganghofers Werke, die größtenteils das einfache Gut-Böse-Schema vor der Kulisse des bayrischen Hochlands präsentieren, in die Kategorie der klassischen Unterhaltungsliteratur und ließen sich dementsprechend unproblematisch zu Propagandazwecken einsetzen. „Die Leser konnten etwas in die Hand nehmen, das vermeintlich nach <Blut und Boden> roch, in Wirklichkeit aber vor allem die Bilder der guten alten Zeit transportierte.“ (Adam, S. 201)

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Adam, Christian: Lesen unter Hitler. Autoren, Bestseller, Leser im Dritten Reich, Berlin 2010.

Braitto, Karl Emil: Ludwig Ganghofer und seine Zeit. Innsbruck 2005.

Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.

Koch, Werner: *Der Kriegsberichterstatte Ludwig Ganghofer*. In: Akzente. Zeitschrift für Literatur, Band 1, München 1954-1974, S. 425-430.

Koch, Werner: Ganghofers Haltung. Referat in zwei Teilen, Steiner Verlag, Wiesbaden 1979.

Pecher, Claudia Maria/Stegherr, Marc: *Das „Hochland“ im Weltbild Ganghofers und seiner Zeit. Eine kulturgeschichtliche Untersuchung*, In: Pellengahr, Astrid/Kraus, Jürgen (Hrsg.): Kehrseite eines Klischees. Der Schriftsteller Ludwig Ganghofer, Thalhofen 2005, S. 70-83.

Scheichl, Sigurd Paul: *Humor in der Kriegsberichterstattung. Roda Roda und Ludwig Ganghofer im Ersten Weltkrieg*, In: Korte, Barbara/Tonn, Horst (Hrsg.): Kriegskorrespondenten. Deutungsinstanzen in der Mediengesellschaft, Wiesbaden 2007, S.237-253.

Schwerte, Hans: *Ganghofers Gesundung. Ein Versuch über sendungsbewusste Trivialliteratur*, In: Burger, H.O. (Hrsg.): Studien zur Trivialliteratur. Frankfurt am Main 1968, S. 154-208.

Thumser, Gerd: Ludwig Ganghofer. Alpenkönig und Kinofreund, München 2005.

Quellen

Ganghofer, Ludwig: Eiserne Zither. Kriegslieder, Stuttgart 1915.

Ganghofer, Ludwig: Reise zur deutschen Front. Berlin 1915.

Ganghofer, Ludwig: Lebenslauf eines Optimisten. Band 1: Buch der Kindheit, Stuttgart 1920.

Straßen-/Platzname: Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße

Datum der Benennung: 1964

Begründung der Benennung

„Er war der Führer der Widerstandsbewegung gegen Hitler und für den Fall von Hitlers Sturz als Reichskanzler vorgesehen. Nach dem Fehlschlag des Attentats vom 20. 7. 1944 wurde er verhaftet und hingerichtet.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Carl Friedrich Goerdeler (1884-1944), deutscher Jurist, Politiker und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus; Oberbürgermeister von Leipzig (1930-1937) und Reichskommissar für Preisüberwachung (1931-1935).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seinem Jurastudium war Carl Friedrich Goerdeler zunächst in der Kommunalverwaltung von Solingen tätig, bevor er nach seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg in die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) eintrat und zweiter Bürgermeister von Königsberg wurde. 1930 erfolgte die Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, ein Jahr später erhielt Goerdeler unter Reichskanzler Heinrich Brüning das Amt des Reichspreiskommissars. Aus Protest gegen das NS-Regime trat er 1937 als Oberbürgermeister zurück und avancierte zu einem der führenden Widerständler gegen Hitler; für den Fall eines erfolgreichen Umsturzes war der Jurist als neuer Regierungschef vorgesehen. Nach seiner Verhaftung wurde Carl Friedrich Goerdeler vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus / Antisemitismus

Carl Friedrich Goerdeler gehörte zu den führenden Köpfen des politisch-militärischen Widerstands im Dritten Reich und hat „entscheidend dazu beigetragen, dass sich eine eindrucksvolle Oppositionsbewegung gegen Hitler formieren konnte.“ (Mommsen 2005, S. 102) Während dieser Verdienst sowohl im wissenschaftlichen als auch im öffentlichen Diskurs hinreichend gewürdigt wird, repräsentieren Goerdelers gesellschaftspolitische Ansichten und seine Haltung zur sogenannten „Judenfrage“ nach wie vor Streitpunkte der historischen Forschung.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war der nationalkonservative Jurist als entschiedener Gegner des Versailler Vertrags in die rechtsgerichtete Deutschnationale Volkspartei (DNVP) eingetreten, die sich für die Restauration der Monarchie einsetzte und die Rückgabe der deutschen Ostgebiete forderte; in diesem Zusammenhang unterstützte Goerdeler Bestrebungen zur Wiederaufnahme des militärischen Kampfes gegen Polen und wurde Mitglied im „Deutschen Ostbund“, der die Errichtung eines Großdeutschlands propagierte. Darüber hinaus entwickelte er in den 1920er Jahren „autoritäre Verfassungskonzeptionen“, die „im bürgerlichen Lager [allerdings] verbreitet waren“. (Reich, S. 103)

Carl Friedrich Goerdeler lehnte das parlamentarische System der Weimarer Republik ab, passte sich jedoch den politischen Gegebenheiten an und befürwortete als Reichskommissar für Preisüberwachung die Wirtschaftspolitik von Reichskanzler Heinrich Brüning, was 1931 zu seinem Austritt aus der DNVP führte. Der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten stand er zunächst aufgeschlossen gegenüber, entsprach doch deren revanchistische und totalitäre Propaganda durchaus seinen eigenen rechtskonservativen Vorstellungen; das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“ zur Aufhebung der Gewaltenteilung „betrachtete [der Jurist] als befreiende Maßnahme, die es endlich möglich machte, überfällige Reformen durchzuführen.“ (Mommsen 2003, S. xli) Dementsprechend war Goerdeler als Oberbürgermeister von Leipzig an der Gleichschaltung der Stadtverwaltung beteiligt und befasste sich in den Anfangsjahren des Dritten Reiches vor allem mit wirtschafts-, finanz- und kommunalpolitischen Fragen. Gleichzeitig unterband er 1933 die nationalsozialistische Beflaggung des Leipziger Rathauses und entschied sich gegen eine Mitgliedschaft in der NSDAP.

Obwohl sich Carl Friedrich Goerdeler nachweislich wiederholt von den antijüdischen Willkür- und Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes distanziert hat und sich bereits zu Beginn des Dritten Reiches für jüdische Mitbürger einsetzte, werden ihm von Vertretern der historischen Forschung antisemitische Ressentiments zugeschrieben. Diese verweisen auf sein Engagement in der rechtsextremen DNVP, führen aber insbesondere seine im Jahr 1941 verfasste Denkschrift "Das Ziel" an, in der Goerdeler nicht nur die Beibehaltung eines übergeordneten „Reichsführers“ propagierte und deutschen Kolonialbesitz befürwortete, sondern auch die Gründung eines jüdischen Staates zur Lösung der „Judenfrage“ vorschlug. Während einige Historiker dieses Konzept als Beleg für „antijüdische Vorbehalte“ (Held, S. 310) werten, sehen andere darin „das Bestreben, die Verfolgten der Verfolgung zu entziehen.“ (Hoffmann, S. 245)

Die Machterweiterung der NSDAP und der Verlust von Rechtsstaatlichkeit und Ordnung stießen bei Goerdeler zunehmend auf Kritik. Nachdem die Nationalsozialisten während seiner Abwesenheit das Leipziger Mendelssohn-Denkmal entfernt hatten, trat er 1937 aus Protest von seinem Amt zurück. Als Berater der Firma Bosch unternahm Goerdeler in der Folgezeit zahlreiche Auslandsreisen, auf denen er Industrielle und Politiker vor Adolf Hitler warnte; gleichzeitig versuchte er, hochrangige NS-Funktionäre wie Hermann Göring von der Sinnlosigkeit der aggressiven deutschen Außenpolitik zu überzeugen. Mit dem Überfall auf Polen im September 1939 entschied sich der ehemalige Oberbürgermeister schließlich für den aktiven Widerstand, sammelte bürgerliche und militärische Mittstreiter um sich (Goerdeler-Kreis) und beteiligte sich an zahlreichen Umsturzplänen – ein Attentat auf Hitler lehnte er allerdings aus religiösen Gründen ab. Nach seiner Verhaftung durch die Gestapo im August 1944 wurde er vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und Anfang 1945 hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Hehl, Ulrich von: *Der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler im Streit der Meinungen*. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Band 20, 2013, S. 17-35.

Held, Steffen: *Carl Goerdeler, der Antisemitismus und die Leipziger Stadtverwaltung 1933-1936*. In: Leipziger Blätter, Heft 39, 2001, S. 39-41.

Hoffmann, Peter: *Carl Goerdeler gegen die Verfolgung der Juden*. Köln/Weimar/Wien, 2013.

Meyer-Krahmer, Frieder: *Carl Friedrich Goerdeler und sein gesellschaftlich-geistiges Umfeld in Leipzig*. In: Blecher, Jens (Hrsg.): *Leipziger offene Stadtgesellschaft und Widerstand 1933 bis 1944*. Leipzig 2015, 55-70.

Mommsen, Hans: *Ludwig Beck und Carl Goerdeler – Führer des zivilen Widerstandes gegen Hitler*. In: Brakelmann, Günter/Keller, Manfred (Hrsg.): *Der 20. Juli und das Erbe des deutschen Widerstandes*. Münster 2005, S. 89-102.

Mommsen, Hans: *Carl Friedrich Goerdeler im Widerstand gegen Hitler*. In: Gillmann, Sabine/Mommsen, Hans (Hrsg.): *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*. Band 1, München 2003, S. xxxvii-lxvii.

Reich, Ines: *Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat*. Köln 1997.

Ritter, Gerhard: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*. Stuttgart 1984.

Sassin, Horst R.: *Carl Goerdeler. Hitlers Widersacher in der Solinger Kommunalpolitik 1911 bis 1920*, Göttingen 2013.

Wilms, Beke: *Die europarechtlichen und europapolitischen Vorstellungen Carl Friedrich Goerdelers für ein Deutschland nach dem Nationalsozialismus*. Hamburg 2008.

Quellen

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1942.0000 Blatt 687

Gillmann, Sabine/ Mommsen, Hans (Hrsg.): *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*. Band 1 und 2, München 2003.

Beck, Ludwig/Goerdeler, Carl Friedrich/Schramm, Wilhelm Ritter von (Hrsg.): *Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden*, München 1965.

Straßen-/Platzname: Gravelottestraße

Datum der Benennung: 01. 03. 1906

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Die Schlacht von Gravelotte-St. Privat am 18. August 1870 bildete den Abschluss der Gefechte um die lothringische Festungsstadt Metz und markierte gleichzeitig das größte und verlustreichste Aufeinandertreffen der gegnerischen Streitmächte im Deutsch-Französischen Krieg. Der Sieg der preußischen Truppen führte zu einer mehrwöchigen Belagerung der französischen Rheinarmee, sodass diese die napoleonischen Streitkräfte in der Schlacht von Sedan Anfang September 1870 nicht mehr unterstützen konnte. Im Jahr 2014 wurde in Gravelotte das „Museum des Deutsch-Französischen Krieges und der deutschen Annexion“ eröffnet.

Militarismus

Nach dem deutschen Sieg über die Franzosen in den Grenzschlachten bei Weißenburg, Wörth und Spichern Anfang August 1870 hatte sich die französische Rheinarmee unter Marschall Francois-Achille Bazaines in Richtung der Festungsstadt Metz zurückgezogen. Generalstabschef Helmuth von Moltke ließ die 1. und 2. Armee direkt gegen Metz marschieren, was am 14. und 16. August 1870 zu den Gefechten bei Colombey-Nouilly und Vionville-Mars-la-Tour führte, die die preußischen Truppen ebenfalls für sich entscheiden konnten.

Am 18. August 1870 trafen die gegnerischen Streitkräfte zwischen den Ortschaften Gravelotte und St. Privat aufeinander; es entwickelte sich „die blutigste Frontalschlacht des Krieges“. (Haselhorst, S. 98) Die bis in die Abendstunden andauernden Kämpfe waren durch den Einsatz neuentwickelter Infanteriewaffen geprägt (Granaten, Chassepot-Gewehre) und forderten tausende Opfer auf beiden Seiten. In diesem Zusammenhang erinnern zeitgenössische Berichte „an Bilder von Trümmerlandschaften des Ersten Weltkriegs, an die völlig verwüsteten Gegenden an der Somme oder in Flandern“. (Steinbach, S. 41)

Nach der Besetzung von Gravelotte und der Einnahme kleinerer Stellungen konnten preußische Truppen schließlich das Dorf St. Privat stürmen, sodass sich die französische Rheinarmee hinter die Forts von Metz zurückziehen musste. Es folgte eine mehrwöchige Belagerung, die erst im Oktober 1870 mit der Kapitulation und Gefangennahme der Franzosen endete. In der Zwischenzeit war das deutsche Heer bis auf Paris vorgerückt.

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*. Ares-Verlag, Graz 2009, S. 83-120.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Steinbach, Matthias: *Abgrund Metz. Kriegserfahrung, Belagerungsalltag und nationale Erziehung im Schatten einer Festung 1870/71*, München 2002.

Markov, Walter/Helmert, Heinz: *Schlachten der Weltgeschichte*. Gütersloh 1983.

Elliot-Wright, Philipp: *Gravelotte – St. Privat 1870. End of the Second Empire*, Oxford 1993.

Quellen

Bleibtreu, Carl: *Gravelotte. Die Kämpfe um Metz*, Stuttgart 1899.

Straßen-/Platzname: Gustaf-Gründgens-Platz

Datum der Benennung: 29. 10. 1976

Begründung der Benennung

Die Straßenbenennung erfolgte, *„um das Wirken des Schauspielers, Regisseurs und Theaterleiters Gustaf Gründgens in seiner Geburtsstadt zu würdigen, da er insbesondere die Theatergeschichte Düsseldorfs nach 1945 in entscheidender Weise geprägt und Maßstäbe gesetzt hat, die auch in der internationalen Theaterwelt anerkannt werden.“*

Name, Beruf, Funktion oder Amt

Gustav „Gustaf“ Heinrich Arnold Gründgens (1899-1963), deutscher Schauspieler und Intendant; Senator der Reichskulturkammer (1935), Preußischer Staatsrat (1936) und Generalintendant des Preußischen Staatstheaters (1935-1945).

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Düsseldorfer entdeckte sein schauspielerisches Interesse in einem der Fronttheater des Ersten Weltkriegs und erhielt anschließend eine Ausbildung an der Schauspielschule Düsseldorf. Neben seinen zahlreichen Engagements als Darsteller sammelte Gustaf Gründgens auch Regie-Erfahrung, sodass er ab 1928 an Berliner Bühnen inszenierte. Seine herausragende Darstellung des Teufels „Mephisto“ in Goethes Werk „Faust“ verhalf ihm schließlich zum Durchbruch und schrieb Theatergeschichte. Gleichzeitig machte sich Gründgens als Charakterdarsteller in der Filmwelt einen Namen. 1934 übernahm er die Intendanz des Preußischen Staatstheaters. Nach Kriegsende konnte Gründgens als Leiter der Städtischen Bühnen in Düsseldorf an seine früheren Erfolge anknüpfen und gründete 1952 das Düsseldorfer Schauspielhaus. Seit 2012 werden Vertreter der darstellenden Künste in Hamburg mit dem „Gustaf-Gründgens-Preis“ ausgezeichnet.

Nationalsozialismus

Gustaf Gründgens zählt zu den wohl bedeutendsten deutschen Schauspielern des 20. Jahrhunderts und hat als Darsteller und Intendant Theatergeschichte geschrieben. Während seine Verdienste um das kulturelle Leben Deutschlands und insbesondere der Stadt Düsseldorf unbestritten sind, ist sein Wirken im Dritten Reich nach wie vor Gegenstand zahlreicher Spekulationen. Die „jahrzehntelange Diskussion um Recht und Unrecht, Schuld oder Unschuld des von Hermann Göring protegierten Künstlers“ (Blubacher 2011, S. 10) hat einen Mythos geschaffen, der eine historische Einordnung seiner Person zusätzlich erschwert.

Obwohl Gustaf Gründgens in der Weimarer Republik zu den Repräsentanten eines modernen, experimentellen und politisch linksorientierten Schauspiels gehört hatte, entschied er sich 1933 gegen die Emigration. Während zahlreiche jüdische und politisch unliebsame Ensemblemitglieder des Preußischen Staatstheaters entlassen und mit einem Berufsverbot belegt wurden, konnte Gründgens mit seiner Darstellung des „Mephisto“ Reichsminister Hermann Göring beeindrucken. Darüber hinaus dürfte die

freundschaftliche Beziehung zu seiner Schauspielkollegin Emmy Sonnemann (ab 1935 Emmy Göring) seine Stellung zusätzlich gestärkt haben; über das Ausmaß ihrer Unterstützung wird allerdings bis heute spekuliert. Fest steht, dass Sonnemann „ihren späteren Gatten auf die Qualitäten von Gründgens hingewiesen“ hat (Michalzik, S. 81).

Noch im Jahr der Machtergreifung wurde Gründgens mit der kommissarischen Leitung des Staatsschauspiels beauftragt, übernahm 1934 die Intendanz des Staatstheaters und erhielt im selben Jahr den Titel eines Preußischen Staatsschauspielers. Ferner wurde ihm 1935 das – lediglich repräsentative – Amt eines Senators der Reichskulturkammer angetragen. Als einer der „begünstigten Vorzeigekünstler“ (Walach, S. 85) des Dritten Reiches stand Gründgens trotz seiner Homosexualität, die ein offenes Geheimnis darstellte, unter dem persönlichen Schutz Hermann Görings. Angesichts der Verschärfung des berüchtigten Paragraphen 175 und der öffentlichen Angriffe gegen Gründgens Person machte der Reichsminister seinen Intendanten 1936 zum Preußischen Staatsrat und garantierte ihm auf diese Weise „quasi Immunität“. (Blubacher 2011, S. 76)

Durch seine herausragende Stellung verfügte Gustaf Gründgens sowohl in finanzieller als auch in künstlerischer Hinsicht über große Handlungsspielräume und nutzte diese, um sich für verfolgte Theaterleute einzusetzen; so engagierte er „jüdisch versippte“ Kollegen, verhalf einigen von ihnen zur Flucht ins Ausland und bewahrte 1943 den kommunistischen Schauspieler Ernst Busch vor der Todesstrafe. Darüber hinaus war er als Anhänger einer unpolitischen Kunstästhetik darum bemüht, den Einfluss der Nationalsozialisten auf den Spielplan des Staatstheaters zu begrenzen. Das nach 1945 verbreitete Bild einer „inselartigen“ und von den politischen Verhältnissen losgelösten Bühne ist allerdings von der jüngeren Forschung widerlegt worden; „durch die Illusion, das Theater könne sich auf sich selbst, seine eigene Wirklichkeit und Schönheit, zurückziehen, entging [Gustaf Gründgens] die weitgehende Integration seiner künstlerischen Arbeit in die Kulturfassade des nationalsozialistischen Staates.“ (Jammerthal, S. 230) Darüber hinaus ließ sich der Generalintendant für NS-Propaganda instrumentalisieren und übernahm – wenn auch nur widerwillig – eine Rolle in dem anglophoben Film „Ohm Krüger“. 1943 meldete er sich zum freiwilligen Dienst in der Wehrmacht, den er als Unteroffizier und Wachtmeister in einer Flakstellung in den Niederlanden ableistete, bevor er ein Jahr später von Hermann Göring zurück nach Berlin beordert und in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen wurde.

Nach Kriegsende verbrachte Gustaf Gründgens mehrere Monate in sowjetischer Gefangenschaft und wurde im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens von zahlreichen Theaterkollegen entlastet, sagte allerdings auch selbst zugunsten anderer Kulturschaffender aus, so zum Beispiel für Emmy Göring und Veit Harlan, den Regisseur des antisemitischen Werks „Jud Süß“. Neben Gründgens Wirken als Generalintendant beschäftigte sich die Entnazifizierungskommission mit seinem Anwesen in Zeesen, das er im Jahr 1934 mit Hilfe eines SA-Juristen aus jüdischem Besitz und unter Wert erworben hatte. Da Gründgens laut eigenen Angaben weder über den politischen Hintergrund des Rechtsanwalts noch über den Kaufwert der Immobilie informiert gewesen war und auch der ursprüngliche Eigentümer an seiner Schuld zweifelte, wurde diese Angelegenheit nicht weiterverfolgt; erst 1998 wurde

der Landsitz im Rahmen eines Gerichtsverfahrens rückübertragen. Während die Entnazifizierungskommission in Berlin den Künstler „nicht als Nutznießer des Systems“ betrachtete (Meiszius, S. 245) und ihm ab 1946 die Tätigkeit als Schauspieler und Regisseur bewilligte, stuft ihn die britische Militärregierung in Düsseldorf aufgrund seiner Ämter im Dritten Reich als „Mitläufer“ ein. Aus Sorge um den neuen Intendanten der Städtischen Bühnen bemühte sich Oberstadtdirektor Walther Hensel um eine Revision; 1948 wurde Gründgens endgültig entnazifiziert.

Obwohl Gustaf Gründgens zu den populärsten Künstlern des Dritten Reiches avancierte und finanziell erheblich profitierte, gehörte er doch gleichzeitig einer Bevölkerungsgruppe an, die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt war. Dementsprechend erschwert die Widersprüchlichkeit seines Handelns eine historische Einordnung seiner Person: „Er war – je nach Perspektive – der skrupellose, erfolgssüchtige Karrierist [...] oder der menschlich integre und dabei persönlich gefährdete Intendant, der mit seinem Theater einen Freiraum innerhalb des totalitären Staates schuf und couragiert bedrohte Kollegen schützte.“ (Blubacher 2013, S. 7)

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Berger, Renate: Tanz auf dem Vulkan. Gustaf Gründgens und Klaus Mann, Darmstadt 2016.

Blubacher, Thomas: Gustaf Gründgens. Biografie, Leipzig 2013.

Blubacher, Thomas: Gustaf Gründgens. Hamburg 2011.

Goertz, Heinrich: Gustaf Gründgens. In Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1982.

Jammerthal, Peter: *Die „erste Bühne des Reiches“*. Gustaf Gründgens und das Berliner Staatstheater, In: Benz, Wolfgang/Eckel, Peter/Nachama, Andreas (Hrsg.): Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten, Berlin 2015, S. 219-232.

Lindeiner-Stráský, Karina: *„Görings glorreichste Günstlinge“*. The Portrayal of Wilhelm Furtwängler and Gustaf Gründgens as Good Germans in the West German Media since 1945, In: O Dochartaigh, Pól/Schönfeld, Christiane (Hrsg.): Representing the „Good German“ in Literature and Culture after 1945. Altruism and Moral Ambiguity, Rochester 2013, S. 29-49.

Meiszies, Winrich: *Gustav Gründgens (1899–1963)*. In: Rheinische Lebensbilder, Band 16, Köln 1997, S. 239–254.

Michalzik, Peter: Gustaf Gründgens. Der Schauspieler und die Macht, Berlin 1999.

Petropoulos, Jonathan: Artists under Hitler. Collaboration and Survival in Nazi Germany, Yale 2014.

Schrader, Bärbel: *„Jederzeit widerruflich“*. Die Reichskulturkammer und die Sondergenehmigungen in Theater und Film des NS-Staates, Berlin 2008.

Stern, Carola: Auf den Wassern des Lebens. Gustaf Gründgens und Marianne Hoppe, Köln 2005.

Walach, Dagmar: Aber ich habe nicht mein Gesicht. Gustaf Gründgens, eine deutsche Karriere, Berlin 1999.

Quellen

Katasteramt Düsseldorf

Akte „Gustaf-Gründgens-Platz“

Carl Zuckmayer: Geheimreport. Dossiers über deutsche Künstler, Journalisten und Verleger im „Dritten Reich“. Hrsg. von Gunther Nickel und Johanna Schrön. Wallstein, Göttingen 2002

Badenhausen, Rolf/Gründgens-Gorski, Peter (Hrsg.): Gustaf Gründgens. Briefe – Aufsätze – Reden, Hamburg 1967.

Straßen-/Platzname: Gurlittstraße

Datum der Benennung: 25. 02. 1965

Begründung der Benennung

„Unter seiner Leitung wurde der Kunstverein zum größten seiner Art in Deutschland und durch die von ihm gepflegte Ausweitung des Programms auch auf literarische und musikalische Veranstaltungen zu einem Sammelpunkt des kulturellen Lebens in Düsseldorf.“

Hildebrand Gurlitt *„hat in den Jahren nach dem Zweiten Weltkriege dem Wiederaufbau des kulturellen Lebens in Düsseldorf sowohl durch seine Ausstellungstätigkeit wie durch seine kulturelle Arbeit überhaupt wesentliche Akzente gegeben. [...] Darüber hinaus war er eine derart profilierte Persönlichkeit, dass sie aus dem kulturellen Leben Düsseldorfs nicht wegzudenken ist.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hildebrand Gurlitt (1895-1956), deutscher Kunsthistoriker und Kunsthändler.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Enkel des Landschaftsmalers Louis Gurlitt studierte nach seinem Militärdienst im Ersten Weltkrieg zunächst Kunstgeschichte, bevor er die Leitungen des König-Albert-Museums in Zwickau (1925-1930) und des Hamburger Kunstvereins (1931-1933) übernahm. Im Dritten Reich arbeitete Gurlitt als Kunsthändler und wurde als Haupteinkäufer für das geplante Führermuseum in Linz mit der Zusammentragung von Kunstwerken beauftragt. Als Geschäftsführer des renommierten Düsseldorfer „Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen“ widmete er sich nach Kriegsende der Rehabilitierung der von den Nationalsozialisten diffamierten „entarteten Kunst“, realisierte moderne Ausstellungskonzepte und baute den Verein zu einer der führenden deutschen Kunstinstitutionen auf.

Nationalsozialismus

Mit der Bekanntgabe des sogenannten „Schwabinger Kunstfundes“ im Jahr 2013 sind der Kunsthistoriker Hildebrand Gurlitt und dessen Wirken im Nationalsozialismus schlagartig in den Mittelpunkt des öffentlichen und wissenschaftlichen Interesses gerückt. Die ungeklärte Herkunft seiner etwa 1600 Gemälde und Graphiken umfassenden Kunstsammlung – zahlreiche dieser Werke hatten seit dem Dritten Reich als verschollen gegolten – löste eine in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellose Diskussion über NS-Raubkunst aus, deren „hoher Grad an Skandalisierung“ (Meier u.a., S. 21) Hildebrand Gurlitt als gewissenlosen Nutznießer der nationalsozialistischen Kulturpolitik erscheinen ließ. Mittlerweile ist die Zahl der verdächtigen Bilder allerdings „wie ein Schneemann in der Sonne zusammengeschmolzen“ (Remy, S. 24); bis heute (Stand März 2019) konnten lediglich fünf Werke eindeutig als Raubkunst identifiziert und an die Nachfahren ihrer ursprünglichen Eigentümer zurückgegeben werden. Aktuelle Studien zu Gurlitts Biographie zeichnen die

widersprüchliche und komplexe Rolle des Kunsthändlers nach, der „im Nationalsozialismus unter Druck geriet, mitmischte und sich [schließlich] verstrickte“. (Hoffmann/Kuhn, S. 11)

Bereits vor der Machtergreifung Adolf Hitlers im Jahr 1933 hatte sich der von den Nationalsozialisten propagierte Begriff der „entarteten Kunst“ zunehmend in der Kulturlandschaft der Weimarer Republik etabliert. Aufgrund seines Engagements für eben jene künstlerische Avantgarde verlor Hildebrand Gurlitt 1930 zunächst sein Amt als Direktor des König-Albert-Museums in Zwickau, bevor er drei Jahre später auch die Leitung des Hamburger Kunstvereins abgeben musste; der Kunsthistoriker hatte demonstrativ die angeordnete nationalsozialistische Beflaggung des Kunstvereinsgebäudes verweigert. Da ihm als sogenannter „Vierteljude“ – seine Großmutter war Jüdin – fortan eine leitende Stellung in Kulturinstitutionen verwehrt wurde, aber zunächst keine systematische Verfolgung drohte, machte sich Gurlitt als Kunsthändler selbstständig und gründete eine Galerie. Zu diesem Zweck meldete er 1934 seine Mitgliedschaft in der „Reichskammer der bildenden Künste“ an, die eine Voraussetzung für den Handel mit Kulturgut darstellte. In den folgenden Jahren organisierte er eigene Ausstellungen mit Werken der geächteten modernen Kunst und unterstützte zahlreiche verfolgte Künstler, Mäzene und Sammler, „profitierte [allerdings] immer mehr von der antisemitischen Politik des Dritten Reiches, gegen das er gleichzeitig Widerstand leistete“. (Hickley, S. 64) Im Zuge seiner Geschäfte mit Kunstwerken aus jüdischem Besitz erwarb er einige Bilder zunächst unter Wert und verkaufte diese später gewinnbringend weiter.

Angesichts der sogenannten „Zwangsarisierung“ der deutschen Wirtschaft, der staatlichen Beschlagnahmung „entarteter Kunst“ und der wiederholten Aufforderung, einen Abstammungsnachweis zu erbringen, fürchtete Hildebrand Gurlitt 1938 um seine berufliche und private Existenz. In dieser Situation empfahl er sich dem Propagandaministerium, das mit der devisenbringenden Veräußerung der enteigneten Kunstwerke beauftragt worden war, als Verkäufer. Bis 1941 übernahm der Kunsthändler von den Nationalsozialisten knapp 4000 Gemälde, Aquarelle und Graphiken, die er entgegen der Bestimmungen auch im Inland vermittelte; dabei brachte ihm jeder Umsatz eine Provision ein, die bis zu 25% der Verkaufssumme ausmachen konnte. Darüber hinaus schloss Gurlitt lukrative Tauschgeschäfte ab. Nach dem Abschluss dieser „Verwertungsaktion“ wurde Hildebrand Gurlitt als Haupteinkäufer für das geplante Führermuseum an der Donau akquiriert. Für den „Sonderauftrag Linz“ erwarb er ab 1943 mehrere hundert Kunstwerke im besetzten Ausland, darunter geraubte Bilder und Skulpturen aus öffentlichem und privatem Besitz. Ferner vermittelte er beschlagnahmtes Kulturgut auch an andere deutsche Museen.

In seinem Entnazifizierungsverfahren rechtfertigte Hildebrand Gurlitt seine Tätigkeit mit seiner jüdischen Abstammung und der Angst vor Zwangsarbeit; zahlreiche Entlastungszeugen verhalfen ihm schließlich zum Freispruch. Über den Grad seiner Verstrickung herrscht in der Forschung weitestgehend Konsens: Gurlitt gilt als „einer der bedeutendsten und umtriebigen Kunsthändler“ (Terlau, S. 19) des Dritten Reiches. Allerdings ist die Frage nach der moralischen Bewertung seines Handelns nicht abschließend zu beantworten. Während Hildebrand Gurlitt von den Geschäften mit „entarteter Kunst“ finanziell erheblich profitierte, gehörte er doch gleichzeitig zu jener

Bevölkerungsgruppe, die nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt war. Darüber hinaus hat er durch die eigenmächtige Vermittlung von Raubkunst an deutsche Sammler und Museen deren großangelegte Verbannung aus Deutschland „am nachhaltigsten sabotiert“. (Hoffmann, „Saboteur und Profiteur“, S. 160)

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Gramlich, Johannes/Hopp, Meike: „*Gelegentlich wird Geist zu Geld gemacht.*“ *Hildebrand Gurlitt als Kunsthändler im Nationalsozialismus*, In: Kunstmuseum Bern/Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hrsg.): Bestandsaufnahme Gurlitt. München 2017, S. 32-47.

Hoffmann, Meike/Kuhn, Nicola: *Hitlers Kunsthändler Hildebrand Gurlitt 1895–1956. Die Biographie*, München 2016.

Hoffmann, Meike: *Saboteur und Profiteur. Hildebrand Gurlitt als Händler „entarteter“ Kunst*, In: Fleckner, Uwe/Gaehetgens, Thomas/Huemer, Thomas (Hrsg.): *Markt und Macht. Der Kunsthandel im Dritten Reich*, Berlin 2017, S. 141-165.

Hoffmann, Meike: *Der lange Schatten der Vergangenheit. Eine kritische Betrachtung von Hildebrand Gurlitts Lebensweg*, In: Kunstmuseum Bern/Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hrsg.): *Bestandsaufnahme Gurlitt*. München 2017, S. 16-27.

Hickley, Catherine: *Gurlitts Schatz. Hitlers Kunsthändler und sein geheimes Erbe*, Wien 2016.

Kracht, Isgard: *Im Einsatz für die deutsche Kunst. Hildebrand Gurlitt und Ernst Barlach*, In: Steinkamp, Maïke/Haug, Ute (Hrsg.): *Werke und Werte. Über das Handeln und Sammeln von Kunst im Nationalsozialismus*, Berlin 2010, S. 41-60.

Meier, Oliver/Feller, Michael/Christ, Stefanie: *Der Gurlitt-Komplex. Bern und die Raubkunst*, Zürich 2017.

Remy, Maurice Philip: *Der Fall Gurlitt. Die wahre Geschichte über Deutschlands größten Kunstskandal*, Berlin/München/Zürich/Wien 2017.

Schwarz, Birgit: *Hildebrand Gurlitt und der „Sonderauftrag Linz“*. In: Kunstmuseum Bern/Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH (Hrsg.): *Bestandsaufnahme Gurlitt*. München 2017, S. 48-55.

Terlau, Katja: *Hildebrand Gurlitt (1895-1956) und sein Wirkungskreis in der NS-Zeit*. In: Heil, Johannes/Weber, Annette (Hrsg.): *Ersessene Kunst. Der Fall Gurlitt*, Berlin 2015, S. 19-36.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 18025 / Band 2

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1942.0000 / Blatt 655

0-1-7-1937.0000 / Blatt 543c

Straßen-/Platzname: Haberstraße

Datum der Benennung: 13. 11. 1958

Begründung der Benennung

Mit der Straßenbenennung sollte „*einer der bedeutendsten Vertreter der modernen Chemie*“ geehrt werden.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Fritz Haber (1868-1934), deutscher Chemiker.

Kurzbiographie/Verdienste

Nach Studium und Promotion betätigte sich Fritz Haber zunächst im Bereich der Brennstoffchemie und habilitierte sich über die Verbrennung von Kohlewasserstoffen. Das von ihm entdeckte Verfahren zur Ammoniaksynthese wurde in Zusammenarbeit mit dem Chemiker Carl Bosch für die industrielle Ammoniakgewinnung weiterentwickelt (Haber-Bosch-Verfahren), um die Produktion von Kunstdünger und Sprengstoff zu ermöglichen. 1918 erhielt Haber den Nobelpreis für Chemie und gründete zwei Jahre später die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Als Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie wurde er zu Beginn des Ersten Weltkriegs mit der Entwicklung von Gaskampfstoffen betraut und überwachte 1915 den deutschen Gasangriff bei Ypern. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 emigrierte der Wissenschaftler jüdischer Abstammung nach Großbritannien.

Militarismus

Fritz Haber zählt zu den bedeutendsten Wissenschaftlern des 20. Jahrhunderts und leistet mit seinen Entwicklungen zur Kunstdüngerproduktion nach wie vor einen entscheidenden Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung. Über dessen Einsatz in der Kampfstoff-Forschung des Ersten Weltkriegs ist allerdings lange Zeit hinweggesehen worden; eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Biographie des Chemikers begann erst in den 1990er Jahren. Die gegenwärtige Forschung zeichnet ein zwiespältiges Bild des Nobelpreisträgers, der für seine Verdienste um die Wissenschaft ebenso gewürdigt wie verachtet wird.

Wie viele Deutsche jüdischer Abstammung stellte sich auch der „überdurchschnittlich assimilationsbereite“ (Szöllösi-Janze, Biographie S. 63) und bereits im Jahr 1892 zum Protestantismus übergetretene Fritz Haber bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs in den Dienst des Deutschen Kaiserreiches. Zusammen mit zahlreichen Vertretern der intellektuellen Elite unterzeichnete er im Herbst 1914 das Propaganda-Manifest „An die Kulturwelt!“, in dem jegliche Kriegsschuld Deutschlands abgestritten und der Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der deutschen Kultur legitimiert wurde. Dementsprechend bot sich der Wissenschaftler dem Kriegsministerium als Berater an und befasste sich als chemischer Leiter der neu eingerichteten Kriegsrohstoffbehörde zunächst mit der Versorgungskrise an der Front; ungenügende Munitions- und Sprengstoffvorräte bedrohten den deutschen

Vormarsch. Haber koordinierte die großtechnische Durchführung des von ihm selbst entwickelten Verfahrens zur Ammoniaksynthese, um die Sprengstoffherstellung zu gewährleisten, und arbeitete an der Verbesserung von Explosivstoffen.

Angesichts des erstarren Stellungskriegs an der Westfront wurden Pläne für den strategischen Einsatz von Giftstoffen entworfen, die den Gegner gezielt schädigen und kampfunfähig machen sollten. Am 22. April 1915 organisierte und überwachte Fritz Haber an einem Frontabschnitt bei Ypern in Belgien den ersten deutschen Gasangriff der Geschichte; das aus Stahlflaschen abgelassene Chlorgas tötete tausende alliierte Soldaten und leitete ein Wettrüsten unter allen kriegsbeteiligten Staaten ein. Unter Habers Führung entwickelte sich das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie daraufhin „zur zentralen Einrichtung für die Erforschung und Entwicklung von chemischen Kampfstoffen“ (Rürup, S. 213) und er selbst avancierte „zum einem der wichtigsten Wissenschaftsorganisatoren des Ersten Weltkriegs“ (Schmaltz, S. 18).

Obwohl der Chemiker nach Kriegsende von den Alliierten zeitweise als Kriegsverbrecher gesucht wurde, verteidigte er den Einsatz chemischer Kampfstoffe als „*größte technische Neuerung des Landkrieges*“. In der Weimarer Republik setzte er seine Forschung auf dem Gebiet der Schädlingsbekämpfung fort, was ihn unfreiwillig und unwissentlich zu einem Wegbereiter des Holocausts werden ließ; das unter seiner Leitung von der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) entwickelte Mittel Zyklon B ermöglichte später den industriell organisierten Massenmord in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches, dem auch seine eigenen Verwandten zum Opfer fielen. Anfang der 1920er Jahre hatte Haber die Wirkung des Giftgases fatalerweise noch verharmlost: „*Die Einatmung der Blausäure belästigt in keiner Weise. Man kann nicht angenehmer sterben.*“

Kategorie: B

Begründung: herausragender Militarismus

Literatur

Charles, Daniel: *Between Genius and Genocide. The Tragedy of Fritz Haber, Father of Chemical Warfare*, London 2005.

Deichmann, Ute: *Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*, Köln 2001.

Kaiser, Gerhard: *Wie die Kultur einbrach. Giftgas und Wissenschaftsethos im Ersten Weltkrieg*, In: *Merkur*, Nr. 56 (2002), H. 635, S. 210-222.

Orth, Karin: *Vertreibung aus dem Wissenschaftssystem. Gedenkbuch für die im Nationalsozialismus vertriebenen Gremienmitglieder der DFG*, Stuttgart 2018.

Rürup, Reinhard: *Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von den Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*, Göttingen 2008.

Szöllösi-Janze, Margit: *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie*, München 1998.

Szöllösi-Janze, Margit: *Der Wissenschaftler als Experte. Kooperationsverhältnisse von Staat, Militär, Wirtschaft und Wissenschaft 1914-1933*, In: Kaufmann, Doris (Hrsg.): *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Band 1, Göttingen 2000, S. 46-64.

Schmaltz, Florian: *Chemie als Waffe. Fritz Haber und Richard Willstätter im Ersten Weltkrieg*, In: Crouthamel, Jason/Heikau, Ulrike (Hrsg.): *Krieg! Juden zwischen den Fronten 1914-1918*, Berlin 2014, S. 185-214.

Schmaltz, Florian: *Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie*, Göttingen 2017.

Stoltzenberg, Dietrich: *Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher Jude, Eine Biographie*, Weinheim 1998.

Quellen

Haber, Fritz: *Zur Geschichte des Gaskrieges*. In: Haber, Fritz (Hrsg.): *Fünf Vorträge aus den Jahren 1920–1923*. Berlin 1924, S. 76-91.

Haber, Fritz: *Die Chemie im Kriege*. In: Haber, Fritz (Hrsg.): *Fünf Vorträge aus den Jahren 1920–1923*. Berlin 1924, S. 25-41.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.0000 / Blatt 513

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Straßen-/Platzname: Albrecht-von-Hagen-Platz

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung:

Albrecht von Hagen gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Albrecht von Hagen (1904-1944), deutscher Jurist, Leutnant der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seinem Jurastudium arbeitete Albrecht von Hagen zunächst als Amtsrichter, bevor er 1931 eine Anstellung als Syndikus bei einem Kreditinstitut erhielt. Mitte der 1930er Jahre absolvierte er freiwillige Lehrgänge der Wehrmacht, sodass er bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als Leutnant der Reserve eingezogen wurde; zwischen 1940 und 1943 nahm von Hagen sowohl am Frankreichfeldzug als auch am Angriff auf die Sowjetunion teil. Während seiner Stationierung in Afrika machte er Bekanntschaft mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der ihn für den Widerstand gewinnen konnte. Nach seiner Versetzung in die Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres verwahrte der Oberleutnant das für einen Anschlag bestimmte Sprengmaterial und wurde nach den Ereignissen des 20. Juli 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Obwohl Albrecht von Hagen maßgeblich an der Organisation des Sprengstoffs für mehrere geplante Hitler-Attentate beteiligt war und damit zu den wichtigsten Mitgliedern der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg zählt, hat sich die historische Forschung bislang nicht ausführlich mit seiner Person befasst. Der Jurist hatte dem Nationalsozialismus anfangs durchaus aufgeschlossen gegenübergestanden, bevor er angesichts der gesellschaftspolitischen Entwicklungen auf Distanz ging und sich schließlich dem aktiven Widerstand anschloss.

Wie viele Angehörige seiner Generation, die die politische Instabilität der Weimarer Republik mit Sorge betrachteten, befürwortete Albrecht von Hagen Bestrebungen zur „Erneuerung Deutschlands“ und hielt diese „von Politikern, die sich national und zugleich sozial verstanden, am ehesten realisierbar.“ (Albrecht. S. 27) Gleichzeitig verweigerte er nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten den Eintritt in die NSDAP, was zu einer dauerhaften Beobachtung durch die Gestapo und zu einer Denunziation bei seinem Arbeitgeber führte. Obwohl der junge Syndikus die Vorwürfe entkräften konnte und ihn die Stettiner „Bank für Industrieobligationen“ nach Berlin versetzte, wo er zum Handlungsbevollmächtigten aufstieg, wurde er weiterhin überwacht.

Angesichts der Aufrüstung des NS-Regimes und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht absolvierte Albrecht von Hagen Mitte der 1930er Jahre militärische Lehrgänge,

um sich auf einen möglichen Dienst in der Wehrmacht vorzubereiten; Hitlers aggressive Außenpolitik lehnte er allerdings entschieden ab. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde der Jurist als Leutnant der Reserve zur 10. Panzerdivision einberufen und sowohl im Frankreich- als auch im Russlandfeldzug eingesetzt, wo er mit den Verbrechen an der Zivilbevölkerung konfrontiert wurde. Während seiner Stationierung in Tunesien traf von Hagen 1943 auf Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der ihn für den Widerstand gewinnen konnte.

Nach seiner Beförderung zum Oberleutnant und der Versetzung in die Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres wurde der Jurist unter seinem Vorgesetzten und Mitverschwörer Hellmuth Stief mit der Problematik der Kriegsspitzengliederung betraut. Darüber hinaus übernahm er den Kurierdienst zwischen dem „Führerhauptquartier“ in Ostpreußen und dem Allgemeinen Heeresamt in Berlin. Zusammen mit Major Joachim Kuhn organisierte und verwahrte Albrecht von Hagen mehrere Sprengstoffpakete, die jedoch nicht zum Einsatz kamen. Im Mai 1944 übergab er Sprengmaterial an Hellmuth Stieff, das dieser an Stauffenberg weiterleitete. Nach dem Scheitern des Umsturzes vom 20. Juli 1944 wurde Albrecht von Hagen vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Albrecht, Dagmar: „Mit meinem Schicksal kann ich nicht hadern“. Sippenhaft in der Familie Albrecht von Hagen, Berlin 2001.

Hofmann, Peter: Stauffenbergs Freund. Die tragische Geschichte des Widerstandskämpfers Joachim Kuhn. München 2007.

Hoffmann, Peter: Widerstand – Staatsstreich - Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1985.

Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.): Lexikon des Widerstandes 1933-145. München 1994.

Quellen

Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): "Spiegelbild einer Verschwörung". Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 in der SD-Berichtserstattung, Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt, Band 1 und 2, Stuttgart 1984.

Stadtarchiv Düsseldorf
0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Otto-Hahn-Straße

Datum der Benennung: 29. 08. 1980

Begründung der Benennung

Otto Hahn „entdeckte mit Fritz Straßmann 1938 die Kernspaltung des Urans.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Emil Hahn (1879-1968), deutscher Chemiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach der Promotion und verschiedenen Forschungstätigkeiten im In- und Ausland arbeitete Otto Hahn auf dem Gebiet der Radiochemie; 1910 erhielt er seine Berufung zum Professor. Im Ersten Weltkrieg war der Chemiker für die militärische Giftgas-Einheit unter Fritz Haber tätig. Als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie erforschte Otto Hahn zusammen mit der Physikerin Lise Meitner und dem Chemiker Fritz Straßmann radioaktive Elemente; 1938 gelang ihnen die Entdeckung der Kernspaltung. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und einer kurzen Internierung in Großbritannien wurde Hahn zum Präsidenten des Max-Planck-Instituts ernannt und erhielt den Nobelpreis für Chemie. Sein Einsatz für ein Atomwaffenverbot wurde 1954 mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt; 1959 erfolgte die Gründung des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung in Berlin.

Militarismus / Nationalsozialismus

Obwohl Otto Hahn durch die Entdeckung der Atomkernspaltung zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Wissenschaftsgeschichte zählt und in der Bundesrepublik parteiübergreifend hochgeschätzt wurde, ist das öffentliche Bild des Radiochemikers mittlerweile Gegenstand zahlreicher Diskussionen. Diese Entwicklung ist zum einen mit der allgemeinen Ablehnung der Kernkraft verbunden, basiert jedoch hauptsächlich auf Hahns Engagement für den Giftgaskrieg und seiner komplexen Rolle im Wissenschaftsbetrieb des Dritten Reiches. Darüber hinaus wird die Einordnung seiner Person in den historischen Kontext durch die konträren Einschätzungen der Fachhistoriker erschwert; während die einen den Wissenschaftler als Kollaborateur des NS-Regimes betrachten, lehnen andere dieses „Pauschalurteil“ (Trömel, S. 236) ausdrücklich ab und empfehlen eine differenziertere Betrachtung.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs diente der einberufene Otto Hahn zunächst als Leutnant an der Westfront, bevor er im Jahr 1915 der von Fritz Haber geleiteten Spezialeinheit für chemische Kriegsführung zugeteilt wurde. Als sogenannter „Gaspionier“ erkundete er geeignete Stellungen für den Giftgasangriff an der Front, entwickelte Gasgranaten und arbeitete an der Verbesserung von Schutzmasken. Wie der Großteil der deutschen Bevölkerung hatte der Chemiker bei Kriegsausbruch an ein „*siegreiches Ende*“ geglaubt und sich „*durchaus mit Überzeugung*“ an der Giftgasforschung beteiligt, setzte sich später allerdings kritisch mit seiner Verantwortung auseinander: „*Der ständige Umgang mit diesen starken Giftstoffen hatte uns so weit abgestumpft, daß [sic] wir beim Einsatz an der Front*

keinerlei Skrupel hatten.“ Beim Anblick der sterbenden Soldaten sei er *„tief beschämt und innerlich sehr erregt“* gewesen.

Es gilt als unbestritten, dass sich Otto Hahn mit den wissenschaftspolitischen Rahmenbedingungen des Dritten Reiches arrangierte und sich von der unverhofften Entdeckung der Kernspaltung im Jahr 1938 eine „Festigung seiner Position“ (Keiser, S. 290) versprach. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs stellte er das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in den Dienst des Heereswaffenamts (HWA), das mit Hilfe seines Uranprogramms den Bau eines Kernreaktors sowie die Entwicklung einer Kernwaffe anstrebte. Dieses Vorhaben scheiterte letztendlich an den fehlenden technologischen Voraussetzungen, und nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches versuchte Otto Hahn, seine eigene Beteiligung als reine Grundlagenforschung abzutun. Auch wenn diese Darstellung wohl als Schutzbehauptung gelten kann, wird der in der Vergangenheit geäußerte Vorwurf der kriegsbegeisterten „Selbstmobilisierung“ (Sime, S. 303) in jüngeren Studien angezweifelt. Fest steht allerdings, dass Hahns Institut unter dessen Leitung keinen Beitrag zu den deutschen Kriegsanstrengungen geleistet hat. Darüber hinaus setzte sich das Ehepaar Hahn als Gegner der nationalsozialistischen Weltanschauung nachweislich für zahlreiche jüdische Mitarbeiter und Bekannte ein.

Nach wie vor streitet sich die Forschung auch über die Rechtmäßigkeit des Hahnschen Nobelpreises, mit dem der Chemiker 1944 für die Entdeckung der Kernspaltung ausgezeichnet wurde. Diese resultierte nachweislich aus gemeinschaftlichen Experimenten sowie - im Fall Lise Meitners – einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit; die jüdische Physikerin hatte auch nach ihrer Emigration wesentliche Beiträge geliefert. Während Kritiker Otto Hahn vorwerfen, seine Arbeitskollegin vorsätzlich „aus der Geschichte der Entdeckung herausgeschrieben zu haben“ (Walker, S. 51), steht diese Anschuldigung für seine Befürworter „in krassem Gegensatz“ (Trömel, S. 175) zu den historischen Quellen.

Nach Kriegsende wurde Otto Hahn zusammen mit anderen führenden deutschen Wissenschaftlern zunächst in Großbritannien interniert, bevor er sich in Göttingen niederließ. Unter dem Eindruck der US-amerikanischen Atombombenangriffe auf Hiroshima lehnte der Chemiker den militärischen Einsatz der Kernenergie entschieden ab und engagierte sich bis zu seinem Lebensende für die atomare Abrüstung.

Kategorie: C

Begründung: persönliche Entwicklung

Literatur

Deichmann, Ute: *Flüchten, Mitmachen, Vergessen. Chemiker und Biochemiker in der NS-Zeit*, Weinheim 2001.

Hoffmann, Klaus: *Otto Hahn. Schuld und Verantwortung, Konflikte eines Wissenschaftlers*, Berlin 1993.

Keiser, Vera: *Hat Otto Hahn mit den Nazis kollaboriert? Eine Analyse des Aufsatzes „Die Uranspaltung hat da die ganze Situation gerettet.“ Otto Hahn und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie im Zweiten Weltkrieg von Ruth Lewin Sime*, In: Keiser, Vera (Hrsg.): *Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn*, Berlin 2018, S. 271-348.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2003.

Lorenz, Robert: *Otto Hahn. Der atomare Fluch und Segen*, In: Marg, Stine/ Walter, Franz (Hrsg.): *Göttinger Köpfe und ihr Wirken in die Welt*. Göttingen 2012, S. 89–93.

Sime, Ruth Lewin: *„Die Uranspaltung hat da die ganze Situation gerettet.“ Otto Hahn und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie im Zweiten Weltkrieg*, In: Maier, Helmut (Hrsg.): *Gemeinschaftsforschung, Bevollmächtigte und der Wissenstransfer. Die Rolle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im System kriegsrelevanter Forschung im Nationalsozialismus*. Göttingen 2007, S. 268-304.

Trömel, Martin: *Otto Hahn und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Zerrspiegel neuerer Kritik*. In: Keiser, Vera (Hrsg.): *Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn*, Berlin 2018, S. 167-244.

Walker, Mark: *Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung*, (Hrsg.): Max-Planck-Gesellschaft, Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Berlin 2003.

Quellen

Hahn, Otto: *Mein Leben*. München 1968.

Hahn, Otto: *Beziehung zu Nichtariern 1933-1945*. In: Keiser, Vera (Hrsg.): *Radiochemie, Fleiß und Intuition. Neue Forschungen zu Otto Hahn*, Berlin 2018, S. 249-267.

Straßen-/Platzname: Max-Halbe-Straße

Datum der Benennung: 23. 04. 1956

Begründung der Benennung

Anlässlich der Danziger Tagung im Jahr 1955 suchte Anneliese Halbe - die Tochter Max Halbes - das Düsseldorfer Kulturrat auf und bat darum, eine Straßenbenennung nach ihrem Vater in Erwägung zu ziehen. Dieses Anliegen wurde mit der Düsseldorfer Patenschaft für die Stadt Danzig begründet, die 1925 eine Ehrenbürgerschaft an Max Halbe verliehen hatte. Auf der Gedenkfeier zu Halbes 90. Geburtstag im Oktober 1955 ließ der Oberbürgermeister verkünden, dass ein entsprechender Antrag an den Stadtrat weitergeleitet werde. Da zu diesem Zeitpunkt keine Neuanlegung von Straßen in den sogenannten „Dichtervierteln“ vorgesehen war, wurde die Einrichtung einer „Max-Halbe-Straße“ *„dringend vorgemerkt“*; die Straßenbenennung erfolgte schließlich im April 1956 in Düsseldorf-Mörsenbroich.

Name, Beruf, Amt oder Funktion

Maximilian Halbe (1865-1944), deutscher Schriftsteller und Dichter.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, Geschichte und Philologie widmete sich der aus der Nähe von Danzig stammende Max Halbe der Schriftstellerei und näherte sich in seinen Werken zunächst dem Naturalismus an. Mit seinem Liebesdrama „Jugend“, das sich mit den moralischen Werten des Bürgertums auseinandersetzt, feierte er 1893 seinen größten Erfolg. Später wandte sich Halbe der mystischen und impressionistischen Dichtung zu und ließ dabei Erinnerungen und Motive aus seiner westpreußischen Heimat einfließen. Ab 1895 lebte Halbe als freier Schriftsteller in München, wo er das „Intime Theater für dramatische Experimente“ gründete; 1899 war er Mitbegründer der „Münchener Volksbühne“.

Rassismus / Chauvinismus / Nationalsozialismus

Obwohl Max Halbe zur den bekanntesten Schriftstellern des frühen 20. Jahrhunderts zählt, ist er in der Literaturwissenschaft weitestgehend in Vergessenheit geraten. Diese Entwicklung basierte nicht zuletzt auf seiner opportunistischen Haltung im Dritten Reich; der Schriftsteller ließ sich bereitwillig vereinnahmen, sodass *„sein Werk hinter der politischen Verwertbarkeit seines Namens schon zu Lebzeiten zurücktrat“*. (Loew 2009, S. 117)

Der auf dem Gebiet des ehemaligen Westpreußen aufgewachsene Schriftsteller übernahm schon früh die antipolnischen Ressentiments seiner Umgebung. Ungeachtet seiner eigenen polnischen Vorfahren beanspruchte Max Halbe die Zugehörigkeit zur *„deutschen Herren- und Erobererrasse“*, sprach abfällig von der *„devoten, kriecherischen, slawischen Masse“* und ließ dieses Weltbild auch in seine Werke einfließen, um die moralische und kulturelle Überlegenheit der Deutschen zu demonstrieren. So gehören die polnischen Figuren in seinen Dramen zumeist den unteren Gesellschaftsschichten an und werden durchgängig negativ dargestellt. In diesem Zusammenhang kann Halbes historisches

Festspiel „Heinrich von Plauen“ aus dem Jahr 1933 „als Höhepunkt rassistischer Diskriminierung und als Lehrstück faschistischer Weltanschauung gelesen werden“. (Günter, S. 140) Im Mittelpunkt des Dramas steht die Auseinandersetzung zwischen deutschen und slawischen Truppen in der „Schlacht bei Tannenberg“; die polemische Darstellung der slawischen Anführer („Schweinekerl“, „Höllenfürst“) wird nicht nur in einen extremen Kontrast zum deutschen Protagonisten („Erwählter des Herrn“) gesetzt, sondern beinhaltet darüber hinaus volksverhetzende Aussagen: „Der Pole, der Litauer, der Russe, der Tatar, sie alle sengen und brennen und rauben und morden und schänden.“

Max Halbes ausgeprägte Polenfeindlichkeit ermöglichte es den Nationalsozialisten, „ihn als einen dazugehörigen zu betrachten und seine Werke für propagandistische Zwecke auszunutzen“. (Zalubka, S. 58) Nach der Machtergreifung unterschrieb „der um Anerkennung und Absicherung ringende Dichter“ (Erdmann, S. 146) sowohl eine Loyalitätserklärung der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste als auch das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler und begrüßte darüber hinaus den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund sowie den völkerrechtswidrigen Anschluss der Freien Stadt Danzig an das Deutsche Reich. Anlässlich seines Geburtstags wurde der Literat mit Ausstellungen und Lesungen geehrt, erhielt 1939 den Kunstpreis der NSDAP (Gau Danzig) und wurde ein Jahr später mit dem „Danzigkreuz I. Klasse“ ausgezeichnet. Ferner profitierte Max Halbe von seiner Stellung im Dritten Reich auch finanziell; ab 1938 erhielt er monatliche Zahlungen von 500 Reichsmark aus der sogenannten „Spende Künstlerdank“. 1944 wurde er in die „Gottbegnadeten-Liste“ der wichtigsten deutschen Schriftsteller aufgenommen.

Obwohl sich der chauvinistisch-rassistische Tenor in Halbes Werken mit der „Blut-und-Boden-Literatur“ der Nationalsozialisten in Einklang bringen ließ und er sich selbst wiederholt „als deutsch-konservativer Dichter mit patriotischer Gesinnung empfahl“ (Günter, S. 12), lehnte er die antisemitische Politik des Regimes strikt ab, bekannte sich zu jüdischen Freunden und äußerte sich positiv über jüdische Schriftsteller. Darüber hinaus musste der Schriftsteller seine älteren Dramen gegen seinen Willen umschreiben, konnte mit den Aufführungen und Verfilmungen allerdings keine großen Erfolge mehr feiern.

„Auch wenn Halbe nicht als NS-Autor im ideologischen Sinne gelten kann, so ließ er sich doch von der nationalsozialistischen Propaganda instrumentalisieren und stimmte bis zu seinem Tod im Jahr 1944 mit gewissen rassistischen Elementen der NS-Ideologie überein.“ (Sarkowicz/Mentzer, S. 297)

Kategorie: B

Begründung: latenter Rassismus

Literatur

Erdmann, Ulrich: Vom Naturalismus zum Nationalsozialismus? Zeitgeschichtlich-biographische Studien zu Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Johannes Schlaf und Hermann Stehr. Mit unbekanntem Selbstzeugnissen, Frankfurt am Main 1997.

Günter, Andreas Lothar: Präfaschistische Weltanschauung im Werk Max Halbes. Frankfurt am Main 2002.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Loew, Peter Oliver.: *Die Heimat sucht den Dichter – der Dichter sucht die Heimat. Max Halbe in Danzig*, In: Katny, Andrzej (Hrsg.): Das literarische und kulturelle Erbe von Danzig und Gdansk. Frankfurt am Main 2004, S. 79-97.

Loew, Peter Oliver: Das literarische Danzig 1793-1945. Bausteine für eine lokale Kulturgeschichte, Frankfurt am Main 2009.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf (Hrsg.): Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon, Berlin 2011.

Stegemann, Thorsten: Literatur im Abseits. Studien zu ausgewählten Werken von Rainer Maria Rilke, Hermann Sudermann, Max Halbe, Gottfried Benn und Erich Kästner, Stuttgart 2000.

Zalubaska, Cecylia: *Der Fall Max Halbe*. In: Studia Germanica Posnaniensia, Nr. 20, 1993, S. 47-58.

Quellen

Halbe, Max: Scholle und Schicksal. Die Geschichte meiner Jugend, München 1933.

Halbe, Max: Heinrich von Plauen. Schauspiel in fünf Akten, Marienburg 1933.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1936-0000 / Blatt 205

0-1-7-1940.0000 / Blatt 321

IV 52054 / Band 7

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-V / 5860

Sonstige

„Bald Max-Halbe-Straße“, In: Rheinische Post vom 10. Oktober 1955.

Straßen-/Platzname: Paul-von-Hase-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Paul von Hase gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Karl Paul Immanuel von Hase (1885-1944), deutscher Offizier, Stadtkommandant von Berlin (1940-1944) und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines Oberstabsarztes nahm nach seinem Abitur zunächst ein rechtswissenschaftliches Studium auf, bevor er 1905 in die preußische Armee eintrat und sich um eine aktive Offizierslaufbahn bewarb. Im Ersten Weltkrieg diente Hase als Zugführer und Hauptmann im Generalstab; 1916 erhielt er das Eisernen Kreuz I. Klasse. Nach seiner Übernahme in die Reichswehr wurde der Kompanieführer 1931 als Adjutant des Wehrkreises III nach Berlin versetzt, wo er in den Rang eines Oberstleutnants aufstieg. Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieg war von Hase als Kommandeur von Infanterie-Einheiten eingesetzt und nahm sowohl am Polen- als auch am Frankreichfeldzug teil, bevor er 1940 zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt wurde. Bereits 1938 in Umsturzpläne des militärischen Widerstands eingeweiht, wurde Paul von Hase für seine Beteiligung am Unternehmen „Walküre“ 1944 vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Obwohl Paul von Hase zu den wichtigsten Akteuren des 20. Juli 1944 gezählt werden kann, befasst sich die historische Forschung erst seit den 1990er Jahren mit seiner Rolle im militärischen Widerstand des Dritten Reiches. Während sich der Berufsoffizier zunächst mit dem NS-Regime arrangierte und maßgeblich von dessen Aufrüstung profitierte, stellte er sich noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs erstmals für Umsturzpläne zur Verfügung.

Wie viele der im Werte- und Gesellschaftssystem der Monarchie sozialisierten Militärangehörigen hatte auch Paul von Hase die deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und deren Folgen nur schwer akzeptieren können. Dementsprechend begrüßte er die Revisionspolitik Adolf Hitlers und dessen propagierte Einheit von Partei und Armee (Zwei-Säulen-Theorie); das unter deutschen Streitkräften weit verbreitete Selbstverständnis eines unpolitischen Militärs preußischer Tradition trug zusätzlich zu seiner Anpassung bei. Innerhalb weniger Jahre stieg von Hase in den Rang eines Generalmajors auf, beobachtete die nationalsozialistische Bewegung aber dennoch mit Skepsis und missbilligte als theologisch geprägter Mensch insbesondere das Vorgehen des NS-Staates gegen die Kirchen (Kirchenkampf).

Die Entlassung seines ehemaligen Vorgesetzten Werner Freiherr von Fritsch, der sich als Oberbefehlshaber des Heeres kritisch über Hitlers Kriegspläne geäußert hatte, bestärkte Paul von Hase schließlich in seiner Abneigung, sodass er sich 1938 erstmals gedanklich mit dem Szenario eines Putsches beschäftigte. Angesichts der Vorbereitungen eines Militärschlags gegen die Tschechoslowakei war der Generalmajor zusammen mit anderen Wehrmichtsangehörigen an der Planung eines Staatsstreichs beteiligt („Septemberverschwörung“), der letztendlich durch die im Zuge des „Münchener Abkommens“ beschlossene Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich nicht durchgeführt werden konnte.

Trotz seiner Bedenken ließ sich Paul von Hase zu Beginn des Zweiten Weltkriegs dennoch von der nationalsozialistischen Propaganda beeinflussen und stimmte in die allgemeine Euphorie der Jahre 1939/40 ein; als Kommandeur der 46. Infanterie-Division hatte er maßgeblich zum Sieg der deutschen Truppen in Polen und Frankreich beigetragen. Aufgrund einer Herzerkrankung wurde von Hase 1940 zum Stadtkommandanten von Berlin ernannt und übernahm in dieser Funktion sowohl die öffentliche Repräsentation der Wehrmacht als auch die Gerichtsherrschaft am Gericht der Wehrmachtkommandantur. Seine juristischen Einflussmöglichkeiten waren allerdings begrenzt; eine Aufhebung von Urteilen - insbesondere bei Todes- oder Zuchthausstrafen - konnte von ihm nicht veranlasst werden. 1943 und 1944 übte von Hase das Amt des Gerichtsherrn auch zeitweise am Reichskriegsgericht aus, wo er über größere Kompetenzen verfügte. Die fragmentarisch überlieferten Akten aus dieser Zeit enthalten zwar von ihm bestätigte Todesurteile, können aufgrund ihrer Unvollständigkeit und der zum Teil drastischen Verschärfungen des NS-Militärstrafrechts aber keinen Aufschluss über die genauen Vorgänge geben.

Unter dem Eindruck des Kriegsgeschehens, der Luftangriffe auf Berlin und der Anklage seines Neffen Dietrich Bonhoeffer wegen Landes- und Hochverrats festigte Paul von Hase den Kontakt zur Militäropposition; seine Regimegegnerschaft „bedeutete ein permanentes Rollenspiel nach außen hin, die Spaltung in eine öffentliche und eine private Person.“ (Kopp, S. 268) Über seine Rolle im Vorfeld der Operation „Walküre“ ist bisher wenig bekannt; fest steht jedoch, dass er „für den inneren Kreis des Widerstands als feste und sichere Größe gegolten hat“ (Kopp, S. 269) und dementsprechend eine Schlüsselposition besetzte. Am 20. Juli 1944 befahl der Stadtkommandant die Abriegelung des Regierungsviertels und die Festsetzung von Joseph Goebbels, was jedoch an der Dienstverweigerung des Kommandeurs des Wachbataillons scheiterte. Nach dem misslungenen Umsturzversuch wurde Paul von Hase vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Bücheler, Heinrich: *Paul von Hase. Der Wehrmachtcommandant von Groß-Berlin 1940–1944*. In: *Damals*. Juli 1984, S. 611-629.

Heinemann, Winfried: *Unternehmen „Walküre“*. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Kopp, Roland: *Paul von Hase. Von der Alexander-Kaserne nach Plötzensee*, Eine deutsche Soldatenbiographie 1885–1944, Münster 2001.

Mlynek, Klaus: *Hase, Paul von*. In: Böttcher, Dirk/Mlynek, Klaus/Röhrbein, Waldemar R./Thielen, Hugo (Hrsg.): *Hannoversches Biographisches Lexikon. Von den Anfängen bis in die Gegenwart*, Hannover 2002, S. 154.

Reich, Ines: *Potsdam und der 20. Juli 1944. Auf den Spuren des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*, Begleitschrift zur Ausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes und des Potsdam-Museums, Freiburg im Breisgau 1994.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Gerhart-Hauptmann-Straße

Datum der Benennung: 19. 07. 1961

Begründung der Benennung

„Er war einer der bedeutendsten deutschen Dichter des 20. Jahrhunderts. Seine Dramen, besonders ‚Die Weber‘, bedeuten den Höhepunkt des naturalistischen Dramas in Deutschland.“

Name, Beruf, Amt oder Funktion:

Gerhart Johann Robert Hauptmann (1862-1946), deutscher Schriftsteller, Dichter und Dramatiker.

Kurzbiographie/Verdienste:

Nach dem Abbruch mehrerer Ausbildungen wandte sich Gerhart Hauptmann in den 1880er Jahren der Literatur zu und feierte mit seinen gesellschaftskritischen Theaterstücken („Bahnwärter Thiel“, „Vor Sonnenaufgang“) erste Erfolge. Als Anhänger und Vertreter des Naturalismus thematisierte Hauptmann die Missstände der urbanen Gesellschaft, kritisierte die infolge der Industrialisierung zunehmende soziale Ungleichheit und wies auch auf deren politische Dimension hin. Mit seinem Sozialdrama „Die Weber“ erlangte Hauptmann 1892 internationale Bekanntheit und avancierte zu einem der führenden Dramatiker der Moderne; 1912 wurde er mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet.

Militarismus / Nationalsozialismus:

Die bisher veröffentlichten Untersuchungen zu Gerhart Hauptmanns Biographie lassen eine gewisse Ambivalenz im Umgang mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen seiner Zeit erkennen. Der ausgeprägte Patriotismus des Literaten förderte sowohl dessen Kriegsbegeisterung zu Beginn des 20. Jahrhunderts als auch dessen Naivität angesichts des sich entwickelnden Nationalsozialismus.

Wie viele seiner literarischen Zeitgenossen stimmte auch Gerhart Hauptmann in die nationalistische Euphorie des Jahres 1914 ein und engagierte sich publizistisch. Mit seiner Kriegsliteratur, die den Heldengeist glorifizierte und vor Siegesgewissheit strotzte, stand er „im Propagandakrieg an vorderster Front“. Anlässlich der Einziehung seines ältesten Sohnes dichtete der Schriftsteller: *„Diesen Leib, den halt‘ ich hin - Flintenkugeln und Granaten: eh‘ ich nicht durchlöchert bin, kann der Feldzug nicht geraten.“* Darüber hinaus gehörte er im Herbst 1914 zu den Unterzeichnern des Manifests „Aufruf an die Kulturwelt!“, in dem Vertreter der intellektuellen Elite die Übergriffe der deutschen Streitkräfte auf die Zivilbevölkerung im neutralen Belgien rechtfertigten und als Selbstverteidigung darstellten.

Am Ende des Ersten Weltkriegs war Hauptmanns einstige Hochstimmung einer tiefen Ernüchterung gewichen; er bekannte sich zur neuen Republik und setzte sich aktiv für diese ein. Als sich der Niedergang des parlamentarischen Systems abzeichnete, begrüßte der Dichter die nationalsozialistische Bewegung und hoffte auf eine deutsche Vormachtstellung innerhalb Europas. Um seine eigene Stellung zu festigen, bekundete der Schriftsteller vor

allem in der Gründungsphase des Dritten Reiches seine Solidarität. So unterschrieb er eine Loyalitätserklärung der Deutschen Akademie der Dichtung, unterstützte den Volksentscheid über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und beantragte eine Mitgliedschaft in der NSDAP, die jedoch aufgrund eines Aufnahmestopps nicht gewährt wurde. Die neuen Machthaber wiederum hofierten den alternden Hauptmann mit landesweiten Ehrungen und nutzten dessen Ansehen in der Bevölkerung für ihre eigenen Zwecke. 1944 wurde dieser in die „Sonderliste der sechs wichtigsten Schriftsteller“ aufgenommen.

Allerdings offenbaren Gerhart Hauptmanns private Aufzeichnungen jene Vorbehalte, die dieser in der Öffentlichkeit nicht zu äußern wagte; neben der Zensur des Kulturwesens kritisierte er vor allem die NS-Rassenideologie. Durch sein Interesse an der Vererbungslehre war er bereits 1905 in die „Gesellschaft für Rassenhygiene“ aufgenommen worden, lehnte jedoch die vom Regime propagierte Blutideologie strikt ab.

Als widersprüchlich muss auch Hauptmanns Verhältnis zum Judentum gelten. Während er Zeit seines Lebens einen engen Kontakt zu jüdischen Freunden und Förderern pflegte, entwickelte er im Nationalsozialismus einen latenten Antisemitismus: *„Es giebt [sic] einzelne Juden, und einzelne Eigenschaften bei Juden, die mich zum wildesten Antisemiten ihnen gegenüber machen.“* Darüber hinaus setzte er sich mit dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung zwar auseinander, entschied sich ob seiner Untätig- und Machtlosigkeit aber für die Verdrängung: *„Ich muss endlich diese sentimentale Judenfrage für mich ganz und gar abtun: es stehen wichtigere, höhere Dinge auf dem Spiel [...].“*

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur:

Erdmann, Ulrich: Vom Naturalismus zum Nationalsozialismus? Zeitgeschichtlich-biographische Studien zu Max Halbe, Gerhart Hauptmann, Johannes Schlaf und Hermann Stehr, Frankfurt am Main 1997.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Piper, Ernst: Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs, Berlin 2013.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf: Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon, Berlin 2011.

Scharfen, Klaus: Gerhart Hauptmann im Spannungsfeld von Kultur und Politik 1880 bis 1918. Berlin 2005.

Sprengel, Peter: Gerhart Hauptmann. Bürgerlichkeit und großer Traum, München 2012.

Sprengel, Peter: Der Dichter stand auf hoher Küste. Gerhart Hauptmann im Dritten Reich, Berlin 2009.

Quellen:

Brescius, Hans von: Gerhart Hauptmann. Zeitgeschehen und Bewusstsein in unbekanntem Selbstzeugnissen, Bonn 1976.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054/ Band 6

0-1-7-1941.0000/ Blatt 620

Straßen-/Platzname: Helmut-Hentrich-Platz

Datum der Benennung: 29. 11. 2003

Begründung der Benennung

„Mit dem Dreischeibenhochhaus, der Sanierung der Tonhalle und weiteren herausragenden Bauten in Düsseldorf hat Professor Hentrich bedeutende architektonische Leistungen vollbracht“ und sich „in ganz besonderem Maße als Mäzen verdient gemacht“.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Helmut Hentrich (1905-2001), deutscher Architekt.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Krefelder bildete sich nach dem Abschluss seines Architekturstudiums zunächst einige Zeit im Ausland weiter, bevor er 1933 seine zweite Staatsprüfung zum Regierungsbaumeister ablegte. Im Dritten Reich gehörte Helmut Hentrich als selbstständiger Architekt zum Arbeitsstab von Albert Speer und nahm darüber hinaus an NS-Architekturwettbewerben teil. Nach Kriegsende war er als selbstständiger Architekt am Wiederaufbau der Stadt Düsseldorf beteiligt; insbesondere das Ende der 1950er Jahre errichtete „Dreischeibenhaus“ erlangte internationale Bekanntheit. Ferner widmete sich Hentrich der Erneuerung historischer Bauten und unterstützte zahlreiche Kultureinrichtungen; 1985 wurde ihm die Düsseldorfer Ehrenbürgerschaft verliehen.

Nationalsozialismus

Helmut Hentrich hat als einer der führenden Architekten Deutschlands nicht nur das Düsseldorfer Stadtbild geprägt, sondern sich darüber hinaus auch als Kunstsammler und großzügiger Mäzen um die Förderung lokaler Kulturinstitutionen verdient gemacht. Im Dritten Reich stellte sich der selbstständige Baumeister in den Dienst der Nationalsozialisten und gehörte trotz seines jungen Alters zu den angesehenen Experten; seine fragwürdige Stellung innerhalb des NS-Regimes führte nach 1945 im Zuge des „Düsseldorfer Architektenstreits“ zu einer kritischen Auseinandersetzung mit seiner Person.

Helmut Hentrichs „erste Schaffensjahre fielen in eine Zeit des politischen Umbruchs in Deutschland.“ (Tünkers, S. 15) Im Jahr der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten bestand der Architekt sein zweites Staatsexamen, lehnte aber den Eintritt in die NSDAP sowie die ihm angebotene Stelle in einem Preußischen Staatshochbauamt ab und eröffnete im selben Jahr ein eigenes Architekturbüro in Düsseldorf; 1935 gründete Hentrich mit seinem Kollegen Hans Heuser eine Partnerschaft. Die Architekten erhielten zunächst Aufträge aus der Industrie- und Privatwirtschaft und arbeiteten auch mit jüdischen Auftraggebern und Maklern zusammen, was wiederholt zu Auseinandersetzungen mit der NSDAP-Ortsgruppe Oberkassel führte. Anlässlich der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ entwarf das Büro Hentrich/Heuser ein Modell des Düsseldorfer Rathauses, das aber nach einigen Tagen aufgrund der „*befremdlichen Nichtparteizugehörigkeit*“ aus der Exposition entfernt wurde. Trotz der erfolgreichen Teilnahme an zahlreichen öffentlichen

und internationalen Wettbewerben erhielten Helmut Hentrich und sein Partner bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs keine städtischen Aufträge.

Während die Düsseldorfer Behörden ihr Architekturbüro systematisch benachteiligten, konnten sich Hentrich und Heuser dennoch im Deutschen Reich etablieren; ab Mitte der 1930er Jahre nahmen sie vermehrt an offiziellen Ausschreibungen von staatlichen NS-Organisationen teil und entwarfen neben dem Deichtor im niederrheinischen Orsoy beispielsweise Heime für die „Hitler-Jugend“ (HJ). 1938 wurde das Büro auf Empfehlung des Architekten und künstlerischer Beraters von Fritz Todt — Paul Bonatz — für den Entwurf eines Rasthofes der Reichsautobahn verpflichtet; dieses Projekt zog nicht nur zahlreiche weitere Großaufträge (z.B. Senderanlagen für die „Deutsche Reichspost“) nach sich, sondern wurde von Helmut Hentrich auch im selben Jahr auf der zweiten „Deutschen Architekturausstellung“ im Münchener „Haus der Deutschen Kunst“ vorgestellt

Nachdem der Architekt als Mitglied in die nationalsozialistische „Akademie für Städtebau, Reichs- und Landesplanung“ aufgenommen worden war, gehörte er ab 1938 zum sogenannten „Arbeitsstab Speer“, der sich unter der Leitung des „Generalbauinspektors“ Albert Speer mit der Umgestaltung der „Reichshauptstadt Berlin“ befasste. In dieser Funktion widmete sich Hentrich unter anderem der Neugestaltung des Reichsversicherungsamtes und machte sich auf diese Weise „mit den Formeln der Darstellung staatlicher Macht vertraut.“ (Durth, S. 225) Ferner zählte er 1941 zu den Unterzeichnern einer Urkunde für Adolf Hitler, in der sich der Arbeitsstab um die Teilnahme am Neuaufbau der geplanten „Führerstadt“ Linz bewarb. Da die Düsseldorfer NSDAP nach eigenen Angaben mit der Schließung des Architekturbüros drohte, trat Helmut Hentrich 1941 schließlich als Anwärter in die Partei ein.

Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Architekt zur Durchführung von Bauaufgaben vom Militärdienst freigestellt und entwarf zahlreiche Bunker und Barackenlager. Im Zuge der „Aktion Brandt“ übernahmen Hentrich und Heuser die Planung und Bauleitung einer Krankenhaus-Sonderanlage in Dahlheim, die allerdings nicht mehr in Betrieb genommen wurde; um Bettenplätze für Kriegsverletzte in vor Luftangriffen geschützten Krankenhäusern zu schaffen, hatte der „Bevollmächtigte für das Gesundheitswesen“ - Karl Brandt - ab 1943 Patienten aus Pflege- und Heilanstalten verlegen oder ermorden lassen. Ob Hentrich von der Bedeutung der Aktion wusste, ist unklar - dass dieser und andere Aufträge mit dem Einsatz von Zwangsarbeitern verbunden war, wurde von Hentrich erst Jahrzehnte später in seiner Autobiographie thematisiert. Darüber hinaus gehörte er zu den Beauftragten des von Albert Speer organisierten „Arbeitsstabes für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte“; für seine Verdienste wurde Hentrich 1944 in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen.

Nach Kriegsende betonte Helmut Hentrich seine rein fachliche Arbeit für das NS-Regime und erklärte, an politischen Vorgängen nicht sonderlich interessiert gewesen zu sein: *„Meine eigene, die Partei stets ablehnende Haltung, war und ist meinen zahlreichen Düsseldorfer und auswärtigen Freunden immer bekannt gewesen.“* Die zuständige Spruchkammer stufte den Architekten als „unbelastet“ (Kategorie V) ein. Zusammen mit dem Stadtplaner Friedrich Tamms, der ebenfalls im Dritten Reich Karriere gemacht hatte, beteiligte sich der Architekt

an den Planungen zum Wiederaufbau Düsseldorfs. Im Zuge des „Düsseldorfer Architektenstreits“ geriet Hentrich Ende der 1940er Jahre allerdings in die öffentliche Kritik; der antifaschistische „Architektenring Düsseldorf“ prangerte die Weiterbeschäftigung führender NS-Baumeister in der Rheinmetropole an und forderte die Absetzung der „*germanischen Kulturritter*“. Der Protest blieb letztlich wirkungslos; trotz seiner Verstrickungen im Dritten Reich stand Helmut Hentrich „eine glänzende Zukunft in den Düsseldorfer Wiederaufbaujahren bevor.“ (Englert, S. 51) Bis in die 1950er Jahre gehörte er zu den finanziellen Unterstützern der Familie des inhaftierten Albert Speer.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Deschan, André: Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters, Berlin 2016.

Durth, Werner: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970, München 1992.

Durth, Werner/Gutschow, Niels: Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940-1950, Band 2: Städte, Braunschweig 1988.

Englert, Klaus: *Albert Speers Architekten und der Wiederaufbau Düsseldorfs*. In: Anna, Susanne: Architektenstreit . Wiederaufbau zwischen Kontinuität und Neubeginn, Düsseldorf 2009, S. 43-54.

Muscheler, Ursula: *Wer liefert die Pläne? Der Düsseldorfer Architektenstreit*, In: Anna, Susanne: Architektenstreit . Wiederaufbau zwischen Kontinuität und Neubeginn, Düsseldorf 2009, S. 117-129.

Klee, Ernst: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Tünkers, Sabine: Hentrich, Heuser, Petschnigg 1927–1955. Weimar 2000.

Wolf, Agnes: *Helmut Hentrich*. In: Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker , Band 72, Berlin 2012, S. 81-82.

Quellen

Hentrich, Helmut: Bauzeit. Aufzeichnungen aus dem Leben eines Architekten, Düsseldorf, 1995. (Stadtarchiv)

Hentrich, Helmut: *70 Jahre Gestalten in Düsseldorf*. In: Spohr, Edmund/Küffner, Hatto (Hrsg.): Düsseldorf Persönlichkeiten. Düsseldorf 2004, S. 72-87.

Katasteramt Düsseldorf

Akte „Helmut-Hentrich-Platz“

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-T / 39456

Akademie der Künste - Baukunstarchiv

Hentrich 2152

Hentrich 1410

Hentrich 721

Hentrich 1385

Hentrich 1382

Hentrich 1531

Straßen-/Platzname: Erich-Hoepner-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Erich Hoepner gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Erich Hoepner (1886-1944), Generaloberst der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines Sanitätsoffiziers trat nach dem Abitur als Fahnenjunker in das preußische Militär ein und wurde 1906 zum Leutnant ernannt. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg als Kompanieführer stieg Hoepner innerhalb der Reichswehr bis zum Oberst auf, übernahm die Leitung mehrerer Truppen- und Stabskommandos und wurde 1935 in den Generalstab des Heeres nach Berlin versetzt. Im Zweiten Weltkrieg nahm Hoepner als Kommandeur und Befehlshaber an allen militärischen Operationen des Dritten Reiches teil; er gehörte zu den erfolgreichen Panzerstrategen der Wehrmacht. Nach seiner unehrenhaften Entlassung im Jahr 1942 schloss sich der Generaloberst der Militäropposition an und war im Zusammenhang mit der „Operation Walküre“ als „Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet“ vorgesehen. In der Folge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 wurde Erich Hoepner vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus / Militarismus

Obwohl Erich Hoepner zu den wohl kontroversesten Persönlichkeiten des Widerstands im Dritten Reich zählt, hat sich die historische Forschung bislang nur oberflächlich mit seinem Wirken auseinandergesetzt. Diese Zurückhaltung resultiert vor allem aus der Widersprüchlichkeit des Generalobersts, der sich trotz seiner regimekritischen Einstellung zuverlässig in den Dienst Adolf Hitlers stellte und „den Erfolg der Panzertruppen im Zweiten Weltkrieg verkörperte“. (Mitcham/Mueller, S. 364)

Über Erich Hoepners Nähe zum Nationalsozialismus existieren unterschiedliche Aussagen und Meinungen; während die frühe Widerstandsliteratur noch das Bild des entschiedenen NS-Gegners verbreitete, wird diese Darstellung in jüngeren Studien mittlerweile kritisch hinterfragt. Dabei stehen insbesondere Hoepners Verhalten im Zweiten Weltkrieg und seine berüchtigten Tagesbefehle beim Überfall auf die Sowjetunion im Mittelpunkt der Diskussion. Obwohl die Beteiligung des Generalobersts am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hinreichend dokumentiert ist, sind auch seine Beweggründe nicht abschließend geklärt und bieten dementsprechend Anlass für Spekulationen.

Als Vertreter eines unpolitischen Militärs preußischer Tradition hat Erich Hoepner der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten zunächst wohl skeptisch gegenübergestanden,

sich im Zuge seines Aufstiegs innerhalb der Wehrmacht allerdings mit dem NS-Regime arrangiert. Die ihm in der einschlägigen Literatur nachgesagte aktive Mitwirkung an Staatsstreichplänen der Opposition um Generalstabschef Ludwig Beck im Jahr 1938 konnte bislang nicht eindeutig belegt werden; fest steht lediglich, dass Hoepners Truppenverband in die Überlegungen einbezogen wurde. Zwischen 1939 und 1940 führte er seine Panzer- und Infanteriedivisionen erfolgreich gegen Polen und Frankreich und avancierte in der Öffentlichkeit zum Aushängeschild der mobilen Kriegsführung. Für seine Verdienste wurde der General mit dem „Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes“ ausgezeichnet und zum Oberst befördert.

Besonders kritisch beurteilen Historiker Erich Hoepners antibolschewistische Geisteshaltung und seine Rolle beim Angriff der Wehrmacht auf die Sowjetunion, den er entschieden befürwortete. In seiner „Aufmarsch- und Kampfanweisung“ aus dem Mai 1941 heißt es: *„Der Krieg gegen Rußland [sic] ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus.“* Dementsprechend setzte er als Befehlshaber der Panzergruppe 4 „Hitlers Vorgaben eines rücksichtslosen Weltanschauungskrieges gegen Armee und Bevölkerung“ um (Steinkamp, S. 58) und ordnete die Liquidierung russischer Kommissare und Partisanen an.

Nachdem Erich Hoepner im Winter 1942 den von der NS-Führung ausgegebenen Durchhaltebefehl ignoriert und den Rückzug seiner Truppen veranlasst hatte, um das Überleben der Soldaten zu sichern, wurde er unehrenhaft aus der Wehrmacht entlassen. In der Folge stieß der Generaloberst Ende 1943 zu der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg und war für den Fall eines erfolgreichen Umsturzes als „Oberbefehlshaber im Heimatkriegsgebiet“ vorgesehen. Nach dem Scheitern des Attentats wurde Erich Hoepner in den Abendstunden des 20. Juli 1944 im Bendlerblock verhaftet und nach seiner Verurteilung vor dem Volksgerichtshof in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

„Erich Hoepner war kein Nationalsozialist, aber er war per se auch kein Widerstandskämpfer. Er gehört weder in die Schublade der fanatischen Kriegsverbrecher, noch in die Gruppe der von Beginn an vorbehaltlos gegen das NS-Regime kämpfenden Akteure. [...] Man kann und darf dem General, ganz unabhängig von seinem Verhalten zuvor, seinen Verdienst am 20. Juli 1944 nicht streitig machen.“ (Gemser, S. 240f.)

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Bücheler, Heinrich: Generaloberst Erich Hoepner und die Militäropposition gegen Hitler. Beiträge zum Widerstand 1933-1945, Heft 9, Berlin 1985.

Bücheler, Heinrich: Hoepner. Ein deutsches Soldatenschicksal des 20. Jahrhunderts, Herford 1980.

Gemser, Geraulf: Darf eine Schule diesen Namen tragen? Zur Vorbildwirkung des Wehrmachtsgenerals Erich Hoepner, Marburg 2005.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Heuer, Gerd F.: Die Generalobersten des Heeres. Inhaber höchster Kommandostellen 1933-1945, Raststatt 1988.

Hürter, Johannes: Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2007.

Mitcham, Samuel W./Mueller, Gene: *Generaloberst Erich Hoepner*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 364-370.

Reuther, Thomas: Widerstand und Wehrmacht. Freiburg im Breisgau/Berlin/Wien 2013.

Steinkamp, Peter: *Die Haltung der Hitlergegner Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb und Generaloberst Erich Hoepner zur verbrecherischen Kriegführung bei der Heeresgruppe Nord in der Sowjetunion 1941*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler. Darmstadt 2000, S. 47-61.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 1

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Hördtweg

Datum der Benennung: 02. 08. 1940

Begründung der Benennung

Im Dritten Reich galt Philipp Hördt als „*Bahnbrecher der nationalsozialistischen Weltanschauung in der pädagogischen Welt*“.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Philipp Hördt (1891-1933), deutscher Pädagoge.

Kurzbiographie

Der Schüler des späteren NS-Erziehungstheoretikers Ernst Kriek arbeitete zunächst als Volksschullehrer, bevor er das Amt eines Studienrats an der Lehrerbildungsanstalt in Heidelberg übernahm. Seine didaktischen Konzeptionen, die die übergeordnete Rolle der Volksgemeinschaft herausstellen und die Geschichte der deutschen Nation als lebensorientierende Grundlage propagieren, gehörten zu den populärsten erziehungswissenschaftlichen Theorien des Dritten Reiches.

Völkischer Nationalismus

Obwohl Philipp Hördt der völkischen Bewegung nahestand und zu den „führenden erziehungswissenschaftlichen Theoretikern“ (Peters, S. 60) des NS-Regimes zählte, erweist sich eine historische Einordnung seiner Person als schwierig. Während seine Vorstellungen von Bildung und Geschichtsbewusstsein durchaus totalitäre Züge aufweisen und dementsprechend Ansätze für die sogenannte „Formationserziehung“ der Nationalsozialisten boten, lehnte der Didaktiker die Einteilung der Bevölkerung nach rassebiologischen Kriterien ab.

Philipp Hördts „Grundformen volkhafter Bildung“ (Gespräch, Spiel, Arbeit, Feier) erweitern das schulische Lernen durch Lernprozesse innerhalb der Volksgemeinschaft und favorisieren die „*praktische Gestaltung des menschenformenden Gemeinschaftslebens*“. Dabei wird „der Erziehung in, durch und für Gemeinschaft die Priorität vor der Individualerziehung eingeräumt.“ (Olberg, S. 92); das affektive Lernen wird dem kognitiven vorgezogen.

In diesem Zusammenhang maß Hördt dem „*Bild vom Werden der deutschen Nation*“ eine große Bedeutung bei und definierte die „*Erziehung zur Deutschheit*“ als zentrale Aufgabe des Geschichtsunterrichts. Dieser sollte sich nicht mit der reinen Vermittlung historischer Ereignisse beschäftigen, sondern die Geschichte als „*lebendige Einheit*“ und Lebensorientierung begreiflich machen, um das völkische Bewusstsein der Schüler zu vertiefen und ihre „*Gliedwerdung im Volkskörper*“ zu unterstützen. Für den Pädagogen repräsentierte die Geschichte der Volksgemeinschaft „die Bestimmung und das Schicksal des Einzelnen, denen er sich unterzuordnen und zu dienen hat.“ (Norden, S. 44). Dementsprechend plädierte er nicht nur für eine nationalgeschichtliche

Unterrichtsperspektive, sondern befürwortete auch eine „Anknüpfung an Heimat und Gegenwart“ unter Einbeziehung von politik- und kulturgeschichtlichen Inhalten.

Obwohl Philipp Hördt die „Schicksalsbedeutung des Blutes“ durchaus berücksichtigte, warnte er vor einer „materialistischen Auffassung des Rassebegriffs“ und sah die „Erhaltung und Fortpflanzung eines Volkes“ weniger biologisch als vielmehr kulturell begründet: „Das Deutschtum ist nicht einfach pflanzenhaft aus dem Germanischen erwachsen, sondern ist das Ergebnis einer schöpferischen geschichtlichen Tat: der Gründung eines deutschen Staates.“ Dementsprechend ermögliche erst der geistige und kulturelle Zusammenschluss verschiedener Völker die Herausbildung eines echten Volkstums. Darüber hinaus betonte Philipp Hördt die „allmenschliche Einheit und Gemeinschaft“ zwischen den Völkern und kritisierte die in völkischen Kreisen propagierte aggressive Ausbreitung des deutschen Lebensraums: „Gerade der echte Volksbegriff muß [sic] zur Ablehnung einer imperialistischen Eroberungs- und Ausdehnungspolitik führen. Die Achtung vor dem eigenen Volkstum lehrt Achtung vor jedem fremden Volkstum [...].“

Aufgrund seiner Kritik am liberalen System der Weimarer Republik wird Philipp Hördt in der historischen Wissenschaft zur konservativen Bewegung gezählt. „Politisch optierte er wie sein Lehrer Ernst Kriek für die Nationalsozialisten, auch wenn er die Machtübernahme nicht mehr erlebte und so die Frage nach seiner Stellung zur tatsächlichen NS-Herrschaft unbeantwortet bleiben muss.“ (Baumgärtner, S. 113)

Kategorie: B

Begründung: ideologische Nähe zum Nationalsozialismus

Literatur

Baumgärtner, Ulrich: *Völkische Geschichtsdidaktik(er) in der Weimarer Republik: Philipp Hördt – Georg Adolf Otto Collischonn – Max Maurenbrecher*. In: Hasberg, Wolfgang/Seidenfuß, Manfred (Hrsg.): *Geschichtsdidaktik(er) im Griff des Nationalsozialismus?* Münster 2005, S. 107-120.

Döpp, Robert: *Jenaplan-Pädagogik im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Ende der Eindeutigkeit*, Hannover 2002.

Genschel, Helmut: *Politische Erziehung durch Geschichtsunterricht. Der Beitrag der Geschichtsdidaktik und des Geschichtsunterrichts zur politischen Erziehung im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 1980.

Giesecke, Hermann: *Hitlers Pädagogen. Theorie und Praxis nationalsozialistischer Erziehung*, Weinheim 1999.

Norden, Jörg van: *Geschichte ist Bewusstsein. Historie einer geschichtsdidaktischen Fundamentalkategorie*, Frankfurt am Main 2018.

Olberg, Hans-Joachim von: *Etappen didaktischen Denkens von der Aufklärung bis 1945*. In: Porsch, Raphaela (Hrsg.): *Einführung in die Allgemeine Didaktik. Ein Lehr- und Arbeitsbuch für Lehramtsstudierende*, Münster 2016, S. 73-100.

Omland, Sabine: *NS-Propaganda im Unterricht deutscher Schulen 1933-1943. Teilband 1*, Münster 2014.

Peters, Otto: *Meine Lehrer im Dritten Reich. Versuch einer autobiographischen Konstruktion*, Münster 2007.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (5)

Hördt, Philipp: *Der Durchbruch der Volkheit in der Schule*. Leipzig 1933.

Hördt, Philipp: *Geschichte und Geschichtsunterricht*. 1926.

Hördt, Philipp: *Ernst Kriek. Volk als Schicksal und Aufgabe*, Heidelberg 1932.

Hördt, Philipp: *Grundformen volkhafter Bildung*. Frankfurt am Main 1932.

Lüdtke, Gerhard: *Kürschners Deutscher Gelehrtenkalender 1931*. Berlin/Leipzig 1931.

Straßen-/Platzname: Heinz-Ingenstau-Straße

Datum der Benennung: 24. 04. 2004

Begründung der Benennung

„Ende der sechsziger Jahre wurde durch seine Aktivitäten im Düsseldorfer Norden (unmittelbar neben dem Rheinstadion und in der Nähe des Flughafens) das Messegelände angesiedelt.“

Name, Titel, Beruf oder Amt:

Heinz Ingenstau (1910-1971), deutscher Jurist; Stadtdirektor von Düsseldorf (1964-1971).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften absolvierte Heinz Ingenstau von 1933 bis 1936 sein Referendariat am Oberlandesgericht Düsseldorf und engagierte sich während seiner praktischen Ausbildung in verschiedenen NS-Organisationen. Ab 1937 arbeitete der Jurist als Gerichtsassessor an Land- und Amtsgerichten, bevor er 1941 zum Landgerichtsrat ernannt wurde. Nach seinem Einsatz im Zweiten Weltkrieg übernahm Ingenstau 1953 die Leitung des Düsseldorfer Landgerichts sowie den Vorsitz der Umlegungsbehörde und widmete sich der städtebaulichen Neuordnung. Als Beigeordneter und späterer Stadtdirektor machte sich Heinz Ingenstau darüber hinaus vor allem um das Düsseldorfer Messewesen und den Ausbau des Flughafens verdient.

Nationalsozialismus

Heinz Ingenstau ist als *„einer der fähigsten leitenden Beamten der Nachkriegszeit“* (Houben) in die Düsseldorfer Stadtgeschichte eingegangen; der Landgerichtsdirektor und Kommunalpolitiker engagierte sich in besonderem Maße für die Wirtschaftsförderung und realisierte unter anderem das Messegelände in Stockum, dessen Einweihung er allerdings nicht mehr erlebte. Während des Dritten Reiches passte er sich berufsbedingt an, um seine juristische Laufbahn nicht zu gefährden.

Im Jahr der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten hatte Ingenstau sein Jurastudium an der Universität Köln abgeschlossen und war unmittelbar in den Staatsdienst übernommen worden. Während seines Referendariats betätigte er sich ehrenamtlich in verschiedenen NS-Organisationen; so trat der angehende Jurist 1933 beispielsweise für einige Monate als Anwärter in die paramilitärische „Sturmabteilung“ (SA) ein. Von 1934 bis 1937 beriet Ingenstau als Rechtsreferent die Mitglieder der örtlichen „Hitlerjugend“ (HJ) in rechtlichen Fragen und stieg in diesem Zusammenhang in den Rang eines „Scharführers“ auf, durfte aufgrund seiner *„rein fürsorglichen Aufgaben“* allerdings keine leitende Funktion übernehmen. Laut eigener Aussage deckte sich diese Tätigkeit mit der Arbeit im Kreisamt der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“ (NSV), in der er als Unterabteilungsleiter in der Jugendhilfe aushalf. Darüber hinaus betätigte sich Ingenstau für kurze Zeit als Bezirksgruppenleiter im „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund“ (NSRB) und war für die Weitergabe von Anordnungen und Mitteilungen der Berufsorganisation an andere

Referendare verantwortlich. Dieses Amt beinhaltete auch die Position des Kreisstellenleiters beim Kreisrechtsamt sowie den Beisitz im Gau-Ehrengericht (disziplinarrechtliches Berufsgericht); Ingenstau selbst behauptete, aufgrund seiner fehlenden Parteimitgliedschaft nicht in diese Ämter eingewiesen worden zu sein und überdies auch keine politischen Gutachten verfasst zu haben.

Nach seiner Übernahme in den richterlichen Probendienst trat der Gerichtsassessor 1937 schließlich in die NSDAP ein und wurde in der Folge ehrenamtlich im Gauschatzamt Düsseldorf (Verwaltung von Staatsvermögen) eingesetzt, wo er Mietverträge für Büroräume der Partei überprüfte und Versicherungen für Kraftfahrzeuge überwachte. Gegen Ingenstaus „politische Zuverlässigkeit“ wurde seitens seiner Ausbilder „keine Bedenken“ erhoben; die beruflichen Zeugnisse fielen durchweg positiv aus: „*Er ist ein überzeugter Nationalsozialist.*“ 1940 erfolgte der Einzug zum Wehrdienst, den Heinz Ingenstau als Unteroffizier bei der Nachrichtentruppe ableistete. Auf Betreiben des Düsseldorfer Gauleiters Friedrich Karl Florian wurde dem Juristen während seiner Abwesenheit 1941 vom Staatssekretär des Reichsjustizministeriums – Roland Freisler – eine Stelle als Landgerichtsrat übertragen; 1944 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse.

Nach seiner Rückkehr aus russischer Kriegsgefangenschaft wurde Heinz Ingenstau ohne Überprüfung zunächst an der Berufsausübung gehindert und bat den zuständigen Landgerichtspräsidenten im Jahr 1946 um dessen Intervention bei der Militärregierung. Seine Ehrenämter in NS-Organisationen sowie die positiven Beurteilungen seiner Person rechtfertigte er als notwendige Übel, die seine berufliche Zukunft sichern sollten. In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde Ingenstau schließlich durch mehrere Zeugen – darunter eine angeheiratete jüdische Verwandte – entlastet. Auch die Entnazifizierungsausschüsse seiner ehemaligen Arbeitsstellen empfahlen die Wiedereinstellung des Juristen: „*Er hat sich zu keiner Zeit propagandistisch oder aktivistisch für die Partei betätigt, auch den NatSoz. [sic] nicht gefördert.*“ Die Spruchkammer stufte Heinz Ingenstau daraufhin als „minderbelastet“ ein (Kategorie IV) und hob die Berufsbeschränkung auf. 1950 wurde dessen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens und die von ihm angestrebte Einstufung in Kategorie V („unbelastet“) allerdings abgelehnt.

Kategorie: A

Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich / SA-Mitgliedschaft

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-5-81564.0000

3-1996-25-10.0000

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1008 KAT ¾ / 107

NW 1037-RS / 886

NW-Pe / 2597

Bundesarchiv Berlin

BArch 9361-VIII / 13171240

Houben, Alfons: *Stadtdirektor erlag einem Herzinfarkt – Trauer um Heinz Ingenstau*. In: *Düsseldorfer Nachrichten*, 13. April 1971.

Beschlussvorlage Nr. 175 39/2004 der Bezirksvertretung 5.

Straßen-/Platzname: Franz-Jürgens-Straße / Jürgensplatz

Datum der Benennung: 14. 07. 1945 / 23. 03. 1949

Begründung der Benennung

Franz Jürgens gehörte zu den „heldenmutigen Männern“, die die Stadt Düsseldorf bei Kriegsende an die Alliierten übergaben und auf diese Weise „viel Unheil und unnötiges Blutvergießen“ verhinderten. Als Mitglied der „Widerstandsgruppe der Düsseldorfer Bürger“ wurde er „wegen Konspiration mit dem Feinde am Vorabend des Einmarsches amerikanischer Truppen am 16. April 1945 erschossen.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Franz Jürgens (1895-1945), deutscher Polizeibeamter; Kommandant der Schutzpolizei und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Hamburger meldete sich zu Beginn des Ersten Weltkriegs als Freiwilliger zum Wehrdienst, kämpfte als Angehöriger eines Infanterie-Regiments sowohl an der West- als auch an der Ostfront und wurde mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Nach Kriegsende bewarb sich Franz Jürgens als Polizeioffizier bei der Ordnungspolizei seiner Heimatstadt und stieg dort bis in den Rang eines Majors auf. 1941 erfolgte zunächst seine Versetzung nach Darmstadt, wo er das Kommando über die Schutzpolizei erhielt, bevor er drei Jahre später dasselbe Amt in Düsseldorf übernahm. Im April 1945 beteiligte sich Jürgens an der „Aktion Rheinland“, die die kampflose Übergabe der Stadt Düsseldorf an die Alliierten zum Ziel hatte, wurde allerdings kurz vor dem Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte von einem NS-Standgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet; posthum erhielt er ein Ehrengrab auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof.

Nationalsozialismus

Obwohl sich Franz Jürgens erst in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs gegen das NS-Regime stellte und dementsprechend nur bedingt dem konventionellen Widerstand im Dritten Reich zugerechnet werden kann, ist er dennoch als „moralisches Gewissen“ (Wintgens, S. 101) in die Düsseldorfer Stadtgeschichte eingegangen. Während die Beteiligung des Polizeikommandanten an der „Aktion Rheinland“ im April 1945 hinreichend dokumentiert ist, lassen sich sein Wirken in Hamburg und Darmstadt sowie seine persönliche Haltung zum Nationalsozialismus nur schwer nachvollziehen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs trat Franz Jürgens als Polizeileutnant in den Dienst der Hamburger Ordnungspolizei ein, deren Mitglieder „zum großen Teil antirepublikanisch und rechtsradikal eingestellt“ waren und „in der Tradition der militärischen Niederschlagung sozialistisch-kommunistischer Volksbewegungen standen.“ (Diercks, S. 17) Ob und inwieweit Jürgens diese Einstellungen teilte, ist nicht bekannt. 1923 folgte seine Beförderung zum Oberleutnant, 1932 wurde er zum Polizeihauptmann ernannt und mit der Führung eines größeren Wachkreises betraut. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten trat

Jürgens 1933 der NSDAP bei. Zwischenzeitlich mit der kasernierten Landespolizei in die Wehrmacht eingegliedert, kehrte er 1937 zur Hamburger Polizei zurück und war zunächst als Verkehrsoffizier eingesetzt, bevor im selben Jahr in den Rang eines Majors der Schutzpolizei aufstieg.

1941 wurde Franz Jürgens „im Dienstinteresse“ als Kommandeur zur staatlichen Polizeiverwaltung in Darmstadt versetzt, wo er die Leitung der Schutzpolizei übernahm und offensichtlich Beamte zur Unterstützung der Gestapo bei der Deportation von Juden abstellte; in seinem Tagesbefehl aus dem November 1942 heißt es: „Der Leiter der Geheimen Staatspolizeistelle Darmstadt übermittelte mir für die erwiesene Unterstützung bei der Durchführung der Judenevakuierungen seinen Dank. Für den vollen Einsatz spreche ich allen beteiligten Offizieren, Unterführern und Männern meine Anerkennung aus.“ Ob und Inwieweit sich Jürgens an weiteren antisemitischen Maßnahmen beteiligt hat, bleibt unklar. Fest steht, dass er während des Zweiten Weltkriegs nicht in die Vernichtungsaktionen der „Schutzstaffel“ (SS) und der Polizei in den besetzten Gebieten involviert war, obwohl seine Position einen solchen „Werdegang“ durchaus hätte begünstigen können.

Auch die überlieferten Tagesbefehle lassen aufgrund ihrer rein informativen und zweckdienlichen Sprache nur bedingt Rückschlüsse auf Jürgens persönliche Gesinnung zu. Darüber hinaus existiert eine „Sippenakte“ der SS aus dem Jahr 1944, die eine vermeintliche Aufnahme von Franz Jürgens suggeriert; ein entsprechender Antrag oder eine Mitgliedsnummer konnten indes nicht ausfindig gemacht werden. Es ist daher nicht auszuschließen, dass das Ehepaar Jürgens lediglich im Zuge der sukzessiven Angliederung der Polizei an die SS erbgesundheitlich überprüft worden ist.

Nachdem der Polizeikommandant 1943 zum Oberstleutnant der Schutzpolizei ernannt worden war, erfolgte „aus politischen Gründen“ seine Versetzung nach Düsseldorf, wo er erneut die Führung der Schutzpolizei übernahm; laut Aussage eines Personalsachbearbeiters der Darmstädter Polizeiverwaltung hatte sich Jürgens gegen die Einmischung der NSDAP in Anordnungen des örtlichen Luftschutzes zur Wehr gesetzt. Auf die Frage nach den Motiven, die ihn schlussendlich zur Beteiligung an der „Aktion Rheinland“ bewogen haben, „ist eine zweifelsfreie Antwort mangels näherer schriftlicher oder mündlicher Äußerungen von [ihm] selbst posthum kaum mehr möglich.“ (Düwell, S. 305) Spätere Zeugenaussagen betonten Jürgens regimekritische Haltung, die vor allem aus den Konflikten mit der Partei in Darmstadt resultiert habe. Darüber hinaus mag ihn auch der Anblick der durch Bombenangriffe bereits schwer beschädigten Stadt Düsseldorf in seiner Entscheidung bestärkt haben. Fest steht, dass der Polizeikommandant die von NSDAP-Gauleiter Friedrich Karl Florian im Frühjahr 1945 angeordnete Zerstörung der Infrastruktur und Versorgungsbetriebe entschieden ablehnte und stattdessen die von der Widerstandsgruppe um den Juristen Karl August Wiedenhofen angestrebte kampflose Übergabe der Stadt an die vorrückenden Alliierten unterstützte.

Am 16. April 1945 ließ Franz Jürgens zunächst den Düsseldorfer Polizeipräsidenten August Korreng festsetzen, bevor er das Kommando über die Polizei übernahm und mittels Passierschein August Wiedenhofen als städtischen Unterhändler legitimierte. Während dieser zusammen mit Aloys Odenthal erfolgreiche Verhandlungen mit den Amerikanern

aufnehmen konnte, wurden Jürgens und einige seiner Mitstreiter auf Befehl Karl Brumshagens – Oberstleutnant der Schutzpolizei – festgenommen. Nachdem ihn ein Standgericht noch in der Nacht zum Tode verurteilt hatte, wurde er in einem Hof an der Färberstraße hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958.

Diercks, Herbert: Dokumentation Stadthaus. Die Hamburger Polizei im Nationalsozialismus, Hamburg 2012.

Dönecke, Klaus: Die Ereignisse des 16. Und 17. April 1945 in Düsseldorf. „Aktion Rheinland“.

Düwell, Kurt: *Franz Jürgens – Der lange Weg des Düsseldorfer Schutzpolizeikommandanten zur Dienstverweigerung*. In: Dahms, Carsten/Dönecke, Klaus/Köhler, Thomas (Hrsg.): „Dienst am Volk?“ Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur, Frankfurt am Main 2007, S. 301-319.

Dybowski, Michael: *Ein Polizeioffizier im Widerstreit. Erinnerungen an Franz Jürgens*, In: Polizei in Düsseldorf. Ausgabe 1985, S. 76-82.

Lichtenstein, Heiner: Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im „Dritten Reich“, Köln 2003.

Wintgens, Frank: Mit der Vergangenheit leben. Feiern und Feste in Düsseldorf 1945-1955, Düsseldorf 1996.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

0-1-4-18022.0000

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

BR 2073 / 64

NW 293 / 184

Gerichtsakten Rep. 0017 / 849

Gerichtsakten Rep. 0017 / 850

Gerichtsakten Rep. 0017 / 852

Gerichtsakten Rep. 0017 / 853

Hessisches Staatsarchiv Darmstadt

HStAD G 12 C / 3799

HStAD R 12 P / 2719

HStAD G 12 A / 42-3

HStAD G 12 A / 42-4

HStAD G 12 A / 42-5

HStAD G 12 A / 42-6

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-III / 235224

Staatsarchiv Hamburg

113-5_BV 20 UA 35

331-1 II_620

Straßen-/Platzname: Arthur-Kampf-Straße

Datum der Benennung: vor 1975

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Egbert Paul Arthur Kampf (1864-1950), deutscher Historienmaler und Hochschullehrer; Vorsitzender der Abteilung der bildenden Künste an der Preußischen Akademie der Künste (1937-1945).

Kurzbiographie/Verdienste

Der gebürtige Aachener machte bereits während seines Studiums an der Düsseldorfer Kunstakademie auf sich aufmerksam und erlangte mit seinen Monumentalwerken (z.B. „Der Choral von Leuthen“, „Aufbahrung der Leiche Kaiser Wilhelms I.“) große Bekanntheit. 1893 erhielt Kampf eine Professur an seiner ehemaligen Lehranstalt, bevor er Mitglied der Preußischen Akademie der Künste und 1907 zum Präsidenten der Institution ernannt wurde; von 1915 bis 1924 leitete er die Hochschule für bildende Künste in Charlottenburg. Im Dritten Reich gehörte Arthur Kampf zu den angesehenen deutschen Malern.

Nationalsozialismus

Obwohl Arthur Kampf zu den bekanntesten Historien- und Genremalern seiner Zeit gehörte und sich bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert als Vertreter des Wilhelminismus mit Werken zur Geschichte der Freiheitskriege hervorgetan hat, fokussiert die historische Kunstwissenschaft fast ausschließlich sein Wirken im Dritten Reich. Nach 1933 ließ sich der Künstler kulturpolitisch vereinnahmen, entsprachen doch vor allem seine naturalistischen Darstellungen der „Blut-und-Boden-Ideologie“ der Nationalsozialisten.

Von der avantgardistischen Kunstbewegung des frühen 20. Jahrhunderts zunehmend aus dem Blick der Öffentlichkeit verdrängt, konnte Arthur Kampf als Vertreter einer konservativen Stilrichtung nach der „Machtübernahme“ Adolf Hitlers an seine frühere Popularität anknüpfen. Im Mai 1933 trat der fast Siebzigjährige in die NSDAP ein und zählte damit zu jenen Parteimitgliedern, die sich erst kurz vor dem Inkrafttreten der Aufnahmesperre für einen Beitritt entschieden; zwei Jahre später wurde er in das „Deutsche Führerlexikon“ aufgenommen. In einer Denkschrift bezeichnete der Künstler das aus seiner Sicht zu lasche Vorgehen gegen „Kulturentartungen“ als eine „*fortgesetzte Sabotage des Führerwillens*“ und forderte den konsequenten Ausschluss von Repräsentanten der „*marxistischen Verfallskunst*“ aus dem deutschen Kulturleben.

Zu Propagandazwecken griff das NS-Regime nicht nur auf Kampfs kriegerische Bildmotive aus der Weimarer Republik zurück, sondern nutzte auch seine körperbetonten Arbeiterdarstellungen aus der Weimarer Republik, um die Stellung des Arbeiters im Dritten Reich hervorzuheben. Ungeachtet ihrer Entstehungszeit wurden diese nach 1945 als vermeintliche Produkte der faschistischen Malerei qualifiziert; in diesem Zusammenhang weisen Kritiker zurecht daraufhin, dass die von Arthur Kampf dargestellte Körperlichkeit

„bereits lange vor den Nationalsozialisten bildwürdig wurde.“ (Schroyen 1997, S. 114) Gleiches gilt für jene Werke, die der Maler nachweislich während der NS-Zeit angefertigt hat – darunter Szenen, „die an Menschenverachtung ihresgleichen suchen.“ (Schroyen 2000, S. 105)

1937 übernahm Arthur Kampf den Vorsitz der Abteilung der bildenden Künste an der Preußischen Akademie der Künste und trat in dieser Funktion auch öffentlich in Erscheinung; bei der Eröffnung der Frühjahrsausstellung 1939 begrüßte er die „*Schöpfung Großdeutschlands*“ durch Adolf Hitler. Im selben Jahr wurde der Künstler mit dem „Adlerschild des Deutschen Reiches“ ausgezeichnet und nahm mit über 15 Werken an der „Großen Deutschen Kunstausstellung“ im Münchener Haus der Kunst teil. 1944 wurde Kampf als „unersetzlicher Künstler“ in die Sonderliste der sogenannten „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen.

Infolge der Berliner Bombenangriffe zog er 1944 zunächst nach Oberlangenau (heute Polen), wo er zu seinem 80. Geburtstag noch Glückwünsche der NS-Führung entgegennahm, bevor er kurz vor Kriegsende mit seiner Familie nach Berchtesgaden übersiedelte; sein Spätwerk bestimmten religiöse Themen. Obwohl sich Arthur Kampf im hohen Alter den Nationalsozialisten angedient hat und zu den angesehensten Malern des Dritten Reiches gehörte, blieb sein Einfluss auf die Kunst dieser Zeit begrenzt. Bei der gestalterischen Umsetzung der ideologischen Vorstellungen „schöpfte er aus einem Formenrepertoire, das sich lange vor 1933 etablierte.“ (Schroyen 2000, S. 105) Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sein Ruf als faschistischer Vorzeige-Künstler maßgeblich durch fachliche Fehleinschätzungen der Kunstwissenschaft gefördert wurde.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Petsch, Joachim: „*Unersetzliche Künstler*“. *Malerei und Plastik im Dritten Reich*, In: Sarkowicz, Hans (Hrsg.): Hitlers Künstler. Die Kultur im Dienst des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main/Leipzig 2004, S. 245-277.

Schroyen, Andreas: *Kampf, Arthur*. In: Beyer, Andreas/Savoy, Bénédicte/Tegethoff, Wolf (Hrsg.): Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker, Band 79, Berlin 2013, S. 237-238.

Schroyen, Andreas: „<NS> ist nur drin, wenn <NS> draufsteht?“ *Die Rezeption der Arbeitsdarstellungen von Arthur Kampf im 3. Reich und ihre Aufarbeitung durch die Kunstgeschichte nach 1945*, In: Türk, Klaus (Hrsg.): Arbeit und Industrie in der bildenden Kunst. Beiträge eines interdisziplinären Symposiums, Stuttgart 1997, S. 110-118.

Schroyen, Andreas: *Der Künstler Arthur Kampf und sein Aufenthalt in Angermund*. In: Jahrbuch des Angermunder Kulturkreises. Band 21, 2000, S. 102-109.

Thoms, Robert: Große Deutsche Kunstausstellung München 1937–1944. Verzeichnis der Künstler in zwei Bänden, Band I: Maler und Graphiker, Berlin 2010.

Quellen

Das Deutsche Führerlexikon 1934/35. Berlin 1934.

Kampf, Arthur: Aus meinem Leben. Aachen 1950.

Bundesarchiv Berlin
BArch R 43-II / 1225
BArch R3 / 1585
BArch R 3961-I / 1533

Landesarchiv Berlin
A Rep. 243-04-4058

Akademie der Künste
PrAdK 0746
PrAdK 1109
PrAdK I.0211

Straßen-/Platzname: Klausingsstraße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Friedrich Karl Klausings gehörte zu den Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Friedrich Karl Klausings (1920-1944), Offizier der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines Juristen gehörte einer christlichen Pfadfinderschaft an, die 1933 in die Hitlerjugend eingegliedert wurde. Nach seinem Abitur und dem Einzug zum Reichsarbeitsdienst trat Klausings 1938 als Fahnenjunker in das Potsdamer Infanterie-Regiment Nr. 9 ein und nahm als Offiziersanwärter während des Zweiten Weltkriegs an Kämpfen in Polen, Frankreich und der Sowjetunion teil; für seine Verdienste erhielt er das Eiserne Kreuz I. Klasse sowie die Beförderung zum Hauptmann. Aufgrund von Kriegsverletzungen wurde der Wehrmachtsangehörige 1943 in den Innendienst beim Oberkommando des Heeres versetzt, wo er sich der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg anschloss. Nach dem Scheitern der „Operation Walküre“ wurde Friedrich Karl Klausings vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

„Die Erinnerung an den bedeutenden Beitrag Friedrich Karl Klausings zum Geschehen des 20. Juli ist in der einschlägigen Literatur fast verlorengegangen, obwohl er bei der Vorbereitung wie bei der Durchführung des Anschlags eine maßgebliche Rolle gespielt hat.“ (Rüthers 2007, S. 308) Während die Namen seiner Mitverschwörer Teil des öffentlichen Diskurses sind, wird dem jungen Wehrmachtsoffizier nach wie vor nur wenig Beachtung geschenkt.

Als Sohn eines überzeugten Nationalsozialisten hatte Friedrich Karl Klausings der Ideologie des Dritten Reiches zunächst bedenkenlos gegenübergestanden und die von der NS-Führung propagierte Notwendigkeit einer totalen Kriegsführung nicht hinterfragt. Sein soldatisches Selbstverständnis beinhaltete zwar die traditionelle Pflichterfüllung, schloss aber auch ein gewisses Maß an Verantwortungsbewusstsein und moralischem Mut ein; den unbedingten militärischen Gehorsam lehnte er dementsprechend ab: „*Befehle, die sich gegen die Ehre des Einzelnen wie der Gesamtheit richten, brauche und darf ich nicht ausführen.*“

Im Zweiten Weltkrieg nahm Friedrich Karl Klausings sowohl am Polen- als auch am Frankreichfeldzug teil und wurde 1942 schließlich in der Schlacht bei Stalingrad eingesetzt. Durch die Erlebnisse an der Front bereits desillusioniert, setzte sich der mittlerweile zum Hauptmann beförderte Wehrmachtsangehörige zunehmend kritisch mit dem Nationalsozialismus und dessen Folgen auseinander. Nach seiner verletzungsbedingten

Versetzung zum Oberkommando des Heeres kam Klausung über Fritz-Dietlof von der Schulenburg in Kontakt mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg und schloss sich 1944 dem militärischen Widerstand an. Dieser Schritt bedeutete nicht nur die Gefährdung des eigenen Lebens, sondern auch die innere Abkehr von der Lebenswelt und den Wertvorstellungen des Elternhauses.

Als Stauffenbergs Adjutant begleitete Friedrich Karl Klausung seinen Vorgesetzten bei zwei geplanten Attentatsversuchen am 11. und 15. Juli 1944 in das „Führerhauptquartier“ und führte dabei den Sprengstoff mit sich; der Plan wurde jedoch aufgrund der Abwesenheit Heinrich Himmlers nicht umgesetzt. Am 20. Juli 1944 blieb der Offizier im Bendlerblock und übermittelte telefonisch die Befehle der „Operation Walküre“. Nach dem Scheitern des Umsturzes und dem vergeblichen Versuch, seinen Mitverschwörern zur Flucht zu verhelfen, konnte Klausung zunächst einer Verhaftung entgehen, stellte sich jedoch einen Tag später freiwillig der Gestapo. Im August 1944 wurde Friedrich Karl Klausung vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Leber, Annedore: Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933-1945, Berlin 1954.

Ramm, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin 2007.

Rüthers, Bernd: Verräter, Zufallshelden oder Gewissen der Nation? Facetten des Widerstandes in Deutschland, Tübingen 2008.

Schwerin, Detlef Graf von: Die Jungen des 20. Juli 1944. Berlin 1991.

Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes: Lexikon des Widerstands 1933-1945. München 1994.

Vollmer, Antja/Keil, Lars-Broder: Stauffenbergs Gefährten. Das Schicksal der unbekanntesten Verschwörer, München 2015.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf
0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Jakob-Kneip-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„Jakob Kneip war ein natur- und volksnaher Lyriker, Erzähler und Essayist, dem es um die Wahrung und Erweckung religiöser und heimatlicher Kräfte ging.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Jakob Kneip (1881-1958), deutscher Schriftsteller und Pädagoge.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Besuch des Priesterseminars in Trier und dem Studium der Germanistik und Philologie trat Jakob Kneip 1909 in den Schuldienst ein; im Ersten Weltkrieg meldete er sich für ein Jahr zum freiwilligen Militärdienst. Danach arbeitete der nebenberufliche Schriftsteller als Dolmetscher im Preußischen Kriegsministerium und war bis 1920 in der Zentrale des „Heimatsdienstes der Sozialdemokratischen Partei“ in Frankfurt tätig, bevor er als Studienrat nach Köln wechselte. Darüber hinaus gehörte Kneip sowohl zu den Mitbegründern des „Rheinischen Dichterbundes“ als auch des „Rheinischen Kulturinstituts“; 1956 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. In seiner konfessionell geprägten Literatur steht das dörfliche und bäuerliche Leben im Vordergrund.

Militarismus / Nationalsozialismus

Jakob Kneips literarischer Einfluss konzentrierte sich weitestgehend auf das Rheinland; seine Werke „blieben seit den 1920er Jahren konfessionell auf die katholische Dichtung, regional auf die Hunsrücker Dorfidylle und personell auf die Glorifizierung des Bauernstands beschränkt.“ (Delseit, S. 188) Im Dritten Reich gehörte der Schriftsteller trotz seiner christlichen Prägung zu den angesehenen Autoren, ließen sich doch seine volks- und naturnahen Erzählungen sowie seine Lyrik aus der Zeit des Ersten Weltkriegs im Sinne der nationalsozialistischen „Blut-und-Boden-Ideologie“ vereinnahmen.

Nachdem Jakob Kneip bereits 1916 ohne Fronteinsatz aus dem Dienst des deutschen Heeres entlassen worden war, reihte er sich in die lange Liste der Kriegsliteratur ein; seine Gedichte aus dieser Zeit implizieren „eine religiöse Überhöhung des Kampfes und der Gemeinschaft.“ (Delseit 1997, S. 186) Durch die Konfrontation mit den Kriegserlebnissen seines privaten Umfelds sensibilisiert, distanzierte sich der Schriftsteller schließlich von seinem propagandistischen Engagement und bekannte Ende 1917: *„In bin in diesem Krieg radikaler Demokrat geworden.“*

Der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten stand Jakob Kneip zwiespältig gegenüber. Während er 1932 noch Adolf Hitlers *„jugendlich schwunghafte Kraft und seine glänzende Rednergabe“* bewundert und diesen getrennt von der nationalsozialistischen Bewegung wahrgenommen hatte (*„Man darf ihn wohl nicht für alles Geschwätz seiner Mitläufer verantwortlich machen.“*), erkannte er zu Beginn des Dritten Reiches die

gesellschaftspolitischen Auswirkungen der NS-Propaganda: „Die Macht Hitlers hat auch hier alle Köpfe verwirrt, alles freie Urteil ausgeschaltet.“ Trotz seiner Abneigung beantragte Kneip eine Mitgliedschaft in der „Reichsschrifttumskammer“, die eine Voraussetzung für jeden Literaturschaffenden darstellte, und gehörte in den folgenden Jahren zu den „vielen anpassungsbereiten Schriftstellern, die als kleines Rädchen das Getriebe bewegten.“ (Delseit 1997, S. 190) Obwohl seine christlich-religiöse Prägung nicht den ideologischen Vorstellungen des NS-Regimes entsprach, ermöglichte die „echte und tiefe Verwurzelung [des Schriftstellers] mit dem Volkstum und Heimatboden“ bis zu Beginn der 1940er Jahre zahlreiche Veröffentlichungen, die sich trotz fehlender antisemitischer und rassistischer Elemente in das Kulturverständnis des Dritten Reiches einfügten. Darüber hinaus war Kneip auf regionalen Kulturtagungen zugegen, nahm allerdings nicht an offiziellen Propagandaveranstaltungen teil.

Ungeachtet seiner „Blut-und-Boden-Literatur“ wurde Jakob Kneip wiederholt in seiner Arbeit eingeschränkt; so lehnte beispielsweise die Zeitung „Junge Front“ 1934 die Publikation von Auszügen seines Bekenntnisbuchs „Das Reich Christi“ ab. Die zunehmende Hinwendung des Schriftstellers zu christlichen Heilsgeschichten führte 1936 auch zum Verbot seines Werks „Feuer am Himmel“, in dem die Entwicklung eines jungen Rheinländers zum katholischen Priester thematisiert wird. Darüber hinaus untersagte das NS-Regime anlässlich des 60. Geburtstags des Schriftstellers öffentliche Ehrungen, sodass Jakob Kneip lediglich im Ausland Erwähnung fand. Nachdem er sich bereits ab 1939 schrittweise aus dem Literaturbetrieb zurückgezogen hatte, stellte er 1943 die Zahlungen seiner Mitgliedsbeiträge für die „Reichsschrifttumskammer“ ein; kurz vor Kriegsende wurde der Schriftsteller „notdienstverpflichtet“ und zum Baueinsatz an der Westgrenze eingezogen.

Nach 1945 konnte Jakob Kneip nicht mehr an seine literarischen Erfolge anknüpfen, beteiligte sich allerdings am kulturellen Wiederaufbau Deutschlands und wurde für sein Engagement mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Kategorie: C

Begründung: keine herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Delseit, Wolfgang: *Jakob Kneip (1881-1958)*. In: Rheinische Lebensbilder. Band 16, Köln 1997, S. 181-195.

Delseit, Wolfgang: *Jakob Kneip (1881-1958)*. In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): 60 Portraits von Autoren aus dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen. Bielefeld 1995, S. 186-193.

Quellen

Winckler, Josef/Kneip, Jakob/Vershofen, Wilhelm (Hrsg.): Das Brennende Volk. Kriegsgabe der Werkleute auf Haus Nyland, Jena 1916.

„Köpfe des nationalen deutschen Schrifttums - Jakob Kneip“. In: Leipziger Neueste Nachrichten. 5. Mai 1935.

Stadtarchiv Düsseldorf
IV 50254 / Band 7

Bundesarchiv
BArch NS 5-VI / 17634
BArch NS 15 / 30

Landesarchiv Koblenz – Außenstelle Rommersdorf/ Stadtarchiv Neuwied
700, 193 / 5
700, 193 / 6
700, 193 / 57
700, 193 / 423
700, 193 / 427
700, 193 / 431
700, 193 / 448
700, 193 / 449
700, 193 / 1146
700, 193 / 1150

Straßen-/Platzname: Wilhelm-Kreis-Straße

Datum der Benennung: 19. 07. 1961

Begründung der Benennung

Wilhelm Kreis gehörte zu den „Architekten, die in Düsseldorf bekannte und bedeutende Bauten erstellt haben.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Heinrich Kreis (1873-1955), deutscher Architekt; Präsident des Bundes Deutscher Architekten (1926-1933), Senator der Reichskammer der bildenden Künste (1938), Generalbaurat (1941) und Präsident der Reichskammer der bildenden Künste (1943-1945).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Architektur arbeitete Wilhelm Kreis zunächst an der Kunstgewerbe-Akademie in Dresden, bevor er 1909 die Leitung der Düsseldorfer Kunstgewerbeschule übernahm; im Ersten Weltkrieg bekleidete der Architekt den Rang eines Offiziers. Um die Jahrhundertwende erlangte er durch seine Denkmäler für Otto von Bismarck (Bismarcktürme) internationale Bekanntheit. 1920 erhielt Kreis eine Professur an der Kunstakademie Düsseldorf und entwarf zahlreiche Pläne für Groß- und Monumentalbauten; ebenso geht das „Ehrenhofensemble“ (Museen, Tonhalle, Rheinterassen) auf ihn zurück. Im Jahr 1926 wurde er Professor an der Kunstakademie Dresden, wo er sich dem Bau des städtischen Hygiene-Museums widmete. Im Dritten Reich leitete der Architekt als Generalbaurat unter anderem die Ausgestaltung der Kriegerfriedhöfe.

Nationalsozialismus

Wilhelm Kreis gehörte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu den führenden Vertretern der deutschen Architektur und konnte trotz der historischen und gesellschaftspolitischen Umwälzungen von der Kaiserzeit bis zur Demokratie der Bundesrepublik gestalterisch tätig werden. Im Dritten Reich stellte sich der Baumeister in den Dienst der Nationalsozialisten, übernahm ihre ideologischen Vorstellungen und stieg zu den „Spitzenarchitekten im NS-Staat“ auf. (Nerdinger, S. 26)

Nach der „Machtergreifung“ war Wilhelm Kreis als „Angehöriger des Weimarer Establishments“ (Preiß, S. 19) zunächst ins berufliche Abseits geraten; er musste von der Leitung des „Bundes Deutscher Architekten“ (BDA) zurücktreten, erhielt aufgrund seiner Arbeiten für jüdische Bauherren keine Großaufträge mehr und wurde für die jüdische Abstammung seiner Frau angefeindet. Dennoch beantragte er im Oktober 1933 eine Mitgliedschaft in der NSDAP. Ob der Architekt zusätzlich als „Förderndes Mitglied“ in die SS eintrat, konnte nicht geklärt werden; diese Information findet sich ohne Quellenangabe in einem wissenschaftlichen Aufsatz. Eine entsprechende Anfrage an das Bundesarchiv sowie die Sichtung der Entnazifizierungsakte brachte diesbezüglich keine Ergebnisse.

Angesichts des „Bedarfs ausgewiesener, erfahrener und ‚klassisch‘ gestimmter Architekten für die gewaltigen Berliner Umbau- und Erneuerungspläne“ (Mai, S. 162f.)

wurde Kreis ab Mitte der 1930er Jahre schließlich mit der Planung von Monumentalanlagen beauftragt und entwarf unter anderem das Luftgaukommando in Dresden sowie Neubauten für das Oberkommando des Heeres (OKW) und das Reichsverkehrsministerium, um Hitlers Vorstellung einer „Reichshauptstadt Germania“ zu realisieren. 1938 erfolgte die Ernennung zum Reichskultursenator; ein Jahr später gehörte Kreis zu den Mitbegründern des „Großdeutschen Architektenordens“, der das nationalsozialistische Bauen fördern sollte.

Auf Veranlassung Adolf Hitlers wurde Wilhelm Kreis 1941 zum „*Generalbaurat für die Bearbeitung der künstlerischen Aufgaben bei der Errichtung von Kriegerfriedhöfen*“ berufen und mit der Planung von Heldengedenkstätten und Ehrenmalen verpflichtet, darunter zahlreiche „Totenburgen“, die „in gigantischen Dimensionen entscheidende Schlachtfelder des Zweiten Weltkriegs und damit vor allem auch die erstrebten Grenzen des ‚Großgermanischen Reiches‘ markieren sollten.“ (Arndt, S. 169) Sein Entwurf für das Grabmal des verstorbenen SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich wurde 1942 allerdings abgelehnt.

Mit der Übernahme der Präsidentschaft der Reichskammer der bildenden Künste als Nachfolger von Adolf Ziegler avancierte Wilhelm Kreis 1943 endgültig zum „mächtigsten Kulturrepräsentanten des Dritten Reiches“. (Preiß, S. 19) In öffentlichen Reden und Zeitschriftenbeiträgen argumentierte der Architekt im Sinne des NS-Regimes und äußerte sich deutlich antisemitisch und rassistisch; so ereiferte er sich über „*deutschfremde und jüdische Elemente*“ und forderte das „*Ausschalten solcher Schädlinge*“. Dieses systemkonforme Verhalten wurde mit zahlreichen Würdigungen, Auszeichnungen und Publikationen belohnt. Neben der „Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft“ erhielt Wilhelm Kreis den „Adlerschild des Deutschen Reiches“ für außerordentliche Verdienste und wurde 1944 in die Sonderliste der wichtigsten bildenden Künstler der sogenannten „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen. Zu seinem 70. Geburtstag erschien eine von Albert Speer autorisierte Biographie, in der er den Baumeister als Wegbereiter der nationalsozialistischen Architektur verherrlichte: „*Der Weg von seinen Frühwerken bis zu den reifen Leistungen des Siebzigjährigen ist zugleich der Weg des Reiches von Bismarck bis zu Adolf Hitler.*“ Ab 1943 gehörte Kreis zu den Beauftragten des von Speer organisierten „Arbeitsstabes für den Wiederaufbau bombenzerstörter Städte“.

Ungeachtet seiner Stellung im Dritten Reich konnte Wilhelm Kreis seine Arbeit nach Kriegsende nahezu ungehindert fortsetzen. Im Entnazifizierungsverfahren als „Mitläufer“ eingestuft, stritt der Architekt jegliche Sympathie für den Nationalsozialismus entschieden ab und rechtfertigte seine Tätigkeit mit der Sorge um die Ehefrau. Seine „chamäleonhafte Anpassung bei gleichzeitiger Ausblendung der NS-Vergangenheit“ (Nerdinger, S. 27) ermöglichte Kreis den beruflichen Neustart in der jungen Bundesrepublik.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Arndt, Karl: *Problematischer Ruhm – die Großaufträge in Berlin 1937-1943*. In: Nerdinger, Winfried/Mai, Ekkehard (Hrsg.): *Wilhelm Kreis. Architekt zwischen Kaiserreich und Demokratie*. München 1994, S. 169-188.

Weber, Stephan: *Die Gleichschaltung der Kunstakademie*. In: Die Ausstellung „Entartete Kunst“ und der Beginn der NS-Kulturbarbarei in Dresden. *Dresdener Hefte*, Band 77, 2004, S. 26-35.

Deschan, André: *Im Schatten von Albert Speer. Der Architekt Rudolf Wolters*, Berlin 2016.

Durth, Werner: *Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970*. München 1992.

Englert, Klaus: *Albert Speers Architekten und der Wiederaufbau Düsseldorfs*. In: Anna, Susanna (Hrsg.): *Architektenstreit. Wiederaufbau zwischen Kontinuität und Neubeginn*, Düsseldorf 2009, S. 43-70.

Franken, Friedrich: *Kontinuität und Wandel im Leben und Werk des Architekten Wilhelm H. Kreis*. Aachen 1996.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Nerdinger, Winfried: *Wilhelm Kreis – Repräsentant der deutschen Architektur des 20. Jahrhunderts*. In: Nerdinger, Winfried/Mai, Ekkehard (Hrsg.): *Wilhelm Kreis. Architekt zwischen Kaiserreich und Demokratie*. München 1994, S. 9-27.

Nüßlein, Timo: *Kreis, Wilhelm*. In: *Allgemeines Künstlerlexikon. Die Bildenden Künstler aller Zeiten und Völker*, Band 81, Berlin 2014, S. 522-523.

Preiß, Achim: *Das Museum und seine Architektur. Wilhelm Kreis und der Museumsbau in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Alfter 1993.

Quellen

Stephan, Hans/Speer, Albert: *Deutsche Künstler unserer Zeit - Wilhelm Kreis*. Oldenburg 1944.

Kreis, Wilhelm: *Die Großbauten der Partei und des Staates im Bilde der Stadt und der Landschaft*. In: *Deutsche Bauzeitung*. Heft 43, 26. Oktober 1938.

Arntz, Helmut: *Der Patenonkel*. In: Nerdinger, Winfried/Mai, Ekkehard (Hrsg.): *Wilhelm Kreis. Architekt zwischen Kaiserreich und Demokratie*. München 1994, S. 204-222.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 6

0-1-7-1937.0000/ Blätter 537c und 537d

Staatsarchiv München

SpkA K 959

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361-V / 102258

BArch NS 6 / 346 / Blatt 24

BArch R 9361-VI / 1643

BArch NS 19 / 3454 / Blätter 26-28

Straßen-/Platzname: Kriegestraße

Datum der Benennung: 23. 06. 1953

Begründung der Benennung:

Im Februar 1953 stellte die Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen den Antrag, eine Straße in Lohausen nach ihrem verstorbenen Präsidenten Walter Kriege zu benennen; dieser habe „im öffentlichen Leben vielfache und große Verantwortung getragen“. In der Gemeinde Lohausen errichtete die Landeszentralbank zum damaligen Zeitpunkt ein Wohngebiet für ihre Angestellten, das Walter Kriege noch zu Lebzeiten initiiert hatte.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Walter Adolf Florens Hermann Kriege (1891-1952), deutscher Jurist; Ministerialdirigent im Reichsjustizministerium (1940-1944) und Präsident des Oberpräsidiums (1939-1944).

Kurzbiographie / Verdienste

Der in Paraguay geborene Walter Kriege arbeitete nach dem Studium der Rechtswissenschaften und seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg zunächst bei der Reichsbank, bevor er in die preußische Justizverwaltung wechselte. Im Dritten Reich war er als Ministerialdirigent im Reichsjustizministerium tätig; 1939 wurde der Jurist zum Präsidenten des Oberpräsidiums (Seekriegsrecht) ernannt. Im Zusammenhang mit den Umsturzplänen der Widerstandskreise um Carl Friedrich Goerdeler war er als Justizminister vorgesehen. Nach Kriegsende übernahm Kriege den stellvertretenden Vorsitz des Deutschen Finanzrates und arbeitete unter Staatssekretär Walter Strauß im Bundesjustizministerium. Ab 1950 leitete er die Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen.

Nationalsozialismus

Obwohl Walter Kriege von den Widerstandskreisen im Nationalsozialismus als potentiell Regierungsmitglied gehandelt wurde und in den ausgearbeiteten Kabinettslisten für das Amt des Justizministers vorgesehen war, herrscht über das Ausmaß seiner Beteiligung nach wie vor Unklarheit. Bis 1944 gehörte er zu den höheren Juristen des Dritten Reiches und fügte sich in das Rechtssystem des NS-Regimes ein.

Walter Kriege war bereits 1922 der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) beigetreten und hatte sich sowohl 1932 als auch 1933 im Wahlkreis Ostpreußen um einen Sitz im Berliner Landtag beworben. Ungeachtet seiner politischen Einstellung behielt er nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten sein Amt als Ministerialrat und wurde Mitglied im „Reichsbund Deutscher Beamter“ (RDB), der als berufsständiger Verband der NSDAP angeschlossen war. Den Eintritt in den „Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund“ (NSRB) zögerte der Jurist allerdings hinaus und berief sich auf mögliche Konflikte im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in der internationalen „Gemischten Kommission für Oberschlesien“, strebten doch auch ausländische Kollegen die Aufnahme in die Organisation an.

1939 wurde Walter Kriege zum Präsidenten des Oberprisenhofes ernannt und befasste sich in dieser Funktion mit einem Teil des Seekriegs- und Völkerrechts; diese Amtsübernahme begründete er später mit der weitgehenden Unabhängigkeit gegenüber der Partei und der SS, die ihm eine „*Reinhaltung der Prisenrechtsprechung*“ ermöglicht habe. Im selben Jahr war er kurzzeitig als Justizreferent beim damaligen Militärbefehlshaber in Prag tätig und erhielt 1940 sowohl die „Medaille zur Erinnerung an den 1. Oktober 1938“ als auch die dazugehörige „Spange“; beide Abzeichen ehrten Verdienste um die „Wiedervereinigung“ des Sudetenlandes mit dem Deutschen Reich und die Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren. Darüber hinaus wurde der Jurist mit osteuropäischen Verdienstorden ausgezeichnet, so zum Beispiel für seine Mitwirkung am Abschluss des Deutsch-Ungarischen Beglaubigungsabkommens vom 27. Mai 1940.

Obwohl Walter Kriege antifaschistische Haltung durchaus bekannt war, erfolgte 1940 die Beförderung zum Ministerialdirigenten. Sein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP wurde aufgrund „*seiner stark konfessionellen Einstellung*“ und seines „*politischen Verhaltens*“ allerdings abgelehnt; der verantwortliche NS-Stabsleiter stellte fest: „*Gesinnungsgemäß gilt er nicht als Nationalsozialist.*“ Laut Aussage des nach Kriegsende im Nürnberger Juristenprozess verurteilten Ministerialrats Wilhelm von Ammon soll Walter Kriege im April 1941 jener Arbeitstagung des Reichsjustizministeriums beigewohnt haben, auf der die Pläne zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ vorgestellt wurden. Da das entsprechende Sitzungsprotokoll keine Anwesenheitsliste enthält, kann seine Teilnahme bislang nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden.

Nach dem gescheiterten Umsturzversuch des 20. Juli 1944 wurde Walter Kriege von der Gestapo verhaftet und trotz fehlender Beweise für seine Mittäterschaft aus dem Dienst des Reichsjustizministeriums entlassen. Die ihm angebotene Stelle als Amtsgerichtsrat lehnte er ab, da seine „*Anschauungen über die Pflichten eines Strafrichters in erheblichem Gegensatz zu denen des Regimes standen.*“ Stattdessen bat der Jurist um die Aufhebung seiner „Unabkömmlichstellung“ und trat seinen aktiven Wehrdienst bei der Kraftfahr-Ersatz-Abteilung in Rathenow an, bevor er im Mai 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft geriet.

Im Zuge seines Entnazifizierungsverfahrens wurde Walter Kriege vollständig entlastet; prominente Fürsprecher – darunter der ehemalige sozialdemokratische Innenminister Carl Severing sowie der vom NS-Regime verfolgte Theologe Martin Niemöller – beschrieben ihn als „*aufrechten und entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus*“, der sich mit Hilfe seiner internationalen Rechtsbeziehungen für Minderheiten und Einzelpersonen eingesetzt habe. Kriege Kontakte zum Widerstand resultierten nach bisherigen Erkenntnissen aus dem dienstlichen Verhältnis zum Juristen Berthold Schenk Graf von Stauffenberg; ob und inwieweit der Ministerialdirigent in Umsturzpläne eingeweiht war, bleibt indes unklar. Als Mitarbeiter im Bundesjustizministerium wurde Walter Kriege aufgrund seines Einblicks in die NS-Justiz zum einem wichtigen Berater in Personalfragen.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion

Literatur

Görtemaker, Manfred/Safferling, Christoph: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, München 2016.

Gruchmann, Lothar: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, Oldenburg 2001.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon im Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Kramer, Helmut: „*Gerichtstag halten über uns selbst.*“ *Das Verfahren Fritz Bauers zur Beteiligung der Justiz am Anstaltsmord*, In: Loewy, Hanno/Winter, Bettina: NS-Euthanasie vor Gericht. Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung, Frankfurt am Main 1996, S. 81-131.

Ritter, Gerhard: Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1984.

Ottinger, Johannes: Orden und Ehrenzeichen in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1977.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1939.0000 / Blatt 21

0-1-7-1936.0000 / Blatt 34

Bundesarchiv Berlin

BArch R 3001 / 64775

BArch R 3001 / 64776

BArch R 3001 / 64777

BArch R 3001 / 20245

BArch R 9631-II / 583032

Staatsarchiv Hamburg

221-11 / F 16430

Straßen-/Platzname: Robert-Lehr-Ufer

Datum der Benennung: 03. 06. 1957

Begründung der Benennung

Die Benennung des Robert-Lehr-Ufers erfolgte auf Wunsch des Ältestenrates sowie des Oberstadtdirektors zum Gedenken an den ehemaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister. Darüber hinaus plante man die Einweihung eines Robert-Lehr-Gedenksteins in unmittelbarer Nähe der Rheinpromenade.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Robert Lehr (1883-1956), deutscher Politiker und Jurist; Oberbürgermeister von Düsseldorf (1924-1933), Oberpräsident der Provinz Nordrhein (1945-1946), Präsident des Landtages Nordrhein-Westfalen (1946-1947) und Bundesinnenminister (1950-1953).

Kurzbiographie / Verdienste

Der aus Celle stammende Jurist Robert Lehr trat 1913 in den Dienst der Stadt Düsseldorf ein; als Polizei- und Finanzdezernent setzte er sich während des Ersten Weltkriegs und in den darauffolgenden Jahren für den Schutz der öffentlichen Ordnung und die wirtschaftliche Sanierung ein. Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister im Jahr 1924 förderte Lehr unter anderem die Ansiedlung von Industrieunternehmen sowie den städtischen Wohnungsbau. 1929 trat er in die „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) ein, wurde allerdings zu Beginn des Dritten Reiches seines Amtes enthoben und unterhielt bis 1945 Kontakte zum zivilen Widerstand. Nach Kriegsende machte sich Robert Lehr als Oberpräsident der Nordrheinprovinz um den staatlichen Wiederaufbau in Westdeutschland verdient; so gehörte er beispielsweise zu den Gründungsmitgliedern der CDU im Rheinland. Über seine Mitgliedschaft im Parlamentarischen Rat zog der Jurist 1948 in den ersten deutschen Bundestag ein und befasste sich als Bundesinnenminister mit sicherheitspolitischen Themen.

Nationalsozialismus

Robert Lehr zählt zu den bedeutenden Oberbürgermeistern der Stadt Düsseldorf; durch sein kommunalpolitisches Engagement in der Zeit der Weimarer Republik und seine Beteiligung am Aufbau einer freiheitlich-demokratische Grundordnung nach 1945 ist der Jurist weit über die Grenzen des Rheinlands hinaus bekannt geworden. Während die Verdienste um seine Heimat und die Bundesrepublik nie angezweifelt worden sind, haben Lehrs Mitgliedschaft in der rechtsgerichteten „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) und seine Rolle im Vorfeld der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in der Vergangenheit durchaus Anlass zu kritischen Spekulationen gegeben.

Obwohl Robert Lehr bereits 1914 als Beigeordneter in der Politik aktiv wurde, blieb er bis zum Ende der 1920er Jahre parteipolitisch ungebunden und trat auch in den ersten Jahren seiner Oberbürgermeisterschaft als unabhängiger Kommunalbeamter auf; einen ausschweifenden Parlamentarismus, der sich *„aus wahltechnischen Gründen dem Geschrei der Masse opfert“*, lehnte er ab. Mit den von ihm initiierten Eingemeindungen und der

daraus resultierenden Gebietsneuordnung kam es im Jahr 1929 zu Konflikten im preußischen Landtag, sodass der nationalkonservative Lehr zur Stärkung seiner Position „Anschluss an die ihm politisch nahestehende deutschnationale Fraktion suchte“. (Sent, S. 100) Sein Eintritt in die DNVP, die auch in Düsseldorf mit nationalistischen und antisemitischen Ressentiments auf sich aufmerksam machte, wurde von der Ortsgruppe allerdings zurückhaltend aufgenommen, da man Einschränkungen für die Kommunalpolitik der Partei befürchtete. Dementsprechend entwickelte sich kein engeres Verhältnis; Lehr selbst fühlte sich dem gemäßigten Flügel zugehörig und empfand die Verpflichtungen der Parteimitgliedschaft als lästig.

In seiner Rede zur Einweihung des „Schlageter-Denkmal“ im Jahr 1931 lobte der Oberbürgermeister zwar den Mut des im Ruhrkampf ums Leben gekommenen Märtyrers der nationalen Rechten, zweifelte gleichzeitig jedoch den Nutzen seines Einsatzes an. Der rechtsextreme Flügel der DNVP-Fraktion kritisierte diese Äußerungen als mit der Parteizugehörigkeit nicht vereinbar, prangerte Lehrs mangelndes Engagement für das antidemokratische Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtags an und versuchte, den Oberbürgermeister „über die Entziehung seiner Parteiämter aus der Partei zu drücken“. (Gemein, S. 188) Dieser nahm die Anschuldigungen allerdings nicht widerspruchslos hin: *„Ich bin keiner Partei darüber Rechenschaft schuldig, was ich als Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf zu tun für richtig halte.“*

Obwohl Robert Lehr die Radikalität der nationalsozialistischen Bewegung in den Wochen vor der Reichstagswahl 1933 mit Sorge betrachtete und diese beispielsweise gegenüber dem Düsseldorfer Rabbiner Max Eschelbacher zum Ausdruck brachte (*„Entfesselte Volksleidenschaften, ganz gleich aus welcher Richtung sie kommen, sind immer bedenklich und letzten Endes eine Gefahr für den Staat.“*), hegte er dennoch die Hoffnung, die NSDAP politisch integrieren und das Amt des Oberbürgermeisters behalten zu können. Kurz nach der „Machtergreifung“ wurde Lehr während einer Ratssitzung unter dem Vorwurf der Beamtenbestechung festgenommen; die „Schutzhaft“ in Düsseldorf-Derendorf wirkte sich verheerend auf seinen Gesundheitszustand aus. Nachdem das Dienststrafverfahren im Zuge einer allgemeinen Amnestie 1934 eingestellt worden war, zog sich das ehemalige Stadtoberhaupt ins Privatleben zurück, stand aufgrund seiner Kontakte zu Regimekritikern aber weiterhin unter Beobachtung der Gestapo.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / Vorbildfunktion

Literatur

Först, Walter: Robert Lehr als Oberbürgermeister. Ein Kapitel deutscher Kommunalpolitik, Düsseldorf 1962.

Gemein, Jörg Gisbert: Die DNVP in Düsseldorf 1918-1933. Köln 1969.

Kaff, Brigitte: *Robert Lehr(1883-1956) - Bundesinnenminister*. In: Buchstab, Günter/Kaff, Brigitte/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg 2008, S. 337-343.

Marx, Stefan: *Robert Lehr (1883-1956)*. In: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Hrsg.): *In Verantwortung vor Gott und den Menschen. Christliche Demokraten im Parlamentarischen Rat 1948/49*, Freiburg 2008, S. 245-260.

Sent, Eleonore: *Dr. Robert Lehr (20.8.1883–13.10.1956). Düsseldorfer Oberbürgermeister, Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz und Bundesinnenminister*, In: *Düsseldorfer Jahrbuch. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins*, Jg. 78, 2008, S. 88–115.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1940.0000 / Blätter 417-427 und 440

0-1-7-1937.0000 / Blatt 501

0-1-5-54796.0002

0-1-3-18093.0000

4-27-3-10.0000

4-27-3-18.0000

4-27-3-26.0001

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

RW 0058 / 10739

Bundesarchiv Berlin

R 53 / 168

Straßen-/Platzname: Heinrich-Lersch-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„Er war dort bedeutend, wo er in seinen Gedichten und Erzählungen die Welt des Arbeiters, so wie er sie selbst erlebt hatte, darstellte.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Heinrich Karl Lersch (1889-1936), deutscher Arbeiterdichter und Kesselschmied.

Kurzbiographie/Verdienste

Nach einer Lehre im väterlichen Betrieb und einer mehrjährigen Tätigkeit als Fabrikarbeiter im In- und Ausland veröffentlichte Lersch 1914 seinen ersten Gedichtband. Als Vertreter des Arbeitermilieus thematisierte er das Alltagsleben der Proletarier und die damit verbundenen sozialen Probleme, sah in ihrer Aufopferung jedoch die Grundlage des Fortschrittsgedankens. Anlässlich des ersten Weltkriegs, an dem der Dichter selbst teilnahm, verfasste er sein wohl bekanntestes Werk „Soldatenabschied“; dessen Parole „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ findet sich noch heute auf zahlreichen Kriegerdenkmälern und Soldatenfriedhöfen.

Militarismus / Nationalsozialismus

Obwohl sich der Großteil von Heinrich Lersch's Werken der Arbeiterliteratur des frühen 20. Jahrhunderts zuordnen lässt, fokussieren sich die Diskussionen um seine Person nach wie vor auf dessen Kriegssyrik und Wirken im Nationalsozialismus. Jüngere Untersuchungen zeichnen darüber hinaus das Bild eines Literaten, der sich im Laufe seines Lebens unterschiedlichen Weltanschauungen zuwandte und „in wechselnden Abständen die Nähe zu verschiedenen politischen und ideologischen Lagern suchte“. (Elbing 2014, S. 8)

Im August 1914 reihte sich Heinrich Lersch mit seinem patriotischen Bekenntnis „Soldatenabschied“ in die lange Liste der Militärpropagandisten ein; dessen Schlachtruf „Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen!“ avancierte zum Leitspruch des Ersten Weltkriegs und der Dichter selbst zu „Deutschlands bekanntestem Kriegssyriker“. In zahlreichen weiteren Gedichten hielt Lersch zunächst an dieser Kriegsbegeisterung fest und mystifizierte seine Fronterlebnisse, wofür er 1916 mit dem Kleist-Preis ausgezeichnet wurde. Angesichts des unbarmherzigen Kriegsalltags ließ er im späteren Verlauf des Konflikts jedoch auch zweifelnde Gedanken in seine Werke einfließen.

Mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erhoffte sich Heinrich Lersch einen gerechten deutschen Sozialismus, der sich in der Weimarer Republik nicht hatte entwickeln können. Ferner litt er unter der ausbleibenden Anerkennung seiner schriftstellerischen Arbeit und der damit verbundenen prekären Finanzlage. Dementsprechend ließ er sich und seine Literatur von den neuen Machthabern, die sein Engagement für Krieg und Proletariat für ihre eigenen Zwecke nutzten, bereitwillig instrumentalisieren. Durch seine Berufung in die „gesäuberte“ Deutsche Akademie der Dichtung im Juni 1933 bekannte sich Lersch

öffentlich zum Nationalsozialismus und unterzeichnete vier Monate später das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler. Als „Dichter der Arbeitsfront“ trat er bei Großkundgebungen auf, warb für die Vereinigung des Reichspräsidenten- und Reichskanzleramtes und engagierte sich mit Vorträgen und Schulungskursen in verschiedenen NS-Organisationen. In seiner „Rede zu Ehren des Führers“ aus dem Jahr 1934 propagierte Heinrich Lersch die herausragende Bedeutung Hitlers für die Arbeiterschaft: *„Wir [...] feiern das Gigantenwerk unseres Führers! Ehe Adolf Hitler kam, [...] da waren wir Sklaven und Knechte im Eisen. [...] Seine Führerhände weisen uns in das Land des Nationalsozialismus.“* Werke, die der Dichter vor der Machtergreifung veröffentlicht hatte, formulierte er im Sinne der NS-Ideologie kurzerhand um. 1935 trat er in die NSDAP ein und erhielt den Rheinischen Literaturpreis.

Ungeachtet seiner Dienste für das Dritte Reich kann Heinrich Lersch dennoch nur bedingt als überzeugter Nationalsozialist gelten. Als Mitglied der Deutschen Akademie der Dichtung setzte er sich für verfolgte Schriftsteller ein. Auch existieren keine Belege für eine antisemitische oder rassistische Einstellung des Dichters. Darüber hinaus konnte Lersch aus seiner Popularität keinen finanziellen Vorteil ziehen.

Sein früher Tod im Jahr 1936 und die anschließende Vereinnahmung seiner Person durch die NS-Führung haben zusätzlich dazu beigetragen, dass das Andenken des Dichters nach 1945 in Verruf geriet; in der Sowjetischen Besatzungszone wurden seine Werke nach Kriegsende auf die „Liste der auszusondernden Literatur“ gesetzt.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Czapla: Ralf Georg: *Katholizismus, Nationalismus, Sozialismus. Zur Interferenz weltanschaulicher Formationen im Werk des Arbeiterdichters Heinrich Lersch*, In: Kühlmann, Wilhelm/Luckscheiter, Roman (Hrsg.): *Moderne und Antimoderne. Der »Renouveau catholique« und die deutsche Literatur*. Beiträge des Heidelberger Colloquiums vom 12. bis 16. September 2006, Freiburg im Breisgau 2008, S. 325–359

Elbing, Steffen: *Heinrich Lersch. Eine literaturpolitische Biographie*, Bielefeld 2014.

Elbing, Steffen: *Heinrich Lersch - Der Arbeiterdichter*, In: Düsterberg, Rolf (Hrsg.): *Dichter für das Dritte Reich. Biographische Studien zum Verhältnis von Literatur und Ideologie*, Bielefeld 2009.

Elbing, Steffen: *Heinrich Lersch im Bund rheinischer Dichter. Zur ideologischen Verortung des "Arbeiterdichters"*, In: Barbian, Jan-Pieter/ Cepl-Kaufmann, Gertrude/ Palm, Hanneliese (Hrsg.): *Von Flussidyllen und Fördertürmen. Literatur an der Nahtstelle zwischen Ruhr und Rhein*, Essen 2011, S. 117-141.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf: *Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon*, Berlin 2011.

Quellen:

Klein, Johannes (Hrsg.): *Heinrich Lersch. Ausgewählte Werke, Band 1: Gedichte*, Düsseldorf/Köln 1965.

Klein, Johannes (Hrsg.): *Heinrich Lersch. Ausgewählte Werke, Band 2: Briefe und Erzählungen*, Düsseldorf/Köln 1966.

Lersch, Heinrich: *Rede zu Ehren des Führers*. In: *Die Büchergilde*, Nr. 8, 1934, S. 11-13.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 18025/2

Straßen-/Platzname: Leutweinstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek - Hermann Reuter - 1936 vor, die Straßen dieses Geländes „*nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.*“ Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Theodor Gotthilf Leutwein (1849-1921), deutscher Kolonialpolitiker; Kommandeur der Kaiserlichen Schutztruppe (1895-1905) und Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika (1896-1905).

Kurzbiographie/Verdienste

Theodor Leutwein schlug 1868 als Fahnenjunker des 5. Badischen Infanterie-Regiments eine militärische Laufbahn ein und stieg nach kurzer Zeit in den Rang eines Leutnants auf. Nach der Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg, der Lehrtätigkeit an Kriegsschulen und der Beförderung zum Major ging Leutwein 1893 nach Deutsch-Südwestafrika, wo er als Kommandeur der Kaiserlichen Schutztruppe die Unterwerfung der indigenen Bevölkerung vorantrieb und ein deutsches Herrschaftssystem installierte; später wurde er zum ersten Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika ernannt. Nach Beginn des Aufstands der Herero im Jahr 1904 ließ sich Leutwein in den Ruhestand versetzen und widmete sich unter anderem seinen Memoiren.

Kolonialismus

In der Geschichte des deutschen Kolonialismus zählt Theodor Leutwein zu den „gemäßigeren“ Kolonialpolitikern, die bei der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols diplomatisch und verhandlungsorientiert agierten. Seine Machtbildung folgte dem Prinzip „divide et imperia“ und strebte „eine deutsche Oberherrschaft auf der Basis eines allgemeinen Landfriedens“ (Gründer, S. 122) an.

Theodor Leutwein war 1893 nach Deutsch-Südwestafrika entsandt worden, um den Aufständen und Konflikten der indigenen Bevölkerung Einhalt zu gebieten und einen Kolonialkrieg zu vermeiden. Dementsprechend machte er sich die Spannungen zwischen den Völkerstämmen zunutze und suchte den Kontakt zu ihren Anführern, mit denen er sogenannte „Schutzverträge“ aushandelte. Im Gegenzug für die Anerkennung des deutschen Hoheitsanspruchs sowie des Landfriedens verpflichtete sich das Deutsche Reich zur militärischen und rechtlichen Unterstützung und erkannte die Autorität der lokalen

Oberhäupter an. Auf diese Weise spielte Leutwein die Stämme gegeneinander aus und stabilisierte gleichzeitig die deutsche Vormachtstellung; Vertragsbrüche wurden streng sanktioniert und teilweise mit dem Tod bestraft.

Während sich zahlreiche Anführer wie beispielsweise Samuel Maharero vom Stamm der Herero freiwillig unterordneten und mit den Deutschen zusammenarbeiteten, leisteten andere erbitterten Widerstand. Im Fall des Nama-Führers Hendrik Witbooi schritt Leutwein militärisch ein und konnte diesen nach mehrwöchigen Kämpfen schließlich zur Kapitulation bewegen. Darüber hinaus mischte sich der Kolonialpolitiker massiv in die inneren Angelegenheiten der Einheimischen ein; um die Position Samuel Mahareros zu stärken und ihn als obersten Anführer der Herero durchzusetzen, ließ er dessen Konkurrenten "durch eine militärische Machtdemonstration vor den Augen ihrer Gefolgsleute demütigen und zur Unterwerfung zwingen" (Zimmerer, S. 25). Ferner war die indigene Bevölkerung im „System Leutwein“ gegenüber den europäischen Siedlern einer straf- und zivilrechtlichen Benachteiligung ausgesetzt, wurde doch *„das Leben des Weißen höher eingeschätzt, als dasjenige des Eingeborenen“*.

Mit dem Fortschreiten der Kolonisierung und dem Ausbruch von Infektionskrankheiten (Rinderpest) wurden die Herero zunehmend aus ihren Gebieten verdrängt und in die wirtschaftliche Abhängigkeit der Siedler getrieben. Daraufhin stellte Theodor Leutwein Reservate zur Verfügung, die allerdings die ursprünglichen Gebietsgrenzen nicht berücksichtigen und neue Konflikte auslösten. Diese Gemengelage führte 1904 schließlich zum Aufstand der Herero, den Leutwein durch Friedensverhandlungen vergeblich zu beruhigen versuchte. Um den Widerstand gewaltsam aufzulösen, übertrug die Reichsregierung das Kommando schließlich an Lothar von Trotha, der mit seinem „Vernichtungsbefehl“ den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts auslöste. Theodor Leutwein lehnte dieses brutale Vorgehen entschieden ab und wurde auf eigenen Wunsch in den Ruhestand versetzt.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Dvorak, Helge: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker, Teilband 3: I-L, Heidelberg 1999, S. 280-281.

Eicker, Steffen: Der Deutsch-Herero-Krieg und das Völkerrecht. Die völkerrechtliche Haftung der Bundesrepublik Deutschland für das Vorgehen des Deutschen Reiches gegen die Herero in Deutsch-Südwestafrika im Jahre 1904 und ihre Durchsetzung vor einem nationalen Gericht, Frankfurt am Main 2009.

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Helbig, Helga/Helbig, Ludwig: Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen, Weinheim 1983.

Kaulich, Udo: Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt 2003.

Poser, Alexis Themo von/Baumann, Bianca: Heikles Erbe. Koloniale Spuren bis in die Gegenwart, Dresden 2016.

Sudholt, Gerd: Die deutsche Eingeborenenpolitik in Südwestafrika von den Anfängen bis 1904. München 1975.

Zimmerer, Jürgen: Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia, Hamburg 2002.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000 / Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Leutwein, Theodor: Elf Jahre Gouverneur in Deutsch-Südwestafrika. Berlin 1906.

Leutwein, Theodor: Die Kämpfe der Kaiserlichen Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika in den Jahren 1894 - 1896, sowie die sich hieraus für uns ergebenden Lehren. Berlin 1899.

Straßen-/Platzname: Lönsstraße

Datum der Benennung: 16. 01. 1937

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hermann Löns (1866-1914), deutscher Schriftsteller, Journalist und Heimatdichter.

Kurzbiographie/Verdienste

Der bereits seit seiner Kindheit naturverbundene Hermann Löns arbeitete nach einem abgebrochenen Zoologie-Studium als Redakteur in Hannover. Zeitgleich veröffentlichte er seine ersten Gedichte und machte sich als Tier- und Naturschriftsteller einen Namen. Dabei ließ sich Löns von der Landschaft der Lüneburger Heide inspirieren und avancierte mit seinen Heimatromanen, Wanderbeschreibungen und Tiererzählungen (z.B. „Mümmelmann“, „Mein braunes Buch“) zum bekanntesten deutschen Heidedichter. Darüber hinaus gilt der Schriftsteller als Vordenker des Naturschutzgedankens; 1911 trat er für die Gründung des ersten deutschen Naturparks ein.

Rassismus/Chauvinismus/Antisemitismus

Nach seinem Tod an der Front von Reims im September 1914 ist Hermann Löns von der Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts fortwährend vereinnahmt und unterschiedlich interpretiert worden. In der Weimarer Republik wurde er als Vorbild der Jugend- und Wandervogelbewegung gefeiert, im Nationalsozialismus als Vertreter der „Blut-und-Boden-Ideologie“ glorifiziert, und die Umweltbewegung der 1980er Jahre erklärte den Schriftsteller zu ihrem Vorkämpfer. Die Debatte um den „Mythos Löns“ setzte erst im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein und wird bis heute kontrovers geführt.

Kritiker des Heidedichters stoßen sich vor allem an dessen völkisch-nationalistischen Untertönen. Durch die Rassentheorien und Germanenlegenden des 19. Jahrhunderts beeinflusst, bezeichnete sich Löns als „*Teutone hoch vier*“ und hielt „*eine ganz gehörige Portion Chauvinismus sogar für unbedingt nötig*“. Dementsprechend begrüßte er den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und entschied sich begeistert für den Kriegsfreiwilligendienst; sein Tagebuch aus dieser Zeit enthält allerdings keine kriegsverherrlichenden Passagen.

Obwohl sich Hermann Löns für den Erhalt der unberührten Natur engagierte und auf die durch den gesellschaftlichen Wandel bedrohte Tierwelt aufmerksam machte, streitet die Forschung über dessen Motive. Während seine Anhänger den Schriftsteller zu den bedeutendsten Vertretern des Umweltschutzes zählen, verweisen Kritiker auf die völkischen Tendenzen in seinen Schriften: „[Die Naturschutzbewegung] *ist ein Kampf für die Gesunderhaltung des gesamten Volkes, ein Kampf für die Kraft der Nation, für das Gedeihen der Rasse. [...] Wir wissen, daß [sic] Naturschutz gleichbedeutend ist mit Rassenschutz.*“

Die „Überbetonung des Nationalen“ (Anger, S. 11) findet sich auch im bekannten Werk „Der Wehrwolf“; der vor detaillierten Gewaltszenen strotzende Roman thematisiert die

Geschichte einer Gruppe von Bauern, die sich während des Dreißigjährigen Krieges mit gnadenloser Brutalität gegen ihre Feinde zur Wehr setzt. Im Mittelpunkt stehen die fortwährende Auseinandersetzung zwischen den Einheimischen („*blanke Gesichter, gelbes Haar*“) und den Fremden („*schwarzbraune Leute*“) und der damit verbundene Kampf um das Überleben der eigenen Gemeinschaft: „*Jeder ist sich selbst der Nächste. Besser fremdes Blut am Messer, als ein fremdes Messer im eigenen Blut!*“

Für die Nationalsozialisten repräsentierten dieser Gegensatz von Bauern- und Nomadentum sowie die Idealisierung der Selbstjustiz ein willkommenes Propagandainstrument; Hermann Löns avancierte zum Aushängeschild der „Blut-und-Boden-Literatur“. Die Pflichtlektüre des „Wehrwolfs“ diente an der Front des Zweiten Weltkriegs der psychologischen Motivation, und das im Jahr 1911 verfasste „Matrosenlied“ („*Wir fahren gegen Engelland*“) begleitete die deutschen Luftangriffe auf Großbritannien. Darüber hinaus dürften die vom Heimatdichter gebrauchten antisemitischen Stereotype in seinem Roman „Das zweite Gesicht“ zu seiner Vereinnahmung beigetragen haben.

Angesichts der Tatsache, dass Hermann Löns zwei Jahrzehnte vor der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers verstorben ist und dessen Werke bereits im wilhelminischen Kaiserreich politisch instrumentalisiert worden sind, ist sein in den 1930er und 40er Jahren geförderter Ruf als nationalsozialistischer Vordenker wissenschaftlich nicht haltbar. Dennoch empfiehlt sich ein kritischer Umgang mit seiner „völkisch-national-konservativen Literatur“ (Dupke, Mythos, S. 133), die im historischen Kontext ihrer Entstehungszeit zu beurteilen ist.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Adam, Christian: Lesen unter Hitler. Autoren, Bestseller, Leser im Dritten Reich, Berlin 2010.

Anger, Martin: Hermann Löns. Schicksal und Werk aus heutiger Sicht, Braunschweig 1986.

Brunk, Rolf: Anmerkungen zu Hermann Löns. Hermannsburg 2006.

Dupke, Thomas: Hermann Löns. Mythos und Wirklichkeit, Hildesheim 1994.

Dupke, Thomas: Mythos Löns. Heimat, Volk und Natur im Werk von Hermann Löns, Wiesbaden 1993.

Hille, Almut: Identitätskonstruktionen. Die „Zigeunerin in der deutschsprachigen Literatur des 20. Jahrhunderts, Würzburg 2005.

Jensen, Uffa: *Blut und Boden*. In: Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Stuttgart 1998, S. 399-400.

Klee, Ernst; Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Schmoll, Friedemann: *Die Verteidigung organischer Ordnung: Naturschutz und Antisemitismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. In: Radkau, Joachim (Hrsg.): Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt 2003; S. 169-182.

Quellen

Deimann, Wilhelm (Hrsg.): Der Künstler und Kämpfer. Eine Lönsbiographie und Briefausgabe, Hannover 1935.

Löns, Hermann/Janßen, Karl-Heinz/Stein, Georg (Hrsg.): Leben ist Sterben, Werden, Verderben. Das verschollene Kriegstagebuch, Kiel 1986.

Löns, Hermann: *Naturschutz und Rassenschutz*. In: Löns, Hermann/Deimann, Wilhelm (Hrsg.): Nachgelassene Schriften. Band 1, Leipzig/Hannover 1928, S.486-491.

Löns, Hermann: Der Wehrwolf. Eine Bauernchronik, Hannover 1942.

Löns, Hermann: Matrosenlied. Hrsg. von Konrad Kamrath, Köln 1914.

Straßen-/Platzname: Lüderitzstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Franz Adolf Eduard von Lüderitz (1834-1886), deutscher Kaufmann.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Abschluss einer Handelslehre arbeitete der Sohn eines Bremer Tabakhändlers zunächst in einem Handelshaus in Mexiko, bevor er in das väterliche Unternehmen eintrat und 1878 dessen Leitung übernahm. Auf der Suche nach Bodenschätzen und Niederlassungsmöglichkeiten erwarb er ab 1883 Gebiete im heutigen Namibia, die sowohl den Kern der späteren Kolonie Deutsch-Südwestafrika als auch die Grundlage für den deutschen Kolonialismus bildeten. Adolf Lüderitz kam 1886 auf einer Expedition in Südafrika ums Leben; bis heute erinnert die namibische Hafenstadt Lüderitz in der Lüderitzbucht an ihn.

Kolonialismus

Adolf Lüderitz zählt zu den frühen Wegbereitern des deutschen Kolonialismus; sein privatwirtschaftliches Engagement in Übersee ermöglichte dem Deutschen Reich den „Eintritt in den Kreis der Kolonialmächte“ (Zimmerer, S. 16). Bei dem Erwerb von Landstrichen in Südwestafrika schloss der Bremer Großhändler dubiose Kaufverträge mit lokalen Autoritäten und betrog diese um ein Vielfaches ihres Besitzes.

Um seine „Vision eines südafrikanischen Großreiches“ (Gründer, S. 112) zu verwirklichen, sandte Lüderitz 1883 seinen Bevollmächtigten Heinrich Vogelsang nach Südwestafrika, der dem Nama-Führer Joseph Fredericks zunächst die Bucht von Angra Pequena und kurze Zeit später den ganzen Küstenstreifen abkaufte. Dieses Abkommen ging als sogenannter „Meilenschwindel“ in die Geschichte ein: da Fredericks lediglich die englische Meile (1,6 km) kannte, wurde im Vertrag vorsätzlich die geographische Meile (7,5 km) festgehalten. Auf diese Weise trat der Nama-Führer unfreiwillig ein fünfmal größeres Gebiet unter Wert an Adolf Lüderitz ab, der dessen Unwissenheit ohne schlechtes Gewissen ausnutzte: *„Da in unserem Contracte steht 20 geogr. Meilen Inland, so wollen wir diese auch beanspruchen.“*

Um seine Besitzungen vor dem Zugriff anderer Kolonialmächte zu schützen, bat der Kaufmann 1884 die deutsche Regierung erfolgreich um militärischen Schutz; mit der offiziellen Inbesitznahme erhielt das Kaiserreich seine erste Kolonie in Afrika. In der Folgezeit weitete Adolf Lüderitz seine Unternehmungen aus, bemühte sich um weitere Landerwerbungen und sicherte sich Rechte an Minen, in denen er wertvolle Rohstoffe vermutete. Da diese Vorhaben seine finanziellen Möglichkeiten schnell überstiegen, musste er seine Ländereien 1885 an die „Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika“ abtreten. Mit neuem Kapital ausgestattet, brach Lüderitz 1886 zu einer Expedition nach Südostafrika auf, von der er nicht zurückkehrte.

Der ungeklärte Tod des Kolonialisten trug zusätzlich zu seiner posthumen Verehrung bei; zum Andenken an den Begründer von Deutsch-Südwestafrika erhielt die Bucht Angra Pequena den Namen Lüderitzbucht. Im Dritten Reich gehörte Adolf Lüderitz zu den gefeierten „Kolonialpionieren“ und galt als „wichtigste Symbolfigur für die heroischen Taten von Kaufleuten beim Erwerb von Kolonien“ (Schleier, S. 233). Dementsprechend wurde sein Lebenswerk in Ausstellungen, Zeitungsbeiträgen und Monographien regelmäßig hervorgehoben und glorifiziert: *„Es gibt Naturen, die nur geschaffen scheinen, um auf stürmischem Meere zu fahren; Sie umwittert ein Hauch von Abenteuer und Schicksalhaftigkeit. Zu ihnen gehörte Lüderitz.“*

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Bade, Klaus J.: Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion, Freiburg im Breisgau 1975.

Graichen, Gisela/Gründer, Horst: Deutsche Kolonien. Traum und Trauma. Berlin 2005.

Gründer, Horst: Geschichte der Deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Helbig, Helga/Helbig, Ludwig: Mythos Deutsch-Südwest. Namibia und die Deutschen, Weinheim 1983.

Kaulich, Udo: Die Geschichte der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt 2003.

Petschull, Jürgen: Der Wahn vom Weltreich. Hamburg 1986.

Schleier, Bettina: *Carl Adolf Lüderitz, Ludwig Roselius und Bremen als Stadt der Kolonien*. In: Bremisches Jahrbuch. Nr. 84, 2005, S. 233-240.

Zimmerer, Jürgen: Deutsche Herrschaft über Afrikaner. Staatlicher Machtanspruch und Wirklichkeit im kolonialen Namibia. Hamburg 2004.

Quellen

Lüderitz, C.A.: Die Erschließung von Deutsch-Südwest-Afrika durch Adolf Lüderitz. Akten, Briefe und Denkschriften, Oldenburg 1945.

Schüßler, Wilhelm: Adolf Lüderitz. Ein deutscher Kampf um Südafrika 1883-1886, Geschichte des ersten Kolonialpioniers im Zeitalter Bismarcks, Bremen 1936.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000 / Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Straßen-/Platzname: Lubarschstraße

Datum der Benennung: 30. 11. 1956

Begründung der Benennung

Otto Lubarsch *„hat sich um die [Medizinische] Akademie und die Städtischen Krankenanstalten, deren ärztlicher Direktor er war, außerordentliche Verdienste erworben. Er gehörte zu den bedeutenden Pathologen seiner Zeit.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Lubarsch (1860-1933), deutscher Pathologe.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einem Studium der Medizin, Naturwissenschaften und Philosophie und der anschließenden Promotion arbeitete der Sohn einer deutsch-jüdischen Familie zunächst als Dozent an verschiedenen Pathologischen Instituten, bevor er 1907 eine Professur an der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und zwei Jahre später deren Leitung übernahm. Nach einem Wechsel an die Universität Kiel übernahm Lubarsch 1917 die Leitung des Pathologischen Instituts an der Berliner Charité; bis 1933 war er für die Publikation der medizinischen Fachzeitschrift „Virchows Archiv“ verantwortlich. Der Mediziner befasste sich mit den Fragen der allgemeinen Pathologie, widmete sich aber vor allem der Erforschung von Geschwüren und Tumoren; nach ihm sind die sogenannten „Lubarsch-Inseln“ (Lipoide der Magenschleimhaut) und das „Lubarsch-Pick-Syndrom“ (Amyloideinlagerungen der Zunge) benannt.

Antisemitismus / Rassismus

Otto Lubarsch zählt zu den renommiertesten Pathologen seiner Zeit und hat mit seinen Studien über Infektionskrankheiten, Entzündungen und Geschwulstproblemen einen entscheidenden Beitrag zur medizinischen Forschung geleistet. Gleichzeitig gilt er aufgrund seiner politischen und „antisemitisch getönten Haltung“ (Prüll 2005, S. 868) als einer der umstrittensten Wissenschaftler der Weimarer Republik.

Der Sohn einer deutsch-jüdischen Familie hatte schon früh seine eigene Herkunft abgelehnt und war zu Beginn seines Studiums zum Protestantismus übergetreten. Als Anhänger eines starken Deutschnationalismus favorisierte er die vollständige Assimilation der Juden, denen er *„Unduldsamkeit, Überheblichkeit, Prahlucht und [die] Verachtung des arbeitssamen christlich-deutschen Mittelstandes“* vorwarf. In diesem Zusammenhang kritisierte Otto Lubarsch insbesondere die jüdische Zuwanderung aus dem Osten und brachte diese mit kriminellen Machenschaften in Verbindung. Von der Existenz einer „jüdischen Rasse“ überzeugt, „sah er es als selbstverständlich an, dass ihre Eigenschaften überwiegend negativ zu bewerten seien und den Vererbungsgesetzen unterlägen.“ (Lipphardt, S. 234) Gleichzeitig vertrat der Pathologe die Ansicht, dass das Erbgut durch Umwelteinflüsse und äußere Prägung (Erziehung, Bildung, Lebensweise) aktiv verändert werden und er sich selbst von seiner jüdischen Herkunft „befreien“ könne; das

„Ziel der vollkommenen Eindeutschung“ sah Lubarsch in der Heirat mit einer Christin und der Gründung eines „von jüdischen Einflüssen ganz freien Stammes“ realisiert. 1891 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des „Allgemeinen Deutschen Verbandes“, in dem sich Vertreter des völkischen Spektrums für eine Stärkung des Deutschtums im In- und Ausland einsetzten und gegen nationale Minderheiten agitierten. Darüber hinaus trat der Pathologe im Jahr 1918 in die „Deutsche Vaterlandspartei“ (DVLP) ein, die einen „Siegfrieden“ propagierte und für weitreichende Annexionen eintrat. Nach einem gescheiterten Umsturzversuch der radikalen Rechten im März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch) verhalf Lubarsch dem Anführer Wolfgang Kapp zur Flucht ins Ausland.

Als Inhaber des Lehrstuhls für Pathologie avancierte Otto Lubarsch „zum wichtigsten Repräsentanten des deutschnationalen-republikfeindlichen Lagers“ (Grüttner, S. 151) an der Berliner Charité. Wie viele Altkonservative, die den Zusammenbruch des Kaiserreichs nicht verwinden konnten, lehnte er das parlamentarische System strikt ab und bezeichnete dieses als „Parteiengewaltherrschaft“. Dementsprechend widmete sich der Vorsitzende des „Ausschusses deutschnationaler Hochschullehrer“ der „Bekämpfung sämtlicher demokratischen Einmischungen in seinen Institutionsbetrieb“ (Prüll 1997, S. 198. Ferner brachte der von seinen Studenten als „fanatischer Monarchist und Nationalist alldentscher Prägung“ (Forßmann, S. 47) beschriebene Mediziner seine antisemitische Geisteshaltung auch im Unterricht zum Ausdruck: nachdem er bei der Sektion eines verstorbenen Häftlings dessen jüdische Herkunft öffentlich diffamiert hatte, wurde Lubarsch 1927 von seinen Vorlesungen entpflichtet.

Kategorie: B

Begründung: latenter Antisemitismus

Literatur

Grüttner, Michael: *Der Lehrkörper 1918-1932*. In: Vom Bruch, Rüdiger/Tenorth, Heinz-Elmar (Hsrg.): Geschichte der Universität unter den Linden 1810-2010. Band 2, Biographie einer Institution: Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918-1945, Berlin 2012, S. 153-186.

Lipphardt, Veronika: *Biologie der Juden. jüdische Wissenschaftler über „Rasse und“ Vererbung, 1900 – 1935*, Göttingen 2008.

Puschner, Uwe: *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache – Rasse – Religion*, Darmstadt 2001.

Prüll, Cay-Rüdiger: *Otto Lubarsch*. In: In: Gerabek, Werner E./Haage, Bernhard D./Keil, Gundolf/Wegner, Wolfgang (Hrsg.): *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Berlin/ New York 2005, S. 868.

Prüll, Cay-Rüdiger: *Otto Lubarsch (1860-1933) und die Pathologie an der Berliner Charité von 1917 bis 1928. Vom Trauma der Kriegsniederlage zum Alltag eines deutschnationalen Hochschullehrers in der Weimarer Republik*, In: Sudhoffs Archiv. Band 81, Heft 2, Stuttgart 1997, S. 193-210.

Walk, Joseph: *Kurzbiographien zur Geschichte der Juden 1918–1945*. Jerusalem/München 1988.

Winau, Rolf: *Medizin in Berlin*. Berlin/New York 1987.

Quellen

Forßmann, Werner: *Selbstversuch. Erinnerungen eines Chirurgen*, Düsseldorf 1972.

Lubarsch, Otto: *Ein bewegtes Gelehrtenleben. Erinnerungen und Erlebnisse, Kämpfe und Gedanken*, Berlin 1931.

Lubarsch, Otto: *Zur Frage der Hochschulreform*. Wiesbaden 1919.

Rössle, Robert: *Otto Lubarsch*. In: *Virchows Archiv für pathologische Anatomie und Physiologie und für klinische Medizin*. Band 290, Heft 1, Heidelberg 1933, S. 1-2.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 43551

0-1-7-1940.0000 / Blatt 369

Straßen-/Platznamen: Moltkestraße / Helmutstraße

Datum der Benennungen: 23. 10. 1888 / 17. 08. 1909

Begründung der Benennungen: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Helmuth Karl Bernhard Graf von Moltke (1800-1891), preußischer Generalfeldmarschall.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner Ausbildung an der Kadettenakademie in Kopenhagen diente Moltke zunächst im dänischen Infanterieregiment, bevor er 1822 als Leutnant in die preußische Armee aufgenommen und 1833 in den Großen Generalstab berufen wurde. Im Zuge der deutschen „Einigungskriege“ war der Generalstabschef ab den 1860er Jahren maßgeblich an der Entwicklung militärischer Strategien beteiligt und führte 1866 die preußischen Truppen in der „Schlacht bei Königgrätz“ persönlich an; für seine Verdienste erhielt Moltke 1871 den Titel eines Generalfeldmarschalls. Als Mitglied der Konservativen Partei wurde er 1881 Alterspräsident des Deutschen Reichstags.

Militarismus / Kolonialismus

Helmuth von Moltke der Ältere gilt bis heute als einer der bedeutendsten Befehlshaber der preußisch-deutschen Geschichte und verkörpert „wie kein anderer die militärischen Tugenden und Triumphe des Deutschen Kaiserreiches.“ (Meier, S. 269) Die von ihm entwickelten Strategien entschieden nicht nur maßgeblich die sogenannten „Einigungskriege“, sondern begründeten im 19. Jahrhundert auch eine neue Tradition militärischen Führungsdenkens.

Als Befürworter europäischer Nationalstaaten hielt Helmuth von Moltke die „Erhebung der deutschen Nation“ (Salewski, S. 72) nur durch kriegerische Auseinandersetzungen für realisierbar. Den Theorien des berühmten Militärwissenschaftlers Carl von Clausewitz folgend, betrachtete er den Krieg als legitimes politisches Mittel und widmete sich dementsprechend der Neuorganisation des Heeres. Neben der Umstrukturierung des Generalstabs und der Reformierung der militärischen Ausbildung unter Einbeziehung wissenschaftlicher Kriterien (Statistik, Geographie, Topographie. etc.) machte sich Moltke die technischen Entwicklungen seiner Zeit zunutze und avancierte auf diese Weise zum „Wegbereiter des industrialisierten Volkskriegs“ (Thies, S. 94); der Ausbau des Eisenbahn- und Telegraphennetzes bildete die logistische Voraussetzung für seine Aufmarschpläne.

Moltkes operatives Denken war maßgeblich durch die geostrategische Lage Preußens in Mitteleuropa beeinflusst und sah die schnelle Vernichtung des Gegners durch Umfassung vor. Die Durchführung dieser Militärmanöver setzte die Beweglichkeit des Heeres voraus, sodass der Chef des Generalstabs die Praxis der sogenannten „Auftragstaktik“ etablierte, die bis heute zur Führungsphilosophie der Bundeswehr gehört. Die Delegation von Weisungen bis auf die unterste Befehlsebene führte dazu, „dass vom General bis zum Unteroffizier ein eigenständiges Führungsdenken einzog und jeder, auch ohne Befehl, den Kampf von sich aus

fortsetzte.“ (Schobeß, S. 300) Diese Strategie fand sowohl in der „Schlacht bei Königgrätz“ (Deutsch-Deutscher Krieg) als auch im Deutsch-Französischen Krieg Anwendung und trug entscheidend zum Sieg der preußischen Truppen bei.

Wie viele Angehörige seiner Generation zeigte sich Helmuth von Moltke der Expansion des deutschen Lebensraums gegenüber aufgeschlossen. Nach seiner Zeit als Militärberater in der Türkei hatte er bereits in den 1840er Jahren öffentlich für die Errichtung eines christlichen Staates unter deutscher Führung in Palästina geworben. Im Zuge der Inbesitznahme deutscher Kolonien in den 1880er Jahren äußerte er seine Bewunderung für das Vorgehen des „Kolonialpioniers“ Hermann von Wissmann, der Aufstände der indigenen Bevölkerung brutal niederschlug: *„Der Mann macht mir Freude. So einen habe ich gern. Der geht doch feste da unten vor und hängt die Schufte auf, da wo sie es verdienen.“*

Obwohl Helmuth von Moltke den Krieg als *„Glied in Gottes Weltordnung“* betrachtete und durchaus von dessen Notwendigkeit überzeugt war, beobachtete er *„die Fortentwicklung der Staaten, der Völker, ihrer Machtmittel und Mentalitäten“* (Salewski, S. 81) am Ende des 19. Jahrhunderts mit Sorge. In seiner letzten Reichstagsrede im Jahr 1890 warnte er schließlich vor dem Ausbruch eines totalen Volkskriegs: *„Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegeneinander in den Kampf treten [...]. Wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß [sic] schleudert!“*

„Organisation und Professionalität, ein hohes Maß an politischer Unabhängigkeit und vor allem der Mut zu originärem Denken und eigenständigem Handeln zeichnete [Helmuth von Moltkes] Tradition über viele Jahre und Jahrzehnte aus, ehe der Generalstab im Ersten Weltkrieg erstmals in Verruf geriet und danach im Nationalsozialismus ebenso unterging wie das Reich, das zu schaffen er mitgeholfen hatte.“ (Görtemaker, S. 38)

Kategorie: B

Begründung: militärischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen / latenter Kolonialismus

Literatur

Jessen, Olaf: Die Moltkes. Biographie einer Familie, München 2010.

Groß, Gerhard P.: Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d.Ä. bis Heusinger, Paderborn 2012.

Kolb, Eberhard: *Helmuth von Moltke in seiner Zeit. Aspekte und Probleme*, In: Foerster, Roland G. (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung, München 1991, S. 1-18.

Schobeß, Volker: Das Kriegshandwerk der Deutschen. Preußen und Potsdam 1717–1945, Berlin 2015.

Thies, Jochen: Die Moltkes. Von Königgrätz nach Kreisau, Eine deutsche Familiengeschichte, München 2010.

Meier, Niklaus: Warum Krieg? Die Sinndeutung des Krieges in der deutschen Militärelite 1871-1945, Paderborn 2012.

Venohr, Wolfgang: *Helmuth von Moltke*. In: Haffner, Sebastian/Venohr, Wolfgang (Hrsg.): Preußische Profile. München 2008, S. 117-139.

Salewski, Michael: *Krieg und Frieden im Denken Bismarcks und Moltkes*. In: Foerster, Roland G. (Hrsg.): Generalfeldmarschall von Moltke. Bedeutung und Wirkung, München 1991, S. 67-88.

Quellen

Moltke, Helmuth von: *Deutschland und Palästina*. In: Moltke, Helmuth von (Hrsg.): Gesammelte Schriften und Denkwürdigkeiten des General-Feldmarschalls Grafen Helmuth von Moltke. Band 2, Vermischte Schriften, 1892, S. 279-288.

Becker, Alexander: Hermann von Wissmann - Deutschlands größter Afrikaner. Sein Leben und Wirken unter Benutzung des Nachlasses, Berlin 1907.

Straßen-/Platzname: Münchhausenweg

Datum der Benennung: März 1947

Begründung der Benennung

Die Straßenbenennung erfolgte auf Vorschlag des Leiters der Stadt- und Landesbibliothek, Dr. Hermann Reuter.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Börries Albrecht Conon August Heinrich Freiherr von Münchhausen (1874-1945), deutscher Lyriker; Senator der Deutschen Akademie der Dichtung (1934).

Kurzbiographie/Verdienste

Der Nachfahre des berühmten „Lügenbarons“ verfasste bereits während seines Studiums eigene Balladen und Gedichte, in denen er die Legenden und Mythen vergangener Epochen aufgriff. Mit seiner lyrischen Glorifizierung des Rittertums und der germanischen Sagenwelt entwickelte sich Münchhausen zu einem der bedeutendsten Vertreter der Balladendichtung; zahlreiche seiner Werke wurden vertont und trugen so zu seiner Popularität bei. Darüber hinaus rief er 1898 den „Göttinger Musenalmanach“ ins Leben. Im Dritten Reich unterstützte der Baron die Nationalsozialisten und wurde als Senator in die Deutsche Akademie der Dichtung berufen. Kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs beging Börries von Münchhausen Suizid.

Antisemitismus / Rassismus / Nationalsozialismus

Börries Freiherr von Münchhausen zählt zu den „erfolgreichsten deutschsprachigen Lyrikern der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ (Schneider, S. 550); seine Balladen haben die deutsche Literaturlandschaft bis in die 1950er Jahre geprägt und gehörten zum festen Repertoire der Schullesebücher. Während die Werke seit den 1960er Jahren kaum mehr Beachtung finden, beschäftigt sich die jüngere Forschung mit der Biographie des Barons, seinem widersprüchlichen Antisemitismus und seiner Stellung im Dritten Reich.

Obwohl Börries von Münchhausen als junger Literat in jüdischen Kreisen verkehrte, jüdische Motive in seine Lyrik aufnahm und im Jahr 1900 zusammen mit dem Graphiker Ephraim Moses Lilien die Balladensammlung „Juda“ publizierte, die „als Plädoyer für die zionistische Bewegung“ (Sarkowicz/Mentzer, S. 482) gewertet wurde, näherte er sich nach der Jahrhundertwende der antisemitischen Bewegung an. Diese Entwicklung basierte vor allem auf Münchhausens völkischer Geisteshaltung, die das Judentum zwar nicht als minderwertig ansah, aber von der Notwendigkeit der deutschen „Rassereinheit“ überzeugt war und den jüdischen Einfluss im Kulturleben kritisierte: „*Jedesmal [sic], wenn ich Berlin wiedersehe, erschreckt mich die Verjudung unseres Volkes aufs höchste [sic] [...]. Es ist eine fürchterliche Rasse!*“ Ungeachtet seiner judenfeindlichen Haltung und Äußerungen pflegte der Lyriker allerdings weiterhin Kontakte zu jüdischen Freunden und wehrte sich noch zu Beginn des Dritten Reiches gegen den Vorwurf des Antisemitismus: „*Überdies bin ich heute noch kein Nationalsozialist [...]. Ich bin es vor allem deshalb nicht, weil ich anders zum*

Judentum stehe, als dem furchtbaren Feind unserer deutschen Kultur, und anders zum einzelnen Juden, der wie Heine ein recht wesentlicher Bestandteil dieser Kultur sein kann.“

Im Verlauf des Ersten Weltkriegs wurde Börries von Münchhausen zunächst als Oberleutnant eingesetzt, bevor er in die Propagandaabteilung der Obersten Heeresleitung berufen wurde und unter anderem mit Vorträgen an das Durchhaltevermögen der Soldaten appellierte. Darüber hinaus erfreuten sich seine nationalistischen Werke großer Beliebtheit an der Front, sodass die Auflagen sprunghaft anstiegen und seinen Bekanntheitsgrad steigerten. In der Weimarer Republik verbreitete Münchhausen seine rassistische Ideologie in zahlreichen Zeitungsbeiträgen, übernahm 1925 die Schriftleitung einer Beilage der Zeitschrift „Volk und Rasse“ und sprach sich im „Deutschen Adelsblatt“ gegen deutsch-jüdische Beziehungen aus: *„Eine Ehe zwischen Ariern und Juden ergibt immer einen Bastard, der den Sprung, den Riß [sic] im Äußeren und Inneren, in Sprache und Bewegung, in Geist und Seele, in Sittlichkeit und Denken nie los wird.“* Darüber hinaus setzte sich Münchhausen für einen Zusammenschluss nationalkonservativer und nationalsozialistischer Lyriker in der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste ein und war „maßgeblich daran beteiligt, die Institution in den NS-Faschismus zu überführen“ (Ditfurth, S. 247).

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurde der Baron als Senator in die Deutsche Akademie der Dichtung der „gesäuberten“ Preußischen Akademie der Künste berufen, gehörte zu den Unterzeichnern des „Treuegelöbnisses“ der deutschen Schriftsteller für Adolf Hitler und warb im „Aufruf der Kulturschaffenden“ für die Vereinigung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamtes. Darüber hinaus agitierte er gegen den literarischen Expressionismus und dessen Vertreter und entfernte nach öffentlichen Angriffen auf seine Person sämtliche jüdischen Motive aus seinen eigenen Werken. Obwohl Münchhausen diesem Eingriff in die geistige Freiheit durchaus nicht unkritisch gegenüberstand und sich in einzelnen Fällen für verfolgte Kulturschaffende einsetzte, engagierte er sich bis Ende der 1930er Jahre in der Deutschen Akademie der Dichtung; seine Bewunderung für die NS-Führung ist in zahlreichen privaten Dokumenten überliefert. Im Jahr 1936 beschwerte sich Münchhausen bei SS-Oberführer und Ministerialdirektor Arthur Julius Gütt gar über die deutschen Nachnamen der jüdischen Bevölkerung und schlug eine Regelung vor, um *„in Zukunft das Erkennen der Juden leichter zu machen“*; diese Anregung trug 1938 zur sogenannten „Namensänderungsverordnung“ bei.

Zu Beginn der 1940er Jahre zog sich Börries von Münchhausen aus dem Literaturbetrieb zurück, erhielt jedoch noch 1944 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Altenburg und wurde von Adolf Hitler auf die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ der wichtigsten deutschen Schriftsteller gesetzt. *„Trotz der Ehrungen war dem Baron klar, dass hinter den Fassaden das geliebte Dritte Reich bröckelte und dass er mit ihm untergehen würde.“* (Gans, Zweiter Band, S. 211) Im März 1945 nahm sich der Lyriker auf seinem Schloss Windischleuba das Leben.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Antisemitismus / Unterstützung des NS-Regimes

Literatur:

Alter, Reinhard: *Gottfried Benn und Börries von Münchhausen. Ein Briefwechsel aus den Jahren 1933/34*, In: Martini, Fritz/Müller-Seidel, Walter/Zeller, Bernhard (Hrsg.): *Jahrbuch der Schillergesellschaft*. 25. Jg., 1981, S. 139-170.

Ditfurth, Jutta: *Der Baron, die Juden und die Nazis. Eine Reise in eine Familiengeschichte*, Hamburg 2015.

Gans, Henning: „Ich lass hier alles gehn und stehn“. Börries von Münchhausen, ein Psychopath unter drei Lobbyismokratien, Erster und Zweiter Band, Leipzig 2015.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Mittenzwei, Werner: *Die Mentalität des ewigen Deutschen. Nationalkonservative Dichter 1918 bis 1947 und der Untergang einer Akademie*, Berlin 2003.

Sarkowicz, Hans: *Münchhausen, Börries Freiherr von*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 8, Nachträge und Register, Berlin 2015, S. 95-97.

Sarkowicz, Hans/Mentzer, Alf: *Schriftsteller im Nationalsozialismus. Ein Lexikon*, Berlin 2011.

Schneider, Thomas: „*Heldisches Geschehen*“ und „*reiner blaublonder Stamm*“. *Die Erneuerung der Ballade und ihre Instrumentalisierung durch Börries von Münchhausen seit 1898*. In: Białek, Edward/Durzak, Manfred/ Zybura, Marek (Hrsg.): *Literatur im Zeugenstand. Beiträge zur deutschsprachigen Literatur- und Kulturgeschichte*, Festschrift zum 65. Geburtstag von Hubert Orłowski, Frankfurt am Main 2002, S. S. 541–561.

Quellen

Schücking, Beate (Hrsg.): "Deine Augen über jedem Verse, den ich schrieb". Levin Ludwig Schücking - Börries von Münchhausen, Briefwechsel 1897 – 1945, Oldenburg 2001.

Münchhausen, Börries von: *Adel und Rasse*. In: *Deutsches Adelsblatt*. Nr. 42, 1924, S. 63-65.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-4-18022.0000

Straßen-/Platzname: Nernstweg

Datum der Benennung: 16. 01. 1934

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Walther Hermann Nernst (1864-1941), deutscher Physiker und Chemiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Physik, Chemie und Mathematik und der anschließenden Promotion über physikalische Effekte (Ettinghausen-Nernst-Effekt) habilitierte sich Walther Nernst auf dem Gebiet der Thermodynamik; 1895 erhielt er eine ordentliche Professur für physikalische Chemie an der Universität Göttingen, wechselte jedoch kurze Zeit später an die Universität Berlin und erfand die nach ihm benannte Nernstsche Glühlampe. 1905 formulierte Nernst den dritten Hauptsatz der Thermodynamik (Nernst-Theorem). Im Ersten Weltkrieg gehörte er zu den wissenschaftlich-technischen Beratern der Obersten Heeresleitung und beteiligte sich an der Forschung zur Kriegstechnik. Bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1933 war Walther Nernst als Lehrstuhlinhaber an der Universität Berlin im Bereich der Experimentalphysik tätig.

Militarismus / Nationalsozialismus

Obwohl Walther Nernst aufgrund seiner Verdienste auf dem Gebiet der Thermodynamik in Fachkreisen zu den renommiertesten deutschen Physikern zählt und als großer Förderer der Wissenschaften zu Lebzeiten hochgeschätzt wurde, ist sein Name der Allgemeinheit mittlerweile relativ unbekannt. Studien zu seiner Biographie zeichnen das Bild eines politisch interessierten Gelehrten, der sich ebenso für die Kriegsforschung wie für den Frieden einsetzte.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs gehörte Walther Nernst zu den Unterzeichnern des Propaganda-Manifests „An die Kulturwelt!“, in dem die intellektuelle Elite jegliche Kriegsschuld Deutschlands abstritt und den Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der deutschen Kultur legitimierte. Nachdem bereits seine Söhne einberufen worden waren, meldete sich der Physiker im Alter von fünfzig Jahren zum Militärdienst und transportierte als Mitglied des „Kaiserlichen Freiwilligen Automobilkorps“ Dokumente an die Westfront. In dieser Funktion erlebte er im September 1914 sowohl den deutschen Vormarsch auf Paris als auch die anschließende erste Schlacht an der Marne, die mit dem Rückzug der deutschen Truppen endete. Obwohl Walther Nernst bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr an einen deutschen Sieg glaubte, stellte er sich dennoch in den Dienst der militärischen Forschung, um zumindest einen „*erkämpften Frieden*“ zu erreichen.

Angesichts des erstarrten Stellungskriegs setzte die Oberste Heeresleitung ihre Hoffnung in neuartige Kampfstoffe, um den Gegner gezielt schädigen und außer Gefecht setzen zu können. In Zusammenarbeit mit dem Chemiker Carl Duisberg („Nernst-Duisberg-Kommission“) widmete sich Nernst der Entwicklung von chemischen Artilleriegeschossen und experimentierte sowohl mit Reiz- als auch mit gefährlichen Lungenkampfstoffen

(Niespulver, Tränengas, Phosgen, Chlorgas), die mittels Granaten und Minenwerfern an den Feind gebracht werden sollten. Als wissenschaftlicher Beirat des „Minenwerferbataillons I“ testete er deren Wirkung persönlich an der Front; für seine Verdienste in der Kriegsforschung erhielt der Physiochemiker das Eiserne Kreuz I. Klasse. Bis Kriegsende leitete er den Fachausschuss Physik der 1916 gegründeten „Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft“ und arbeitete an der Entwicklung neuer Kampfstoff-Geschosse sowie entsprechender Geschütze. Nach der Kapitulation des Kaiserreichs stand Nernst zeitweilig auf der Liste der gesuchten Kriegsverbrecher. Obwohl er im Gegensatz zu Fritz Haber nicht direkt an tödlichen Gasangriffen beteiligt war, „steht seine Bedeutung bei der Etablierung chemischer Waffen außer Zweifel“ (Bartel 2014, S. 53).

Trotz seines wissenschaftlichen Engagements im Ersten Weltkrieg setzte sich der Physiker wiederholt für Friedensverhandlungen mit den Entente-Ländern ein, um eine endgültige Niederlage des Deutschen Reiches zu verhindern. Darüber hinaus warnte er die Oberste Heeresleitung 1917 vergeblich vor dem Kriegseintritt der technisch überlegenen Vereinigten Staaten.

Nach dem Zusammenbruch der politischen Ordnung und dem Sturz der Monarchie bekannte sich Walther Nernst öffentlich zur neuen Republik und wandte sich gegen den aufkommenden gesellschaftlichen Antisemitismus. Angesichts der Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau zu Beginn der 1920er Jahre durch die rechtsradikale „Organisation Consul“ rief er die liberalen Kräfte zum Zusammenhalt auf: *„Möge der Abscheu vor der Freveltat und zugleich die Verurteilung roher Gewalt, ja selbst, wenn es sich nur um die gewaltsame Mißachtung [sic] der Meinung Andersdenkender handelt, die Gutgesinnten zu gemeinsamer Arbeit vereinen [...].“* Im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung zog sich Walther Nernst weitestgehend aus dem Wissenschaftsbetrieb zurück und ging auf Distanz zum NS-Regime. Dennoch stellte sich er sich 1940 in bereits schlechtem Gesundheitszustand ein letztes Mal für militärische Aufgaben zur Verfügung und wurde mit der Verbesserung von Torpedoantrieben der Marine betraut, scheiterte jedoch an den unzureichenden Arbeitsbedingungen und starb ein Jahr später.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Bartel, Hans-Georg: Walther Nernst. Leipzig 1989.

Bartel, Hans-Georg/Huebener, Rudolf P.: Walther Nernst. Pioneer of Physics and of Chemistry, New Jersey u.a. 2007.

Bartel, Hans-Georg: *Ein Geheimrat im Militärdienst. Walther Nernst im Spannungsfeld zwischen Kriegsforschung und Friedensbemühungen*, In: Physik Journal, Nr. 7, 2014, S. 49-53.

Mendelssohn, Kurt: Walther Nernst und seine Zeit. Aufstieg und Niedergang der deutschen Naturwissenschaft, Weinheim 1976.

Beyerchen, Alan D.: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich, Köln 1980.

Baumann, Timo: Giftgas und Salpeter. Chemische Industrie, Naturwissenschaft und Militär von 1906 bis zum ersten Munitionsprogramm 1914/15, Düsseldorf 2011.

Coffey, Patrick: Cathedrals of Science. The Personalities and Rivalries that made Modern Chemistry, Oxford 2008.

Huebner, Rudolf/Lüddig, Heinz: Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt. Ihre Bedeutung beim Aufbau der modernen Physik, Wiesbaden 2011.

Quellen

Nernst, Walther: *Der Krieg und die deutsche Industrie*. In: Bund deutscher Gelehrter und Künstler (Hrsg.): Deutsche Volkskraft nach zwei Kriegsjahren. Vier Vorträge, Leipzig 1916, S. 12-23.

Nernst, Walther: Über das Auftreten neuer Sterne. Rede zur Gedächtnisfeier des Stifters der Berliner Universität, König Wilhelm Friedrich III., Berlin 1922.

Straßen-/Platzname: Petersstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Carl Peters (1856-1918), deutscher Kolonialpolitiker und Afrikaforscher; Reichskommissar für das Kilimandscharo-Gebiet (1891-1893).

Kurzbiographie

Als Bewunderer der britischen Kolonialpolitik beteiligte sich Peters 1884 an der Gründung der „Gesellschaft für Deutsche Kolonisation“ und erwarb in ihrem Auftrag das Kernland des späteren Deutsch-Ostafrika; die Übernahme der Schutzherrschaft durch das Deutsche Reich im Jahr 1885 ermöglichte weitere Expeditionen. Aufgrund seiner brutalen Amtsführung im Kilimandscharo-Gebiet wurde der als „Hänge-Peters“ bekannt gewordene Reichskommissar abgesetzt und zurück nach Deutschland beordert, wo er im Kolonialministerium arbeitete. Nach seiner Suspendierung vom Reichsdienst im Jahr 1897 gründete Peters eine Gesellschaft zur Finanzierung des Goldbergbaus in Südafrika und betätigte sich als Publizist und Forschungsreisender.

Kolonialismus/Rassismus

Carl Peters galt bereits zu Lebzeiten als eine der umstrittensten Schlüsselfiguren der deutschen Kolonialbewegung und steht heute im Fokus der Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte. Während sich die ältere Forschungsliteratur zumeist auf die pathologische Auffälligkeit des Kolonialisten konzentriert hat („gerichtsnotorisch krimineller Psychopath“, Wehler S. 338), befassen sich jüngere Studien auch mit dessen politischem Werdegang und den Auswirkungen seiner aggressiven Expansionsunternehmungen.

Mit der Gründung der „Gesellschaft für Deutsche Kolonisation“ im Jahr 1884 setzte sich Carl Peters von der in Kolonialfragen eher zurückhaltend agierenden Regierung Bismarcks ab, um *„in entschlossener und durchgreifender Weise die Ausführung von [...] Kolonisationsprojekten selbst in die Hand zu nehmen.“* Die sich anschließenden Expeditionen wurden mit dem Ziel der *„rücksichtslosen Bereicherung des eigenen Volkes auf anderer, schwächerer Völker Unkosten“* durchgeführt. Dementsprechend schloss Peters mit lokalen Autoritäten unter Anwendung von fragwürdigen Methoden (Alkohol, Androhung und

Demonstration von Gewalt) sogenannte „Schutzverträge“ ab, die insbesondere ihm selbst „das alleinige und ausschließliche Recht völliger und uneingeschränkter Ausnutzung“ der entsprechenden Gebiete einräumten. Um seine Machtposition zu stärken und das Territorium vergrößern zu können, erzwang Peters 1885 einen kaiserlichen Schutzbrief, indem er mit der Abtretung der erworbenen Länder an Belgien drohte. Zeitgleich gründete er die „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ (DOAG), auf die sämtliche Rechte übergingen.

Der Aufstand der ostafrikanischen Küstenbevölkerung („Araberaufstand“) in den Jahren 1888 bis 1890 ermöglichte der Reichsregierung die Übernahme der administrativen und militärischen Kontrolle über die Kolonie; Carl Peters wurde als Reichskommissar im Kilimandscharo-Gebiet eingesetzt. Dort errichtete er eine Willkürherrschaft, die „selbst für die damaligen kolonialen Verhältnisse als extrem gelten muss“. (Bear, S. 32) Nachdem er seine afrikanische Geliebte und seinen Diener aus persönlichen Gründen hatte hinrichten lassen, wurde der Kolonialpolitiker schließlich seines Amtes enthoben und in einem Disziplinarverfahren 1897 unehrenhaft aus dem Staatsdienst entlassen.

Der Fall des „Hänge-Peters“ erhielt durch eine Debatte im Reichstag überregionale Aufmerksamkeit; für die Sozialdemokraten unter August Bebel repräsentierte dieser das Bild eines „grimmigen Ariers, der alle Juden vertilgen will und in Ermangelung von Juden drüben [sic] in Afrika Neger totschießt [sic] wie Spatzen und Negermädchen zum Vergnügen aufhängt [...]“. Peters selbst machte aus seinen Überzeugungen keinen Hehl und offenbarte ungeniert sein rassistisch und sozialdarwinistisch geprägtes Menschenbild: „Der Neger ist der geborene Sklave, dem ein Despot nötig ist wie dem Opiumraucher die Pfeife.“ 1891 wurde unter seiner Mitwirkung der „Allgemeine Deutsche Verband“ gegründet, in dem sich Vertreter des völkischen Spektrums für die aggressive Ausbreitung des deutschen Lebensraums einsetzten.

Im Dritten Reich entwickelte sich ein regelrechter Kult um den „Kolonialpionier“; zahlreiche Biographien und Propagandafilme feierten Carl Peters als „Vorbild und Vorläufer des nationalsozialistischen Helden“ (Maß, S. 244). In diesem Zusammenhang honorierte das NS-Regime vor allem die konsequente und rücksichtslose Umsetzung seiner ideologischen Ziele und glorifizierte das brutale Vorgehen gegen die indigene Bevölkerung Afrikas als Beispiel herausragender Männlichkeit. Um Peters vollständig zu rehabilitieren, hob Adolf Hitler 1937 dessen Verurteilung wegen Amtsmissbrauchs posthum auf.

Kategorie: A

Begründung aggressiver Kolonialismus

Literatur

Baer, Martin/Schröter, Olaf: Eine Kopffjagd - Deutsche in Ostafrika. Spuren kolonialer Herrschaft, Berlin 2001.

Bückendorf, Jutta: „Schwarz-Weiß-Rot über Ostafrika“! Deutsche Kolonialpläne und afrikanische Realität, Münster 1997.

Dvorak, Helge: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaften. Band 1: Politiker, Teilband 4: M-Q, Heidelberg 2000, S. 293-295.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Maß, Sandra: Weiße Helden – schwarze Krieger. Zur Geschichte kolonialer Männlichkeit in Deutschland 1918-1964, Köln/Weimar/Wien 2006.

Perras, Arne: Carl Peters and German Imperialism 1856-1918. A Political Biography, Oxford 2004.

Pesek, Michael: Koloniale Herrschaft in Deutsch-Ostafrika. Expeditionen, Militär und Verwaltung seit 1880, Frankfurt am Main 2005.

Peters, Michael: *Der „Alldeutsche Verband“*. In: Puschner, Uwe (Hrsg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918. München 1999, S. 301–315.

Speitkamp, Winfried: *Totengedenken als Berlin-Kritik. Der Kult um die Kolonialpioniere*, In: van der Heyden, Ulrich/Zeller, Joachim (Hrsg.): „...Macht und Anteil an der Weltherrschaft“. Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 163-170.

Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus. Köln u. a. 1969.

Quellen

Frank, Walter (Hrsg.): Carl Peters. Gesammelte Schriften, München/Berlin 1943.

Peters, Carl: Die deutsche Emin-Pascha-Expedition. Hamburg 1907.

Peters, Carl: Lebenserinnerungen. Hamburg 1918.

Peters, Carl: Wie Deutsch-Ostafrika entstand! Persönlicher Bericht des Gründers, Leipzig 1940.

„Ein schwarzer Tag“, In: Vorwärts – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 13. Jg., Nr. 63, 14. März 1896.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000/ Blatt 421

IV 52054 Bd. 1

Straßen-/Platzname: Otto-Petersen-Straße

Datum der Benennung: 22. 11. 1979

Begründung der Benennung

Eine Namensgebung wurde bereits Ende 1953 durch Oberstadtdirektor Walther Hensel vorgeschlagen, da Otto Petersens „*hohe Verdienste um Düsseldorf*“ im Januar 1954 mit einer Ehrenbürgerschaft geehrt werden sollten; er starb überraschend im Dezember 1953. Das Vorhaben der Straßenbenennung wurde weiterverfolgt, allerdings waren im dafür vorgesehenen Gebiet rund um das Max-Planck-Forschungsinstitut zum damaligen Zeitpunkt keine neuen Straßen in Planung, und von einer Umbenennung bereits existierender Straßen wurde abgesehen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Otto Friedrich Petersen (1874-1953), deutscher Eisenhüttenmann und Ingenieur.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Eisenhüttenkunde und der Beendigung des Militärdienstes arbeitete Otto Petersen zunächst als Konstrukteur in den Vereinigten Staaten, bevor er 1901 zum Stahl- und Betriebswerk Rendsburg wechselte, wo er bis zum Prokuristen aufstieg. 1907 wurde der Ingenieur stellvertretender Geschäftsführer des „Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh)“. Als Hauptgeschäftsführer und späteres Vorstandsmitglied der Organisation engagierte sich Petersen in der Forschungsförderung und initiierte beispielsweise 1917 die Gründung des „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung“ (heute Max-Planck-Institut) in Düsseldorf; zwischen 1920 und 1933 saß er für die „Deutsche Volkspartei“ (DVP) im Düsseldorfer Stadtrat. Während des Zweiten Weltkriegs leitete der Ingenieur das Düsseldorfer Büro des „Hauptringes Eisenerzeugung“ beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, der die selbstverantwortliche industrielle Rüstungssteigerung fördern sollte.

Nationalsozialismus

Otto Petersen hat als Geschäftsführer des traditionsreichen „Vereins Deutscher Eisenhüttenleute“ (VDEh) die Geschicke der einflussreichen technisch-wissenschaftlichen Ingenieursvereinigung über Jahrzehnte mitbestimmt und sich in besonderem Maße um die Förderung und Weiterentwicklung der Stahltechnologie verdient gemacht. Obwohl sich der VDEh im Dritten Reich unter der Leitung des Ingenieurs „zu einem Bestandteil des NS-Herrschaftsapparates“ entwickelte (Maier 2010, S. 175) und er selbst bis in den Rang eines „Wehrwirtschaftsführers“ aufstieg, kann über seine persönliche Haltung zum Nationalsozialismus nur spekuliert werden.

Otto Petersen gehörte seit 1920 der nationalliberalen „Deutschen Volkspartei“ (DVP) unter Gustav Stresemann an, war allerdings eher im rechtskonservativen Flügel beheimatet; als Mitherausgeber einer Denkschrift hatte er bereits während des Ersten Weltkriegs Überlegungen zur Eingliederung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das

Deutsche Reich angestellt. Mit der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers und der Auflösung der DVP trat Otto Petersen zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und zählte damit zu jenen Parteimitgliedern, die sich erst kurz vor dem Inkrafttreten der Aufnahmesperre für einen Beitritt entschieden. Im Zuge der Gleichschaltung technisch-wissenschaftlicher Vereine wurde der VDEh mit anderen Organisationen zur „Reichsgemeinschaft der technisch-wissenschaftlichen Arbeit“ (RTA) zusammengeschlossen; Petersen Befürchtungen einer Zwangsausschaltung und Übernahme durch die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) bewahrheiteten sich indes nicht.

Während andere Vereinigungen die ideologischen Vorgaben der NS-Führung ohne zu Zögern umsetzten, wartete der VDEh die weiteren Entwicklungen ab und nahm beispielsweise den sogenannten „Arierparagraphen“ zunächst nicht in die Satzung auf; noch im Oktober 1935 verwies Otto Petersen auf eine Verfügung des RTA-Präsidenten Fritz Todt, der eigenmächtige „Sonderaktionen in der Judenfrage“ bis zur Bekanntgabe gesetzlicher Ausführungsbestimmungen untersagte. Darüber hinaus äußerte sich der Geschäftsführer in Bezug auf die staatlichen Eingriffe des NS-Regimes in die Wirtschaftswerbung durchaus kritisch. Nach Kriegsende gab er zudem an, bis 1937 Mitglied des international ausgerichteten „Rotary Clubs“ gewesen zu sein.

Dennoch war Otto Petersen „bereits Anfang 1937 der große Profiteur der abschließenden Neuordnung und weiteren Straffung des nationalsozialistischen technisch-wissenschaftlichen Behörden- und Institutionensystems geworden.“ (Bleidick, S. 91) Im Zusammenhang mit dem sogenannten „Vierjahresplan“, der die Wirtschaft auf die Aufrüstung ausrichten sollte, vermittelte der Ingenieur zwischen Staat und Eisen schaffender Industrie. Nachdem der „Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik“ (NSBDT) als übergeordnete Institution der berufsständischen Vereine etabliert worden war, stieg Petersen innerhalb dieser Organisation zum „Reichsfachgruppenwarter“ für Hüttenwesen und Bergbau auf; in dieser Funktion nahm er im Juni 1937 am „1. Reichsschulungskurs der deutschen Technik auf der Gauschulungsburg Plassenburg“ teil, der „vor allem der massiven Indoktrination der Spitzen der technisch-wissenschaftlichen Vereine diene.“ (Maier 2015, S. 88f.) 1938 wurde Otto Petersen zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt und als Mitglied in den Wehrwirtschaftsrat aufgenommen; 1944 erhielt er die „Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft“. Über seine Mitarbeit in Verwaltungsstellen der Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkriegs – darunter der „Hauptring Eisenerzeugung“ beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion – ist nichts bekannt.

Nach Kriegsende wurde Otto Petersen von der britischen Militärregierung mit der Bildung einer Verwaltungsorganisation der westdeutschen Eisenerzeuger und -verarbeiter beauftragt, um die Wirtschaftstätigkeit „in den wichtigsten Bereichen anzukurbeln“. (Bührer, S. 38f.) In seinem Entnazifizierungsverfahren führte der Ingenieur neben seiner Parteiangehörigkeit auch Mitgliedschaften in der „Reichsschrifttumskammer“, im „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) und im „Reichskolonialbund“ an. Er wurde als „Mitläufer“ (Kategorie IV) eingestuft und verlor sein passives Wahlrecht, behielt allerdings seinen Vorsitz im VDEh.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet / Rolle im Dritten Reich nicht abschließend geklärt

Literatur

Bleidick, Dietmar: *Emil Schrödter und Otto Petersen – zwei starke Geschäftsführer*. In: Maier, Helmut/Zilt, Andreas/Rasch, Manfred (Hrsg.): 150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860-2010. Essen 2010, S. 71-98.

Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952. München 1986.

Krebs, Stefan: Technikwissenschaft als soziale Praxis. Über Macht und Autonomie der Aachener Eisenhüttenkunde 1870–1914. Stuttgart 2009.

Maier, Helmut: *Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute als technisch-wissenschaftlicher Verein im Nationalsozialismus 1933-1945*. In: Maier, Helmut/Zilt, Andreas/Rasch, Manfred (Hrsg.): 150 Jahre Stahlinstitut VDEh 1860-2010. Essen 2010, S. 139-175.

Maier, Helmut: Chemiker im „Dritten Reich“. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat. Weinheim 2015.

Petzina, Dietmar/Euchner, Walter: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949. Düsseldorf 1984.

Quellen

Meyer, Wilhelm/Reichert, Jacob/Vögler, Albert/Petersen, Otto: Zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet. Abschrift einer an die Reichs- und Oberste Heeresleitung gerichteten Denkschrift, Berlin 1917.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1936.0000 / Blatt 108

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-MG / 36405

Stahlinstitut VDEh – Archiv

VDEh-A Aa 4

VDEh-A Aa 40 / Band IV

VDEh-a A 71

Straßen-/Platzname: Pfitznerstraße

Datum der Benennung: 22. 07. 1950

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Beruf, Amt oder Funktion:

Hans Erich Pfitzner (1869-1949), deutscher Komponist, Dirigent und Autor; Senator der Reichskulturkammer (1936).

Kurzbiographie/Verdienste:

Der ausgebildete Komponist und Pianist wurde nach der Jahrhundertwende als Musikdirektor nach Straßburg berufen und leitete neben der städtischen Oper auch das dortige Konservatorium. Später unterrichtete er Meisterklassen an der Preußischen Akademie der Künste und betätigte sich landesweit als Dirigent und Regisseur. Da er sich selbst als Bewahrer der klassisch-romantischen Musiktradition des 19. Jahrhunderts verstand, orientierte sich Pfitzner bei der Komposition seiner Werke unter anderem an Robert Schumann und Franz Schubert. Mit seiner 1917 uraufgeführten Oper „Palestrina“, die die Diskrepanz von Künstler und Welt thematisiert, feierte der Komponist große Erfolge; diese wird bis heute als Höhepunkt seiner musikalischen Arbeit betrachtet.

Antisemitismus/Nationalsozialismus

Obwohl Hans Pfitzner als einer der bedeutendsten Vertreter der Spätromantik in die Musikgeschichte eingegangen ist, gelten seine Werke bis heute als historisch belastet und werden nur noch selten aufgeführt. Während einzelne Stimmen eine Neubewertung seiner Kompositionen anregen und diese unabhängig von seiner politischen Weltanschauung betrachten möchten, bleibt Pfitzners Musik für die große Masse der Kritiker untrennbar mit seiner antisemitischen Geisteshaltung und seinem Verhalten im Dritten Reich verbunden.

Zu seiner Judenfeindlichkeit bekannte sich der Komponist bereits am Ende des 19. Jahrhunderts, differenzierte jedoch zwischen Judentum und jüdischen Mitbürgern; letztere waren nicht zu behelligen, sofern sie sich zur „Überlegenheit“ des Deutschtums bekannten und „deutsch-national empfanden“. Dementsprechend ergriff Hans Pfitzner in der Zeit des Nationalsozialismus wiederholt Partei für jüdische Freunde und Bekannte. Gleichwohl sah er keine Veranlassung, die antisemitische Politik des NS-Regimes zu kritisieren, und bezeichnete sich 1933 sogar als ihr ideologischer Vordenker: *„Ich habe Zeit meines Lebens in diese Kerbe gehauen, die heute als theoretische Voraussetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung gilt.“*

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten erwartete der sowohl in Kunst- als auch in Gesellschaftsfragen reaktionär eingestellte Pfitzner eine entsprechende Würdigung seiner Musik. Um sein Ansehen zu steigern, unterstützte er öffentlichkeitswirksam die Ziele der NSDAP. So warb er 1934 für die Vereinigung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamtes, lobte anlässlich der Reichstagswahl 1936 *„das [sic] unsterbliche Verdienst unseres Führers Adolf Hitler“* und trat 1938 für den „Anschluss“ Österreichs ein.

Darüber hinaus bewies Pfitzner seine Loyalität zum Regime, indem er seine Kompositionen gemäß der faschistischen Gesinnung inszenierte und diese auch im besetzten Ausland aufführte. Mit Hans Frank, dem berüchtigten Generalgouverneur von Polen, verband ihn ein freundschaftliches Verhältnis; ihm widmete der Komponist eines seiner Werke und bekräftigte 1946 seine Verbundenheit mit dem verurteilten Kriegsverbrecher.

Durch seine Ernennung zum Senator der Reichskulturkammer im Jahr 1936 erlangte Hans Pfitzner keinen größeren Einfluss, da das Amt primär repräsentativen Zwecken diene. Darüber hinaus honorierten die Nationalsozialisten seinen Einsatz mit zahlreichen Kulturpreisen und nahmen ihn 1944 in die „Sonderliste der drei wichtigsten Musiker des Dritten Reiches“ auf; im gleichen Jahr erhielt er auf Geheiß Adolf Hitlers eine Dotation von 50.000 Reichsmark.

Im Zuge des nach Kriegsende eingeleiteten Entnazifizierungsverfahrens wurden die Werke des Komponisten kurzzeitig mit einem Aufführungsverbot belegt und die Einnahmen aus seinen Urheberrechten gesperrt. Trotz seiner Unterstützung für das NS-Regime und seines daraus resultierenden Profits konnte Pfitzner - auch durch die Hilfe von Entlastungszeugen - einen Freispruch erreichen und wurde von der Spruchkammer in München als „vom Gesetz nicht betroffen“ eingestuft.

Seine im Jahr 1945 verfasste „Glosse zum II. Weltkrieg“ offenbart jedoch ein Weltbild, das an den Zielen des Nationalsozialismus festhielt und diese ausdrücklich befürwortete: *„Das Weltjudentum ist ein Problem und zwar ein Rassenproblem, aber nicht nur ein solches, und es wird noch einmal aufgegriffen werden, wobei man sich Hitlers erinnern wird und ihn anders sehen, als jetzt [...] Also nicht das ‚Warum‘ ist ihm vorzuwerfen, [...] sondern nur das ‚wie‘ er die Aufgabe angefasst hat [...].“*

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Antisemitismus / herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur:

Busch, Sabine: Hans Pfitzner im Nationalsozialismus. Stuttgart/Weimar 2001.

Busch, Sabine: *Hans Pfitzner und seine Stellung im „Dritten Reich“. Ein Außenseiter mit schlechtem Ruf*, in: Benz, Wolfgang u.a. (Hrsg.): *Kunst im NS-Staat. Ideologie, Ästhetik, Protagonisten*, Berlin 2015, S. 381-393.

Jürgens, Birgit: "Deutsche Musik". Das Verhältnis von Ästhetik und Politik bei Hans Pfitzner, Hildesheim 2009.

Klee, Ernst: *Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Prieberg, Fred K.: *Musik im NS-Staat*. Köln 2000.

Selig, Wolfram: *Hans Pfitzner*, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 2/2, Berlin 2009, S. 635.

Vaget, Hans Rudolf: "*Der gute, alte Antisemitismus*". *Hans Pfitzner, Bruno Walter und der Holocaust*, in: Riethmüller, Albrecht (Hrsg.): *Bruckner-Probleme. Internationales Kolloquium 7.-9. Oktober 1996 in Berlin*, Berlin 1999, S. 215-228.

Quellen:

Adamy, Bernhard (Hrsg.): *Hans Pfitzner. Briefe, Band 1: Textband*, Tutzing 1991.

Adamy, Bernhard (Hrsg.): *Hans Pfitzner. Briefe, Band 2: Kommentar*, Tutzing 1991.

N.N.: *Fanfare für Hans Pfitzner*. In: *Die Musik* 26,3 (1933), S. 193-194.

Pfitzner, Hans: *Glosse zum II. Weltkrieg*, In: Adamy, Bernhard (Hrsg.): *Sämtliche Schriften, Band 4*, Tutzing 1987, S. 327-343.

Straßen-/Platzname: Harry-Piel-Platz

Datum der Benennung: 21. 07. 2007

Begründung der Benennung

„Mit insgesamt 107 Filmen war Harry Piel zu seiner Zeit nicht von den Kinoleinwänden Deutschlands und Europas wegzudenken. Er war bekannt für sensationsgeladene Abenteuerfilme, bei denen er die Stunts oft ohne Double selber aufführte. [...] Seiner Heimatstadt blieb er stets verbunden.“

Name, Beruf, Funktion oder Amt

Heinrich „Harry“ Piel (1892-1963), deutscher Regisseur, Schauspieler und Filmproduzent.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Benrather absolvierte zunächst eine kaufmännische Lehre, bevor er in Frankreich erste Erfahrungen in der Filmbranche sammelte und nach Berlin übersiedelte. Unter seiner Regie entstanden spannungsgeladene Sensationsfilme, die mit eindrucksvollen Spezialeffekten und Stuntszenen aufwarteten. Der Entschluss, als Hauptdarsteller Teil seiner eigenen Abenteuergeschichten zu werden, machte den „Dynamit-Regisseur“ endgültig zum Publikumsmagneten; Umfragen aus den 1920er Jahren kürten ihn gleich mehrfach zum beliebtesten deutschen Schauspieler. Als „Harry Piel, der tollkühne Detektiv“ wurde er darüber hinaus zum Helden seiner eigenen kleinformatigen Heftserie. Im Jahr 2006 widmeten das Filmmuseum Düsseldorf und die Stadtbücherei Benrath dem Schauspieler eine Ausstellung sowie ein mehrtätiges Film-Festival; an seinem Geburtshaus in Benrath erinnert eine Gedenktafel an Harry Piel.

Nationalsozialismus

Harry Piel gehörte zu den populärsten Darstellern und Filmproduzenten der Weimarer Republik; als „Erfinder des deutschen Actionfilms“ (Geschichtswerkstatt, S. 207) bediente er sich des Zusammenspiels aus innovativer Kameraführung und außergewöhnlicher Kulisse und bot seinen Zuschauern eine geradezu avantgardistische Mischung aus Unterhaltung und Nervenkitzel. Im Dritten Reich arrangierte sich der Schauspieler mit den politischen Rahmenbedingungen, um einem Berufsverbot zu entgehen.

Bereits kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten trat Harry Piel in die NSDAP ein und wurde „Förderndes Mitglied der SS“. Im Oktober 1933 erfolgte die Aufnahme in die „Reichsfachschaft Film“, die eine Voraussetzung für alle Filmschaffende darstellte. Diese zügige Anpassung ist wohl als Reaktion auf das Verbot und die Beschlagnahmung zweier Produktionen zu werten, für deren Inhalte Harry Piel bereits in den Jahren zuvor angegriffen worden war; insbesondere die negative Darstellung des Giftgaskriegs in seinem Spielfilm „Der Geheimagent“ galt in nationalsozialistischen Kreisen als pazifistische Propaganda. Dass sich der Filmproduzent von der Annäherung an das NS-Regime die Sicherung seiner beruflichen Existenz erhoffte, beweist auch ein Schreiben an das

Reichspropagandaministerium, in dem er drei Tage nach Parteieintritt seine Beteiligung an der „nationalen Neugestaltung des deutschen Filmes“ anbot.

Während die historische Forschung der 1950er und 60er Jahre eine „Förderne SS-Mitgliedschaft“ noch kollektiv mit einer Art Schutzgeld gleichsetzte, verweisen jüngere Studien auf die Notwendigkeit der Einzelfallbetrachtung; dementsprechend kann die Spendenfinanzierung der SS „weder als völlig harmlos noch als schwer belastend“ gewertet werden. (Hein, S. 170) Obwohl Harry Piel nach Kriegsende zunächst behauptet hatte, über eine reguläre Mitgliedschaft nicht im Bilde gewesen zu sein und nachweislich falsche Angaben machte, ist in seinem Fall - nach bisherigen Erkenntnissen - von einer „notgedrungenen“ SS-Zugehörigkeit auszugehen, die aus der Sorge um die berufliche Zukunft resultierte.

Bis 1940 produzierte Harry Piel unverfängliche Abenteuerfilme mit nur „latent politischer Funktion“ (Albrecht, S. 368), die von der Filmprüfstelle als „volksbildend“ und „künstlerisch wertvoll“ eingestuft wurden. Obgleich er dank der Unabhängigkeit seiner eigenen Produktionsfirma weitestgehend auf politische Inhalte verzichten konnte, war der Schauspieler dennoch auf offiziellen Anlässen des Regimes zugegen und wurde auch privat von der NS-Führung empfangen; Adolf Hitler ließ sich neue Piel-Filme regelmäßig noch vor der eigentlichen Premiere vorführen. Im Gegensatz zu Veit Harlan oder Heinz Rühmann gehörte er aber nicht zu den Spitzenverdienern der NS-Filmindustrie.

Durch die Verstaatlichung seiner „Ariel-Film“ im Jahr 1939 geriet Harry Piel schließlich in die Abhängigkeit kontrollierter Filmgesellschaften, die ihn in seiner Arbeit einschränkten und zunehmend ins berufliche Abseits drängten. Darüber hinaus musste er sich 1940 gegen Angriffe aus dem Ausland zur Wehr setzen: eine ungarische Zeitung hatte ihn aufgrund einer längeren Schaffenspause und seiner guten Beziehung zu Frankreich der Spionage bezichtigt. Inwieweit diese Meldung bewusst lanciert wurde, um Piel zu schaden, bleibt unklar; dieser konterte mit einer Stellungnahme im Nazi-Jargon: „*Ich bedaure, dem Jud [sic] aus Budapest und seinen finanziellen und geistigen Urhebern in Paris ihr schäbiges Hirnprodukt nur symbolisch um die Ohren schlagen zu können.*“

Während des Zweiten Weltkriegs widmete sich Harry Piel der Produktion seines Spielfilms „Panik“, der angesichts der darin enthaltenen Filmszenen mit Luftangriffen auf einen Zoo allerdings nicht mehr freigegeben wurde. Gleichzeitig landete er auf der Liste der „fragwürdigen Regisseure“; Propagandaminister Joseph Goebbels, der eine ausgesprochene Abneigung gegen den Schauspieler hegte, hatte seinen Einfluss geltend gemacht. Dennoch wurde er 1944 in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen, die Kulturschaffende vor dem Kriegseinsatz bewahrte; im selben Jahr trat er aus der NSDAP aus.

Nach Kriegsende wurde Harry Piel aufgrund seiner Nähe zum NS-Regime und den Falschangaben im Zusammenhang mit seiner SS-Zugehörigkeit zu einer Geldstrafe und sechs Monaten Haft verurteilt. In seinem anschließenden Entnazifizierungsverfahren stufte ihn die Spruchkammer in Hamburg als „Mitläufer“ ein und genehmigte eine schauspielerische Tätigkeit, untersagte ihm „wegen der immerhin vorhandengewesenen Bindung an die NS-Filmgrößen [sic]“ aber die Arbeit als Regisseur. Erst 1948 durfte Piel wieder als Filmproduzent tätig werden, konnte aber - anders als beispielsweise Gustaf Gründgens - in

der jungen Bundesrepublik nicht mehr an seine früheren Erfolge anknüpfen und starb 1963 in München.

Kategorie: B

Begründung: Mitgliedschaft in verbrecherischer Organisation

Literatur

Albrecht, Gerd: Nationalsozialistische Filmpolitik. Eine soziologische Untersuchung über die Spielfilme im Dritten Reich, Stuttgart 1969.

Bleckman, Matias: Harry Piel. Ein Kino-Mythos und seine Zeit, Düsseldorf 1992.

Drewniak, Boguslaw: Der Deutsche Film 1933-1945. Ein Gesamtüberblick, Düsseldorf 1987.

Geschichtswerkstatt Neuhausen e.V.: Hollywood in Neuhausen. Band 2, Die Stummfilmzeit aus der Sicht eines Münchener Stadtteils, München 2002.

Hein, Bastian: Elite für Volk und Führer? Die Allgemeine SS und ihre Mitglieder 1925-1945, München 2012.

Hohwiller, Heinz: *Filmstars in der deutschen Heftliteratur. Sensationsdarsteller und ihre Heftserien*, In: Magazin für Abenteuer-, Reise- und Unterhaltungsliteratur. Jg. 1990, Heft 66/67, S. 25-54.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Schwabach-Albrecht, Susanne: *Harry Piel (1892-1963) - Filmstar aus Benrath*. In: Heimatgemeinschaft Groß-Benrath e.V. (Hrsg.): Benrath historisch. Aus der Geschichte Benraths in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 2014, S. 77-82.

Quellen

Piel, Harry: *Menschen – Tiere – Sensationen*. In: Düsseldorf kinematographisch. Düsseldorf 1982, S. 153-164.

Wulf, Joseph: Kultur im Dritten Reich. Band 4, Theater und Film im Dritten Reich, Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 1989.

Katasteramt Düsseldorf
Akte „Harry-Piel-Platz“

Staatsarchiv Hamburg
221-11_MISC 6850

Straßen-/Platzname: Max-Planck-Straße

Datum der Benennung: 20. 08. 1959

Begründung der Benennung

„Nach ihm ist die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften benannt, deren Präsident er 1930-1937 war. Bahnbrechend war Planck durch seine <Quanten-Theorie>.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Max Karl Ernst Ludwig Planck (1858-1947), deutscher Physiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner Promotion und Habilitation arbeitete Max Planck zunächst als Dozent, bevor er 1892 den Lehrstuhl für Theoretische Physik in Berlin erhielt. Durch die Forschung auf dem Gebiet der Thermodynamik gelang ihm 1899 die Entdeckung des Planckschen Wirkungsquantums, auf das sich die Quantentheorie begründet; 1918 wurde ihm der Nobelpreis für Physik verliehen. Nach seiner Emeritierung leitete Planck von 1930 bis 1937 die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“, aus der später das Max-Planck-Institut hervorging, und setzte sich nach Kriegsende für den Wiederaufbau der deutschen Wissenschaft ein.

Militarismus / Nationalsozialismus

Als Hauptvertreter der theoretischen Physik zählt Max Planck zu den herausragenden Repräsentanten und Förderern der deutschen Wissenschaft. Während der Physiker in der Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts zum „Ideal eines Gelehrten“ (Hoffmann, S. 113) stilisiert wurde und ältere Studien zumeist dessen wissenschaftliche Verdienste hervorgehoben haben, befasst sich die jüngere Forschung auch mit Plancks gesellschaftspolitischem Wirken in Kaiserreich und Nationalsozialismus. Dabei zeichnet sie das Bild eines zwiespaltigen Wissenschaftlers, der die Umbrüche seiner Zeit mit Anpassung und Distanz zu bewältigen versuchte.

Als patriotischer Staatsbürger und loyaler Anhänger der Monarchie ließ sich Max Planck von der Kriegsbegeisterung des Jahres 1914 mitreißen und beschwor in einer Festrede den Zusammenhalt des deutschen Volkes: *„Wir wissen nicht, was der nächste Morgen bringen wird; wir ahnen nur, daß [sic] unserem Volke in kurzer Frist etwas Großes, etwas Ungeheures bevorsteht, daß [sic] es um Gut und Blut, um die Ehre und vielleicht um die Existenz des Vaterlandes gehen wird.“* Darüber hinaus gehörte er zu den Unterzeichnern des Propaganda-Manifests „An die Kulturwelt“, in dem jegliche Kriegsschuld Deutschlands abgestritten und der Einsatz militärischer Gewalt zum Schutz der deutschen Kultur legitimiert wurde. Im gleichen Zeitraum unterschrieb er die ähnlich konnotierte „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“: *„Unser Glaube ist, daß [sic] für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt, den der deutsche <Militarismus> erkämpfen wird [...]“* Später distanzierte sich Planck vom Inhalt des Manifests, betonte jedoch ausdrücklich die Verbundenheit der deutschen Gelehrten mit dem Militär. Darüber hinaus setzte er sich in seiner Funktion als

Sekretar der Akademie der Preußischen Wissenschaften für Mitglieder aus den Entente-Ländern ein und verhinderte deren Ausschluss.

In der Weimarer Republik trat Max Planck in die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) unter Gustav Stresemann ein, die die Wiedererrichtung der Monarchie anstrebte, stand den demokratischen Grundprinzipien jedoch skeptisch gegenüber und lehnte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ab. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 war Max Planck als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zunächst darum bemüht, die Institution und ihre Mitarbeiter aus den politischen Konflikten herauszuhalten. In einem Schreiben an Reichsinnenminister Wilhelm Frick stimmte er zu, die Gesellschaft „*systematisch in den Dienst des Reiches hinsichtlich der rassenhygienischen Forschung zu stellen*“. In der Hoffnung, durch gute Beziehungen zu den neuen Machthabern mäßigend auf diese einwirken und die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler verhindern zu können, intervenierte Planck direkt bei Adolf Hitler, konnte seine Forderungen jedoch nicht durchsetzen. Daraufhin versuchte der Physiker, die Umsetzung des berüchtigten „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ hinauszuzögern und veranstaltete gegen den Willen des Regimes eine Gedächtnisfeier für den im Exil verstorbenen Chemiker Fritz Haber.

Die Verschärfung der antisemitischen und rassistischen Gesellschaftspolitik bestärkte ab Mitte der 1930er Jahre Plancks Distanz zur nationalsozialistischen Diktatur; diese „stille Resistenz“ (Hachtmann, Anpassung S. 34) äußerte sich vor allem in seinen Vorträgen, in denen ethische Fragestellungen in den Vordergrund rückten: „*Wie die Naturgesetze ehern und folgerichtig wirken, im Großen nicht anders als im Kleinen, so verlangt auch das Zusammenleben der Menschen gleiches Recht für alle, für Hoch und Niedrig, Vornehm und Gering. Wehe einem Gemeinwesen, wenn in ihm das Gefühl der Rechtssicherheit ins Wanken kommt [...].*“

Auf Druck der Nationalsozialisten, die Plancks wachsende Antipathien zwar registrierten, aber aufgrund seines internationalen Ansehens nicht ahnden konnten, gab dieser 1936 sein Präsidentenamt in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf. Nach der Gleichschaltung der Akademie der Wissenschaften im Jahr 1938 zog sich der Physiker endgültig aus dem Wissenschaftsbetrieb zurück und unternahm fortan zahlreiche Vortragsreisen. Inwieweit Max Planck in die Widerstandspläne seines Sohnes eingeweiht war, bleibt unklar. Erwin Planck wurde aufgrund seiner Beteiligung am Attentat des 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und Anfang 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Albrecht, Helmuth: *Max Planck. Mein Besuch bei Adolf Hitler, Anmerkungen zum Wert einer historischen Quelle*, In: Albrecht, Helmuth (Hrsg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte*. Stuttgart 1993, S. 41-63.

Hachtmann, Rüdiger: *Wissenschaftsmanagement im „Dritten Reich“*. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Band 1 und 2, Göttingen 2007.

Hachtmann, Rüdiger: *Anpassung und Nonkonformität. Zur politischen Position Max Plancks während der NS-Zeit*, In: Gibas, Monika/Stutz, Rüdiger/Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): *Couragierte Wissenschaft*. Jena 2007, S. 25-43.

Heilbron, John L.: *Max Planck. Ein Leben für die Wissenschaft 1858-1947*, Stuttgart 1988.

Hoffmann, Dieter: *Max Planck. Die Entstehung der modernen Physik*, München 2008.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2007.

Kohl, Ulrike: *Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht*, Stuttgart 2002.

Pufendorf, Astrid von: *Die Plancks. Eine Familie zwischen Patriotismus und Widerstand*, Berlin 2006.

Rürup, Reinhard: *Schicksale und Karrieren. Gedenkbuch für die von Nationalsozialisten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vertriebenen Forscherinnen und Forscher*, Göttingen 2007.

Stern, Fritz: *Max Planck. Größe des Menschen und Gewalt der Geschichte*, In: Max-Planck-Gesellschaft (Hrsg.): *Max Planck. Vorträge und Ausstellungen zum 50. Todestag*, München 1997, S. 34-51.

Quellen

Planck, Max: *Die Physik im Kampf um die Weltanschauung*. In: Roos, Hans/Hermann, Armin (Hrsg.): *Max Planck. Vorträge, Reden, Erinnerungen*, Heidelberg 2001, S. 119-136.

Planck, Max: *Mein Besuch bei Adolf Hitler*. In: *Physikalische Blätter*. Band 3, 1947, S. 143.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1941.0000 / Blatt 518

0-1-7-1937.0000 / Blatt 408

Straßen-/Platzname: Ernst-Poensgen-Allee

Datum der Benennung: 14. 12. 1951

Begründung der Benennung

Eine erste „Ernst-Poensgen-Allee“ wurde bereits im Jahr 1941 benannt, um die *„ausserordentliche [sic] Bedeutung, die der Name Poensgen in der Weltgeltung der deutschen Eisenindustrie besitzt“*, zu würdigen. 1950 wurde allerdings auf den ursprünglichen Namen „Ronsdorfer Straße“ zurückgegriffen, um Verwechslungen mit ähnlich klingenden Straßennamen (Gustav-Poensgen-Straße) zu vermeiden. Auf Anregung des Oberbürgermeisters wurde ein Jahr später die „Stadtwaldstraße“ in „Ernst-Poensgen-Allee“ umbenannt.

Name, Beruf, Amt oder Funktion

Carl Albert Ernst Poensgen (1871-1949), deutscher Industrieller.

Kurzbiographie / Verdienste

Das Mitglied der Düsseldorfer Industriellenfamilie Poensgen trat nach dem Abschluss seiner Studien 1896 in das väterlichen Röhren- und Eisenwalzwerke (DREW) ein und wurde bereits 4 Jahre später leitender Direktor des Blechwalz- und Stahlwerks in Lierenfeld; 1904 gehörte Ernst Poensgen zu den Mitbegründern des Düsseldorfer Stahlverbands. Im Ersten Weltkrieg diente er zunächst als Batteriechef, bevor er sich als Mitglied der Militärverwaltung in Belgien mit der Verwaltung der regionalen Stahlindustrie befasste. Nach Kriegsende avancierte Poensgen zu einem der führenden Eisen- und Stahlindustriellen, war 1926 an der Gründung der „Vereinigten Stahlwerke AG“ beteiligt und gehörte im Dritten Reich zu der Gruppe der „Wehrwirtschaftsführer“. Nach 1945 engagierte er sich für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Darüber hinaus unterstützte und förderte Ernst Poensgen das kulturelle und sportliche Leben in der Stadt Düsseldorf; bis heute erinnert das von ihm in den 1930er Jahren gestiftete Stadion („Ernst-Poensgen-Kampfbahn“) in Lierenfeld an den Industriellen.

Nationalsozialismus

Ernst Poensgen zählt nicht nur zu den bedeutenden Düsseldorfer „Industriepionieren“ (Wessel, S. 73), sondern hat sich darüber hinaus als städtischer Förderer und Mäzen besondere Verdienste erworben; er unterstützte das Schauspielhaus der Theaterleiter Gustav Lindemann und Louise Dumont, gehörte zu den Organisatoren der Ausstellung „GeSoLei“ und engagierte sich in zahlreichen Sportvereinen. Obwohl der Industrielle eine persönliche Distanz zum NS-Regime wahrte, repräsentierte er bis in die 1940er Jahre dennoch eine feste Größe in der Wirtschaft des Dritten Reiches.

Bereits vor 1933 war Ernst Poensgen als Mitglied einflussreicher Wirtschaftsvereinigungen wiederholt mit führenden Vertretern der NSDAP zusammengetroffen, so zum Beispiel anlässlich der Rede Adolf Hitlers im Düsseldorfer Industrie-Club 1932, betrachtete die nationalsozialistische Bewegung allerdings mit Skepsis. Von 1919 bis 1928 der nationalliberalen „Deutschen Volkspartei“ (DVP) angehörend und

anschließend in die weiter rechts stehende „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) eingetreten, unterstützte der Stahlmanager die Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning und lehnte eine Finanzierung der NSDAP entschieden ab. Dementsprechend missbilligte er als Präsident der Arbeitgeberorganisation „Arbeitnordwest“ die ohne sein Wissen durch den Geschäftsführer zur Verfügung gestellte Summe von 100.000 Reichsmark und forderte die sofortige Rückzahlung. Darüber hinaus stimmte er als Mitglied der Interessenvereinigung „Ruhrlade“ der Bewilligung der sogenannten „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ nur widerwillig zu.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten wurde Ernst Poensgen Vorsitzender der „Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie“, widersetzte sich jedoch den staatlichen Eingriffen in die wirtschaftliche Selbstverwaltung und „wandte sich gegen den Ausbau der Reichswirtschaftskammer zu einer zentralistischen Befehlsstelle.“ (Hatzfeld 2001, S. 319) So lehnte er beispielsweise die Gründung der „Reichswerke Hermann Göring“ ab, die im Zuge des sogenannten „Vierjahresplans“ den Ausbau der Rüstungswirtschaft forcieren sollten, und kritisierte wiederholt das übersteigerte Ausmaß der deutschen Aufrüstung. Ferner engagierte sich der Industrielle gegen die Zerschlagung der freien Gewerkschaften und setzte sich weiterhin für eine Verständigung mit Vertretern der internationalen Schwerindustrie ein. Einen großen Vorbehalt hegte Ernst Poensgen auch gegen die antisemitische und rassistische Ideologie der Nationalsozialisten; dementsprechend schützte er jüdische Mitbürger – darunter das Düsseldorfer Schauspielpaar Lindemann/Dumont und die Verwandtschaft seiner verstorbenen ersten Ehefrau – vor der politischen Verfolgung.

Ungeachtet seiner Gegnerschaft zum NS-Regime war Ernst Poensgen als Leiter der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Düsseldorf für den Einsatz von Zwangsarbeitern verantwortlich; so bat er im Oktober 1942 um die verstärkte Zuweisung von ausländischen Arbeitskräften in den Regierungsbezirk. 1937 zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt, gehörte der Industrielle darüber hinaus zu den Initiatoren der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ sowie zu den Mitgliedern des „Rüstungsrats“ von Albert Speer und erhielt 1941 sowohl den „Adlerschild des Deutschen Reiches“ als auch das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse

Nachdem Ernst Poensgen im Jahr 1942 die Leitung der „Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie“ hatte abgeben müssen, trat er von weiteren Ämtern zurück und siedelte erst nach Österreich und dann in die Schweiz über. Nach Kriegsende wurde er von der britischen Militärregierung zunächst zur Fahndung ausgeschrieben, infolge seines Entnazifizierungsverfahrens allerdings vollständig entlastet. Neben zahlreichen Kollegen und Weggefährten würdigte insbesondere Gustav Lindemann die *„mutige und unerschrockene“* Haltung des Industriellen: *„Er gefährdete sich selbst, indem er die Rassengesetzgebung unverhohlen ablehnte; und indem er mich als seinen Freund bezeichnete, wagte er etwas, was – wenn in solchen Fällen alle soviel [sic] gewagt hätten – nicht ohne Einfluß [sic] auf die allgemeine Entwicklung geblieben wäre. Das Ethos, aus dem Ernst Poensgen lebt, hat keinen Raum für den Nationalsozialismus.“*

Kategorie: B

**Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich / Zwangsarbeit / Mäzen / schützte
Gustav Lindemann**

Literatur

Donges, Alexander: Die Vereinigte Stahlwerke AG im Nationalsozialismus. Konzernpolitik zwischen Marktwirtschaft und Staatswirtschaft, Paderborn 2014.

Hatzfeld, Lutz: Ernst Poensgen - Biographie eines einfachen Lebens 1871 – 1949. Düsseldorf 2001.

Hatzfeld, Lutz: *Ernst Poensgen (1871-1949)*. In: Rheinische Lebensbilder. Band 7, Köln 1977, S. 203-225.

Eglau, Hans Otto: Fritz Thyssen. Hitlers Gönner und Geisel, Berlin 2003.

Riedel, Matthias: Eisen und Kohle für das Dritte Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen/Frankfurt am Main/Zürich 1973.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Wessel, Horst A.: *Die Unternehmer der Familie Poensgen in der Eifel und in Düsseldorf*. In: Soénius, Ulrich S. (Hrsg.): *Bewegen – Verbinden – Gestalten. Unternehmer vom 17. bis zum 20. Jahrhundert*, Festschrift für Klara van Eyll zum 28. September 2003, Köln 2003, S. 71-86.

Mollin, Gerhard: Montankonzerne und „Drittes Reich“. Göttingen 1988.

Quellen

Rohland, Walter: *Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes*, Stuttgart 1978.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-4-15919.0000 / (6)

0-1-4-18022.0000

IV 52054 / Band 1

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-I / 70908

BR 336, Nr. OE/130/100

Konzernarchiv ThyssenKrupp

VSt / 618

Straßen-/Platzname: Josef-Ponten-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„Neben rein erzählerischen Werken schrieb er Reiseberichte und kunsthistorische Abhandlungen. Hervorzuheben sind besonders auch seine Novellen und Erzählungen.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Servatius Josef Ponten (1883-1940), deutscher Schriftsteller und Dichter.

Kurzbiographie/Verdienste

Als Student der Philologie, Architektur und Kunstgeschichte veröffentlichte Ponten 1907 seinen ersten Roman („Jungfräulichkeit“) und erlebte den Ersten Weltkrieg als Kraftfahrer an der Front; mit seinem im Jahr 1918 erschienenen Werk „Der Babylonische Turm“, das sich am Stil von Thomas Manns „Buddenbrooks“ orientiert, feierte er schließlich seinen literarischen Durchbruch. Ab 1920 arbeitete Ponten als freier Schriftsteller in München, verfasste zunächst Reiseberichte sowie Heimat- und Landschaftsnovellen und gründete 1926 zusammen mit anderen Lyrikern den „Bund Rheinischer Dichter“, bevor er sich hauptsächlich dem Leben der Auslandsdeutschen widmete. Zu seinen bekanntesten Werken zählt der unvollendete Romanzyklus „Volk auf dem Wege“, der sich mit den historischen Umständen deutscher Auswanderungen in der Geschichte befasst.

Nationalsozialismus

Josef Ponten zählte einst zu den populärsten deutschen Autoren der 1920er und 30er Jahre, geriet jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg weitestgehend in Vergessenheit und ist „hauptsächlich als Freund Thomas Manns in die Literaturgeschichte eingegangen“ (Beck, S. 421); eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit seiner Person und seinem Wirken setzte erst in den 1990er Jahren ein. Die jüngere Forschung zeichnet das Bild eines egomanischen Literaten, der „in seiner Haltung zum Nationalsozialismus [...] als nicht eindeutig festzulegende Gestalt“ (Parau, S. 13) charakterisiert wird.

In der Weimarer Republik gehörte Josef Ponten als Mitglied der Sektion Dichtkunst der Preußischen Akademie der Künste zum nationalkonservativen und „volkstümlichen“ Flügel, der sich zunehmend gegen eine vermeintliche literarische Überfremdung positionierte. Dementsprechend setzte sich der Dichter wiederholt dafür ein, anstelle der „preußischen“ Akademie eine gesamtdeutsche Institution einzurichten. Obwohl er sich zu Beginn der 1920er Jahre von der „*Ideologie des faschistischen Nationalismus*“ distanziert hatte, unterzeichnete Ponten nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 sowohl eine Loyalitätserklärung der Preußischen Akademie als auch das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler und wurde in die neu gegründete „Deutsche Akademie der Dichtung“ übernommen; zeitgleich unterschrieb er eine Erklärung für den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Ungeachtet seiner pazifistischen und kosmopolitischen Einstellung, die sich „jedweder aggressiven und chauvinistischen Politik kategorisch verweigerte“ (Lieser 1998, S. 103), ließ sich der Dichter im Dritten Reich hofieren und argumentierte öffentlich im Sinne des NS-Regimes. Auf einer offiziellen Feier zu seinem 50. Geburtstag betonte Josef Ponten seine „*Verbundenheit mit Grund, Boden, Herkunft und Volk*“, äußerte sich abfällig über emigrierte Schriftsteller als „*weltberühmte Leute, die heute meist auf Reisen*“ seien und bezeichnete den im Konzentrationslager Oranienburg einsitzenden Literaten Armin Theophil Wegner als „*Gast und Vollpensionär des Staates an einem luftigen Ort*“. Darüber hinaus hielt er regelmäßig Vorträge und Lesungen auf NS-Veranstaltungen und wurde für die Propagandaarbeit auch in den annektierten Gebieten eingesetzt. 1936 erhielt er den „Rheinischen Literaturpreis“, ein Jahr später wurde er mit dem „Münchener Dichterpreis“ ausgezeichnet. Nach seinem Tod kam der Schriftsteller 1941 in die engere Auswahl für den „Volksdeutschen Schrifttumspreis“ der Stadt Stuttgart.

Obwohl sich Josef Pontens Werke durchaus mit der „Blut-und-Boden-Literatur“ des Dritten Reiches in Einklang bringen ließen, führte seine völkerverbindende Einstellung zu Konflikten mit dem Regime. 1938 bezichtigte ihn ein anonymer Leserbrief nicht nur der Beleidigung Adolf Hitlers und der Verherrlichung Sowjetrusslands, sondern kritisierte auch seine jüdische Verwandtschaft und die freundschaftliche Beziehung zu Thomas Mann. Letztere war bereits 1924 aufgrund ideologischer Differenzen auseinandergegangen, wurde jedoch von Ponten vehement verteidigt: „*Es war eine schöne Freundschaft [...]. Sie wird einmal in die deutsche Literaturgeschichte eingehen. Wir alle, die wir uns am großen deutschen Roman mühten und mühten, verdanken Mann viel.*“ Die Anschuldigungen führten letztendlich zum Verbot seines „Europäischen Reisebuchs“ und zur Durchsuchung seiner Wohnung durch die Gestapo.

Ein politische Einordnung Josef Pontens erweist sich grundsätzlich als schwierig, da er „weder zu den Befürwortern noch zu den ausdrücklichen Gegnern des Regimes“ gezählt werden kann. (Beck, S. 493)

Kategorie: B

Begründung: Nähe zum Nationalsozialismus

Literatur

Beck, Philippe: Umstrittenes Grenzland. Selbst- und Fremdbilder bei Josef Ponten und Peter Schmitz, 1918–1940, Brüssel 2013.

Cepl-Kaufmann, Gertrude: *Josef Ponten (1883-1940)*. In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): Literatur von nebenan 1900-1945. 60 Portraits von Autoren aus dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen, Bielefeld 1995, S. 270-275.

Jens, Inge: Dichter zwischen rechts und links. Die Geschichte der Sektion für Dichtkunst an der Preußischen Akademie der Künste, Leipzig 1994.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Lieser, Dietmar: *Zur Ideologie des Naiven und des Erhabenen. Josef Pontens Moderne-Kritik im „Offenen Brief an Thomas Mann“ (1924) und ihre faschistischen Implikationen*, In: Breuer, Dieter/Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hrsg.): Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland. Paderborn 1997, S. 105-125.

Lieser, Dietmar: *Zwischen Distanz und Affinität. Anmerkungen zu Josef Pontens Weg in den Faschismus*, In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): Literaturpreise, Literaturpolitik und Literatur am Beispiel der Region Rheinland/Westfalen. Stuttgart/Weimar 1998, S. 101-122.

Müller, Richard Matthias: *Josef Ponten (1883–1940). Freund Thomas Manns*, In: Thomas Mann Jahrbuch. Band 17, Frankfurt am Main 2004, S. 147–161.

Parau, Cristina Rita: Über die Genese politisch-legitimierender Sprachcodes. Josef Pontens Liminalität im Feld der nationalsozialistischen Sprachbildung, Würzburg 2012.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf
IV 18025 / 2

Bundesarchiv Berlin
BArch NS 15 / 27, Blatt 252
BArch R 9361-V / 31350

Ponten, Josef: *Dichter und Volk. Ponten spricht. Seine Rede im Stadttheater*. In: Echo der Gegenwart. Elfte Aachener Zeitung, 86. Jg., 6. Februar 1934, Unterhaltungsbeilage.

Ponten, Josef: Der Rhein. Zwei Aufsätze. Gabe zur Feier der Tausend Jahre der Rheinlande, Berlin/Leipzig 1925.

Straßen-/Platzname: Porschestraße

Datum der Benennung: 09. 10. 1958

Begründung der Benennung

Ferdinand Porsche „konstruierte zahlreiche Fahrzeugtypen, u.a. für die Daimler A.G., ferner den 51 Rennwagen [sic] der Auto-Union, seit 1934 den bewährten Volkswagen.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Ferdinand Porsche (1875-1951), deutscher, österreichischer und tschechoslowakischer Automobilkonstrukteur und Unternehmer.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach ersten Entwicklungen auf dem Gebiet der Automobilkonstruktion (Radnabenmotor, „Lohner-Porsche“) wurde Ferdinand Porsche als Technischer Direktor bei der Österreichischen Daimler-Motoren-Gesellschaft (Austro-Daimler) engagiert und produzierte u.a. das weltweit erste Hybridfahrzeug. 1923 wechselte er als technisches Vorstandsmitglied zu Daimler nach Deutschland, wo er Sportwagenmodelle der Marke Mercedes-Benz entwickelte. 1931 gründete Porsche sein eigenes Konstruktionsbüro und entwarf Renn- und Kleinwagenmodelle; im Dritten Reich wurde er mit der Entwicklung des „Kraft-durch-Freude-Wagens“ (Vorläufer des VW-Käfer) beauftragt. Von 1938 bis 1945 übernahm der Techniker die Leitung der Volkswagen GmbH.

Nationalsozialismus

Ferdinand Porsche gilt als herausragender Pionier der deutschen Automobilbranche, die mit Hilfe seiner innovativen Konstruktionen zu einem Industriezweig von Weltrang aufgestiegen ist. Um den Namensgeber der Marke Porsche ranken sich seit jeher Mythen und Legenden; das nach Ende des Zweiten Weltkriegs gezeichnete Bild des unbescholtenen Erfindergeistes ist allerdings von der Forschung mittlerweile widerlegt worden. Mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte der Volkswagen AG im Nationalsozialismus ab den 1990er Jahren sind auch die Rolle Ferdinand Porsches und dessen Verstrickungen in die NS-Wirtschaft zunehmend in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt.

Zu Beginn der 1930er Jahre hatten die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise der deutschen Automobilindustrie stark zugesetzt; die Porsche GmbH litt nicht nur unter der prekären Auftragslage, sondern musste sich gleichzeitig auch gegenüber den führenden Auto-Herstellern behaupten. Nach der Machtergreifung Adolf Hitlers, der anlässlich der Automobilausstellung im Februar 1933 ein umfangreiches staatliches Konjunkturprogramm angekündigt hatte, suchte Ferdinand Porsche gezielt die Nähe zum Regime, um in Kooperation mit der Auto Union AG (später Audi) Subventionen für die Entwicklung eines Grand-Prix-Wagens zu erhalten. Der Erfolg dieses Rennwagens ermöglichte die wirtschaftliche Sanierung und steigerte den Bekanntheitsgrad des Technikers, der im Verlauf des Dritten Reiches zu Hitlers „Lieblingskonstrukteur“ avancierte.

Im Zusammenhang mit dessen Plänen zur Massenmotorisierung wurde Ferdinand Porsche ab 1934 mit der millionenschwer geförderten Entwicklung eines preisgünstigen Automobils für die breite Bevölkerung beauftragt. Obwohl sich die Arbeit am fabrikationsreifen Prototypen des sogenannten „Kraft-durch-Freude-Wagens“ erheblich verzögerte, nutzte der Ingenieur „die Protektion des Reichskanzlers als politischen Schutzschild“ (Pyta, S. 173f.), um sein Unternehmen und insbesondere sich selbst als unangreifbare Größe in der NS-Wirtschaft zu etablieren. Mit dem „Volkswagen-Vertrag“ von 1937 erhielt Porsche schließlich das Entwicklungsmonopol und wurde mit der Planung des VW-Werks in Fallersleben (heute Wolfsburg) betraut; zeitgleich ließ er auf dem Gelände seines Konstruktionsbüros in Stuttgart-Zuffenhausen eigene Produktionsanlagen errichten. Nachdem Ferdinand Porsche bereits 1934 auf Drängen Hitlers seine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zugunsten der deutschen aufgegeben hatte, trat er in die NSDAP ein und wurde zum „Wehrwirtschaftsführer“ ernannt.

Obwohl der Konstrukteur das antisemitische und rassistische Weltbild der Nationalsozialisten nach bisherigen Erkenntnissen nicht teilte, nutzte er jede sich ihm bietende Entfaltungsmöglichkeit, „ohne sich an den politischen Rahmenbedingungen zu stoßen“ (Mommsen/Grieger, S. 91). Als die Produktion des Volkswagens bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eingestellt werden musste, organisierte er als Hauptgeschäftsführer und Aufsichtsratsmitglied der Volkswagen GmbH den Ausbau des Unternehmens zum Rüstungsbetrieb. Unter seiner Leitung wurden ab 1940 tausende Zwangsarbeiter eingesetzt, darunter Kriegsgefangene und KZ-Insassen, die zwischenzeitlich mehr als 70% der Stammbesetzung ausmachten. Diese waren in eigens für VW eingerichteten Lagern (KZ „Arbeitsdorf“, KZ-Außenlager Laagberg) untergebracht und teilweise von Ferdinand Porsche persönlich angefordert worden. Bis 1945 kamen neben zahlreichen Zwangsarbeitern auch mehr als 300 Kleinkinder der firmeneigenen „Ausländerkinder-Pflegestätte“ in Rügen ums Leben.

Für seine Verdienste um die Kriegsindustrie wurde dem Techniker 1942 ehrenhalber der Rang eines SS-Oberführers zugestanden; 1944 honorierte das NS-Regime dessen Initiative zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern in unterirdischen Fertigungsstätten mit dem „Totenkopfring des Reichsführers SS“. Darüber hinaus versorgte Porsches Engagement im Rüstungsapparat auch sein eigenes Unternehmen mit entsprechenden Aufträgen und ermöglichte abermals den Einsatz hunderter Zwangsarbeiter.

Kurz vor Kriegsende ließ der Konstrukteur die Werkstätten von Stuttgart nach Österreich verlegen, geriet Ende 1945 jedoch in französische Gefangenschaft und wurde erst zwei Jahre später auf Kautions entlassen. Trotz seiner wirtschaftspolitischen Machtstellung im Dritten Reich und des daraus resultierenden Profits konnte Ferdinand Porsche in seinem Entnazifizierungsverfahren einen Freispruch erreichen; eine persönliche Auseinandersetzung mit seiner Verantwortung als „Aktivposten des Terrorregimes“ (Viehöver, S. 243) ist nicht überliefert.

Kategorie: A

Begründung: exponierte Stellung im Dritten Reich / Unterstützung des NS-Regimes

Literatur

Aust, Stefan/Ammann, Thomas: Die Porsche-Saga. Eine Familiengeschichte des Automobils, Köln 2016.

Grieger, Manfred: *Arbeitsdorf – Stammlager*. In: Benz, Wolfgang/ Distel, Barbara (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 7: Niederhagen/Wewelsburg, Lublin-Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora, München 2008, S. 107-130.

Historische Kommunikation der Volkswagen AG (Hrsg.): Erinnerungsstätte an die Zwangsarbeit auf dem Gelände des Volkswagenwerks. Wolfsburg 2014.

Jansen, Christian: *Zwangsarbeit für das Volkswagenwerk. Häftlingsalltag auf dem Laagberg bei Wolfsburg*, In: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, München 2000, S. 81–107.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

König, Wolfgang: Volkswagen – Volksempfänger - Volksgemeinschaft. „Volksprodukte“ im Dritten Reich: Vom Scheitern einer nationalsozialistischen Konsumgesellschaft, Paderborn 2004.

Mommsen, Hans/ Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996.

Müller, Peter: Ferdinand Porsche. Der Vater des Volkswagens, Graz/Stuttgart 1998.

Osteroth, Reinhard: Ferdinand Porsche. Der Pionier und seine Welt, Reinbek 2004.

Pyta, Wolfram/Havemann, Nils/Braun, Jutta: Porsche. Vom Konstruktionsbüro zur Weltmarke, München 2017.

Viehöver, Ulrich: *Ferdinand Porsche*. In: Abmayr, Hermann G. (Hrsg.): Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder, Stuttgart 2009. S. 239-267.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1941.000 / Blatt 495

Straßen-/Platzname: Erwin-Rommel-Straße

Datum der Benennung: 22. 09. 1966

Begründung der Benennung

Erwin Rommel wurde mit einer Straße in der Nähe der Bundeswehr-Kaserne im damaligen Erschließungsgebiet Mörsenbroich geehrt, in dem überwiegend Angehörige der Bundeswehr wohnten. Als Begründung dienten Rommels militärischen Fähigkeiten: *„Er genoß [sic] durch seine bewegliche und ritterliche Kampfführung, auch bei Gegnern, hohes Ansehen.“*

Name, Titel, Beruf oder Amt

Johannes Erwin Eugen Rommel (1891-1944), Generalfeldmarschall der Wehrmacht.

Kurzbiographie/Verdienste

Erwin Rommel schlug früh eine militärische Laufbahn ein und nahm unter anderem als Kompanieführer des Württembergischen Gebirgsbataillons am Ersten Weltkrieg teil; für seinen Einsatz erhielt er 1917 den höchsten Tapferkeitsorden „Pour le Mérite“. Bis 1933 lehrte der Berufsoffizier an der Dresdener Infanterieschule, wurde nach der Machtübernahme zum Major befördert und in das militärische Begleitkommando von Adolf Hitler berufen. Während des Zweiten Weltkriegs war Rommel als Kommandant des Führerhauptquartiers und der 7. Panzerdivision an Feldzügen in Polen und Frankreich beteiligt. Aufgrund seiner militärischen und taktischen Führungsqualitäten wurde er 1942 zum Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Nordafrika ernannt, was ihm den Beinamen „Wüstenfuchs“ einbrachte. Nach dem Anschlag auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 geriet Rommel unter den Verdacht des Widerstands und wurde von der NS-Führung zum Suizid gedrängt.

Nationalsozialismus

Die Frage nach der politischen und ideologischen Verortung des Wehrmachtangehörigen Erwin Rommel wird seit den 1970er Jahren kontrovers diskutiert und spaltet auch die jüngste Geschichtswissenschaft. Um Rommels Verhältnis zur Widerstandsgruppe des 20. Juli und seine Rolle während des Afrikafeldzugs ranken sich seit jeher Mythen und Spekulationen, die bis heute nachwirken und eine Einordnung seiner Person in den historischen Kontext erschweren. Diese Problematik wird durch die zum Teil konträren Einschätzungen führender Experten zusätzlich verkompliziert.

Das öffentliche Bild des – vermeintlichen - Widerstandskämpfers Rommel ist eng mit der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ verbunden, die in den 1950er Jahren eine Beteiligung des deutschen Heeres an NS-Verbrechen leugnete und von der Forschung mittlerweile widerlegt wurde. Der bereits zu Lebzeiten von der NS-Propaganda als herausragender Kriegsheld instrumentalisierte Befehlshaber avancierte in der jungen Bundesrepublik zur positiven Leitfigur einer desillusionierten deutschen Bevölkerung, die sämtliche Wahrnehmungen in sich vereinte: „genialer Stratege, ritterlicher Held, heroischer Widerstandskämpfer oder nationalsozialistischer Wehrmachtsgeneral“. (Riederer, S. 571)

Als direkter Zeuge der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg hatte Erwin Rommel die Revisionspolitik Adolf Hitlers und die daraus resultierende Aufrüstung begrüßt. Sein Selbstverständnis eines unpolitischen Militärs preußischer Tradition ließ ihn die gesellschaftlichen Auswirkungen des Nationalsozialismus ausblenden; Belege für eine Auseinandersetzung mit den menschenverachtenden Zielen des NS-Regimes existieren nicht. Im Gegenzug sind zahlreiche Dokumente überliefert, in denen Rommel seine glühende Bewunderung für Hitler und dessen Staatsführung zum Ausdruck bringt. Der rasante Aufstieg des ehrgeizigen Berufssoldaten zum „Lieblingsgeneral“ wurde nicht zuletzt vom „Führer“ persönlich gefördert, dem Rommels militärische Erfolge und bedingungslose Loyalität imponierten.

Nach wie vor streitet sich die historische Forschung über die Rolle des Generalfeldmarschalls als Befehlshaber des „Deutschen Afrikakorps“ (DAK), das von 1941 bis 1943 um die Vorherrschaft in Libyen, Ägypten und Tunesien kämpfte. Durch seine unkonventionelle und mobile Kriegsführung avancierte der „Wüstenfuchs“ sowohl in der Heimat als auch im gegnerischen Ausland zum populärsten deutschen Heerführer. Einige Historiker schließen eine direkte Verbindung Erwin Rommels zu Kriegsverbrechen aus und berufen sich auf den Umstand, dass dieser mehrere Anordnungen des NS-Regimes zur Liquidierung Kriegsgefangener ignorierte beziehungsweise nicht umsetzte. Andere wiederum zweifeln am Bild des aufrichtigen und fairen Generals und verweisen auf den unklaren Forschungsstand; tatsächlich hat der „Kriegsschauplatz Nordafrika“ in der Geschichtswissenschaft bisher wenig Beachtung gefunden.

Die Diskussion um Erwin Rommels Verhältnis zur Widerstandsgruppe des 20. Juli ist als eine der kontroversesten in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingegangen. Fest steht, dass der Generalfeldmarschall an der aktiven Vorbereitung und Durchführung des Anschlags nicht beteiligt war. Die gegenwärtige Forschung diskutiert eine mögliche Mitwisserschaft, die Rommel entweder als passiver Widerstand oder als Willensschwäche ausgelegt wird. Vertreter beider Thesen stützen sich jedoch größtenteils auf überlieferte Dokumente und Aussagen von Zeitzeugen, deren Authentizität bislang nicht verifiziert werden konnte. Darüber hinaus wird spekuliert, ob Erwin Rommel möglicherweise von Widersachern innerhalb der Wehrmacht gezielt belastet worden sein könnte.

Eine zeitnahe wissenschaftliche Klärung des „Mythos Rommel“ ist angesichts der problematischen Quellenlage und unterschiedlichen Deutungen der Fachhistoriker nicht zu erwarten. Während Befürworter dem General „einen festen Platz im militärischen Widerstand“ einräumen (Lieb, S. 343) und ihn sogar als „eine der wichtigsten Figuren des gesamten Unternehmens“ definieren (Remy, S. 279), zeichnen Kritiker das Bild eines „gewöhnlichen Kriegsverbrechers“ (Proske, S. 218) und „opportunistischen Karrieristen“ (Mährle, S. 237). Differenziertere Einschätzungen berücksichtigen Erwin Rommels preußische Denk- und Verhaltensmuster und unterstellen ihm politische Naivität: „Dem ‚Führer‘, der der gedemütigten Nation ihre Selbstachtung wiedergab, ins Verderben gefolgt zu sein und dabei geglaubt zu haben, nichts als die Pflicht zu tun.“ (Reuth 2012, S. 275)

Kategorie: B

Begründung: Rolle im Widerstand unklar

Literatur

Fraser, David: *Generalfeldmarschall Erwin Rommel*. In: Ueberschär, Gerd (Hrsg.): *Hitlers militärische Elite*. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 455-464.

Günter Riederer: *Hitlers Krieger im Wüstensand. Zur medialen Konstruktion des militärischen Mythos Rommel*, In: Crivellari, Fabio (Hrsg.): *Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive*, Konstanz 2004, S. 569–588.

Klee, Ernst: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2003.

Lieb, Peter: *Erwin Rommel: Widerstandskämpfer oder Nationalsozialist?*, In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Nr. 61 (2013), S. S. 303–343.

Lieb, Peter: *Krieg in Nordafrika 1940-1943*. Ditzingen 2018.

Mährle, Wolfgang: *Rommel, Erwin Eugen Johannes, Generalfeldmarschall (1891–1944)*, In: Rückert, Maria Magdalena (Hrsg.): *Württembergische Biographien unter Einbeziehung hohenzollerischer Persönlichkeiten*. Band 2, Stuttgart 2011, S. 233–237.

Proske, Wolfgang: *Erwin Rommel. Ein Nachruf*, In: Proske, Wolfgang (Hrsg.): *Täter, Helfer, Trittbrettfahrer. NS-Belastete von der Ostalb*, Ulm/Münster 2010, S. 189-220.

Reuth, Ralf Georg: *Erwin Rommel. Das Ende einer Legende*, München 2012.

Reuth, Ralf Georg: *Erwin Rommel. Die Propagandaschöpfung*, In: Smelser, Ronald/ Syring, Enrico (Hrsg.): *Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen*, Berlin 1997, 460–475.

Remy, Maurice Philip: *Mythos Rommel*. München 2002.

Sternal, Daniel: *Ein Mythos wankt. Neue Kontroverse um den Wüstenfuchs Erwin Rommel*, Gerstetten 2017.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf
IV 43552

Straßen-/Platzname: Roseggerstraße

Datum der Benennung: 1953

Begründung der Benennung:

Anlässlich des 110. Geburtstags von Peter Rosegger bat ein Düsseldorfer Bürger im Mai 1953 um die Straßenbenennung. Der Schriftsteller habe *„sich um das Deutsche Schrifttum so verdient gemacht“* und werde *„besonders in den heutigen Tagen der Deutschen Jugend so empfohlen“*.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Peter Rosegger (1843-1918), österreichischer Schriftsteller, Dichter und Journalist.

Kurzbiographie/Verdienste

Der aus einer Bergbauernfamilie stammende Rosegger absolvierte zunächst eine Schneiderlehre, bevor sein literarisches Talent entdeckt und gefördert wurde. Mit seiner heimatbezogenen Lyrik und seinen Dorfgeschichten (z.B. „Die Schriften des Waldschulmeisters“), die den Kontrast zwischen bäuerlicher Lebenswelt und urbaner Großstadt thematisieren, wurde der Schriftsteller weit über die Steiermark hinaus bekannt. Als Gründer der Monatszeitschrift „Heimgarten“ setzte er sich außerdem mit den gesellschaftspolitischen Themen seiner Zeit auseinander und äußerte sich beispielsweise zu Bildungsfragen, zum Umweltschutz und zu den Auswirkungen der Landflucht.

Antisemitismus / Militarismus

Wie viele seiner literarischen Zeitgenossen ist auch Peter Rosegger von den politisch-ideologischen Strömungen des 20. Jahrhunderts fortwährend instrumentalisiert worden. Während seine konservativ-nationalen Ansichten und Äußerungen insbesondere im Dritten Reich eine völkisch-nationalistische Vereinnahmung ermöglichten, wurden diese nach 1945 allmählich ausgeblendet; nach wie vor existiert das verklärte Bild des einfachen Heimatdichters, der aufgrund seiner antimodernistischen Denkmuster zum „Propheten heutiger Zivilisationskritik“ (Hölzl 2013, S. 24) stilisiert wird. Eine kritische Auseinandersetzung mit Roseggers Wirkungsgeschichte begann erst in den 1980er Jahren, ist in den letzten zwei Jahrzehnten allerdings größtenteils zum Erliegen gekommen.

Die politische Entwicklung Peter Roseggers vom Liberalen zum Konservativen ist eng mit den Umbrüchen seiner Zeit verbunden und wissenschaftlich gut dokumentiert. Ursprünglich Anhänger der Friedensbewegung und Vertreter eines freiheitlichen Kosmopolitismus, empfand der Schriftsteller den wachsenden Nationalitätenkonflikt innerhalb des habsburgischen Vielvölkerstaats am Ende des 19. Jahrhunderts als Bedrohung und wechselte in das Lager der österreichischen Deutschnationalen, die für den Schutz des deutschen Volkstums eintraten. In dieser Umgebung übernahm der Schriftsteller die teils radikale Weltanschauung der Bewegung und trat öffentlich für diese ein, kritisierte allerdings die rassistische Hetze des führenden Politikers Georg von Schönerer.

Mit den gesellschaftspolitischen Umwälzungen der Jahrhundertwende änderte sich auch Peter Roseggers pazifistische Einstellung. 1891 hatte dieser noch vor einem europäischen Konflikt gewarnt: *„Ich halte die Liebe zum eigenen Volke für eine große Tugend, allein der Nationalismus in seiner heutigen, fast tierischen Gestalt führt zu nichts Gutem. Er führt zu dem furchtbarsten Kriege, den die Welt je gesehen.“* Beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs stimmte der Schriftsteller allerdings in die allgemeine Kriegsbegeisterung ein und warb für die Zeichnung von Kriegsanleihen. Darüber hinaus betätigte er sich publizistisch und glorifizierte in zahlreichen nationalistischen Gedichten und Texten die militärische Gewalt. Zusammen mit dem Dichter Ottokar Kernstock veröffentlichte er 1916 den Gedichtband *„Steirischer Waffensegen“*: *„Und nun stand, vom wilden Pochen eines ungeheuren Feindes geweckt, die deutsche Seele plötzlich auf, ging hin wie ein junger Gott und legte ihren Leib jauchzend auf den Opfertisch des Vaterlandes.“* Die Euphorie des Literaten wich jedoch im Verlauf des Konflikts der Resignation, sodass er sich auf seinen Pazifismus zurückbesann: *„Das Richtigeste, was man sagen kann: daß [sic] dieser Krieg ein Unding ist, auch wenn wir siegen.“*

Als widersprüchlich muss auch Peter Roseggers Verhältnis zum Judentum gelten. Für den Schriftsteller, der als Herausgeber einer Monatszeitschrift auch jüdische Mitarbeiter beschäftigte, repräsentierte der „vernünftigen Antisemitismus“ eine „vermeintliche Lösung der Sinnkrise der Gegenwart“ (Wagner, S. 260), die er mit der Industrialisierung und dem wachsenden Materialismus verband; seine Ablehnung von Moderne und Fortschritt verknüpfte sich mit dem Stereotyp des kapitalistischen Judentums. Dementsprechend verteidigte er einen Antisemitismus wirtschaftlichen Ursprungs, kritisierte jedoch den Fanatismus der antisemitischen Bewegung und wurde deshalb wiederholt angegriffen: *„Ihr habt uns Vorwürfe darüber gemacht, daß [sic] wir das Judentum protegieren. Wir wollen zu eurem Troste öffentlich sagen, daß [sic] auch wir Antisemiten sind – nur auf unsere Weise, die den Menschen schont, aber seine Laster verfolgt.“* Allerdings sind auch deutlich abwertende Äußerungen überliefert: *„Ich habe wahrlich zu den Juden keine Meinung, ihre durchschnittliche Artung ist gerade der meinen empfindlich scharf entgegengesetzt und ihre nationalen und oder Rassentugenden sind nicht die unseren.“* Darüber hinaus lehnte der Schriftsteller eine Ehrenmitgliedschaft im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ ab.

Es gilt als unbestritten, dass Peter Rosegger mit seinen politischen Äußerungen und Texten selbst zu seiner Vereinnahmung im Dritten Reich beigetragen hat. Allerdings wurden diese von den Nationalsozialisten bewusst aus dem Kontext gerissen, um eine Verbindung des Schriftstellers zur NS-Ideologie herzustellen. Ferner darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Instrumentalisierung Roseggers maßgeblich durch dessen Sohn Hans Ludwig gefördert wurde; als Anhänger der nationalsozialistischen Weltanschauung stilisierte dieser seinen Vater nach dessen Ableben zum rassistischen Vorbild. Dementsprechend müssen Roseggers Eintreten für ein starkes Deutschtum und seine ambivalente Haltung dem Judentum gegenüber im historischen Kontext seiner Zeit beurteilt werden.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur:

Bunte, Wolfgang: Peter Rosegger und das Judentum. Altes und Neues Testament, Antisemitismus, Judentum und Zionismus, Hildesheim 1977.

Hölzl, Wolfgang: „Als des Deutschland's kühner Streiter...“. *Schlaglichter auf die Wirkungsgeschichte Peter Roseggers von 1918 bis in die Gegenwart*, In: Steiermark Landesregierung (Hrsg.): Die Kunst ist frei, also sei es auch die Kritik. Beiträge zum Symposium Peter Rosegger 2013, Graz 2015, S. 19-75.

Hölzl, Wolfgang: „Der Großdeutsche Bekenner“. Nationale und nationalsozialistische Rosegger-Rezeption, Frankfurt am Main 1991.

Pail, Gerhard: *Peter Rosegger – Ein trivialer Ideologe?* In: Bauer, Uwe (Hrsg.): Fremd gemacht? Der Volksschriftsteller Peter Rosegger, Wien 1988, S. 61-87.

Philippoff, Eva: Peter Rosegger - Dichter der verlorenen Scholle. Eine Biographie, Graz 1993.

Schöpfer, Gerald: Peter Rosegger. Sein Leben in Wort und Bild, Prag 2018.

Schöpfer, Gerald: *Peter Rosegger. Ein Dichter und Journalist mit vielen Facetten*, In: Steiermark Landesregierung (Hrsg.): Die Kunst ist frei, also sei es auch die Kritik. Beiträge zum Symposium Peter Rosegger 2013, Graz 2015, S. 83-123.

Schober, Wolfgang: *Roseggerforschung und Roseggerkult*. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Band 25, 1981, S. 156-167.

Wagner, Karl: Die literarische Öffentlichkeit der Provinzliteratur. Der Volksschriftsteller Peter Rosegger, Tübingen 1991.

Quellen:

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1939.0000 / Blatt 16

0-1-7-1936.0000 / Blatt 38

Rosegger, Peter: *Krieg dem Kriege!* In: Heimgarten, 16. Jg., 1891.

Rosegger, Peter/Kernstock, Ottokar (Hrsg.): Steirischer Waffensegen. Graz 1916.

Rosegger, Peter: *Heimgärtners Tagebuch*. In: Heimgarten, 41. Jg., 1917.

Rosegger, Peter: *Offenes Schreiben an junge Antisemiten in Wien*. In: Heimgarten, 8. Jg., August 1884.

Rosegger, Peter: *Bekanntnisse aus meinem Weltleben. Mein Antisemitismus*, In: Heimgarten, 10. Jg., Oktober 1885.

Straßen-/Platzname: Schlieffenstraße

Datum der Benennung: 19. 05. 1938

Begründung der Benennung

Die Benennung wurde vom Leiter der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – für jene Stadtgebiete vorgeschlagen, in denen Straßen nach „*deutschen Heerführern und grenzlanddeutschen Orten*“ benannt werden sollten.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913), preußischer Generalfeldmarschall.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn eines preußischen Generalmajors trat während seines Jura-Studiums in die preußische Armee ein und wurde 1863 zum Generalstabsoffizier befördert. Als Hauptmann und Major nahm Schlieffen sowohl am Preußisch-Österreichischen als auch am Deutsch-Französischen Krieg teil, bevor er Mitglied des Großen Generalstabs wurde und 1891 dessen Leitung übernahm; 1903 erfolgte die Ernennung zum Generaloberst. Für den Fall eines Zweifrontenkriegs entwickelte der Generalstabschef 1905 eine Strategie für eine schnelle Niederwerfung Frankreichs, die als sogenannter „Schlieffen-Plan“ in die Geschichte einging. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst wurde Alfred von Schlieffen 1911 für seine Verdienste zum Generalfeldmarschall ernannt.

Militarismus / Kolonialismus

Obwohl Alfred Graf von Schlieffen erst nach der deutschen Reichsgründung Mitglied des Großen Generalstabs wurde und somit keine kriegerische Auseinandersetzung in leitender Funktion miterlebt hat, zählt er zu den großen Militärstrategen der Kaiserzeit. Der von ihm zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte Aufmarschplan gegen Frankreich und dessen vermeintlicher Einsatz im Ersten Weltkrieg wurde „von der Nachwelt entweder als Siegesrezept glorifiziert oder als Höhepunkt des preußisch-deutschen Militarismus verdammt.“ (Groß 2012, S. 61)

Mit dem Abschluss des Militärbündnisses zwischen Frankreich und Russland im Jahr 1894 (Französisch-Russische Allianz) geriet das Deutsche Reich aufgrund seiner geographischen Mittellage in Bedrängnis. Um das Heer auf einen Zweifrontenkrieg vorzubereiten, entwarf Alfred von Schlieffen einen strategisch-operativen Plan für eine schnelle Westoffensive, den er 1905 in einer Denkschrift festhielt: Frankreich sollte mittels eines Vorstoßes preußischer Truppen durch die neutralen Benelux-Staaten in einer umfassenden Zangenbewegung besiegt werden, bevor im Anschluss die Verlegung sämtlicher Einheiten an die Ostfront vorgesehen war. Im Jahr 1914 diente diese Taktik als Grundlage für den deutschen Angriff auf Frankreich und die Verletzung der belgischen Neutralität, führte allerdings zu einem unbeabsichtigten Stellungskrieg im Westen. Während nach Ende des Ersten Weltkriegs Schlieffens Nachfolger im Generalstab – der jüngere Helmuth von Moltke – für die deutsche Niederlage verantwortlich gemacht wurde und man ihm insbesondere die

„Verwässerung“ der Strategie seines Vorgängers vorwarf, „manifestierte sich im Schlieffen-Plan der Glaube des Militärs an die Machbarkeit des kurzen Krieges.“ (Förster, S. 62)

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Mythos setzte erstmals in den 1950er Jahren ein. Die Darstellung des Schlieffen-Plans als „Anfang des deutschen Unglücks“ (Ritter, S. 102) wurde in der historischen Forschung konstitutiv; bis in die 1990er Jahre galt dieser als Beleg für einen aggressiven deutschen Militarismus und somit als eine der Hauptursachen des Ersten Weltkriegs. Im Zuge eines Historikerstreits kam es zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer Neubewertung, die eine differenziertere Betrachtung nach sich zog. Fest steht, dass sich Helmuth von Moltke im Jahr 1914 an der operativ-strategischen Doktrin seines Vorgängers orientierte und dessen Grundprinzipien übernahm, die Aufmarschpläne allerdings in zentralen Punkten veränderte; jüngere Studien empfehlen deshalb eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen beiden Strategien. Obwohl die in der Vergangenheit propagierte Übereinstimmung des Schlieffen-Plans mit dem militärischen Vorgehen im Ersten Weltkrieg teilweise widerlegt wurde, gilt die Denkschrift nach wie vor als ein Konzept, das „zukünftige Kriegsplanungen prägen sollte.“ (Mombauer, S. 96)

Als Vorgesetzter des Generalleutnants Lothar von Trotha billigte Alfred von Schlieffen im Jahr 1904 dessen brutales Vorgehen gegen die Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika und unterstützte den berüchtigten „Vernichtungsbefehl“, der den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts auslöste: *„Daß [sic] er die ganze Nation vernichten oder aus dem Land treiben will, darin kann man ihm beistimmen. [...] Der entbrannte Rassenkampf ist nur durch die Vernichtung oder vollständige Knechtung der einen Partei abzuschließen.“* Da sich beide „Strategien“ als nicht durchführbar erwiesen, empfahl Schlieffen letztendlich die Aufhebung des „Vernichtungsbefehls“, um eine Verlängerung des Kolonialkriegs zu vermeiden.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Militarismus / aggressiver Kolonialismus

Literatur

Förster, Stig: *Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges 1871–1914. Metakritik eines Mythos*, In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, Nr. 54, 1995, S. 61–95.

Groß, Gerhard P.: *There was a Schlieffenplan – Neue Quellen*. In: Ehlert, Hans/Epgenhans, Michael/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): *Der Schlieffen-Plan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2006, S. 117-160.

Groß, Gerhard P.: *Mythos und Wirklichkeit. Geschichte des operativen Denkens im deutschen Heer von Moltke d. Ä. bis Heusinger*, Paderborn 2012.

Mombauer, Annika: *Der Moltkeplan. Modifikation des Schlieffenplans bei gleichen Zielen?* In: Ehlert, Hans/Epgenhans, Michael/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): *Der Schlieffen-Plan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2006, S. 79-99.

Pantenius, Wilhelm Hartmut: *Alfred Graf von Schlieffen. Strategie zwischen Befreiungskriegen und Stahlgewittern*, Leipzig 2016.

Ritter, Gerhard: *Der Schlieffenplan. Kritik eines Mythos*, Mit erstmaliger Veröffentlichung der Texte und 6 Kartenskizzen, München 1956.

Sobich, Frank Oliver: *„Schwarze Bestien, rote Gefahr“*. Rassismus und Antisozialismus im deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 2006.

Zuber, Terence: *Der Mythos vom Schlieffenplan*. In: Ehlert, Hans/Epgenhans, Michael/Groß, Gerhard P. (Hrsg.): *Der Schlieffen-Plan. Analysen und Dokumente*, Paderborn 2006, S. 45-78.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-4-15919 (5)

Straßen-/Platzname: Wilhelm-Schmidtbonn-Straße

Datum der Benennung: 11. 06. 1963

Begründung der Benennung

„In seinem erzählerischen, dramatischen und lyrischen Schaffen finden sich neben der z.T. autobiographischen Deutung seiner rheinischen Heimat phantastische und exotische Züge aus der Welt der Märchen, Sagen und Legenden.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Schmidt(bonn) (1876-1952), deutscher Schriftsteller und Dramatiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Der gebürtige Rheinländer arbeitete nach dem Besuch des Kölner Konservatoriums zunächst als Buchhändler und widmete sich verschiedenen Studien, bevor er durch die Aufführung seines Dramas „Mutter Landstraße“ im Jahr 1904 regionale Bekanntheit erlangte. In den folgenden Jahren war Schmidtbonn zeitweilig als Dramaturg unter Louise Dumont und Gustav Lindemann am Düsseldorfer Schauspielhaus beschäftigt und berichtete im Ersten Weltkrieg von der Front in Serbien. 1926 wurde der Schriftsteller Mitglied im „Bund Rheinischer Dichter“. In Schmidtbonns Erzählungen kommt seine Heimatverbundenheit zum Ausdruck; die rheinische Natur bildet den zentralen Schauplatz seiner Geschichten. Zu seinen bekanntesten Werken zählen der Roman „Der Dreieckige Marktplatz“ sowie das Drama „Anna Brand“.

Militarismus / Nationalsozialismus / Antisemitismus

Obwohl Wilhelm Schmidtbonn „von etwa 1900 bis in die 1930er Jahre zu den viel gelesenen und erfolgreichen Schriftstellern und Bühnenaufgebern Deutschlands“ gehörte (Heckes, S. 234), ist er in der Literaturwissenschaft weitestgehend in Vergessenheit geraten. Während seine Werke weder antisemitische noch rassistische Tendenzen aufweisen, ließ sich der Autor im Dritten Reich vereinnahmen und trat öffentlich als Vertreter des NS-Kulturbetriebs in Erscheinung.

Im Ersten Weltkrieg hatte Wilhelm Schmidtbonn als Kriegsberichterstatte in Frankreich und Serbien gearbeitet; sein im Jahr 1914 publiziertes „Kriegsvorspiel für die Bühne“ enthält durchaus nationalistische Passagen: „[...] *neidisches England, du bist der Urfeind. Wir lassen nicht von dir, bis du erwürgt hinfällst* [...].“

Aufgrund gesundheitlicher Beschwerden war der Schriftsteller bereits Ende der 1920er Jahre in die Schweiz gezogen, verfolgte die politischen Vorgänge in Deutschland aber sehr genau. Er begrüßte 1933 die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, denen er Sympathien entgegenbrachte: „*Wir hörten alle Hitler-Reden und haben oft Tränen in den Augen vor Heimweh. Auch wir glauben an den Nationalsozialismus* [...].“ Schmidtbonn wurde in den „Reichsausschuss für Volksschauspiel“ berufen und in die neu gegründete „Deutsche Akademie der Dichtung“ an der Preußischen Akademie der Künste aufgenommen; im selben Jahr unterschrieb er eine Loyalitätserklärung an die NS-Führung und unterstützte den Aufruf

der Akademie zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund. Darüber hinaus trat er in eine Schweizer NSDAP-Ortsgruppe ein.

Obwohl Schmidtbonns Stücke im Dritten Reich nur vereinzelt auf Interesse stießen, wertete das NS-Regime sein Schaffen als „*positiv*“ und zeichnete den Literaten entsprechend aus; 1936 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn verliehen, 1941 erhielt er den „Rheinischen Literaturpreis“. In seiner Dankesrede begrüßte der Schriftsteller das „*durch den Führer geeinte Großdeutschland*“ und bezeichnete Adolf Hitler als „*Sinnbild des deutschen Menschen: kühn, willensstark, gütig.*“ Angesichts seiner schweren Erkrankung und der daraus resultierenden finanziellen Notlage bat Schmidtbonn das NS-Regime wiederholt um Unterstützung, sodass die Preußische Akademie der Künste ihm nicht nur einen jährlichen Ehrensold gewährte, sondern ab 1934 auch eine monatliche „Werkhilfe“ zahlte und anlässlich seines 60. Geburtstags eine Ehrengabe vom 3000 Reichsmark übermittelte.

Ungeachtet der Tatsache, dass Wilhelm Schmidtbonn noch 1928 seine Bereitschaft zum Eintritt in den Ehrenausschuss für ein geplantes Heinrich-Heine-Denkmal erklärt hatte, äußerte er sich in den 1930er Jahren antisemitisch. So beschwerte er sich 1933 beispielsweise über Emigranten in seinem Schweizer Domizil: „*In das frühere kleine und einsame Dorf [...] sind schon seit zwei Jahren zahlreiche jüdische Millionäre eingebrochen, die sich hier wahre Schlösser gebaut haben von deutschem Geld und den ganzen Ort verdorben, verteuert und ekelhaft gemacht.*“ Darüber hinaus bezeichnete der Schriftsteller 1934 das Interesse des „Jüdischen Theaters“ in Berlin an einem seiner Stücke als „*seelischen Schmerz*“.

Nach Kriegsende wurde Wilhelm Schmidtbonn dank eines Entlastungszeugnisses des Kölner Oberbürgermeisters (Hermann Pünder oder Ernst Schwering) vollständig entnazifiziert und von der Spruchkammer als „unbelastet“ eingestuft.

Kategorie: A

Begründung: Antisemitismus / Unterstützung des NS-Regimes

Literatur

Brenner, Hildegard: Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der Preußischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972.

Cepl-Kaufmann, Gertrude: *Wilhelm Schmidtbonn (1876-1952)*. In: Kortländer, Bernd (Hrsg.): Literatur von nebenan. 60 Portraits von Autoren aus dem Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen, Bielefeld 1995, S. 311-317.

Heckes, Pia: *Von der Notwendigkeit, die Welt sozial zu erneuern. Wilhelm Schmidtbonn und der ‚Magier von Köln‘ – die Albertuslegende, ein literarisches Vermächtnis*, In: Bonner Geschichtsblätter . Band 55/56, 2002, S. 234–256.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Volz, Ellen: *Der Dichter Wilhelm Schmidtbonn lebte 14 Jahre in Bad Godesberg*. In: Godesberger Heimatblätter. Band 56, 2019, S. 97-

Quellen

Schmidtbonn, Wilhelm: *1914 - Ein Kriegsvorspiel für die Bühne*. In: Das literarische Echo. Nr. 17, 1914, S. 151-158.

Schmidtbonn, Wilhelm: *Wirkung und Gewalt in der Heimat. Die Rede Wilhelm Schmidtbonns zur Verleihung des Rheinischen Literaturpreises 1941*, In: Kölnische Zeitung. 9. Dezember 1941.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 18025 / 2

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1049 / 18775

Bundesarchiv Berlin

BArch NS 15 / 253 / Blatt 131

Akademie der Künste

PrAdK 0875 / Blatt 19

PrAdK 0855

PrAdK 1104 / Blätter 194-196

PrAdK 1114

PrAdK 0809 / Blätter 70-71

PrAdK 0831

PrAdK 0856

Stadtarchiv Bonn

SN 147 / VI / 15

SN 147 / 1704

SN 147 / 1770-137

SN 147 / 1770-138

Straßen-/Platzname: Sedanstraße

Datum der Benennung: 26. 03. 1872

Begründung der Benennung: unbekannt

Im Jahr 1950 richtete sich das „Bildungswerk Europa“ an den Oberbürgermeister und warb darum, „*Straßenbezeichnungen, die alltäglich an die Zeit der europäischen Zersplitterung erinnern*“, zu ersetzen. Ein solcher Schritt stelle „*einen Beitrag zur Überwindung geschichtlicher Reminiszenzen*“ dar, die einer europäischen Verständigung entgegenstünden.

Historischer Hintergrund

Die Schlacht von Sedan am 1. und 2. September 1870 markierte einen entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges. Mit dem Sieg der preußischen Armee endete die napoleonische Kaiserherrschaft; wenige Tage später wurde in Frankreich die Dritte Republik ausgerufen. Zum Gedenken an diesen militärischen Erfolg wurden nach der Gründung des Deutschen Reiches im Januar 1871 alljährlich der sogenannte „Sedantag“ gefeiert und zahlreiche Denkmäler errichtet.

Militarismus

Die Schlacht von Sedan ist als Gründungsmoment des Deutschen Reiches in die Erinnerungskultur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eingegangen und „gehörte zum selbstverständlichen Repertoire der [nationalen] Selbstvergewisserung“ (Kroener, S. 400). Dabei verschmolzen die vermeintliche „Entscheidungsschlacht“ und die Reichsgründung zu einem einheitlichen Mythos, der die ursprüngliche Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges weitestgehend überlagerte und die historische Wahrnehmung der Deutschen über Generationen prägte.

Nur wenige Wochen nach Beginn der militärischen Auseinandersetzung hatten die Heeresverbände der Norddeutschen Bundes unter der Führung Preußens einen Großteil der französischen Armee zwischen der Festung von Sedan und der belgischen Grenze einschließen und zur Kapitulation bewegen können. Die Nachricht von der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. löste spontane Siegesfeiern aus, drängten sich doch Analogien zur berühmten „Schlacht bei Waterloo“ auf, in der alliierte preußische und britische Truppen im Jahr 1815 die Kaiserherrschaft Napoleons I. beendet hatten. Mehr als ein halbes Jahrhundert später blendete diese „Vision eines mit der Festsetzung des französischen Monarchen besiegelten militärischen Erfolgs“ (Vogel, S. 203) allerdings die Tatsache aus, dass die Niederlage des napoleonischen Heeres bei Sedan keinesfalls den Schlussakt des Konflikts darstellte. Nach dem Sturz der Monarchie leisteten französische Truppen der Dritten Republik weiterhin militärischen Widerstand, bevor Paris im Januar 1871 endgültig kapitulierte und das Elsass sowie Teile Lothringens abtreten musste.

Im Bestreben, sowohl der siegreichen Schlacht von Sedan als auch der durch die Reichsgründung gefundenen nationalen Einheit ein gemeinsames Andenken zu widmen,

wurden nach Kriegsende alljährliche „Sedanfeiern“ organisiert; mit der Einführung eines Erinnerungstags am 2. September etablierte sich das Bild der „Entscheidungsschlacht“ schließlich im historischen Gedächtnis der Deutschen. Die von Reichskanzler Otto von Bismarck über Monate mit den süddeutschen Staaten geführten Verhandlungen über einen Beitritt zum Norddeutschen Bund („Novemberverträge“) traten dabei in den Hintergrund.

Darüber hinaus gerieten auch die Vorgeschichte des Deutsch-Französischen Krieges und dessen Wirklichkeit in Vergessenheit. Um eine preußische Vormachtstellung in Europa realisieren und die deutsche Kleinstaaterei beenden zu können, hatte Otto von Bismarck den Konflikt absichtlich initiiert und Paris mit der sogenannten „Emser Depesche“ zu einer Kriegserklärung verleitet: der deutsche Sieg „fand seine moralische Rechtfertigung in dem öffentlich wirksam vorgetragenen Vorwurf, Frankreich habe diesen Krieg provoziert, um die nationale Einigung der Deutschen zu verhindern.“ (Kroener, S. 408) Ferner markierte die Schlacht von Sedan angesichts des massenhaften Artillerieeinsatzes und der deutschen Kriegsverbrechen einen „Wendepunkt in der Militärgeschichte“ (Lorenzen, S. 156); beim Angriff auf das Dorf Bazeilles am Morgen des 1. September 1870 waren Dutzende Zivilisten und Soldaten getötet worden, die sich bereits ergeben hatten.

Nach der Jahrhundertwende nahm das Interesse am „Sedankult“ stetig ab, entsprach doch dessen monarchistische Prägung nicht mehr dem Selbstverständnis der aufkommenden nationalistischen Bewegungen. „Gehalten hat sich demgegenüber bis in die historische Forschung hinein die Chiffre vom <Sedantag> als Ausdruck für den im Kaiserreich herrschenden ‚Zeitgeist‘ [...].“ (Vogel, S. 217)

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Faber, Peter: Bismarcks Reichsgründung. Diplomatie und Staatskunst 1862-1871, Gilching 2015.

Kroener, Bernhard R.: *Schlachtenmythen als Bestandteil einer politisch instrumentalisierten kollektiven Erinnerungskultur am Beispiel von Leuthen, Sedan und Stalingrad*. In: Altrichter, Helmut/Herbers, Klaus/Neuhaus, Helmut (Hrsg.): *Mythen in der Geschichte*. Freiburg im Breisgau 2004, S. 397-418.

Lorenzen, Jan N.: *Die großen Schlachten. Menschen, Mythen, Schicksale*, Frankfurt am Main 2006.

Schellack, Fritz: *Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945*. Frankfurt am Main 1990.

Schneider, Ute: *Einheit ohne Einigkeit. Der Sedantag im Kaiserreich*, In: Behrenbeck, Sabine/Nützenadel, Alexander (Hrsg.): *Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71*, Köln 2000, S. 27-44.

Schneider, Ute: *Nationalfeste ohne politisches Zeremoniell? Der Sedantag (2. September) und die Erinnerung an die Befreiungskriege (18. Oktober) im Kaiserreich*, In: Biefang, A./Epkenhans, Michael/Tenfelde, K. (Hrsg.): *Das politische Zeremoniell im deutschen Kaiserreich 1871-1918*. Berlin 2008, S. 163-187.

Showalter, Dennis E.: *Das Gesicht des modernen Krieges. Sedan, 1. und 2. September 1870*, In: Förster, Stig/Pöhlmann, Markus/ Walter, Dierk (Hrsg.): *Die Schachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai*, München 2002, S. 231f-247.

Vogel, Jakob: *2. September 1870. Der Tag von Sedan*, In: Francois, Étienne/Puschner, Uwe (Hrsg.): *Erinnerungstage. Wendepunkte der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2010, S. 201-218.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054/ Band 1

Straßen-/Platzname: Hans-Christoph-Seebohm-Straße

Datum der Benennung: 22.01.1980

Begründung der Benennung

Die Straßenbenennung wurde von der CDU-Ratsfraktion vorgeschlagen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hans-Christoph Seebohm (1903-1967), deutscher Politiker und Ingenieur; Bundesminister für Verkehr (1949-1966) und Vizekanzler der BRD (1966).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Bergbau- und Ingenieurwissenschaften und der anschließenden Promotion war Hans-Christoph Seebohm ab 1933 in leitender Funktion in verschiedenen Bergbauunternehmen tätig. Nach Kriegsende wurde er Mitglied der Deutschen Partei (DP); bis 1948 gehörte der Ingenieur der niedersächsischen Landesregierung an. Als Bundesminister für Verkehr unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard gehörte Seebohm zu den Initiatoren der Europäischen Verkehrsministerkonferenz, etablierte die Bundesämter für Kraft- und Luftfahrt und setzte sich für eine Neuordnung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung ein (Seebohm'sche Gesetze). Darüber hinaus engagierte er sich für den Vertriebenenverband der Sudetendeutschen. Nachdem Seebohm 1960 in die CDU übergetreten war, wurde er Vorsitzender des Landesverbands Hannover und Bundesschatzmeister der Partei.

Nationalsozialismus / Rechtsextremismus

Hans-Christoph Seebohm hat sich in besonderem Maße um die Modernisierung der deutschen Verkehrssysteme in der Nachkriegszeit verdient gemacht und zählte „aus der Sicht von Experten zu den kompetentesten Fachministern der ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik.“ (Lange, S. 236) Gleichzeitig galt das Regierungsmitglied innen- und außenpolitisch als umstritten; Seebohms kontroverse und teils revisionistische Äußerungen führten wiederholt zu öffentlichen Diskussionen um seine Person. Von der historischen Forschung bislang vernachlässigt, werden das Wirken des ehemaligen Bundesverkehrsministers und seine Nähe zum NS-Regime seit 2017 vom Institut für Zeitgeschichte umfassend aufgearbeitet.

Nachdem im Zuge des „Münchener Abkommens“ 1938 das Sudetengebiet an das Deutsche Reich abgetreten worden war, erfolgte die Zerschlagung und Umstrukturierung der regionalen Montanindustrie. Von diesen Maßnahmen profitierte die Industriellenfamilie Seebohm, die als privater Investor Großaktionär der neu gegründeten „Egerländer Bergbau AG“ wurde und somit „arisiertes“ Eigentum übernahm. Obwohl die Rolle Hans-Christoph Seebohms in diesen Vorgängen nicht abschließend geklärt ist, legen überlieferte Dokumente nahe, dass der spätere Bundesverkehrsminister „die Erhöhung seiner Anteile zu Lasten der jüdischen Anteilseigner zumindest billigte, wenn nicht aktiv betrieb.“ (Packheiser, S. 99) Darüber hinaus existieren auch über Seebohms leitende Tätigkeiten in verschiedenen

Unternehmen zwischen 1933 und 1945 nur spärliche Informationen. Fest steht, dass er 1934 sowohl in die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF, Organisation für Arbeitnehmer und -geber) als auch in den „Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik“ (NSBDT) eintrat und während des Zweiten Weltkriegs als „unabkömmlich“ vom Militärdienst zurückgestellt wurde. In seinem Entnazifizierungsverfahren räumte der sudetendeutsche Industrielle Finanzspenden an das Hitler-Regime ein, stritt aber den Erwerb von jüdischem Besitz ab und behauptete, aufgrund seiner „politischen Unzuverlässigkeit“ seit 1943 unter Beobachtung der Gestapo gestanden zu haben. Die zuständigen Ausschüsse stuften ihn daraufhin als vom Entnazifizierungsrecht nicht betroffen ein.

Nach Kriegsende schloss sich Hans-Christoph Seebohm der rechtskonservativen „Deutschen Partei“ (DP) an, die nicht nur die Politik der Entnazifizierung ablehnte und die Kriegsschuld der Deutschen leugnete, sondern auch den formalen Fortbestand des Deutschen Reiches propagierte und ehemaligen Nationalsozialisten eine politische Heimat bot. Als Mitglied des Parlamentarischen Rates unterstützte Seebohm Ende der 1940er Jahre Bestrebungen zur Abschaffung der Todesstrafe, um die Vollstreckung alliierter Todesurteile zu verhindern: *„Vom weltanschaulichen Gesichtspunkt aus ist es insbesondere nach den Erlebnissen der letzten Jahre, nicht nur der Zeit bis 1945, sondern auch der Zeit seit 1945, eine unbedingte Notwendigkeit [...]“* Obwohl er zu den „Vätern des Grundgesetzes“ zählte, lehnte Seebohm dessen Inhalt in Teilen ab; die DP hatte sich mit ihren Forderungen nach extrem föderalistischen Strukturen und der Verankerung des Eltern- und Heimatrechts in der Verfassung nicht durchsetzen können. 1949 zog der Politiker in den deutschen Bundestag ein und bekleidete bis 1966 durchgängig das Amt des Bundesverkehrsministers.

Ab 1950 setzte sich Hans-Christoph Seebohm als Vorstandsmitglied und später auch als Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ zusätzlich für die Interessen der nach 1945 vertriebenen Sudetendeutschen ein. In seinen skandalträchtigen Sonntagsreden stellte der „revisionistische Hardliner“ (Margalit, S. 36) die Grenzen in Osteuropa infrage, erklärte das Sudetenland zu deutschem Territorium und äußerte sich positiv über Symbole des Nationalsozialismus: *„Wir neigen uns in Ehrfurcht vor allen deutschen Menschen, die ihr Leben für ihr Vaterland geopfert haben und vor jedem deutschen Symbol, unter dem sie sich opferten.“* Seebohms radikale Äußerungen erregten auch im Ausland großes Aufsehen und brachten die deutsche Regierung nicht selten in Bedrängnis; insbesondere die Alliierten forderten wiederholt den Rücktritt des Bundesverkehrsministers. So erreichte Konrad Adenauer im Mai 1950 beispielsweise die Beschwerde eines britischen Hochkommissars, nachdem Seebohm die Beteiligung der britischen Besatzung an der Einführung des Grundgesetzes öffentlich angeprangert hatte. Trotz dieser Provokationen hielten der erste Bundeskanzler und sein Nachfolger Ludwig Erhard an ihrem Minister fest, erleichterte dessen Kabinettsmitgliedschaft doch die politische Integration des rechtsnationalen Lagers.

Nach dem Scheitern der Gespräche über eine engere Kooperation mit der CDU trat Hans-Christoph Seebohm zusammen mit anderen DP-Abgeordneten 1960 schließlich den Christdemokraten bei.

Kategorie: A

Begründung: Nähe zum Rechtsextremismus / Profiteur im Dritten Reich

Literatur

Glienke, Stephan A.: Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012.

Lange, Eberhard H. M.: Wegbereiter der Bundesrepublik. Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, Neunzehn historische Biografien, Brühl 1999.

Lausberg, Michael: Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946-1971. Aachen 2011.

Margalit, Gilad: *Hans-Christoph Seebohm und sein Versuch zur Universalisierung des Vertriebenenproblems in der Nachkriegszeit*. In: Stickler, Matthias (Hrsg.): *Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung. Neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration*, Stuttgart 2014, S. 35-44.

Meyn, Hermann: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1966.

Nathusius, Ingo: Am rechten Rande der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953, Mainz 1992.

Packheiser, Christian: Aufarbeitung der Geschichte des Bundesverkehrsministeriums (BMV) und des Ministeriums für Verkehrswesen (MfV) der DDR hinsichtlich Kontinuitäten und Transformationen zur Zeit des Nationalsozialismus. Vorstudie des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin 2018.

Wixforth, Harald: Die Expansion der Dresdener Bank in Europa. München 2006.

Quellen

Seebohm, Hans-Christoph: 3 Vorträge. Das Recht auf Heimat, Die Kasseler Rede, Verkehrspolitische Probleme in europäischer Sicht, 1952.

Küsters, Hanns Jürgen/Tessmer, Carsten: Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe, Band 3, 1. Januar bis 31. Dezember 1950, Unveröffentlichte Dokumente, München 1997.

Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle. Band 14, Hauptausschuss, Teilband II, München 2009.

Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle. Band 9, Plenum, München 1996.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-2121.0000

Bundesarchiv Berlin

BArch R 3101 / 31022

BArch R 3101 / 30512

Bundesarchiv Koblenz

B 136 / 6796

Landarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1097 / 20472

Straßen-/Platzname: Speckmannweg

Datum der Benennung: 16. 08. 1937

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Diedrich Wilhelm Gotthilf Speckmann (1872-1938), deutscher Pastor und Heimatschriftsteller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einem Studium der Theologie übernahm Diedrich Speckmann zunächst eine Pfarrstelle in Grasberg, bevor er sich 1910 in Fischerhude niederließ, um sich ganz der Schriftstellerei zu widmen. In seinen Romanen und Erzählungen (z.B. „Heidenhof Lohe“, „Heidjers Heimkehr“) steht die Heimatverbundenheit im Vordergrund; Bauerntum, dörfliches Leben und die Lebenskonflikte der einfachen Leute spielen eine besondere Rolle. Im Ersten Weltkrieg diente der fast fünfzigjährige Speckmann als Soldat und verfasste Kriegstagebücher, die 2005 veröffentlicht wurden.

Nationalsozialismus

Diedrich Speckmann gehört zu den zahlreichen deutschen Lokalschriftstellern, die sich im Dritten Reich anpassten, politisch allerdings nicht sonderlich in Erscheinung traten. Ungeachtet fehlender antisemitischer oder rassistischer Inhalte entsprachen seine heimatbezogenen Romane und Erzählungen - mehrheitlich in der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik entstanden - durchaus der nationalsozialistischen „Blut-und-Boden-Literatur“ und ließen sich dementsprechend ideologisch vereinnahmen.

Im Ersten Weltkrieg diente Speckmann zunächst beim Landsturm und in einem Infanterie-Regiment, bevor er aufgrund einer Verletzung in die belgische Etappe versetzt wurde. In seinen Tagebüchern brachte er anfangs seine Hoffnungen auf einen deutschen Endsieg zum Ausdruck, äußerte mit zunehmender Dauer der militärischen Auseinandersetzung allerdings den Wunsch nach Frieden und beklagte das „*Kriegselend*“ der Zivilbevölkerung.

Der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten stand Diedrich Speckmann skeptisch gegenüber; in einem seiner Briefe aus dem Mai 1933 heißt es: „*Man traut sich in diesen Zeiten nicht recht vom Hause fort. Ein Hakenkreuz an meinem Wägelchen anzubringen kann ich mich nicht entschließen [...].*“ Dennoch trat der Literat im selben Jahr dem „Reichsverband Deutscher Schriftsteller“ bei, der als Zwangsorganisation später in die Reichsschrifttumskammer integriert wurde, und unterzeichnete das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler. Neben seinen Romanen, die als „*vorzügliche und preiswerte Volks- und Heimatkunde-Literatur*“ sogar für den Schulunterricht empfohlen wurden, publizierte Speckmann auch in NS-Zeitschriften und Zeitungen, so zum Beispiel anlässlich des 70. Geburtstags seines völkischen Kollegen Gustav Frenssen. Obwohl er selbst nicht in die NSDAP eintrat, war der Schriftsteller auf Parteiveranstaltungen seines Heimatortes zugegen und wurde für sein kulturelles Engagement gewürdigt: „*Der Ausrichtung*

nationalsozialistischen Kulturschaffens ist D. Speckmann ein überzeugter, einflußreicher [sic] Anwalt geworden, so daß [sic] gerade in Fischerhude Begriffe wie Volkstum und Heimat sinnvoll mit echtem Leben erfüllt werden konnten.“ Darüber hinaus begrüßte der Autor die vom NS-Regime angestrebte Stärkung des Bauernstandes sowie die Pflege der Volksgemeinschaft.

Nach seinem Ableben im Jahr 1938 beantragte die Ehefrau Diedrich Speckmanns eine Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer, um seine Werke weiterhin verkaufen zu können. Der Roman „Ehler Wittkopp und sei Geheimnis“ aus dem Jahr 1935, in dem sich der Protagonist einer „*jungen Partei*“ zuwendet, „*die sämtliche alten Parteien überflüssig zu machen*“ verspricht, wurde nach Kriegsende in der sowjetischen Besatzungszone auf die sogenannte „Liste der auszusondernden Literatur“ gesetzt.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Schulz, Kurd: *Speckmann, Diedrich*. In: Bremische Biographie 1912-1969. Bremen 1969, S. 490-491.

Fitschen, Ludwig: *Diedrich Speckmann*. In: Niedersächsische Lebensbilder. Band 3, Sonderdruck, Hildesheim 1957, S. 308-318.

Quellen

Achimer Kreisblatt vom 13. Februar 1937.

Mielke, Leo (Hrsg.): Kriegstagebücher des Heidedichters Diedrich Speckmann 1915-1918. Hermannsburg 2005.

Speckmann, Diedrich: Ehler Wittkopp und sein Geheimnis. Berlin 1935.

Speckmann, Diedrich: *Der Dichter der Getreuen. Zu Gustav Frenssens 70. Geburtstag*, In: Berliner Lokal-Anzeiger, 19. Oktober 1933, Unterhaltungsbeilage.

Deutsche Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone: Liste der auszusondernden Literatur. Zweiter Nachtrag, Berlin 1948.

Bundesarchiv Berlin

BArch R 9361 V/33980

Heimatverbund Fischerhude-Quelkhorn – Archiv

Nachlass Speckmann / Karton 1 / Brief vom 19. Mai 1933

Nachlass Speckmann / Karton 1 / Schriftverkehr mit dem Paul-Franke-Verlag

Nachlass Speckmann / Karton 1 / verschiedene Zeitschriftenbeiträge und Zeitungsartikel

Straßen-/Platzname: Oswald-Spengler-Straße

Datum der Benennung: 16. 10. 1956

Begründung der Benennung

Der Vorschlag zur Straßenbenennung erfolgte auf Beschluss des Bauausschusses: *„Die Straße liegt in einem Bezirk, dessen Straßen nach deutschen Dichtern, Schriftstellern, Historikern usw. benannt werden.“*

„[Spenglers] Hauptwerke sind: Der Untergang des Abendlandes und Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Oswald Arnold Gottfried Spengler (1880-1936), deutscher Philosoph, Kulturhistoriker und Schriftsteller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Studium der Naturwissenschaften, Mathematik und Philosophie und der anschließenden Promotion arbeitete Oswald Spengler zunächst als Gymnasiallehrer, bevor er sich ganz der Schriftstellerei widmete. Als Anhänger der Kulturkritik Friedrich Nietzsches befasste er sich in seinen philosophischen und politischen Schriften mit dem vermeintlichen Verfall der europäischen Moderne und deutete zivilisatorische Errungenschaften (Demokratie, Technik, etc.) als Symbole des bevorstehenden kulturellen Niedergangs. Mit seinem umstrittenen Monumentalwerk „Der Untergang des Abendlandes“ erlangte Spengler internationale Bekanntheit.

Faschismus / Antisemitismus

„An keinem Denker der Deutschen scheiden sich die Geister so sehr wie an Oswald Spengler, dem Philosophen des Schicksals.“ (Falck, S. 9) Der in der Weimarer Republik ebenso verehrte wie umstrittene und im Dritten Reich als ideologischer Spalter gemiedene Kulturhistoriker polarisiert auch im 21. Jahrhundert; während sich die Kritiker an Spenglers antidemokratischer und antiliberaler Geisteshaltung stoßen und diesen zu einem geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus stilisieren, regen Befürworter eine historisch und sozialpolitisch unabhängige Betrachtung seiner Theorien an, um deren kulturphilosophische Bedeutung untersuchen zu können.

Oswald Spenglers Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“ zählt zu den wohl bekanntesten und meist diskutierten Schriften des 20. Jahrhunderts. Die darin propagierte „Lebenszyklustheorie“ der Hochkulturen basiert auf biologischen Analogien und folgt entsprechenden Gesetzmäßigkeiten: Jede der von Spengler definierten Kulturen durchläuft in ihrer auf 1000 Jahre datierten Lebensdauer bestimmte Phasen (Aufstieg, Blütezeit, Zerfall), bevor sie von einer neu entstehenden abgelöst wird und der Kreislauf ein weiteres Mal beginnt. Diese Auffassung widerspricht dem Fortschrittsgedanken der linearen Geschichtsschreibung, die von einer stetigen Weiterentwicklung der Menschheitsgeschichte ausgeht; zeitgenössische Intellektuelle lehnten Spenglers Geschichtsmorphologie

dementsprechend als unwissenschaftlich ab. Indes stieß deren Veröffentlichung im Jahr 1918 in der deutschen Bevölkerung auf große Resonanz, lieferte die These vom Untergang der abendländischen Kultur doch eine vermeintliche Erklärung für die Niederlage im Ersten Weltkrieg.

Spenglers kulturpessimistisches Bild des zivilisatorischen Endstadiums ist eng mit den historischen Umbrüchen seiner Zeit verbunden. Von den antimodernistischen Einstellungen der Jahrhundertwende geprägt, bezeichnete der Kulturhistoriker die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik als „*selbstgeschaffenes Werkzeug*“ und „*politische Waffe*“ des Kapitalismus, der nur durch ein autoritäres Staatsverständnis bekämpft werden könne. In der Auseinandersetzung zwischen rechts und links - „*zwischen dem überlegenen Dasein weniger und der niederen, massenhaften Handarbeit*“ (Elite vs. Masse) – werde der Sieg der Rechtsbewegung den Aufstieg eines cäsarischen Imperiums ermöglichen und letztendlich den endgültigen Zerfall der abendländischen Kultur einleiten. In diesem Zusammenhang favorisierte Spengler das Modell eines „preußischen Sozialismus“, in dem bestimmte sozialen Schichten unter der Führung eines Kanzlers eine legitime Herrschaft ausüben: „*Der Sinn des Sozialismus ist, daß [sic] nicht der Gegensatz von reich und arm, sondern der Rang, den Leistung und Fähigkeit geben, das Leben beherrscht.*“ Dabei stellte er die Gemeinschaft über die individuelle Entfaltung des Einzelnen: „*Sich als Material für große Führer erziehen, in stolzer Entsagung, zu unpersönlicher Aufopferung bereit, das ist auch eine deutsche Tugend.*“

Obwohl Oswald Spenglers weltanschauliche Grundpositionen durchaus mit denen der Nationalsozialisten übereinstimmten, lehnte er den demagogischen Massenappell Adolf Hitlers ab, da sich dieser „als Exponent der Linksbewegung“ (Thöndl, S. 442) und Vorsitzender der NSDAP nicht vom Parteiensystem hatte lösen können. Darüber hinaus warf der Kulturhistoriker den neuen Machthabern „*doktrinäre Beschränktheit*“ vor, verhöhnte ihre innen- und außenpolitische Ziele als „*Luftschlösser*“ und kritisierte die völkische Rassenideologie: „*Rassereinheit ist ein groteskes Wort angesichts der Tatsache, daß [sic] seit Jahrtausenden alle Stämme und Arten sich gemischt haben [...]. Wer zuviel [sic] von Rasse spricht, der hat keine mehr.*“ Trotz seiner Missbilligung des rassebiologischen Antisemitismus propagierte Spengler dennoch judenfeindliche Stereotype und beschrieb das Judentum als einen nicht anpassungsfähigen Fremdkörper, der in der abendländischen Kultur „*zersetzend*“ wirke.

Während die Nationalsozialisten nach anfänglichen Vereinnahmungsversuchen auf Distanz gingen, sah Oswald Spengler seine Idealvorstellung einer Überwindung politischer Ideologien im italienischen Faschismus verwirklicht. Aus Sicht des Kulturhistorikers hatte Benito Mussolini als „*Herr seines Landes*“ sämtliche Merkmale eines linken Politikers abgestreift: „*Der vollendete Cäsarismus ist Diktatur, aber nicht die Diktatur einer Partei, sondern die eines Mannes gegen alle Parteien, vor allem die eigene.*“

Kategorie: B

Begründung: latenter Faschismus

Literatur

Buchholtz, Lutz-Udo: *Oswald Spengler – Eine Schlüsselfigur im konservativen Denken*. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Band 37, 1989, S. 139-147.

Conte, Domenico: *Oswald Spengler. Eine Einführung*, Leipzig 2004.

Demandt, Alexander: *Untergänge des Abendlandes. Studien zu Oswald Spengler*, Köln/Weimar/Wien 2017.

Demandt, Alexander: *Was bleibt von Spengler?* In: Gangl, Manfred/Merlio, Gilbert/Ophälders, Markus (Hrsg.): *Spengler. Ein Denker der Zeitenwende*. Frankfurt am Main 2009, S. 273-285.

Falck, Martin: *Einführung - Der Unbequeme*. In: Maaß, Sebastian (Hrsg.): *Zyklen & Cäsaren. Mosaiksteine einer Philosophie des Schicksals, Reden und Schriften Oswald Spenglers*, Kiel 2013, S. 9-20.

Henkel, Markus: *Oswald Spengler, der Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit (1918–1970)*. In: *Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft*, Band 20, 2007, S. 174–192.

Thöndl, Michael: *Das Politikbild von Oswald Spengler (1880–1936) mit einer Ortsbestimmung seines politischen Urteils über Hitler und Mussolini*. In: *Zeitschrift für Politik*, Nr. 40, 1993, S. 418–443.

Werth, Christoph H.: *Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945*, Opladen 1996.

Wyrwa, Ulrich: *Spengler, Oswald*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Band 2/2, Personen L-Z, Berlin 2009, S. 784-786.

Quellen

Spengler, Oswald: *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, Band 1 und 2, Wien/München 1918/1922.

Spengler, Oswald: *Jahre der Entscheidung. Erster Teil, Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung*, München 1933.

Spengler, Oswald: *Preußentum und Sozialismus*. München 1919.

Spengler, Oswald: *Politische Pflichten der deutschen Jugend*. In: Maaß, Sebastian (Hrsg.): *Zyklen & Cäsaren. Mosaiksteine einer Philosophie des Schicksals, Reden und Schriften Oswald Spenglers*, Kiel 2013, S. 275-295.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1940.0000 / Blatt 367 und 367a

Straßen-/Platzname: Spichernplatz / Spichernstraße

Datum der Benennung: um 1898

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Bei der Schlacht von Spichern am 6. August 1870 handelte es sich um ein Gefecht des Deutsch-Französischen Krieges unweit der deutsch-französischen Grenze bei Saarbrücken, die mit der Erstürmung der Spicherer Höhen durch die preußischen Truppen endete. Nach dem Ende des Krieges wurde die in Lothringen gelegene Gemeinde 1871 in das neu gegründete Deutsche Reich eingegliedert.

Militarismus

Die Schlacht von Spichern galt in der historischen Wahrnehmung der Deutschen lange Zeit als entscheidendes Moment des Deutsch-Französischen Krieges und hat die politische Erinnerungskultur der Saargegend nachhaltig geprägt. Die Rolle Saarbrückens als „Frontstadt“ sowie die Mobilisierung der Bevölkerung begründeten einen lokalen Mythos, dem „eine hohe Dynamik und Nachhaltigkeit innewohnte.“ (Trinkaus 2011, S. 99) Rituelle Inszenierungen und zahlreiche Denkmäler trugen zusätzlich zur Etablierung des Spichernkults bei.

Nach dem Ausbruch des militärischen Konflikts zwischen Frankreich und den deutschen Verbündeten waren französische Truppen Anfang August 1870 auf deutsches Territorium vorgestoßen und hatten die Grenzstadt Saarbrücken kurzzeitig besetzt, sich angesichts des herannahenden preußischen Heeres aber südlich auf die Spicherer Höhen zurückgezogen. Entgegen den Anweisungen von Generalstabschef Helmuth von Moltke, der einen geschlossenen Aufmarsch für eine erste große Entscheidungsschlacht an der Saar favorisierte, ließ General Georg von Kameke seine Division am 6. August eigenmächtig vorrücken und die feindlichen Stellungen stürmen, was zu hohen Verlusten auf beiden Seiten führte. Der Sieg der preußischen Truppen wurde durch das zögerliche Verhalten der französischen Führung begünstigt, erfolgte ungeplant und basierte letztendlich auf militärischem „Draufgängertum“ (Haselhorst, S. 89).

Die Tatsache, dass die Einwohner Saarbrückens als Sanitäter und Hilfsposten unmittelbar in das Kriegsgeschehen involviert wurden, förderte die lokale Festkultur; die Schlacht von Spichern avancierte „zum Inbegriff und Symbol einer heilsgeschichtlich erklärten Befreiung und Reichseinigung.“ (Wittenbrock, S. 94) Bis zum Ersten Weltkrieg gehörten jährliche Gedenkfeiern zum festen Repertoire der regionalen Erinnerungskultur, darunter das „Spicherer Turn- und Spielfest“, und die Umgebung des ehemaligen Schlachtfelds entwickelte sich zum touristischen Wallfahrtsort.

Mit der Abtretung Elsass-Lothringens an Frankreich nach der deutschen Niederlage im Jahr 1918 verschwand der Mythos zunehmend aus dem kollektiven Gedächtnis, wurde doch dem Gedenken an die Ereignisse des Weltkriegs eine größere Priorität eingeräumt. Erst die politische Aussöhnung beider Staaten nach 1945 rückte Spichern wieder in die öffentliche

Wahrnehmung und ermöglichte eine gemeinsame Erinnerungsarbeit; seit 2004 wird die Schlacht wiederholt auf den Spicherer Höhen als historisches Schauspiel aufgeführt und gilt mittlerweile als Teil der lokalen „Eventkultur“. (Wittenbrock, S. 101)

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Hannig, Jürgen: *Im Schatten von Spichern. Militarismus und Nationalismus im Saarrevier vor dem Ersten Weltkrieg*, In: van Dülmen, Richard/Klimmt, Reinhard (Hrsg.): *Saarländische Geschichte. Eine Anthologie*, St. Ingbert 1995, S. 263-272.

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*. Ares-Verlag, Graz 2009, S. 83-120.

Mehrkens, Heidi: *Statuswechsel. Kriegserfahrung und nationale Wahrnehmung im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71*, Essen 2008.

Trinkaus, Fabian: *Nationaler Mythos und lokale Heldenverehrung. Die Schlacht von Spichern und ihre kulturpolitische Rezeption in Saarbrücken während des Kaiserreichs*, Trier 2013.

Trinkaus, Fabian: *Die Kulturpolitische Rezeption der Spichernschlacht in Saarbrücken während der Kaiserreichszeit – Mentalitätsgeschichtlicher Hintergrund, Formen und Akteure*. In: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*. Band 59, 2011, S. 99-119.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Wittenbrock, Wolfgang: *Die Schlacht bei Spichern in der Erinnerungskultur beiderseits der Grenze*. In: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*. Band 58, 2010, S. 89-101.

Straßen-/Platzname: Sodenstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1936

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ benannt und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Julius Freiherr von Soden (1846-1921), deutscher Jurist, Diplomat und Politiker; Gouverneur von Kamerun (1885-1891) und Deutsch-Ostafrika (1891-1893), Außen- und Verkehrsminister (1900-1906).

Kurzbiographie / Verdienste

Nach einem rechtswissenschaftlichen Studium diente Julius von Soden als Freiwilliger im Deutsch-Französischen Krieg und schlug 1871 eine Konsulatslaufbahn ein; in den folgenden Jahren war er als Generalkonsul unter anderem in Asien und Südamerika tätig. 1885 ging von Soden als Gouverneur nach Kamerun und bekleidete vorübergehend das Amt des Oberkommissars in Togo; später wurde er Gouverneur der Kolonie Deutsch-Ostafrika. Nach seiner Rückkehr arbeitete der Jurist zunächst als Kabinettschef am Hof König Wilhelms II. von Württemberg, bevor er 1900 mit dem Ministerium des Auswärtigen betraut wurde und sich vor allem der Förderung des Verkehrswesens widmete. Darüber hinaus engagierte sich Julius von Soden als Vorstandsmitglied der „Schiller-Gesellschaft“.

Kolonialismus

Obwohl Julius von Soden als Gouverneur fast ein Jahrzehnt an der Spitze der deutschen Kolonien in Afrika stand und dementsprechend zu den erfahrensten und einflussreichsten Kolonialpolitikern gezählt werden kann, ist seine Person von der historischen Forschung bisher allenfalls fragmentarisch in den Blick genommen worden. Dieser Umstand ist zum einen mit dem Fehlen von autobiographischen Quellen verbunden, resultiert aber vor allem aus der gemäßigten Politik von Sodens, die sich von den teils brutalen Praktiken seiner deutschen Kollegen (z.B. Carl Peters, Hermann von Wissmann) deutlich absetzte.

Im Zuge des Erwerbs afrikanischer „Schutzgebiete“ durch das Deutsche Reich wurde ab Mitte der 1880er Jahre mit dem Aufbau regionaler Verwaltungsstrukturen begonnen. Von Reichskanzler Otto von Bismarck weitestgehend ohne Instruktionen entsandt und mit einem geringen Etat ausgestattet, widmete sich Julius von Soden als erster Gouverneur von

Kamerun „der friedlichen Erschließung des Hinterlandes, der Beseitigung von Missständen, wozu damals auch Sklaverei und Kannibalismus zählten, und der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des Landes.“ (Von Ow, S. 255) Zu diesem Zweck berücksichtigte er bei der Einführung einer Gerichtsbarkeit nicht nur die Sitten und Gebräuche der indigenen Bevölkerung, sondern unterstützte auch die Förderung der traditionellen Landwirtschaft und den Ausbau des Schulwesens. Ungeachtet seines Engagements scheint der Kolonialpolitiker dennoch Ressentiments gegen die Kameruner gehegt zu haben; so beschwerte sich der Duala-Führer King Bell im Jahr 1888 bei der deutschen Regierung über dessen abfällige und rassistische Bemerkungen. Obwohl im direkten Auftrag des Auswärtigen Amtes weiterhin Expeditionen in das Binnenland vorgenommen wurden, beschränkte sich die deutsche Herrschaft in der Amtszeit von Sodens auf das Küstengebiet und wurde erst unter seinen Nachfolgern zunehmend mit Gewalt durchgesetzt.

Nachdem im Jahr 1891 das deutsche „Schutzgebiet“ in Ostafrika offiziell der Verwaltung durch das Deutsche Reich unterstellt worden war, übernahm Julius von Soden die Amtsgeschäfte des bisherigen Reichskommissars Hermann von Wissmann und war bemüht, seine erprobte Kolonialpolitik zu etablieren. In diesem Zusammenhang stieß er allerdings auf den Widerstand von Wissmanns „Schutztruppe“, die bereits Aufstände der ostafrikanischen Bevölkerung niedergeschlagen hatte und den gemäßigten Kurs des neuen Zivilgouverneurs missbilligte. Von Soden lehnte wiederum die „Wissmannsche Kriegsführung“ entschieden ab und „zweifelte an der Notwendigkeit wie den Erfolgsaussichten solcher militärischer Unternehmungen.“ (Bührer, S. 162) Dementsprechend leitete er Reformen ein und übernahm selbst das Kommando über die „Schutztruppe“, um deren Mitglieder sukzessive in ihrer Exekutivmacht einzuschränken, duldete aber dennoch die Durchführung einiger Militärexpeditionen. Darüber hinaus geriet der Gouverneur in der Heimat zunehmend in die Kritik, begeisterte sich die deutsche Öffentlichkeit doch weniger für seine moderate Politik als vielmehr für die radikalen Methoden der populären „Kolonialhelden“ Peters und Wissmann. Von Sodens Weigerung, die gewaltsame Unterwerfung der afrikanischen Völker und Stämme zu unterstützen, führte 1893 schließlich zu seinem Rücktritt. Trotzdem unterhielt er weiterhin wirtschaftliche Beziehungen nach Afrika und gehörte 1897 beispielsweise zu den Mitbegründern und Anteilseignern der „Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft Victoria“, die Großplantagen in Kamerun unterhielt.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Bührer, Tanja: Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegführung 1885 bis 1918, München 2011.

Edwin Henning: Württembergische Forschungsreisende der letzten anderthalb Jahrhunderte. 1953

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Lindner, Ulrike: Koloniale Begegnungen. Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika 1880-1914, Frankfurt 2011.

Ow, Meinrad Freiherr von: *Julius Freiherr von Soden*. In: Uhland, Robert (Hrsg.): Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Band 16, Stuttgart 1986, S. 250-272.

Quellen

Reuß, J.: *Freiherr von Soden, Julius, Gouverneur von Kamerun und Deutsch-Ostafrika, Staatsminister des Auswärtigen, Kabinettschef*. In: Weller, Karl/Ernst, Viktor/Leuze, Otto (Hrsg.): Württembergischer Nekrolog für die Jahre 1920 und 1921. Stuttgart 1928, S. 165-172.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 Bd. 1

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000/ Blatt 421

Bundesarchiv Berlin

BArch R 1001 / 4297

Straßen-/Platzname: Solfstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek 1936 vor, die Straßen dieser Siedlung *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurde auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian die Muster-Siedlung in „Schlageter-Stadt“ benannt und die in ihr liegenden Straßen „Alten Kämpfern“ gewidmet; die „Solf-Straße“ erhielt die Bezeichnung „Hans-Eric-Rickmers-Straße“. Als Ausgleich wurde kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach geschaffen, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Heinrich Solf (1862-1936), deutscher Politiker und Diplomat; Gouverneur von Deutsch-Samoa (1900-1911), Staatssekretär des Reichskolonialamtes (1911-1918), Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Außenminister (1918) und Botschafter in Japan (1920-1928).

Kurzbiographie / Verdienste

Der studierte Indologe und Jurist war nach seiner Aufnahme in den diplomatischen Dienst zunächst am Generalkonsulat in Kalkutta tätig und arbeitete unter anderem als Richter in Daressalam. Als Gouverneur von Deutsch-Samoa förderte Wilhelm Solf die Selbstverwaltung der indigenen Bevölkerung und den Ausbau des Schulsystems. Für seine Verdienste wurde er 1911 mit der Leitung des Reichskolonialamts betraut und strengte umfassende Kolonialreformen an. Im Kabinett Max von Badens fungierte er bei Ende des Ersten Weltkriegs kurzzeitig als Außenminister, bevor er sich ab 1920 als Botschafter in Tokio für den deutsch-japanischen Kulturaustausch einsetzte. Im Dritten Reich bildete sich um das Ehepaar Solf der sogenannte „Solf-Kreis“, eine intellektuelle Widerstandsgruppe.

Kolonialismus / Rassismus / Nationalsozialismus

In der Geschichte des deutschen Kolonialismus gilt Wilhelm Solf aufgrund seiner liberalen und humanistischen Geisteshaltung als „Ausnahmeerscheinung“ (Brand, S. 55); im Gegensatz zu der oftmals brutalen und rücksichtslosen Praxis zahlreicher Amtskollegen zeichnete sich seine Kolonialpolitik durch einen respektvollen und weitestgehend gewaltfreien Umgang mit der indigenen Bevölkerung aus.

Obwohl Solf von der Überlegenheit der Europäer durchaus überzeugt war und dementsprechend an die Notwendigkeit einer kulturellen Missionierung glaubte, lehnte er das vielfach praktizierte Herrenmenschentum strikt ab und verfolgte als Gouverneur von Deutsch-Samoa stattdessen eine identitätserhaltende Entwicklung des Schutzgebietes: *„Kolonisieren ist Missionieren, und zwar Missionieren in dem hohen Sinne der Erziehung zur*

Kultur. Aber nicht zur europäischen Kultur, sondern zu einer Kultur, die in dem Boden und in der Heimat der Eingeborenen Wurzeln fassen kann [...].“ In diesem Zusammenhang förderte Wilhelm Solf nicht nur die regionale Selbstverwaltung und den Ausbau des Schulsystems, sondern vermittelte auch zwischen lokalen Konfliktpartnern und bemühte sich um eine Verständigung mit den ebenfalls auf Samoa agierenden Kolonialmächten. Sein besonderes Augenmerk galt der „ökonomischen Erschließung und Nutzbarmachung des deutschen Kolonialbesitzes“ (Kundrus, S. 18); um dessen wirtschaftliche Ausbeutung zu verhindern, stärkte er die Rechte der einheimischen Landbesitzer und verfolgte eine restriktive Einwanderungspolitik: *„Der Eingeborene darf von den höher entwickelten Rassen nicht nur als Mittel zum Zweck betrachtet werden [...]. Die Arbeit der Weißen [...] muss auch ihm dienen.“* Auch als Staatssekretär des Reichskolonialamtes setzte sich Solf für den Schutz der indigenen Bevölkerung ein und wurde für diese Praxis vor allem aus den völkisch-nationalistischen Kreisen scharf kritisiert, die eine radikale und rücksichtslose Ausbreitung des deutschen Lebensraums forderten.

Ungeachtet seines „liberalen Kolonialismus“ war Wilhelm Solf dennoch von der Notwendigkeit strikter biologischer *„Grenzlinien zwischen beiden Rassen“* überzeugt. Zu diesem Zweck ließ er im Jahr 1912 Mischehen zwischen Einheimischen und Europäern auf Deutsch-Samoa verbieten und strebte diese Regelung auch für andere deutsche Kolonien an. Im Zuge der sogenannten „Mischehendebatte“ verteidigte er sein Vorgehen im Reichstag: *„Sie senden Ihre Söhne in die Kolonien, wünschen Sie, dass sie Ihnen schwarze Schwiegertöchter ins Haus bringt? Wünschen Sie, dass sie Ihnen wollhaarige Enkel in die Wiege legen? [...] Missverständene Humanität rächt sich ebenso wie würdeloses Herabsteigen zur niederen Rasse.“* Der von Solf eingebrachte Gesetzesentwurf sah darüber hinaus die Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Nachkommen vor; sämtliche nach der Einführung des Eheverbots geborenen Kinder sollten demnach keinen Anspruch mehr auf deutsche Bürgerrechte oder Unterhalt erheben können. Letztendlich scheiterte dieses Vorhaben an einer Resolution der Sozialdemokraten und anderen Parteien, die sich für eine Legalisierung der Mischehe und den rechtlichen Schutz der Kinder aussprachen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Verlust der deutschen Kolonien änderte sich Wilhelm Solfs Überzeugungen grundlegend: „er hielt das Zeitalter der klassischen Kolonialpolitik für beendet“ (Kundrus, S. 19) und lehnte den Fanatismus der völkischen Kolonialbefürworter ab. Nach der „Machtergreifung“ Adolf Hitlers unterstützte er verfolgte jüdische Mitbürger und veranstaltete zusammen mit seiner Frau regelmäßige Treffen für Regimegegner („Solf-Kreis“), die auch nach seinem Tod fortgeführt wurden.

Kategorie B

Begründung: latenter Rassismus / latenter Kolonialismus

Literatur

Brand, Oliver: *Wilhelm Solf*. In: Großfeld, Bernhard (Hrsg.): "Rechtsvergleichler - verkannt, vergessen, verdrängt". Münster 2000, S. 55–74.

Kundrus, Birthe: *Das Reichskolonialamt zwischen nationalem Geltungsbewusstsein und Weltbürgertum. Die Staatssekretäre Friedrich von Lindequist und Wilhelm Solf*, In: van der Heyden, Ulrich/Zeller, Joachim (Hrsg.): „... Macht und Anteil an der Weltherrschaft.“ Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 14-21.

Schmidt, Jürgen: *Arbeit und Nicht-Arbeit im "Paradies der Südsee". Samoa um 1890 bis 1914*, In: Arbeit – Bewegung – Geschichte, Nr. 2, 2016, S. 7–26.

Lindner, Ulrike: *Koloniale Begegnungen. Deutschland und Großbritannien als Imperialmächte in Afrika 1880 – 1914*, München 2011.

Kundrus, Birthe: *Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien*, Köln/Wien 2003.

Schwartz, Thomas: *Die Mischehendebatte im Reichstag 1912. Hybridität in den Verhandlungen zwischen deutscher Biopolitik, Anthropologie und Literatur*, In: Dokilomunhak. Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft, 2002, S. 323-350.

Vietsch, Eberhard von: *Wilhelm Solf. Botschafter zwischen den Zeiten*, Tübingen 1961.

Hempnall, Peter J./Mochida, Paula Tanaka: *The Lost Man. Wilhelm Solf in German History*, Wiesbaden 2005.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000/ Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Solf, Wilhelm Heinrich: *Kolonialpolitik. Mein politisches Vermächtnis*, Berlin 1919.

Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte, Band 285, XIII. Legislaturperiode, I. Session, 53. Sitzung, 2. Mai 1912, S. 1648f.

Straßen-/Platzname: Graf-von-Stauffenberg-Straße

Datum der Benennung: 22. 01. 1980

Begründung der Benennung

Der Vorschlag zur Straßenbenennung kam aus der CDU-Ratsfraktion: „*Claus Schenk Graf von Stauffenberg arbeitete einen Putsch- und Attentatsplan gegen Hitler aus. Er legte selbst die Bombe, der Putsch scheiterte, als Hitler das Attentat überlebte.*“

Name, Titel, Beruf, oder Amt

Claus Philipp Maria Schenk Graf von Stauffenberg (1907-1944), Offizier der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Claus Schenk Graf von Stauffenberg begann 1926 seine militärische Karriere im 17. Bayrischen Reiterregiment in Bamberg und besuchte sowohl die Infanterie- als auch die Kavallerieschule, bevor er 1930 zum Leutnant der Reichswehr ernannt wurde. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten erfolgte die Beförderung zum Oberleutnant und Rittmeister. Im Zweiten Weltkrieg nahm Stauffenberg als Generalstabsoffizier unter anderem am Polenfeldzug und an der Westoffensive gegen Frankreich teil; 1940 wurde er in die Organisationsabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht berufen. Zu Beginn der 1940er Jahre schloss sich Stauffenberg dem militärischen Widerstand an und koordinierte als einer der Hauptverantwortlichen die sogenannte „Operation Walküre“. Nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Claus von Stauffenberg noch am selben Tag verhaftet und in den Morgenstunden des 21. Juli hingerichtet.

Nationalsozialismus

Claus Schenk Graf von Stauffenberg ist als die wohl bedeutendste Symbolfigur des deutschen Widerstands in die Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts eingegangen und wird bis heute als „Bewahrer der nationalen Ehre“ (Mommsen, S. 252) geehrt. Während seine Beteiligung am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hinreichend dokumentiert ist, sind seine Motive bis heute Gegenstand zahlreicher Spekulationen und werden sowohl im gesellschaftspolitischen Diskurs als auch in der Forschung wiederholt in Frage gestellt. Dabei resultieren die zum Teil konträren Einschätzungen führender Fachhistoriker nicht zuletzt aus der posthumen ideologischen Instrumentalisierung des Wehrmachtsangehörigen. Nachdem Stauffenberg bis in die 1950er Jahre als Verräter diffamiert worden war, setzte erst allmählich die Einsicht ein, „dass es sich bei dem Attentat [...] um eine politisch und moralisch legitime Widerstandshandlung gegen ein verbrecherisches Regime gehandelt hatte“ (Wette, S. 73).

Nach wie vor streitet sich die historische Forschung um die Beweggründe, die Claus Schenk Graf von Stauffenberg an Adolf Hitler zweifeln ließen und ihn schließlich in den Widerstand führten. Fest steht, dass er als junger patriotischer und nationalkonservativ gesinnter Leutnant die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und ihre Revisionspolitik

begrüßt hatte, sich weder am Führerprinzip noch an der Abschaffung der Demokratie störte und wohl auch die antisemitischen Ausschreitungen tolerierte. Über den Zeitpunkt und die Motivlage der inneren Abkehr existieren dementsprechend unterschiedliche Aussagen und Meinungen. Während einige Historiker bereits ab Mitte der 1930er Jahre eine Distanzierung feststellen wollen, gehen andere von der Unterstützung Stauffenbergs für das NS-Regime bis in den Zweiten Weltkrieg aus.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht die Frage, ob der Offizier sich letztendlich aus ethisch-moralischen oder staatspolitischen Gründen für den aktiven Widerstand entschied. In diesem Zusammenhang muss zwangsläufig sein militärisches Selbstverständnis berücksichtigt werden, sah er sich doch „bei allem ihm eigenen politischen Denken in erster Linie als Soldat“ (Neitzel, S. 223), der auch in einem autoritären Staatsgefüge seine Pflicht zu erfüllen hatte. Dementsprechend diente Stauffenberg trotz seiner wachsenden Zweifel lange Zeit loyal in der Wehrmacht und teilte die Euphorie über die deutschen Siege in Polen und Frankreich. Seine „Entwicklung zum Regimegegner war also ein mehrere Jahre dauernder Prozess, in dem er verschiedene Grauzonen zwischen Zustimmung und Ablehnung durchschritt.“ (Metzger, S. 73) Spätestens mit dem Überfall auf die Sowjetunion, den damit einhergehenden Kriegsverbrechen und Verlusten der Wehrmacht setzte ein widerständiges Denken ein, das ihn schließlich von der Notwendigkeit eines politischen Umsturzes überzeugte. Über das entscheidende Motiv für das Attentat am 20. Juli 1944 herrscht bis heute Uneinigkeit; während einige Historiker davon ausgehen, dass weniger die Verbrechen gegen die Menschlichkeit als vielmehr die Sorgen um den Kriegsverlauf und den Bestand Deutschlands im Vordergrund standen, sehen andere in den Vorbereitungen des Staatsstreichs einen „Aufstand des Gewissens“ (Neitzel, S. 225).

Es gilt als unbestritten, dass Claus Schenk Graf von Stauffenberg in seiner Funktion als Generalstabsoffizier der Wehrmacht das NS-Unrechtssystem über Jahre mitgetragen hat und aus heutiger Sicht sicherlich nicht als überzeugter Demokrat gelten kann. Dennoch „traute er sich, Verantwortung zu übernehmen, obwohl und weil [er] wusste, dass Diktaturen immer schuldig machen.“ (Steinbach, S. 111) Sein entschlossener und selbstloser Einsatz für den Widerstand sollte dementsprechend gewürdigt werden.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Cornelißen, Christoph: *Der 20. Juli 1944 in der deutschen Erinnerungskultur*. In: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.): *Verräter? Vorbilder? Verbrecher? Kontroverse Deutungen zum 20. Juli 1944 seit 1945*, Berlin 2016, S. 15-42.

Hoffmann, Peter: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie*, München 1992.

Karlauf, Thomas: *Stauffenberg. Porträt eines Attentäters*, München 2019.

Metzger, Martina: *Offiziersehre und Widerstand. Das Reiterregiment 17 und die Wurzeln des Staatsstreichs vom 20. Juli 1944*, Bayreuth 2016.

Mommsen, Hans: *Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand*, München 2010.

Neitzel, Sönke: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und der 20. Juli 1944*. In: Stickler, Matthias (Hrsg.): *Portraits zur Geschichte des deutschen Widerstands*. Würzburg 2005, S. 209-226.

Schlie, Ulrich: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Biographie*, Freiburg im Breisgau 2018.

Steinbach, Peter: *Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Wagnis – Tat – Erinnerung*, Stuttgart 2015.

Ueberschär, Gerd R.: *Die Auswirkungen der Schlacht von Stalingrad auf Graf Stauffenbergs Haltung*. In: Kaffanke, Jakobus/Krause, Thomas/Weber, Edwin E. (Hrsg.): *Es lebe das „Geheime Deutschland!“ Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Person – Motivation – Rezeption*, Berlin 2011, S. 123-130.

Wette, Wolfram: *„Wir müssen etwas tun, um das Reich zu retten.“ Stauffenbergs Motive zum Widerstand*, In: Kaffanke, Jakobus/Krause, Thomas/Weber, Edwin E. (Hrsg.): *Es lebe das „Geheime Deutschland!“ Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Person – Motivation – Rezeption*, Berlin 2011, S. 73-91.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-2121.0000 / Blatt 887

Straßen- &/ Platzname: Helmut-Stieff-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Hellmuth Stieff gehörte zu jenen Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben*“.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hellmuth Stieff (1901-1944), Generalmajor der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach dem Notabitur trat Hellmuth Stieff 1918 als Freiwilliger in das deutsche Heer ein und leistete nach dem Ersten Weltkrieg zunächst seinen Dienst beim Grenzschutz, bevor er 1922 zum Leutnant ernannt wurde und anschließend eine Offizierslaufbahn begann. 1938 wurde er in die Operationsabteilung der Wehrmacht versetzt und nahm im Zweiten Weltkrieg sowohl am Polenfeldzug als auch am Überfall auf die Sowjetunion teil. Nachdem Stieff 1942 die Leitung der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres übernommen hatte, schloss er sich der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an. Infolge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 wurde er vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nationalsozialismus

Obwohl Hellmuth Stieff „zum engsten Kreis des militärischen Widerstandes gegen Hitler“ gehörte (Mühleisen 1991, S. 339) und seine Beteiligung am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 hinreichend belegt ist, hat sich die historische Forschung bisher nur fragmentarisch mit seiner Person befasst. Aufgrund seines unentschlossenen und zögerlichen Verhaltens im Vorfeld des Attentats galt der Wehrmachtsangehörige in der Vergangenheit als umstritten; seine Entwicklung zum Regimekritiker und Widerständler ist allerdings in privaten Briefen dokumentiert.

Zu Beginn des Dritten Reiches hatte Hellmuth Stieff in Adolf Hitler den „*Begründer einer neuen unzweifelhaft epochalen Weltanschauung*“ gesehen und der nationalsozialistischen Bewegung große Sympathien entgegengebracht. Damit reihte er sich in die Riege der jungen Militärangehörigen ein, deren Idealismus vom „Führer“ geschickt ausgenutzt wurde; „die inszenierte Beschwörung der Einheit von Nationalsozialismus und Preußentum mußte [sic] auf Stieff wie auf das Offizierskorps nachhaltig wirken.“ (Mühleisen 1994, S. 249) Auch den von Hitler propagierten Antibolschewismus unterstützte er.

Obwohl die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß im Juli 1934 erste Zweifel auslöste, hielt der Major zunächst am NS-System fest. Die Konfrontation mit den Pogromen in Deutschland und Polen sowie die Auswirkungen des Polenfeldzugs erschütterten Hellmuth Stieffs Weltbild und lösten schließlich seine innere Abkehr vom Regime aus: „*Diese Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von*

einem Untermenschentum möglich, das den Namen Deutsch nicht mehr verdient. Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.“ Während des Überfalls auf die Sowjetunion, den der Generalstabsoffizier entschieden abgelehnt hatte, erkannte er in der Kriegsführung Hitlers einen „*despotischen Vernichtungswillen*“ und entschied sich nach der deutschen Niederlage in Stalingrad für den aktiven Widerstand. Auf Vermittlung Henning von Tresckows stieß Hellmuth Stieff 1943 zur Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg.

Ungeachtet seines direkten Zugangs zu Adolf Hitler konnte sich der Leiter der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres allerdings nicht zur eigenständigen Durchführung eines Attentats entschließen, sodass er die für den 10. November 1943 und den 7. Juli 1944 geplanten Sprengstoffanschläge nicht in die Tat umsetzte. „War [Stieff] gefordert, so zögerte und schwankte er.“ (Mühleisen 1994, S. 254) Dennoch begleitete er Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 nach Ostpreußen, warnte nach dem Scheitern des Staatsstreichs weitere Mitverschwörer und gab deren Namen auch nach seiner Verhaftung trotz Folter durch die Gestapo nicht preis. Darüber hinaus verfasste der Generalmajor im Militärgefängnis eine kritische Denkschrift an Adolf Hitler, deren Verbleib allerdings bis heute unklar ist. Nach seiner Verurteilung durch den Volksgerichtshof wurde Hellmuth Stieff am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Schwerin, Detlef Graf von: Die Jungen des 20. Juli 1944. Berlin 1991.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Ramm, Arnim: Kritische Analyse der Kaltenbrunner-Berichte über die Attentäter vom 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstandes, Marburg 2003.

Ramm, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin 2007.

Mühleisen, Horst: *Hellmuth Stieff und der Deutsche Widerstand*. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Jg. 39, Nr. 3, 1991, S. 339-377.

Mühleisen, Horst: *Hellmuth Stieff – Patriot und Zauderer*. In: Klemperer, Klemens von/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hrsg.): „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt am Main 1994, S. 247-260.

Reuther, Thomas: Widerstand und Wehrmacht. Freiburg im Breisgau/Berlin/Wien 2013.

Quellen

Ausgewählte Briefe von Generalmajor Hellmuth Stieff. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 2. Jg., Nr. 3, 1954, S. 291-312.

Stieff, Hellmuth/Mühleisen, Horst (Hrsg.): Hellmuth Stieff. Briefe, Berlin 1991.

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Richard-Strauss-Platz

Datum der Benennung: 13. 09. 1954

Begründung der Benennung

„Seine bekannteste Oper ist der „Rosenkavalier“.

Name, Beruf, Amt oder Funktion

Richard Georg Strauss (1864-1949), deutscher Komponist und Dirigent; Präsident der Reichsmusikkammer (1933-1935).

Kurzbiographie/Verdienste

Der Sohn eines Münchener Hornisten komponierte bereits im Kindesalter seine ersten Werke und übernahm nach Anstellungen als Hofkapellmeister und Generalmusikdirektor 1919 die Leitung der Wiener Staatsoper. Später erlangte Richard Strauss als freischaffender Komponist und Dirigent internationale Bekanntheit. Seine Orchesterwerke, Opern und Tondichtungen (z.B. „Also sprach Zarathustra“, „Alpensinfonie“, „Salome“) zählen heute zu den populärsten Kompositionen der klassischen Musik. Darüber hinaus setzte er sich bereits um die Jahrhundertwende für das deutsche Urheberrecht ein und unterstützte 1920 die Gründung der Salzburger Festspiele.

Nationalsozialismus

Bis heute wird die Haltung des Komponisten im Dritten Reich kontrovers diskutiert; der überwiegende Teil der bisher veröffentlichten historischen Untersuchungen betrachtet Richard Strauss ausdrücklich nicht als überzeugten Nationalsozialisten, betont allerdings dessen opportunistische Nähe zum NS-Regime.

Als Anhänger der Kulturpolitik des Kaiserreichs, die der künstlerischen Freiheit einen großen Spielraum eingeräumt hatte, empfand Strauss die parlamentarischen Einflüsse der Weimarer Republik als anmaßend und übergriffig; die Demokratie als Form der politischen Herrschaft lehnte er ab. Dementsprechend begrüßte er die Machtergreifung des Wagnerianers Adolf Hitler und hoffte auf eine umfassende Neuausrichtung des Kulturbetriebs, in dem er selbst als einer der höchsten Repräsentanten der deutschen Musik im wahrsten Sinne des Wortes „den Ton angeben“ konnte. Seine Aktivitäten der Jahre 1933 und 1934 müssen in diesem Zusammenhang als Anbiederung an die neuen Machthaber gewertet werden. So beglückwünschte der Komponist Hitler persönlich zum Geburtstag, schloss sich dem Protest der Stadt München gegen Thomas Mann an, dem man eine Herabwürdigung Richard Wagners unterstellte, und unterstützte die Vereinigung des Reichskanzler- und Reichspräsidentenamtes. Darüber hinaus war er bei öffentlichen Anlässen und Veranstaltungen der Regierung zugegen.

Nach der Ernennung zum Präsidenten der Reichsmusikkammer im November 1933 nutzte Richard Strauss seinen Einfluss, um den von ihm favorisierten Komponisten und sich selbst einen festen Platz in den Programmheften des Dritten Reiches zu sichern. Im Sinne des „Reichskulturkammergesetzes“ ließ er in einer amtlichen Mitteilung verkünden, dass

„Nichtarier grundsätzlich nicht als geeignete Träger und Verwalter deutschen Kulturguts anzusehen“ seien und „deshalb die erforderliche Zuverlässigkeit und Eignung [...] besonders nachzuweisen“ hätten. Dennoch kollidierte seine Vorstellung einer musikalischen Vormachtstellung Deutschlands alsbald mit der antisemitischen Politik des NS-Regimes; den Ausschluss jüdischer Künstler aus der Reichskulturkammer missbilligte er und hielt an einer Zusammenarbeit mit ihnen fest. In einem Brief an seinen Librettisten Stefan Zweig aus dem Sommer 1935 offenbarte Strauss seine Ablehnung: „Für mich gibt es nur zwei Kategorien Menschen; solche die Talent haben und solche die keins haben. [...].Daß [sic] ich den Präsidenten der Reichsmusikkammer mime? Um Gutes zu tun und größeres Unglück zu verhüten.“

Das Schreiben wurde von der Gestapo abgefangen und führte zur Entlassung des Komponisten, der sich aus Sorge um sein Lebenswerk und seine jüdische Schwiegertochter nebst Enkeln um Schadensbegrenzung bemühte. Angesichts dessen internationalen Renommees und der künstlerischen Relevanz seiner Werke verzichtete die NS-Führung auf weitere Konsequenzen, erwartete von Richard Strauss jedoch einen gewissen Einsatz im kulturellen Propagandasystem. In den Jahren bis 1944 bewies dieser seine Loyalität, indem er als Komponist und Dirigent auf Großveranstaltungen in Erscheinung trat. So eröffnete er beispielsweise eine Kundgebung von Joseph Goebbels auf den Düsseldorfer Reichsmusiktagen 1938 und war auch ein Jahr später als Gast geladen, beschwerte sich im Privaten jedoch über diese „Pinscherveranstaltung“ und das „Concertgestammel“. Im Gegenzug für sein Engagement erhielt Strauss diverse Auszeichnungen und profitierte von dieser Wertschätzung auch finanziell. Darüber hinaus nahmen die Nationalsozialisten den Komponisten kurz vor Kriegsende in die „Sonderliste der drei wichtigsten Musiker des Dritten Reiches“ auf.

Aufgrund seiner Präsidentschaft in der „Reichsmusikkammer“ wurde Richard Strauss nach dem Entnazifizierungsgesetz automatisch als „Hauptschuldiger“ eingestuft. Seine eidesstattliche Erklärung, in der er jegliche Sympathie für das NS-Regime zurückwies, wurde durch entlastende Stellungnahmen aus dem In- und Ausland gestützt; das Spruchkammerverfahren endete schließlich mit dem „unbelasteten“ Freispruch.

Kategorie: B

Begründung: herausragende Stellung im Dritten Reich

Literatur

Beyer, Marion/May, Jürgen/Werbeck, Walter (Hrsg.): Richard Strauss. Späte Aufzeichnungen, Mainz 2016.

Ender, Daniel: Richard Strauss. Meister der Inszenierung, Wien 2014.

Kater, Michael H.: Composers of the Nazi Era. Eight Portraits, New York 2000.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2007.

Riethmüller, Albrecht: *Präsident der Reichsmusikkammer*, in: Walter Werbeck (Hrsg.), Richard Strauss Handbuch, Stuttgart 2014, S. 48-53.

Splitt, Gerhard: *Richard Strauss und die Reichsmusikkammer – im Zeichen der Begrenzung von Kunst?*, in: Albrecht Riethmüller/Michael Custodis (Hrsg.), Die Reichsmusikkammer. Kunst im Bann der Nazi-Diktatur, Köln u.a. 2015, S. 15-31.

Splitt, Gerhard: *Die „Säuberung“ der Reichsmusikkammer. Vorgeschichte – Planung – Durchführung*, In: Weber, Horst (Hrsg.): Musik in der Emigration 1933-1945. Verfolgung, Vertreibung, Rückwirkung, Stuttgart 1994, S. 10-55.

Splitt, Gerhard: Richard Strauss 1933-1935. Ästhetik und Musikpolitik zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft, Pfaffenweiler 1987.

Stenger, Inga: *Reichsmusiktage für die <Volksgemeinschaft> - Die NS-Musikpolitik am Beispiel der Reichsmusiktage 1938 und 1939 in Düsseldorf*, in: Düsseldorfer Jahrbuch. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins, Band 87, Essen 2017, S. 211-239.

Werbeck, Walter: *Strauss-Bilder*, in: Walter Werbeck (Hrsg.), Richard Strauss Handbuch, Stuttgart 2014, S. 2-15.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1939-0000/ Blatt 163

Straßen-/Platzname: Wilhelm-Suter-Pfad

Datum der Benennung

Die Benennung erfolgte 1958 im Zuge der Aufstellung verschiedener Wegemarkierungssteine im Aaper Wald. Diese besaß zunächst aber keine Gültigkeit, da ein ordentliches Benennungsverfahren versäumt worden war. Erst 1965 wurden die Ämter angewiesen, „die Bezeichnung gemäß Dienststellenleiterbesprechung in das Straßenverzeichnis einzutragen“.

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm Suter (1876-1954), Oberschullehrer und Wanderschriftsteller.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner Ausbildung am Lehrerseminar in Moers und dem Militärdienst trat Wilhelm Suter 1896 in den öffentlichen Schuldienst ein und arbeitete zunächst als Volks- und Vorschullehrer in Haan und Düsseldorf. Nach seinem Einsatz im Ersten Weltkrieg erhielt der Pädagoge 1924 eine Anstellung an der Hindenburgschule; zwei Jahre später erfolgte die Beförderung zum Oberschullehrer. In seiner Freizeit erkundete Suter die Umgebung Düsseldorfs und wurde durch seine Heimat- und Wanderbücher als „Wanderbaas“ bekannt. Im Dritten Reich engagierte er sich in NS-Freizeitorganisationen.

Nationalsozialismus

Der als „Düsseldorfer Wanderbas“ bekanntgewordene Pädagoge Wilhelm Suter widmete sich nach dem Ende des Ersten Weltkriegs der Erschließung seiner Heimat und brachte in den 1920er und 30er Jahren mehrere Wanderbücher mit Reisezielen in und um Düsseldorf heraus. Darüber hinaus veranstaltete er eigene Wanderführungen und engagierte sich in zahlreichen Heimat- und Wandervereinen. Im Dritten Reich wurde der Oberschullehrer aufgrund seiner Erfahrung als Fachberater in Kultur- und Freizeitorganisationen eingesetzt.

Nachdem Wilhelm Suter anlässlich der Reichstagswahl 1933 der NSDAP seine Stimme gegeben hatte, trat er im April desselben Jahres in die Partei ein. Dass der Pädagoge durchaus Sympathien für die nationalsozialistische Bewegung hegte, beweist ein Schreiben an den damaligen Düsseldorfer Oberbürgermeister aus dem Jahr 1934, in dem er sich für entsprechende Ortsbezeichnungen ausspricht. So sollte ein von der örtlichen „Hitler-Jugend“ gepflanzter Baum in den Namen „Baldur-Eiche“ erhalten, um den gleichnamigen germanischen Lichtgott zu ehren: *„Ein schöneres Symbol für Adolf Hitlers Reich und die kommende totale Jugend kann ich mir nicht denken.“* Darüber hinaus schlug Suter vor, einen Aussichtspunkt in Gerresheim nach dem NSDAP-Ortsleiter Alwin Pesch zu benennen: *„Der Verdienst dieses Mannes um die Eroberung des schlimmsten Kommunisten-Nestes im deutschen Vaterlande, die Gerresheimer Glashütte, sind so groß und beinahe unfaßbar [sic], daß [sic] ihm eine solche Ehrung wohl zukommt.“*

In der Folgezeit wurde Wilhelm Suter im Kreis Düsseldorf mit der Organisation von Wanderausflügen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF) betraut, die „die Arbeiterschaft durch gesellschaftliche Aufwertung und ihre Beteiligung an den bislang dem Bürgertum vorbehaltenen Urlaubsmöglichkeiten für den Nationalsozialismus einnehmen“ sollte. (Weiß, S. 294) Für seine Verdienste erhielt der Oberschullehrer 1934 den Rang eines „Gauwanderwarts“ und wurde auf Initiative des zuständigen Gauwarts für mehrere Monate vom Schuldienst beurlaubt, um durch Schulungen und Vorträge „in allen Betrieben und Zellen [des Gaus Düsseldorf] Wanderführer und Wandergruppen heranzubilden.“ In diesem Zusammenhang betätigte sich Suter auch als Fachberater des Gaukulturamts sowie im „Kampfbund für deutsche Kultur“, der die Verbreitung der NS-Weltanschauung in bildungsbürgerlichen Kreisen anstrebte.

Obwohl Wilhelm Suter bereits 1935 in den Ruhestand getreten war, wurde er während des Zweiten Weltkriegs nochmals als Lehrer eingesetzt; 1941 erhielt er von Adolf Hitler das goldene „Treudienst-Ehrenzeichen“ für seine über 40jährige Arbeit im öffentlichen Dienst. Ferner kümmerte er sich seit 1939 um die Bearbeitung der Feldpost in der Ortsgruppe Flingern, wofür er 1943 mit dem Kriegsverdienstkreuz II: Klasse ausgezeichnet wurde. In seinen Wanderbüchern passte sich der Pädagoge in Form und Sprache dem NS-Regime an; so bewarb er beispielsweise das Düsseldorfer „Schlageter-Denkmal“, das an den NS-Märtyrer Albert Leo Schlageter erinnerte.

Nach 1945 versicherte Wilhelm Suter, der NSDAP aus Zwang beigetreten zu sein, seine ehrenamtlichen Tätigkeiten „*niemals zu politischen Zwecken mißbraucht [sic]*“ und „*der Juden-Politik der Partei bewußt [sic] entgegen gearbeitet*“ zu haben; so seien der Ausschluss eines jüdischen Mitglieds aus der literarischen Raabe-Gesellschaft und die Verwüstung der Wohnung einer jüdischen Nachbarin durch ihn verhindert worden. Obwohl der Oberschullehrer in seinem Entnazifizierungsverfahren die Arbeit für die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ einräumte, gab er die genaue Bezeichnung seiner Ämter nicht an. Die zuständige Spruchkammer wertete ihn lediglich als nominelles Parteimitglied und stufte ihn als „minderbelastet“ (Kategorie IV) ein. Mit Rücksicht auf Suters „*politische Vergangenheit*“ wurde seitens der städtischen Schulverwaltung 1946 „*davon Abstand genommen*“, ihm anlässlich seines Geburtstags Glückwünsche zukommen zu lassen.

Kategorie: B

Bewertung: Unterstützung des NS-Regimes

Literatur

Flachowsky, Sören: *Kampfbund für deutsche Kultur*. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart, Band 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin 2012, S. 350-352.

Weiß, Hermann: *Ideologie der Freizeit im Dritten Reich. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“*, In: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 33, 1993, S. 289-303.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 5

0-1-5-25750.0000

0-1-4-18026

IV 15919 (3)

Landesarchiv NRW – Abteilung Rheinland

NW 1002-PENS / 105

BR 1050 / 1150

Wilhelm Suter. In: Düsseldorfener Heimatblätter. X. Jg., 1941, Heft 5.

Suter, Wilhelm: *Spaziergänge und Ausflüge im Bereich der Rheinbahn*. Düsseldorf 1934.

Suter, Wilhelm: *Düsseldorfener Heimatwanderungen*. Düsseldorf 1938.

Suter, Wilhelm: *Die schönsten Wanderungen im Regierungsbezirk Düsseldorf*. Ein Ratgeber für Wanderer, Düsseldorf 1937.

Straßen-/Platzname: Ulanenstraße / An der Ulanenkaserne

Datum der Benennung: 02.05.1929 / 27.12.2008

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

Das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 wurde 1815 gegründet und war ab 1822 in der damaligen Garnisonsstadt Düsseldorf stationiert. Seine Lanzenreiter kämpften sowohl in den Befreiungs- als auch in den deutschen Einigungskriegen und nahmen darüber hinaus am Ersten Weltkrieg teil, nach dessen Ende das Kavallerieregiment aufgelöst wurde. Bis heute erinnert das 1929 eingeweihte Ulanen-Denkmal am Joseph-Beuys-Ufer an die gefallenen Regimentsangehörigen.

Militarismus

Das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 ist eng mit der Geschichte der Düsseldorfer Garnison verbunden und gehörte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu den wichtigsten regionalen Militäreinheiten. Angesichts der Bedrohung Preußens durch die französische Vorherrschaft in Mitteleuropa wurde es 1815 auf Befehl König Friedrich Wilhelms III. aufgestellt und im letzten Akt der Befreiungskriege erfolgreich gegen die Truppen Napoleons eingesetzt. Nach dem Ende des Feldzugs war das Kavallerieregiment zunächst in Schlesien und im Saarland stationiert, bevor es 1822 nach Düsseldorf verlegt wurde.

In den Revolutionsjahren 1848 und 1849 kam es auch in den Städten der Rheinprovinz zu Unruhen, sodass Teile des Regiments zur Wahrung der öffentlichen Ordnung abgestellt wurden. Auf dem Höhepunkt der Düsseldorfer Unruhen wurden diese in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 1849 gewaltsam niedergeschlagen: *„Der Erfolg war vollkommen auf Seiten der Truppen. Die Barrikadenhelden räumten ihre Stellungen, und die Ruhe war gegen Morgen wieder hergestellt.“* Ungeachtet dieser Zusammenstöße genoss das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 in späteren Jahren dennoch großes öffentliches Ansehen, bot dessen zentral gelegene Kaserne doch einen idealen Schauplatz für Exerzier- und Reitübungen. *„Die Ulanen (Lanzenreiter) in ihren attraktiven Uniformen bildeten mit Sicherheit eine der Truppen, mit der sich die Düsseldorfer Bürger identifizieren konnten.“* (Looz-Corswarem, S. 56)

Im Krieg gegen Österreich rückte das Regiment 1866 nach der Einnahme Dresdens als Teil der Elbarmee in Böhmen ein und kämpfte in den Schlachten von Münchengrätz und Königgrätz; auch im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wurde die Einheit in verschiedenen Gefechten eingesetzt. Darüber hinaus begleiteten einige Offiziere und Mannschaften zu Beginn des 20. Jahrhunderts Strafexpeditionen in asiatische und afrikanische Kolonialgebiete und beteiligten sich beispielsweise an der Niederschlagung des sogenannten „Boxeraufstands“ in China; solche Einsätze glichen einem internationalen militärischen „Schaulaufen“. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, in dem das Westfälische Ulanen-Regiment - inzwischen mit modernen Waffen ausgestattet - an Kämpfen an Ost- und

Westfront teilgenommen hatte, wurde es im Jahr 1919 schließlich demobilisiert und aufgelöst. Auf Initiative ehemaliger Regimentsmitglieder befasste sich die Stadtverwaltung in den späten 1920er Jahren mit der Gestaltung eines Denkmals, die durchaus kontrovers diskutiert wurde. Nachdem die bereits zugesagte Realisierung im Hofgarten verweigert worden war, erfolgte die Errichtung der über 15 Meter hohen Reiterstatue gegenüber der Tonhalle am Rheinufer; die kontroverse Inschrift („*Wenn tausend einen Mann erschlagen, Das ist nicht Ruhm, das ist nicht Ehr', Denn heißen wird's in spätern Tagen, Gesiegt hat doch das deutsche Heer.*“) wurde 1987 durch eine neutrale Fassung ersetzt.

Kategorie: C

Begründung: Teil der militärischen Stadtgeschichte

Literatur

Looz-Corswarem, Clemens von: *Das Ulanendenkmal*. In: Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 213-218.

Looz-Corswarem, Clemens von: *Düsseldorf als Garnisonsstadt*. In: Engelbrecht, Jörg/Looz-Corswarem, Clemens von: *Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit*, Düsseldorf 2004, S. 35-88.

Brandt, Susanne: *Trauer und fortgesetzter Krieg. Totengedenken zwischen Trauer und Kriegsverherrlichung in Düsseldorf nach dem Ersten Weltkrieg*, In: Dülffer, Jost/Krumeich, Gerd (Hrsg.): *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002, S. 243-260.

Kuß, Susanne: *Deutsches Militär auf kolonialen Kriegsschauplätzen. Eskalation von Gewalt zu Beginn des 20. Jahrhunderts*, Berlin 2010.

Libero, Loretana de: *Rache und Triumph. Krieg, Gefühle und Gedenken in der Moderne*. München 2014.

Quellen

Burgsdorff, Alhard von. von: *Das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5 und seine Kriegsformationen im Weltkriege*. Berlin 1930.

Boehn, Hans von: *Geschichte des Westfälischen Ulanen-Regiments Nr. 5*. Düsseldorf 1890.

Gedenkschrift zur Einweihung des Ehrenmals der Gefallenen des Westfälischen Ulanen-Regiments No. 5 in Düsseldorf am 25. und 26. Mai 1929. Düsseldorf 1929.

Straßen-/Platzname: Virchowstraße

Datum der Benennung: 28. 11. 1953

Begründung der Benennung

„Rudolf Virchow war einer der größten deutschen Ärzte und Forscher überhaupt.“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Rudolf Ludwig Carl Virchow (1821-1902), deutscher Pathologe, Anthropologe und Politiker.

Kurzbiographie / Verdienste

Der aus einfachen Verhältnissen stammende Mediziner arbeitete zunächst als Pathologe in Berlin, bevor er aufgrund seiner Beteiligung an der „Märzrevolution“ im Jahr 1848 seines Amtes enthoben wurde und den Lehrstuhl für Pathologie an der Universität Würzburg übernahm. Nach seiner Rückkehr im Jahr 1856 leitete Virchow über vier Jahrzehnte das Pathologische Institut an der Charité und begründete mit seinen Forschungen auf dem Gebiet der Zellulärpathologie eine neue Krankheitslehre. Darüber hinaus befasste er sich mit anthropologischen und ethnologischen Fragen. Als liberaler Politiker und Gründungsmitglied der Deutschen Fortschrittspartei setzte sich Virchow nicht nur für eine soziale Gesundheitspolitik und städtische Reformen ein, sondern engagierte sich auch in der als „Kulturkampf“ bekanntgewordenen Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche.

Rassismus / Antisemitismus

Rudolf Virchow zählt zu den großen Universalgelehrten der deutschen Geschichte; der Begründer der Zellulärpathologie erweiterte nicht nur das medizinische Wissen, sondern setzte sich als liberaler Politiker auch für Sozialreformen und den wissenschaftlichen Fortschritt ein. Sein Interesse an anthropologischen und ethnologischen Fragestellungen und die daraus resultierenden Untersuchungen „wirken aus heutiger Perspektive zum Teil als grotesker Irrtum, sind aber aus einer historisch-hermeneutischen Perspektive gerade für die Entwicklung anthropologischer Methoden und Theorien ihrer Zeit wichtig und produktiv.“ (Schönholz, S. 20)

Mit der Veröffentlichung von Charles Darwins Theorien zur Entstehung der Arten rückte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Abstammung des Menschen in den Mittelpunkt der Forschung; die sogenannte „Rassenkunde“ etablierte die Vorstellung von biologisch determinierten „Menschenrassen“. In diesem Zusammenhang befasste sich Rudolf Virchow wie viele seiner Kollegen vor allem mit der Vermessung und Katalogisierung menschlicher Schädelknochen, deren Form Aufschluss über Herkunft, äußere Einflüsse und rassistische Merkmale geben sollte. Als Vorsitzender der „Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte“ (BGAEU) förderte der Mediziner nicht nur Forschungsreisen und Museumsgründungen, sondern ließ auch eine umfassende physisch-anthropologische Sammlung zusammentragen (z.B. Schädel und Skelette), deren Provenienz nach wie vor aufgearbeitet wird. Darüber hinaus beteiligte sich Virchow an sogenannten

„Völkerschauen“, auf denen außereuropäische Menschen- und Volksgruppen einem breiten Publikum vorgeführt wurden, und nutzte diese als Forschungspraxis.

Obwohl Rudolf Virchow die von der Wissenschaft des späten 19. Jahrhunderts postulierten rassistischen Ordnungskriterien durchaus als Arbeitshypothese einsetzte und Völker auf der Basis dieser Konzepte untersuchte, warnte er vor der zunehmenden gesellschaftspolitischen Vereinnahmung des Rassendiskurses und seiner sozialdarwinistischen Auslegung; das von ihm vertretene „Paradigma einer liberalen Anthropologie widersprach somit Auffassungen eines Kampfes zwischen höheren und niederen Rassen, in dessen Gefolge die letzteren verdrängt würden.“ (Goschler, S. 334) In diesem Zusammenhang engagierte sich Virchow auch gegen die antisemitische Bewegung und kritisierte wiederholt die judenfeindliche Programmatik des Theologen Adolf Stoecker, der als Begründer der Christlich-Sozialen Partei (CSP) den Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben forderte.

Um die Verbreitung der „Menschenrassen“ in deutschen Nationalstaat erfassen zu können, ließ die „Deutsche Anthropologische Gesellschaft“ in den 1870er Jahren unter der Leitung von Rudolf Virchow die Haut-, Haar- und Augenfarbe von über sechs Millionen Schulkindern erfassen. Die über 70.000 Schüler jüdischer Herkunft wurden gesondert registriert, da die Theorie einer vermeintlich „germanischen“ und einer „jüdischen Rasse“ als Ausgangspunkt der Studie diene. Darüber hinaus unterschied man zwischen Merkmalen eines „blonden“ und eines „brünetten Typus“. Nach der Auswertung dieser Datensammlung stellte Virchow schließlich fest, dass der Großteil der Schüler keinem eindeutigen Erscheinungsbild entsprach und entkräftete auf diese Weise den in völkischen Kreisen vorherrschenden „reinrassigen“ Germanenmythos.

In der historischen Forschung wird der langfristige Einfluss dieser Studie auf die Geschichte des Antisemitismus kontrovers diskutiert. Ungeachtet der Tatsache, dass sich Virchow „von der Erhebung ein wissenschaftliches Argument gegen den aufkommenden Rassismus erhoffte“ (Hess, S. 328), griffen Vertreter der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ auf die Untersuchungspraktiken des Mediziners zurück, „während sie gleichzeitig seine Schlussfolgerungen verwarfen“. (Goschler, S. 344) Aufgrund seines Engagements für die jüdische Bevölkerung verkörperte Rudolf Virchow im Dritten Reich „das ideale Feindbild für den Retter des deutschen Volkes“ (Schönholz, S. 278f.) und wurde von der NS-Propaganda wiederholt diffamiert.

Kategorie: C

Begründung: historisch minderbelastet

Literatur

Andree, Christian: *Virchow, Rudolf*. In: Gerabek, Werner E./Haage, Bernhard D./Keil, Gundolf/Wegner, Wolfgang (Hrsg.): *Enzyklopädie Medizingeschichte*. Berlin/ New York 2005, S. 1445–1447.

Goschler, Constantin: *Rudolf Virchow. Mediziner – Anthropologe – Politiker*, Köln/Weimar/Wien 2002.

Kümmel, Werner: *Rudolf Virchow und der Antisemitismus*. In: *Medizinhistorisches Journal*. Band 3, 1969, S. 165-179.

Lewerentz, Annette: *Rudolf Virchow als Anthropologe und seine Bedeutung für die Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte*. In: Saherwala, Geraldine (Hrsg.): *Zwischen Charité und Reichstag. Rudolf Virchow – Mediziner, Sammler, Politiker*. Begleitbuch zur Ausstellung „Virchows Zellen“ – Zeugnisse eines engagierten Gelehrtenlebens in Berlin“, Berlin 2002, S. 123-136.

Schipperges, Heinrich: *Rudolf Virchow*. Hamburg 1994.

Schönholz, Christian: *Rudolf Virchow und die Wissenschaften vom Menschen. Wissensgenerierung und Anthropologie im 19. Jahrhundert*, Würzburg 2013.

Zimmerman, Andrew: *Anti-Semitism as Skill. Rudolf Virchow's „Schulstatistik“ and the Racial Composition of Germany*, In: *Central European History*, Vol. 32, No. 4, 1999, S. 409-429.

Hess, Volker: *Vermessen*. In: Hennig, Jochen (Hrsg.): *Weltwissen. 300 Jahre Wissenschaften in Berlin*, München 2010, S. 324-328.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 52054 / Band 7

0-1-7-1939.0000

0-1-4-15919 (6)

Straßen-/Platzname: Wagnerstraße

Datum der Benennung: 29.05.1888

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Beruf, Amt oder Funktion:

Wilhelm Richard Wagner (1813-1883), deutscher Komponist und Dramatiker.

Kurzbiographie/Verdienste:

Richard Wagner zählt zu den bedeutendsten und einflussreichsten Opernkomponisten des 19. Jahrhunderts und gilt insbesondere auf dem Gebiet des Musikdramas als Revolutionär; Werke wie „Tristan und Isolde“ oder „Der fliegende Holländer“ werden als Höhepunkte der musikalischen Romantik betrachtet. Mit dem Opernzyklus „Der Ring des Nibelungen“, dessen Schaffensperiode mehrere Jahrzehnte umfasste, verwirklichte Wagner seine Vorstellung vom Gesamtkunstwerk als eine Einheit aus Musik, Dichtung und Tanz. Die Uraufführung fand 1876 in Bayreuth statt und begründete die gleichnamigen Festspiele.

Antisemitismus / Rassismus:

Während Richard Wagners Kompositionen einen festen Bestandteil deutscher Alltagskultur repräsentieren, sind Diskussionen um seine Person lange Zeit vermieden oder tendenziös geführt worden; nach wie vor bewegt sich der „Mythos Wagner“ auf dem schmalen Grat zwischen kultischer Verehrung und gnadenloser Verachtung.

Die antisemitische Einstellung des Komponisten ist allerdings zweifelsfrei belegt und nicht nur in Briefen und Tagebüchern hinreichend dokumentiert. Als entschiedener Gegner der jüdischen Emanzipation veröffentlichte er erstmals 1850 seine berüchtigte Kampfschrift „Das Judentum in der Musik“, in der er den Juden die künstlerische Unfähigkeit bescheinigte und eine „*instinktmäßige Abneigung*“ ihnen gegenüber rechtfertigte. Neben der Kritik an der vermeintlichen „*Verjüdung der modernen Kunst*“ bediente sich Richard Wagner vor allem antisemitischen Stereotypen und gebrauchte rassistische Argumente, die sich im darauffolgenden Jahrhundert auch die Nationalsozialisten aneigneten: „*Der Jude [...] fällt uns im gemeinen Leben zunächst durch seine äußere Erscheinung auf, die [...] etwas [...] unangenehm Fremdartiges hat: wir wünschen unwillkürlich, mit einem so aussehenden Menschen Nichts [sic] gemein zu haben.*“

Die Frage nach der ideologischen Wirkung Richard Wagners im 20. Jahrhundert ist Gegenstand zahlreicher Untersuchungen und nicht abschließend zu beantworten. Während die einen jegliche Mitschuld am Nationalsozialismus kategorisch abstreiten, erklären andere den Komponisten zum geistigen Vordenker und Wegbereiter. Fest steht, dass Richard Wagner von Adolf Hitler außerordentlich verehrt wurde und zum „Hauskomponisten des Dritten Reiches“ avancierte. Dabei griff das NS-Regime vor allem die Inhalte der Wagner-Opern auf, um eine politisch-kulturelle Verbindung zu demonstrieren: Führerkult, Deutschtum und Blutideologie.

Obwohl keine Belege dafür existieren, dass sich Adolf Hitler näher mit Richard Wagners antisemitischen Schriften beschäftigt hat, ist eine Anlehnung an dessen judenfeindliche Geisteshaltung nur schwer von der Hand zu weisen. Allerdings muss in diesem Zusammenhang auf die Problematik einer historischen Gleichsetzung hingewiesen werden: Zwischen dem Ableben Richard Wagners und der Machtergreifung der Nationalsozialisten erstreckte sich ein halbes Jahrhundert, dementsprechend ist die Annahme eines Wagnerischen Bewusstseins oder gar einer Unterstützung für den Holocaust wissenschaftlich nicht haltbar. Darüber hinaus darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Familie Wagner ab den 1920er Jahren die Stilisierung ihres Oberhauptes zum ideologischen Pionier des Nationalsozialismus begrüßte und sogar ganz bewusst vorantrieb, um das Festspielhaus Bayreuth als kulturelle Machtzentrale zu etablieren.

Kategorie: B

Begründung: ausgeprägter Antisemitismus

Literatur:

Bernbach, Udo: Richard Wagner in Deutschland. Rezeption – Verfälschungen, Stuttgart 2011.

Drüner, Ulrich: Richard Wagner. Die Inszenierung eines Lebens, München 2016.

Fest, Joachim: *Richard Wagner – Das Werk neben dem Werk. Zur ausstehenden Wirkungsgeschichte eines Großideologen*, in: Richard Wagner im Dritten Reich, hrsg. von Saul Friedländer und Jörn Rüsen, München 2000, S. 24-39.

Fischer, Jens Malte: Richard Wagners „Das Judentum in der Musik“. Eine kritische Dokumentation als Beitrag zu Geschichte des Antisemitismus, Würzburg 2015.

Hamann, Brigitte: Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München 2002.

Hertel, Ludwig: Zum Wagnerkult im Nationalsozialismus. Berlin 2015.

Kiesewetter, Hubert: Von Richard Wagner zu Adolf Hitler. Varianten einer rassistischen Ideologie, Berlin 2015.

Klee, Ernst: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009.

Straßen-/Platzname: Weißenburgstraße

Datum der Benennung: um 1895

Begründung der Benennung: unbekannt

Historischer Hintergrund

In der Schlacht bei Weißenburg (franz. Wissembourg) am 4. August 1870 trafen nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs erstmals beide Armeen aufeinander; das Gefecht endete mit dem ersten Sieg der gesamtdeutschen Truppen auf französischem Boden. 1871 wurde die Stadt Weißenburg als Teil des Elsass in das neu gegründete Deutsche Reich eingegliedert.

Militarismus

Nach dem Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs hatten französische Truppen Anfang August 1870 kurzzeitig die Grenzstadt Saarbrücken eingenommen; der Plan einer Großoffensive auf deutschem Boden wurde angesichts der unzureichenden Mobilisierung allerdings verworfen. Während man auf französischer Seite nicht mit einem schnellen Gegenangriff rechnete, bereitete sich die 3. Armee unter Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen auf die Überschreitung der elsässischen Grenze bei Weißenburg vor.

In den Morgenstunden des 4. August 1870 rückten die einzelnen deutschen Korps aus südöstlicher Richtung sukzessive auf die Stadt vor und überraschten die zahlenmäßig unterlegenen Franzosen, die sich unter Geschützfeuer hinter die Stadttore zurückzogen. Nach der Einnahme von Weißenburg wandten sich die preußischen Truppen den französischen Stellungen auf dem südlich gelegenen Geisberg zu und konnten die verlustreichen Gefechte um das Schloss in den Nachmittagsstunden schließlich für sich entscheiden; während die Deutschen etwa 1500 Tote zu beklagen hatten, waren auf französischer Seite ca. 1000 Mann gefallen, verwundet oder gefangengenommen worden.

Kategorie: B

Begründung: historischer Hintergrund verlangt weiterführende Erläuterungen

Literatur

Haselhorst, Olaf: *Operationen der deutschen Heere im Krieg gegen Frankreich 1870/71*. In: Ganschow, Jan/Haselhorst, Olaf/Ohnezeit, Maik (Hrsg.): *Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*. Ares-Verlag, Graz 2009, S. 83-120.

Tümmler, Holger: *Großer Atlas des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71*. Wolfenbüttel 2010.

Tümmler, Holger: *Das Gefecht von Weißenburg. Eine taktisch-kriegsgeschichtliche Studie*, Wolfenbüttel 2009.

Quellen

Bleibtreu, Carl: *Weissenburg*. Stuttgart 1903.

Straßen-/Platzname: Kaiser-Wilhelm-Ring

Datum der Benennung: vor 1929

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Wilhelm I. / Wilhelm Friedrich Ludwig von Preußen (1797-1888), deutscher Kaiser und König von Preußen.

Kurzbiographie / Verdienste

Der zweite Sohn des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. wurde schon früh militärisch geschult und nahm ab 1814 an den sogenannten „Befreiungskriegen“ gegen Napoleon I. teil. In der Folgezeit bekleidete der Hohenzoller verschiedene militärische Ränge; aufgrund seines Eintretens für eine gewaltsame Niederschlagung der „Märzrevolution“ im Jahr 1848 erhielt Wilhelm Friedrich den Beinamen „Kartätschenprinz“. Als König von Preußen berief er Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten, führte in den „Einigungskriegen“ den Oberbefehl über das deutsche Heer und wurde im Zuge der Reichsgründung 1871 schließlich zum ersten deutschen Kaiser ausgerufen. Während der Regentschaft Wilhelms I. annektierte das Deutsche Reich erste Kolonialgebiete.

Militarismus / Kolonialismus

Unter dem ersten Hohenzollernkaiser konnte das Königreich Preußen seine Vormachtstellung in Mitteleuropa behaupten und im Zuge der Nationalstaatsgründung 1871 eine Führungsrolle im Deutschen Reich übernehmen. Dennoch „stand Wilhelms geschichtsmächtige Wirkung [lange Zeit] im Schatten der Bismarckschen“ (Seier, S. 395); die Frage nach der politischen Autonomie des Kaisers ist erst in jüngerer Vergangenheit in den Blickpunkt der Forschung gerückt.

Anders als seine Ehefrau Augusta von Sachsen-Weimar-Eisenach, die liberale Werte vertrat und diese auch dem gemeinsamen Sohn Friedrich Wilhelm (Kaiser Friedrich III.) vermittelte, war Wilhelm I. eher dem machtstaatlichen Konservatismus zugeneigt. Angesichts der reformerischen Strömungen des Vormärz sorgte sich der überzeugte Monarchist und Militarist um die Autorität der königlichen Krone; die Einführung einer freiheitlichen Verfassung und das Streben nach Volkssouveränität lehnte er entschieden ab.

Im Revolutionsjahr 1848 beugte sich der Prinz von Preußen schließlich dem Druck der bürgerlich-demokratischen Bewegung und unterzeichnete jene Proklamation, die die gesetzliche Bildung einer Volksvertretung zusagte, plädierte jedoch zwecks Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung für einen militärischen Eingriff. Obwohl Wilhelm als Generalgouverneur der Rheinarmee in Berlin über keine Befehlsgewalt verfügte und die blutigen Barrikadenkämpfe im März 1848 auf Anordnung seines Bruders König Friedrich Wilhelm IV. ausgelöst worden waren, wurde ihm aufgrund seiner Unterstützung die Verantwortung zugeschrieben. Von der Bevölkerung „als Kartätschenprinz“ (Kartätsche = Artilleriegeschoss mit Schrotladung) diffamiert, flüchtete der Thronfolger für mehrere

Monate ins englische Exil, kommandierte aber im darauffolgenden Jahr die gewaltsame Niederschlagung von Aufständen in Baden und in der Pfalz.

In den 1850er Jahren öffnete sich Wilhelm einem „gemäßigt-liberalen Konstitutionalismus“ (Angelow, S. 252) und trat nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte für die Beibehaltung der Verfassung ein. Die von ihm angestrebte Neuorganisation des Heeres stieß im Parlament allerdings auf breite Ablehnung (preußischer Verfassungskonflikt); der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck sorgte schließlich dafür, dass der König als militärischer Machthaber die letzte Entscheidungsbefugnis erhielt. Obwohl der spätere Reichskanzler einen bestimmenden Einfluss ausübte und nach wie vor die historische Wahrnehmung der „Einigungskriege“ dominiert, ist die vielfach kolportierte Passivität Wilhelms I. inzwischen widerlegt worden. Beide strebten die Lösung der „deutschen Frage“ an und waren in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit kriegerischer Auseinandersetzungen überzeugt; dabei „trat Wilhelms Führungsanteil [zwar] zurück, [...] schrumpfte [aber] nie bis zur bloßen Formalität.“ (Seier, S. 399)

Nach der Reichsgründung zog sich der betagte Monarch zunehmend aus der Politik zurück und avancierte in der Öffentlichkeit zur nationalen Integrationsfigur; die ersten Kolonialerwerbungen des Deutschen Reiches erfolgten auf Initiative Bismarcks. „Es ehrt Wilhelm, für den Deutschland und Preußen keine Beute, sondern Schutzbefohlene waren, nicht wie sein Enkel mit herausfordernden Allmachtphantasien und Ausdehnungsstreben in die Welt hinausgetreten zu sein. Hierin liegt das historische Verdienst des ersten deutschen Kaisers [...].“ (Schule-Wegener, S. 483)

Kategorie: C

Begründung: keiner Kategorie zuzuordnen

Literatur

Angelow, Jürgen: *Wilhelm I. (1861–1888)*. In: Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.): *Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II.*, München 2006, S. 242–264.

Herre, Franz: *Kaiser Wilhelm I. Der letzte Preuße*, Köln 1980.

Richter, Günter: *Kaiser Wilhelm I.* In: Treue, Wilhelm (Hrsg.): *Ploetz. Drei deutsche Kaiser, Wilhelm I. - Friedrich III. - Wilhelm II., Ihr Leben und ihre Zeit 1858 – 1918*, Freiburg im Breisgau 2003, S. 15-80.

Schulze-Wegener, Guntram: *Wilhelm I. - Deutscher Kaiser, König von Preußen, Nationaler Mythos*. Hamburg 2015.

Seier, Helmut: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser 1871–1888*. In: Schindling, Anton/Ziegler, Walter (Hrsg.): *Die Kaiser der Neuzeit 1519-1918. Heiliges Römisches Reich – Österreich – Deutschland*, München 1990, S. 395–409.

Straßen-/Platzname: Wissmannstraße

Datum der Benennung: 13. 03. 1908

Begründung der Benennung: unbekannt

Name, Titel, Beruf oder Amt

Hermann Wilhelm Leopold Ludwig von Wissmann (1853-1905), deutscher Offizier, Kolonialbeamter und Afrikaforscher; Reichskommissar (1888-1891) und Gouverneur (1895-1896) von Deutsch-Ostafrika.

Kurzbiographie / Verdienste

Nach seiner militärischen Ausbildung und der Beförderung zum Leutnant nahm Hermann von Wissmann an einer Expedition in Zentralafrika teil und durchquerte als erster Europäer den afrikanischen Kontinent von West nach Ost. Im Auftrag des belgischen Königs Leopold II. führte er weitere Forschungsreisen durch, bevor er 1888 zum Reichskommissar der Kolonie Deutsch-Ostafrika ernannt wurde und die erste deutsche Schutztruppe gründete. Für die Niederschlagung des sogenannten „Araberaufstands“ wurde Wissmann mit höchsten Ehren ausgezeichnet und in den erblichen Adelsstand erhoben. 1895 folgte eine kurze Amtszeit als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, die aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig endete.

Kolonialismus / Rassismus

Das öffentliche Bild Hermann von Wissmanns – obgleich bereits zu Lebzeiten nicht unumstritten – ist in der Erinnerungskultur des 20. Jahrhunderts zunächst instrumentalisiert und später ignoriert worden. Im Kaiserreich als unerschrockener Forscher und Kriegsheld gefeiert und von den Nationalsozialisten zum Vorkämpfer eines deutschen Imperialismus stilisiert, spielte Hermann von Wissmann in der historischen Wahrnehmung der Bundesrepublik lange Zeit keine Rolle mehr. Erst mit dem Beginn der Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte in den 1990er Jahren rückten der Kolonialoffizier und sein Wirken in den Fokus der wissenschaftlichen Debatten.

Über Wissmanns brutale Praxis als Befehlshaber der deutschen Schutztruppe („Wissmann-Truppe“) in Deutsch-Ostafrika herrscht in der Forschung weitestgehend Konsens. Der Afrikaforscher war aufgrund seiner im Dienst der belgischen Krone gesammelten Expeditionserfahrungen von Bismarck gezielt ausgewählt worden, um die Widerstandsbewegungen an den Küsten („Araberaufstand“) zu bekämpfen. Bevor Wissmann im Frühjahr 1889 Richtung Afrika aufbrach, erläuterte er seine Pläne im Reichstag, lehnte Verhandlungen mit lokalen Widerstandsführern rigoros ab und legitimierte die Anwendung von Gewalt. Dementsprechend nutzte seine aus Soldaten und Söldnern zusammengesetzte Kolonialarmee eine „Strategie des Terrors“ (Prinz, S. 321), um die indigene Bevölkerung zu unterwerfen. Bei der rücksichtslosen Eroberung der jeweiligen Gebiete wurden ganze Dörfer geplündert und in Brand gesteckt; willkürliche Hinrichtungen sollten den Bewohnern die Übermacht der deutschen Besatzer demonstrieren, und *„nicht allzu gering [war] die Zahl*

derer, die mit ihrem Körper [...] den Galgen oder eine Palme geziert haben“. Bei den von Wissmann angeordneten Massakern verloren tausende Menschen ihr Leben.

Darüber hinaus verband der Reichskommissar mit der militärischen Intervention auch eine vermeintlich zivilisatorische. Die in der Kolonialbewegung verbreitete Vorstellung eines „barbarischen“ und unkultivierten afrikanischen Kontinents, der sich allein durch eine umfassende europäische Zwangsmissionierung weiterentwickeln könne, resultierte aus den Rassentheorien des späten 19. Jahrhunderts. Hermann von Wissmann setzte sich mit diesen Denkmustern eingehend auseinander und stimmte ihnen weitestgehend zu: *„Keine Tätigkeit ist geeigneter, den Europäer für die richtige Behandlung der Neger zu erziehen als die militärische. ... Er wird bald erkennen, dass er in den Negern eine noch in den Kinderschuhen steckende Rasse vor sich hat.“*

Darüber hinaus initiierte der Kolonialoffizier in seiner kurzen Amtszeit als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika die Einführung einer sogenannten „Hüttensteuer“, um die hohen Kosten für Militär und Verwaltung zu deckeln. Diese Maßnahme trug 1905 zum Ausbruch des berüchtigten „Maji-Maji-Aufstands“ bei, dessen Folgen (Hungersnöte, Entvölkerung) „höchstwahrscheinlich eine sechsstellige Zahl an Einheimischen“ (Becker/Beez, S. 12) das Leben kosteten.

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Becker, Felicitas/Beez, Jigal: *Ein nahezu vergessener Krieg*. In: Becker, Felicitas/Beez, Jigal (Hrsg.): *Der Maji-Maji-Krieg in Deutsch-Ostafrika 1905-1907*. Berlin 2005, S. 11-13.

Bührer, Tanja: *Die Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika. Koloniale Sicherheitspolitik und transkulturelle Kriegführung 1885 bis 1918*, München 2011.

Bührer, Tanja: *Ein Forschungsreisender als Notbehelf: Hermann von Wissmann und der erste Überseeinsatz des Deutschen Reichs (1889-1891)*. In: Bührer, Tanja (Hrsg.): *Globale Akteure an den Randzonen von Souveränität und Legitimität*. Leipzig 2013, S. 45-59.

Mikolaszek, Matthäus: *Erinnerung an Hermann von Wissmann – 2018 in Düsseldorf, Bad Lauterbach und Liezen (Österreich)*. In: Michels, Stefanie (Hrsg.): *(Dis-)Locating Hermann von Wissmann*. Düsseldorf 2018, S. 35-43.

Morlang, Thomas: *„Finde ich keinen Weg, so bahne ich mir einen.“. Der umstrittene „Kolonialheld“ Hermann von Wissmann*, In: van der Heyden, Ulich/Zeller, Joachim (Hrsg.): *„...Macht und Anteil an der Weltherrschaft“*. Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 37-43.

Prinz, Claudia: *Hermann von Wissmann als „Kolonialpionier“*. In: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, 118/119 (2010), H.2, 315-336.

Schilling, Britta: *Hermann von Wissmann und die Verflechtung nationaler, internationaler und lokaler Erinnerungsdiskurse*. In: Michels, Stefanie (Hrsg.): *(Dis-)Locating Hermann von Wissmann*. Düsseldorf 2018, S. 4-15.

Speitkamp, Winfried: *Totengedenken als Berlin-Kritik. Der Kult um die Kolonialpioniere*, In: van der Heyden, Ulich/Zeller, Joachim (Hrsg.): *„...Macht und Anteil an der Weltherrschaft“*. Berlin und der deutsche Kolonialismus, Münster 2005, S. 163-170.

Zeller, Joachim: *Kolonialdenkmäler und Geschichtsbewusstsein. Eine Untersuchung der kolonialdeutschen Erinnerungskultur*, Berlin 1999.

Quellen

Becker, Alexander u. a.: *Hermann von Wissmann. Deutschlands größter Afrikaner*, Berlin 1907.

Maercker, Georg: *Unsere Schutztruppe in Ost-Afrika*. Berlin 1893.

Wissmann, Hermann von: *Afrika. Schilderungen und Rathschläge für den Dienst in den deutschen Schutzgebieten*, Berlin 1895.

Straßen-/Platzname: Erwin-von-Witzleben-Straße

Datum der Benennung: 14. 07. 1945

Begründung der Benennung

Erwin von Witzleben gehörte zu jenen Männern, „*welche im Zusammenhang mit dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 den Tod gefunden haben.*“

Name, Titel, Beruf oder Amt

Job Wilhelm Georg Erwin Erdmann von Witzleben (1881-1944), Generalfeldmarschall der Wehrmacht und Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus.

Kurzbiographie / Verdienste

Als Angehöriger einer Offiziersfamilie besuchte Erwin von Witzleben zunächst eine preußische Kadettenanstalt und trat als Leutnant in ein Grenadier-Regiment ein. Im Ersten Weltkrieg bekleidete er verschiedene militärische Ränge; zuletzt diente er als Generalstabsoffizier und wurde für seine Verdienste mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Nach der Beförderung zum Oberstleutnant übernahm Witzleben 1931 das Kommando über das 8. Preußische Infanterieregiment in Frankfurt an der Oder. Im Dritten Reich wurde er Oberbefehlshaber der Heeresgruppe 2 und führte 1940 die im Westen stationierte 1. Armee gegen Frankreich, engagierte sich jedoch gleichzeitig im Widerstand. Nach seiner Entlassung aus dem aktiven Dienst schloss sich der Generalfeldmarschall der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg an und war nach einem Staatsstreich als Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht vorgesehen. Infolge des gescheiterten Attentats vom 20. Juli 1944 wurde Erwin von Witzleben vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Nationalsozialismus

In der Geschichte des deutschen Widerstands zählt Erwin von Witzleben zu jenen Wehrmichtsangehörigen, die „sehr früh den Nationalsozialismus als einen Irrweg und den Soldateneid auf Hitler als eine Schande ansahen.“ (Müller 2015, S. 265) Sein christlich geprägtes Weltbild und seine preußischen Wertvorstellungen ließen ihn bereits kurz nach der „Machtergreifung“ am NS-System zweifeln; die innen- und außenpolitischen Entwicklungen der 1930er Jahre überzeugten Witzleben schließlich von der Notwendigkeit eines politischen Umsturzes.

Der Entschluss zum aktiven Widerstand resultierte aus den Ereignissen des Jahres 1934; die Ermordung der Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow im Zuge des sogenannten „Röhm-Putsches“ sowie die Einführung des berüchtigten „Arier-Paragrafen“ bestärkten Erwin von Witzleben in seiner Ablehnung und führten zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Politik. In diesem Zusammenhang nutzte er seine Position als territorialer Befehlshaber zur Informationsgewinnung und pflegte Kontakte zu nationalkonservativen Regimekritikern

inner- und außerhalb der Wehrmacht. Gleichzeitig begünstigten die Rüstungsmaßnahmen sowie Witzlebens hohes Ansehen dessen Aufstieg zum Oberbefehlshaber.

Angesichts der Angriffspläne Hitlers auf die Tschechoslowakei war er 1938 zusammen mit anderen Wehrmachtsangehörigen an der Vorbereitung eines Staatsstreichs beteiligt („Septemberverschwörung“), der letztendlich durch die im Zuge des Münchener Abkommens beschlossene Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich nicht durchgeführt werden konnte. In der Folgezeit hielt Erwin von Witzleben den Kontakt zu zivilen Widerstandskreisen und widmete sich dem Aufbau eines oppositionellen militärischen Netzwerks, um mittels „konspirativer Kader“ (Müller 1988, S. 13) einen weiteren Umsturzversuch zu wagen, wurde allerdings 1939 vom Einmarsch der Wehrmacht in Polen überrascht. Als Oberbefehlshaber der im Westen stationierten 1. Armee versuchte er vergeblich, den von Hitler geplanten Feldzug gegen Frankreich zu verhindern und untersagte Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung im Saarland. Nach dem Ende der Offensive stieg Witzleben in den Rang eines Generalfeldmarschalls auf und erhielt das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes; 1941 wurde er zum „Oberbefehlshaber West“ ernannt. Bisher existieren keine Hinweise auf eine Verantwortung oder gar Beteiligung Witzlebens an Kriegsverbrechen.

Im März 1942 erfolgte – offiziell aus gesundheitlichen Gründen – seine Verabschiedung in den Ruhestand; ob und inwieweit Erwin von Witzlebens „Doppelrolle als Soldat im Krieg und als Widerstandskämpfer gegen den Krieg“ (Witzleben, S. 222) enttarnt wurde, bleibt unklar. Von den Verschwörern der „Operation Walküre“ als Oberbefehlshaber der gesamten Wehrmacht vorgesehen, übermittelte er am 20. Juli 1944 aus dem Bendlerblock Anweisungen an die obersten Kommandos des Heeres. Nach dem Scheitern des Umsturzes wurde Erwin von Witzleben vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Kategorie: C

Begründung: Vorbildfunktion / selbstreflektierendes Handeln / persönliche Entwicklung

Literatur

Benz, Wolfgang/Pehle, Walter H. (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstandes. Frankfurt am Main 2008.

Heinemann, Winfried: Unternehmen „Walküre“. Eine Militärgeschichte des 20. Juli 1944, Berlin 2019.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003.

Müller, Gene: *Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben*. In: Ueberschär, Gerd R. (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe, Darmstadt 2015, S. 265-271.

Müller, Klaus-Jürgen: Witzleben – Stülpnagel – Speidel. Offiziere im Widerstand, Beiträge zum Widerstand 1933-1945, Heft 7, Berlin 1988.

Pommerin, Reiner: *Erwin von Witzleben – Der designierte Oberbefehlshaber*. In: Klemperer, Klemens von/Syring, Enrico/Zitelmann, Rainer (Hrsg.): „Für Deutschland“. Die Männer des 20. Juli, Frankfurt am Main 1994, S. 328-343.

Ramm, Arnim: Der 20. Juli vor dem Volksgerichtshof. Berlin 2007.

Ramm, Arnim: Kritische Analyse der Kaltenbrunner-Berichte über die Attentäter vom 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur Geschichte des militärischen Widerstandes, Marburg 2003.

Witzleben, Georg von: „Wenn es gegen den Satan Hitler geht...“. Erwin von Witzleben im Widerstand, Biographie, Hamburg 2013.

Quellen

Stadtarchiv Düsseldorf

0-1-7-1937.0000 / Blatt 516

Straßen-/Platzname: Woermannstraße

Datum der Benennung: 16. 12. 1937

Begründung der Benennung

Im Zusammenhang mit der für die NS-Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ geplanten Mustersiedlung in Düsseldorf-Stockum schlug der damalige Direktor der Landes- und Stadtbibliothek – Hermann Reuter – 1936 vor, die Straßen dieses Geländes *„nach verdienten Männern der deutschen Kolonialgeschichte zu benennen.“* Ein halbes Jahr später wurden die Mustersiedlung auf Betreiben des damaligen Gauleiters Florian in „Schlageter-Stadt“ getauft und ihre Straßen umgewidmet. Als Ausgleich schufen die Nationalsozialisten kurze Zeit später ein neues Kolonialviertel in Urdenbach, in dem die ursprünglichen Straßennamen wieder zum Tragen kamen.

Name, Titel, Beruf oder Amt

Adolph Woermann (1847-1911), deutscher Kaufmann und Großreeder.

Kurzbiographie / Verdienste

Der Sohn des Hamburger Kaufmanns Carl Woermann stieg 1874 in das familiäre Handelsunternehmen ein und trat 1880 die Nachfolge seines Vaters an. Unter der Leitung Adolph Woermanns wurden die internationalen Exportgeschäfte ausgebaut und insbesondere die Zahl der afrikanischen Niederlassungen vergrößert; auf sein Betreiben erwarb das Deutsche Reich 1884 Kamerun als deutsches Schutzgebiet. Ein Jahr später gründete Woermann die „Afrikanische-Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft“ (Woermann-Linie), die zusammen mit der „Deutsch-Ostafrika Linie AG“ (DOAL) maßgeblich an der Gründung der deutschen Kolonien in Afrika beteiligt war.

Kolonialismus

Adolph Woermann zählt zu jenen Schlüsselfiguren der deutschen Kolonialwirtschaft, die den Erwerb und die Aufbau von Schutzgebieten entscheidend geprägt und vorangetrieben haben. Der politische Einfluss des Hamburger Unternehmers ermöglichte die Expansion seines Handelshauses, das durch afrikanische Exportgeschäfte zu den herausragenden Profiteuren der deutschen Kolonialpolitik gehörte; Woermann selbst stieg zum „größten Privatreeeder der Welt“ auf. (Bade, S. 187)

Die Firma C. Woermann hatte bereits in den 1850er und 60er Jahren erste Handelsniederlassungen in Gabun und Kamerun eingerichtet, um Alkohol und Waffen aus dem Deutschen Reich gegen wertvolle Rohstoffe (Palmöl, Kautschuk, Elfenbein) tauschen zu können. Mit der Übernahme des Unternehmens durch Adolph Woermann im Jahr 1880 wurde dieser Handel ausgeweitet und die größtenteils aus Segelschiffen bestehende Flotte durch Dampfschiffe ersetzt. Angesichts der Konkurrenz der etablierten Kolonialmächte plädierte der Kaufmann für eine aktivere deutsche Kolonialpolitik: *„Es liegt auf der Hand, dass in Afrika zwei grosse [sic] ungehobene Schätze sind: Die Fruchtbarkeit des Bodens und die Arbeitskraft vieler Millionen Neger.“* In seiner im Jahr 1883 an die Regierung gerichteten

Denkschrift unterstützte er den Erwerb Kameruns und stellte sowohl die ökonomischen Vorteile als auch den Nutzen der Einheimischen heraus, die für ihn „*als Sklaven stets das gesuchteste Arbeitsmaterial für alle heißen Klimate*“ repräsentierten. Um die „Spitzenstellung“ (Gründer, S.89) seines Handelshauses in Südwestafrika zu sichern und das regionale Transportmonopol zu erhalten, hatte Adolph Woermann im Vorfeld dubiose Verträge mit lokalen Autoritäten abschließen lassen, die nach der Inbesitznahme von Kamerun auf das Deutsche Reich übergingen. Darüber hinaus nahm er als Berater an der Berliner Westafrika-Konferenz 1884/85 teil, auf der die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter den Großmächten beschlossen wurde.

Mit der steigenden Anzahl der Schiffsverbindungen gründete Woermann 1885 die „Afrikanische-Dampfschiffahrts-Aktiengesellschaft“ (Woermann-Linie), die neben Waren und Passagieren auch versklavte Menschen transportierte und ihren Tätigkeitsbereich auf die gesamte Westküste Afrikas ausweitete. Durch seine zahlreichen Aufsichtsratsposten in Übersee-Unternehmen und Mitgliedschaften in einflussreichen Wirtschaftsgremien konnte der Kaufmann ein „beachtliches Kolonialimperium“ (Möhle, S. 45) aufbauen; die Beteiligung an der staatlich subventionierte „Deutsch-Ostafrika Linie AG“ (DOAL) erschloss den Linienverkehr rund um den afrikanischen Kontinent.

Um Handelsrouten und Niederlassungen im Landesinneren zu eröffnen, setzte Adolph Woermann bei der Kolonisierung Kameruns eine eigene Söldnertruppe ein, die jeglichen Widerstand rücksichtslos niederschlug, ganze Dörfer plünderte und Einheimische für Zwangsarbeiten in Gefangenschaft nahm. Ab Mitte der 1890er Jahre wurden diese „Expeditionen“ ausgeweitet und mit der militärischen Unterstützung des Deutschen Reiches durchgeführt. Darüber hinaus profitierte der Unternehmer auch am Genozid an den Herero und Nama, die sich zwischen 1904 und 1908 gegen die deutsche Kolonialmacht zur Wehr setzten. Aufgrund ihres Beförderungsrechts für Regierungs- und Militärgüter verschiffte die Reederei den Großteil der angeforderten Soldaten und Waffen von Hamburg nach Namibia und richtete in der Hafenstadt Swakopmund eigene Konzentrationslager für Zwangsarbeiter ein; Adolph Woermann avancierte auf diese Weise zum „Großverdiener am Krieg“ (Möhle, S. 66).

Kategorie: A

Begründung: aggressiver Kolonialismus

Literatur

Bade, Klaus J.: Friedrich Fabri und der Imperialismus in der Bismarckzeit. Revolution – Depression – Expansion, Freiburg im Breisgau 1975.

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn 2012.

Hausschild-Thiessen, Renate: *Adolph Woermann*. In: Kopitzsch, Franklin/Brietzke, Dirk (Hrsg.): Hamburgische Biographie. Personenlexikon, Band 1, Hamburg 2010, S. 347-349.

Hücking, Renate/Launer, Ekkehard: Aus Menschen Neger machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat, Hamburg 1986.

Kreienbaum, Jonas: „Ein trauriges Fiasko“. Koloniale Konzentrationslager im südlichen Afrika 1900-1908, Hamburg 2015.

Kum'a Ndumbe III., Alexandre: Das Deutsche Kaiserreich in Kamerun. Wie Deutschland in Kamerun seine Kolonialmacht aufbauen konnte 1840 – 1910, Berlin 2007.

Möhle, Heiko: *Mit Branntwein und Gewehr – Wie das Afrikahaus C. Woermann Kamerun eroberte*, In: Möhle, Heiko (Hrsg.): Branntwein, Bibeln und Bananen, Berlin 1999, S. 39-46.

Möhle, Heiko: »*Pardon wird nicht gegeben*« – *Aufständische Afrikaner und hanseatische Kriegsgewinnler*, In: Möhle, Heiko (Hrsg.): Branntwein, Bibeln und Bananen, Berlin 1999, S. 63-70.

Nordmeyer, Wiebke: Die Geographische Gesellschaft in Hamburg 1873-1918. Geographie zwischen Politik und Kommerz, Stuttgart 1998.

Washausen, Helmut: Hamburg und die Kolonialpolitik des Deutschen Reiches 1880 bis 1890. Hamburg 1968.

Jürgen Zimmerer, Joachim Zeller (Hrsg.): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904–1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin 2003

Quellen

Woermann, Adolph: *Kulturbestrebungen in West-Afrika. Vortrag, gehalten in der Geographischen Gesellschaft zu Hamburg am 1. Mai 1879*, In: Mittheilungen der Geographischen Gesellschaft in Hamburg 1878-79, Hamburg 1880, S. 58-71.

Stadtarchiv Düsseldorf

IV 15919 (4)

0-1-7-1937.0000 / Blatt 421

IV 52054 / Band 1

Anhang B: Prüflisten

- **Gesamtliste**
- **Schnellcheckliste**
 - **Prüfliste**

Gesamtliste Straßennamen Düsseldorf

Nach 1870 verstorbene Persönlichkeiten

Straße / Platz	Datum der Benennung	Persönlichkeit
Achenbachstraße	05. 07. 1910	Andreas (1815-1910) und Oswald (1827-1905) Achenbach, Landschaftsmaler
Adalbert-Probst-Straße	19. 12. 1966	Adalbert Probst (1900-1934), Aktivist und katholischer Jugendbundführer
Adalbertstraße	12. 06. 1909	Prinz Adalbert von Preußen (1884-1948)
Adam-Stegerwald-Straße	19. 12. 1966	Adam Stegerwald (1874-1945), Politiker
Adersstraße	26. 03. 1893	Oskar Aders (1831-1889), Landgerichtsdirektor
Ahrensplatz	21. 07. 2001	Ernst-Jürgen Ahrens (1932-1980), Pilot und Geschäftsführer der LTU
Albert-Schöndorff-Platz	08. 10. 2005	Albert Schöndorff (1870-1942), Unternehmer und Stadtverordneter
Albertstraße	förmlich festgestellt am 15. 05. 1895	Albert Poensgen (1818-1880), Industrieller
Albrecht-von-Hagen-Platz	14. 07. 1945	Albrecht von Hagen (1904-1944), Oberleutnant und Widerstandskämpfer
Alfred-Döblin-Straße	11. 06. 1963	Alfred Döblin (1878-1957), Mediziner und Schriftsteller
Alice-Heye-Platz	um 1939	Alice Heye, geb. Trinkaus (1871-1930), Leiterin sozialer Einrichtungen
Allmersstraße	16. 10. 1936	Hermann Allmers (1821-1902), Schriftsteller und Dichter
Aloys-Odenthal-Platz	22. 02. 2005	Aloys Odenthal (1912-2003), Architekt und Widerstandskämpfer
Am Adershof	31. 01. 1921	Oskar Aders (1831-1889), Landgerichtsdirektor
Amalienweg	22. 06. 1982	Amalie Schulze (1878-1955), engagierte sich in der Kinderbetreuung
Anhalter Straße	17. 08. 1909	Luise Wilhelmine von Preußen, geb. Herzogin von Anhalt-Bernburg (1799-1882)
Anna-von-Krane-Straße	21. 05. 1954	Freiin Anna von Krane (1853-1937), Schriftstellerin
Anton-Betz-Straße	X	Anton Betz (1893-1984), Gründungsverleger der Rheinischen Post
Anton-Fahne-Weg	16. 12. 1934	Anton Fahne (1805-1883), Schriftsteller und Friedensrichter
Arnold-Schönberg-Straße	22. 01. 1970	Arnold Schönberg (1874-1951), Komponist
Arthur-Kampf-Straße	vor 1975	Arthur Kampf (1864-1950), Historienmaler
Auerweg	17. 07. 1961	Carl Freiherr Auer von Welsbach (1858-1929), Chemiker

AugustastraÙe	förmlich festgestellt am 22. 02. 1888	Augusta von Sachsen-Weimar (1811-1890), Gemahlin Kaiser Wilhelms I.
August-Clemens-StraÙe	26. 01. 1984	August Clemens (1862-1949), Pädagoge
BagelstraÙe	28. 11. 1953	August Bagel (1838-1916), Unternehmer und Geheimer Kommerzienrat
BalckestraÙe	1929	N. Balcke, 1874 Mitbegründer des Rhrenwerks Balcke & Co.
BardelebenstraÙe	04. 01. 1912	Moritz von Bardeleben (1814-1890), Oberpräsident der Rheinprovinz
BaumstraÙe	16. 01. 1931	Gerhard Baum (1797-1882), Bankkaufmann und Geheimer Kommerzienrat
BayerstraÙe	30. 01. 1952	Adolph von Baeyer (1835-1917), Chemiker
BebelstraÙe	16. 06. 1954	August Ferdinand Bebel (1840-1913), Politiker
Behringweg	17. 05. 1954	Emil von Behring (1854-1917), Bakteriologe
BendemannstraÙe	30. 11. 1956	Eduard Bendemann (1811-1889), Historienmaler
BenderstraÙe	12. 05. 1909	Otto Bender (1848-1904), Bürgermeister von Gerresheim
Benedikt-Kippes-Weg	27. 08. 1980	Benedikt Kippes (1895-1978), Dichter
Benedikt-Schmittmann-StraÙe	15. 09. 1960	Benedikt Schmittmann (1872-1939), Sozialwissenschaftler
Benningesen-Platz	19. 09. 1991	Rudolf von Benningesen-Foerder (1926-1989), Jurist und Industriemanager
BenzstraÙe	16. 01. 1931	Carl Friedrich Benz (1844-1929), Ingenieur und Automobilpionier
BergiusstraÙe	13. 11. 1958	Friedrich Bergius (1884-1948), Chemiker
Bernburger StraÙe	17. 08. 1909	Luise Wilhelmine von PreuÙen, geb. Herzogin von Anhalt-Bernburg (1799-1882)
BertastraÙe	12. 07. 1909	Berta Wolters (1871-1953), Ehefrau von Richard Wolters (Initiator der Siedlung Neu-Eller)
Berta-von-Suttner-Platz	13. 09. 1984	Berta von Suttner (1843-1914), Schriftstellerin und Friedensforscherin
Berta-von-Sutter-StraÙe	25. 10. 1977	Berta von Suttner (1843-1914), Schriftstellerin und Friedensforscherin
Berty-Albrecht-Park	24. 10. 2009	Berty Albrecht (1893-1943), Widerstandskmpferin
BessemerstraÙe	1929	Henry Bessemer (1813-1898), Ingenieur
BismarckstraÙe	10. 08. 1875	Frst Otto von Bismarck (1815-1898), erster deutscher Reichskanzler
Bismarckweg	X	Frst Otto von Bismarck (1815-1898), erster deutscher Reichskanzler
BlanckertzstraÙe	23. 04. 1956	Minna Blanckertz (1867-1955), Gründerin des Rheinischen Frauenclubs
BloemstraÙe	16. 01. 1931	Gustav Bloem (1821-1905), Unternehmer
BlumenthalstraÙe	um 1901	Graf Leonhard von Blumenthal (1810-1900), preuÙischer Generalfeldmarschall
BodinusstraÙe	30. 04. 1901	Heinrich Bodinus (1814-1884), Zoologe
BcklinstraÙe	um 1901	Arnold Böcklin (1827-1901), Maler und Bildhauer
BoschstraÙe	13. 11. 1958	Carl Bosch (1874-1940), Chemiker

Boskampweg	27. 01. 1972	Paul Boskamp (1871-1963), Mediziner und Heimatschriftsteller
Brahmsplatz	07. 04. 1933	Johannes Brahms (1833-1897), Komponist
Brassertweg	20. 03. 1936	Hermann Brassert (1829-1892), Jurist und Berghauptmann
Bredelaerstraße	um 1935	Theodor Ulrich, Eigentümer der Eisengießerei Bredelaer
Brehmplatz	12. 04. 1910	Alfred Edmund Brehm (1829-1884), Zoologe
Bremstraße	04. 09. 1894	Alfred Edmund Brehm (1829-1884), Zoologe
Briedestraße	1929	Otto Briede (1864-1914), Gründer der Benrather Maschinenfabrik
Brorsstraße	07. 05. 1976	Franz Josef Brors, Pädagoge und Verfasser der Ortsgeschichte Unterbach
Brucknerstraße	16. 07. 1936	Anton Bruckner (1824-1896), Komponist
Brüderstraße	05. 04. 1986	Leonhard, Gustav und Max Herzfeld, Betreiber der Textilfabrik J. Herzfeld Söhne
Bruhnstraße	22. 11. 1954	Christian Bruhn (1868-1942), Mediziner
Bruno-Schmitz-Straße	19. 07. 1961	Bruno Schmitz (1858-1916), Architekt
Bruno-Recht-Weg	16. 10. 2004	Bruno Recht (1921-1998), Bürgermeister von Düsseldorf
Buddestraße	12. 08. 1915	Hermann von Budde (1851-1906), General und preußischer Minister
Bueckstraße	13. 07. 1938	Henry Axel Bueck (1830-1916), Politiker und Industriefunktionär
Büngerstraße	1929	Friedrich Bünger (1830-1919), Gründer der Fassfabrik Bünger GmbH
Büttgenbachstraße	26. 01. 1984	Franz Büttgenbach (1832-1900), Direktor des Heerdter Hochofens
Bunsenstraße	12. 07. 1904	Robert Wilhelm Bunsen (1811-1899), Chemiker
Camphausenstraße	23. 10. 1888	Wilhelm Camphausen (1818-1885), Maler
Cantadorstraße	26. 09. 1963	Lorenz Cantador (1810-1883), Kaufmann und Hauptakteur der Märzrevolution 1848 in Düsseldorf
Capitostraße	1929	Paul Capito (1849-1927), Mitbegründer des Blechwalzwerks Capito & Klein AG
Cardaunstraße	19. 01. 1956	Joseph Cardaun (1893-1944), Diözesanpräses des Kolpingwerks in Köln
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße	1964	Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945), Oberbürgermeister von Leipzig und Widerstandskämpfer
Carl-Jaspers-Straße	14. 06. 1984	Karl Jaspers (1883-1969), Philosoph
Carl-Maria-Splett-Straße	25. 10. 1977	Carl Maria Splett (1898-1964), Bischof von Danzig
Carl-Mosterts-Platz	05. 02. 1954	Carl Mosterts (1874-1926), Theologe
Carlo-Schmid-Straße	22. 01. 1980	Carlo Schmid (1896-1979), Jurist, Politiker und Minister
Carl-Severing-Straße	19. 12. 1966	Carl Severing (1875-1952), Politiker und Minister
Carl-Sonnenschein-Straße	23. 03. 1949	Carl Sonnenschein (1876-1929), Geistlicher und Sozialpolitiker
Carl-von-Ossietzky-Straße	19. 12. 1966	Carl von Ossietzky (1889-1938), Publizist und Friedensnobelpreisträger

Cecilienallee	01. 03. 1906	Cecilie Auguste Marie Herzogin von Mecklenburg-Schwerin (1886-1954)
Charlottenstraße	förmlich festgestellt am 07. 02. 1871	Marie Charlotte Amélie Augustine Victoire Clémentine Léopoldine von Belgien (1840-1927)
Clara-Viebig-Straße	19. 10. 1930	Clara Viebig (1880-1952), Schriftstellerin
Clausiusweg	16. 01. 1934	Rudolf Julius Emanuel Clausius (1822-1888), Physiker
Clemensstraße	31. 01. 1921	Adam Clemens (1864-1941), Landesrat der Provinzialverwaltung Düsseldorf
Curieweg	22. 11. 1962	Marie (1867-1934) und Pierre (1859-1906) Curie, Physiker und Chemiker
Curt-Beckmann-Straße	27. 02. 1996	Curt Beckmann (1901-1970), Bildhauer und Maler
Daelenstraße	05. 02. 1941	Reiner Daelen (1813-1887), Ingenieur und Gründer des Neusser Eisenwerks in Heerdt
Daimlerstraße	16. 01. 1931	Gottlieb Daimler (1834-1900), Ingenieur und Automobilpionier
Damaschkestraße	19. 10. 1930	Adolf Wilhelm Ferdinand Damaschke (1865-1935), Ökonom und Politiker
Dauzenbergstraße	1922	Alois Dauzenberg (1831-1907), katholischer Pfarrer in Kaiserswerth
Davidstraße	30. 06. 1951	Anton David (1854-1925), Bürgermeister von Rath
Dechant-König-Weg	25. 04. 1979	Karl König (1894-1975), katholischer Pfarrer und Dechant des Dekanats Düsseldorf-Heerdt
Dechenweg	16. 01. 1934	Heinrich von Dechen (1814-1889), Geologe
Degerstraße	01. 09. 1891	Ernst Deger (1809-1885), Historienmaler
Deikerstraße	Februar 1932	Johann Christian Deiker (1822-1892), Maler
Dieselstraße	10. 03. 1930	Rudolf Diesel (1858-1913), Ingenieur
Dietrich-Bonhoeffer-Platz	09. 07. 2005	Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), Theologe und Widerstandskämpfer
Dietrich-Bonhoeffer-Straße	15. 04. 2000	Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), Theologe und Widerstandskämpfer
Dörpfeldstraße	12. 05. 1909	Friedrich Wilhelm Dörpfeld (1824-1893), Pädagoge und Schriftsteller
Dreherstraße	1909	Ignaz Dreher (+ 1894), Unternehmer und Stadtverordneter von Gerresheim
Eckenerstraße	06. 11. 1961	Hugo Eckener (1868-1954), Luftschiffer
Edisonplatz	28. 11. 1960	Thomas Alva Edison (1847-1931), Unternehmer und Erfinder
Edith-Stein-Weg	28. 09. 1965	Edith Stein (1891-1942), Philosophin
Edmund-Bertrams-Straße	28. 06. 1976	Edmund Bertrams, Gemeindevorsteher von Kalkum
Eduard-Schloemann-Straße	24. 02. 1984	Eduard Schloemann (1840-1914), Ingenieur und Gründer der Schloemann AG
Eduard-Schulte-Straße	18. 05. 1993	Eduard Schulte (1891-1966), Industriemanager
Einsteinstraße	13. 11. 1958	Albert Einstein (1879-1955), Physiker
Eitelstraße	17. 08. 1909	Prinz Eitel Friedrich von Preußen (1883-1942)

Elfriede-Bial-Straße	02. 04. 2016	Elfriede Bial (1886-1944), Kranken- und Gemeindeschwester der jüdischen Gemeinde in Düsseldorf
Elisabethstraße	20. 12. 1850	Elisabeth von Bayern (1801-1873)
Elly-Heuss-Knapp-Straße	26. 09. 1985	Elly Heuss-Knapp (1881-1952), Pädagogin und Mitbegründerin des Deutschen Müttergenesungswerks
Ellystraße	erscheint erstmals 1936 im Adressbuch	Elly Haniel (1891-1963), Ehefrau des Industriellen Alfred Haniel
Elsa-Brandström-Straße	26. 09. 1985	Elsa Brandström (1888-1948), Philanthropin
Emil-Barth-Straße	11. 06. 1963	Emil Barth (1900-1958), Lyriker
Emma-Horion-Weg	05. 07. 2003	Emma Horion (1889-1982), Pädagogin und Mitbegründerin des Deutschen Müttergenesungswerks
Emmastraße	22. 10. 1895	Emma Burmann (1831-1902), vermachte Grundstücke der Stadt Düsseldorf.
Erich-Hoepner-Straße	14. 07. 1945	Erich Hoepner (1886-1944), General und Widerstandskämpfer
Erich-Klausener-Straße	19. 11. 1949	Erich Klausener (1885-1934), Ministerialdirektor und Leiter der Katholischen Aktion in Berlin
Erich-Müller-Straße	1929	Erich Müller (1858-1925), Unternehmer und Kommerzienrat
Erich-Ollenhauer-Straße	04. 11. 1965	Erich Ollenhauer (1901-1963), Politiker
Erik-Nölting-Straße	13. 09. 1984	Erik Nölting (1892-1953), Politiker
Ernst-Abbe-Weg	20. 11. 1999	Ernst Abbe (1840-1905), Naturwissenschaftler
Ernst-Derra-Straße	09. 03. 2002	Ernst Derra (1901-1979), Mediziner
Ernst-Gnoß-Straße	25. 01. 1994	Ernst Gnoß (1900-1949), Politiker
Ernst-Lemmer-Straße	22. 01. 1980	Ernst Lemmer (1898-1970), Politiker und Gewerkschafter
Ernst-Poensgen-Allee	14. 12. 1951	Ernst Poensgen (1871-1949), Industrieller
Ernst-Reuter-Platz	13. 11. 1958	Ernst Reuter (1889-1953), Bürgermeister von Berlin
Ernst-Schneider-Platz	02. 12. 1977	Ernst Schneider (1900-1977), Unternehmer und Präsident der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf
Erwin-Rommel-Straße	22. 09. 1966	Erwin Rommel (1891-1944), Generalfeldmarschall
Erwin-von-Witzleben-Straße	14. 07. 1945	Erwin von Witzleben (1881-1944), Generalfeldmarschall und Widerstandskämpfer
Esmarchstraße	05. 07. 1910	Friedrich August von Esmarch (1823-1908), Mediziner

Eugen-Richter-Straße	22. 03. 1913	Eugen Richter (1838-1906), Politiker
Eulerstraße	22. 05. 1925	Josef Euler (1804-1886), Vorsitzender des Notariatsvereins für die Rheinprovinz
Eythstraße	21. 08. 1931	Max von Eyth (1836-1906), Ingenieur und Schriftsteller
Fahneburgstraße	17. 08. 1909	Anton Fahne (1805-1883), Schriftsteller und Friedensrichter
Fechnerweg	16. 08. 1937	Gustav Theodor Fechner (1801-1887), Physiker, Psychologe und Philosoph
Felix-Klein-Straße	25. 01. 1955	Felix Klein (1849-1925), Mathematiker
Ferdinand-Braun-Platz	08. 12. 2012	Ferdinand Braun (1850-1918), Physiker und Elektrotechniker
Ferdinand-Hiller-Weg	27. 03. 1963	Ferdinand Hiller (1811-1885), Komponist
Feuerbachstraße	17. 08. 1909	Anselm Feuerbach (1829-1880), Historienmaler
Finschstraße	14. 03. 1952	Hermann Otto Finsch (1839-1917), Zoologe, Ethnologe und Forschungsreisender
Flemingweg	09. 10. 1958	Sir Alexander Fleming (1881-1955), Bakteriologe
Flenderstraße	1929	Hermann August Flender (1839-1882), Unternehmer
Flotowstraße	13. 09. 1954	Friedrich von Flotow (1812-1883), Komponist
Fontanestraße	25. 09. 1981	Theodor Fontane (1819-1898), Schriftsteller
Franz-Hitze-Straße	erscheint seit 1933 im Adressbuch	Franz Hitze (1851-1921), Geistlicher und Politiker
Franziusstraße	Mai 1951	Ludwig Franzius (1832-1903), Ingenieur
Franz-Jürgens-Straße	14. 07. 1945	Franz Jürgens (1895-1945), Polizeibeamter und Widerstandskämpfer
Franz-Liszt-Straße	22. 01. 1970	Franz Liszt (1811-1886), Komponist
Franz-Lieder-Straße	26. 01. 1984	Franz Lieder (1886-1966), setzte sich für bezahlbare Eigenheime ein
Franz-Rennefeld-Weg	22. 03. 1986	Franz Rennefeld (1886-1968), Kurator des Stadtmuseums
Franz-Vaahsen-Weg	vor 1975	Franz Vaahsen (1881-1944), Pfarrer in Wittlaer
Freiligrathplatz	12. 11. 1948	Ferdinand Freiligrath (1810-1876), Dichter
Freiligrathstraße	23. 10. 1888	Ferdinand Freiligrath (1810-1876), Dichter
Freytagstraße	11. 08. 1903	Gustav Freytag (1816-1895), Schriftsteller
Friedingstraße	12. 05. 1909	Heinrich Frieding (1805-1902), Unternehmer
Friedrich-Ebert-Straße	Mai 1945	Friedrich Ebert (1871-1925), Politiker
Friedrich-Engels-Straße	13. 03. 1923	Friedrich Engels (1820-1895), Philosoph und Politiker
Friedrich-Lau-Straße	1945	Friedrich Lau (1867-1947), Staatsarchivrat
Friedrich-Springorum-Straße	31. 08. 1938	Friedrich Springorum (1858-1938), Ingenieur und Unternehmer
Fringsstraße	um 1900	Gerhard Frings (1849-1899), Stadtbaurat
Fritz-Brandt-Weg	27. 03. 1963	Fritz Brandt (1880-1949), Jurist und Komponist

Fritz-Erler-Straße	22. 05. 1969	Fritz Erler (1913-1967), Politiker
Fritz-Köhler-Weg	28. 06. 1976	Fritz Köhler (1887-1972), Landschaftsmaler
Fritz-Milster-Weg	04. 10. 1997	Friedrich Hans Milster (1913-1985), Ratsmitglied und Mitbegründer des Bürgervereins Düsseldorf-Lörick e. V.
Fritz-Reuter-Straße	14. 01. 1912	Fritz Reuter (1810-1874), Dichter
Fritz-Roeber-Straße	16. 08. 1937	Fritz Roeber (1851-1924), Maler, Illustrator und Lithograf
Fritz-Straßmann-Straße	29. 08. 1980	Fritz Straßmann (1902-1980), Chemiker
Fritz-Vomfelde-Straße	30. 10. 1991	Fritz Vomfelde (1900-1961), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Fritz-von-Wille-Straße	30. 04. 1970	Fritz von Wille (1860-1941), Maler
Fritz-Wüst-Straße	19. 05. 1938	Fritz Wüst (1860-1937), Eisenhüttenkundler
Füllenbachstraße	11. 04. 1957	Wilhelm Füllenbach (1887-1948), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Fuhlrottweg	20. 03. 1936	Karl Fuhlrott (1803-1877), Pädagoge und Naturforscher
Ganghoferstraße	16. 10. 1936	Ludwig Ganghofer (1844-1920), Schriftsteller und Dichter
Gehrtsstraße	01. 03. 1906	Carl Gehrts (1853-1898), Historienmaler und Illustrator
Geibelstraße	erscheint erstmals 1901 im Adressbuch	Emanuel Geibel (1815-1884), Dichter
Geißlerweg	19. 04. 1938	Heinrich Geißler (1815-1879), Glasbläser und Mechaniker
Georg-Daniel-Teutsch-Straße	14. 06. 1984	Georg Daniel Teutsch (1817-1893), Theologe
Georg-Glock-Straße	20. 06. 1962	Georg Glock (1891-1959), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Georg-Schulhoff-Platz	22. 11. 1990	Georg Schulhoff (1898-1990), Unternehmer und Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf
Gerhard-Domagk-Straße	22. 01. 1970	Gerhard Domagk (1895-1964), Pathologe und Bakteriologe
Gerhart-Hauptmann-Straße	19. 07. 1961	Gerhart Hauptmann (1862-1946), Dichter und Dramatiker
Gerstäckerstraße	01. 04. 1937	Friedrich Gerstäcker (1816-1872), Schriftsteller
Geschwister-Aufricht-Straße	30. 08. 2003	Johanne (1876-1963) und Erna 1882-1944) Aufricht, Diakonissen
Goebenstraße	22. 02. 1888	August Karl von Goeben (1816-1880), General
Gottfried-Hötzel-Straße	25. 03. 1964	Gottfried Hötzel (1880-1940), Pfarrer in Heerdt/Oberkassel
Gottfried-Keller-Straße	Mai 1945	Gottfried Keller (1819-1890), Schriftsteller
Graf-Recke-Straße	um 1880	Adalbert Graf von Recke-Volmerstein (1791-1878), Gründungsvater der Diakonie
Graf-Recke-Weg	13. 12. 2003	Adalbert Graf von Recke-Volmerstein (1791-1878), Gründungsvater der Diakonie
Graf-von-Stauffenberg-Straße	22. 01. 1980	Claus Graf Schenk von Stauffenberg (1907-1945), Oberst und Widerstandskämpfer

Grashofstraße	08. 11. 1926	Franz Grashof (1826-1893), Ingenieur und Mitbegründer des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI)
Grillparzerstraße	26. 01. 1953	Franz Grillparzer (1791-1872), Schriftsteller und Dramatiker
Gurlittstraße	25. 02. 1965	Hildebrand Gurlitt (1895-1956), Kunsthistoriker und Sammler
Gustaf-Gründgens-Platz	29. 10. 1976	Gustaf Gründgens (1899-1963), Schauspieler und Intendant
Gustav-Kneist-Weg	25. 10. 1995	Gustav Kneist (1867-1963), Pädagoge
Gustav-Mahler-Straße	22. 01. 1970	Gustav Mahler (1860-1911), Komponist und Dirigent
Gustav-Poensgen-Straße	12. 07. 1904	Gustav Poensgen (1824-1900), Industrieller
Haberstraße	13. 11. 1958	Fritz Haber (1868-1934). Chemiker
Haeselerstraße	27. 03. 1940	Gottlieb Graf von Haeseler (1836-1919), Feldmarschall
Halskestraße	11. 03. 1906	Johann Georg Halske (1814-1890), Elektrotechniker
Hannes-Esser-Platz	28. 08. 2010	Hannes Esser (1920-2007), Maler und Bildhauer
Hanns-Heuer-Platz	26. 01. 2013	Hanns Heuer (1917-2009), Mitbegründer des Bürgervereins Heerdt
Hans-Beckers-Straße	22. 01. 1980	Hans Beckers (1892-1971), Matrose und Pazifist
Hans-Böckler-Straße	14. 09. 1967	Hans Böckler (1875-1951), Gewerkschaftsführer
Hans-Christoph-Seeböhm-Straße	22. 01. 1980	Hans-Christoph Seeböhm (1903-1967), Industrieller und Politiker
Hans-Vilz-Weg	30. 12. 1998	Hans Vilz (1902-1971), Tier- und Landschaftsmaler
Harkortstraße	26. 09. 1893	Friedrich Wilhelm Harkort (1793-1880), Industrieller und Politiker
Harleßstraße	22. 03. 1913	Woldemar Harleß (1828-1902), Geheimer Archivrat
Harry-Piel-Platz	21. 07. 2007	Harry Piel (1892-1963), Regisseur und Schauspieler
Hartwichstraße	29. 11. 1952	Emil Ferdinand Hartwich (1843-1886), Amtsrichter
Heggemannstraße	erscheint ab 1933 im Adressbuch	Kurt Heggemann (1856-1926), Unternehmer
Heinrich-Biesenbach-Straße	30. 06. 1945	Heinrich Biesenbach (1863-1926), Justizrat, Rechtsanwalt und Heimatschriftsteller
Heinrich-Ehrhardt-Straße	08. 11. 1926	Heinrich Ehrhardt (1840-1928), Industrieller und Geheimer Baurat
Heinrich-Hertz-Straße	13. 11. 1958	Heinrich Rudolf Hertz (1857-1894), Physiker
Heinrich-Holtschneider-Weg	30. 12. 1998	Heinrich Holtschneider (1909-1997), Amtsbürgermeister Amt Angermund in Lintorf und Bürgermeister von Wittlaer/Kalkum
Heinrich-Könn-Straße	26. 10. 1993	Heinrich Könn (1905-1993), Kommunalpolitiker
Heinrich-Köppler-Straße	14. 06. 1984	Heinrich Köppler (1925-1980), Politiker
Heinrich-Lersch-Straße	11. 06. 1963	Heinrich Lersch (1889-1936), Kesselschmied und Schriftsteller
Heinrich-Opladen-Straße	26. 01. 1984	Heinrich Opladen (1897-1956), Oberstudienrat

Heinrich-von-Brentano-Platz	25. 02. 1965	Heinrich von Brentano (1904-1964), Jurist und Politiker
Heinrich-Walbröhl-Weg	04. 08. 2007	Heinrich Walbröhl (1838-1908), Politiker und Ortsvorsteher der Gemeinde Wittlaer
Heinrich-Willinghöfer-Weg	26. 09. 1985	Heinrich Willinghöfer (1890-1964), Vorsitzender des Düsseldorfer Siedlerbundes für Kinderreiche
Heinz-Ingenstau-Straße	24. 04. 2004	Heinz Ingenstau (1910-1971), Jurist und Stadtdirektor
Heinz-Schmöle-Straße	13. 09. 1984	Heinz Schmöle (1913-1982), Kaufmann und Manager
Hellriegelstraße	25. 06. 1959	Hermann Hellriegel (1831-1895), Chemiker
Helmholtzstraße	um 1901	Hermann Ludwig Ferdinand von Helmholtz (1821-1894), Physiker und Physiologe
Helmut-Hentrich-Platz	29. 11. 2003	Helmut Hentrich (1905-2001), Architekt
Helmut-Stieff-Straße	14. 07. 1945	Helmut Stieff (1901-1944), Oberstleutnant und Widerstandskämpfer
Helmutstraße	17. 08. 1909	Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), Generalfeldmarschall
Henkelstraße	19. 06. 1948	Fritz Henkel (1848-1930), Industrieller und Kommerzienrat
Henri-Dunant-Straße	22. 11. 1954	Henri Dunant (1828-1910), Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger
Henriettenstraße	Um 1901	Henriette Simons (1818-1895), Mitbegründerin der Michael-und Henriette-Simons-Stiftung
Herbert-Eulenberg-Weg	27. 06. 1968	Herbert Eulenberg (1876-1949), Schriftsteller
Herchenbachstraße	25. 01. 1955	Wilhelm Herchenbach (1818-1889), Pädagoge und Jugendschriftsteller
Hermann-Dornscheidt-Straße	29. 10. 1992	Hermann Dornscheid (1920-1988), Stadtdirektor
Hermann-Ehlers-Straße	04. 11. 1965	Hermann Ehlers (1904-1954), Jurist und Politiker
Hermann-Harry-Schmitz-Straße	um 1995	Hermann Harry Schmitz (1880-1913), Schriftsteller
Hermann-Hesse-Straße	um 1965	Hermann Hesse (1877-1962), Schriftsteller
Hermann-Raddatz-Weg	04. 08. 2007	Hermann Raddatz (1906-1962), Bildhauer und Maler
Hermann-Reuter-Straße	27. 12. 2008	Hermann Reuter, SPD-Lokalpolitiker
Hermann-Schauten-Weg	30. 12. 1998	Hermann Schauten (1905-1974), Landschaftsmaler
Hermann-vom-Endt-Straße	19. 07. 1961	Hermann vom Endt (1861-1929), Architekt
Hermann-Weill-Straße	14. 07. 1945	Hermann Weill (1924-1945), Widerstandskämpfer
Herzogstraße	bebaut um 1850	Herzog Friedrich Wilhelm Nikolaus von Mecklenburg-Schwerin (1827-1878)
Hetjensstraße	13. 09. 1954	Laurenz Heinrich Hetjens (1830-1906), Keramik-Sammler
Heyestraße	12. 05. 1909	Ferdinand Heye (1838-1889), Unternehmer und Kommerzienrat
Heymstraße	14. 05. 1964	Georg Heym (1887-1912), Dichter
Hilarius-Gilges-Platz	29. 11. 2003	Hilarius Gilges (1909-1933), Schauspieler
Hildebrandtstraße	um 1901	Theodor Hildebrandt (1804-1874), Historienmaler

Hildegard-Knef-Straße	16. 07. 2016	Hildegard Knef (1925-2002), Schauspielerin, Synchronsprecherin, Chansonsängerin und Autorin
Hördtweg	02. 08. 1940	Philipp Hördt (1891-1933), Pädagoge
Horionplatz	16. 10. 1956	Johannes Horion (1876-1933), Kommunalpolitiker und Landeshauptmann der Rheinprovinz
Howeweg	02. 08. 1940	Georg Howe (1859-1934), Oberstudiendirektor und Geheimrat
Hubert-Hermes-Straße	erscheint erstmals 1978 im Adressbuch	Hubert Hermes (1889-1964), Vorsitzender des Schützen- und Bürgervereins in Lörick
Hülsestraße	um 1979	Ernst Hülse (1881-1949), Präsident der Landeszentralbank von NRW
Hülsmeyerplatz	26. 06. 1981	Christian Hülsmeyer (1881-1957), Erfinder
Hülsmeyerstraße	27. 01. 1972	Christian Hülsmeyer (1881-1957), Erfinder
Hünefeldstraße	08. 07. 1930	Günther Freiherr von Hünefeld (1892-1929), Flugpionier
Hürthstraße	19. 01. 1956	Theodor Hürth (1877-1944), Generalpräses des Kolpingwerks
Hüttmannstraße	30. 01. 1952	Joseph Hüttmann (1872-1928), Pfarrer in Lohausen
Hugo-Viehoff-Straße	06. 03. 1931	Hugo Viehoff (1840-1910), Geheimer Regierungsrat
Humperdinckstraße	16. 05. 1937	Engelbert Humperdinck (1854-1921), Komponist
Ikenstraße	12. 05. 1909	Heinrich Iken (+1909), Stadtverordneter
Ingeborg-Bachmann-Straße	22. 01. 1980	Ingeborg Bachmann (1926-1973), Lyrikerin, Erzählerin und Hörspielautorin
Irmerstraße	01. 09. 1935	Carl Irmer (1834-1900), Landschaftsmaler
Ivo-Beucker-Straße	22. 11. 1979	Ivo Beucker (1909-1965), Bildhauer
Jagenbergstraße	nach 1929	Karl Jagenberg (1849-1938), Unternehmer
Jakob-Kneip-Straße	20. 06. 1962	Jakob Kneip (1881-1958), Pädagoge und Schriftsteller
James-von-Moltke-Platz	19. 07. 2003	Helmuth James Graf von Moltke (1907-1945), Jurist und Widerstandskämpfer
Joachimstraße	vor 1909	Prinz Joachim von Preußen (1890-1920)
Joachim-Erwin-Platz	30. 10. 2014	Joachim Erwin (1949-2008), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Johannes-Hesse-Straße	30. 11. 1979	Johannes Hesse (1867-1941), Pädagoge und Armenpfleger
Johannes-Karsch-Weg	vor 1975	Johannes Karsch (1848-1913), Geistlicher
Johannes-Radke-Straße	19. 07. 1961	Johannes Radke (1853-1938), Architekt
Johannes-Rau-Platz	23. 06. 2007	Johannes Rau (1931-2006), Bundespräsident
Johannsenstraße	28. 01. 1976	Paul Johannsen (1907-1975), Gartenarchitekt
Jordanstraße	28. 03. 1893	Rudolf Jordan (1810-1887), Maler

Josef-Gockeln-Straße	20. 06. 1962	Josef Gockeln (1900-1958), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Josef-Kleesattel-Straße	19. 07. 1961	Josef Kleesattel (1852-1926), Architekt
Josef-Knab-Straße	14. 07. 1945	Josef Knab (1894-1945), Widerstandskämpfer
Josef-Kürten-Platz	29. 09. 2015	Josef Kürten (1928-2010), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Josef-Maria-Olbrich-Straße	19. 07. 1961	Josef Maria Olbrich (1867-1908), Architekt
Josef-Neuberger-Straße	22. 11. 1977	Josef Neuberger (1902-1977), Politiker und Minister
Josef-Ponten-Straße	11. 06. 1963	Josef Ponten (1883-1940), Schriftsteller
Josef-Stick-Straße	26. 01. 1959	Josef Stick (1858-1927), Bürgermeister von Eller
Josef-Wilbert-Straße	02. 06. 1989	Josef Wilbert (*1873), Politiker
Josef-Wilden-Straße	26. 01. 1953	Josef Wilden (1877-1953), Präsident der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer
Josef-Willecke-Straße	25. 01. 1991	Josef Willecke (+1889), Mitbegründer des Bürgervereins Düsseldorf-Lörick
Joseph-Beuys-Ufer	29. 11. 1997	Joseph Beuys (1921-1986), Aktionskünstler und Kunsttheoretiker
Joseph-Brodmann-Straße	02. 06. 1961	Joseph Brodmann (1893-1959), Pfarrer in Kalkum
Josephinenstraße	erscheint erstmals 1870 im Adressbuch	Josephine Fürstin von Hohenzollern-Sigmaringen (1813-1900)
Joseph-Kardinal-Frings-Brücke	20. 08. 2005	Joseph Frings (1887-1978), Erzbischof von Köln
Jostenstraße	11. 03. 1939	Hermann Josten (+1893), Ehrenbürgermeister von Benrath
Jürgensplatz	23. 03. 1949	Franz Jürgens (1895-1945), Polizeibeamter und Widerstandskämpfer
Julius-Buths-Weg	27. 03. 1963	Julius Buths (1851-1920), städtischer Musikdirektor
Julius-Raschdorff-Straße	19. 07. 1961	Julius Raschdorff (1823-1914), Architekt
Julius-Rietz-Straße	22. 01. 1970	Julius Rietz (1812-1877), Violoncellist, Dirigent und Komponist
Julo-Levin-Ufer	05. 07. 2003	Julo Levin (1901-1943), Maler
Junkersstraße	06. 10. 1947	Hugo Junkers (1859-1935), Flugzeugkonstrukteur
Kaiser-Friedrich-Ring	vor 1909	Kaiser Friedrich III. (1831-1888)
Kaiser-Friedrich-Straße	vor 1929	Kaiser Friedrich III. (1831-1888)
Kaiser-Wilhelm-Ring	vor 1909	Kaiser Wilhelm I. (1797-1888)
Kallenbachstraße	erscheint seit 1933 im Adressbuch	Norbert Kallenberg (1864-1928), Gemeindebaumeister in Benrath
Karl-Anton-Straße	erscheint erstmals im Adressbuch von 1870 als noch nicht bebaut	Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1811-1885)
Karl-Arnold-Platz	20. 06. 1962	Karl Arnold (1901-1958), Oberbürgermeister von Düsseldorf

Karl-Frech-Straße	26. 09. 1985	Karl Frech (1901-1967), Lokalpolitiker
Karl-Friedrich-Klees-Straße	27. 12. 2008	Karl Friedrich Klees (+1998), Lokalpolitiker
Karl-Geusen-Straße	12. 06. 1931	Karl Geusen (1859-1926), Stadtbaurat
Karl-Heinz-Bott-Weg	26. 06. 2008	Karl-Heinz Bott (1915-2000), Studienrat
Karl-Hohmann-Straße	30. 03. 1975	Karl Hohmann (1908-1974), Sportler
Karl-Houben-Straße	28. 06. 1977	Karl Houben (1880-1959), Pfarrer in Lohausen
Karl-Kleppe-Straße	Mai 1945	Karl Kleppe (1889-1945), Widerstandskämpfer
Karl-Müller-Straße	um 1926	Karl Müller (1818-1893), Historienmaler
Karl-Panzner-Weg	27. 03. 1963	Karl Panzner (1866-1923), städtischer Musikdirektor
Karl-Röttger-Platz	04. 09. 1999	Karl Röttger (1877-1942), Pädagoge, Schriftsteller und Dichter
Karl-Rudolf-Straße	07. 04. 1933	Karl Rudolf Poensgen (1863-1946), Industrieller und Kommerzienrat
Karl-Schurz-Straße	13. 03. 1908	Karl Schurz (1829-1906), Politiker und Journalist
Karlstraße	förmlich festgestellt am 21. 08. 1884	Karl von Hohenzollern-Sigmaringen (1839-1914)
Karl-Wagner-Platz	26. 10. 1996	Karl „Charly“ Wagner (1933-1996), Gründungsmitglied der Bezirksvertretung 2
Kay-und-Lore-Lorentz-Platz	14. 12. 1995	Karl Wilhelm (1920-1993) und Lore Lorentz (1920-1994), Kabarettisten
Kennedydamm	erscheint ab 1964 im Adressbuch	John Fitzgerald Kennedy (1917-1963), Präsident der Vereinigten Staaten
Kettelerstraße	um 1936	Wilhelm Freiherr von Ketteler (1811-1877), Erzbischof von Mainz
Kieselstraße	01. 03. 1906	Karl Kiesel (1812-1903), Geheimer Regierungsrat
Kiesselbachstraße	01. 07. 1936	Clemens Kiesselbach (1858-1931), Ingenieur und Unternehmer
Kinkelstraße	13. 03. 1908	Gottfried Kinkel (1815-1882), Dichter und Kulturhistoriker
Kirchhoffweg	16. 08. 1937	Gustav Robert Kirchhoff (1824-1887), Physiker
Klapheckstraße	28. 11. 1953	Richard Klapheck (1883-1939), Kunsthistoriker
Klaus-Bungert-Straße	2007	Klaus Bungert (1926-2007), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Klausingstraße	14. 07. 1945	Friedrich Karl Klausing (1920-1944), Wehrmachtangehöriger und Widerstandskämpfer
Kleinstraße	Vor 1929	Heinrich Klein (1849-1908), Kaufmann und Unternehmer
Klingelhöferstraße	erscheint erstmals 1933 im Adressbuch	Gustav Klingelhöfer (+1918), Unternehmer
Köhlstraße	23. 03. 1949	Hermann Köhl (1888-1939), Flugpionier
Körtingstraße	21. 08. 1931	Ernst Körting (1842-1921), Ingenieur, Forscher, Konstrukteur, Kaufmann und Unternehmer

Koetschaustraße	21. 05. 1954	Karl Koetschau (1868-1949), Kunsthistoriker und Geheimer Hofrat
Kohlrauschweg	01. 08. 1936	Friedrich Wilhelm Kohlrausch (1840-1910), Physiker
Konrad-Adenauer-Platz	14. 09. 1967	Konrad Adenauer (1876-1967), Bundeskanzler
Koppersstraße	24. 09. 1980	Heinrich Koppers (1872-1941), Ingenieur und Kokerei-Techniker
Kreitenstraße	23. 03. 1949	Karl Robert Kreiten (1916-1943), Pianist
Kriegerstraße	01. 08. 1936	Richard Krieger (1867-1899), Ingenieur und Unternehmer
Kriegestraße	26. 01. 1953	Walter Kriege (1891-1952), Jurist
Krönerweg	Februar 1929	Christian Kröner (1838-1911), Jagd-, Wild- und Landschaftsmaler
Kronprinzenstraße	03. 07. 1854	Kaiser Friedrich III. (1831-1888)
Kruppstraße	22. 09. 1891	Friedrich Krupp (1787-1826), Industrieller
Kühlwetterstraße	13. 03. 1908	Friedrich von Kühlwetter (1809-1904), Regierungspräsident in Düsseldorf
Künnestraße	12. 05. 1909	Dietrich Künne (1823-1898), Unternehmer
Kurt-Baurichter-Straße	18. 11. 1993	Kurt Baurichter (1902-1974), Regierungspräsident in Düsseldorf
Kurt-Schumacher-Straße	04. 11. 1965	Kurt Schumacher (1895-1952), Politiker
Kurt-Tucholsky-Straße	19. 12. 1966	Kurt Tucholsky (1890-1935), Schriftsteller
Lambert-Backer-Straße	31. 01. 1986	Lambert Backer (1879-1959), Mitbegründer des Arbeitervereins "Freiheit" in Düsseldorf
Lantzallee	01. 07. 1936	Theodor Lantz (1859-1908), Gutsbesitzer
Leo-Baeck-Straße	14. 06. 1984	Leo Baeck (1873-1956), Vorsitzender des Rabbiner-Verbandes in Deutschland und Rabbiner in Opper
Leopoldstraße	12. 07. 1870	Leopold Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1835-1905)
Leo-Statz-Platz	29. 05. 1980	Leo Statz (1898-1943), Präsident der Karnevalsvereine in Düsseldorf
Leo-Statz-Straße	Mai 1945	Leo Statz (1898-1943), Präsident der Karnevalsvereine in Düsseldorf
Leostraße	Vor 1909	Papst Leo XIII. (1810-1903)
Lessingplatz	erscheint ab 1895 im Adressbuch	Karl Friedrich Lessing (1808-1880), Historien- und Landschaftsmaler
Lessingstraße	förmlich festgestellt am 31. 05. 1887	Karl Friedrich Lessing (1808-1880), Historien- und Landschaftsmaler
Leutweinstraße	16. 12. 1937	Theodor Leutwein (1849-1921), Kolonialoffizier
Liebigstraße	22. 02. 1888	Justus Freiherr von Liebig (1803-1873), Chemiker
Liesegangstraße	02. 08. 1952	Helmuth Liesegang (1858-1945), Landschaftsmaler
Liliencronstraße	17. 08. 1909	Detlef Freiherr von Liliencron (1844-1909), Dichter
Lilienthalstraße	23. 03. 1949	Otto Lilienthal (1848-1896), Flugpionier

Lindemannstraße	11. 08. 1903	Ernst Lindemann (1833-1900), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Lise-Meitner-Straße	29. 08. 1980	Lise Meitner (1878-1968), Physikerin
Löbbbeckestraße	30. 11. 1954	Theodor Löbbbecke (1821-1901), Sammler
Lönsstraße	16. 01. 1937	Hermann Löns (1866-1914), Dichter
Lore-Agnes-Weg	23. 03. 1976	Lore Agnes (1876-1953), Politikerin und Vorkämpferin der Frauenbewegung
Lotte-Wicke-Weg	08. 09. 1989	Lotte Wicke (1914-1989), Politikern
Louise-Dumont-Straße	14. 03. 1952	Louise Dumont (1862-1932), Schauspielerin und Theaterleiterin
Louis-Pasteur-Platz	24. 10. 2009	Louis Pasteur (1822-1895), Wissenschaftler
Lubarschstraße	30. 11. 1956	Otto Lubarsch (1860-1939), Pathologe
Luckemeyerstraße	27. 01. 1972	Carl Luckemeyer (1801-1875), Pionier der Personenschiffahrt auf dem Rhein
Ludwig-Beck-Straße	01. 10. 1957	Ludwig Beck (1880-1944), Generaloberst und Widerstandskämpfer
Ludwig-Erhard-Allee	13. 09. 1984	Ludwig Erhard (1897-1977), Bundeskanzler
Ludwig-Hammers-Platz	24. 03. 1959	Ludwig Hammers (1822-1902), Oberbürgermeister in Düsseldorf
Ludwig-Wolker-Straße	29. 06. 1965	Ludwig Wolker (1887-1955), Leiter der deutschen katholischen Jugend
Ludwig-Zimmermann-Straße	09. 10. 1958	Ludwig Zimmermann (1854-1934), Direktor des Düsseldorfer Stadttheaters
Lüderitzstraße	16. 12. 1937	Franz Adolf Eduard von Lüderitz (1834-1886), Kaufmann
Luegallee	12. 07. 1909	Heinrich Lueg (1840-1917), Industrieller und Geheimer Kommerzienrat
Luegplatz	12. 07. 1909	Heinrich Lueg (1840-1917), Industrieller und Geheimer Kommerzienrat
Lürmannstraße	21. 08. 1931	Fritz Lürmann (1834-1919), Eisenhütteningenieur
Luise-Hensel-Straße	17. 05. 1954	Luise Hensel (1798-1876), Dichterin
Luisenstraße	erscheint erstmals 1860 im Adressbuch	Luise Wilhelmine von Preußen, geb. Herzogin von Anhalt-Bernburg (1799-1882)
Luise-Rainer-Straße	14. 01. 2017	Luise Rainer (1910-2014), Schauspielerin
Luppstraße	19. 05. 1933	Rudolf Lupp, Kommerzienrat und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf
Marc-Chagall-Straße	24. 10. 2009	Marc Chagall (1887-1985), Maler
Marconistraße	13. 11. 1958	Guillemo Marconi (1874-1937), Physiker
Maria-Juchacz-Straße	28. 05. 1982	Maria Juchacz (1879-1956), Politikerin und Mitbegründerin der Arbeiterwohlfahrt
Marie-Curie-Straße	05. 04. 2008	Marie Curie (1867-1934), Physikerin und Chemikerin
Marienstraße	erscheint erstmals 1870 im Adressbuch	(angeblich) Marie Luise Alexandra Karoline von Hohenzollern-Sigmaringen (1845-1912)
Marlene-Dietrich-Straße	16. 07. 2016	Marlene Dietrich (1901-1992), Schauspielerin und Sängerin

Marthastraße	erscheint ab 1939 in den Adressbüchern	Martha Ellermann (1889-1927), war in der Kinderfürsorge während des Ersten Weltkrieges tätig
Marxsteig	X	Wilhelm Marx (1851-1924), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Masbergweg	02. 08. 1940	Jakob Masberg (1849-1923), Pädagoge und Geheimrat
Matthias-Erzberger-Straße	19. 12. 1966	Matthias Erzberger (1875-1921), Politiker und Minister
Maurice-Ravel-Park	24. 10. 2009	Joseph-Maurice Ravel (1875-1937), Komponist
Max-Born-Straße	29. 08. 1980	Max Born (1882-1970), Physiker
Max-Brandts-Straße	25. 02. 1928	Max Brandts (1854-1905), Landesrat
Max-Clarenbach-Weg	1977	Max Clarenbach (1880-1952), Maler
Max-Halbe-Straße	23. 04. 1956	Max Halbe (1865-1945), Dramatiker und Schriftsteller
Maximilian-Kolbe-Straße	23. 03. 1976	Maximilian Kolbe (1894-1941), katholischer Priester
Max-Planck-Straße	20. 08. 1959	Max Planck (1858-1947), Physiker
Maybachstraße	12. 08. 1915	Albert von Maybach (1822-1904), preußischer Minister
Meineckestraße	24. 03. 1955	Friedrich Meinecke (1862-1954), Historiker
Meliesallee	Nach 1929	Julius Melies (1867-1948), Bürgermeister
Mendelweg	16. 01. 1934	Gregor Johann Mendel (1822-1884), Entdecker der nach ihm benannten Mendelschen Vererbungsgesetze
Michaelplatz	22. 03. 1913	Michael Simons (1817-1895), Mitbegründer der Michael- und Henriette-Simons-Stiftung
Mintropplatz	26. 09. 1893	Theodor Mintrop (1814-1870), Kunstmaler
Mintropstraße	26. 09. 1893	Theodor Mintrop (1814-1870), Kunstmaler
Möhlaustraße	16. 01. 1931	Adolf Möhlau (1844-1912), Kommerzienrat und Unternehmer
Mörikestraße	22. 11. 1954	Eduard Mörike (1804-1875) evangelischer Pfarrer und Lyriker
Moltkestraße	23. 10. 1888	Helmuth Graf von Moltke (1800-1891), Generalfeldmarschall
Moorenplatz	13. 03. 1908	Albert Mooren (1828-1899), Mediziner
Moorenstraße	erscheint seit 1902 in den Adressbüchern	Albert Mooren (1828-1899), Mediziner
Moritz-Sommer-Straße	24. 09. 1987	Moritz Sommer (1872-1945), Klempner und vom NS-Regime Verfolgter
Morsestraße	14. 02. 1905	Samuel Finley Morse (1791-1872), Maler und Entwickler des Morse-Alphabets
Mühligweg	Februar 1932	Hugo Mühlig (1854-1929), Landschaftsmaler
Müller-Schlösser-Gasse	19. 12. 1966	Hans Müller-Schlösser (1884-1956), Dramatiker

Münchhausenweg	März 1947	Börries Freiherr von Münchhausen (1874-1945), Balladendichter
Mulvanystraße	16. 10. 1937	William Thomas Mulvany (1806-1885), Industrieller
Mutter-Ey-Platz	19. 09. 2015	Johanna Ey (1864-1947), Unterstützerin der Künstlerszene
Mutter-Ey-Straße	31. 01. 1966	Johanna Ey (1864-1947), Unterstützerin der Künstlerszene
Nelly-Sachs-Straße	25. 10. 1976	Nelly Sachs (1891-1970), Dichterin
Nernstweg	16. 01. 1934	Walther Nernst (1864-1941), Physiker
Neßlerstraße	08. 07. 1930	Viktor Neßler (1841-1890), Komponist
Neunzigstraße	12. 02. 1957	Josef Neunzig (1797-1877), Mediziner und 48er Revolutionär
Nikolaus-Groß-Platz	19. 07. 2003	Nikolaus Groß (1898-1945), christlicher Gewerkschafter und Widerstandskämpfer
Nikolaus-Knopp-Platz	20. 11. 1931	Nikolaus Knopp (1866-1942), Bürgermeister von Heerdt-Oberkassel
Nöggerathweg	16. 06. 1934	Johann Jakob Nöggerath (1788-1877), Mineraloge und Bergwerkswissenschaftler
Norbert-Schmidt-Straße	23. 01. 1961	Norbert Schmidt (1887-1960), Ingenieur
Oechelhäuserstraße	16. 01. 1931	Wilhelm von Oechelhäuser (1850-1923), Ingenieur
Oederallee	01. 11. 1934	Georg Oeder (1846-1931), Landschaftsmaler
Oertelstraße	26. 01. 1953	Bruno Oertel (1871-1938), Mediziner
Ostendorfstraße	11. 08. 1903	Julius Ostendorf (1823-1877), Pädagoge
Ostwaldstraße	13. 11. 1958	Wilhelm Ostwald (1853-1932), Chemiker und Philosoph
Oswald-Spengler-Straße	16. 10. 1956	Oswald Spengler (1880-1936), Kultur- und Geschichtsphilosoph
Otto-Beche-Straße	31. 01. 1986	Otto Beche (1876-1950), Unternehmer
Otto-Braun-Straße	19. 12. 1966	Otto Braun (1872-1955), Politiker und Minister
Otto-Hahn-Straße	29. 08. 1980	Otto Hahn (1879-1968), Chemiker und Atomforscher
Otto-Pankok-Straße	26. 01. 1984	Otto Pankok (1893-1966), Graphiker
Otto-Petersen-Straße	22. 11. 1979	Otto Petersen (1874-1953), Ingenieur und Industrieller
Ottostraße	vor 1912	Fürst Otto von Bismarck (1815-1898), erster Reichskanzler
Otto-zur-Linde-Straße	17. 05. 1953	Otto zur Linde (1873-1938), Lyriker, Essayist und Kulturhistoriker
Owensstraße	um 1935, erscheint ab 1936 in den Adressbüchern	Michael Joseph Owens (1859-1923), Erfinder
Pallenbergstraße	förmlich festgestellt am 27. 11. 1887	Josef Franz Pallenberg (1882-1946), Bildhauer
Pastor-Bröhl-Straße	09. 06. 2001	Johannes Bröhl (1906-1996), Pfarrer Lohausen

Pastor-Busch-Weg	28. 09. 1967	Jakob Hubert Theodor Busch (1887-1959), erster Pfarrer der 1930 gegründeten katholischen Kirchengemeinde Christus König.
Pastor-Dörr-Ring	X	Heinrich Dörr, langjähriger Pfarrer in Düsseldorf-Itter
Pastor-Drauschke-Weg	28. 04. 1994	Anton Drauschke (1884-1966), katholischer Pfarrer in Unterrath
Pastor-Finke-Weg	24. 11. 1994	Bernhard Finke (1912-1990), katholischer Pfarrer in Vennhausen
Pastor-Zentis-Weg	26. 10. 1972	Gerhard Zentis (1878-1956), katholischer Pfarrer in Niederkassel
Pastor-Kramer-Weg	2007	Günther Kramer (1910-1994), evangelischer Pastor in Unterrath
Paul-Bonatz-Straße	19. 07. 1961	Paul Bonatz (1877-1956), Architekt
Paulinenplatz	30. 08. 2008	Pauline Heye (1842-1928), Ehefrau des Industriellen Ferdinand Heye
Paulinenstraße	1911	Pauline Heye (1842-1928), Ehefrau des Industriellen Ferdinand Heye
Paulistraße	vor 1929	Karl Thomas Pauli (1831-1919), katholischer Pfarrer in Benrath
Paul-Klee-Platz	11. 01. 1986	Paul Klee (1879-1940), Maler und Graphiker
Paul-Klee-Weg	27. 01. 1972	Paul Klee (1879-1940), Maler und Graphiker
Paul-Löbe-Straße	23. 03. 1976	Paul Löbe (1875-1967), Politiker und Minister
Paul-Pieper-Straße	26. 10. 1993	Paul Pieper (1840-1913), evangelischer Pfarrer in Gerresheim
Paul-Spiegel-Platz	23. 06. 2007	Paul Spiegel (1937-2006), Journalist und Unternehmer
Paul-Thomas-Straße	1929	Paul Thomas (1870-1930), Unternehmer
Paul-von-Hase-Straße	14. 07. 1945	Paul von Hase (1885-1944), Generaloberst und Widerstandskämpfer
Pelmannstraße	27. 01. 1972	Carl Wilhelm Pelmann (1838-1916), Mediziner
Peter-Adolphs-Straße	28. 02. 1962	Peter Adolphs (1884-1953), Stadtverordneter
Peter-Behrens-Straße	19. 07. 1961	Peter Behrens (1868-1940), Architekt und Designer
Peter-Bernard-Weg	12. 10. 2013	Peter Bernard (1934-2003), langjähriger Vorsitzender des Schützenvereins und Kirchenvorstand der Pfarre Heilige Familie in Stockum
Peter-Berten-Straße	14. 12. 1985	Peter Berten (1873-1960), Politiker und Ratsherr
Peter-Janssen-Straße	13. 03. 1908	Peter Janssen (1844-1908), Historienmaler
Peter-Krahe-Straße	nach 1929	Peter Krahe (1853-1925), Bürgermeister von Uerdingen
Peter-Müller-Straße	22. 09. 2007	Peter Müller (1916-2005), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Peter-Richarz-Straße	19. 12. 1966	Peter Richarz (1795-1884), Gemeindevorsteher in Eller
Peter-Royen-Weg	18. 06. 2016	Peter Royen (1923-2013), Maler, Grafiker und Bildhauer
Peter-Roos-Straße	19. 12. 1966	Peter Roos (1886-1962), Baumeister und Stadtverordneter
Petersenstraße	30. 06. 1951	Walter Petersen (1862-1950), Maler
Petersstraße	16. 12. 1937	Carl Peters (1856-1918), Kolonialpolitiker

Peter-Steinhauer-Weg	10. 04. 2010	Peter Steinhauer (+2008), Mitglied in der St. Hubertus Kompanie in Düsseldorf-Nieder-kassel 1912 e. V.
Pfarrer-Holl-Weg	24. 11. 2009	Joseph Holl (1830-1908), Pastor zu Harperscheid und Großenbaum/Angermund
Pfeifferstraße	12. 05. 1909	Wilhelm Pfeiffer (1828-1900), Bankier und Geheimer Kommerzienrat
Pfitznerstraße	22. 07. 1950	Hans Pfitzner (1869-1949), Komponist
Philipp-Reis-Straße	27. 06. 1963	Johann Philipp Reis (1834-1874), Physiker und Autodidakt
Philipp-Scheidemann-Straße	23. 03. 1976	Philipp Scheidemann (1865-1939), Journalist und Politiker
Plockstraße	18. 09. 1900	Karl Plock (* 1851), Regierungsbaumeister
Plüschowstraße	02. 12. 1932	Günter Plüschow (1886-1931), Seeoffizier und Flieger
Porschestraße	09. 10. 1958	Ferdinand Porsche (1875-1951), Ingenieur, Unternehmer und Automobilpionier
Prinz-Georg-Straße	23. 10. 1888	Prinz Georg von Preußen (1826-1902)
Professor-Dessauer-Weg	28. 09. 1978	Friedrich Dessauer (1881-1963), Biophysiker und
Professor-Neyes-Platz	16. 02. 2002	Joseph Neyes (1893-1988), Leiter des Düsseldorfer Bach-Vereins
Professor-Oehler-Straße	17. 09. 1976	Adalbert Oehler (1860-1943), Wirtschaftswissenschaftler und Oberbürgermeister von Düsseldorf
Professor-Schwippert-Straße	27. 12. 2007	Hans Schwippert (1899-1973), Architekt
Rankestraße	17. 05. 1954	Leopold von Ranke (1795-1886), Historiker
Redlichstraße	22. 11. 1954	Otto Redlich (1864-1939), Geheimer Archivrat
Regerstraße	16. 05. 1937	Max Reger (1873-1916), Komponist
Reinhold-Schneider-Straße	11. 06. 1963	Reinhold Schneider (1903-1958), Schriftsteller und Historiker
René-Schickele-Straße	11. 06. 1963	René Schickele (1883-1940), Schriftsteller, Lyriker und Dramatiker
Rheinbabenstraße	05. 02. 1954	Freiherr Georg Kreuzwendedich von Rheinbaben (1855-1921), Regierungspräsident in Düsseldorf
Ria-Thiele-Straße	22. 10. 2011	Ria Thiele (1904-1996), Schauspielerin, Tänzerin und Choreographin
Ricarda-Huch-Straße	11. 06. 1963	Ricarda Huch (1864-1947), Schriftstellerin und Historikerin
Richard-Oskar-Mattern-Straße	01. 11. 2003	Richard Oskar Mattern (1856-1913), Gründervater der Deutschen Apotheker- und Ärztebank
Richard-Strauss-Platz	13. 09. 1954	Richard Strauss (1864-1949), Komponist und Dirigent
Rilkestraße	28. 05. 1956	Rainer Maria Rilke (1875-1926), Dichter
Robert-Bernardis-Straße	14. 07. 1945	Robert Bernardis (1908-1944), Oberstleutnant und Widerstandskämpfer

Robert-Hansen-Straße	28. 06. 1976	Robert Hansen (1877-1957), Gründer des Allgemeinen Bürgervereins Urdenbach
Robert-Kratz-Weg	27. 03. 1963	Robert Kratz (1852-1897), Komponist und Musikpädagoge
Robert-Lehr-Ufer	03. 06. 1957	Robert Lehr (1883-1956) Jurist und Oberbürgermeister von Düsseldorf
Robert-Luther-Straße	13. 03. 1908	Robert Luther (1822-1900), Astronom
Robert-Mayer-Weg	16. 01. 1934	Julius Robert Mayer (1814-1878), Mediziner und Physiker
Robert-Stolz-Straße	25. 04. 1980	Robert Stolz (1880-1975), Komponist
Röntgenweg	14. 03. 1952	Wilhelm Konrad Röntgen (1845-1923), Physiker
Röpkestraße	01. 05. 2004	Wilhelm Röpke (1899-1966), Ökonom und Philosoph
Röttgerstraße	17. 05. 1954	Karl Röttger (1877-1942), Dichter
Rolf-Bongs-Straße	17. 05. 1997	Rolf Bongs (1907-1981), Lyriker und Schriftsteller
Romy-Schneider-Straße	16. 07. 2016	Romy Schneider (1938-1982), Schauspielerin
Rose-Ausländer-Straße	02. 04. 2016	Rose Ausländer (1901-1988), Lyrikerin
Roseggerstraße	26. 01. 1953	Peter Rosegger (1843-1918), Volksschriftsteller
Rosenthalstraße	22. 11. 1954	Philipp Rosenthal (1855-1937), Unternehmer
Rudolf-Breitscheid-Straße	23. 03. 1976	Rudolf Breitscheid (1874-1944), Politiker und Minister
Rudolf-Lupp-Platz	07. 05. 2008	Rudolf Lupp, Kommerzienrat und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf
Scheffelstraße	20. 07. 1921	Josef Viktor von Scheffel (1826-1886), Schriftsteller
Scheidtstraße	12. 04. 1910	Gustav Adolf Scheidt (1827-1908), Gründer der Scheidt-Keim-Stiftung zur Erhaltung des Zoologischen Gartens
Scheurenstraße	26. 09. 1893	Caspar Scheuren (1810-1887), Landschaftsmaler
Schiess-Straße	31. 01. 1966	Ernst Schiess (1840-1915), Unternehmer und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf
Schimmelpfennigstraße	21. 05. 1976	Jakob Schimmelpfennig (1899-1976), Unternehmer
Schlieffenstraße	19. 05. 1938	Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913), preußischer Generalfeldmarschall
Schloßmannstraße	06. 10. 1947	Arthur Schloßmann (1867-1932), Mediziner und Geheimrat
Schnaasestraße	17. 05. 1954	Karl Schnaase (1798-1875), Oberprokurator am Landgericht Düsseldorf und Kunsthistoriker
Schöndorffstraße	14. 03. 1952	Albert Schöndorff (1870-1942), Unternehmer und Stadtverordneter
Schorlemer Straße	12. 07. 1909	Klemens Freiherr von Schorlemer-Lieser (1856-1922), Oberpräsident der Rheinprovinz und Minister
Schüßlerstraße	16. 06. 1935	Wilhelm Heinrich Schüßler (1821-1898), Mediziner
Schwabstraße	12- 02. 1957	Max Schwab (1873-1928), Unternehmer

Schwannstraße	21. 01. 1955	Theo Schwann (1810-1882), Astronom und Physiologe
Schweitzerstraße	19. 01. 1956	Franz Georg Schweitzer (1866-1924), Generalpräses des katholischen Kolpingwerks
Sebastian-Schäffer-Straße	19. 01. 1956	Sebastian Schäffer (+ 1901), Generalpräses des katholischen Kolpingwerks
Siegfried-Klein-Straße	27. 09. 1962	Siegfried Klein (1882-1942?), Rabbiner in Düsseldorf
Siemensstraße	erscheint ab 1902 im Adressbuch	Werner von Siemens (1816-1892), Ingenieur und Unternehmer
Simon-Gatzweiler-Platz	22. 01. 1986	Simon Gatzweiler (1914-1985), Unternehmer
Simrockstraße	01. 03. 1906	Karl Simrock (1802-1876), Sprachwissenschaftler
Sodenstraße	16. 12. 1936	Julius Freiherr von Soden (1846-1921), Kolonialpolitiker
Sohnstraße	11. 08. 1903	Karl Ferdinand (1805-1867) und Wilhelm (1830-1899) Sohn, Historienmaler
Solfstraße	16. 12. 1937	Wilhelm Heinrich Solf (1862-1936), Kolonialpolitiker
Sonderburgstraße	17. 08. 1909	Auguste Viktoria Friederike Luise Feodora Jenny von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1858-1921)
Sonnenstraße	26. 09. 1893	Johann Sonnen (1848-1904), Pädagoge
Speckmannweg	16. 08. 1937	Diedrich Speckmann (1872-1938), Schriftsteller
Steinhauerstraße	16. 01. 1936	Michael Steinhauer, Bürgermeister von Benrath
Stephanstraße	nach 1929	Heinrich von Stephan (1831-1897), Entwickler des deutschen Postwesens
Stresemannplatz	23. 04. 1956	Gustav Stresemann (1878-1929), Politiker, Minister und Reichskanzler
Stresemannstraße	23. 04. 1956	Gustav Stresemann (1878-1929), Politiker, Minister und Reichskanzler
Strümpellstraße	28. 11. 1953	Adolph von Strümpell (1853-1925), Neurologe
Sturmstraße	17. 08. 1909	Joseph Sturm (1828-1905), Beigeordneter in Eller
Sybelstraße	11. 08. 1903	Heinrich von Sybel (1817-1895), Historiker
Tellerlingstraße	seit 1934 in den Adressbüchern	Hermann Tellerling (1834-1904), Unternehmer
Theo-Champion-Straße	22. 10. 2011	Theo Champion (1887-1952), Maler
Theodor-Andresen-Straße	Mai 1945	Theodor Andresen (1907-1945), Widerstandskämpfer
Theodor-Heuss-Brücke	19. 12. 1957	Theodor Heuss (1884-1963), Bundespräsident
Theodor-Litt-Straße	07. 03. 1966	Theodor Litt (1880-1962), Pädagoge und Philosoph
Theodor-Mommsen-Straße	25. 01. 1955	Theodor Mommsen (1817-1903), Historiker
Theodor-Storm-Straße	09. 10. 1958	Theodor Storm (1817-1888), Dichter
Thomas-Dehler-Straße	22. 05. 1969	Thomas Dehler (1897-1967), Politiker und Minister
Thomas-Mann-Straße	23. 04. 1956	Thomas Mann (1875-1955), Schriftsteller

Tilde-Klose-Weg	21. 04. 1988, neu gewidmet am 13. 03. 1993	Tilde Klose (1892-1942), Auslandskorrespondentin und im NS-Regime Verfolgte
Toni-Kryn-Weg	26. 02. 2000	Anton „Toni“ Kryn (1908-1999), Krippenmeister und langjähriger Vorsitzender des Vereins der Krippenfreunde St. Margareta in Gerresheim
Toni-Turek-Platz	21. 10. 2006	Anton „Toni“ Turek (1919-1984), Sportler
Toni-Turek-Straße	15. 05. 2004	Anton „Toni“ Turek (1919-1984), Sportler
Trinkausstraße	um 1961	Max Trinkaus (1866-1929), Bankier und Kommerzienrat
Trojanstraße	01. 04. 1937	Johann Trojan (1837-1915), Schriftsteller
Ulrike-Scheffler-Rother-Straße	02. 04. 2016	Ulrike Scheffler-Rother (1949-2009), Lokalpolitikerin und Autorin
Ursula-Trabalski-Straße	26. 10. 1993	Ursula Trabalski (1921-1992), Kommunalpolitikerin
Vautierstraße	11. 08. 1903	Benjamin Vautier (1829-1898), Maler
Veehstraße	29. 07. 1954	Paul Veeh (1865-1914), Ingenieur
Verweyenstraße	23. 03. 1965	Johannes Maria Verweyen (1883-1945), Philosoph
Virchowstraße	28. 11. 1953	Rudolf Virchow (1821-1902), Mediziner, Anthropologe und Politiker
Vohwinkelallee	12. 07. 1909	Friedrich Vohwinkel (+1900), Eigentümer von Haus Eller
Von-Krüger-Straße	09. 10. 1958	Hermann von Krüger (1859-1940), Herr aus Schloss Eller und Mitglied im Stadtparlament
Wagnerstraße	29. 05. 1888	Richard Wagner (1813-1883), Opernkomponist,
Walter-Eucken-Straße	10. 07. 2004	Walter Eucken (1891-1950), Ökonom
Walter-Kyllmann-Straße	19. 07. 1961	Walter Kyllmann (1837-1913), Architekt
Walther-Hensel-Straße	31. 08. 1988	Walther Hensel (1899-1986), Oberstadtdirektor
Walther-Rathenau-Straße	Mai 1945	Walther Rathenau (1867-1922), Industrieller und Politiker
Weberstraße	31. 10. 1876	Johann Baptist Wilhelm Weber (1817-1873), Landschaftsmaler
Wendersstraße	12. 07. 1909	Karl Stephan Wenders (1842-1914), ermöglichte den Bau der St. Joseph-Kirche und des Augusta-Krankenhauses in Rath
Wenkerstraße	11. 11. 1926	Georg Wenker (1852-1911), Germanist und Bibliothekar
Werner-Pfingst-Platz	12. 09. 2009	Werner Pfingst (1915-1978), amerikanischer Soldat und vom NS-Regime Verfolgter
Wiedenhofenstraße	02. 12. 2000	Karl August Wiedenhofen (1888-1958), Jurist und Widerstandskämpfer
Wildenbruchstraße	17. 08. 1909	Ernst von Wildenbruch (1845-1909), Schriftsteller
Wilhelm-Bötzkes-Straße	24. 09. 1993	Wilhelm Bötzes (1883-1958), Industrieller
Wilhelm-Busch-Straße	Mai 1945	Wilhelm Busch (1832-1908), Dichter, Maler und Zeichner

Wilhelm-Heinrich-Weg	um 1950	Wilhelm Heinrich Grillo (1846-1915), Unternehmer
Wilhelm-Kaisen-Straße	14. 06. 1984	Wilhelm Kaisen (1887-1979), Politiker und Bürgermeister von Bremen
Wilhelm-Kienzle-Straße	um 1965	Wilhelm Kienzl (1857-1941), Komponist
Wilhelm-Kreis-Straße	19. 07. 1961	Wilhelm Kreis (1873-1955), Architekt
Wilhelm-Raabe-Straße	01. 02. 1936	Wilhelm Raabe (1831-1910), Erzähler
Wilhelm-Rüther-Straße	13. 09. 1984	Wilhelm Rüther (1908-1968), Mediziner
Wilhelm-Schmidtbonn-Straße	11. 06. 1963	Wilhelm Schmidtbonn (1876-1952), Dramatiker, Erzähler und Lyriker
Wilhelm-Suter-Pfad	um 1970	Wilhelm Suter (1876-1954), Pädagoge
Wilhelm-Unger-Straße	25. 01. 1968	Wilhelm Unger (1877-1953), Förderer des Turnwesens in Düsseldorf.
Willi-Becker-Allee	13. 09. 1984	Willi Becker (1918-1977), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Willstätterstraße	22. 10. 1987	Richard Willstätter (1872-1942), Chemiker
Willi-Terbuyken-Straße	16. 05. 2009	Willi Terbuyken (1935-2003), Lokalpolitiker
Windscheidstraße	11. 08. 1903	Bernhard Joseph Hubert Windscheid (1817-1892), Jurist
Wirmerstraße	22. 11. 1954	Josef Wirmer (1901-1944), Widerstandskämpfer
Wissmannstraße	13. 03. 1908	Hermann von Wissmann (1853-1905), Kolonialpolitiker
Witzelstraße	01. 08. 1925	Oskar Witzel (1856-1925), Mediziner und Geheimrat
Woermannstraße	16. 12. 1937	Adolf Woermann (1847-1911), Reeder und Großkaufmann
Wolfgang-Borchert-Straße	14. 06. 1984	Wolfgang Borchert (1921-1947), Schriftsteller
Wolfgang-Döring-Straße	04. 11. 1965	Wolfgang Döring (1919-1963), Politiker
Wrangelstraße	27. 03. 1940	Friedrich Heinrich Ernst Graf von Wrangel (1784-1877), preußischer Generalfeldmarschall
Zamenhofweg	erscheint ab 1978 im Adressbuch	Lazarus Ludwig Zamenhof (1859-1917), Mediziner
Zeppelinstraße	17. 08. 1909	Ferdinand Graf von Zeppelin (1838-1917), Konstrukteur
Zimmerstraße	20. 04. 1875	Wilhelm Zimmer (1853-1937), Maler

Straßen- und Platzbenennungen mit historischem Hintergrund

Straße/Platz	Datum der Benennung	Hintergrund
Am Denkmal	15. 09. 1983	verweist auf das hier befindliche Kriegerdenkmal
An der Golzheimer Heide	30. 11. 1927	Die Golzheimer Heide war zeitweise Truppenübungsplatz der Düsseldorfer Garnison. Seit 1909 befand sich hier auch die Luftschiffhalle und ab 1927 der Verkehrsflughafen Düsseldorf-Lohausen, heute Rhein-Ruhr-Flughafen.
An der Ulanenkaserne	27. 12. 2008	Erinnert an das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5, dessen Garnisonstadt Düsseldorf von 1822 bis 1918 war.
Diedenhofener Straße	27. 08. 1927	Diedenhofen (französisch Thionville), Kreisstadt und französische Festung in Lothringen; kapitulierte im Deutsch-Französischen Krieg am 25.11.1870 vor den deutschen Truppen
Eifeler Straße	um 1890	Hier befand sich eine Siedlung mit Fabrikarbeitern aus der Eifel, die bei der Firma Poensgen beschäftigt waren.
Eintrachtstraße	förmlich festgestellt am 03. 07. 1893	Benannt zur Erinnerung an die durch die "Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches am 18.01.1871 hergestellte Eintracht unter den deutschen Stämmen."
Elsässer Straße	08. 11. 1926	Elsass (französisch Alsace), Landschaft zwischen Vogesen und Oberrhein mit wechselvoller Geschichte; gehörte seit Ende des Deutsch-Französischen Krieges 1871 bis zum Ende des 1. Weltkrieges 1919 mit einem Teil von Lothringen als "Reichsland Elsaß-Lothringen" zum Deutschen Reich.
Flottenstraße	vor 1905	Die Benennung steht wohl in Zusammenhang mit der Begeisterung der damaligen Deutschen Flottenvereine für die neue Kriegsflotte im Kaiserreich.
Freiheitsstraße	20. 07. 1921	Zur Erinnerung an die Umwandlung des Deutschen Reiches in einen Freistaat am 9. November 1918
Füsilierstraße	30. 09. 1902	Benannt nach dem Füsilier-Regiment Nr. 39, das 1866-1945 in Düsseldorf stationiert war.
Girardetbrücke	1976	Girardet Verlag, Herausgeber der Westdeutschen Zeitung/Düsseldorfer Nachrichten
Gravelottestraße	01. 03. 1906	Gravelotte; lothringisches Dorf westlich von Metz; im Deutsch-Französischen Krieg siegten hier am 18.08.1870 die vereinigten Deutsche Heere über die französische Armee unter General Bazaine.
Kanonierstraße	22. 04. 1890	Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges lagen an der Roßstraße Feldartillerieeinheiten in Garnison.

Kanzlerstraße	17. 08. 1909	Vorher Bismarckstraße; nach der Eingemeindung von Rath erfolgte die Umbenennung wohl der Einfachheit halber mit dem Amtstitel Bismarcks , dem Kanzler des Deutschen Reiches.
Konkordiastraße	06. 10. 1874	Zur Erinnerung an die "Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches 1871" und die dadurch bewirkte "Herstellung der Eintracht unter den deutschen Stämmen".
Kronenstraße	förmlich festgestellt am 14. 01. 1878	Benannt nach der deutschen Kaiserkrone, die König Wilhelm von Preußen 1871 bei Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches annahm.
Langfuhrstraße	13. 12. 1954	Langfuhr (polnisch Wrczeszcz), zu Danzig gehörender Villenvorort, ehemals Garnisonsstadt des Husaren-Regiments des Kronprinzen Wilhelm von Preußen, seit 1945 unter polnischer Verwaltung, seit 1900 (?) polnisch.
Prinzenallee	12. 07. 1909	Benannt nach den Prinzen des ehemaligen deutschen Kaiserhauses.
Reichsgasse	um 1892	X
Reichsstraße	28. 02. 1871	Zur Erinnerung an die „Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches am 18. 1. 1871“.
Roßstraße	20. 04. 1875	Verweist auf die hier seit 1898 liegenden Kasernen der Ulanen und der bespannten Artillerie.
Scheibenstraße	03. 07. 1854	Am Nordhang des Napoleonsberges im Hofgarten befanden sich bis 1847 die Schießstände der Garnison, deren Schießscheiben im Bereich dieser Straße gestanden haben.
Schießstandweg	um 1939	Führt zu den ehemaligen Garnison-Schießständen im Aaper Wald
Schwietzkestraße	25. 04. 1991	Die Straße liegt auf dem ehemaligen Gelände der Metallwerke Schwietzke, 1870 von Johann Gottlieb Schwietzke als Metallgießerei und -dreherei gegründet. Mitglieder der Familie waren Düsseldorfer Stadtverordnete, Vorsitzende des Vereins der Gießereifachleute und machten sich durch großzügige Stiftungen verdient.
Sedanstraße	26. 03. 1872	Sedan, französische Stadt an der Maas. Die Kapitulation der französischen Hauptarmee und die Gefangennahme Kaiser Napoleons III. wurden zum Wendepunkt des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71. Der Sieg wurde im Kaiserreich bis 1918 alljährlich am 1. September als "Sedanstag" gefeiert.
Sigmaringenstraße	16. 05. 1968	Sigmaringen, Stadt in Württemberg-Hohenzollern, an der Donau. Nachdem Fürst Karl Anton von 1852 bis 1871 mit seiner Familie im Schloss Jägerhof residierte, pflegten die bis 1849 souveränen Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen enge Beziehungen zu Düsseldorf, vornehmlich zum St. Sebastianus Schützenverein von 1316, dessen Protektoren sie bis zum Tode des Fürsten Friedrich 1965 stellten.

Spichernplatz	um 1898	Spichern (französisch Spicheren), Gemeinde in Lothringen, an der saarländischen Grenze. Der Straßename erinnert an die Teilnahme des damals hier als Garnison liegenden Niederrheinischen Füsilierregiments Nr. 39 an der Schlacht bei Spichern am 8. August 1870 im deutsch-französischen Krieg.
Spichernstraße	um 1898	Siehe Spichernplatz
Ulanenstraße	02. 05. 1929	Erinnert an das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5, dessen Garnisonstadt Düsseldorf von 1822 bis 1918 war.
Walkürenstraße	12. 07. 1090	Walküren [altnordisch "diejenigen, die bestimmen, wer auf dem Kampfplatz fallen soll"], in der germanischen Mythologie die Botinnen Wodans, die die Gefallenen mit ihrem Kuss zu ewigem Leben erwecken; Neubearbeitung des Stoffes durch Richard Wagners Oper "Die Walküre" (1851/52).
Weißenburgstraße	um 1895	Weißenburg (französisch Wissenbourg), unterelsässische Stadt an der Lauter. Hier kamen am 4.8.1870 die deutschen Truppen unter Kronprinz Friedrich zu ihrem ersten Sieg im Deutsch-Französischen Krieg.
Zur alten Exerzierhalle	27. 12. 2008	X
Zur alten Kaserne	26. 09. 2013	X

Prüfliste „Schnell-Check“

Straßen-/Platzname	Persönlichkeit
Benningsen-Platz	Rudolf Benningsen-Foerder (1926-1989), Industriemanager
Curt-Beckmann-Straße	Curt Beckmann (1901-1970), Maler und Bildhauer
Ernst-Derra-Straße	Ernst Derra (1901-1979), Mediziner und ab 1946 leitender Chirurg in Bonn
Fritz-Milster-Weg	Friedrich Hans Milster (1913-1985), Ratsmitglied und Mitbegründer des Bürgervereins Düsseldorf-Lörick e. V.
Fritz-Köhler-Weg	Fritz Köhler (1887-1972), Maler
Hannes-Esser-Platz	Hannes Esser (1920-2007), Maler
Hanns-Heuer-Platz	Hanns Heuer (1917-2009), Mitbegründer des Bürgervereins Heerd
Hans-Vilz-Weg	Hans Vilz (1902-1971), Tier- und Landschaftsmaler
Heinrich-Holtschneider-Weg	Heinrich Holtschneider (1909-1997), Amtsbürgermeister von Angermund und letzter Bürgermeister von Wittlaer/Kalkum
Heinrich-Könn-Straße	Heinrich Könn (1905-1993), CDU-Kommunalpolitiker
Heinrich-Köppler-Straße	Heinrich Köppler (1925-1980), CDU-Politiker
Heinrich-Opladen-Straße	Heinrich Opladen (1897-1956), Oberstudienrat am Schlossgymnasium Benrath
Heinrich-Willinghöfer-Weg	Heinrich Willinghöfer (1890-1964), Vorsitzender des Düsseldorfer Siedlerbundes für Kinderreiche
Heinrich-von-Brentano-Platz	Heinrich von Brentano (1904-1964), Jurist und CDU-Politiker
Heinz-Ingenstau-Straße	Heinz Ingenstau (1910-1971), Jurist und Stadtdirektor
Heinz-Schmöle-Straße	Heinz Schmöle (1913-1982), Vorstandsvorsitzender der Victoria-Versicherung
Hermann-Dornscheidt-Straße	Hermann Dornscheidt (1920-1988), Beigeordneter und Stadtdirektor
Hubert-Hermes-Straße	Hubert Hermes (1889-1964), Vorsitzender des Schützen- und Bürgervereins Lörick
Eckenerstraße	Hugo Eckener (1868-1964), Luftschiffer und Nachfolger von Ferdinand Graf von Zeppelin
Hülsestraße	Ernst Hülse (1881-1949), Präsident der Landeszentralbank NRW
Ivo-Beucker-Straße	Ivo Beucker (1909-1965), Bildhauer

Jakob-Kneip-Straße	Jakob Kneip (1881-1958), Schriftsteller
Johannsenstraße	Paul Johannsen (1907-1975), Gartenarchitekt
Josef-Wilden-Straße	Josef Wilden (1877-1953), Präsident der Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer
Joseph-Kardinal-Frings-Brücke	Joseph Frings (1887-1978), Erzbischof von Köln
Karl-Frech-Straße	Karl Frech (1901-1967), SPD-Kommunalpolitiker
Karl-Heinz-Bott-Weg	Karl-Heinz Bott (1915-2000), Studiendirektor und stellvertretender Schulleiter des Gymnasiums Gerresheim
Karl-Hohmann-Straße	Karl Hohmann (1908-1974), Fußballspieler
Kurt-Baurichter-Straße	Kurt Baurichter (1902-1974), SPD-Politiker
Professor-Neyes-Platz	Joseph Neyes (1893-1988), Leiter des Düsseldorfer Bach-Vereins
Meineckestraße	Friedrich Meinecke (1862-1954), Historiker
Norbert-Schmidt-Straße	Norbert Schmidt (1887-1960), Ingenieur
Simon-Gatzweiler-Platz	Simon Gatzweiler (1914-1985), Mitinhaber der Privatbrauerei Gebrüder Gatzweiler
Toni-Kryn-Weg	Anton Kryn (1908-1999), Krippenmeister und Vorsitzender des Vereins Krippenfreunde St. Margareta in Gerresheim
Wilhelm-Bötzkes-Straße	Wilhelm Bötzes (1883-1958), Bankier
Wilhelm-Rüther-Straße	Wilhelm Rüther (1908-1968), Mediziner und Chefarzt der Inneren Abteilung des Krankenhauses Düsseldorf-Benrath
Wolfgang-Döring-Straße	Wolfgang Döring (1919-1963), FDP-Politiker
Bruno-Recht-Weg	Bruno Recht (1921-1998), Bürgermeister von Düsseldorf
Fritz-Vomfelde-Straße	Fritz Vomfelde (1900-1961), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Georg-Glock-Straße	Georg Glock (1891-1959), Bürgermeister von Düsseldorf
Josef-Gockeln-Straße	Josef Gockeln (1900-1958), Stadtverordneter
Josef-Kürten-Platz	Josef Kürten (1928-2010), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Klaus-Bungert-Straße	Klaus Bungert (1926-2007), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Meliesallee	Julius Melies (1867-1948), Bürgermeister von Benrath
Nikolaus-Knopp-Platz	Nikolaus Knopp (1866-1942), Bürgermeister von Heerdt-Kassel und Beigeordneter
Professor-Oehler-Straße	Adlabert Oehler (1860-1943), Oberbürgermeister von Düsseldorf
Robert-Lehr-Ufer	Robert Lehr (1883-1956), Oberbürgermeister von Düsseldorf

Prüfliste – Straßennamen

Anmerkung: Die nachfolgenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf jene Aspekte, die eine Verbindung der jeweiligen Persönlichkeit zu den festgelegten Überprüfungskriterien (Kolonialismus, Antisemitismus, Rassismus, Nationalsozialismus, Militarismus, Chauvinismus) erkennen lassen; in den späteren Gutachten wird eine differenziertere Betrachtung unter Berücksichtigung positiver Verdienste erfolgen.

Aufgrund der Menge der zu überprüfenden Straßennamen musste die erste Recherche größtenteils digital erfolgen; jedes Gutachten wird eine ausführliche Quellen- und Literaturliste enthalten.

1. Kunst & Kultur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Arthur-Kampf-Straße (vor 1975)	<p>Arthur Kampf (1864-1950)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maler - gehörte zu den vom NS-Regime privilegierten Künstlern - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 266.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Kampf</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Gerhart-Hauptmann-Straße (19. 07. 1961)	<p>Gerhart Hauptmann (1862-1946)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dramatiker und Schriftsteller - wurde vom NS-Regime protegiert - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 201f.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Gurlittstraße</p> <p>(25. 02. 1965)</p>	<p>Hildebrand Gurlitt (1895-1956)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kunsthistoriker und Kunsthändler - arbeitete als einer der Haupteinkäufer für das geplante Hitlermuseum in Linz - verkaufte die von den Nationalsozialisten beschlagnahmte sogenannte „Entartete Kunst“ <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hildebrand_Gurlitt</p> <p>Meike Hofmann und Nicola Kuhn: Hitlers Kunsthändler Hildebrand Gurlitt 1895 - 1956. Die Biographie, München 2016.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Gustaf-Gründgens-Platz</p> <p>(29. 10. 1976)</p>	<p>Gustaf Gründgens (1899-1963)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schauspieler und Regisseur - leitete bis 1945 das Preußische Staatstheater - wirkte in NS-Propagandafilmen mit - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 183f.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Harry-Piel-Platz</p> <p>(21. 07. 2007)</p>	<p>Harry Piel (1892-1963)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schauspieler und Regisseur - „Förderndes Mitglied der SS“ - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 414.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Harry_Piel</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Heinrich-Lersch-Straße (11. 06. 1963)	<p>Heinrich Lersch (1889-1936)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - Kriegsdichter während des Ersten Weltkrieges - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten - trat öffentlich für den Nationalsozialismus ein <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 329.</p> <p>https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/heinrich-lersch/DE-2086/lido/57c93fd5413092.72556768</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Helmut-Hentrich-Platz (29.11. 2003)	<p>Helmut Hentrich (1905-2001)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Architekt - Aufnahme in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 - beschäftigte Zwangsarbeiter <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 212.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Helmut_Hentrich</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Lönsstraße (16. 01. 1937)	<p>Hermann Löns (1866-1914)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Heimatdichter - Lektüre des Bauernromans „Der Wehrwolf“ wurde im Dritten Reich empfohlen - rassistisch-völkische Äußerungen - <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 339f.</p> <p>https://www.ndr.de/kultur/geschichte/koepfe/Hermann-Loens-Der-umstrittene-Heidedichter,loens152.html</p>	Rassismus Chauvinismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Josef-Ponten-Straße (11.06. 1963)	<p>Josef Ponten (1883-1940)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 419.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Ponten</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Max-Clarenbach-Weg (1977)	<p>Max Clarenbach (1880-1952)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Maler - 1939/40 Landesleiter in der Reichskammer der bildenden Künste - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 87.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Clarenbach</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Max-Halbe-Straße (23. 04. 1956)	<p>Max Halbe (1865-1945)</p> <ul style="list-style-type: none"> - völkischer Autor - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 192.</p> <p>http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezension-sachbuch-entlarvung-der-laengst-entlarvten-11320523.html</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Münchhausenweg (März 1947)</p>	<p>Börries Freiherr von Münchhausen (1874-1945)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller und Dichter - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 382.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Antisemitismus</p>
<p>Paul-Bonatz-Straße (19. 07. 1961)</p>	<p>Paul Bonatz (1877-1956)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Architekt unter Albert Speer - künstlerischer Berater von Fritz Todt <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 61f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Bonatz</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Speckmannweg (16. 08. 1937)</p>	<p>Diedrich Speckmann (1872-1938)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - gehörte 1933 zu den 88 Schriftstellern, die das „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler unterzeichneten <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 519f</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Diedrich_Speckmann</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Pfitznerstraße (22. 07. 1950)	<p>Hans Pfitzner (1869-1949)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Komponist - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 - bekannte sich auch nach 1945 zu seiner antisemitischen Einstellung <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 413.</p> <p>Sabine Busch: Hans Pfitzner und der Nationalsozialismus. Stuttgart/Weimer 2001.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hans_Pfitzner</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Antisemitismus
Richard-Strauss-Platz (13. 09. 1954)	<p>Richard Strauss (1864-1949)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Komponist und Dirigent - 1933-1935 Präsident der Reichsmusikkammer - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 - komponierte die Eröffnungsmusik für die Olympischen Spiele 1936 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 538f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Strauss</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Rolf-Bongs-Straße (17. 05. 1997)	<p>Rolf Bongs (1907-1981)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - ab 1938 beim Volksbund für das Deutschtum im Ausland angestellt - ab 1942 Soldat der Waffen-SS und SS-Kriegsberichterstatter <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Rolf_Bongs</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Roseggerstraße (26. 01. 1953)	Peter Rosegger (1843-1918) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller und Erzähler - verfasste nationalistische und kriegsfreundliche Texte - äußerte Verständnis für antisemitische Strömungen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Rosegger</p>	Militarismus Antisemitismus
Wagnerstraße (29. 05. 1888)	Richard Wagner (1813-1883) <ul style="list-style-type: none"> - Komponist - vertrat offensiv antisemitische Stereotype und entwickelte diese aktiv weiter - diente vor allem den Nationalsozialisten als antisemitisches Vorbild und Ideal <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 574f.</p>	Antisemitismus Rassismus
Wilhelm-Kreis-Straße (19. 07. 1961)	Wilhelm Kreis (1873-1955) <ul style="list-style-type: none"> - Architekt - 1938 Reichskultursenator der bildenden Künste - 1943 Präsident der Reichskammer der bildenden Künste - Aufnahme in die „Gottbegnadeten-Liste“ 1944 <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 305.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Kreis</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Wilhelm-Schmidtbonn-Straße (11. 06. 1963)	Wilhelm Schmidtbonn (1876-1952) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - unterzeichnete 1933 eine Loyalitätserklärung der Preußischen Akademie der Dichtung für die NS-Regierung - erhielt 1941 und 1942 Literaturpreise der Städte Köln und Bonn <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 305.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Schmidtbonn</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Ganghoferstraße (16. 10. 1936)	Ludwig Ganghofer (1844-1920) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - propagandistische Kriegsberichte - Mitglied der rechtsradikalen Deutschen Vaterlandspartei <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ludwig_Ganghofer</p>	Militarismus
Freytagstraße (11. 08. 1903)	Gustav Freytag (1816-1895) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - verbreitete antijüdische und antipolnische Stereotype <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Literarischer_Antisemitismus#Gustav_Freytag</p>	Antisemitismus Rassismus
Jakob-Kneip-Straße (20. 06. 1962)	Jakob Kneip (1881-1958) <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller - angesehener Autor im Dritten Reich <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Jakob_Kneip</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Joseph-Beuys-Ufer (29. 11. 1997)	Joseph Beuys (1921-1986) <ul style="list-style-type: none"> - Künstler - Dienst in der Wehrmacht - Nähe zu völkischem Gedankengut <p>https://www.sueddeutsche.de/kultur/kunst-und-nationalsozialismus-die-wirren-rechten-ideen-des-joseph-beuys-1.3973199</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Hermann-Reuter-Straße (27. 12. 2008)	Hermann Reuter (1880-1970) <ul style="list-style-type: none"> - Leiter der Landes- und Stadtbibliothek 1928-1950 - Im Dritten Reich an Straßenbenennungen beteiligt <p>Stadtarchiv Düsseldorf, Bestand IV 15918-15920</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

2. Politik, Verwaltung & Militär

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Adam-Stegerwald-Straße (19. 12. 1966)	Adam Stegerwald (1874-1945) <ul style="list-style-type: none"> - Gewerkschaftsführer, Reichstagsabgeordneter und Ministerpräsident - unterstützte den Kriegskurs der Regierung im Ersten Weltkrieg - stimmte 1933 mit der Zentrumsfraktion dem Ermächtigungsgesetz zu - kritisierte die ablehnende Haltung des Vatikans zum NS-Regime und forderte eine Annäherung an die nationalsozialistischen Auffassungen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Adam_Stegerwald</p> <p>Morsey, Rudolf (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Mainz 1973, S. 206ff.</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Bismarckstraße (10. 08. 1875)</p> <p>Bismarckweg (?)</p> <p>Kanzlerstraße (17. 08. 1909)</p>	<p>Fürst Otto von Bismarck (1815-1898)</p> <ul style="list-style-type: none"> - erster Reichskanzler - Umgang mit Minderheiten und Andersdenkenden (Sozialistengesetze, etc.) - Errichtung deutscher Kolonien in Afrika und Asien - initiierte die deutschen Einigungskriege <p>http://www.bpb.de/apuz/202989/bismarck-und-der-kolonialismus?p=all</p> <p>http://www.bpb.de/apuz/202981/bismarck-und-das-problem-eines-deutschen-sonderwegs</p> <p>https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialistengesetz.html</p>	<p>Militarismus</p> <p>Kolonialismus</p>
<p>Erwin-Rommel-Straße (22. 09. 1966)</p>	<p>Erwin Rommel (1891-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generalfeldmarschall der Wehrmacht - 1938/39 Kommando Führerhauptquartier - 1941 Oberbefehlshaber des Deutschen Afrikacorps <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 506f.</p> <p>Hermann Weiß (Hrsg.): Das Personenlexikon 1933-1945. Wien 2003, S. 384f.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Hans-Christoph-Seebohm-Straße (22. 01. 1980)</p>	<p>Hans-Christoph Seebohm (1903-1967)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Politiker und Bundesverkehrsminister - 1941 Mitbegründer der Egerländer Bergbau AG, die als „Auffanggesellschaft“ für die Übernahme „arisierten“ Eigentums fungierte - äußerte sich nach 1945 in seiner Funktion als Politiker extremistisch <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christoph_Seebohm</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>

<p>Kriegestraße (26. 01. 1953)</p>	<p>Walter Kriege (1891-1952)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Jurist - 1940 Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium - Teilnehmer der Tagung der höchsten Juristen des Reiches im April 1941 („Vernichtung lebensunwerten Lebens“) <p>Ernst Klee: Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 341.</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Leutweinstraße (16. 12. 1937)</p>	<p>Theodor Leutwein (1849-1921)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kolonialoffizier - Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika - Unterwerfung der indigenen Bevölkerung - 1896 Kampf gegen die Herero <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Theodor_Leutwein</p>	<p>Kolonialismus</p>
<p>Petersstraße (16. 12. 1937)</p>	<p>Carl Peters (1856-1918)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kolonialpolitiker - erwarb das Kerngebiet des späteren Deutsch-Ostafrika - 1897 wegen des gegen ihn erhobenen Vorwurfs der unwürdigen Behandlung der indigenen Bevölkerung entlassen und wegen Amtsmissbrauchs verurteilt <p>Ernst Klee: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009, S. 410f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Peters</p>	<p>Kolonialismus</p> <p>Rassismus</p>
<p>Sodenstraße (16. 12. 1936)</p>	<p>Julius Freiherr von Soden (1846-1921)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gouverneur der Kolonien Kamerun und Deutsch-Ostafrika <p>http://deutschland-postkolonial.de/portfolio/soden/</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Julius_von_Soden</p>	<p>Kolonialismus</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Solfstraße (16. 12. 1937)	Wilhelm Heinrich Solf (1862-1936) <ul style="list-style-type: none"> - Diplomat - 1900-1911 Gouverneur von West-Samoa - 1911-1918 Leiter des Reichskolonialamtes - löste 1912 eine Debatte über „Mischehen“ aus und erließ ein „Mischehe-Verbot“ für Samoa <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Solf</p>	Kolonialismus Rassismus
Wissmannstraße (13. 03. 1908)	Hermann von Wissmann (1853-1905) <ul style="list-style-type: none"> - deutscher Afrikaforscher - 1888-1901 Reichskommissar von Deutsch-Ostafrika und Kommandant der Deutschen Schutztruppe - 1895-1896 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_von_Wissmann</p>	Kolonialismus
Schlieffenstraße (19. 05. 1938)	Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913) <ul style="list-style-type: none"> - Autor des sogenannten „Schlieffen-Plans“ (Zweifrontenkrieg) <ul style="list-style-type: none"> ➔ Vordenker des Überfalls auf das neutrale Belgien im Ersten Weltkrieg - setzte sich für ein gnadenloses Vorgehen gegen die aufständischen Herero in Deutsch-Südwestafrika ein <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_von_Schlieffen</p>	Militarismus Kolonialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Blumenthalstraße (um 1901)	<p>Graf Leonhard von Blumenthal (1810-1900)</p> <ul style="list-style-type: none"> - seit 1870 Generalstabschef der Armee des preußischen Kronprinzen - Generalfeldmarschall <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Leonhard_von_Blumenthal</p>	Militarismus
Buddestraße (12. 08. 1915)	<p>Hermann von Budde (1851-1906)</p> <ul style="list-style-type: none"> - preußischer General - nahm als Zugführer am Deutsch-Französischen Krieg teil - befasste sich mit der militärischen Rolle der Eisenbahnen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_von_Budde</p>	Militarismus
Goebenstraße (22. 02. 1888)	<p>August Karl von Goeben (1816-1880)</p> <ul style="list-style-type: none"> - preußischer General - kommandierender General bei der Schlacht von Spichern 1870 - nahm an den Schlachten von Colombey und Gravelotte und danach an der Einschließung von Metz teil <p>https://de.wikipedia.org/wiki/August_Karl_von_Goeben</p>	Militarismus
Haeselerstraße 27. 03. 1940	<p>Gottlieb Graf von Haeseler (1836-1919)</p> <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Generalfeldmarschall - nahm als Beobachter des XVI. Armeekorps am Ersten Weltkrieg teil <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Gottlieb_von_Haeseler_(Generalfeldmarschall)</p>	Militarismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Moltkestraße (23. 10. 1888) Helmutstraße (17. 08. 1909)	Helmuth Graf von Moltke (1800-1891) <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Generalfeldmarschall - Chef des Generalstabs https://de.wikipedia.org/wiki/Helmuth_Karl_Bernhard_von_Moltke	Militarismus
Wrangelstraße (27. 03. 1940)	Friedrich Heinrich Ernst Graf von Wrangel (1784-1877) <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Generalfeldmarschall https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_von_Wrangel	Militarismus
Robert-Lehr-Ufer (03. 06. 1957)	Robert Lehr (1883-1956) <ul style="list-style-type: none"> - 1924-1933 Oberbürgermeister von Düsseldorf - Mitglied der DNVP - stützte das erste Kabinett Hitler https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/robert-lehr/DE-2086/lido/57c93e7849f8d0.12525166	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Wolfgang-Döring-Straße (04. 11. 1965)	Wolfgang Döring (1919-1963) <ul style="list-style-type: none"> - FDP-Politiker - Verstrickung in „Naumann-Affäre“ https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_D%C3%B6ring	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Heinz-Ingenstau-Straße (24. 04. 2004)	Heinz Ingenstau (1910-1971) <ul style="list-style-type: none"> - Jurist und Stadtdirektor - Engagement in verschiedenen NS-Organisationen Bestand 0-1-5-81564.0000 und 3-1996-25-10.0000 (Stadtarchiv Düsseldorf)	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

3. Industrie & Wirtschaft

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Bueckstraße</p> <p>(13. 07. 1938)</p>	<p>Henry Axel Bueck (1830-1916)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Industriefunktionär - erster Geschäftsführer des 1871 in Düsseldorf gegründeten "Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" ("Langnamverein") - Mitbegründer des „Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export“ 1881 - wirkte 1882 am Entstehen des Deutschen Kolonialvereins mit <p>Broschüre „Kolonialbewegung und Vereine in Düsseldorf“, S. 4</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Axel_Bueck</p>	<p>Kolonialismus</p>
<p>Ernst-Poensgen-Allee</p> <p>(14. 12. 1951)</p>	<p>Ernst Poensgen (1871-1949)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer - Unternehmen, für die Poensgen verantwortlich war, setzten während des Zweiten Weltkrieges Zwangsarbeiter ein - „Wehrwirtschaftsführer“ - Vorsitzender der Reichsausstellung „Schaffendes Volk“ 1937 - 1942 in den Rüstungsrat berufen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Poensgen</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Flenderstraße</p> <p>(1929)</p>	<p>Hermann August Flender (1839-1882)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer - zu den Bauten der Flender AG gehörten Brücken auf Java für das niederländische Kolonialministerium und eine Landungsbrücke in Swakopmund (Deutsch-Südwestafrika) <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Flender_(Unternehmerfamilie)#Hermann_August_(1839-1882)</p>	<p>Kolonialismus</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Lüderitzstraße (16. 12. 1937)	<p>Franz Adolf Eduard von Lüderitz (1834-1886)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Großkaufmann im Afrikahandel - erwarb die nach ihm benannte Lüderitzbucht mit der anschließenden Küste, die als Reichsprotectorat (1884) den Kern von Deutsch-Südwestafrika bildete <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_L%C3%BCderitz</p>	Kolonialismus
Möhlaustraße (16. 01. 1931)	<p>Adolf Möhlau (1844-1912)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommerzienrat und Vorsitzender der Handelskammer Düsseldorf - Vorstandsmitglied der Deutschen Kolonial Gesellschaft <p>Ulrich Soénius: Koloniale Begeisterung im Rheinland während des Kaiserreichs. Köln 1992, S. 54, 86 u. 109.</p>	Kolonialismus
Mulvanystraße (16. 10. 1937)	<p>William Thomas Mulvany (1806-1885)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer - 1871 Vorsitzender des „Langnamvereins“ - 1881 Gründungsmitglied des „Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export“ <p>https://de.wikipedia.org/wiki/William_Thomas_Mulvany</p> <p>Broschüre „Kolonialbewegung und Vereine in Düsseldorf“, S. 4</p>	Kolonialismus
Otto-Petersen-Straße (22. 11. 1979)	<p>Otto Petersen (1874-1953)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Eisenhüttenmann - „Wehrwirtschaftsführer“ - Leiter der Hauptgeschäftsführung des Hauptringes Eisenerzeugung beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Petersen</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Pfeifferstraße (12. 05. 1909)	<p>Wilhelm Pfeiffer (1828-1900)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kommerzienrat - Mitbegründer des „Westdeutschen Vereins für Kolonisation und Export“ <p>Broschüre „Kolonialbewegung und Vereine in Düsseldorf“, S. 4</p> <p>Ulrich Soénius: Koloniale Begeisterung im Rheinland während des Kaiserreichs. Köln 1992, S. 20.</p>	Kolonialismus
Porschestraße (09. 10. 1958)	<p>Ferdinand Porsche (1875-1951)</p> <ul style="list-style-type: none"> - von Hitler mit dem Bau eines Massenfahrzeugs beauftragt - 1942 Aufnahme als SS-Oberführer in die SS - erhielt 1944 den Totenkopfring des Reichsführers SS <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Porsche</p> <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 470.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Woermannstraße (16. 12. 1937)	<p>Adolf Woermann (1847-1911)</p> <ul style="list-style-type: none"> - deutscher Reeder u. Großkaufmann - Mitglied des Kolonialrats - maßgeblich an der Errichtung deutscher Kolonien in Afrika beteiligt <p>https://zwangsarbeitkolonial.wordpress.com/die-reederei-woermann-und-ihre-rolle-im-deutschen-kolonialismus-nationalsozialismus-und-heute/</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Adolph_Woermann</p>	Kolonialismus
Eckenerstraße (06. 11. 1961)	<p>Hugo Eckener (1868-1954)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmer und Luftschiffer - „Wehrwirtschaftsführer“ <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hugo_Eckener</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur

4. Adel

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Eitelstraße (17. 08. 1909)</p>	<p>Prinz Eitel Friedrich von Preußen (1883-1942)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sohn Kaiser Wilhelms II. - Aktivitäten im „Stahlhelm“ (Bund der Frontsoldaten) - 1931 Mitbegründer der „Harzburger Front“, einem antidemokratischen Bündnis aus Nationalisten und Rechtsextremisten <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Eitel_Friedrich_von_Preußen</p>	<p>Rechtsextremismus</p> <p>Militarismus</p> <p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p>
<p>Kaiser-Wilhelm-Ring (vor 1909)</p>	<p>Kaiser Wilhelm I. (1797-1888)</p> <ul style="list-style-type: none"> - während seiner Herrschaft annektierte das Deutsche Reich Togo, Kamerun, „Deutsch-Südwestafrika“ (Namibia), „Deutsch-Ostafrika“ (Tansania, Ruanda, Burundi), „Kaiser-Wilhelms-Land“ (Neuguinea) und den Bismarckarchipel - Oberbefehl im Deutsch-Französischen Krieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_I._(Deutsches_Reich)</p> <p>Dossier „Straßennamen mit Bezügen zum Kolonialismus in Berlin“ von Christian Kopp und Joshua Kwesi Aikins, Stand November 2008</p>	<p>Militarismus</p> <p>Kolonialismus</p>
<p>Kaiser-Friedrich-Ring (vor 1909)</p> <p>Kaiser-Friedrich-Straße (vor 1929)</p> <p>Kronprinzenstraße (03. 07. 1854)</p>	<p>Kaiser Friedrich III. (1831-1888)</p> <ul style="list-style-type: none"> - preußischer Feldherr im Deutsch-Französischen Krieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_III._(Deutsches_Reich)</p>	<p>Militarismus</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Karl-Anton-Straße (erscheint erstmals im Adressbuch von 1870 als noch nicht bebaut)	Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1811-1885) <ul style="list-style-type: none"> - Divisionskommandeur - Militärgouverneur von Rheinland-Westfalen https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Anton_(Hohenzollern)	Militarismus
Herzogstraße (bebaut um 1850)	Herzog Friedrich Wilhelm Nikolaus von Mecklenburg-Schwerin (1827-1879) <ul style="list-style-type: none"> - Generalleutnant im Deutsch-Französischen Krieg https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_zu_Mecklenburg	Militarismus
Prinz-Georg-Straße (23. 10. 1888)	Prinz Georg von Preußen (1826-1902) <ul style="list-style-type: none"> - General der Kavallerie - Regimentschef des Ersten Pommerschen Ulanenregiments Nr. 4 https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_von_Preu%C3%9Fen	Militarismus

5. Wissenschaft & Bildung

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Bergiusstraße (13. 11. 1958)	<p>Friedrich Bergius (1884-1948)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - wurde vom NS-Regime mit Staatsgeldern gefördert (Autarkiepolitik) <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Bergius</p> <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 41.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Boschstraße (13. 11. 1958)	<p>Carl Bosch (1874-1940)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - schloss 1914 das sogenannte „Salpeterversprechen“ ab - „Wehrwirtschaftsführer“ <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 66f.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Carl_Bosch</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Finschstraße (14. 03. 1952)	<p>Hermann Otto Finsch (1839-1917)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zoologe, Ethnologe und Forschungsreisender - leitete u.a. 1884/85 die Expedition zum Erwerb des Kaiser-Wilhelm-Landes, später „Deutsche Kolonie“ in Neuguinea <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Finsch</p>	Kolonialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Gerhard-Domagk-Straße (22. 01. 1970)	<p>Gerhard Domagk (1895-1964)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bakteriologe und Pathologe - Leiter des Forschungslabors für experimentelle Pathologie und Bakteriologie der I.G. Farben experimentierte mit Sulfonamiden → Sulfonamid-Experimente fanden auch im KZ Ravensbrück statt und wurden durch Lieferungen der I. G. Farben ermöglicht - 1944 im Wissenschaftlichen Beirat des Bevollmächtigten für das Gesundheitswesen <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 116.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Domagk</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Haberstraße (13. 11. 1958)	<p>Fritz Haber (1868-1934)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - ab 1914 wissenschaftlicher Berater im Kriegsministerium - überwachte die Vorbereitungen für den Gasangriff bei Ypern - verantwortlich für die gesamte chemische Kriegsführung <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 214.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Haber</p>	Militarismus
Hördtweg (02. 08. 1940)	<p>Philipp Hördt (1891-1933)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pädagoge - entwarf Erziehungstheorien auf biologischer und rassekundlicher Grundlage - Wegbereiter der totalitären Erziehung <p>https://www.lexikon-drittes-reich.de/Philipp_Hördt</p> <p>Otto Peters: Meine Lehrer im Dritten Reich. Versuch einer autobiografischen Konstruktion, Münster 2007, S. 60.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Rassismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Max-Planck-Straße (20. 08. 1959)	<p>Max Planck (1858-1947)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Physiker - 1928-1937 Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft - versicherte 1933, dass die Gesellschaft gewillt sei, „sich systematisch in den Dienst des Reiches hinsichtlich der rassenhygienischen Forschung zu stellen“ <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 463.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Planck</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Nernstweg (16. 01. 1934)	<p>Walter Nernst (1864-1941)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Physiker - beteiligte sich an der Forschung zur Kriegstechnik (Erster Weltkrieg) <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Walther_Nernst</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Otto-Hahn-Straße (29. 08. 1980)	<p>Otto Hahn (1879-1968)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chemiker - Mitglied eines Spezialtrupps für Giftgaseinsatz unter Fritz Haber - ab 1939 für Heereswaffenamt am deutschen Kernforschungsprojekt beteiligt <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 219.</p>	Militarismus biographische Bezüge zur NS-Diktatur

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Virchowstraße (28. 11. 1953)	<p>Rudolf Virchow (1821-1902)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anthropologe und Pathologe - Vorsitzender der Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte - an sogenannten Völkerschauen beteiligt <p>https://www.planetwissen.de/geschichte/nationalsozialismus/nationalsozialistische_rassenlehre/pwierudolfvirchowmedizineranthropologeethnologie100.html</p>	Rassismus Kolonialismus
Wilhelm-Suter-Pfad (um 1970)	<p>Wilhelm Suter (1876-1954)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Oberschullehrer - Fachberater des Gaukulturamts und im Kampfbund für deutsche Kultur - Kreiswanderwart der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ <p>Bestand IV 37371 (Stadtarchiv)</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Oertelstraße (26. 01. 1953)	<p>Bruno Oertel (1871-1938)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Klinikdirektor an der Medizinischen Akademie 1910-1938 - ordentlicher Professor <p>Bestand V 964 (Stadtarchiv)</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Lubarschstraße (30. 11. 1956)	<p>Otto Lubarsch (1860-1933)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pathologe und Professor für Medizin - Gegner der Weimarer Republik - unterstützte angeblich die antisemitischen Ziele der nationalsozialistischen Bewegung <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Lubarsch</p>	Antisemitismus

6. Religion, Theologie & Philosophie

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Oswald-Spengler-Straße (16. 10. 1956)	Oswald Spengler (1880-1936) <ul style="list-style-type: none"> - Philosoph und Psychiater - förderte als gnadenloser Kritiker der Weimarer Republik die Machtergreifung der Nationalsozialisten <p>Ernst Klee: Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2009. S. 520</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Antisemitismus Faschismus

7. Widerstandskämpfer im Nationalsozialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße (1964)	Carl Friedrich Goerdeler (1884-1945) <ul style="list-style-type: none"> - 1930-1937 Oberbürgermeister in Leipzig - verfasste 1941 zusammen mit Ludwig Beck die Denkschrift „Das Ziel“, in der der Erwerb neuer Kolonien propagiert wurde <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 189.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Kolonialismus_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus#1939-1945</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Kolonialismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Erich-Hoepner-Straße (14. 07. 1945)	<p>Erich Hoepner (1886-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generaloberst der Wehrmacht - kommandierender General beim Überfall auf Polen und die Sowjetunion <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 262.</p> <p>Geralf Gemser: Darf eine Schule diesen Namen tragen? Zur Vorbildwirkung des Wehrmachtsgenerals Erich Hoepner, Marburg 2005.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Erwin-von-Witzleben-Straße (14. 07. 1945)	<p>Erwin von Witzleben (1881-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generalfeldmarschall der Wehrmacht - 1941 Oberbefehlshaber West <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Erwin_von_Witzleben Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 683.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Franz-Jürgens-Straße (14. 07. 1945) Jürgensplatz (23. 03. 1949)	<p>Franz Jürgens (1895-1945)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Oberstleutnant der Schutzpolizei <p>Kurt Düwell: Franz Jürgens – Der lange Weg des Düsseldorfer Schutzpolizeikommandeurs zur Dienstverweigerung, in: Dams, Dönicke, Köhler (Hrsg.), Dienst am Volk? Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur, Frankfurt 2007, S. 301-316.</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur
Graf-von-Stauffenberg-Straße (22. 01. 1980)	<p>Claus Graf Schenk von Stauffenberg (1907-1945)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Offizier der deutschen Wehrmacht - Mitglied der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 597.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Claus_Schenk_Graf_von_Stauffenberg</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Ludwig-Beck-Straße (01. 10. 1957)	<p>Ludwig Beck (1880-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - General der Wehrmacht - Chef des Generalstabs des Heeres - verfasste 1941 zusammen mit Carl Friedrich von Goerdeler die Denkschrift „Das Ziel“, in der der Erwerb neuer Kolonien propagiert wurde <p>Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2003, S. 34.</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Kolonialismus_in_der_Zeit_des_Nationalsozialismus</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p> <p>Kolonialismus</p>
Helmut-Stieff-Straße (14. 07. 1945)	<p>Helmut Stieff (1901-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Generalstabsoffizier der Wehrmacht - Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Hellmuth_Stieff</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p>
Klausingstraße (14. 07. 1945)	<p>Friedrich Karl Klausing (1920-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Offizier der Wehrmacht - Teilnahme am Polen- und Frankreichfeldzug - 1942/43 Teilnahme an den Kämpfen bei Stalingrad <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_Karl_Klausing</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p>
Paul-von-Hase-Straße (14. 07. 1945)	<p>Paul von Hase (1885-1944)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Oberstleutnant der Wehrmacht - Führung der 46. und 56. Infanterie-Division im Zweiten Weltkrieg - Stadtkommandant von Berlin <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_von_Hase</p>	<p>biographische Bezüge zur NS-Diktatur</p> <p>Militarismus</p>

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Robert-Bernardis-Straße (14. 07. 1945)	Robert Bernardis (1908-1944) <ul style="list-style-type: none"> - Oberstleutnant im Generalstab der Wehrmacht - Teilnahme am Überfall auf die Sowjetunion 1941 <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_Bernardis</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus
Albrecht-von-Hagen-Platz (1945)	Albrecht von Hagen (1904-1944) <ul style="list-style-type: none"> - Oberleutnant der Reserve der Wehrmacht - Teilnahme am Afrikafeldzug 1940-1943 <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Albrecht_von_Hagen</p>	biographische Bezüge zur NS-Diktatur Militarismus

8. Straßen- und Platzbenennungen mit historischen Bezügen

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Sedanstraße (26. 03. 1872)	<p>Schlacht von Sedan (1870)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mythos der Entscheidungsschlacht - verkürzte historische Wahrnehmung <p>Jan N. Lorenzen: Die großen Schlachten. Mythen, Menschen, Schicksale, Frankfurt am Main 2006, S. 144f.</p>	Militarismus
Füsilierstraße (30. 09. 1902)	<p>Niederrheinisches Füsilier-Regiment Nr. 39</p> <ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg - Teilnahme am Zweiten Weltkrieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Niederrheinisches_F%C3%BCsilier-Regiment_Nr._39</p> <p>http://genwiki.genealogy.net/FR_39</p>	Militarismus Bezüge zur NS-Diktatur
Spichernplatz Spichernstraße (um 1898)	<p>Schlacht bei Spichern (1870)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme des Füsilier-Regiments Nr. 39 - politischer Mythos - verkürzte historische Wahrnehmung <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_bei_Spichern#Literatur</p> <p>Fabian Trinkaus: Nationaler Mythos und lokale Heldenverehrung. Die Schlacht von Spichern und ihre kulturpolitische Rezeption in Saarbrücken während des Kaiserreichs, Trier 2013.</p>	Militarismus
Gravelottestraße (01. 03. 1906)	<p>Schlacht bei Gravelotte (1870)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Deutsch-Französischer Krieg <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_bei_Gravelotte</p>	Militarismus

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
Diedenhofener Straße (27. 08. 1927)	Diedenhofen (franz. Thionville) <ul style="list-style-type: none"> - Belagerung der Stadt im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 - Diedenhofen musste am 10. Mai 1871 aufgrund des Frankfurter Friedens an das neue Deutsche Kaiserreich abgetreten werden und wurde Bestandteil des Reichslandes Elsass-Lothringen https://de.wikipedia.org/wiki/Thionville	Militarismus
Weißenburgstraße (1895)	Schlacht bei Weißenburg (1870) <ul style="list-style-type: none"> - Deutsch-Französischer Krieg 	Militarismus
Ulanenstraße (02. 05. 1929) An der Ulanenkaserne (27. 12. 2008)	Westfälisches Ulanen-Regiment Nr. 5 <ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 - Beteiligung von Offizieren und an Kämpfen in deutschen Kolonien in Afrika - Teilnahme am Ersten Weltkrieg https://de.wikipedia.org/wiki/Westf%C3%A4lisches_Ulanen-Regiment_Nr._5	Militarismus Kolonialismus

9. Persönlichkeiten, die vor 1870 verstorben sind

Straßen-/Platzname & Datum der Benennung	Hintergrund	Kriterien für mögliche Prüfung
<p>Jahnstraße (24. 02. 1894)</p>	<p>Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852)[*]</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pädagoge und Initiator der deutschen Turnbewegung - sprach sich gegen eine Vermischung von Völkern und Kulturen aus - gilt als Vordenker der nationalsozialistischen Politik <p>Becker, Frank/Schäfer, Ralf (Hrsg.): Sport und Nationalsozialismus. Göttingen 2016, S. 58f.</p>	<p>Rassismus Antisemitismus</p>
<p>Nettelbeckstraße (09. 07. 1909)</p>	<p>Joachim Christian Nettelbeck (1783-1824)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kaufmann - war in seiner Funktion als Kapitän niederländischer Sklavenschiffe am Menschenhandel beteiligt - Koloniallobbyist <p>Dossier „Straßennamen mit Bezügen zum Kolonialismus in Berlin“ von Christian Kopp und Joshua Kwesi Aikins, Stand November 2008</p> <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Joachim_Nettelbeck_(Seemann)</p>	<p>Kolonialismus</p>
<p>Grabbeplatz (16. 10. 1936)</p>	<p>Christian Dietrich Grabbe (1801-1836)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dramatiker - Äußerte sich antisemitisch - Werke enthalten nationalistische und judenfeindliche Passagen <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Christian_Dietrich_Grabbe</p>	<p>Antisemitismus</p>
<p>Arndtstraße (förmlich festgestellt am 01. 05. 1889)</p>	<p>Ernst Moritz Arndt (1769-1860)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftsteller und Publizist - äußerte sich antisemitisch <p>https://de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Moritz_Arndt</p>	<p>Antisemitismus</p>

Anhang C: Personen, die nicht begutachtet wurden

- 1. Persönlichkeiten, die zunächst in die Prüfliste aufgenommen wurden, allerdings nicht den konzeptionellen Vorgaben des Projekts (nach 1870 verstorben) entsprechen:**

Ernst Moritz Arndt (1769-1860)
Joachim Christian Nettelbeck (1738-1824)
Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852)
Christian Dietrich Grabbe (1801-1836)

Es empfiehlt sich eine gesonderte Begutachtung.

- 2. Persönlichkeiten aus Militär und Adel, die letztendlich von der Überprüfung ausgeschlossen wurden, da eine Teilnahme an kriegerischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts keine Umbenennung rechtfertigt:**

Graf Leonhard von Blumenthal (1810-1900)
Hermann von Budde (1851-1906)
August Karl von Goeben (1816-1880)
Gottlieb Graf von Haeseler (1836-1919)
Friedrich Heinrich Ernst Graf von Wrangel (1784-1877)
Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (1811-1885)
Herzog Friedrich Wilhelm Nikolaus von Mecklenburg-Schwerin (1827-1879)
Prinz Georg von Preußen (1826-1902)

- 3. Persönlichkeiten, die nach bisherigen Erkenntnissen und Recherchen als historisch unbelastet oder minderbelastet gelten können:**

Bruno Oertel (1871-1938)
Hermann August Flender (1839-1882)
Adam Stegerwald (1874-1945)

Hermann Reuter

Die „Hermann-Reuter-Straße“ wurde – anders als in der „Straßenbenennungsliste nach 1997“ angegeben – nicht nach dem ehemaligen Leiter der Stadt- und Landesbibliothek, sondern nach einem SPD-Lokalpolitiker benannt, der biographisch unverdächtig ist.

- 4. Persönlichkeiten, die über eine Mitgliedschaft in lokalen Kolonialvereinen verfügten oder sich dort engagiert haben:**

William Thomas Mulvany (1806-1885)
Henry Axel Bueck (1830-1916)
Adolf Möhlau (1844-1912)
Wilhelm Peiffer (1828-1900)

Anhang D: Liste alternativer Straßennamen (Vorschläge)

- Günter-Stüttgen-Straße
- Umbenennung des bereits bestehenden Professor-Neyses-Platzes (Derendorf) in „Hilde-und Joseph-Neyses-Platz“
- Selma-Mayer-Straße
- Otto-Piene-Straße
- Hedwig-Jung-Danielewicz-Straße
- Cilly-Helten-Straße
- Oskar-Manes-Platz
- Hulda-Pankok-Straße
- Dagobert-David-Straße auf dem Gelände der ehemaligen JVA Düsseldorf-Derendorf („Ulmer Höh“)
- Waldemar-Spier-Straße

**Anhang E: Text für zukünftige
Straßenbenennungen (Vorschlag)**

Präambel Straßenbenennungen

Der Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf ehrt verdiente Persönlichkeiten auf verschiedene Weise für Ihre Leistungen oder ihr Engagement. Zu den größten Ehrungen, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung vergeben werden können, zählt die Benennung einer Straße, eines Weges oder eines Platzes auf dem Stadtgebiet.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf ehrt mit einer solchen Benennung ausschließlich verstorbene Persönlichkeiten, die sich ehrenamtlich oder weit über ihren Berufsalltag hinausgehend für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und engagiert haben oder sich durch sonstige herausragende Leistungen auszeichneten. Diese Leistungen können auf sozialer, politischer, kultureller oder künstlerischer, sportlicher, wirtschaftlicher oder publizistischer Ebene oder im lokalen Brauchtum und Ehrenamt erbracht worden sein. Gewürdigt wird die gesamte Lebensleitung einer Persönlichkeit.

Verbunden mit dieser Ehrung ist neben der Würdigung der Person und ihrer Leistung vor allem der Vorbildcharakter für die Bürgerinnen und Bürger: Die geehrte Person sollte dem Leitgedanken der Landeshauptstadt von Weltoffenheit, Toleranz und Menschlichkeit nicht entgegenstehen. Jüngere Generationen müssen in der geehrten Person einen Vorbildcharakter für ein gesamtstädtisches Gemeinwesen erkennen können.

Straßenbenennungen werden zunächst der Fachverwaltung (Stadtarchiv und Mahn- und Gedenkstätte) zur Überprüfung vorgelegt.